

ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Vu 150

Berlin

Die Besetzung und
Entnazifizierung
Deutschlands 1944-1946

FREDERICK
TAYLOR

Die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Siegermächte war eine gigantische Aufgabe ohne historisches Vorbild: Was sollte mit einem Land geschehen, von dem der grauenvollste Krieg aller Zeiten ausgegangen war? Das zwölf Jahre in einer Diktatur gelebt hatte? Dessen verstörter und desillusionierter Bevölkerung man nicht trauen konnte? Nach seinen beiden großen Büchern über die Bombardierung Dresdens und die Berliner Mauer legt FREDERICK TAYLOR ein weiteres Standardwerk zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts vor.

Orell Füssli Bellevue, Zürich
Weltkriege

978-3-8270-1011-7
E 14257772543574/2

MMS 2.5W
42.90

Taylor F: Zwischen Krieg und Frieden - Die Besetzung und Ent

Berlin HC-Verlag & Bloomsbury HC, B.

Zentrallager Hugendubel H., M.

761142

47WEK

19.12.2011

1 (1)

347 9 783827 010117

www.bloomsbury-verlag.de

Im September 1944 betrat erstmals ein amerikanischer Soldat deutschen Boden, einen Monat später wurde Aachen als erste große Stadt besetzt. Deutschlands Stunde null hatte begonnen, und von nun an sahen sich die Alliierten völlig neuen Herausforderungen ausgesetzt. Noch während deutsche Truppen in erbitterten Kämpfen niedergeschlagen wurden, mussten die Besatzer ihre Eroberungen sichern und der kritischen Situation in den überfüllten Gefangenenlagern Herr werden. Dazu waren Millionen Flüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa aufzunehmen. Und vor allem: Die nationalsozialistische Ideologie sollte so schnell wie möglich aus dem Leben der Deutschen verschwinden. Es galt, die politischen Führer zu entmachten und zur Verantwortung zu ziehen und zugleich das zivile Leben neu zu organisieren.

Für all das gab es keinen Masterplan. Deutschland, so Frederick Taylor, war für die westlichen Besatzungsmächte zunächst wie ein leeres Blatt. Eindringlich zeichnet er nach, wie dann jedoch die Lernprozesse begannen und ein fundamentaler Bewusstseinswandel einsetzte. Angesichts der zunehmenden Konfrontation mit der Sowjetunion änderte sich die Strategie, die Eroberungshaltung wich konstruktiver Politik, und im Herbst 1946 wurde den Westdeutschen erstmals die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität in Aussicht gestellt. Auf beiden Seiten begannen die Feindbilder zu bröckeln.

Zwischen Krieg und Frieden erzählt diese dramatischen zwei Jahre deutscher Geschichte aus der Perspektive der Besatzer und der Besetzten, aus der Sicht der militärischen und politischen Führer wie der einfachen Menschen. Es ist ein beeindruckend vielstimmiges Bild, das nuancenreiche Panorama einer Umbruchzeit, in der nicht weniger als die Voraussetzungen für eine neue Gesellschaft geschaffen wurden.

FREDERICK TAYLOR

hat Neue Geschichte und Germanistik studiert und ist Fellow der Royal Historical Society. Seine Bücher *DRESDEN. DIENSTAG, 13. FEBRUAR 1945* und *DIE MAUER. 13. AUGUST 1961 BIS 9. NOVEMBER 1989* wurden in mehrere Sprachen übersetzt und waren internationale Bestseller. Er lebt in Cornwall.

Umschlaggestaltung:
Nina Rothfos und Patrick Gabler, Hamburg,
unter Verwendung einer Fotografie
von © ullstein bild/Eckelt (L)

Frederick Taylor

**ZWISCHEN
KRIEG UND FRIEDEN**

**Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands
1944-1946**

Aus dem Englischen
von Klaus-Dieter Schmidt



Berlin Verlag

Für Götz Bergander, Joachim Trenkner und Helmut Schatz, die in einem auf Krieg und Intoleranz beruhenden Regime geboren wurden, aber neben vielen anderen mithalfen, etwas wesentlich Besseres aufzubauen.

«Die ganze Zeit frage ich mich, warum dieses Unglück über mich kam. Womit habe ich das verdient? Was habe ich getan, dass man mich wie einen Kriminellen behandelt? Dass so viele Menschen in Belsen starben – das konnte ich nicht mehr ändern. Das alles ist mein Schicksal, und vielleicht werde ich dafür auch noch bestraft.»

Josef Kramer, Kommandant des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, in einem vor seiner Hinrichtung geschriebenen Brief an seine Frau

«Ein Werwolf ist ein Mensch, der sich zeitweise in einen Wolf verwandelt. Für den Schutz von Werwölfen gibt es keine Haager Konvention.»

The Times, 20. Oktober 1944

«Ihre Einstellung zu Frauen ist falsch – in Deutschland. Sie werden dort viele gutaussehende Mädchen sehen. Deutsche Frauen sind dafür ausgebildet, Sie zu verführen. Aber ist es ein Messer im Rücken wert?»

Broschüre mit Verhaltensregeln für GI in Deutschland, Ende 1944

«Deutsches Volk, du musst wissen, wird der Krieg verloren, bist du vernichtet! Der Jude steht mit seinem unendlichen Hass hinter diesem Vernichtungsgedanken. Und wenn hier das deutsche Volk verliert, dann wird sein nächster Regent Jude! Und was Jude heisst, das dürftet ihr wissen. Wer die Rache Judas nicht kennt, der lese sie nach. Und dieser Krieg ist nicht der zweite Weltkrieg, dieser Krieg ist der grosse Rassenkrieg.»

*Reichsmarschall Hermann Göring,
Rede zum Erntedankfest im Berliner Sportpalast, 4. Oktober 1942*

«Gott, ich hasse die Deutschen.»

*General Dwight D. Eisenhower in einem Brief an seine Frau Mamie,
September 1944*

INHALT

Karten 11

Einleitung 15

- 1 Ins Reich hinein 39
 - 2 Hoo-Hoo-Hoo 63
 - 3 Der grosse Treck 89
 - 4 Die Stunde Null 127
 - 5 Aus Erobersicht 163
 - 6 Hunger 205
 - 7 Der Preis 229
 - 8 Dem Sieger die Beute 259
 - 9 Kein Pardon 289
 - 10 Die Fische und das Netz 319
 - 11 Persil wäscht weiss 351
 - 12 Teilen und herrschen 391
 - 13 Hoffnung 413
- Epilog: Die Schlafkur 429

Danksagung 457

Anmerkungen 461

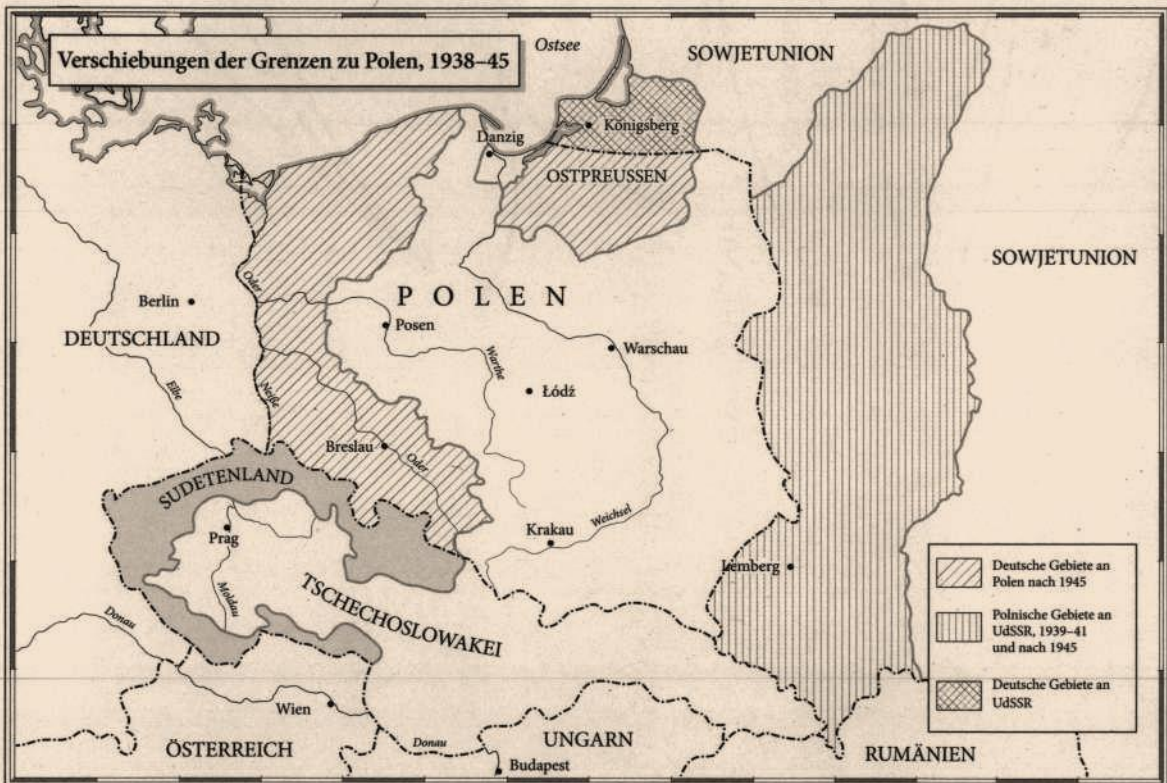
Bibliografie 483

Abkürzungsverzeichnis 493



Abbildungsnachweis 495

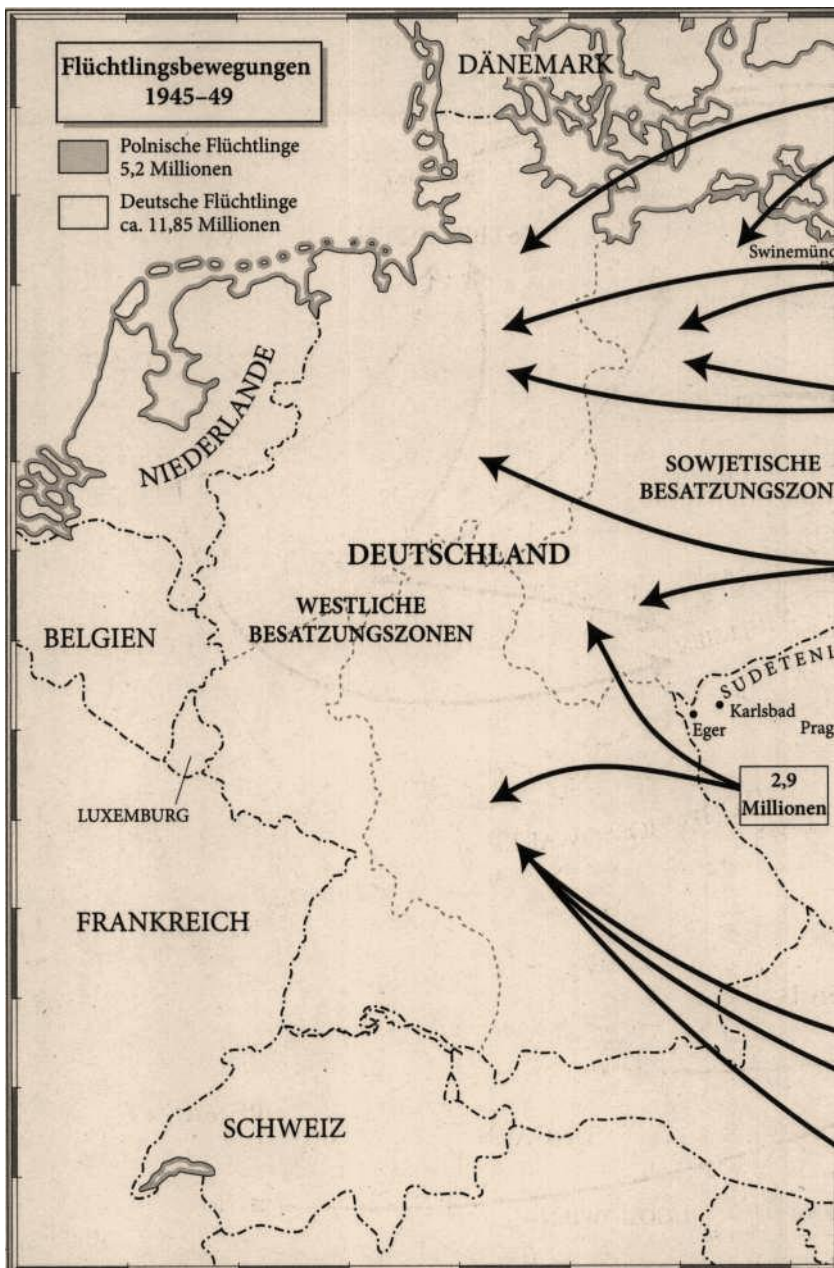
Register 497

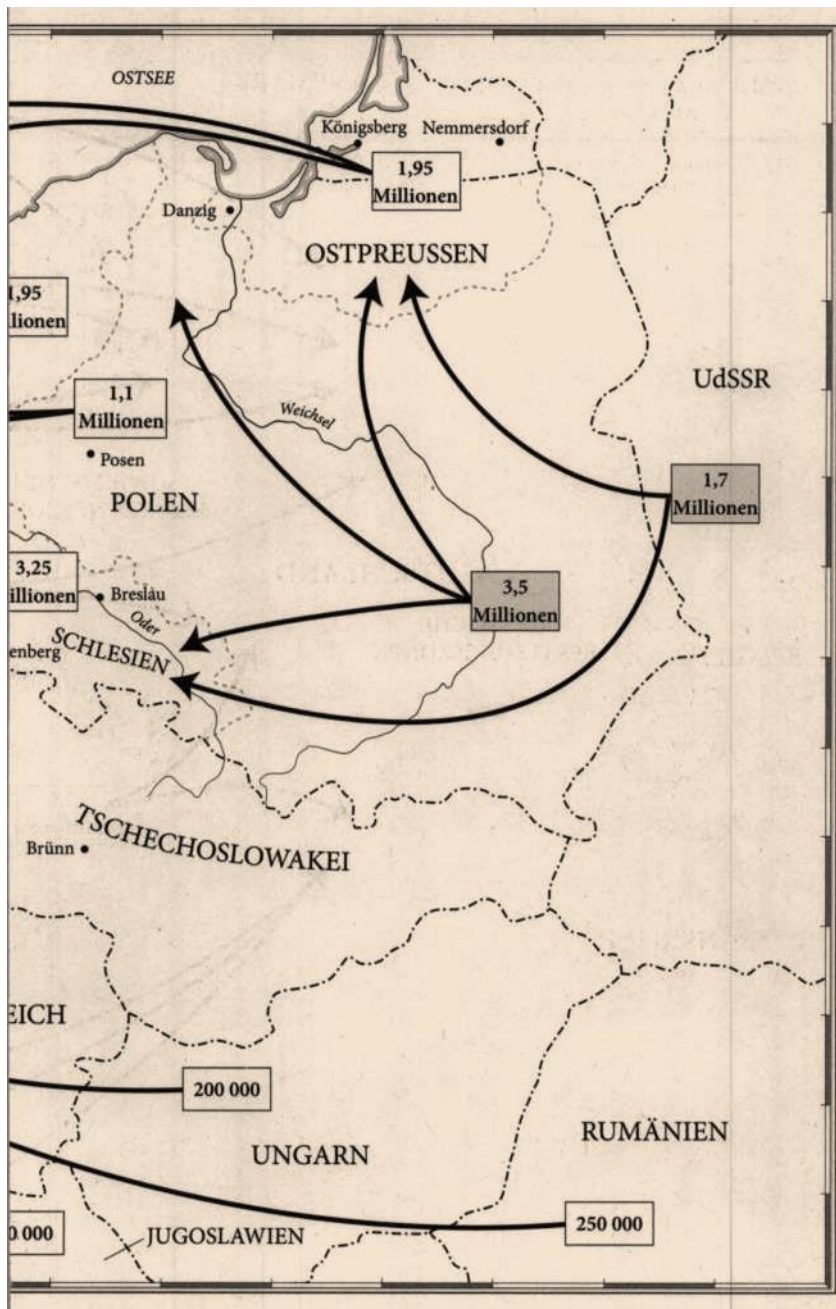
Verschiebungen der Grenzen zu Polen, 1938–45



Flüchtlingsbewegungen 1945–49

-  Polnische Flüchtlinge
5,2 Millionen
-  Deutsche Flüchtlinge
ca. 11,85 Millionen





Teilung Deutschlands nach 1945



- Britishche Zone
- Amerikanische Zone
- Französische Zone
- Russische Zone
- Von Polen besetzte Gebiete
- Von Russland besetzte Gebiete
- Viermächteherrschaft

EINLEITUNG

Im Frühjahr 1945 ergriffen die vier Grossmächte, die Hitlers Armeen besiegt hatten, eine beispiellose, drastische Massnahme: Sie setzten die souveräne Regierung Deutschlands ab und übernahmen die Kontrolle über das Land. Einige Monate später wurde auch Deutschlands Hauptverbündetem, dem japanischen Kaiserreich, eine alliierte Militäradministration aufgezwungen. In den Augen der meisten Zeitgenossen vollzogen die siegreichen Alliierten damit eine aussergewöhnliche und in mancher Hinsicht abschliessende Übung darin, bisher unabhängige Nationen militärisch zu besetzen. Nachdem die Welt vom Angriffskrieg befreit war, würde eine solche Massnahme künftig nicht mehr nötig sein.

Zum Teil auf Drängen Amerikas und Russlands, der beiden «postkolonialen» Supermächte, zu denen sie während des Zweiten Weltkrieges geworden waren, begannen sich bald darauf die Kolonialreiche Grossbritanniens, Frankreichs und der Niederlande aufzulösen. Indien, Burma und Indonesien erhielten rasch ihre Unabhängigkeit, ihnen folgten in den fünfziger und sechziger Jahren riesige Gebiete Asiens und Afrikas. Das Modell der Nachkriegsordnung war, zumindest nach der überwiegen^a von Amerika geförderten Vorstellung, von nationaler Souveränität und Selbstregierung geprägt. Willkürliche Angriffskriege und Eroberungsfeldzüge würden nicht mehr geduldet werden, und diejenigen, die nach Ansicht der Alliierten zwischen 1939 und 1945 auf der Seite des Feindes einen solchen Krieg geführt hatten, würde man bestrafen. Deshalb fanden nach der Kapitulation Deutschlands und Japans in Nürnberg und Tokio Kriegsverbrecherprozesse statt.

Es gab natürlich einen grundlegenden Unterschied zwischen den Besat-

zungen in Deutschland und Japan nach 1945. Obwohl die Alliierten in beiden Fällen auf bedingungsloser Kapitulation bestanden hatten, wurde den Japanern letzten Endes – aus pragmatischen Gründen – ein Zugeständnis gewährt: Sie durften ihren Kaiser behalten. Nur in Deutschland übernahmen die Sieger vom Augenblick der Kapitulation an die gesamte Regierungsgewalt, von der nationalen Ebene bis hinunter zur kleinsten Kommune, so dass das deutsche Volk völlig der Gnade der einstigen Feinde ausgeliefert war.

Wer hätte vor über sechzig Jahren gedacht, dass zwei dieser Westmächte im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wiederum vormalig souveräne Staaten militärisch besetzt halten würden? Und wer hätte vorausgesagt, dass diese Besetzungen nach den lehrreichen Erfahrungen von 1945 so holprig, ungeschickt und grausam problematisch sein würden?

Die Invasion des Iraks durch Truppen der USA und ihrer Verbündeten führte schnell zum Untergang von Saddam Husseins pseudofaschistischem Baath-Staat und zur Besetzung des Landes durch ausländische Streitkräfte. In vieler Hinsicht schien die Strategie der siegreichen Koalition derjenigen zu gleichen, welche die Westmächte nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland verfolgt hatten – sofortige Entmilitarisierung und vorübergehende Abschaffung der souveränen Regierungsgewalt bis zur Beseitigung von Sicherheitsrisiken und Beendigung einer politischen Säuberung, in diesem Fall der «Entbaathifizierung». Schliesslich sollte denjenigen, die sich politischer Verbrechen schuldig gemacht hatten, der Prozess gemacht werden, gefolgt von der schrittweisen Einführung freier Institutionen nach westlichem Muster und der Bildung einer repräsentativen Regierung.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass dieses Rezept für die Rekonstruktion und Rehabilitation besiegter Nationen nach 1945, rückblickend gesehen, auf lange Sicht erfolgreich war. Man braucht sich nur Deutschland, so wie es sich im 21. Jahrhundert präsentiert, anzuschauen. Dafür gab es einige offensichtliche und einige versteckte Ursachen. Erstens traf es zu, dass das Land im Mai 1945 total besiegt war. Dagegen hatte es im No-

vember 1918, obwohl erschöpft, halb verhungert und von revolutionären Unruhen erfasst, auf französischem und belgischem Boden noch hartnäckig gekämpft, als es in den Waffenstillstand einwilligte, der den Ersten Weltkrieg beendete.

Der deutsche Staat überlebte diesen Friedensschluss, auch wenn die autoritäre monarchische Herrschaft abgeschafft wurde. Reichsregierung und Verfassung wurden zwar demokratisch, aber Beamtenschaft und Militär blieben sowohl einflussreich als auch leidenschaftlich nationalistisch. Sie waren bemüht, die harten Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unterlaufen, und sehnten sich insgeheim danach, die nach ihrer Ansicht ungerechte Niederlage zu rächen – die sie vor allem den Revolutionären anlasteten, die den Kaiser gestürzt hatten.

Diese aus der Vorkriegszeit stammende, autoritär eingestellte Schicht bekam in den dreissiger Jahren, als die Wirtschaftskrise eintrat und die 1918 geschaffene Demokratie an Unterstützung verlor, zunehmend die Hebel der Macht in die Hand. Vertreter dieser Elite, insbesondere die Clique um den greisen Reichspräsidenten (und Feldmarschall im Ersten Weltkrieg) Paul von Hindenburg, waren es, die Adolf Hitler und seiner Partei am 30. Januar 1933 die Macht übergaben.

Viele Deutsche, auch Nichtnationalsozialisten, weigerten sich anzuerkennen, dass die deutschen Armeen 1918 verloren hatten. In den Augen dieser unruhigen Millionen waren der Waffenstillstand und die nachfolgenden harten Friedensbedingungen durch Verrat von Seiten der demokratischen Regierung zustande gekommen, die nach der Novemberrevolution von 1918 an die Stelle der Monarchie getreten war. Die halsstarrige Gegnerschaft dieser Massen hatte zusammen mit den ständigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weimarer Republik die dauerhafte Schwäche der neuen Demokratie bewirkt.

1918 hatte man Deutschland gestattet, nicht nur eine eigene Regierung, sondern sogar seine Armee zu behalten, die sich nach dem Friedensschluss hinter die Landesgrenzen zurückgezogen hatte und fast wie heimkehrende

Sieger durchs Brandenburger Tor in Berlin einmarschiert war. Zwar war die Armee durch den Versailler Vertrag drastisch verkleinert worden, aber die Reichswehr, wie sie jetzt hiess, blieb ein entscheidender Faktor im Staat. Auch dadurch konnte der tödliche Bazillus (als den ihn ausländische Beobachter betrachteten) des deutschen Autoritarismus und Militarismus überleben, zu neuer Kraft kommen und gedeihen.

Die Folge war, nach dieser Interpretation der Geschichte, dass nur etwas mehr als zwei Jahrzehnte nach der deutschen Niederlage die Infektion erneut ihre Schrecken über Europa verbreiten konnte – diesmal in einer noch gefährlicheren Form, der nationalsozialistischen, die dem Bazillus zusätzlich die Toxizität des Rassismus und insbesondere eines mörderischen Antisemitismus hinzufügte.

Als sich die Alliierten im Herbst 1944 den Grenzen Hitlerdeutschlands näherten, waren sie auf das Kommende vorbereitet. Zuerst natürlich auf die Invasion selbst. Man erwartete, dass viele Deutsche, Soldaten wie Zivilisten, sowohl während der bevorstehenden Schlachten als auch nach Beendigung der Kämpfe in den Reichsgrenzen fanatisch Widerstand leisten würden. Deshalb war es umso wichtiger, dass die deutsche Nation sich selbst als vollständig besiegt wahrnahm. Die unermüdliche und häufig unterschiedslose Bombardierung deutscher Städte, die fast bis zum letzten Tag des Krieges fortgesetzt wurde, war zwar aus militärisch-industriellen Gründen begonnen worden, verfolgte aber auch das Ziel, ein Gefühl des unvermeidlichen und endgültigen nationalen Zusammenbruchs zu erzeugen und auf diese Weise eine Wiederholung der Entwicklung nach 1918 zu verhindern.

Vor allem würde es keine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten geben. Im Gegensatz zu 1918 musste Deutschland bedingungslos kapitulieren und sein Schicksal sowie die Gestaltung seiner künftigen Regierungsform gänzlich den Siegermächten übergeben. Diesmal würde man bössartigen Bazillen keinen Nährboden liefern.

Die Politik der bedingungslosen Kapitulation war offenbar von einem Unterausschuss im US-Aussenministerium vorgeschlagen worden, und

Roosevelt hatte sie dem anfangs widerstrebenden britischen Verbündeten auf der bilateralen Konferenz von Casablanca vom 14. bis 24. Januar 1943 nahegebracht.¹ Schon eine Woche zuvor hatte er dieses Thema in seiner Neujahrsbotschaft an den Kongress kurz gestreift, indem er den amerikanischen Volksvertretern erklärte, er schaudere «bei dem Gedanken, was der Menschheit widerfahren wird, wenn dieser Krieg in einem halben Frieden endet».²

Was hätten die Alliierten im Übrigen, ob nun gemeinsam oder einzeln, in Verhandlungen über einen Friedensschluss anbieten können? Und wem? Hätten sie, wenn das NS-Regime erhalten geblieben wäre, mit Hitler oder einem möglichen nationalsozialistischen Nachfolger, wie Himmler, Goebbels oder Göring, die Bedingungen ausgehandelt? Dies wäre nach all dem Blutvergiessen und dem Leid sicherlich unerträglich gewesen. Darüber hinaus wäre ein im Kern auf Krieg ausgerichtetes politisches System bestengeblieben. Und wenn das NS-Regime gestürzt worden wäre, etwa durch die Verschwörer des 20. Juli? Waren dies nicht Männer (und einige Frauen), die Hitler lange Zeit unterstützt hatten, bis sich sein Scheitern abzeichnete? Und so anständig sie persönlich zumeist waren, repräsentierten sie nicht jene Schicht von Grundbesitzern, Offizieren und Industriellen, die, wie die meisten amerikanischen Beobachter übereinstimmend meinten, den Nährboden des «deutschen Problems» gebildet hatte, schon bevor Hitler 1933 an die Macht kam?

Vom Standpunkt der alliierten Koalition aus sprachen starke Gründe für die Forderung der bedingungslosen Kapitulation. Aber wie alle solche Entscheidungen schuf auch diese ebenso viele Probleme, wie sie löste. Sie verhalf dem NS-Regime zu einem Propagandabonus, denn es konnte dem deutschen Volk mit dem Anschein von Wahrhaftigkeit erklären, die Alliierten würden im Falle eines Sieges den deutschen Nationalstaat auflösen. Da ihnen dies bewusst war, betonten die Alliierten bei jeder Gelegenheit, dass ihre Politik nicht notwendigerweise eine harte Behandlung mit sich bringe. Auf der Pressekonferenz am Ende des Treffens von Casablanca im Januar 1943 sagte Roosevelt selbst, das Ziel der bedingungslosen Kapitula-

tion bedeute «nicht die Ausrottung der Bevölkerung, aber es bedeutet die Ausrottung der Ideologien dieser Länder, die auf Eroberung und Unterjochung anderer Völker gegründet sind». Der Weltfriede, fügte er hinzu, könne «nur durch die totale Ausmerzung des deutschen und japanischen Kriegspotentials erreicht werden».³

Trotz anfänglicher Vorbehalte unterstützte auch Churchill die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, da er begriff, dass sie trotz aller Nachteile eine mögliche Quelle von Misshelligkeiten zwischen den ungleichen Alliierten beseitigte. Die endgültigen, detaillierten Entscheidungen über die Behandlung von Nachkriegsdeutschland konnten bis zur Niederlage des Dritten Reichs warten. Mit seinen Bemühungen, die Ängste der deutschen Bevölkerung auszuräumen, war der britische Premierminister allerdings nicht allzu erfolgreich. Im Unterhaus in London führte er aus:

«Bedingungslose Kapitulation bedeutet, dass die Sieger freie Hand haben. Sie bedeutet aber nicht, dass diese das Recht haben, sich barbarisch aufzuführen, oder dass sie den Wunsch haben, Deutschland aus der Reihe der europäischen Nationen zu streichen. Wenn wir an etwas gebunden sind, dann ist es unser eigenes Gewissen der Kultur gegenüber. Wir sind aber den Deutschen gegenüber durch keinen Vertrag gebunden. Das bedeutet bedingungslose Kapitulation.»⁴

Solche unbeholfenen, halbherzigen Beteuerungen wurden, wahrscheinlich aus guten Gründen, nicht allzu oft wiederholt, denn selbst in wohlklingende Churchill'sche Formulierungen verpackt, waren sie bestenfalls nutzlos, schlimmstenfalls aber kontraproduktiv.

Es war kein Zufall, dass die andere grundlegende strategische Vereinbarung, die im Januar 1943 in Casablanca getroffen wurde, diejenige für die sogenannte gemeinsame Luftoffensive war, eine koordinierte anglo-amerikanische Bombardierungskampagne mit dem Ziel, Deutschland in die Knie zu zwingen – oder wenigstens einen hart bedrängten Stalin, mangels einer sofortigen westlichen Landung in Kontinentaleuropa, davon zu

überzeugen, dass seine Verbündeten tatsächlich eine zweite «Front» eröffneten, wenn auch nur in der Luft. Im folgenden Jahr fielen den massiven und immer wahlloser erfolgreichen Luftangriffen in Hamburg rund 40'000 und in Kassel bis zu 10'000 Zivilisten zum Opfer, und bei den systematischen britischen Luftangriffen auf Berlin zwischen November 1943 und März 1944 kamen 10'000 Menschen ums Leben. Bis sie im April 1945 eingestellt wurden, forderten die angloamerikanischen Angriffe insgesamt über eine halbe Million Menschenleben. Die von ihnen angerichteten Zerstörungen hatten apokalyptische Ausmasse.

Daher wären die Deutschen wohl kaum vom Wert des von den Führern der Alliierten beschworenen «Gewissens der Kultur gegenüber» zu überzeugen gewesen. Und natürlich hatten diejenigen, die über die im besetzten Europa und in Russland begangenen nationalsozialistischen Gräueltaten in vollem Umfang Bescheid wussten, noch weniger Grund, den beschwichtigenden Beteuerungen der feindlichen Fremden, die an die Tore des deutschen Kernlandes pochten, zu trauen.

Gleichwohl waren nach Stalingrad viele Deutsche, wenn nicht die meisten, von Hitler enttäuscht. Es war der letzte einer ganzen Reihe von Stimmungsumschwüngen.

Es trifft zu, dass in der halb freien Wahl im März 1933, kurz nach Hitlers Machtantritt, die Mehrheit der Wähler nicht für ihn stimmte. Zusammen mit seinem Koalitionspartner, der konservativ-nationalistischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), kam er nur auf knapp 52 Prozent der Stimmen. Das Aktionsprogramm, mit dem er Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise bekämpfte, hatte allerdings einen Anstieg seiner Beliebtheitskurve zur Folge, die noch weiter in die Höhe schoss, als es ihm gelang, das Rheinland zu remilitarisieren und Österreich und das Sudetenland ins Reich einzugliedern – alles ohne Krieg.

Als er dann den Bogen überspannte und den Krieg anzettelte, und zwar nicht nur mit Polen, sondern auch mit Grossbritannien und Frankreich, dämpfte dies die Stimmung der Menschen bis hin zum Missmut. Die mei-

sten Deutschen hätten die Diktatur weiterhin akzeptiert und waren für die Vollbeschäftigung und eine Aussenpolitik, die dem Land die verlorene Selbstachtung zurückgab, dankbar. Aber sie wussten genug, und vor allem Ältere erinnerten sich hinreichend, um einen neuen europäischen Krieg zu fürchten.

Doch dann bescherte Hitler seinen Landsleuten eine Reihe von schnellen Siegen, auf die sie kaum zu hoffen gewagt hatten. Polen wurde unterworfen und zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt. Die Wehrmacht nahm Dänemark und Norwegen ein, zerschmetterte die Armee der Niederlande und den Erzfeind Frankreich. Unter Hitlers Führung rächte sich das Land für die Schande von Versailles und warf die Briten ins Meer.

Im Sommer 1940 war Hitler für die meisten ein Nationalheld: der grösste Staatsmann seit Bismarck und der «grösste Feldherr aller Zeiten». Letztere Ehrenbezeichnung hatte ihm Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel nach dem Sieg über Frankreich verliehen. Geschickt abgewandelt, sollte sie sich nach dem Fehlschlag des Russlandfeldzugs, als deutsche Soldaten zu Hunderttausenden zu fallen begannen und ein grosser Rückzug ins Reich begann, wie ein Virus verbreiten. Seit 1943 wurde Hitler von einer zunehmenden Zahl von Deutschen sarkastisch – und in Anspielung auf die Abkürzungssucht des Regimes – als «Gröfaz» bezeichnet. Damit begann der endgültige Abstieg in der Wertschätzung seiner Landsleute, der erst mit seinem Tod am 30. April 1945 endete. Ungeachtet der wirklichen Lage, schien Hitler vor Stalingrad also offensichtlich ein Genie zu sein. Nach Stalingrad und insbesondere ab Anfang 1945 sahen ihn alle, bis auf eine winzige fanatische Minderheit, als Verlierer.

Ein anderer NS-Führer, der gern mit einem Spitznamen bezeichnet wurde, war Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring. Bei Kriegsbeginn hatte er die berühmte Bemerkung gemacht, wenn auch nur ein feindliches Flugzeug das Reichsgebiet überfliege, wolle er Meier heissen, und als in den folgenden fünf Jahren die britische und dann die angloamerikanische Luftoffensive immer intensiver

wurde und deutsche Städte in Trümmer fielen, wurde der plumpe und täuschend freundlich aussehende Göring umgangssprachlich nur noch «Meier» genannt.

So wie das Etikett des «Gröfaz» war auch Görings Verwandlung in Hermann Meier Ausdruck eines grossen Vertrauensverlusts dem Regime gegenüber, zu dessen Galionsfiguren er gehörte. Seit 1943 war Hitler augenscheinlich dabei, den Landkrieg zu verlieren, während Göring als einst bewunderter Schöpfer der Luftwaffe nichts tun konnte, um die alliierten Bomberflotten aufzuhalten, die die deutschen Städte in Schutt und Asche legten, Hunderttausende von Zivilisten töteten oder verwundeten und viele mehr obdachlos machten.

Für ein Regime wie das nationalsozialistische, dessen gesamte Ideologie auf der Verehrung von Stärke und Überlegenheit beruhte, gab es nur einen unvorstellbaren, unverzeihlichen Fehler: zu scheitern. Tatsächlich hätte, den rassistischen, sozialdarwinistischen Vorurteilen der Bewegung zufolge, ein solches Scheitern ausgeschlossen sein müssen, bildete doch die germanische Rasse, wenn sie von einem vollkommenen Führer (Hitler) regiert und in einem vollkommenen Staat (dem nationalsozialistischen Dritten Reich) organisiert wurde, den Höhepunkt der menschlichen Entwicklung. Sie *mussten* also triumphieren. 1943/44 wurde den meisten indes klar, dass es nicht dazu kommen würde. Es sei denn, es geschah ein Wunder.

Worin sollte dieses Wunder bestehen?

Erstens hegten einige Betonköpfe weiterhin die vage Hoffnung, die deutschen Armeen würden, von der effizienten Rüstungsindustrie des Reichs versorgt – die bis Ende 1944 trotz der durch die alliierten Luftangriffe verursachten Schäden erstaunlich produktiv blieb –, die Kraft finden, dem Feind zu widerstehen. Diese Hoffnung zerstob allerdings nach der erfolgreichen angloamerikanischen Landung in der Normandie und dem anschliessenden raschen Vorstoss der Alliierten.

Zweitens klammerten sich überraschend viele Deutsche an den Strohalm der vom Regime versprochenen «Wunderwaffen», die das Blatt noch im letzten Augenblick wenden würden. Doch der Marschflugkörper VI und

dann die Rakete V2 erwiesen sich, obwohl sicherlich Wunderwerke deutscher Technologie, hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Kampfmoral der Alliierten und ihre industrielle und architektonische Substanz als Enttäuschung. Trotz Goebbels'scher Propagandameldungen über verheerende Zerstörungen in britischen Städten, die von diesen neuen Waffen angerichtet worden seien, verloren die meisten Deutschen auch in dieser Beziehung bald jede Hoffnung. Das Gleiche galt für das bemerkenswerte U-Boot vom Typ XXI, das sogenannte Elektroboot, von dem vor Kriegsende nur wenige Exemplare einsatzbereit waren, und das revolutionäre Düsenjagdflugzeug von Messerschmitt, das gleichfalls in zu kleinen Stückzahlen hergestellt wurde, um eine spürbare Wirkung erzielen zu können.

Drittens schliesslich hofften und glaubten viele Deutsche – von Hitler und Goebbels abwärts –, dass das unmögliche Zweckbündnis zwischen Plutokraten und Kommunisten, das Grossbritannien, Amerika und die Sowjetunion eingegangen waren, nicht von Dauer sein konnte und angesichts des bevorstehenden alliierten Sieges an seinen tiefen und letztlich unveröhnlichen ideologischen und politischen inneren Widersprüchen zerbrechen werde. Viele erinnerten sich natürlich an den noch bizarrerem Pakt zwischen Hitler und Stalin vom August 1939, der nicht einmal zwei Jahre später im ungeheuren Blutbad des «Unternehmens Barbarossa» geendet hatte.

Als möglicher Wendepunkt erschien Mitte April 1945 der plötzliche Tod von Präsident Roosevelt. Goebbels eilte zu Hitlers Bunker und teilte ihm aufgeregt mit: «Die Zarin ist tot.» Bei Hitler, der das Leben des grössten preussischen Königs, Friedrichs II., eifrig studiert hatte, keimte bei diesen Worten augenblicklich Hoffnung auf.

Der Propagandaminister hatte sich auf den unerwarteten Tod der Zarin Elisabeth von Russland im Jahr 1762 bezogen. Damals, auf dem Höhepunkt des Siebenjährigen Krieges, als Berlin von russischen Truppen besetzt gewesen war und Friedrich der Grosse sich darauf vorbereitet hatte, um einen demütigenden Frieden zu ersuchen (als Alternative erwog er den Selbstmord), war durch Elisabeths Ableben der junge Zar Peter III. auf den Thron gelangt. Der neue Herrscher, von Geburt Deutscher und ein grosser

Bewunderer Preussens, hatte sich umgehend aus dem Krieg zurückgezogen, ohne von dem Königreich, das wenige Wochen zuvor noch am Rand des Untergangs gestanden hatte, irgendwelche Gegenleistungen zu verlangen.

Ein halbes Jahr später wurde Peter gestürzt und ermordet, und seine Nachfolgerin, Katharina II., trat auf der Seite von Frankreich und Österreich wieder in den Krieg ein. Doch Friedrich hatte die Atempause gut genutzt, und die im folgenden Jahr geschlossenen Friedensverträge fielen für Preussen und seinen Verbündeten, Grossbritannien, günstig aus.

Als Harry S. Truman Roosevelts Nachfolge antrat, blieb ein solches «Wunder» aus. Der überlegt handelnde ehemalige Senator aus Missouri unterschied sich in vieler Hinsicht von seinem Vorgänger, aber er hatte nicht vor, die Karten neu zu mischen. Der Vorstoss der Alliierten aus Ost und West nach Deutschland hinein ging unaufhaltsam weiter.

Die Wehrmacht leistete, zumindest bis Anfang 1945, erstaunlich hartnäckigen Widerstand, selbst im Westen. Der angloamerikanische Vormarsch nach dem Ausbruch aus dem Brückenkopf in der Normandie verlief anfangs zwar überraschend glatt, kam aber nach der Einnahme von Paris und Brüssel ebenso überraschend und abrupt zum Stillstand. Im September 1944 scheiterte auf katastrophale Weise der Versuch, in Arnheim den Rhein zu überqueren. Im Elsass hatten amerikanische Truppen kurzzeitig die Gelegenheit, diese Barriere zu durchbrechen, doch der Augenblick wurde versäumt, und der deutsche Widerstand wurde erheblich stärker. Tausende von britischen und amerikanischen Soldaten fielen im Herbst und Frühwinter bei der Überwindung unerwartet fester deutscher Verteidigungslinien. In den Kämpfen um den unmittelbar hinter der deutschen Grenze gelegenen Hürtgenwald wurden von September bis Dezember 24'000 amerikanische Soldaten getötet, verwundet oder gefangen genommen, und bei der Einnahme der ostfranzösischen Stadt Metz in der letzten Novemberwoche kamen 2'000 von General Pattons Männern ums Leben.

Knapp einen Monat später holte die Wehrmacht in den Ardennen zum Gegenangriff aus. In diesen Kämpfen fielen 19'000 amerikanische Soldaten, die meisten in den ersten Tagen, und viele mehr wurden verwundet oder gerieten in Gefangenschaft. Es waren die grössten Verluste der US-Armee im gesamten europäischen Krieg. Die deutsche Seite hatte bei diesem erschreckend brutalen, letztlich aber erfolglosen Versuch, zu beweisen, dass die Wehrmacht immer noch Zähne hatte, 100'000 Opfer zu beklagen.

Aber auch nachdem schliesslich im März 1945 in Remagen die Rheinüberquerung gelungen war, sorgten deutsche Soldaten – unter ihnen viele Minderjährige und alte Männer sowie verzweifelte Vertreter bisher vom Kriegsdienst verschonter Berufsgruppen – dafür, dass die Alliierten für jeden Kilometer, den sie in ihr Vaterland vorrückten, einen hohen Preis zahlen mussten. Häufig mussten die angloamerikanischen (und jetzt auch die freien französischen) Truppen um jedes einzelne Dorf und jedes einzelne Haus kämpfen, derart erbittert war der Widerstand.

Erst nachdem in der zweiten Aprilwoche über ein Drittel der einen Million deutscher Soldaten im Ruhrgebiet, das von entscheidender Bedeutung war, kapituliert hatte und der abschliessende sowjetische Vorstoss auf Berlin begonnen hatte, begann die Wehrmacht in jeder Hinsicht zusammenzubrechen. Doch selbst dann noch kämpften im Osten, wo die Furcht vor russischer Vergeltung die Verzweiflung überwog, viele bis zum bitteren Ende weiter. Sie kämpften für ihre Hauptstadt Berlin, deren Eroberung die Russen rund 80'000 Gefallene kostete, und dafür, dass ihre Kameraden und so viele Zivilisten wie möglich sich nicht der Roten Armee, sondern den Westalliierten ergeben konnten.

Man wusste bereits, welch grausames Schicksal deutsche Kriegsgefangene bei den Sowjets erwartete (und dass sowjetische Soldaten in deutscher Gefangenschaft sogar noch schrecklicher behandelt worden waren). Was die Behandlung von Zivilisten anging, so hatten sich viele Einheiten der Roten Armee durch Vergewaltigungen, Morde und Plünderungen bereits einen denkbar schlechten Ruf verdient.

Während es in den meisten dieser Kämpfe nur noch ums Überleben und um die Rettung von Menschen und Eigentum ging, gab es bis zum Kriegsende und darüber hinaus zweifellos auch Fanatiker. Auf alliierter Seite ging das Gerücht um, es gebe sorgfältig organisierte Widerstandszellen, die zum grossen Teil aus verblendeten jungen Leuten bestanden, sowie «rückwärtige» Terrorgruppen und einen geplanten Rückzug der fanatischen Reste des Regimes in die nahezu uneinnehmbare sogenannte Alpenfestung an der Grenze zwischen Deutschland und Österreich.

Einige Aktionen von «Werwolf»-Widerstandsgruppen sowohl im Osten als auch im Westen – am spektakulärsten war die Ermordung des von den Amerikanern eingesetzten Oberbürgermeisters von Aachen im März 1945 – veranlassten die Alliierten bei ihrem unaufhaltsamen Vorstoss ins Kernland des Reichs zu besonderer Vorsicht und riefen einen nicht unerheblichen Groll gegenüber der Bevölkerung hervor. Die Deutschen, so schien es, wollten sich ihre Niederlage nicht eingestehen.

Die «Alpenfestung» erwies sich zwar als Illusion, aber es gab doch genügend Anzeichen für individuelle Widerstandsaktionen, um beim durchschnittlichen GI oder Tommy ein negatives Bild der Besiegten zu erzeugen – von den unheimlichen Enthüllungen über Konzentrationslager und Gefängnisse, auf welche die Alliierten während ihres Vorrückens stiessen, ganz zu schweigen. Daraus erwuchs in diesen ersten Monaten eine nervöse, unnachsichtige und manchmal aggressive Beziehung zu den eroberten Deutschen, was auf der Ebene der verwundbaren einzelnen Soldaten verständlich war. Bedenklicher war schon, dass sich diese Einstellung auch in den Korridoren und Konferenzräumen von Washington und London wiederfand, wo in dieser Phase die Hardliner, wenigstens vorübergehend, die Oberhand gewannen. Das Wort «Vergeltung» mochte nicht offen ausgesprochen werden, aber deutsche Kollektivschuld und eine alliierte Politik, die letztlich eine kollektive Bestrafung zum Ziel hatte, wurden rasch zu unausgesprochenen Leitvorstellungen, die das Handeln der Sieger in der Zeit unmittelbar vor und nach der Kapitulation bestimmten.

Für Zivilfragen zuständige amerikanische Offiziere, die vor ihrer Einschiffung dafür ausgebildet worden waren, die befreiten Gebiete zu verwalten und die Verbindung zur Bevölkerung herzustellen, sowie ihre Pendants in den russischen, britischen und französischen Streitkräften wurden nach der Überquerung der Reichsgrenze zu Beamten der Militärregierung von Deutschland. Dort arbeiteten sie unter völlig anderen Bedingungen als bisher. In den ehemals deutsch besetzten Ländern waren die Beziehungen zur Bevölkerung erwartungsgemäss überwiegend freundlich. Selbst in den (relativ häufigen) Fällen von Missverständnissen oder schlechtem Betragen alliierter Soldaten war der grundlegende gute Wille gross genug, um das positive Gesamtbild zu wahren. Schliesslich fand die grosse Mehrheit der Zivilisten in diesen Ländern Freiheit allemal besser als Gefangenschaft. Noch wichtiger war, dass sie jetzt trotz aller Probleme und Engpässe auf eine allmähliche Besserung der Lage hoffen konnten.

In dem Augenblick, als die alliierten Soldaten die deutsche Grenze überschritten, wussten sie, dass sie sich nicht mehr unter Freunden befanden. Dies bedeutete nicht notwendigerweise, dass die Mehrheit der Deutschen sie hasste, ihnen den Tod wünschte oder sogar Widerstand leisten wollte. Aber noch in der letzten Grenzstadt eines gerade befreiten Landes wie Frankreich, Belgien oder Holland war der Unterschied sichtbar. Die befreiten Einwohner hängten ihre Landesfahne heraus, die sie häufig lange Zeit versteckt hatten, und daneben gelegentlich diejenige der Befreier, wenn sie eine besaßen oder hastig hatten anfertigen können. Auf der anderen Seite der Grenze, in Deutschland, war nichts davon zu sehen. Die Deutschen schlossen sich in ihre Häuser ein. Wenn sie etwas heraushängten, dann eine weisse Fahne, häufig einfach ein Bettlaken, das an einem Fenster im Oberstock befestigt war und, abgesehen von der Grundbotschaft der Übergabe, nichts aussagte.

Als Deutschland unter alliierter Kontrolle kam, ähnelte es einem leeren Objekt, einem weissen Blatt. Was an staatlicher Organisation und politischem Leben vorher existiert hatte, betrachteten die Eroberer als unheilbar böse. In Belgien, den Niederlanden oder Norwegen, sogar unter den ver-

worreneren, komplizierteren Umständen von Italien und Griechenland wollte man etwas wiederherstellen, was der Situation vor der faschistischen Machtübernahme glich (in Polen und Osteuropa war die Situation aus einer Reihe von Gründen anders, vor allem, weil die sowjetischen «Befreier» eigene, aggressive, radikale politische Ziele verfolgten). In Deutschland bestand die erste Aufgabe dagegen fraglos darin, das Vorhandene loszuwerden, das Netz der totalitären nationalsozialistischen Herrschaft zu zerstören, und zwar nicht nur im Staatsapparat, sondern überall, in Industrie, Kunst, Bildung und Wissenschaft.

Was an die Stelle dieser bösartigen Strukturen treten sollte oder konnte, war weniger klar, zunächst aber auch weitgehend irrelevant. Zuerst musste Deutschland durch und für die Besatzer gesichert werden, und niemand erwartete, dass dies ohne Gefahren und Schwierigkeiten geschehen würde. Abgesehen von der Wahrscheinlichkeit von fanatischem Widerstand à la Werwolf, gab es ein riesiges besiegtes deutsches Heer von rund fünf Millionen Mann, das entwaffnet und in Gewahrsam genommen und dessen Offiziersränge durchsiebt werden mussten, um Kriegsverbrecher und politisch gefährliche Personen aufzuspüren. Mit der Aussonderung und Neutralisierung der zuletzt genannten Gruppe erfüllten die Besatzer zwei ihrer vordringlichsten Aufgaben: Sie schützten sich selbst vor potenziellen Feinden und begannen mit der politischen Säuberung des Landes.

Die Lage, über welche die Alliierten im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta gesprochen hatten, als der Sieg noch einige Monate in der Zukunft lag, unterschied sich von derjenigen, über die sie sich ein halbes Jahr voller grausamer Ereignisse später auf ihrer Nachkriegskonferenz in Potsdam, vor den Toren der kürzlich eroberten deutschen Hauptstadt, stritten.

Als die Verhandlungen in Potsdam begannen, waren Hitler und Mussolini tot, und auch einer der grossen alliierten Staatsmänner, Roosevelt, war verstorben. Aber es hatten weitere furchtbare, blutige Schlachten und Gemetzel stattgefunden – die Zwangsvertreibung von Millionen Deutschen aus Ostdeutschland, Polen und dem Sudetenland, die verheerenden Luftan-

griffe auf Dresden, Pforzheim und Würzburg, die Belagerung Berlins, die «Todesmärsche» der Insassen aufgelöster Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager. Vor allem aber war eine riesige zwangsweise Bevölkerungsverschiebung in Gang gesetzt worden, die grösste in Europa seit dem Ende des Römischen Reichs – nicht nur von Deutschen, sondern auch von Polen, Ukrainern, Ungarn, Italienern und anderen Nationalitäten. Ferner hatte Churchill sich dem Willen der britischen Wähler beugen müssen und war am 26. Juli 1945 als Premierminister zurückgetreten. Sein Nachfolger, der Vorsitzende der sozial-radikalen Labour Party, Clement Attlee, hatte einen wahren Erdrutschsieg erzielt, der zeigte, dass sich die britische Öffentlichkeit vom Heldentum des Krieges ab- und den harten pragmatischen Anforderungen des Friedens zugewandt und nüchtern und unsentimental eine politische Entscheidung getroffen hatte.

Triumphierende, wenn auch besorgte Alliierte trafen also inmitten von in Trümmern liegenden Städten und eines allgemeinen Zusammenbruchs von Kommunikation und Versorgung im einst bestorganisierten Staat Europas auf eine benommene, desillusionierte deutsche Bevölkerung. Dass eine harte oder wenigstens strenge Behandlung des früheren Reichs mit dem Ziel in Konflikt geraten könnte, ein friedliches Deutschland aufzubauen, welches eines Tages wieder seinen Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen sollte, wurde den meisten im Lager der Alliierten erst nach und nach bewusst.

In Grossbritannien war man allgemein der Auffassung, die Deutschen hätten sich ihr Los selbst zuzuschreiben. Anderer Meinung war nur eine Handvoll von Kritikern, mit dem Labour-Abgeordneten Richard Raper Stokes und George Bell, dem Bischof von Chichester, an der Spitze (die beide während des Krieges prominente Kritiker der Luftangriffe auf deutsche Städte gewesen waren); zu ihnen gesellte sich der ebenso leidenschaftliche wie exzentrische linke Verleger Victor Gollancz. Durch die Presseberichte über die Befreiung der Konzentrationslager wurde diese nachsichtige Minderheit jedoch noch weiter an den Rand gedrängt.

Ganz ähnlich forderten in Amerika viele hochgestellte Amtsträger – ihr bekanntester Vertreter war Finanzminister Henry Morgenthau – eine rigorose Behandlung Deutschlands nach dem Krieg: von der Demontage aller kriegswichtigen Fabriken über die völlige Dezentralisierung bis hin zur zwangsweisen Rückbildung zu einem reinen Agrarland. Es war eine radikale, auf ihre Weise idealistische Lösung des Problems. Sie setzte voraus, dass die Beziehungen zwischen den Kriegsverbündeten gut blieben und eine friedliche Nachkriegsordnung ermöglichten, die nur durch ein militärisch wiedererstarkendes Deutschland gestört werden könnte. Hauptziel, sogar das einzige Ziel dieses Plans war es, ein solches Wiedererstarken zu verhindern, in erster Linie durch den Abbau der dafür nötigen schwerindustriellen Kapazitäten.

Andererseits traten im Aussen- und im Kriegsministerium die meisten, einschliesslich Kriegsminister Henry L. Stimson, für eine feste, aber flexible Politik ein, welche die NS-Gefahr beseitigte, es Deutschland aber erlaubte, wieder auf die Beine zu kommen. Anfangs bestand das Ziel darin, dass es den Siegern künftig nicht über Gebühr zur Last fiel, doch bald spielten auch politisch-militärische Gründe eine Rolle. Schon kurz nach Kriegsende (tatsächlich schon vorher, könnte man angesichts der in den letzten Kriegsmonaten ausgebrochenen interalliierten Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft Polens sagen) wurde deutlich, dass eine reibungslos funktionierende britisch-russisch-amerikanisch-französische Verwaltung Deutschlands von einem einzigen Koalitionshauptquartier in Berlin aus unwahrscheinlich war. Insbesondere die Franzosen bemühten sich eifrig, dies zu sabotieren. Aber auch das rücksichtslose sowjetische Vorgehen in Ost- und Mitteleuropa und die Erkenntnis der neuen US-Regierung unter Präsident Truman, dass fünfzig Millionen hungernde Deutsche in den Westzonen nicht das Rohmaterial darstellten, mit dem ein sich erholendes Westeuropa gegen den Kommunismus gefeit werden konnte, sorgten dafür, dass der Stern der Morgenthau-Gruppe unwiderruflich sank.

Es brauchte nach Kriegsende eine gewisse Zeit und einige bittere Aus-

einandersetzungen innerhalb der Besatzungsverwaltung, bis sich die Pragmatiker gegen die Idealisten durchgesetzt hatten. Nachdem sie die Oberhand gewonnen hatten, wurde die Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung, ungeachtet ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus, wesentlich pragmatischer, was für manche eine Enttäuschung darstellte. Der Morgenthau-Plan, Deutschland zu zerteilen und völlig neu aufzubauen, machte einem Dreivierteldeutschland Platz, das zwar demokratisch umgestaltet wurde, aber sein Industriepotenzial behielt und für seinen Wiederaufbau teilweise altes Material verwendete, das zu benutzen die Besatzer in ihrem anfänglichen Siegesüberschwang niemals in Erwägung gezogen hätten. Am Ende sollte Deutschland tatsächlich erneuert sein, doch bis dahin vergingen fast fünfzig Jahre.

Was die Russen anging, wäre jede Nachkriegsordnung aufgezwungen gewesen, in dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands ebenso wie im übrigen von der Roten Armee «befreiten» Ost- und Mitteleuropa. Überlegungen in dieser Richtung führten daher nicht zur Änderung der grundlegenden Strategie, sondern allenfalls zu taktischen Reaktionen.

Der kommunistisch-totalitäre Satellitenstaat in Ostdeutschland war sicherlich das Werk der Sowjets. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sich ein solcher Staat ohne russische Anleitung und Kontrolle, von den Kohorten deutscher Kommunisten in Moskaus Diensten ganz zu schweigen, spontan aus den Ruinen des nationalsozialistischen Regimes entwickelt hätte. Die Staatsform, die in den späten vierziger Jahren im westlich besetzten Teil Deutschlands geschaffen wurde, hatte vielleicht kompliziertere Ursprünge, und es dauerte wesentlich länger, bis sie ihre endgültige Gestalt angenommen hatte. Die westlich orientierte «Bundesrepublik», die etwas mehr als vier Jahre nach Kriegsende aus der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone geschaffen wurde, war aber zumindest anfangs dem Deutschland der Vorkriegszeit weit ähnlicher als die Konkurrenzgründung der sowjetisch kontrollierten «Demokratischen Republik».

Die Ansichten über Erfolg oder Scheitern der Besatzung(en) in Deutschland haben in den folgenden Jahren gewechselt. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, als Westdeutschland als Verbündeter und Bollwerk gegen den Kommunismus geschätzt wurde, herrschte die Meinung vor, die Deutschen hätten nach 1945 recht schnell die Demokratie angenommen – wenigstens dort, wo sie die Chance dazu hatten, das heisst im Westen. Die Westalliierten, so hiess es in dieser Version der Geschichte weiter, hätten den Deutschen in ihren Besatzungszonen den Rahmen und die Ausbildung für diese erfolgreiche Umgestaltung zur Verfügung gestellt. Binnen weniger Jahre sei Westdeutschland zu einem engen Freund Amerikas, Frankreichs und Grossbritanniens und zum NATO-Mitglied geworden. Dies sei das logische Ergebnis der klugen Besatzungspolitik der westlichen Sieger gewesen. Sie hätten eine weit weniger harte Haltung eingenommen als nach dem Ersten Weltkrieg und insbesondere in Bezug auf die Wirtschaft eine weniger extreme Politik betrieben.

So weit die positive Geschichte, auf die sich die Eliten der beteiligten Länder geeinigt hatten, also von Westdeutschland selbst sowie von Frankreich (das seinen vormaligen Erzfeind in den fünfziger und sechziger Jahren nach und nach in eine positiv-romantische Umarmung gezogen hatte), Amerika (dessen eigene freie, lockere Populärkultur und dezentrale politische Struktur das neue Deutschland ebenfalls beeinflusst hatten) und Grossbritannien (das sich etwas darauf zugutehielt, dass es den Westdeutschen ein liberales Bildungssystem und effiziente Gewerkschaften gegeben hatte).

Die Sowjets hatten aufgrund ihrer Massenvertreibungen, Vergewaltigungen und Plünderungen einen noch schlechteren Start als die Westalliierten. Ihre verspäteten und häufig unbeholfenen Versuche, wenn schon nicht die Zuneigung der Einheimischen zu gewinnen, dann doch wenigstens die Unbeliebtheit bei ihnen zu verringern, konnten die Tatsache nicht verdecken, dass die ostdeutsche Regierung im Grunde ein aufgezwungenes Marionettenregime war. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung erzwang die Errichtung einer befestigten Grenze, zuerst, 1952, an der innerdeut-

schen Demarkationslinie, die in der Mitte des Landes von Lübeck bis Hof verlief, und dann, 1961, in Berlin, dem letzten Refugium der Viermächteherrschaft. 1953 erhob sich die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in einer offenen Rebellion, die nur durch massiven Gewalteininsatz und eine Reihe von Repressalien unterdrückt werden konnte, wie Hunderte von Hinrichtungen und Tausende hoher Haftstrafen. Mehr als vierzig Jahre waren die 17 Millionen Deutschen, die das Pech hatten, sich nach zwölf Jahren NS-Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone zu befinden, der sich nahtlos anschliessenden Herrschaft der konkurrierenden Art des Totalitarismus ausgesetzt, die zwar nicht ganz so brutal und wenigstens nicht rassistisch, aber enttäuschenderweise nicht minder repressiv war. Schlimmer noch, die neuen kommunistischen Bosse stellten sich hin und behaupteten, sie repräsentierten im Gegensatz zur westdeutschen Elite einen klaren Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und seien ihr daher moralisch überlegen.

Beide Geschichtsversionen aus der Zeit des Kalten Krieges waren in gewissem Umfang wahr oder zumindest nicht grob verzerrt. Westdeutschland war nicht ganz die wiederbelebte Bastion von Freiheit und Toleranz, als die es von vielen dargestellt wurde. Die Voraussetzungen dafür waren vorhanden, ebenso wie zwischen 1918 und 1933. Aber zum Zeitpunkt der Gründung des Teilstaats im Jahr 1949 hielten, wie wir sehen werden, laut einer Umfrage 60 Prozent der rund fünfzig Millionen Westdeutschen den Nationalsozialismus weiterhin für eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt worden sei; dieser Anteil war sogar erheblich höher als in früheren Nachkriegsumfragen. Auf die Frage, ob man die Sicherheit, wenn nötig, über die Redefreiheit stellen würde, bezeichnete eine Mehrheit die Sicherheit als das grössere Gut. Ausserdem befürworteten viele weiterhin verschiedene Formen des Antisemitismus.

Eine grosse Zahl von Nationalsozialisten, von denen viele sich Verbrechen sowohl am eigenen Volk als auch an unschuldigen Angehörigen von Feindländern schuldig gemacht hatten, kam im westdeutschen Staat straflos davon. Selbst wenn Strafverfahren gegen solche Täter eingeleitet wur-

den, fanden sie häufig in Teilen des Nachkriegsestablishments Beschützer. In den ersten etwa anderthalb Jahrzehnten ihrer Existenz war die Bundesrepublik sozial und kulturell im Kern zutiefst und gelegentlich erdrückend konservativ.

Die politische und kulturelle Revolution der sechziger Jahre, die überwiegend von jungen Leuten getragen wurde, die bei Kriegsende kaum das Kindergartenalter erreicht hatten, entfaltete in Westdeutschland eine tiefergreifende Wirkung als in allen anderen westlichen Ländern, einschliesslich der Vereinigten Staaten. Plötzlich, nach zwanzig Jahren der Restauration und Rekonstruktion, aber relativ wenig Re-Evaluation, kamen in die Jahre gekommene Kriegsverbrecher vor westdeutsche Gerichte, wurde über den Holocaust gesprochen (der in den fünfziger Jahren weitgehend ignoriert worden war), begann eine nationale Debatte über die Vergangenheit des Landes und die Frage, wohin es sich entwickeln sollte. Damit begann endlich eine Auseinandersetzung, die man bereits zwanzig Jahre zuvor unmittelbar nach der deutschen Niederlage hätte führen können (und die viele Besatzer und die ziemlich kleine Zahl leidenschaftlicher deutscher Nazigegner gern geführt hätten). Seither prägt sie das veränderte, lebendige und tolerante Deutschland, das wir im 21. Jahrhundert sehen.

Das heisst nicht, dass der Faschismus in jeder Form, auch in der direkt auf dem NS-Vorbild beruhenden, gänzlich aus dem neuen Deutschland ausgetrieben ist. Entnazifizierung, auch eine von der selbstbestimmten, subtilen und langfristigen Art, wie sie schliesslich in Deutschland stattfand, kann nicht total sein. In der wiedervereinigten Republik hängt eine beachtliche Minderheit – wie anderswo in Europa auch, so muss man gerechterweise hinzufügen – düsteren, fremdenfeindlichen Fantasien von «Rasseinheit» und vollkommener «Ordnung» nach. Im Unterschied zu den dreissiger Jahren ist sie allerdings relativ klein, und ihre Ideologie findet in der kulturellen, politischen und ökonomischen Elite keinen Widerhall.

Was Ostdeutschland angeht, so spricht trotz der zur Schau gestellten ideologischen Reinheit und der Behauptung, der einzige deutsche Nach-

kriegsstaat zu sein, der sich restlos von der nationalsozialistischen Infektion befreit habe, vieles dafür, dass der marxistisch-leninistische Bann, unter dem die Bevölkerung dort zu leben gezwungen war, äusserlich zwar anders aussah, aber mindestens genauso schädlich war wie die hyperkapitalistische Orgie des Vergessens in Westdeutschland. Vielleicht war seine Wirkung sogar schlimmer, denn es gab keine Achtundsechziger-Bewegung wie in Westdeutschland, keine jungen Leute, die der älteren Generation unangenehme, häufig auch ungerechte Fragen stellten. Ostberlin behauptete, durch den Kommunismus das nationale Problem gelöst zu haben, doch in Wirklichkeit hatte der NS-Bazillus, wie man nach 1989 feststellte, in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik in weit virulenter Form überlebt als im kapitalistisch-demokratischen Konkurrenzstaat. Im Osten haben die Neonazis ihre Wahlhochburgen, und in manchen Städten können sie sogar die Lebensqualität ihrer Mitbürger ernsthaft einschränken.

Im heutigen Deutschland wird viel darüber gesprochen, was in der Vergangenheit schlecht war, gleichzeitig aber auch vermehrt über das Leid diskutiert, das Deutschen im 20. Jahrhundert widerfuhr, ob nun durch die alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, die Vertreibung von Millionen Menschen aus alten deutschen Gebieten oder die manchmal grobe, rachsüchtige und häufig schlicht inkompetente Verwaltung der Alliierten nach der Niederlage. So löste Jörg Friedrichs leidenschaftliche, tendenziöse Darstellung der Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg, die 2003 unter dem Titel *Der Brand* erschien, eine klärende nationale Debatte über Deutsche als Opfer aus. In ähnlicher Weise haben viel besprochene Veröffentlichungen über den brutalen «Bevölkerungstransfer» aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen, vor allem Andreas Kosserts *Kalte Heimat* (2008), eine weitere Facette deutschen Leids zum Thema einer rationalen Diskussion gemacht, anstatt sie einfachen Anklagen zu überlassen.

Was den Hauptgegenstand dieses Buchs betrifft, so ist die Geschichte von Nachkriegszeit und Entnazifizierung zu einem viel beachteten Thema geworden – insbesondere seit der Öffnung der ostdeutschen Archive nach

der Wiedervereinigung, die es den Historikern ermöglicht hat, eine vielfältigere und nuanciertere Ansicht darüber zu gewinnen, was bei der Befreiung Deutschlands vom Schatten des Nationalsozialismus erreicht (oder nicht erreicht) wurde.

Autoren aus den ehemals alliierten Ländern, insbesondere aus England und Amerika, haben sich – zum Teil im Zuge des Aufschwungs der «Besatzungsstudien» nach dem Afghanistan- und dem Irakkrieg – ebenfalls eingehend damit beschäftigt, was die alliierte Besatzung in Deutschland tatsächlich bedeutete. Giles McDonough etwa verfolgt in *After the Reich* einen streng forensischen Ansatz und listet zu Recht die Fehlschläge und Brutalitäten auf, lässt aber häufig die nationalsozialistische Besatzungspolitik in den vorangegangenen sechs Jahren ausser Acht, welche die alliierten Mächte und ihre individuellen Repräsentanten (bis hinunter zum einfachen, verängstigten und manchmal wütenden Soldaten) erst veranlasste, derart auf Vergeltung zu sinnen. Ausgewogener behandelt etwa Perry Biddiscombe in seinem unentbehrlichen Buch *The Denazification of Germany* (das interessanterweise an seine frühere Analyse der Werwolf-Widerstandsbewegung und ihrer Ableger anknüpft) das Thema, wobei er notwendigerweise auch den Wurzeln und Folgen des Entnazifizierungsverfahrens einen gewissen Raum widmet.

Bedeutenden Untersuchungen wie Biddiscombes Buch ist zu entnehmen, dass das, was Deutschland in den Jahren 1944 bis 1949 erlebte, also ungefähr in der Periode der Entnazifizierung, weder eindeutig noch abgeschlossen war. Die Anfänge der Entwicklung, die Deutschland erneut zu internationalem Ansehen und Prosperität und schliesslich sogar zu moralischer Wohlanständigkeit verhalf – kurz, zu dem, was in der Völkergemeinschaft als Normalität gilt –, waren stockend, stets gefährdet, manchmal tapfer und nobel, manchmal erzwungen oder eigensüchtig und meistens nicht mehr als eben Anfänge.

Wie alle derartigen menschlichen Fortschritte wurden auch diejenigen Deutschlands von äusseren Kräften und vom Zufall sowohl gefördert als auch behindert. Im Hintergrund war die Geschichte, auf rätselhafte und fast

unvorstellbar komplexe Weise, unablässig an der Arbeit, während sich Sieger und Besiegte gleichermassen bemühten, in dem, was geschehen war und weiterhin geschah, einen Sinn zu finden. Hinter ihnen lagen wahrhaft schreckliche Jahre, und selbst nach dem Beginn des Friedens war das Elend nicht vorüber. Vieles von dem, was sie in der Folgezeit erleben sollten, war weit schlimmer, als sie gehofft hatten, anderes, besonders am Ende, weit besser als erwartet.

Die Geschichte der zwangsweisen Umgestaltung Deutschlands beginnt, wie es sein muss, in den Wirren des Krieges, als ein noch standhaftes deutsches Kernland sich für die unvermeidlich gewordene feindliche Invasion wappnete. Obwohl die Alliierten allgemeine Vorstellungen darüber hatten, was sie tun mussten, nachdem sie das Feindesland unter ihre Kontrolle gebracht hatten, war vieles allenfalls skizzenhaft festgelegt und würde, je nach den Erfordernissen und Sorgen des Augenblicks, aus dem Stegreif entschieden werden müssen.

Gesellen wir uns also zu den vorrückenden alliierten Truppen, während sie ihre ersten vorsichtigen Schritte auf das Territorium des Reichs wagen. Der Tag war zufälligerweise der 11. September – oder, wie die Amerikaner sagen, «nine eleven» – 1944.

69 Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie überquerte ein siebenköpfiger Spähtrupp des 2. Zuges der Kompanie B des 85. Aufklärungsbataillons, das der 5. Panzerdivision der 1. US-Armee angegliedert war, den Fluss Our und betrat, aus Luxemburg kommend, das Vorkriegsterritorium des Dritten Reichs.

Die Brücke, die sich normalerweise über den Grenzfluss spannte, war von der sich zurückziehenden Wehrmacht zerstört worden. Aber die Our war flach genug, dass Sergeant Warner W. Holzinger und seine Männer hindurchwaten und sich vorsichtig dem gegenüberliegenden Ufer nähern konnten. Da sie nicht auf feindliche Truppen stiessen, erklommen sie die Böschung auf deutscher Seite.

Bald darauf trafen die amerikanischen Soldaten auf einen Bauern, der auf einem Feld arbeitete. Sergeant Holzinger – ein Deutschamerikaner, der die Sprache seiner Eltern beherrschte – sprach den Mann an, der sich erbot, ihm das deutsche Bunkersystem zu zeigen. So drang der Trupp, von diesem entwaffnend freundlichen Einheimischen geführt, mindestens anderthalb Kilometer weit auf Reichsgebiet vor und stand dann tatsächlich vor einigen deutschen Befestigungen – 19 oder 20 Betonunterstände. An einem von ihnen hatte jemand unpassenderweise einen Hühnerstall angebaut. Von feindlichen Truppen war weit und breit keine Spur.¹ Aber die Amerikaner wollten ihr Glück nicht übermässig strapazieren, und so machten sie kehrt und zogen sich ans Ufer der Our, das von den Alliierten gehalten wurde, zurück. Um etwa 18.15 Uhr an diesem 11. September erstatteten sie ihrem Zugkommandeur, Leutnant Loren L. Vipond, Bericht.

Die Nachricht von ihrem Ausflug nach Deutschland wurde über Funk umgehend dem Hauptquartier von Generalleutnant Courtney Hodges, dem

Kommandeur der 1. Armee, übermittelt, das die lang ersehnte Meldung rund um die Welt verbreitete: Die Alliierten waren endlich ins Reich vorgedrungen.²

Dem Vorstoss des 2. Zuges über die Grenze folgten ähnliche Aktionen anderer amerikanischer Einheiten. Am frühen Abend marschierte eine Kompanie des 109. Infanterieregiments der 28. Division auf einer Brücke zwischen Weiswampach an der Nordspitze von Luxemburg und dem deutschen Dorf Sevenig über die Our. Bei Hemeres in der Nähe von St. Vith in Belgien setzte ein Spähtrupp des 22. Infanterieregiments der 4. Division über den Fluss und durchstreifte die Gegend auf deutscher Seite. Die GI nahmen einige Zivilisten fest und befragten sie. Viele waren von der SS evakuiert worden. Die zurückgebliebenen Deutschen hatten sich zumeist in nahegelegenen Wäldern versteckt, obwohl sich für diese Landbewohner die Erfordernisse des Friedens schlecht mit den Imperativen des Krieges vertrugen. Eine Einheimische aus dem kleinen Dorf Heckhuscheid erzählte ein wenig melodramatisch: «Plötzlich stellte man fest, dass die Leute, die sich zum Füttern des Viehs ins Dorf begeben hatten, nicht mehr zurückkehrten: Sie wurden von den mittlerweile ins Dorf eingedrungenen Amerikanern festgehalten.»³ Zum Beweis ihres Erfolges brachten die Grenzgänger eine deutsche Mütze, etwas Geld und eine Erdprobe mit.

Ein entschlossenerer Vorstoss wurde erst am nächsten Tag, dem 12. September, unternommen, rund hundert Kilometer weiter im Norden. Kurz vor 15 Uhr ratterten die Sherman-Panzer von Oberstleutnant William B. Loveladys Panzereinheit, einer Elitetruppe, die sich den ganzen Weg von Omaha Beach hierher selbst gebahnt hatte, in Bataillonsstärke an dem letzten Bauernhaus vorbei, an dem in Erwartung der Befreiung die belgische Fahne gehisst worden war. Dahinter, auf der anderen Seite einer Eisenbahnstrecke, waren weitere Häuser zu sehen, aber wenn sie beflaggt waren, dann mit der weissen Fahne der Kapitulation. Jenseits der Gleise lag Deutschland.

Die Task Force Lovelady fuhr in die kleine, malerische deutsche Grenzgemeinde Roetgen hinein und besetzte sie, ohne auf Widerstand zu

stossen. Um einen Blick auf die Eroberer zu werfen, riskierten es einige Einwohner, ihre Häuser zu verlassen, sie steckten den Amerikanern Blumen an und kochten sogar Kaffee für sie. Sie schienen erleichtert zu sein und keine Angst vor der amerikanischen Besetzung zu haben.⁴ Die Funker der Einheit meldeten Loveladys unmittelbarem Vorgesetzten, Generalmajor Boudinot von der Kampfgruppe B der 3. Panzerdivision, den Erfolg, und der hitzköpfige, in Iowa geborene General – ein bekannter Kavallerist und ehemaliger Ballonfahrer – funkte zurück: «Sagen Sie Lovelady, er ist berühmt! Gratulieren Sie ihm, und sagen Sie ihm, er soll weitermachen!»⁵

Doch die frischgebackene Berühmtheit war gezwungen, eine Pause einzulegen. Am Ostrand von Roetgen versperrten mächtige «Drachenzähne» der gefürchteten Siegfried-Linie, die auf Hitlers Anweisung in den dreissiger Jahren errichtet und seither erheblich verstärkt worden war, den Weg ins Reichsinnere. Als Leutnant Burroughs, der Kommandeur des Aufklärungstrupps, der die Strasse nach Roetgen gesichert hatte, am Ortsrand aus seinem Fahrzeug stieg, um sich einen Krater genauer anzusehen, wurde er von einem deutschen Scharfschützen erschossen. Loveladyverstand das Zeichen und beschloss, eine Rast einzulegen und abzuwarten.

Gleichwohl hatte sich die US-Armee auf deutschem Boden festgesetzt. Es war eine Sensation. Im Unterschied zu den Spähtrupps, die früher ins Reich vorgedrungen waren, wurde die Task Force Lovelady von einer kleinen, aber eifrigen Journalistenschar begleitet. Die *New York Times* feierte die Einnahme der «ersten deutschen Stadt»,⁶ und die *Time* meldete: «Deutsche heissen Invasoren willkommen.»⁷

Bald darauf wurde ein Bürgermeister ernannt, ein Herr Schleicher, der die Anordnungen des amerikanischen Kommandeurs an die Einwohner von Roetgen weiterzugeben hatte.⁸ Damit war der Wechsel von der Eroberung zur Besetzung vollzogen, wie er sich in den folgenden Wochen und Monaten viele Hundert Mal wiederholen sollte.

Es war keinen Augenblick zu früh, denn einige Hundert Kilometer entfernt einigten sich die baldigen Sieger endlich darüber, wie die Besetzung aussehen sollte.

Lancaster House, ein pompöser spätgeorgianischer Kasten aus gelbbraunem Bath Stone, stand (und steht) im Herzen des Londoner Regierungsviertels Mayfair, gegenüber dem St.-James-Palast und unweit des Buckingham-Palasts. Sein Bauherr war ein hochgestellter Insider – Königin Victorias Onkel, der Herzog von York und Albany, zweiter Sohn von König George III. und Anwärter auf den britischen Thron. Er hatte den Bau des Hauses 1825 in Auftrag gegeben.

Zwei Jahre darauf war der Herzog allerdings im Alter von 63 Jahren kinderlos verstorben, angeblich an Leiden, die er sich durch einen ausschweifenden Lebenswandel zugezogen hatte. Lancaster House bestand damals aus kaum mehr als einer Hülle. Dennoch war es für einige Jahre als York House bekannt, bevor es in den Besitz des Marquis von Stafford überging. Danach blieb es für fast neunzig Jahre das Stafford House, bis es der mit Gemeinsinn ausgestattete Seifenmagnat Lord Leverhulme aus Lancaster erwarb und wenig später dem Staat schenkte – als Lancaster House.

Im Jahr 1799 war dem ursprünglichen Bauherrn das Kommando über die britischen Expeditionstruppen übertragen worden, die durch die niederländischen Marschen in Frankreich einfallen sollten. Aufgrund des jämmerlichen Zustands der britischen Landstreitkräfte zur damaligen Zeit, aber auch wegen seiner eigenen Unerfahrenheit endete der Feldzug für den jungen Herzog in einer totalen Katastrophe. 145 Jahre nach dieser legendären britischen Niederlage war seine Residenz ironischerweise Sitz der Europäischen Beratenden Kommission (EAC), deren Aufgabe speziell darin bestand, die Früchte eines der grössten militärischen Siege der Geschichte zu verteilen.

Die EAC war im Januar 1944 ins Lancaster House eingezogen. Auf der Teheraner Konferenz im November 1943 hatten sich Roosevelt, Churchill und Stalin über einige Grundfragen in Bezug auf das Los Deutschlands nach Kriegsende geeinigt: Erstens sollten grosse Teile der deutschen Ostprovinzen an Polen abgetreten und zweitens die deutsche Regierung abgesetzt und das einst mächtige Reich aufgeteilt werden.

Aufgabe der EAC war es nun, die Details dieser Vereinbarung auszuarbeiten sowie die Mechanismen der feindlichen Kapitulation zu entwerfen. Zu diesem Zweck ernannten die Alliierten jeweils einen Delegierten; von britischer Seite war dies ein mächtiger Beamter des Ausenministeriums im Botschafterrang, der 52-jährige William Strang, der den Posten des Generalsekretärs der Organisation als Vollzeitjob übernahm. Die Delegationen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wurden von deren Botschaftern geleitet, dem liebenswürdigen John G. Winant und dem weniger umgänglichen Fjodor T. Gussew. Nach allen Berichten war Gussew, den Stalin im vorangegangenen Herbst mit noch nicht einmal vierzig Jahren zum Nachfolger des geselligen, kosmopolitischen Iwan Maisky ernannt hatte, ein reizloser, engstirniger stalinistischer Bürokrat.⁹ Sowohl er als auch Winant widmeten sich der EAC jedoch nur nebenbei, während Militär-, Wirtschafts- und Politikberater den grössten Teil der alltäglichen Kärnerarbeit ausführten.

Nachdem sie angemessene neun Monate daran laboriert hatte, legte die EAC am 12. September, während amerikanische Spähtruppen vorsichtig in den Westen Deutschlands eindringen, ein Protokoll über die Kapitulation und Besetzung Deutschlands vor, das die Delegierten inmitten der falschen Louis-quatorze-Pracht des Lancaster House unterzeichneten. Was das Territorium betraf, beschränkte das Protokoll Deutschland auf die Grenzen von 1937, vor der Annexion Österreichs und des Sudetenlandes – und natürlich vor der Angliederung riesiger polnischer Gebiete von 1939/40.

Ferner sah das Dokument die Bildung von drei Besatzungszonen vor, die getrennt verwaltet werden sollten. Ihre Grenzen sollten, unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgrösse, denjenigen vorhandener Verwaltungsbezirke folgen. Darüber hinaus hatten sich die Alliierten auf die gemeinsame Verwaltung Berlins durch eine interalliierte Militärbehörde geeinigt, die als *Kommandatura* bekannt werden sollte.

Während die Besetzung sowohl der «östlichen Zone» als auch des östlichen Teils von Berlin durch sowjetische Truppen bereits abgeschlossen

war, blieben die genauen Umriss der «nordwestlichen (britischen)» und der «südwestlichen (amerikanischen) Zone» sowie des britischen und amerikanischen Sektors von Berlin offen.

Die Vereinbarung ignorierte zwar weit mehr Probleme, als sie löste – vor allem gab es immer noch keine wirkliche Einigung über das endgültige Schicksal Deutschlands als einheitlicher Staat –, aber wenigstens war formal festgelegt, welche Gebiete die einzelnen Alliierten im Nachkriegsdeutschland kontrollieren sollten. Wo die Armeen zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation stehen würden, hing natürlich vom Kriegsverlauf ab. Doch die Alliierten waren verpflichtet, sich nach der Siegesstunde so bald wie möglich in ihre Zonen zurückzuziehen und dort die höchst problematische Aufgabe zu erfüllen, die Bevölkerung des besiegten Reichs zu regieren (und zu ernähren und ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben).

So viel zur theoretischen Karte von Nachkriegsdeutschland. Im Herbst 1944 war der Krieg aber augenscheinlich noch nicht vorüber. Obwohl die Alliierten ihn zu gewinnen schienen, zählten letztlich nur die harten Tatsachen, und die wurden gerade erst geschaffen. Die wirkliche Karte von Nachkriegsdeutschland wurde nicht mit Tinte, sondern mit Blut gezeichnet.

Dass die amerikanischen Spähtruppen die ersten alliierten Einheiten waren, die deutschen Boden betraten, entspricht nicht ganz der Wahrheit, denn im Osten hatte sich die Rote Armee bis zum Juli 1944, auf der Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte der Wehrmacht aufbauend, fast bis an die deutsche Vorkriegsgrenze herangekämpft. Marschall Georgi K. Schukow riet Stalin, den Vorteil zu nutzen und nach Ostpreussen vorzustossen, bevor die Deutschen die Gelegenheit ergriffen, sich neu zu formieren und ihre Verteidigung aufzubauen. Doch der sowjetische Diktator beharrte darauf, den Fronten in Polen und auf dem Balkan die Priorität zu geben. Dennoch drang am 17. August 1944 ein sowjetischer Spähtrupp bei der ostpreussischen, überwiegend von Litauern bewohnten Grenzstadt Stallupönen kurzzeitig auf deutschen Boden vor. Der Ort war von den Nationalsozialisten

1938 in Ebenrode umbenannt worden, weil der ursprüngliche Name ihnen zu «undeutsch» klang.

Die rachedurstigen Rotarmisten mussten indes noch zwei Monate warten, bis sie etwas unternehmen konnten, das als Invasion auf deutsches Gebiet gelten konnte. Am 16. Oktober setzte Armeegeneral Iwan D. Tschernjachowskis 3. Weissrussische Front schliesslich bei Goldap über die Memel und rückte mit massiven Kräften nach Ostpreussen vor. Nach ihren Befehlen hatten die Rotarmisten die deutschen Einheiten in der Nähe der Städte Insterburg und Tilsit zu vernichten und den Weg freizumachen für den Vormarsch auf die Provinzhauptstadt (und zweitgrösste Stadt Preussens) – Königsberg.

Nach Anfangserfolgen, einschliesslich der Eroberung mehrerer Kleinstädte, gelang es der deutschen 4. Armee mit viel Mut und Umsicht, den grimmigen sowjetischen Angriff zum Stehen zu bringen und sogar zurückzuschlagen. Tschernjachowski, der 38-jährige Überflieger der Roten Armee, der jüngste kommandierende General des gesamten Krieges, hatte in der sogenannten Goldap-Gumbinnen-Operation 17'000 Mann verloren und konnte von Glück reden, dass er nicht degradiert worden war wie der Befehlshaber der benachbarten 2. Weissrussischen Front, Georgi F. Sacharow, der für den blutig fehlgeschlagenen Versuch, nordöstlich von Warschau am Narew zwei Brückenköpfe zu errichten, seine Bestrafung erhalten hatte.¹⁰

Erst im nächsten Jahr sollten sowjetische Soldaten wieder in nennenswerter Zahl deutschen Boden betreten. Vorerst hatten sie Deutschland und der Welt einen furchterregenden Vorgeschmack darauf gegeben, was Besatzung, zumindest im Osten, bedeuten würde.

Am frühen Morgen des 21. Oktober 1944, als der Herbstnebel noch über der ostpreussischen Landschaft lag, rollten schwer gepanzerte Fahrzeuge des 2. Bataillons der 25. sowjetischen Panzerbrigade auf der Hauptverbindungsstrasse in westlicher Richtung tiefer nach Ostpreussen hinein. Ihr Ziel war die wichtige, mittelgrosse Stadt Gumbinnen. Seit dem Beginn des Angriffs fünf Tage zuvor waren sie rund fünfzig Kilometer weit auf deutschen

Boden vorgestossen. Der grösste Teil der Bevölkerung war geflohen, zusammen (jedenfalls für den Moment) mit den sie verteidigenden Wehrmachteinheiten. Dennoch stiessen die Rotarmisten an diesem Morgen vor der Brücke über die Angerapp auf eine lange Reihe von Pferden und Karren. Sie lenkten ihre T-34-Panzer, Wagen, Tiere und Menschen zerquetschend, über die Brücke und fuhren in das auf der anderen Seite liegende und dem Anschein nach verlassene – und nicht verteidigte – Dorf hinein.

Nemmersdorf, so hiess der Ort, hatte 637 registrierte Einwohner, von denen die meisten evakuiert worden waren. Aber nicht alle, wie die Russen herausfanden. Das Schicksal der Zurückgebliebenen war zweifellos grässlich, aber die historischen Akten sind so verworren und die zeitgenössischen Darstellungen der Episode so stark vom politischen Zweckdenken der Kriegszeit verzerrt, dass es schwerfällt, über alle Einzelheiten Klarheit zu gewinnen. Sicher ist, dass die deutschen Truppen bald zurückkehrten und Dorf und Brücke zurückzuerobern versuchten, aber zurückgeschlagen wurden.

Während der Luftangriffe, die den deutschen Gegenschlag begleiteten, suchten sowjetische Soldaten in einem improvisierten Bunker in Nemmersdorf Zuflucht, in dem sich, wie sie feststellten, bereits etwa 14 deutsche Zivilisten befanden. Als die Gefahr aus der Luft vorüber zu sein schien, befahl ein sowjetischer Offizier allen, die sich im Bunker befanden, herauszukommen. Offenbar kurz darauf begann ein Massaker an Zivilisten. Einige – unter ihnen sicherlich die Zivilisten aus dem Bunker – wurden aus kurzer Distanz erschossen, andere mit Gewehrkolben oder Spaten erschlagen.

Später am Tag erhielten die sowjetischen Panzereinheiten den Befehl, sich in eine leichter zu verteidigende Stellung am Ostufer des Flusses zurückzuziehen. Die Deutschen, die das Dorf wieder einnahmen, fanden den Schauplatz eines Massakers vor, auf dem – wie erzählt wurde – neben einem niedergebrannten Haus an einen Pfahl ein Brett genagelt war, auf das ein russischer Soldat geschrieben hatte: «Hier ist es nun – das verfluchte Deutschland.»¹¹

Die deutsche Rückeroberung von Nemmersdorf – nachdem sich die

Rote Armee aus Ostpreussen zurückgezogen hatte, das daraufhin für weitere rund zweieinhalb Monate in deutscher Hand blieb – löste eine der grossen Propagandaschlachten des Zweiten Weltkriegs aus. Es steht ausser Frage, dass die Russen in Nemmersdorf (und, wenn auch nicht in gleicher Intensität, in den Nachbarkreisen) Gräueltaten begangen und Dutzende von Zivilisten ermordet hatten. Nachdem sie über drei Jahre miterlebt hatten, wie ihr Land verwüstet worden war, hielten sich die wütenden Rotarmisten vielfach für berechtigt, auf furchtbare und letztlich ungerechtfertigte Weise Rache zu üben. Doch Hitlers Propagandachef Josef Goebbels bewirkte mit seiner Darstellung des Massakers, die dazu diente, den Widerstandswillen der Deutschen zu stärken und die Alliierten in den Augen der neutralen Welt zu diskreditieren, eine stark verzerrte Wahrnehmung der Ereignisse.

In den folgenden Tagen wurde in der gesamten vom NS-Regime kontrollierten Presse und den Wochenschauen über die «bestialische Bluttat» berichtet, komplett mit drastischen Fotos der Leichen. Goebbels war führend an der Schaffung des Volkssturms beteiligt, einer letzten Heimatschutztruppe aus jenen, die bisher als zu jung oder zu alt oder als untauglich für den Kampf gegolten hatten. Er beschloss, die Taktik im Propagandakrieg zu ändern. Ende 1944 war die Lage so verzweifelt, dass es augenscheinlich nicht mehr genügte, über Siege zu frohlocken und Niederlagen zu verheimlichen. Goebbels' neue Methode bestand darin, die Deutschen systematisch in Angst zu versetzen und auf diese Weise ihren Widerstandswillen zu stärken. Sie würden notgedrungen weiterkämpfen, nicht aus Siegeszuversicht, sondern aus Angst vor der Niederlage und den Massakern der slawischen «Untermenschen». Deshalb schreckte der Propagandaminister nicht davor zurück, auch die schlimmsten Bilder zu veröffentlichen.

Als die Nachricht über die Gräueltat Berlin erreichte, beschloss Goebbels augenblicklich, sie zum «Anlass einer grossen Presseaufklärung» zu nehmen.¹² Eberhard Taubert, ein hoher Beamter seines Ministeriums, stellte hastig eine «internationale» Kriegsverbrechenskommission (die fast ausschliesslich aus ausländischen Kollaborateuren bestand) auf, und in

Deutschland und den verbliebenen besetzten Ländern wurde ausführlich über die schrecklichen Geschehnisse in Ostpreussen berichtet. Auch neutrale Zeitungen griffen die Geschichte auf.

Auf Flugblättern und in Zeitungen wurden Fotos von Frauen- und Mädchenleichen mit hochgeschobenen Rücken abgedruckt, so als hätte man sie nach ihrer Vergewaltigung so liegengelassen (eine Ärztekommision unter Leitung von SS-Chef Himmlers Leibarzt Karl Gebhardt wollte festgestellt haben, dass alle Frauen vergewaltigt worden seien). Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die Kleidung für die Fotos arrangiert worden war, um genau diesen Eindruck zu erwecken, und offenbar zeigen aufeinanderfolgende Bilder die Opfer einmal mit intakter und einmal mit in Unordnung gebrachter Kleidung.¹³

Dass in Nemmersdorf ein Massaker stattfand, ist unbestreitbar. Dass die von den sowjetischen Soldaten gefangen genommenen Frauen allesamt vergewaltigt wurden, ist weniger sicher. Die einzige überlebende Augenzeugin, die angeschossen und für tot gehalten wurde, konnte nur die mörderischen Absichten der Rotarmisten bestätigen.

Die körperbehinderte Gerda Meczulat lebte mit ihrem 71-jährigen Vater am Westufer der Angerapp. Ihr Vater hatte sich geweigert, zusammen mit den anderen Dorfbewohnern zu fliehen, und hatte stattdessen mit seiner Tochter im örtlichen Bunker Zuflucht gesucht. Ihre Erinnerungen an die Ereignisse bezeugen die gefährliche Willkürlichkeit, die für das Verhalten russischer Soldaten in Deutschland typisch sein sollte. Im Bunker hatten sich die einfachen russischen Soldaten anfangs gegenüber den verängstigten Deutschen recht freundlich verhalten – obwohl sie während des Wartens auf die Aufhebung des Alarms das Gepäck der Deutschen durchwühlten. Erst nachdem ein Offizier dazugekommen war, hatte sich die Stimmung geändert, drastisch und, wie sich herausstellte, tödlich. Der Offizier brüllte in barschem Tonfall Befehle. Die Deutschen sollten den Bunker verlassen.

«Als wir rauskamen», berichtete Gerda Meczulat den deutschen Stellen nach der Rückeroberung von Nemmersdorf, «standen zu beiden Seiten des Ausgangs Soldaten mit schussbereiten Gewehren. Ich fiel hin, da ich eine Kinderlähmung habe, wurde hochgerissen und spürte in der Aufregung nichts mehr. Als ich zu mir kam, hörte ich die Kinder schreien und Gewehrschüsse. Dann war alles still.»¹⁴ Ihre Beinahemörder handelten ohne klares Ziel. Deshalb überlebte sie, während bis zu zwei Dutzend andere Dorfbewohner zu Tode kamen.

Von Goebbels' Pressekampagne angefacht, machten binnen weniger Tage Horrormeldungen über an Scheunentore genagelte nackte Frauen, Massenvergewaltigungen und Massenerschiessungen die Runde. Nemmersdorf wurde zum Symbol «bolschewistischer» Barbarei (selbstverständlich ohne jemals einen Zusammenhang mit dem entsetzlichen Verhalten der schlimmsten deutschen Truppen im besetzten Russland herzustellen). Tatsächlich scheinen diese Meldungen nicht ganz aus der Luft gegriffen zu sein, stammten aber – wie offenbar auch die in der NS-Presse abgedruckten Fotos – von verschiedenen Gräueltaten und waren dem Nemmersdorfer Vorfall, den das Regime besonders ins Rampenlicht rücken wollte, zugeordnet worden.

Fünf Tage später hielt ein Generalstabsmajor, der eine offizielle Untersuchung der Wehrmacht über alle an diesem Tag auf der Landstrasse nach Gumbinnen begangenen Untaten leitete, in einem wahrscheinlich zuverlässigeren Bericht fest, dass man in Nemmersdorf 26 Leichen gefunden habe (13 Frauen, 8 Männer und 5 Kinder). Todesursache seien zumeist Schüsse in Kopf und Brust gewesen. Einigen kleineren Kindern seien mit Gewehrkolben die Köpfe eingeschlagen worden. Einer Frau habe man nach dem Tod die Brüste abgeschnitten (ein Detail, das nirgendwo sonst erwähnt wird). Vergewaltigungen werden in dem Bericht nicht erwähnt. Über 13 weitere Leichen (3 Männer, 4 Frauen, 6 Kinder), die zwei Kilometer entfernt auf der Strasse gefunden wurden, wo offenbar eine kleine Flüchtlingsgruppe das Pech gehabt hatte, von sowjetischen Truppen eingeholt zu werden, vermerkt der Major indes, dass der «Unterkörper aller weiblichen Lei-

chen ... entblösst [war]. Bei 3 Frauen kann Vergewaltigung angenommen werden.»¹⁵

Aber wie immer die Wahrheit über Nemmersdorf aussehen mag – und selbst in seriösen Darstellungen finden sich weiterhin wilde Übertreibungen¹⁶ –, kann kein Zweifel daran bestehen, dass es sich um ein unverzeihliches Kriegsverbrechen handelte, das erste vieler weiterer Verbrechen, die sowjetische Soldaten auf deutschem Boden begingen, als der Krieg «heim ins Reich» kam. Diese Besetzung unterschied sich stark von derjenigen von Roetgen im vorangegangenen Monat. Das Martyrium der deutschen Ostprovinzen hatte begonnen.

Ende Oktober 1944 hatten sich die Sowjets unter dem Druck erfolgreicher deutscher Gegenangriffe aus Ostpreussen zurückgezogen. Die propagandistische Instrumentalisierung des Massakers von Nemmersdorf hatte sicherlich die Rekrutierung zum Volkssturm erleichtert, andererseits aber auch unter den Zivilisten in der Provinz Panikreaktionen ausgelöst, so dass bereits in dem heiklen Schwebzustand der folgenden zwei Monate, trotz des offiziellen Verbots, ein steter Flüchtlingsstrom nach Westen strebte, von den Russen fort.

Auch Hitler setzte sich nach Westen ab. Am 21. November 1944 verliess er sein ostpreussisches Hauptquartier, die «Wolfsschanze», von wo er einen grossen Teil des Krieges gegen Russland befehligt hatte. Da die Front auf weniger als hundert Kilometer herangerückt war, schien die Wolfsschanze nicht mehr sicher genug.

Gleichwohl war der rasche Zusammenbruch der Ostfront vom Sommer 1944 zumindest vorübergehend einer stabileren Lage gewichen. Bei Anbruch des letzten Kriegswinters kam der russische Vormarsch fast zum Erliegen. Die Rote Armee musste vor dem nächsten Vorstoss ihre Nachschublinien stabilisieren.

Im Westen kam es ebenfalls zu einem Stillstand. Nach dem Ausbruch aus dem Brückenkopf in der Normandie im Juli 1944 waren die angloamerikanischen Truppen von Sieg zu Sieg geeilt. Nur gut drei Monate nach dem D-Day, dem Tag der Landung, überschritten sie die deutsche Grenze. Paris und Brüssel waren gefallen. Am 15. August hatte an der französi-

schen Mittelmeerküste eine zweite Landungsoperation begonnen, die «Operation Dragoon», nach der die Deutschen rasch aus Süd- und Südostfrankreich verdrängt werden konnten. Sie verloren Tausende von kampferprobten Soldaten. Sie fielen, wurden verwundet oder gerieten in Gefangenschaft und zogen sich in einiger Unordnung zurück. Man sprach bereits davon, dass der Krieg bis Ende 1944 vorüber sei, dass Briten und Amerikaner weiter nach Deutschland vorstossen würden, bevor Hitler seinen Widerstand organisieren könne.

Aber auch im Westen vermochten sich die Deutschen neu zu formieren. Die von einem dreimonatigen Bewegungskrieg erschöpften alliierten Truppen stiessen am Ende langer, angreifbarer Nachschublinien auf die natürlichen Barrieren des Rheins, der Vogesen und der Ardennen. Erneut mussten sie für jeden Kilometer, den sie vorrückten, einen hohen Preis zahlen. Als die Briten in der dritten Septemberwoche in Arnheim eine Luftlandeoperation über den Niederrhein hinweg unternahmen, erlebten sie ein ebenso heldenhaftes wie blutiges Debakel, das erste seit dem D-Day.

Die Fortschritte anderswo waren bescheiden. Als erstes grosses Bevölkerungszentrum in Deutschland fiel das berühmte Aachen, wo elfeinhalb Jahrhunderte zuvor Karl der Grosse gekrönt worden war und er selbst und seine Nachfolger beigesetzt waren. Aachen lag gerade einmal zwanzig Kilometer nordwestlich von Roetgen.

General Courtney Hodges' 1. Armee begann am 1. Oktober mit der Einkesselung von Aachen. Im September war Generalleutnant Gerhard von Schwerin, der Kommandeur der 116. Panzerdivision – ein kultivierter, humaner Offizier mit engen Verbindungen zu den Verschwörern des 20. Juli –, der höchste Militär in der Stadt gewesen, aber er war von seinem Posten abgelöst worden, weil er sich in die Evakuierung von Aachen eingemischt und den Wunsch geäussert hatte, dieses kulturelle Juwel kampfflos aufzugeben. Auf diese Weise hatte er sowohl die Stadt als auch wertvolle Männer und Militärressourcen, die anderswo besser hätten genutzt werden können, retten wollen. Als die Amerikaner näherrückten, bekamen

sie es jedoch mit Verteidigungskräften zu tun, die unter dem Befehl des weniger rücksichtsvollen Obersten Gerhard Wilck standen.

Obwohl Wilck später behauptete, er habe von Schwerins Zweifel geteilt, war davon anfangs nichts zu bemerken. Vielmehr organisierte er eine rücksichtslose Verteidigung und beteuerte in heroischen Funksprüchen seinen «unerschütterlichen Glauben» an das «Recht» und den Sieg Deutschlands. Von seinen Soldaten verlangte er «Pflichterfüllung bis zum letzten». ¹⁷ Aufgrund dieser Haltung mussten die Amerikaner einen fast dreiwöchigen Häuserkampf führen, bis die Garnison der Stadt am 21. Oktober, nachdem auf beiden Seiten rund 5'000 Männer gefallen waren, ihren Widerstand aufgab. Zu diesem Zeitpunkt lag der Dom bereits in Trümmern und war kaum noch zu erkennen – das mittelalterliche Baudenkmal war zu 85 Prozent zerstört. ¹⁸

Hodges hatte die Empfehlung, einfach an Aachen vorbei vorzustossen, in den Wind geschlagen und sich stattdessen für die symbolisch eindrucksvollere, militärisch aber weniger entscheidende Geste der Belagerung und Eroberung der Stadt entschieden (dass sie – mit einer knallharten SS-Gruppe als Kerntruppe – derart erbittert verteidigt wurde, war auch der Tatsache geschuldet, dass sie die erste deutsche Grossstadt war, die von den Alliierten bedroht wurde). Diese Entscheidung kostete die Alliierten erhebliche Verluste und viel Zeit. ¹⁹ Darüber hinaus stellte sie der Fall von Aachen vor eine schwierige Aufgabe, die Katastrophen und Chancen gleichermaßen bereithielt – die kurzfristig auszuübende Verwaltung einer grossen (wenn auch anfangs weitgehend entvölkerten) deutschen Stadt.

Im Gegensatz zu ihrer Einnahme erwies sich die Besetzung der Stadt und ihrer Umgebung als relativ problemlos. Wie in Roetgen fanden sich die Einwohner bemerkenswert gut mit der neuen Situation ab und verhielten sich recht freundlich. Das war freilich nicht ganz unvorhersehbar gewesen. Vor der Zerstörung der Weimarer Demokratie im Jahr 1933 hatte das linke Rheinufer zu den Teilen Deutschlands gehört, wo die Nationalsozialisten

am wenigsten Widerhall gefunden hatten. Die Menschen dort hatten in ihrer Mehrheit die katholische Zentrumspartei gewählt, während die NSDAP nur auf rund 20 Prozent gekommen war. Darüber hinaus hatten die Aachener, laut einem Bericht des Counter Intelligence Corps (CIC), des militärischen Abschirmdienstes der US-Armee, allen Grund, die Nationalsozialisten zu hassen, die bei der Evakuierung der Stadt mit brutaler Härte vorgegangen waren.²⁰ Erst im Frühjahr, als die Alliierten das bedeutende rheinische Militär- und Verwaltungszentrum Koblenz erreichten, das seit 1815 zu Preussen gehörte und seit Langem eine stark befestigte Stadt mit prusifizierten Soldaten und Beamten war, sollten die Alliierten auf so etwas wie eine nationalsozialistische Hochburg in Westdeutschland stossen.²¹

Als weniger leicht stellte sich ein Problem heraus, mit dem die neuen Herren von Aachen fast augenblicklich konfrontiert waren und mit dessen Lösung die Sieger während der gesamten Besatzungszeit ringen sollten, die Frage nämlich, welche Deutschen als «gute», von keiner Verstrickung in den Nationalsozialismus belastete Deutsche betrachtet werden konnten, und, wenn dies eindeutig festzustellen war, ob das eroberte Land mit ausschliesslich von solchen Personen besetzten Gremien verwaltet werden konnte.

Die Alliierten wussten es zwar noch nicht, aber sie konnten dieses schwierige Problem fast während des ganzen bevorstehenden Winters nur an diesem einzigen Ort ausloten. Bis März steckten sie auf dem linken Rheinufer fest, und die Eroberungen, die sie in dieser Zeit machten, gelangen ihnen nur unter enormen Verlusten. So verlor die 1. US-Armee in der erbittert geführten Schlacht um Düren zwischen dem 16. November und dem 16. Dezember 21'000 Mann.²²

Im Lauf des Oktober und November, während zwei Kilometer weiter östlich verlustreiche Kämpfe stattfanden, richtete sich Aachen, wenn man so sagen kann, mit der Besatzung ein. Dabei traten von Anfang an sämtliche Schwierigkeiten zutage, die später in der Nachkriegsperiode die Bilanz der Alliierten verhängeln sollten. Um die kleine Zahl der verbliebenen zivilen Einwohner auf ihre politische Zuverlässigkeit zu prüfen, nahm man die

meisten von ihnen in Gewahrsam und transportierte sie ins nahe Belgien, wo sie in Evakuierungszentren in einem ehemaligen belgischen Armeestützpunkt in Hombourg untergebracht und von speziell ausgebildeten Teams der US-Armee einzeln befragt wurden, die ihre politische Geschichte in Erfahrung zu bringen versuchten.

Auf diese Weise wurden viele nützliche Informationen gesammelt. Gleichwohl bedeutete die Unterbringung von Zivilisten in solchen «Konzentrationslagern», wie Goebbels' Propagandamaschine die Lager sofort nannte (eine Bezeichnung, die im ursprünglichen, buchstäblichen Wort Sinn zugegebenermassen nicht ganz falsch war), eine erhebliche Belastung von Transportkapazitäten und menschlichen Ressourcen, die nicht endlos wiederholt werden konnte, während die Alliierten in Deutschland vorrückten und weitere Grossstädte einnahmen.

Eine nützliche Taktik für künftige Befragungen, die man bei den Verhören der Aachener lernte, bestand darin, nicht zu fragen, ob jemand Mitglied der NS-Partei gewesen sei, sondern, ob er oder sie sich «gezwungen gesehen» habe, in die Partei einzutreten. Wechselte man zu solch einer Art der Befragung, erhielt man viel bereitwilliger Auskunft und weit häufiger das Eingeständnis von politischer Schuld.²³

Da die Aachener, Unschuldige und Schuldige gleichermaßen, nach und nach in ihre Stadt zurückkehrten, waren die Amerikaner bald genötigt, eine zivile Verwaltung zu errichten. Bei der Suche nach einem geeigneten Oberbürgermeister holte sich der mit dieser Aufgabe betraute Offizier der amerikanischen Militärregierung von Aachen, Leo Svoboda, Rat beim katholischen Bischof der Stadt. Katholische Geistliche und ihre Schäfchen waren im Allgemeinen, wenn auch nicht notwendigerweise, weniger vom Nationalsozialismus überzeugt gewesen als ihre protestantischen Pendanten. Der Bischof empfahl Svoboda einen gewissen Franz Oppenhoff, einen 42-jährigen Rechtsanwalt und Geschäftsmann, der vor 1933 ein treues Mitglied der Zentrumspartei gewesen war. Nach Hitlers Machtantritt hatte er

sich geweigert, der NS-Partei beizutreten, und nach allem, was man hörte, war er ein fähiger Organisator. Was sprach also gegen ihn?

Die *New York Times* berichtete, ein «schlanker, kahlköpfiger Rechtsanwalt und Nazigegner von etwa 40 Jahren» (sein Name wurde aus Sicherheitsgründen nicht genannt) sei von Oberstleutnant A.A. Carmichael aus Montgomery in Alabama vor einer amerikanischen Fahne vereidigt worden. «Haben Sie ein Haus?», fragte jemand den neuen Oberbürgermeister. «Ja, aber keines, das steht», antwortete Oppenhoff trocken, bevor er sich in seinen Amtssitz in einem Keller im Stadtzentrum begab.²⁴

Nach seinem Amtsantritt stellte sich freilich heraus, dass die Dinge nicht so einfach waren, wie es die Ausbildungsrichtlinien der Militärregierung und die Empfehlung des Bischofs nahegelegt hatten. Die Zentrums-partei bedeutete nicht unbedingt gleich Demokratie. Sie war zwar eine Stütze der Weimarer Republik gewesen und hatte vier der zwölf Reichskanzler der Periode vor Hitler gestellt, hatte aber stets auch eine streng konservative, autoritäre Fraktion besessen. Zu den bekanntesten dieser im Grunde reaktionären Richtung zählte Heinrich Brüning, der von 1930 bis 1932 Reichskanzler gewesen war. Indem er mit Notverordnungen des Reichspräsidenten regierte und viele Schutzvorrichtungen der Weimarer Demokratie umging oder abbaute, hatte er Präzedenzfälle geschaffen, die Hitler in vieler Hinsicht den Weg ebneten.

Im März 1933 hatte eine Mehrheit der Reichstagsabgeordneten der Zentrums-partei für das «Ermächtigungsgesetz» gestimmt, das Hitler diktatorische Vollmachten verlieh. Oppenhoff hatte dieser Mehrheit angehört. Dass er nicht in die NSDAP eintrat, hatte verschiedene Gründe, vor allem religiöser Art, aber er misstraute der Demokratie, und selbst als das Ende des NS-Regimes abzusehen war, sah er keinen Anlass für eine Rückkehr zu einem System wie dem Weimarer. Wie andere Vertreter der nichtnationalsozialistischen Rechten favorisierte er einen christlichen Ständestaat, der nicht auf parlamentarischer Repräsentanz, sondern auf der Ernennung von Delegierten durch die wichtigsten gesellschaftlichen und wirtschaftli-

chen Gruppen beruhen sollte. Seine Vorbilder waren die Regime Mussolinis, Francos sowie der «Austrofaschisten», die vor dem «Anschluss» in Österreich regiert hatten.

Oppenhoffs Einstellung wurde bald deutlich, als er Kritik an seiner Arbeit als das Werk von «Roten» abtat und die Verhaftung von «Unruhestiftern» verlangte. Ausserdem ernannte er ähnlich konservative, autoritär gesinnte Personen, zumeist ebenfalls Geschäftsleute, zu Abteilungsleitern seiner Stadtverwaltung (hinzu kamen auf Schlüsselpositionen in der zweiten Reihe insgesamt 22 Nationalsozialisten).²⁵ Einige aus dieser «Veltrup-Clique», wie sie bald genannt wurde, hatten wie Oppenhoff selbst bei der Veltrup KG gearbeitet, einer örtlichen Rüstungsfirma, die unter anderem Teile für Panzer sowie für die VI – und V2-Waffen hergestellt hatte. Im Winter 1944/45 erwies sich Oppenhoff jedoch als fähiger Verwalter, was viele, wenn auch nicht alle Zweifler in der Besatzerarmee verstummen liess.

Hauptgegner Oppenhoffs bei den Alliierten waren der stellvertretende Chef der Aachener Militärregierung, Major John Bradfod, und sein Verbündeter, Major Saul K. Padover, ein in Österreich geborener Nachrichtendienstoffizier und Angehöriger der Psychological Warfare Division. Beide waren eifrige Verfechter des New Deal (im Zivilleben hatte der linksliberale Padover unter Roosevelt im Innenministerium gearbeitet) und entschlossen, sämtliche Nationalsozialisten von Machtpositionen im neuen Nachkriegsdeutschland fernzuhalten. Ihnen im Weg stand Major Hugh Jones, ein früherer Autoverkäufer aus Wisconsin mit einer nüchternen, sozial-konservativen Einstellung.

Für Jones war wichtig, dass etwas funktionierte, und in seinen Augen funktionierte Oppenhoff. Er arbeitete effektiv und war weder Nationalsozialist noch Kommunist. Darüber hinaus verhielten sich der Oberbürgermeister und seine Mannschaft in den unsicheren Tagen im Dezember loyal, als es während der Ardennenoffensive so aussah, dass Aachen erneut evakuiert werden müsste. Wie man sich erzählte, erschienen Oppenhoff und seine Beamten an diesen Tagen mit Gewehr und Stahlhelm im Büro. Unter

denjenigen, die fürchten mussten, von der Gestapo als Kollaborateure aufgeknüpft zu werden, machten bittere Bemerkungen die Runde. Doch nach angespannten Verhandlungen sagten die Amerikaner zu, sie im Fall eines Rückzugs mitzunehmen.

Während Padover seine Pressekontakte nutzte, um die Skepsis gegenüber Oppenhoff in den Vereinigten Staaten zu schüren, blieb Jones standhaft und lehnte es ab, den Oberbürgermeister zu entlassen. «Wo», wollte er von Padover wissen und warf damit eine Frage auf, die in den folgenden Monaten und Jahren immer wieder gestellt werden sollte, «wo wollen Sie kompetente Leute finden, die keine Nazis sind?»

Oppenhoff blieb also im Amt. Doch Padovers Einflussnahme auf die Presse begann Wirkung zu zeigen. Jones versuchte dem die Spitze zu nehmen, indem er eine milde Säuberung von nationalsozialistischen Beamten durchführte. Dennoch fühlte sich das alliierte Hauptquartier (SH AEF) am Ende gedrängt, offiziell den Vorwurf zurückzuweisen, die Amerikaner hätten in Aachen eine erschreckend antidemokratische deutsche Nachkriegsverwaltung installiert.

Trotzdem betrachten viele Oppenhoffs Ernennung weiterhin als «Darlan-Deal», wie es ein Vertreter der Militärregierung anscheinend ausgedrückt hatte. Dem französischen Admiral François Darlan war, obwohl er bekanntermassen mit den Deutschen kollaboriert hatte, nach der alliierten Landung in Nordafrika im November 1942 («Operation Torch») zur Empörung de Gaulles und des Freien Frankreich gestattet worden, die Macht über das befreite Algerien an sich zu reißen. Seine Herrschaft dauerte nur einige Wochen, da er am Heiligabend 1942, vermutlich von einem Anhänger de Gaulles, ermordet wurde.

Auch in Aachen sollte ein gewaltsamer Tod eine Rolle spielen.

Seit dem Frühherbst 1944 plante Hitler, vom Fehlschlag der britischen Rheinüberquerung in Arnheim und der anschliessenden Stockung des Vormarschs der Alliierten ermutigt, trotz der schwindenden Ressourcen des Reichs einen massiven Gegenangriff. Mit diesem Befreiungsschlag hoffte

er, die fragilen Nachschublinien der Alliierten durchschneiden und sie zurückwerfen zu können – zuerst in die Niederlande und dann ins Meer. Nachdem ein amerikanischer Vorstoss östlich von Aachen – dem das grösste taktische Bombardement des Zweiten Weltkriegs vorangegangen war²⁶ – keinen Bodengewinn erbracht hatte, musste Hitler sich in seiner Überzeugung bestärkt gefühlt haben, dass die deutschen Soldaten bei der Verteidigung des eigenen Territoriums unschlagbar sein würden.

Goebbels' Tagebucheintrag vom 2. Dezember 1944 ist zu entnehmen, welch fantastische Pläne der «Führer» selbst noch in dieser späten Kriegsphase hegte. Der Propagandaminister beschrieb einerseits Hitlers Verzweiflung über die wiederaufgenommenen alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte (zwischen Mai und September war der deutschen Zivilbevölkerung eine Atempause vergönnt gewesen, weil die britischen und amerikanischen Bomber zur Unterstützung der erfolgreichen Landungsoperationen gebraucht wurden). Andererseits hielt Goebbels fest, dass der «Führer» und er zuversichtlich waren, mit der geplanten Offensive die Häfen am Ärmelkanal zurückerobern zu können. Dadurch würde man in der Lage sein, «Südengland und London ununterbrochen von den neugewonnenen Kanal- und Atlantikbasen aus» mit den «Wunderwaffen», den neuen V2-Raketen und VI-Marschflugkörpern, zu beschiessen.²⁷

Am Anfang der Planungen drängten die Generalfeldmarschälle Gerd von Rundstedt und Walter Model darauf, den vorgeschlagenen Vorstoss durch die Ardennen an der belgisch-luxemburgischen Grenze durch einen Gegenangriff über hundert Kilometer weiter nördlich zu ergänzen, um das von den Alliierten besetzte Gebiet um Aachen einzukreisen. Im Lauf des Novembers füllte sich dieses Gebiet in Vorbereitung auf den bevorstehenden Vorstoss über den Rhein hinweg mit britischen und amerikanischen Verbänden. Doch die Feldmarschälle wurden von Hitler und seinen Helfern überstimmt, die darin eine Ablenkung vom Ziel der Rückeroberung der Schlüsselstellung der belgischen Hafenstadt Antwerpen sahen.²⁸ Deshalb beschränkte sich das am frühen 16. Dezember begonnene Unter-

nehmen «Wacht am Rhein» auf Belgien und Luxemburg, so dass die Einstellung der deutschen Zivilisten in den bereits von den Alliierten besetzten Gebieten nicht auf die Probe gestellt wurde.

Durch die Ardennen war die Wehrmacht im Mai 1940 erfolgreich in Frankreich und die Niederlande eingefallen. Dennoch war es im Dezember 1944 ein schwach verteidigtes Gebiet, das vielerorts nur von unerfahrenen und «pausierenden» amerikanischen Einheiten gesichert wurde. Niemand erwartete dort einen Angriff. «Von zu Hause trafen Weihnachtspakete für die Jungs ein», erinnerte sich Paul Fussell fast sechzig Jahre später, «und dieser alte, warme amerikanische Optimismus erfüllte alle Ränge.»²⁹

Unter völliger Geheimhaltung griffen stark motorisierte deutsche Verbände, die auf Kosten von anderen Wehrmachteinheiten ausreichend mit sonst knappem Treibstoff versorgt worden waren, mit rund einer Viertelmillion gut bewaffneter Männer auf einer Breite von hundert Kilometern an und bahnten sich einen Weg durch schwieriges Gelände. Unter Ausnutzung des Überraschungsmoments, ihrer lokalen zahlenmässigen Überlegenheit gegenüber dem ahnungslosen Gegner und anfangs durch eine dichte Wolkendecke vor den haushoch überlegenen alliierten Luftstreitkräften geschützt, schienen die Deutschen wieder einmal unbesiegbar zu sein. Die amerikanischen Verluste waren selbst nach den grauenvollen Massstäben des Infanteriealltags an der Front enorm hoch – die schlimmsten im europäischen Krieg. Für einige hektische Tage schien es, als könnte die Wehrmacht ihren viereinhalb Jahre zuvor erzielten Erfolg wiederholen.

An Heiligabend waren die deutschen Panzerspitzen, auf halbem Weg nach Brüssel, nur noch neun Kilometer von der Meuse bei Dinant entfernt. Dort blieben sie stehen. Den motorisierten Einheiten ging bereits der Treibstoff aus, und von den Alliierten hatten sie nicht genug Nachschub erbeutet, um die Offensive fortsetzen zu können. Im Rücken der Verbände hielt die 101. US-Luftlandeeinheit das belagerte Bastogne und band damit in erheblichem Umfang deutsche Truppen, während im Süden – was für die Deutschen noch unheilvoller war – George S. Pattons 3. Armee, die bisher

das Industriegebiet an der Saar im Visier gehabt hatte, nach Norden schwenkte, um der wiedererstarkten Bedrohung entgegenzutreten. Für die Deutschen am schlimmsten war jedoch, dass an Heiligabend, dem Tag, an dem ihre Vorhut die Meuse erreichte, über Westdeutschland, Ostbelgien und Luxemburg der Himmel aufklarte. Die Alliierten konnten ihre Flugzeuge starten lassen, um die Speerspitzen der Wehrmacht und ihre Nachschubrouten anzugreifen.

Weihnachten war nicht mehr zu übersehen, dass Hitlers Ardennenoffensive, obwohl sie 19'000 GIs das Leben gekostet hatte, fast 50'000 verwundet worden waren und 21'000 vermisst wurden oder in Gefangenschaft geraten waren, zum Scheitern verurteilt war. Fortan konnte das Dritte Reich allenfalls noch einen Verteidigungskrieg führen.

Andererseits traf es zu, dass es den Alliierten (vor allem der 1. US-Armee) nicht gelungen war, tiefer als dreissig Kilometer auf Reichsgebiet vorzudringen. Tatsächlich hielten die Alliierten zwischen September 1944 und Februar 1945 nur etwa 900 Quadratkilometer deutschen Territoriums besetzt – was etwa der Fläche von Gross-Berlin entsprach –, auf denen nicht mehr als 60'000 Menschen lebten.³⁰

Der Krieg war noch nicht vorüber. Vorläufig befanden sich alle grossen Industriegebiete weiterhin in deutscher Hand. Die Rüstungsfabriken des Reichs arbeiteten nah an ihrer Kapazitätsgrenze und stellten genügend Waffen her, um nicht nur die vorhandenen Armeen zu versorgen, sondern auch fünfzig neue, relativ leicht bewaffnete und weniger mobile Divisionen von sogenannten Volksgrenadieren auszurüsten, die trotz ihrer relativen Schwäche die deutsche Widerstandsfähigkeit erheblich stärkten. Am Jahresende konnten die Propagandisten des Regimes lauthals mit einem «Wunder im Westen» prahlen.

In den Städten im Reich feierten viele das sechste Kriegswihnachten mit einer Art verbissenem Optimismus. So verkündete der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann, der weiterhin mit allem Pomp in seiner noch unzerstörten Hauptstadt Dresden Hof hielt, in einer Ansprache: «Diese Weihnacht wird für uns dadurch verschönt, dass wir unser Volk wieder im

Angriff sehen», und laut Gestapoberichten waren viele normale Bürger naiv oder verzweifelt genug, ihm zu glauben.³¹ Den Bewohnern der westlichsten und östlichsten Provinzen war dagegen klar, dass die kommenden Monate furchtbar sein würden.

Im besetzten Aachen begegneten die amerikanischen Kommandeure und ihre Männer den Einheimischen weiterhin mit grossem Misstrauen. Flugblätter und Broschüren bestärkten die Soldaten darin, überall Feinde zu sehen. Das war nicht unangebracht; immerhin tobte eine Fahrstunde entfernt der Krieg unvermindert weiter, und es ging das Gerücht um, «zurückgebliebene» nationalsozialistische Widerstandskräfte würden nur darauf warten, über die Besatzer herzufallen, sobald deren Wachsamkeit nachliess. Für die meisten alliierten Soldaten waren die Deutschen nach wie vor «nicht wie wir», und in amerikanischen Nachrichtendienstkreisen wurde Deutschland gelegentlich sogar als «Transsylvanien» bezeichnet.³²

Tatsächlich hatte die NS-Führung bereits mit dem Aufbau einer Widerstandsorganisation begonnen, dem Werwolf. Dass das in die Länge gezogene Ende des Zweiten Weltkriegs sich schon seit einiger Zeit in einen Horrorfilm verwandelt hatte, kann im Rückblick nicht bestritten werden. Dass aber bereits die Zeitgenossen auf beiden Seiten diese Tatsache erkannt hatten, ist auf makabre Art hochinteressant.

Die Idee, eine Guerillaorganisation für den Widerstand gegen alliierte Vorstöße ins Kernreich zu schaffen, scheint, wenn auch zunächst nur als Versuchsballon, 1943 aufgekommen zu sein, ungefähr zu dem Zeitpunkt, als an der Ostfront Anzeichen für eine ernsthafte Verschlechterung der Lage erkennbar wurden. Im Frühjahr des folgenden Jahres begann der 48-jährige SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, der wichtigste Verbindungsmann von SS-Chef Heinrich Himmler zur Ostfront, sich für die Anregung zu interessieren. Daraufhin nahmen die entsprechenden Untersuchungen und Diskussionen konkretere Formen an.

Es war ein heikles Thema und die Beschäftigung mit ihm daher streng geheim. Immerhin konnte das Nachdenken über die Möglichkeit, dass deutsche Truppen – infolge militärischer Niederlagen – ins Reich zurückgedrängt werden könnten, als Defätismus interpretiert werden. Deshalb zog man zuerst historische Parallelen, etwa zum preussischen Landsturm-edikt von 1813, das rechtliche Bestimmungen für eine Partisanentruppe enthielt, die der Armee mit Guerillaaktionen helfen sollte, falls ein Feind auf preussisches Territorium vordrang. Ausserdem wurden Studien über die Widerstandsbewegungen im deutsch besetzten Europa angefertigt, insbesondere über die polnische Heimatarmee, deren Rolle im Warschauer Aufstand im Sommer 1944 in höheren NS-Rängen Aufmerksamkeit und sogar, wenn auch widerstrebend, eine gewisse Bewunderung erregt hatte.¹

Den Namen «Werwolf» für solch eine Truppe scheint man im Herbst 1944 gewählt zu haben; auf wessen Anregung, ist unbekannt. Die Bezeichnung könnte sich auf den beliebten, nationalistisch eingefärbten Roman *Der Wehrwolf* von Hermann Löns beziehen. Von dem 1910 erstmals er-

schieneenen Roman wurden nach dem märtyrerähnlichen Tod des Autors in den Anfangswochen des Ersten Weltkriegs fast eine Million Exemplare verkauft. Er erzählt die in ein romantisches Licht getauchten Abenteuer einer Guerillagruppe, die im Dreissigjährigen Krieg in der Lüneburger Heide gegen ausländische Besatzungstruppen kämpfte. Diese Geschichte passte ausgezeichnet in die NS-Ära, in der das Buch enorme Verkaufszahlen erreichte.

Durch die veränderte Schreibweise – ohne h – wollten die NS – Führer möglicherweise einen zusätzlichen lykanthropischen Reiz erzeugen. Vielleicht war die Änderung aber auch einfach ein politischer Notbehelf, denn in den zwanziger Jahren hatte ein «Bund Wehrwolf» mit der noch in den Kinderschuhen steckenden NS-Partei um die Gunst nationalistischer Anhänger konkurriert, und die SS-Planer wollten möglicherweise keine alten Erinnerungen aufwühlen.

Als am 25. September 1944 der «Volkssturm» gegründet wurde, zu dem alle deutschen Männer zwischen 16 und 60 Jahren eingezogen werden sollten, hatte das Regime einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zur Universalisierung und Radikalisierung des Krieges getan, während sich dieser den Reichsgrenzen näherte. Die Wehrmacht versuchte schon seit einiger Zeit, eine Art Rückzugsmiliz aufzustellen, aber die politische Führung des Regimes hatte ein solches Ansinnen stets zurückgewiesen. Entscheidend war, dass Hitler, als der Volkssturm schliesslich – zu einem merkwürdig späten Zeitpunkt – geschaffen wurde, darauf bestand, dass diese Miliz nicht von der Wehrmacht, sondern von der Partei organisiert werden und den örtlichen Kreis- und Gauleitern unterstehen sollte.

Die häufig wenig erfreuten Rekruten erhielten zwar eine gewisse militärische Ausbildung, aber der Schwerpunkt lag auf der Moral, darauf, den angeblichen Fanatismus der Bevölkerung nutzbar zu machen. In höheren SS-Kreisen war die Werwolf-Idee in dieser Zeit sicherlich ein Thema. Am 18. Oktober 1944 wandte sich SS-Chef Himmler in einer weitschweifigen Rundfunkrede an den hastig aufgestellten ostpreussischen Volkssturm. Sollte man sein Land erobern, werde das deutsche Volk, nachdem es um

jede Stadt, jedes Dorf und jeden Bauernhof gekämpft habe, «wie die Werwölfe» dem Feind in den Rücken fallen.² Auch eine Bekanntmachung des Gauleiters von Oberbayern, Paul Giessler, in München gibt den übersteigerten Anspruch des Appells des NS-Regimes an die Bevölkerung wieder:

«Wir erliegen nicht dem Bann, der in dem augenblicklichen materiellen Übergewicht des Feindes liegt, sondern werden alle Hoffnungen des Feindes zuschanden machen durch den langersehnten Aufschwung unserer Kraft im Deutschen ‚Volkssturm‘. In ihm liegt die grosse, nie wiederkehrende Gelegenheit, unseren Volksgeist zum Kriegsgeist zu formen, um den nationalsozialistischen Volksstaat mit allem Fanatismus zu verteidigen.»³

Solche Appelle – halb illusionäre, fantastische Motivationsbeschwörung nach dem Motto: «Du kannst alles, wenn du es nur genug willst», halb verzweifelter Ruf zu den Waffen – wurden in der Endphase des Krieges gang und gäbe. In dem schmerzlichen Bewusstsein, dass es sowohl waffentechnisch als auch personell unterlegen war, machte das NS-Regime kaum noch einen Unterschied zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern. Dabei enthüllte es seinen zutiefst nihilistischen Charakter. Die Vorstellung, solch ein schlecht ausgebildetes und bewaffnetes letztes Aufgebot aus Kindern und alten Männern könnte, derart angefeuert, gegen die Feinde eine entscheidende Kraft darstellen, war verrückt genug, doch mit dem Werwolf-Vorhaben stolperte das Regime noch tiefer in den dunklen, trügerischen Wald der Unvernunft hinein, an dessen Rand die NS-Bewegung sich schon seit Langem aufgehalten hatte.

Litt schon das Volkssturm-Projekt unter der mangelnden Qualität der Rekruten und der Knappheit von Waffen und Ausrüstung, so war der Werwolf noch stärker mit Mängeln behaftet. Obwohl die Idee in den Büros des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) entstanden war, sollte er so organisiert sein, dass die normalen Kommandoketten von Militär und SS umgangen wurden. Stattdessen wurde er mit Hilfe der regionalen Polizeikommandeure in Gestalt der Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Himmler

direkt unterstellt. Die HSSPF bildeten als hervorragendes Beispiel für die nahezu anarchische dezentrale Machtstruktur des NS-Regimes ein eigenes Netzwerk, das der SS-Chef aufgebaut hatte, um unter Umgehung der in Berlin zentralisierten und häufig chaotisch wuchernden SS-Bürokratie persönliche «Spezialprojekte» durchführen zu können.

Himmlers Verbindungsmann im Fall des Werwolfs war der SS-Obergruppenführer und General der Polizei Hans-Adolf Prützmann, den er im September 1944 zum «Generalinspekteur für Spezialabwehr» ernannte. Der 43-jährige Ostpreusse war ein erfahrener SS-Bürokrat und ehemaliger Kommandeur von Tötungseinheiten an der Ostfront. Dort war er tief verstrickt gewesen in die Vernichtung der Juden, in terroristische Antipartisanenaktionen und die Politik der «verbrannten Erde» beim Rückzug der deutschen Truppen. Jetzt stellte er rasch einen Stab von rund zweihundert Männern zusammen. Zu seinem Hofstaat gehörten der SS-Standartenführer Karl Tschierschky, der während des Russlandfeldzugs für das Unternehmen «Zeppelin» verantwortlich gewesen war, welches der Einschleusung antikommunistischer Guerillagruppen ins sowjetische Hinterland gedient hatte, sowie eine gewisse Frau Maisch, eine Expertin für Propaganda und Partisanenkriegführung, die weibliche Rekruten anwerben sollte. Prützmann prahlte damit, dass seine Anstrengungen eine rasche Verbesserung der militärischen Lage Deutschlands herbeiführen würden.

Auf der Habenseite stand also, dass die Werwolf-Organisation von einem Fachmann auf dem Gebiet jener Guerillakampftechniken geleitet wurde, die sie würde anwenden müssen. Auf der Debetseite stand, dass sie absichtlich unabhängig von RSHA-Chef Ernst Kaltenbrunners SS-Imperium aufgebaut wurde, mit der Folge, dass Kaltenbrunner und sein Nachrichtendienstchef Walter Schellenberg alles taten, um dem bekanntermassen ehrgeizigen Prützmann Steine in den Weg zu legen.⁴ Darüber hinaus musste Prützmann wie viele führende NS-Bürokraten, insbesondere gegen Kriegsende, eine geradezu absurde Ämterhäufung bewältigen. So wurde

er erneut als HSSPF in seiner Heimat Ostpreussen eingesetzt und im Dezember 1944 von Himmler zu seinem Militärbevollmächtigten im umkämpften deutschen Satellitenstaat Kroatien ernannt.

Trotz Himmlers Unterstützung und Goebbels' Begeisterung trat der Werwolf also gleichsam als Waise ins Leben, und er sollte es trotz allen Lärms und aller Aufregung bleiben. In jeder Region wurde aus den Reihen der örtlichen Polizeiführer ein Befehlshaber der Spezialabwehr ernannt. Ausgewählte Mitglieder von Hitlerjugend und SA sollten als Verbindungsleute fungieren und, wenigstens theoretisch, für steten Nachschub von Rekruten für die Ausbildung sorgen. Am Ende blieb die Organisation jedoch ein Gerippe ohne Fleisch. Die grossen Reserven an Geld, Macht und Ausrüstung blieben bei der allgemeinen SS-Bürokratie.

So allmächtig Himmler zu sein schien, konnte die neue, jenseits des allumfassenden SS-Netzwerks operierende Werwolf-Organisation nur durch seine «Sonderbefehle» ins Leben gerufen werden. Ihr fehlte ein sich selbst tragender Apparat, der sich im unablässigen brutalen Konkurrenzkampf um materielle und politische Ressourcen in der weitläufigen Machtstruktur des späten NS-Staats behaupten konnte. Dennoch gelang es dem Generalinspekteur, ausserhalb Berlins ein eindrucksvolles Hauptquartier einzurichten, bevor er in das noch grandiosere Ambiente von Schloss Rheinsberg, hundert Kilometer nordwestlich der Hauptstadt, umzog, wo Friedrich der Grosse in den 1730er Jahren als Kronprinz Hof gehalten hatte. Prützmann verfügte sogar über einen eigenen Eisenbahnzug, mit dem er sein im Aufbau befindliches Widerstandsimperium inspizieren konnte.

An der Ost- wie an der Westfront des schrumpfenden Reichs wurden Waffen- und Lebensmittelverstecke angelegt. Im Westen liess man in den bislang noch nicht besetzten Gebieten jenseits der Umgebung von Aachen durch Arbeiter aus dem Ruhrbergbau bis zu dreissig Bunker errichten, in denen Werwolf-Gruppen ausharren sollten, bis die alliierte Angriffswelle über sie hinweggerollt wäre, um dann aufzutauchen und ihr Unwesen zu treiben.

Worin genau sollte dieses Unwesen bestehen? Nach den Planungen

von Ende 1944 sollten die Nachschublinien des Feindes gestört und sein Rückraum in Aufruhr versetzt werden, um seine Operationen zu unterbrechen und bedeutende Kampfseinheiten von der Front wegzulocken. Auf diese Weise würden die das Vaterland verteidigenden konventionellen Truppen entlastet werden. Kleine Gruppen von sechs bis zehn Guerillas sollten einen disziplinierten und geübten, um nicht zu sagen fanatischen Kern bilden, dem sich andere, ob nun patriotische Zivilisten oder Wehrmachtssoldaten, die der Gefangenschaft entkommen waren, anschliessen könnten. Zur Ausrüstung der Werwolf-Gruppen gehörten kleine Waffen, Granaten und Minen, Panzerfäuste sowie verschiedene Sprengstoffe für Sabotageaktionen gegen Brücken, Eisenbahnstrecken und geparkte Feindfahrzeuge.

In diesem Stadium schien der Werwolf (noch) nicht als Widerstandsbewegung für die Nachkriegszeit nach dem Vorbild der polnischen Heimarmee oder des französischen Maquis gedacht gewesen zu sein. Vielmehr sollte er wie der Volkssturm Teil einer ruhmreichen, historischen *levée en masse* des deutschen Volkes sein, mit deren Hilfe der Feind schliesslich doch noch zurückgeworfen werden sollte. Zusammen mit den von Hitler versprochenen Wunderwaffen und dem (nach Ansicht des NS-Regimes) unvermeidlichen Zerwürfnis zwischen den kapitalistischen Westalliierten und ihrem kommunistischen Verbündeten im Osten würde solch eine Massenmobilisierung der gesamten Nation Deutschland den Siegfrieden bringen, den der «Führer» seinen Anhängern selbst noch in dieser späten Stunde in Aussicht stellte.

Die erste Werwolf-Einheit, die Untergrundaktionen gegen den Feind unternahm, entsprach nicht dem eigentlich vorgesehenen Muster. Sie bestand nicht aus Zivilisten und einer Gehirnwäsche unterzogenen Hitlerjungen, sondern aus neun regulären Soldaten der Division «Hermann Göring», zu deren Aufgaben es unter anderem gehörte, das Jagdanwesen des Reichsmarschalls in der Rominter Heide in Ostpreussen zu bewachen, dem die Ostfront jetzt immer näher rückte. Ihre Ziele waren denn auch die Vorhuteinheiten der Roten Armee, die im Oktober 1944 auf deutschen Boden vorstießen.

Nemmersdorf, wo das erste grosse Massaker an deutschen Zivilisten stattfand, lag nur 25 Kilometer nordöstlich des «Reichsjägerhofs Rominten».

Die von einem Unteroffizier namens Bioksdorf geführte Einheit drang Anfang November, mit Sprengstoff, Funkgeräten und Brieftauben ausgestattet, auf russisch besetztes Gebiet vor. Sie sollte Bewegungen der Roten Armee melden und Wehrmachtnachzügler und Zivilisten, die bereit waren, hinter der feindlichen Front zu kämpfen, rekrutieren. Bevor sie von den Sowjets gefangengenommen wurden, setzten die Guerillas zehn Funksprüche ab und versuchten vergeblich, zwei Brücken zu sprengen.

Weiter im Süden, in der reichen Industrieprovinz Schlesien, wurden ebenfalls Werwolf-Bunker errichtet und Versorgungsverstecke angelegt, und im folgenden Jahr sollte dieses Gebiet einer der aktivsten Schauplätze von Guerillaaktionen werden. Im Westen fanden dagegen im Winter kaum Aktionen statt, obwohl man auch dort eine Untergrundinfrastruktur aufgebaut hatte. Das lag vielleicht an der massiven konventionellen militärischen Auseinandersetzung, die zwischen Mitte Dezember und Mitte Januar (oder Februar, da die Alliierten erst in diesem Monat das gesamte verlorene Territorium zurückeroberten) in den Ardennen stattfand. Gleichwohl wurde an beiden Fronten viel über den Widerstand geredet, der den Alliierten bei ihrem unvermeidlichen weiteren Vormarsch entgegenschlagen würde. Trotz der, aufs Ganze gesehen, geringen praktischen militärischen Konsequenzen von Prützmans Plänen war ihre psychologische Wirkung auf die Besatzer erheblich, und die weit verbreitete Furcht vor fanatischen Nationalsozialisten, die angeblich hinter jeder Ecke und in jedem dunklen Kiefernwäldchen lauerten, sollte die Einstellung der Alliierten und daher auch ihre Pläne für die Besetzung des Reichs nachhaltig beeinflussen.

Ungefähr zur gleichen Zeit, als die ersten Volkssturmeinheiten und die ersten Guerillaeinsätze vorbereitet wurden, berichtete die Londoner *Times* über Himmlers Ankündigung, das deutsche Volk werde die Eindringlinge hinterrücks «wie die Werwölfe» überfallen.

Dazu merkte das international als Sprachrohr des britischen Establishments angesehene Blatt mit drohendem Unterton an: «Ein Werwolf ist ein Mensch, der sich zeitweise in einen Wolf verwandelt. Für den Schutz von Werwölfen gibt es keine Haager Konvention.»⁵

Darin steckte ein rationeller Kern. Preussendeußland hatte an denjenigen, die sich der Besetzung durch ihre Armeen widersetzen, ob nun an den französischen *francs-tireurs* von 1870/71 oder der frankobelgischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, traditionell scharfe Vergeltung geübt. Dies galt auch für das Vorgehen der Wehrmacht gegen die Widerstandsbewegungen in Westeuropa und Polen sowie auf dem Balkan, insbesondere aber seit Juni 1941 gegen die umfangreichen Partisanenaktivitäten hinter der deutschen Front in der Sowjetunion. Hitler hatte in seinem berüchtigten «Kommandobefehl» von 1942 unter Bruch der auch für Deutschland verpflichtenden Genfer Konvention von 1929 die Hinrichtung feindlicher Kombattanten im deutsch besetzten Europa oder hinter den deutschen Linien, auch wenn sie nicht uniformiert waren, angeordnet.

Die Zeichen standen also schlecht für den Volkssturm mit seiner Zivilkleidung und seinen Armbinden oder den selbst angefertigten Fantasieuniformen, und für den Werwolf standen sie sogar noch schlechter.

Trotz der von der Ardennenoffensive vorübergehend angefachten falschen Hoffnung konnte Ende 1944 kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die meisten Deutschen kriegsmüde und desillusioniert waren. Ihre einst stolze Armee befand sich überall im Rückzug, die nahezu schutzlosen Städte im Reich wurden von alliierten Bomberflotten in Trümmer gelegt, und nun hatte der Feind den Fuß auf deutschen Boden gesetzt. Nur die Fanatischsten und die Leichtgläubigsten (zwei Gruppen, die sich vermutlich überlappten) glaubten noch ernsthaft an den von der NS-Führung unermüdlich versprochenen «Endsieg».

Der bizarrste Aspekt des deutschen Abstiegs in die Hölle war gleichwohl die Tatsache, dass so viele bis zum Ende weiterkämpften und für den vermeintlichen Sieg arbeiteten. Es gab fast keine Streiks, Meutereien oder

revolutionäre Unruhen wie am Ende des Ersten Weltkriegs. Dies lag zum einen daran, dass die Deutschen, anders als im Ersten Weltkrieg, nicht hungerten – damit sie es nicht taten, mussten allerdings viele in den besetzten Ländern hungern. Zum anderen war das nationalsozialistische Deutschland gegen Kriegsende ein wesentlich rigider und rücksichtsloser regiertes Land als das Kaiserreich. 1944/45 gehörten Hinrichtungen zum Alltag, und auch nur ansatzweise defätistische Äusserungen zogen schwerste Bestrafungen nach sich.

Die frühen Erfahrungen mit den nach Ostpreussen eindringenden sowjetischen Truppen bestärkten viele in ihrer apokalyptischen Sicht. Ein weiterer Grund für die Bereitschaft der Deutschen, um jeden Preis weiterzukämpfen, war das weit verbreitete, wenn auch unkonkrete Wissen über die Gräueltaten, die in den besetzten Ländern und den Konzentrationslagern innerhalb und ausserhalb des Reichs begangen worden waren. So erfuhr der Sicherheitsdienst der SS (SD) in den letzten Kriegswochen von einem Gespräch zwischen zwei Arbeitern in Berlin, in dem diese feststellten, «dass wir selbst Schuld an diesem Krieg trügen, weil wir die Juden so schlecht behandelt hätten. Wir brauchten uns nicht zu wundern, wenn diese es jetzt mit uns genauso machten.»⁶

Tatsächlich scheint die Mehrheit der Deutschen zusammen mit der Erkenntnis der Unvermeidbarkeit der Niederlage Wut empfunden zu haben, sowohl auf die Alliierten – insbesondere wegen der unaufhörlichen Bombardierung deutscher Städte – als auch auf ihre eigenen nationalsozialistischen Herren, wobei sich in Bezug auf Letztere Enttäuschung unter die Wut mischte. Schon damals bildete sich ein Entschuldigungsmuster heraus, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Diskussion über die deutsche Misere prägen sollte. Danach hatte ein «idealistisches» Volk Hitler und den Nationalsozialisten zugetraut, ein starkes, prosperierendes Deutschland schaffen zu können, und war bereit gewesen, die notwendigen Opfer zu bringen, aber man hatte dieses Volk «belogen» und «betrogen».

Auch die Äusserungen der beiden zitierten Berliner Arbeiter enthalten

neben der Einsicht, dass das deutsche Volk selbst an seinem Unglück schuld war, Spuren des von Verschwörungsvorstellungen besessenen Antisemitismus, mit dem das Regime die Bevölkerung seit über zehn Jahren traktiert hatte. Angeblich kehrten nun die mächtigen Juden und ihre Verbündeten mit der festen Absicht zurück, die Deutschen zu bestrafen. Aus dieser Perspektive ging fortan alles auf das Schuldkonto dieses fremden, auf Rache sinnenden Volks – die Zerstörung deutscher Städte, die Gewalttätigkeiten, die Vertreibung aus den alten deutschen Ostgebieten, das Nachkriegselend.

Vorläufig jedoch verharrte das Reich Anfang 1945 in einem erwartungsvollen Schwebezustand. Und es gab noch genügend Fanatiker, um der NS-Führung den von ihr gewünschten Eindruck zu vermitteln. Zu diesen Fanatikern gehörte der 39-jährige SS-Obergruppenführer Karl Gutenberger, seines Zeichens HSSPF West, der am 20. September 1944, als die Evakuierung Aachens weitgehend abgeschlossen war, den Gestapochef der Stadt in seinen Amtssitz in Erkelenz bestellte. Seine Befehle waren ebenso brutal wie unmissverständlich: «Plünderer, Deserteure und sonstiges Gesindel» seien standrechtlich zu erschiessen.⁷ So bezahlten viele unschuldige Zivilisten und Soldaten ihre mangelnde Begeisterung für die sinnlose Verteidigung Aachens mit dem Leben. Dies sollte sich während des Vormarschs der Alliierten in zahllosen grösseren und kleineren westdeutschen Städten wiederholen.

Gemäss Himmlers Vorschriften wurde Gutenberger automatisch zum Inspekteur der Werwolf-Bewegung im nördlichen Rheinland und in Westfalen (Verteidigungsbezirk VI). Wie seine Kollegen anderswo bildete er einen kleinen Stab unter Führung eines Werwolf-Kommissars, in diesem Fall des fanatischen SS-Standartenführers Karl Raddatz. Wegen der Nähe zur Front war der Verteidigungsbezirk VI als potenzielles künftiges Aktionsgebiet von Guerillagruppen besonders wichtig.

Schon Anfang Oktober, während sich die Amerikaner auf die Belagerung Aachens vorbereiteten, hielt es die SS-Zeitung *Das Schwarze Korps*

für angebracht, grauenhafte Drohungen gegen Deutsche auszustossen, die unter den Alliierten Verwaltungsposten annehmen sollten:

«In den besetzten deutschen Landsteilen gäbe es keine ‚deutsche‘ Zivilverwaltung, keine ‚deutsche‘ Exekutive, keine ‚deutsche‘ Gerichtsbarkeit, weil ihre Träger und Organe den nächsten Monat kaum überleben würden. Kein Beamter dürfte feindlichen Befehlen folgen, ohne die Gewissheit zu haben, dass er bald darauf kalt und starr hinter seinem Schreibtisch hockt, niemand wäre Vollstrecker feindlichen Willens, ohne dass sich hinter ihm der Rand des Grabes auftäte, kein Richter würde im Feindessinne über Deutsche urteilen, ohne nächtlings sein eigenes Fensterkreuz zu zieren.»⁸

Zu diesem Zeitpunkt war solche Kollaboration noch eine rein theoretische Möglichkeit. Als sie einige Wochen später auch praktisch möglich wurde, fanden sich tatsächlich Deutsche, die bereit waren, solche Posten zu übernehmen. Daraufhin begann die Führung in Berlin die Bestrafung von Deutschen zu fordern, die in den noch relativ kleinen besetzten «deutschen Landesteilen» mit den Alliierten «kollaborierten».

Anfang November stattete Werwolf-Häuptling Prützmann Gutenberger einen Besuch ab. Er kam ohne Umschweife auf den Punkt: Himmler und Goebbels, erklärte er, seien ausser sich darüber, dass Oppenhoff, ein Kollaborateur und möglicherweise Jude, unter den Amerikanern das Amt des Oberbürgermeisters von Aachen übernommen habe. Man müsse ein Exempel statuieren. Der Verräter müsse getötet werden, und Gutenberger solle diese Mission organisieren.⁹ Der Obergruppenführer war nicht begeistert über den Auftrag, er hatte wichtigere Probleme zu bewältigen. Also ignorierte er die Weisung und hoffte, man würde sie vergessen.

Die Hoffnung trog. Wenige Wochen später verlangte Reichsführer Himmler telegrafisch Meldung über den Stand der Vorbereitungen der Mission. Kurz darauf erschien ein Abgesandter Prützmanns mit einem

förmlichen Hinrichtungsbefehl gegen den Oberbürgermeister. Danach häuften sich die Anrufe und Telegramme. Gutenberger versuchte sich mit «persönlichen Schwierigkeiten» herauszureden und wies daraufhin, wie schwer es sei, Personen durch das Chaos an der Front zu schmuggeln.

An diesem Punkt beschloss Prützmann die Dinge zu beschleunigen. Ihm war klar, wie viel für seine eigene Stellung von dieser Aktion abhing. Auf seine persönliche Anweisung wurde mit der Ausbildung der künftigen Attentäter begonnen. An ihrer Spitze stand SS-Untersturmführer Herbert Wenzel, eine mysteriöse Figur, die entweder, wie manche glauben, aus dem berüchtigten Kommando von SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny kam (das im September 1943 den gestürzten italienischen Diktator Benito Mussolini aus seinem Berggefängnis befreit hatte) oder der Aachener Gestapo angehört hatte. Der Rest der Gruppe, die auf Schloss Hülchrath bei Düsseldorf ausgebildet wurde, waren Werwolf-Freiwillige: ein von der SS ausgebildeter österreichischer Funker namens Josef Leitgeb, ein eifriger Hitlerjugendführer aus der Aachener Gegend, Erich Morgenschweiss – der mit seinen 16 Jahren kaum mehr als ein Kindersoldat war –, und Ilse Hirsch, eine 22-jährige Funktionärin des Bundes Deutscher Mädel (BDM). Fräulein Hirsch kam nicht aus der näheren Umgebung von Aachen, sondern aus der Grenzstadt Monschau in der Eifel, die sich im November 1944 bereits in amerikanischer Hand befand. Zusammen mit Morgenschweiss sollte sie die Stadt erkunden und den Aufenthaltsort des von den Amerikanern ernannten Oberbürgermeisters herausfinden. Wenzel und Leitgeb sollten anschliessend den Anschlag ausführen. Zwei Gestapobeamte, die als ehemalige Grenzpolizisten die Umgebung von Aachen gut kannten und bereits mehrmals die Frontlinie überquert hatten – Georg Heidorn und Karl-Heinz Hennemann –, sollten die Gruppe durch das feindlich besetzte Gebiet führen.¹⁰

Im neuen Jahr verstärkte sich der Druck auf Gutenberger. Der «Führer» interessierte sich angeblich persönlich für die Aktion. Darüber hinaus hatte

die Luftwaffe zugesagt, die Gruppe zu einem geeigneten Ort westlich von Aachen zu fliegen. Deshalb erhielt sie auch eine Fallschirmausbildung.

Codename der Aktion war «Karneval», was darauf hindeutet, dass sie ursprünglich für den Beginn der Fastenzeit Mitte Februar 1945 geplant war. Doch es dauerte bis Mitte März, als sich die Position der Wehrmacht erheblich verschlechtert und die Front viele Kilometer nach Osten geschoben hatte, ehe die Gruppe nach einer kleinen, von Gutenberger ausgerichteten Abschiedsfeier vom Flugplatz Hildesheim die vierhundert Kilometer weite Reise zum Ausgangspunkt ihrer Mission antrat.

Am Abend des 19. März 1945 bestiegen Wenzel und seine buntscheckige Truppe eine eroberte amerikanische (mit dem Emblem der deutschen Luftwaffe versehene) B-17. Ihr Ziel war ein Absprungsgebiet auf niederländischem Territorium. Offenbar nahm man an, dass dort die Sicherheitsvorkehrungen weniger streng als in Deutschland seien.¹¹

In der zweiten Januarhälfte hatten die Alliierten begonnen, die Wehrmacht aus Gebieten zu verdrängen, die sie während der Ardennenschlacht erobert hatte. Mitte Februar verursachte die alliierte Luftoffensive Zerstörungen von noch nie da gewesenem Ausmass: Am 3. Februar wurde das Zentrum Berlins in Trümmer gelegt und am 13. und 14. Februar das historische Dresden zerstört, wobei rund 25'000 Menschen ums Leben kamen. Zugleich stiessen die Russen erneut nach Ostdeutschland vor. Angesichts der raschen Vergrößerung der eroberten Gebiete wurde die Gefahr deutscher Untergrundaktivitäten zu einer realen Sorge der alliierten Planer.

Ein Hauptaspekt dieser Sorge war die Frage, inwieweit die deutsche Jugend vom NS-System fanatisiert worden war. Jugendliche, die das Militäralter noch nicht erreicht hatten, kannten nichts anderes als das Hitlerregime. Zwölf Jahre der Gehirnwäsche in den Jugendorganisationen der NS-Partei und in dem immer stärker politisierten Schulsystem mussten sie, so glaubte man, zu willigen Werkzeugen von NS-Führern wie Himmler und Goebbels gemacht haben.

Tatsächlich sprach einiges dafür. So berichtete die *New York Times* über die Umwandlung des Todesurteils gegen den 16-jährigen Hitlerjugendführer Karl-Arno Pünzeler, der wie die künftige Attentäterin Ilse Hirsch aus Monschau stammte. «Hitlerjunge lernt amerikanische Gerechtigkeit kennen» lautete die Überschrift über dem Foto eines blonden Jungen in einer Gefängniszelle in Aachen. Er hatte gerade erfahren, dass er nicht den Märtyrertod sterben würde, sondern stattdessen zu lebenslanger Haft verurteilt war. Sein Verbrechen bestand darin, «dem Feind amerikanische Truppenbewegungen gemeldet» zu haben.¹²

Ein sowohl in der amerikanischen als auch in der britischen Presse noch stärker beachteter Fall, der geeignet war, die Leser erschauern zu lassen und Vertreter der Militärregierung dazu zu bringen, die Türen ihrer Quartiere abzuschliessen, war derjenige eines anderen schrecklich jungen Feindes aus dem malerischen Monschau, der 17-jährigen Maria Biergan, die von den angloamerikanischen Journalisten mit dem berufstypischen Sinn für Anspielungen bald «Maria von Monschau» genannt wurde. Nach allen Beschreibungen war diese neue Schreckgestalt ein hübsches, nett wirkendes Mädchen mit typisch «arischem» Aussehen von der Art, für welche die meisten GIs bald eine Schwäche entwickeln sollten. Als die Alliierten am 14. September 1944 in die idyllische Stadt mit ihren vielen Fachwerkhäusern einmarschierten, hatte sich ihre Familie wie rund 1'500 der 2'000 ständigen Einwohner entschlossen zu bleiben. Während der Ardennenschlacht war der Hauptstoss der Wehrmacht nur wenige Kilometer südlich von Monschau erfolgt, und eine Zeitlang war unmittelbar ausserhalb der Stadt gekämpft worden. Versuche des 326. Grenadierregiments, sie zurückzuerobern, kosteten ebenso wie ein Fallschirmspringereinsatz westlich von Monschau viel deutsches Blut, scheiterten aber. Die Stadt blieb in amerikanischer Hand.¹³

Selbst nachdem die Wehrmacht Mitte Januar 1945 fast auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen worden war, lag Monschau nur wenige Kilometer innerhalb des von den Alliierten besetzten Gebiets. Dieser über vier Monate anhaltende frustrierende Zustand scheint die Hitler-treu gebliebe-

nen Einwohner Monschau erbost zu haben, unter anderem Maria, ein überzeugtes Mitglied des BDM.

Sie wurde entdeckt, nachdem CIC-Offiziere beobachtet hatten, wie sie auf der Strasse mit einem Hitlerjugendführer im Teenageralter sprach, kurz bevor dieser wegen Sabotage verhaftet wurde. In den Zeitungen wurde sein Name verdächtig typisch mit «Karl Schmidt» angegeben, während von Maria lediglich der Vorname genannt wurde. Vermutlich handelte es sich um eine vom Zensor veranlasste Vernebelung, denn in Wirklichkeit war der Hitlerjunge niemand anders als jener Karl-Arno Pünzeler, der im selben Zeitraum verurteilt und begnadigt wurde. Trotz Marias Unschuldsbetuerungen – warum sollte sie sich nicht mit einem Schulfreund unterhalten? – durchsuchte das CIC ihr Zimmer und beschlagnahmte ihr Tagebuch, in dem sie ein völlig anderes Bild von sich zeichnete.

Allem Anschein nach war Maria Brieganz ganz das einer Gehirnwäsche unterzogene BDM-Mädchen aus den Alpträumen jedes alliierten Soldaten. Sie hatte einen Freund namens Peter bei der Waffen-SS, und ihr Tagebuch war in der Form nicht abgeschickter Briefe an ihn geschrieben. Ihre trotzigsten Bemerkungen offenbarten, dass sie die Alliierten hasste und entschlossen war, ihnen Widerstand zu leisten. Zusammen mit einer Handvoll anderer junger Betonköpfe hatte sie eine Geheimorganisation namens «Klub Heimattreue» gegründet, bei deren Treffen sie ihrer Empörung über die «Kollaboration» anderer Einwohner von Monschau (einschliesslich von ssDM-Mitgliedern, die angeblich beim Tanzen mit GIs gesehen worden waren) Luft machten, Radioansprachen von Goebbels und anderen NS-Grössen lauschten und ihre Sehnsucht auf eine Kriegswende ausdrückten, obwohl sie im Kino in Wochenschauen voller Wut mit ansahen, wie deutsche Städte bei den letzten, apokalyptischen Luftangriffen der Alliierten in Flammen aufgingen.

«In der Entfernung kann man wieder eine V-I hören», schrieb Maria am 29. Oktober in ihr Tagebuch und fuhr verächtlich fort: «Wenn sie diese Monster nur hören, wetzen die Amis in Deckung. Er ist ein ganz komischer Soldat, er schiebt Wache mit dem Regenschirm. Als einer mich gestern so

blöd angestarrt hat, weil ich ihn angegrinst hatte, musste ich laut auflachen...» Zwölf Tage zuvor hatte sie notiert: «Das sind keine Soldaten. Jitterbugs ... und Tangotänzer, aber kämpfen und vorgehen, das sind Fremdworte für diese Kerle.» Sie hasste die Amerikaner. Aber eines könnten sie nicht verhindern: dass sie ihr neues Leben nach den alten Grundsätzen, die man sie gelehrt habe, begänne. «Leben heisst kämpfen ...»¹⁴

Das CIC offenbarte der Presse Marias geheime Gedanken erst Mitte Februar, sie war aber schon am 6. Januar verhaftet worden. «Mittags um 13.30 Uhr polterten schwere Schritte bei uns die Treppe hinauf», erinnerte sie sich Jahre später. «Mit Gewehren bewaffnete 2 MP [Militärpolizisten] und mehrere CIC-Leute standen vor mir. ‚Sind Sie Maria Bierganz?‘ – ‚Ja!‘ – ‚Mitkommen! Let’s go, go on!‘» Dann durchsuchten die CIC-Männer ihr Zimmer und fanden das Tagebuch. Auf die besorgte Frage von Marias Mutter, was mit ihrer Tochter geschehen werde, antworteten sie kurz angebunden: «Kriegsgericht!»¹⁵

In Wirklichkeit kam sie nie vor Gericht. Die «Gedankenverbrechen» ihres Tagebuchs waren eben nicht mehr als dies, und die amerikanische Justiz hatte sich sogar in Kriegszeiten genügend Integrität bewahrt, um von einem Strafverfahren gegen sie abzusehen. Gleichwohl lieferte sie der Propaganda Munition, wie die Zeitungsartikel über sie zeigten, und auch unter den amerikanischen und anderen alliierten Soldaten wurde ihr Fall weithin bekanntgemacht, damit sie sich vor deutschen Frauen in Acht nahmen.

Am 4. März 1945 konnte Maria zu ihren Eltern zurückkehren. Sie hing immer noch an ihren Idealen, war aber über den offenkundigen Zynismus der NS-Führung empört und kam immer mehr zu der Einsicht, dass es einen «Endsieg» niemals geben würde. Einmal bot ihr sogar ein hoher amerikanischer Offizier an, als Beraterin in mit der deutschen Jugend zusammenhängenden Fragen in seinem Stab mitzuarbeiten. Sie lehnte ab, musste aber zugeben, dass sich die amerikanischen Militärs, die sie kennenlernte, «sehr fair und freundlich» verhielten.¹⁶

Goebbels nutzte Maria Bierganz' Verhaftung umgehend für seine Zwecke aus, indem er die Geschichte mit grellen Einzelheiten ausschmückte und eine jugendliche Märtyrerfigur des «Widerstands» zu schaffen versuchte. Ende Februar erzählte er in einer Rundfunkansprache die erfundene Geschichte von einem Gerichtsverfahren, in dem sie sich «im Angesicht des Todes wie eine Heldin benommen» habe. Sie habe sich tapfer den amerikanischen Richtern widersetzt, ihnen in «heiligem Zorn» ihre eigenen angeblichen Verbrechen vorgehalten und vorausgesagt, das deutsche Volk werde alles Leid ertragen und eine neue Welt erschaffen. «Wir aber wissen alle», rief Goebbels aus, «dass dieses Mädchen in unserem Namen sprach», dass «ein Kind unseres Volkes für das ganze Volk das Wort ergriff». ¹⁷ Illustriert wurde diese Lügengeschichte durch «Künstlerimpressionen» von dem arischen Mädchen, das ihre Henker in die Schranken wies.

Wenn Goebbels mit seiner unverfrorenen Verdrehung der Tatsachen über Maria Bierganz' relativ harmlose zweimonatige Haft erreichen wollte, dass sich die Jugend im Reich gegen die heimtückischen Alliierten erhob, dann scheint er nicht besonders erfolgreich gewesen zu sein. Jedenfalls gibt es kaum ein Anzeichen für eine solche Mobilisierung – von Ausnahmen abgesehen, wie den beiden jungen Leuten, die drei Wochen später, am 19. März, zusammen mit ihren Kameraden in Hildesheim in eine eroberte B-17 stiegen und mit ihr in Richtung der niederländischen Grenze flogen.

Es war dunkel, als die Gruppe unweit der Landezone im niederländischen Grenzgebiet zu Deutschland absprang. Sie versteckte die Fallschirme und nahm die Verpflegung – Büchsennahrung, Pumpernickel, Schokolade und zwei Wasserflaschen pro Person – aus den Versorgungsbehältern, die in der Nähe abgeworfen worden waren. Dann wartete sie in einem Tannenwäldchen den Rest der Nacht und die gefährlichen Stunden des Tageslichts ab. ¹⁸

Als am nächsten Tag die Dämmerung einbrach, machte sich der kleine Trupp auf den Weg, wobei er, um nicht gesehen zu werden, ständig die

Richtung wechselte. Über Waldwege und Holzfällerpfade erreichten sie schliesslich die deutsche Grenze. Ihr Ziel war, bis zum Morgen ein vorbereitetes Versteck am Rand von Aachen zu erreichen.

Am späten Abend stand die Gruppe hinter einer Wegbiegung plötzlich einem uniformierten holländischen Grenzpolizisten gegenüber. Der junge Mann hiess Jost Saive und stammte aus einem nahegelegenen deutschsprachigen Dorf. Er richtete sein Gewehr auf die Gruppe und forderte sie auf stehenzubleiben. Nach einigen Schrecksekunden antwortete ihm ein Kugelhagel. Nach einigen Berichten soll Morgenschweiss, der 16-jährige Hitlerjunge, das Feuer eröffnet haben.¹⁹ Saive brach blutüberströmt zusammen.

Ilse Hirsch, die unbewaffnet war, hatte sich bereits aus dem Staub gemacht. Da sie annahm, dass sich in der Nähe noch mehr Grenzposten aufhielten, suchten die anderen nicht nach ihr, sondern schlugen sich hastig in die Büsche, um vom Ort des Geschehens fortzukommen.

Saives Kameraden hatten die Schüsse gehört und eilten ihm zu Hilfe. Sie trugen den schwer verletzten jungen Mann zum Grenzposten zurück, wo er seinem Vorgesetzten noch berichten konnte. Aber mehr, als dass die Eindringlinge Deutsche waren, konnte er nicht mehr sagen. Er verblutete gegen 21.45 Uhr. Das Unternehmen «Karneval» hatte das erste Todesopfer gefordert. Es sollte nicht das letzte sein.

Ilse Hirsch traf vor den Männern ihrer Gruppe am Rand von Aachen ein. Statt bis zum Morgen zu warten, entledigte sie sich des Overalls, den sie für den Absprung getragen hatte, und versteckte ihn in dem dicht bewaldeten Gebiet. Dann ging sie, einen Proviantbeutel über der Schulter und mit Rock und Bluse für den kühlen Märzorgen viel zu dünn angezogen, nach Aachen hinein. Obwohl sie keine Ahnung hatte, wo der Rest der Gruppe abgeblieben war, begann sie nach dem Kollaborateur Oppenhoff zu suchen.

Die männlichen Mitglieder der Gruppe waren ebenfalls der Gefangennahme entgangen und trafen wenig später, wie geplant, am sogenannten

Dreiländerblick ausserhalb der Stadt ein, von wo man einen Blick über die Grenzgebiete von Deutschland, Belgien und den Niederlanden hatte. Heidorn, dessen Familie nahe der Grenze lebte, schlug vor, in den dichten Wäldern auf der belgischen Seite der Grenze Zuflucht zu suchen. Dort verbrachte die kleine Gruppe die riskante Zeit des Tageslichts. Bei Einbruch der Dunkelheit schlichen sie in den Aachener Wald zurück, nahe des Vororts Köpfchen. Leitgeb, der Funker, und Morgenschweiss erhielten den Auftrag, in die Stadt zu gehen und die Aufklärungsarbeit zu leisten, die eigentlich Ilse Hirsch, deren Verbleib unbekannt war, hätte ausführen sollen.

Hirsch war indes weder gefangen genommen worden, noch hatte sie die Nerven verloren, wie ihre Kameraden fürchteten. Vielmehr hatte sie den vorherigen Tag und die Nacht in der Stadt verbracht, bei einer Bekannten aus dem BDM übernachtet und dann Nachforschungen über den Oberbürgermeister angestellt. Informationen über Oppenhoff waren leicht zu bekommen. Die Amerikaner mochten es vermieden haben, öffentlich seinen Namen zu nennen, aber jeder in der immer noch wenig bevölkerten Stadt kannte ihn.

Zu diesem Zeitpunkt nahm Hirsch, wie sie später erklärte, an, dass ihre Kameraden verhaftet worden waren. In diesem Fall bestand ihre nächste Aufgabe darin, sich Papiere zu beschaffen und, wenn möglich, eine Arbeit in Aachen zu finden. Deshalb war sie am nächsten Nachmittag in der Nähe des Arbeitsamts, als ihre Pläne, sollten sie bestanden haben, über den Haufen geworfen wurden. Jemand flüsterte ihren Namen, und als sie sich umdrehte, stand sie Erich Morgenschweiss gegenüber. Von der nächsten Strassenecke aus beobachtete Leitgeb die Szene, eine Hand am Griff des Revolvers in seiner Tasche.

Auf Hirschs Frage, wo die anderen Mitglieder der Gruppe seien, teilte Morgenschweiss ihr mit, dass sie einen Unterschlupf in Köpfchen gefunden hätten. Wie Hirsch bei ihren Nachforschungen erfahren hatte, wohnte Oberbürgermeister Oppenhoff dort in der Nähe. Sie folgte Morgenschweiss und Leitgeb zu dem Versteck. Jetzt gab es kein Zurück mehr.

Am nächsten Tag, einem Sonnabend, beschloss Wenzel, das Lager er-

neut zu verlegen, zurück auf die andere Seite der Grenze, in die Wälder bei dem belgischen Dorf Hauset. Das Attentat auf Oppenhoff sollte am Abend des Palmsonntags, des 25. März, stattfinden. Danach wollte sich die Gruppe wieder in dem Versteck zusammenfinden, um anschliessend auf Gebiet, das in deutscher Hand war, zurückzukehren. Das würde nicht leicht sein, da die Alliierten vor Kurzem den Rhein überquert und sich am Ostufer festgesetzt hatten.

Das Ehepaar Oppenhoff verbrachte den Sonntag auf den Gemüsebeeten an ihrem Haus, während ihre Kinder im Garten dahinter spielten. Der Krieg ging zwar zu Ende, aber damit würde sich die Lebensmittelversorgung wohl kaum verbessern, und wie die meisten Deutschen, die etwas Land besaßen, hielten es auch die Oppenhoffs für klug, jetzt im Frühjahr Gemüse anzupflanzen. Am Abend waren sie zu einer kleinen Feier eingeladen, die ein in ihrer Strasse wohnender Kollege Oppenhoffs aus der Stadtverwaltung namens Heinrich Faust (einer der Bürgermeister) veranstaltete.

Als Wenzel und Leitgeb, von Hennemann geführt, gegen elf Uhr abends Oppenhoffs Haus erreichten, schien niemand da zu sein. Das Trio trug Luftwaffenoveralls und hatte Rucksäcke bei sich. In ihrer Tarngeschichte waren sie eine deutsche Flugzeugcrew, die hinter der alliierten Front abgeschossen worden war. Die beiden Attentäter betraten den Garten, während Hennemann die Strasse im Auge behielt. Leitgeb kappte die Telefonleitung zum Grundstück. Dann brachen sie ein Kellerfenster auf, stiegen in das Haus ein und begannen Zimmer für Zimmer zu durchsuchen. Im ersten Stock fanden sie ein verängstigtes junges Mädchen vor, das mit über den Kopf gezogener Decke im Bett lag. Wie sich herausstellte, war es das Dienstmädchen der Oppenhoffs, Elisabeth Gillessen. Da sie angenommen hatte, dass die Eindringlinge GIs waren, die auf Diebstahl oder sogar Vergewaltigung aus waren, war sie erleichtert, als sie auf Deutsch angesprochen wurde. Wo der Oberbürgermeister sei, wurde sie gefragt. Sie antwortete wahrheitsgemäss, dass er ausgegangen sei. Wenn man sie eine Minute allein lasse, damit sie sich anziehen könne, würde sie hinübergehen und ihn holen.

Die Feier bei Heinrich Faust war ein Sinnbild der Situation, in der sich das besetzte Deutschland befand. Es war eine Abschiedsfeier für mehrere von Oppenhoff ernannte Angehörige der Stadtverwaltung, die nach Bekanntwerden ihrer NS-Verstrickungen zum Rücktritt gezwungen waren.

Schliesslich erschien Oppenhoff in Begleitung des Dienstmädchens und seines Nachbarn und Kollegen Faust. Sie fragten die Eindringlinge, die jetzt vor dem Haus auf der Strasse standen, was sie wollten. Daraufhin erzählte Wenzel die Tarngeschichte – dass sie Luftwaffenangehörige seien, die bei Brüssel hätten notlanden müssen. Sie bräuchten Oppenhoffs Hilfe in Form von Papieren und eines Führers, um sich durch die feindlichen Linien in «Sicherheit» bringen zu können.

Oppenhoff erwiderte, dass er keine Papiere beschaffen könne, und riet ihnen, sich den Amerikanern zu stellen. Nach kurzem Nachdenken beschloss er dann offenbar, dass er ihnen als guter Deutscher wenigstens etwas zu essen geben sollte, und wies Fräulein Gillessen an, ins Haus zu gehen und einige Brote zu bereiten.

Nachdem Faust ihnen gute Nacht gewünscht hatte, gingen Oppenhoff und die beiden «Flieger» (Hennemann hatte man mit dem Auftrag, auf die Rucksäcke aufzupassen, auf der Strasse zurückgelassen) in den Garten. Sie warteten eine Weile, während der sichtlich nervöse Hausherr im Keller nachsah, wie weit das Dienstmädchen mit den Broten war.

Als Oppenhoff die Kellertreppe wieder heraufkam, versperrten ihm Wenzel und Leitgeb den Weg. Wenzel hatte eine mit einem Schalldämpfer versehene Walther-Pistole in der Hand. Aber er schoss nicht, noch teilte er dem Oberbürgermeister, wie man ihn angewiesen hatte, das in Abwesenheit gegen ihn ergangene Todesurteil mit. Der Kommandeur des Trupps verlor im letzten Moment die Nerven. Als der erschrockene Oppenhoff den Mund öffnete, um etwas zu sagen, entriss Leitgeb seinem Mitverschwörer die Pistole, richtete sie auf den Kopf des Oberbürgermeisters und schoss ihm ohne ein Wort in die linke Schläfe. Dann drehten sich Wenzel und

Leitgeb um und rannten zur Strasse, wo Hennemann wartete. Sie hatten ihn noch nicht erreicht, als weitere Schüsse durch die Nacht hallten.

Die Telefonleitung zu kappen war ein Fehler gewesen. Die Schüsse waren von einer amerikanischen Nachrichteneinheit abgegeben worden, die herausfinden wollte, warum die Leitung unterbrochen war. Die Attentäter ergriffen die Flucht. Dabei wurden Wenzel und Hennemann von Leitgeb getrennt. Der kräftige Funker beschloss, allein zu dem Versteck zurückzukehren, in dem Ilse Hirsch, der Hitlerjunge Morgenschweiss und der kränkliche Heidorn warteten.

Die Nachricht über das Attentat wurde erst vier Tage später freigegeben. Deshalb dauerte es bis zum 29. März, ehe die Zeitungen sowohl in London als auch in New York die Meldung verbreiteten. In dem Bericht von Associated Press, den die *New York Times* abdruckte, hiess es, der Anschlag auf Oppenhoff sei in «Gangstermanier» ausgeführt worden. Hitler habe «Deutschen, die mit den Alliierten Zusammenarbeiten, häufig Vergeltung angedroht, und manche halten den Mord für die erste Manifestation dieses Vorgehens. Ermittler des militärischen Abschirmdiensts erklärten jedoch, dass sie bisher noch kein Motiv feststellen konnten.»²⁰

Unterdessen nutzte die weiterhin auf Hochtouren laufende NS-Propagandamaschine Oppenhoffs Ermordung für ihre Zwecke. Anfang April wurde berichtet, deutsche Flugzeuge hätten über dem von den Alliierten besetzten Rheinland Flugblätter abgeworfen, die davor warnten, dass die Wehrmacht binnen Kurzem zurück sein werde und dann alle «Kollaborateure» zur Rechenschaft gezogen werden würden.²¹ Zur gleichen Zeit gingen Goebbels' Rundftmkleute mit einem «Radio Werwolf» auf Sendung.

Trotz der Ermordung Oppenhoffs – über die im kleiner werdenden NS-Reich in allen gedruckten und gesprochenen Medien gross berichtet wurde – war schon seit einiger Zeit klar, dass die deutschen Truppen, wie Goebbels in seinem Tagebuch düster festhielt, nachdem er es dem «Führer» am 22. März «vorgestellt» hatte, «im Westen nicht mehr richtig kämpfen».²² Fünf Tage später notierte der Propagandaminister, er sei «jetzt da-

bei, in grossem Stile die sogenannte Aktion ‚Werwolf‘ zu organisieren». In krassem Gegensatz dazu bemerkte er aber auch, dass Berichten zufolge mancherorts an der Westfront die Bevölkerung den Amerikanern mit weissen Fahnen entgegengehe. Zum Teil, fuhr er fort, «erniedrigen sich die Frauen sogar so weit, dass sie die Amerikaner begrüssen und umarmen. Die Truppe will angesichts dieser Umstände nicht mehr kämpfen und zieht sich entweder widerstandslos zurück oder begibt sich in die Gefangenschaft des Feindes.»²³

In dieser Atmosphäre versuchten die Mörder von Oberbürgermeister Oppenhoff zu fliehen. Hirsch, Morgenschweiss und der übriggebliebene Führer, Heidorn, waren dabei, ihr Lager abzurechen und sich auf den Weg zum Rhein zu machen, als ein aufgeregter, keuchender Leitgeb in ihrem Versteck erschien. Er erzählte, dass er von Wenzel und Hennemann, die möglicherweise getötet oder gefangengenommen worden seien, getrennt worden sei. Man beschloss, sofort den Marsch nach Osten anzutreten. Trotz seines schlechten Gesundheitszustands führte Heidorn die Gruppe mitten in der Nacht durch die dicht bewaldete Eifel. In der Morgendämmerung war sie bereits viele Kilometer vom Schauplatz des Verbrechens entfernt.²⁴

Letztlich war es nicht die Wachsamkeit alliierter Patrouillen, die der kleinen Gruppe zum Verhängnis wurde, sondern die tödliche Hinterlassenschaft kurz zuvor stattgefundenen Kämpfe. Nachdem sie sich den grössten Teil des nächsten Tages in einem Unterstand versteckt hatten und in der nächsten Nacht weitermarschiert waren, erreichten sie bei Tageslicht das Dorf Rollesbroich. Als sie dort eine harmlos aussehende Wiese überqueren, gab es eine heftige Explosion, und Leitgeb wurde in die Luft geschleudert. Morgenschweiss suchte sich tapfer einen Weg durch das mutmassliche Minenfeld, konnte aber nur noch den Tod des Österreichers feststellen. Ihm war das halbe Gesicht weggesprengt worden.

Morgenschweiss nahm Leitgeb die Papiere ab, um die Identifizierung zu erschweren, bedeckte den Leichnam mit Zweigen und ging dann zu den anderen Überlebenden zurück. Sie machten sich wieder auf den Weg – nur

um kurz darauf eine kleinere Tretmine auszulösen, deren Explosion Ilse Hirsch so schwer verletzte, dass sie nicht weitergehen konnte. Mittlerweile wurde es dunkel. Die anderen beiden Überlebenden, die ebenfalls verletzt waren, aber noch laufen konnten, mussten sie zurücklassen und konnten nur hoffen, dass sie am nächsten Tag von Bewohnern der Umgebung gefunden werden würde. Früh am Morgen konnte sie tatsächlich einen vorbeikommenden Bauern auf sich aufmerksam machen, der ihr auf seinen Karren half und sie zur medizinischen Versorgung in die Stadt fuhr.

Morgenschweiss lief noch einige Stunden weiter, bis er, vom Blutverlust geschwächt, ebenfalls aufgeben musste. Auch er wurde von einem Bewohner der Umgebung gefunden, einer Frau Sülz, die ihm vorsichtshalber die Pistole abnahm, bevor sie ihn zur Behandlung ins nächste Krankenhaus brachte.

Heidorn setzte seinen Weg fort, obwohl auch er in schlechter Verfassung war. Er führte ihn über die Hochwasser führende Urft, und am frühen Morgen des 1. April erreichte er sein Ziel, ein zu Beginn des Jahrhunderts im Stil eines mittelalterlichen Herrenhauses errichtetes Gutshaus, das versteckt in den Wäldern bei Mechernich lag und als Gut (oder Haus) Hombusch bekannt war. Es scheint als sichere Unterkunft für Werwölfe ausgewählt worden zu sein; jedenfalls fand man nach dem Krieg in der Nähe ein Waffenversteck (das von Pionieren der britischen Armee gesprengt wurde).²⁵ Das Haus war allem Anschein nach verlassen, doch als Heidorn es vorsichtig betrat, hörte er bekannte Stimmen. In der Küche unterhielten sich zwei Männer miteinander: Wenzel und Hennemann.

Die drei Verschwörer waren also wieder vereint, befanden sich aber immer noch weit hinter der Front und brachen bald nach ihrem Wiedersehen in Richtung Rhein auf. Als sie den Fluss erreichten, eröffnete Wenzel seinen Kameraden, dass er nicht weitergehen werde. Nachdem er sich von ihnen getrennt hatte, begab er sich zu einem entlegenen Bauernhof in der Gegend, der während der Werwolf-Ausbildung offenbar ebenfalls als sicherer Zufluchtsort genannt worden war. Dort blieb er vier Monate, half

bei der Arbeit und fing sogar einen Flirt mit der Magd an, bevor er im August erklärte, dass er fortgehen werde, um «seinen Onkel in Halberstadt» zu suchen. Nach dem Krieg durchgeführte Nachforschungen ergaben, dass es diesen Verwandten nicht gab. Damit verlor sich Wenzels Spur.

Heidorn und Hennemann schwammen über den Rhein, nur um von einer amerikanischen Patrouille aufgegriffen und in ein Internierungslager gebracht zu werden – in Aachen. Sie vermochten die dortigen alliierten Behörden von ihrer Harmlosigkeit zu überzeugen und wurden bald entlassen. Danach reisten sie nach Osten, in die nunmehrige sowjetische Zone, wo sich ihre Ehefrauen befanden, die im vorangegangenen Herbst wegen der alliierten Luftangriffe aus Westdeutschland evakuiert worden waren.

Damit endeten die Aktivitäten der berühmtesten Werwolf-Gruppe, deren Angehörige entweder tot, verstreut oder in Haft waren. Bis lange nach dem Krieg wurde keiner von ihnen mit dem Mordanschlag auf Oppenhoff in Verbindung gebracht. Dies geschah erst, als die Briten, in deren Zone Aachen lag, den Fall neu aufrollten.

Tatsächlich stellte die Ermordung des Aachener Oberbürgermeisters, so viel Aufsehen sie auch erregte, in keiner Weise einen Massstab für die Beurteilung der nationalsozialistischen Guerillabewegung dar. Der Anschlag war nur auf Druck aus Berlin ausgeführt worden, nicht als Resultat einer zunehmenden lokalen Feindseligkeit gegenüber Kollaborateuren. Während des restlichen Krieges gab es keine weiteren grösseren Gewaltakte gegen Alliierte oder von ihnen ernannte deutsche Amtsträger.

Im katholischen, weniger nationalsozialistischen Westen des Landes war die Werwolf-Bewegung insgesamt schwächer als anderswo. Als die angloamerikanischen Truppen ostwärts nach Mittel- und Ostmitteleuropa vorstießen, fanden sie durchaus eine feindseligere Atmosphäre vor, in der geplante und spontane Guerillaaktivitäten gedeihen konnten.

Ein weiterer berühmter Vorfall, der mit der Werwolf-Agitation in Zusammenhang gebracht wurde, war der Überfall auf zwei Verbindungsoffi-

ziere des britischen Feldmarschalls Bernard Montgomery am 21. April 1945. In einem unwegsamen Teil der Lüneburger Heide gerieten die Majore Peter Earle und John Poston mit ihrem Jeep in einen von einer Hitlerjugendeinheit gelegten Hinterhalt. Nur leicht bewaffnet, waren die beiden gezwungen, zum letzten Mittel zu greifen und das Maschinengewehrnest der Angreifer zu rammen. Da sie durch den Aufprall aus dem Jeep geschleudert wurden, waren sie der Gnade des Feindes ausgeliefert. Poston wurde auf der Stelle mit dem Bajonett erstochen, während der verwundete Earle rätselhafterweise verschont und durch die feindlichen Linien zuerst zu einem Bauernhaus und dann in ein deutsches Feldlazarett gebracht wurde (wo er binnen 24 Stunden von vorrückenden britischen Truppen befreit wurde).²⁶

In den von den Westalliierten besetzten Gebieten sollte es weiterhin zu sporadischen Sabotage- und Gewaltakten kommen – einen Draht über eine Strasse zu spannen, um Jeepfahrer zu enthaupten, war ein beliebtes, wenngleich selten erfolgreiches Mittel –, aber als eine ernstzunehmende, dauerhafte Erscheinung zeigte sich die organisierte Werwolf-Bewegung hauptsächlich in den sowjetisch und polnisch besetzten Gebieten Schlesiens, Ostpreussens und des tschechischen Grenzlandes. Dort war der fortgeführte Guerillakampf nicht nur ein Zeichen von nationalsozialistischem Fanatismus, sondern auch ein verzweifelter Mittel des Widerstands gegen Vergewaltigung, Massakrierung und Vertreibung.

Östlich der Elbe war, im Sog des Vormarschs der Sowjets und angetrieben von ihren auf Rache sinnenden slawischen Brüdern, die fast sechs Jahre lang unter einer brutalen deutschen Besatzung gelitten hatten, die grösste Bevölkerungsbewegung seit dem Untergang des Römischen Reichs im Gang. Rache ist niemals schön, aber das, was sich dort abspielte, war über alle Massen hässlich.

DER GROSSE TRECK

Anfang 1945 begannen die Alliierten wieder an allen Fronten vorzurücken. Insbesondere die Rote Armee machte spektakuläre Fortschritte. Sie nahm endlich die Überreste Warschaus ein, nachdem Hitlers Henker und Sprengkommandos ihr Werk getan hatten, stiess weiter durch Vorkriegspolen vor und drang in die historischen deutschen Ostprovinzen ein – Gebiete, die seit dem Mittelalter integraler Bestandteil des Deutschen Reichs waren.

Die deutsche Bevölkerung floh oder wurde Opfer von Vergewaltigung, Plünderung und Vertreibung. Unter den Flüchtlingen befand sich auch die 16-jährige Katharina Eiliger, die aus dem von alters her kulturell gemischten Oberschlesien stammte. Als die Front näher rückte, waren sie und ihre Mutter in eine nahegelegene tschechische Landzunge geflohen, um auf einem Umweg wieder die deutsche Grenze zu überqueren und nach Niederschlesien zu Katharinas Onkel zu gelangen, der unweit der Grenze im Kreis Glatz (polnisch Klodzko, tschechisch Kladsko) lebte. Katharina Eiliger erzählte später, was sie auf der Wanderung durch die bewaldete Landschaft sahen:

«An einem Abend kamen wir an einen Hof, der abgelegen in einer Mulde lag ... Wir gingen in die weitläufige Diele hinein. Dort brannte Licht. Um den grossen runden Eichentisch knieten sechs oder sieben Personen. Sie waren ganz still und bewegten sich nicht. Ihre Köpfe waren nach vorn gefallen. Als wir näherkamen, sahen wir, dass sie mit der Zunge an der Tischkante festgenagelt worden waren.»¹

Später erfuhren sie, dass «Horden» von slawischen Bewohnern der Gegend herumgezogen seien, um an ihren deutschen Nachbarn Rache zu üben. Wahrscheinlich sollten die angenagelten Zungen eine symbolische Vergeltung sowohl an der Sprache wie an den Körpern der verhassten früheren «Herrenrasse» darstellen. Katharina und ihre Mutter wurden jedenfalls gewart, keinesfalls in der geplanten Richtung weiterzugehen.

Während das Reich zerfiel, wurden jedoch nicht nur ethnisch begründete lokale Rechnungen beglichen. Nach dem winterlichen Stillstand im Osten wie im Westen hatte am 12. Januar an einer mehrere Hundert Kilometer breiten Front, die sich von der Ostsee bis zu den böhmischen Wäldern hinzog, in denen Katharina Eiliger und ihre Mutter auf die gruselige Tischszene gestossen waren, eine sowjetische Offensive begonnen. Mit über zwei Millionen Mann war die Rote Armee den deutschen Verteidigern, der Heeresgruppe A der Wehrmacht, um etwa das Fünffache überlegen; bei Panzern und Artillerie lag das Verhältnis bei sechs zu eins und bei Kanonen auf Selbstfahrlafetten bei vier zu eins.

Kurz nach dem Fall von Warschau begann die Rote Armee mit enormem Tempo vorzurücken, häufig dreissig bis vierzig Kilometer am Tag. Bald waren die grossen deutschen Städte im Osten, die alte ostpreussische Hauptstadt Königsberg und die schlesische Hauptstadt Breslau, eingekreist und belagert. Wer von den Deutschen fliehen konnte, der floh. Riesige Flüchtlingskolonnen – Frauen, Kinder und Alte, denn die meisten Männer waren entweder tot oder standen irgendwo im Kampf – verstopften mit ihren Karren, auf die sie ihre Habseligkeiten gepackt hatten, die Strassen in Richtung Westen. Der Winter war hart, mit Temperaturen von mehr als zwanzig Grad unter null, und er sollte es bis Ende März bleiben. Die Kälte war einer der Gründe, weshalb die Ernte des Todes in diesem Jahr so reich ausfiel.

Stalins Soldaten trieb nicht nur das Wissen um die gewaltige Überlegenheit der Roten Armee in Bezug auf Waffen, Ausrüstung und Truppenstärke voran. Sie hatten die Verwüstungen in ihrem eigenen Land gesehen

und waren lebendige Zeugen der Tatsache, *dass fünfundzwanzig Millionen* ihrer Landsleute jeden Alters und beiderlei Geschlechts auf dem Schlachtfeld oder bei Massakern, oft auch, weil man sie absichtlich verhungern liess, gestorben waren – in einem deutschen Angriffskrieg, der von Hitlers Truppen ohne grosse Rücksicht selbst auf die elementarsten, minimalsten humanitären Konfliktregeln geführt wurde. Nicht zuletzt deshalb war die Rote Armee von Hass geleitet, vielleicht in einem Ausmass wie keine andere Armee in der neueren Geschichte.

Ein junger deutscher Fähnrich aus einer prominenten schlesischen Familie, der seine Feuertaufe mit einer Panzereinheit in einem in der Nähe seiner eigenen Heimatregion gelegenen Teil der Tschechoslowakei erhielt, berichtete später über das Grauen, dessen Zeuge er in einem sudetendeutschen Dorf wurde. Die Wehrmacht hatte das Dorf in diesen letzten, chaotischen Kriegswochen vorübergehend zurückerobert:

«Was wir dort vorfanden, ist mit Worten nicht leicht zu beschreiben. Häuser voller Toter, erhängte Männer, missbrauchte Frauen, die halb wahnsinnig durch die Strassen liefen, Kinder mit aufgeschlitzten Bäuchen. Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen: Das gehört zu den Dingen, die man verdrängt hat.»

Dennoch stellte sich der junge Soldat, der zu jung war, um an der Ostfront in Russland gedient zu haben, die Frage: «Was müssen wir eigentlich auf der anderen Seite angerichtet haben, dass viele russische Soldaten so bestialisch gewütet haben?»²

Die von den Nationalsozialisten vorgebrachte grosse Rechtfertigung für den Krieg gegen die Sowjetunion war der angebliche deutsche Bedarf an mehr «Lebensraum». Dieser könne nur auf Kosten der rassistisch «minderwertigen» Slawen gewonnen werden, welche die weiten fruchtbaren Ebenen im Osten bewohnten. Als die Rotarmisten in den letzten Kriegsmontaten schliesslich die Grenze nach Deutschland überschritten und sahen, wie gut die Deutschen in dem angeblich beengten, verarmten Land,

das so dringend vergrößert werden musste, in Wirklichkeit lebten, verstärkte es nur noch ihre Wut. So sagte ein einfacher Soldat, nachdem er die ordentlichen, in seinen Augen überaus wohlhabend aussehenden Bauernhäuser in Ostpreussen gesehen hatte, zu seinem Kommandeur:

«Wie soll man sie denn behandeln, Genosse Hauptmann? Überlegen Sie doch mal. Ihnen ging es gut, sie hatten zu essen, hatten Vieh, Gemüsegärten und Apfelbäume. Und trotzdem haben sie uns überfallen ... Dafür müssten wir sie aufhängen, Genosse Hauptmann.»³

Ein anderer Russe, ein Offizier diesmal, beschrieb seinen Eindruck von dem Mehrfamilienhaus, in das er im April 1945 bei Berlin einquartiert worden war:

«Jede der kleinen Wohnungen ist gemütlich eingerichtet. Die Vorratskammern sind angefüllt mit selbstgeräuchertem Schinken, Obstkonserven, Erdbeermarmelade. Je tiefer wir nach Deutschland hineinkommen, desto mehr verdriesst uns die Fülle, der wir allenthalben begegnen ... Am liebsten würde ich meine Faust mitten in all diese ordentlichen Reihen von Dosen und Gläsern hineinschmettern.»⁴

In Nemmersdorf war Vergewaltigung möglicherweise nicht die Hauptabsicht der russischen Soldaten. Als sie drei Monate später endgültig auf deutschen Boden vordrangen, konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, dass eine von Hass geschürte Vernichtung deutscher Körper wie deutschen Besitzes zu einem obsessiv verfolgten Ziel geworden war.

Vielleicht betrachteten die Rotarmisten deutsche Frauen als eine Art feindlichen Besitz. Dies waren die Frauen, die – so sagten es ihnen sowohl ihre eigenen Vorurteile als auch die Regierungspropaganda – zu Hause in Sicherheit gelebt hatten, während ihre Männer Weissrussland, die Ukraine,

den Kaukasus, die Ebenen vor Moskau verwüstet hatten; die Pakete mit exotischen Dingen aus dem eroberten Russland erhalten hatten, während die Frauen, Schwestern und Töchter der Männer, die jetzt als Sieger nach Deutschland kamen, gehungert hatten und massakriert und, ja, auch vergewaltigt worden waren. Obwohl Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten bei Weitem nicht so systematisch erfolgten (das NS-Regime missbilligte aus rassistischen Gründen sexuelle Kontakte mit russischen Frauen), waren sie durchaus vorgekommen – ebenso wie die geringfügig «respektablere» Variante der sexuellen Ausbeutung.

Gewiss hatten Millionen keineswegs verwöhnter deutscher Frauen bereits Bombardierungen, Todesfälle und den Verlust ihres Zuhauses erlitten. Doch dies war, vielleicht verständlicherweise, nicht die Sichtweise der wuterfüllten Rotarmisten. Allerdings war ihr Verhalten auch in anderen Ländern nicht tadellos. Im September 1944 sah sich die Kommunistische Partei Bulgariens gegenüber dem sowjetischen Generalstab («Stawka») gezwungen, «Massnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, durch eine strenge Bestrafung von Schuldigen das Auftreten von Banditentum, Plünderung und Vergewaltigung zu beenden».⁵

Bulgarien hatte sich zu Beginn des Krieges unklugerweise mit den Achsenmächten verbündet. Dies galt auch für Ungarn, und im Februar 1945 folgten der Einnahme Budapests durch die Rote Armee grausige Szenen von Massenvergewaltigung und sexueller Gewalt in einem Ausmass, wie es seit dem Dreissigjährigen Krieg nicht mehr da gewesen war. Aber auch in der Tschechoslowakei, die als befreundeter Staat galt, den kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten mit Russland verbanden und der über sechs Jahre unter deutscher Besetzung gelitten hatte, kam es trotz des klaren Befehls, alles zu vermeiden, was die Bevölkerung feindselig stimmen konnte, zu Übergriffen. Im März 1945 sah sich Stalin selbst veranlasst, eine tschechoslowakische Delegation auf seine verschlagene, trügerisch scherzhafte Weise zu warnen:

«Fakt ist, dass jetzt zwölf Millionen Menschen in der Roten Armee sind. Sie sind alles andere als Engel. Sie sind vom Krieg gehärtet. Viele von ihnen sind zweitausend Kilometer von Stalingrad bis in die Mitte der Tschechoslowakei marschiert. Auf ihrem Weg haben sie viel Leid und viele schreckliche Dinge gesehen. Also seien Sie nicht überrascht, wenn einige unserer Leute sich in Ihrem Land nicht verhalten, wie sie sollten. Wir wissen, dass manche unserer Soldaten mit einem geringen politischen Bewusstseinsgrad Mädchen und Frauen belästigen und missbrauchen und sich schlecht benehmen. Teilen Sie das unseren tschechoslowakischen Freunden mit, damit sich die Anziehungskraft unserer Roten Armee nicht in Enttäuschung verwandelt.»⁶

Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, dass es Deutschland noch wesentlich härter traf. Weiterhin unter dem Druck einer eisernen, brutalisierenden Disziplin stehend – die ursprünglich den Zweck hatte, den Verteidigungswillen während der chaotischen Monate nach der deutschen Invasion im Juni 1941 zu stärken –, erlitt die Rote Armee, obwohl sich das Blatt im Krieg gewendet hatte und sie unaufhaltsam auf die Kerngebiete des verhassten und verabscheuten Deutschen Reichs vorrückte, weiterhin nahezu katastrophale Verluste. Die Rotarmisten hatten in der Tat, wie ihr Führer gesagt hatte, schreckliche Dinge gesehen und durchgemacht.

Zugleich wurde die sowjetische Propaganda immer schriller und bedrohlicher. Nichts mehr von «proletarischem Internationalismus». Stattdessen schürte sie einen tiefen, fremdenfeindlichen Hass auf Deutschland und alles Deutsche. Die Rotarmisten wurden aufgefordert, ein «Buch der Rache» zu führen, das sie an die Notwendigkeit erinnern würde, es den Deutschen für ihre Verbrechen heimzuzahlen. Am berüchtigtsten waren die geschliffenen Hasstiraden des brillanten Journalisten und Schriftstellers Ilja Ehrenburg, der seinen Millionen Lesern, Soldaten wie Zivilisten, einhämmerte:

«Wenn du nicht wenigstens einen Deutschen pro Tag getötet hast, dann war dieser Tag vergeudet ... Wenn du einen Deutschen tötetest, töte einen weiteren – es gibt nichts Lustigeres für uns als einen Berg deutscher Leichen.»

Am Vorabend des Vorstosses nach Ostpreussen erklärte die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee den Truppen, «dass es auf deutschem Boden nur einen Herrn gibt: den Sowjetsoldaten, dass er sowohl Richter wie Henker für die von seinen Vätern und Müttern erlittenen Qualen, für die zerstörten Städte und Dörfer ist». Strassenschilder, die von vorrückenden Truppen aufgestellt worden waren, forderten nachfolgende Einheiten auf: «Soldat: du bist in Deutschland, nimm Rache an den Faschisten.»⁷

Alle diese Faktoren zusammen machten den Vormarsch der Roten Armee Anfang 1945 zu einem verhängnisvollen Schreckensereignis. Massengewaltungen, Morde und Zerstörungen nahmen in den deutschen Ostprovinzen in den ersten Monaten des Jahres 1945 ein wahrhaft entsetzliches Ausmass an. In dem Augenblick, als die Rote Armee deutschen Boden betrat, wurde klar, dass alles, ob lebendig oder nicht, als Freiwild beziehungsweise Beute betrachtet wurde. Viele ungebildete russische Soldaten sahen nicht nur überaus ordentliche, wohlhabende Dörfer und Städte, sondern auch unverschämt wohlaussehende Frauen und Mädchen, die Putzwaren besaßen, die vielleicht – wie ihre Propaganda ihnen weismachen wollte – während der Besetzungszeit in russischen Häusern geplündert und womöglich sogar ihren eigenen zitternden, halb verhungerten Müttern und Schwestern vom Leib gerissen worden waren.

In seiner poetischen Chronik dieser Zeit von Terror und Zerstörung schrieb der Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn, der den ostpreussischen Feldzug der Roten Armee Anfang 1945 als Artillerieoffizier miterlebt hatte:

«Zweiundzwanzig, Höringstrasse,
Noch kein Brand, doch wüst, geplündert.

Durch die Wand gedämpft – ein Stöhnen:
Lebend finde ich noch die Mutter.
Waren's viele auf der Matratze?
Kompanie? Ein Zug? Was machte es!
Tochter – Kind noch, gleich getötet.
Alles schlicht nach der Parole:
Nichts vergessen! Nichts verzeihn!
Blut für Blut! – und Zahn für Zahn.
Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe,
und die Weiber – Leichen bald...»⁸

Solschenizyn wurde Anfang 1945 verhaftet und in ein Arbeitslager gesteckt, nachdem man in seinen Briefen nach Hause kritische Äußerungen über Stalins Führungsqualitäten entdeckt hatte. Ähnlich erging es Hauptmann Lew Kopelew, der bis dahin überzeugter Kommunist und Kommandeur einer Propagandaeinheit an der Front gewesen war, aber unklugerweise versucht hatte, eine Gruppe von Soldaten davon abzuhalten, deutsche Frauen zu vergewaltigen und ihre Häuser zu plündern. Es brachte ihm eine Verurteilung zu zehn Jahren im Gulag ein, weil er sich, so die Anklagen, des «bourgeoisen Humanismus» und «Mitleids mit dem Feind» schuldig gemacht hatte.⁹

Überall in dem Gebiet, das jetzt rasch der Roten Armee in die Hände fiel, wurden Frauen vergewaltigt und ermordet, Häuser und Wohnungen geplündert und zerstört, und so wie Wehrmachtsoffiziere fast nie eingegriffen hatten, um Grausamkeiten deutscher Soldaten im besetzten Russland zu verhindern, kam es nun nur selten vor, dass mitfühlende Männer in Autoritätsstellungen, wie Solschenizyn und Kopelew, sich einmischten.

Die Berichte über die Vergewaltigungen, von denen jede einzelne ein unaussprechliches Grauen für deutsche Frauen und Familien darstellte, überlagern sich und verschwimmen miteinander. In einem kleinen Dorf in Pommern, das in den ersten Wochen von der Roten Armee eingenommen wurde, kam eine weitere Geißel hinzu, die in den besetzten Gebieten eben-

falls zu einer ständigen Erscheinung werden sollte: Alkohol. Das Dorf lebte überwiegend vom Kartoffelanbau, brannte aus dem Pflanzenüberschuss aber auch Schnaps. Als die sowjetischen Soldaten einrückten, holten sie die verbliebenen Einwohner aus den Häusern und sperrten sie in der Kirche ein. Dann begannen sie sich zu betrinken, da sie die örtliche Schnapsbrennerei entdeckt hatten, und anschliessend verwüsteten sie das Dorf. Schliesslich gingen sie wegen der Frauen und Mädchen zur Kirche. Die damals 15-jährige Wanda Schultz, die Tochter eines Bauern aus dem Dorf, beschrieb Jahre später, was danach geschah:

«Das war die schlimmste Nacht meines Lebens, die ich da verbracht habe. In der Kirche die Vergewaltigungen, es war schrecklich. Sie haben mich auch noch ins Dorf geschleppt, wo das Gleiche geschah. Da habe ich gedacht, es ist aus mit mir ... Eigenartigerweise hatte ich keine Angst. Mit meinen fünfzehn Jahren habe ich nur gedacht: Jetzt erschiessen sie dich, denn so, in diesem Zustand, können sie dich nicht mehr zu deinen Eltern lassens Aber sie brachten mich wieder zur Kirche zurück.»¹⁰

Am nächsten Morgen hatte sich die Atmosphäre erstaunlicherweise gewandelt. Die Russen riefen die Dorfbewohner zusammen und forderten sie auf, ihnen Hühner zu bringen, und dann kochten sie für sie. Etwas später wagten sich Wanda Schultz und ihr Vater zu ihrem Hof am Dorfrand. Dort trafen sie auf weitere russische Soldaten, die mit Messern auf Schweine einstachen und Pferde stahlen, um sie vor mit Beutestücken vollgeladene Karren zu spannen. Als Milchbauern wollten, genauer gesagt mussten Vater und Tochter Schultz versuchen, ihre Kühe zu melken. Sie wurden jedoch von Neuankömmlingen aufgehalten, die offenbar Wanda missbrauchen wollten. Diesmal hatten sie und ihr Vater indes Glück, denn der Offizier der Männer reagierte positiv auf ihre Bitte um Hilfe. Aber sie wollten kein weiteres Risiko eingehen, und so begaben sie sich wieder zu den anderen Dorfbewoh-

nen in den trügerischen Schutz der Kirche. Einige Tage später brachte man sie in das grössere Dorf Pollnow.

Schliesslich wurden sie allesamt vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst NKWD verhört, und viele mussten Erklärungen unterschreiben, die häufig auf Russisch abgefasst waren, ohne dass eine Übersetzung beilag. Wanda Schultz gehörte zu denen, die in russische Arbeitslager kamen, ein Schicksal, das nahezu eine Dreiviertelmillion Deutsche aus den besetzten Gebieten ereilte. In ihrem Fall gab sie ihrer Mitgliedschaft im BDM die Schuld. Nach der NKWD-Weisung 0016, «Massnahmen zur Säuberung der rückwärtigen Gebiete hinter der kämpfenden Roten Armee von feindlichen Elementen», konnte nicht nur die Mitgliedschaft in der NSDAP, sondern auch diejenige in einer ihrer Jugendorganisationen ein Grund für die Deportation sein.

Dies war der besonders gewalttätige, chaotische, krude Beginn des grossen Vorhabens der Reinigung der deutschen Bevölkerung vom Nationalsozialismus. Schätzungen zufolge starb fast die Hälfte der Menschen, die in die Fänge der berüchtigten NKWD-Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten (GUPWI) gerieten, an Misshandlungen, Krankheiten (vor allem Typhus) oder Überarbeitung. Wanda Schultz überlebte, obwohl sie unter entsetzlichen Umständen viele Hundert Kilometer weit weggebracht wurde und den Tod vieler Mädchen mit ansehen musste, die sie ihr Leben lang gekannt hatte. Nachdem sie über vier Jahre zuerst in einer zu einem Bergwerk im Ural gehörenden Kolchose, dann in einer Kohlegrube gearbeitet hatte – im Winter bei Temperaturen von bis zu vierzig Grad unter null –, wurde sie schliesslich entlassen.

Kurz vor Weihnachten 1949 traf sie in Westdeutschland ein, wo ihre Familie auf sie wartete, die 1946 aus Pommern vertrieben worden war und in Rendsburg, am Südufer des Nord-Ostsee-Kanals, in einer winzigen Baracke aus Fertigteilen eine Unterkunft gefunden hatte. Als Wanda ihre Eltern auf dem Bahnsteig stehen sah, brach sie in Tränen aus und weinte, ohne auf ihre Umgebung zu achten, zwei Stunden ohne Unterbrechung.

Man schätzt, dass in den letzten Kriegs- und den ersten Friedensmonaten insgesamt 1,9 Millionen deutsche Frauen von sowjetischen Soldaten vergewaltigt wurden.¹¹ Im Frühsommer 1945 stieg die Zahl der Vergewaltigungen vorübergehend sogar wieder an, was darauf zurückgeführt wird, dass ältere, gebildete Männer entlassen wurden, damit sie nach Russland zurückkehren und dort beim Wiederaufbau helfen konnten. So kam es, dass in Deutschland vor allem junge Männer zurückblieben, die spät im Krieg in lange von der Wehrmacht besetzten Gebieten wie Weissrussland und der Ukraine eingezogen worden waren. Männer in solchen Regionen waren durch die Erfahrungen während der Besetzung brutalisiert und hatten eine tiefe Verachtung für alles Deutsche entwickelt.¹²

Nicht alle sowjetischen Soldaten benahmen sich indes derart wild und undiszipliniert. Es finden sich auch Beispiele von Russen, die sich freundlich oder wenigstens korrekt verhielten. Wie es heisst, waren die Elitetruppen an vorderster Front nicht so schlimm; schlimmer seien die zweiten und dritten Wellen gewesen, denen eine weniger strenge Disziplin abverlangt wurde, die weniger kämpfen mussten und daher mehr Zeit hatten, Verbrechen zu begehen.

Die 13-jährige Ruth Irmgard wurde von einer Bande russischer Soldaten aus dem Keller ihres Elternhauses gezerrt und vergewaltigt. Als sie nicht mehr aufhörte zu weinen, sagte ihre Mutter, die ebenfalls vergewaltigt worden war und versucht hatte, sich das Leben zu nehmen, ernst zu ihr: «Wenn du nicht aushältst, geh in die Alle.»¹³ Einige Stunden später wurde Ruth nur durch das Auftauchen eines Offiziers, der den Angreifer davonjagte, vor einem weiteren Missbrauch gerettet. Er brachte sie zu ihrer Mutter zurück, wies die Familie aber daraufhin, dass er sie nicht ständig beschützen könne. Sie sollte mit Ruth und ihren vier Geschwistern lieber die Stadt verlassen und aufs Land gehen, wo die Wahrscheinlichkeit, in Schwierigkeiten zu geraten, geringer war.

Frau Irmgard beherzigte den Rat und machte sich mit ihren Kindern auf den Weg. Sie verlor zwei Söhne, die an Diphtherie starben, aber weder sie noch ihre Tochter Ruth wurde noch einmal vergewaltigt. Nach dem Krieg

erfahren sie, dass die anderen Bewohner ihrer Stadt nach Russland deportiert worden waren; viele kehrten nie zurück. Ruth sagt sich immer noch, dass sie, wenn sie nicht vergewaltigt worden wäre, niemals den freundlichen Offizier kennengelernt und ihre Familie nicht die Stadt verlassen hätte, so dass wahrscheinlich auch sie im Gulag umgekommen wären. Sie findet diesen Gedanken tröstlich. Ein wenig.¹⁴

So furchtbar die Invasion und Eroberung durch die Rote Armee waren, es war nicht schlimmer als das, was viele eroberte Völker im Lauf der Jahrtausende erlitten haben, in denen die Menschen nun schon gegeneinander Krieg führen. Die Sowjets waren zwar brutal, rücksichtslos und willens, wenn nicht sogar bestrebt, in grossem Ausmass zu töten und zu zerstören, aber sie hatten keine völkermörderischen Absichten – eine Tatsache, die man in Erinnerung behalten sollte, wenn man ihr Verhalten in Deutschland mit demjenigen der deutschen Besatzer der Sowjetunion nach dem Juni 1941 vergleicht.

Es gab noch einen zweiten Unterschied zwischen diesen beiden Besetzungen, dessen Folgen für die fast zehn Millionen Bewohner der alten deutschen Lande Ostpreussen, Pommern und Schlesien so drastisch wie katastrophal waren. Nicht nur kamen diese Provinzen unter ausländische Herrschaft, sie wurden auch, wie bald klar wurde, «ethnisch gesäubert». Künftig sollten diese Gebiete nicht von Deutschen, sondern von Polen und Russen bewohnt werden. Die deutsche Grenze wurde gut hundert Kilometer nach Westen verschoben, und Millionen von Menschen, die östlich der neuen Demarkationslinie ansässig waren und den ersten Ansturm der Russen überlebt hatten, wurden von ihren Höfen und aus ihren Häusern und Geschäften vertrieben und ins frühere West- und Mitteldeutschland «umgesiedelt».

Während die Rote Armee dem Sieg entgegeneilte, wurden jedoch nicht nur Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben. Sechs Jahre zuvor hatte Stalin, gemäss den Geheimklauseln in seinem Vertrag mit dem NS-Regime, dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, die Osthälfte des polnischen Staates, der bald darauf zerschlagen werden sollte, für sich beansprucht, und am 17.

September 1939, als Polen unter der Wucht des deutschen Angriffs vom 1. September schon nahezu hilflos am Boden lag, war die Rote Armee, gefolgt von Vertretern des gesamten stalinistischen Apparats von Unterdrückung, Propaganda und Zwangsverwaltung, in Ostpolen eingefallen. Elf Tage darauf, nachdem Polen im Westen wie im Osten kapituliert hatte, hatten Russen und Deutsche ein Abkommen geschlossen, durch das Polen zu existieren aufhörte oder, um den verblüffend heuchlerischen Vertragstext zu zitieren: «Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschliesslich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern.»¹⁵

Natürlich hatten sie nichts dergleichen getan. Stattdessen waren in Ostpolen (amtlich fortan die «polnische Region» genannt) in vieler Hinsicht ebenso radikale Entwicklungen vor sich gegangen wie im deutsch besetzten Westen des Landes. Im Westen lösten die Deutschen umgehend die polnischen staatlichen Institutionen auf, gliederten grosse Gebiete direkt ans Reich an und errichteten im restlichen Polen, dem sogenannten Generalgouvernement mit der Hauptstadt Krakau, ein Regime im Kolonialstil. Polnische Landbesitzer, Industrielle und Intellektuelle wurden verhaftet und systematisch ermordet, Juden verfolgt und ghettoisiert. Annähernd eine Million Polen, Christen wie Juden, wurden kurzfristig und ohne jede Entschädigung aus den angegliederten Gebieten ins Generalgouvernement vertrieben. An diesen Präzedenzfall sollte man sich fünf Jahre später erinnern.

Unterdessen wurden im sowjetisch besetzten Teil, wo auf etwas mehr als der Hälfte der Landesfläche ein Drittel der Bevölkerung des ehemaligen Polen lebte, Ländereien und Industrie verstaatlicht, die polnische Verwaltung aufgelöst und ein kommunistisches Polizeistaatssystem errichtet. Im Unterschied zu den deutsch besetzten Gebieten waren die Einwohner, obwohl sie von einer polnischen Elite regiert worden waren, mehrheitlich

allerdings keine Polen, sondern Ukrainer (über ein Drittel), Weissrussen (rund 15 Prozent) und Juden.

Im Juni 1941 eroberte die Wehrmacht die sowjetisch regierte «polnische Region», die sich anschliessend wie das übrige besetzte Russland in einen wahren Kalvarienberg verwandelte. Die Frage war, was geschehen würde, sollte Deutschland das Kriegsglück verlassen. Grossbritannien und Frankreich hatten 1939 interveniert, um die Integrität der Polnischen Republik zu bewahren (was freilich keine direkte militärische Intervention nach sich gezogen hatte und konsequenterweise auch eine Kriegserklärung gegen Hitlers sowjetischen Mitverschwörer hätte beinhalten müssen). Als sich später an der Ostfront das Blatt wendete und die Rote Armee an die Grenzen des früheren Polen heranrückte, wurde offensichtlich, dass Stalin das durch seinen Pakt mit Hitler gewonnene Territorium nicht wieder aufgeben wollte.

Den Vertretern der alliierten «Grossen Drei» war dies, wenigstens privat, spätestens seit ihrer Konferenz in Teheran im November/Dezember 1943 klar. Tatsächlich war der britische Aussenminister Anthony Eden schon im März 1943 mit Roosevelt und dessen Berater Harry Hopkins bei einem Treffen in Washington übereingekommen, dass die Polen nach dem Krieg Ostpreussen erhalten sollten. Die Russen wurden pflichtgemäss davon unterrichtet. Daraufhin betonte Sowjetbotschafter Maxim Litwinow, dass die Sowjetunion zwar der Ausdehnung Polens nach Westen zustimme, aber auf seinen «territorialen Rechten» an der Westgrenze bestehe. Diese Erklärung wurde von allen so verstanden – und in diesem Sinn gebilligt –, dass das 1939 von Polen abgetrennte Territorium nach dem Sieg ein Teil der Sowjetunion bleiben würde.¹⁶

In Teheran wurde ernsthaft über die Frage diskutiert, wie die Polen für Stalins zynische Abtrennung von gut der Hälfte ihres Territoriums – durch die Russland einen grösseren polnischen Landstreifen erhielt als 1795, als das Land zwischen den drei damaligen regionalen Grossmächten Russland, Preussen und Österreich aufgeteilt worden war – entschädigt werden

sollten. Jetzt wurde vorgeschlagen, die polnischen Gefühle nicht «nur» mit Ostpreussen zu besänftigen, sondern auch mit Oberschlesien, Danzig und Pommern, also Landstrichen, die seit Jahrhunderten deutsches Siedlungsgebiet waren und in denen fast sieben Millionen Deutsche lebten.

Im Januar 1945 hatten die Russen ihre Forderungen weiter erhöht. Die Entschädigung der Polen sollte nun auch das Gebiet zwischen der Lausitzer und Glatzer Neisse umfassen, ein reiches Landwirtschaftsgebiet, in dem weitere 2,7 Millionen Deutsche lebten.¹⁷ Ostpreussen sollte entlang einer Ost-West-Linie in zwei Hälften geteilt werden, von denen die Sowjetunion die nördliche und Polen die südliche erhalten sollte. Damit standen fast zehn Millionen Deutsche vor der Erkenntnis, dass das Land ihrer Vorfahren innerhalb der Nachkriegsgrenzen Polens und der Sowjetunion lag.¹⁸

Die Westmächte verwarnten sich in den Vorverhandlungen der grossen Konferenz von Jalta gegen diese Pläne und legten auch auf der Konferenz selbst Protest ein, aber zu diesem Zeitpunkt konnten sie kaum etwas dagegen unternehmen. Die Wirklichkeit wurde von massiven sowjetischen Besatzungstruppen und einer sowjetfreundlichen polnischen Marionettenregierung bestimmt, die im Sommer 1944 im ostpolnischen Lublin gebildet worden war. Die «Lubliner Polen» bestritten die Legitimität der polnischen Exilregierung in London und stellten als Hilfstruppe der Roten Armee sogar eine eigene Armee auf. Die nichtkommunistischen Polen im Innern des Landes waren durch die erbarmungslose Unterdrückung des Warschauer Aufstands durch die Deutschen im Sommer 1944 stark geschwächt. Churchill und der schwerkranke Roosevelt mussten erkennen, dass Stalin mit seinem slawischen Bruderland (das seit Jahrhunderten Russlands Erzfeind war) machen konnte, was er wollte.

Als die Rote Armee im Januar 1945 auf den Boden des Grossdeutschen Reiches vorsties, hatte die deutsche Zivilbevölkerung also nicht nur Vergewaltigung und Zerstörung zu fürchten, sondern auch die längerfristigen Absichten der Russen (und, wie sich bald herausstellte, auch der Polen und Tschechen). Diese Absichten betrafen das, was man damals «Bevölke-

rungsaustausch» nannte und später brutaler und ehrlicher als «ethnische Säuberung» bezeichnete.

Die Massenvertreibung von Deutschen, die kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann, war nicht die erste derartige Katastrophe im 20. Jahrhundert. Während des Ersten Weltkriegs und der nachfolgenden Periode der gewaltsamen Auflösung hatte das Osmanische Reich, das jahrhundertlang ein Flickenteppich aus zumeist friedlich zusammenlebenden Völkern und Religionen gewesen war, Massaker und innere Vernichtungskriege von verheerendem Ausmass erlebt. Das bekannteste Beispiel war die staatlich unterstützte Vertreibung und Ermordung der christlichen armenischen Volksgruppe, die zwischen 300'000 (nach türkischen Angaben) und 1,5 Millionen (nach armenischen Angaben) Todesopfer forderte. Hitler soll 1939 mit Blick auf die beabsichtigte brutale Behandlung der polnischen Bevölkerung erklärt haben: «Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?»¹⁹

Aber es gab noch einen zweiten Präzedenzfall. Die andere grosse christliche Minderheit im türkischen Herrschaftsbereich waren die rund 1,5 Millionen osmanischen Griechen, die überwiegend in der Nähe der Westküste Anatoliens lebten, wo sie seit 1'000 v. Chr. siedelten. Auch in Istanbul – dem einstigen Konstantinopel, der Hauptstadt des griechisch-byzantinischen Reichs –, an der Schwarzmeerküste und in der östlichen Provinz Kappadokien, wo die alteingesessene, isoliert lebende griechische Bevölkerung mittlerweile eine Art türkischen Dialekt sprach, lebten zahlreiche Griechen.

Das Problem der christlichen Griechen in Anatolien hatte seit der Wende zum 20. Jahrhundert geschwelt, erreichte den kritischen Punkt aber erst nach dem Ersten Weltkrieg, als die Türkei, während das Osmanische Reich rasch zerfiel, der Gnade ihrer regionalen Rivalen ausgeliefert zu sein schien. Griechenland ergriff als einer der Sieger des Ersten Weltkriegs die Gelegenheit und liess seine Truppen in Smyrna landen, der grössten Stadt an der türkischen Westküste und einem glanzvollen Handelszentrum mit

einer grossen, lautstark nationalistischen griechischen Bevölkerungsgruppe, die aber auch Türken, Armenier und andere Nationalitäten zu ihren Einwohnern zählte, ebenso Tausende von französischen, britischen und amerikanischen Geschäftsleuten mit ihren Familien.

Vom Kriegsausgang ermutigt, gingen die Griechen daran, eine seit Langem gehegte Vorstellung zu verwirklichen, die *Megali Idea* (Grosse Idee), die Wiedererlangung aller historischen Gebiete des Landes, einschliesslich Konstantinopel. Bald begannen sie Vorstösse tief ins türkisch dominierte Landesinnere zu unternehmen und die nichtgriechische Bevölkerung zu terrorisieren. Es entbrannte ein Krieg zwischen Griechen und Türken, den Letztere unter der Führung ihres grossen Nationalhelden Mustafa Kemal, der später den Ehrentiteln Kemal Atatürk erhielt, mit einem ebenso blutigen wie endgültigen Sieg für sich entschieden. Viele Tausend Griechen wurden hingemordet oder flohen (wobei hinzugefügt werden sollte, dass griechische Armee- und Milizeinheiten bei ihren Vorstössen ihrerseits unschuldige Türken abgeschlachtet und ganze Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt hatten). Die griechischen Truppen waren gezwungen, aus Anatolien abzurücken, und am 9. September 1922 kam es zu einem der furchtbarsten Ereignisse des frühen 20. Jahrhunderts, als türkische Soldaten und Freibeuter die stolze, uralte Stadt Smyrna verwüsteten und dann in Brand steckten.²⁰

Der amerikanische Konsul George Horton, der sich auf dem Höhepunkt des Aufruhrs auf ein wartendes Schiff retten konnte, sah, während er sich zwischen den türkischen Soldaten auf dem Kai hindurchdrängte, mit eigenen Augen, wie schrecklich das Gemetzel gewesen war. «Dann machten sie [die türkischen Soldaten] den Weg frei ... und wir eilten an ihnen vorbei in Sicherheit», berichtete er. «Unter den vielen Leichen, die wir sahen, waren Männer, Frauen und Kinder, die erschossen worden waren, Leichen, die in schrecklich verrenkten Stellungen erstarrt waren und auf deren Gesichtern sich unerträglicher Schmerz widerspiegelte.» Was er empfand, als er auf einem sicheren amerikanischen Kriegsschiff von der brennenden Stadt fortfuhr, beschrieb Horton später so:

«Während der Zerstörer die entsetzliche Szenerie hinter sich liess und die Dunkelheit hereinbrach, wurden die Flammen, die inzwischen ein riesiges Gebiet erfasst hatten, immer heller und boten ein Bild von schrecklicher, unheimlicher Schönheit... nichts fehlte an Gräueln, Grausamkeit, Gier und all der Wut menschlicher Leidenschaften, welche, wenn ihr freier Lauf gelassen wird, die menschliche Rasse auf eine Stufe noch unterhalb des bösesten, grausamsten Tiers sinken lässt ... einer der stärksten Eindrücke, die ich aus Smyrna mitgenommen habe, war ein Gefühl der Scham, dass ich der menschlichen Rasse angehöre ...»²¹

Auch wenn sie häufig unaussprechlich grausam handelten, war das Verhalten der Türken in Anatolien wie gut zwanzig Jahre später dasjenige der Russen in Deutschland zwar brutal, rücksichtslos und auf individueller Ebene mörderisch, aber genau genommen nicht genozidal. Sie zielten darauf ab, die Griechen, die in ihren Augen zu ehrgeizig und zu reich, zudem ungläubig und illoyal waren, zum Weggehen zu bewegen, und die Gewalttätigkeit war nicht nur dem üblichen opportunistischen, sadistischen und rachsüchtigen Verhalten undisziplinierter Soldaten zuzuschreiben, sondern entsprach zum grossen Teil einer kaltblütigen Strategie, durch die dies erreicht werden sollte.

Kemal gab seinem Gefolge gegenüber offen zu, dass er die Zerstörung der kosmopolitischen (und überwiegend christlichen) Stadt als Teil einer «Reinigung» betrachtete, durch die zumindest die Ruinen der Stadt ihren «wahren, edlen türkischen Einwohnern» zurückgegeben würden.²² Tausende von anatolischen Griechen starben, aber Zehn- und Hunderttausende flohen aus eigenem Antrieb auf die nahegelegenen griechischen Inseln. Andere, die überlebten, harrten unter furchtbaren Umständen als Opfer ständiger Belästigung und Gewalt aus, bis über ihr Schicksal entschieden wurde.

Die unerträgliche Situation in Anatolien wurde im Juli 1923 schliesslich durch den Lausanner Vertrag geregelt. Er sah einen zwangsweisen Bevölkerungsaustausch vor, durch den die überlebenden 1,2 bis 1,5 Millionen anatolischen Griechen nach Griechenland und die rund 400'000, häufig

griechischsprachigen Moslems, die in Nordgriechenland und auf den griechischen Inseln (vor allem auf Kreta und Lesbos) lebten, in die Türkei umgesiedelt werden sollten.

In den östlichsten Provinzen Deutschlands war die Lage 1944/45 nicht viel anders. Auch hier fand eine doppelte Vertreibung statt: Die polnischsprachigen Einwohner der 1939 von den Sowjets annektierten und 1944 zurückeroberten Gebiete mussten ihre Heimat verlassen und sollten, ähnlich wie beim Austausch von griechischen Moslems und anatolischen Griechen, in die einst vom «Feind» bewohnten Höfe, Dörfer und Städte einziehen. Den anatolischen Griechen – die häufig kaum Griechisch konnten oder, wenn sie es taten, dann mit unverständlichem Provinzdialekt – waren Häuser in früheren moslemischen Gegenden Griechenlands angeboten worden, während die türkischen Behörden griechischsprachigen Moslems aus Kreta frühere Häuser christlicher Griechen in Smyrna oder Ayvalik zugewiesen hatten. Ein Vierteljahrhundert später wurden die entwurzelten Ostpolen angewiesen, sich in ehemaligen deutschen Gebieten niederzulassen, während gleichzeitig die vertriebenen Deutschen, vor Terror, Vergewaltigung und Brutalität fliehend, nach Westen ziehen mussten, wo ihre Landsleute im kleiner gewordenen Deutschland sie aufnehmen sollten.

Die betroffenen Griechen und Türken erlebten den sogenannten Bevölkerungsaustausch gemäss dem Lausanner Vertrag als wilden, bedrückenden Vorgang, aber in den Augen ihrer Zeitgenossen stellte er eine «erfolgreiche» Lösung des Problems dar. Und er war von der Weltgemeinschaft sanktioniert worden. Als in den letzten Kriegsjahren ähnliche Vorschläge für die Behandlung Deutschlands und der Bevölkerung seiner östlichsten Provinzen ins Gespräch gebracht wurden, stürzte man sich, angesichts von Stalins Absicht, Ostpolen zu behalten, geradezu auf Lausanne. Es diente als «respektables» Vorbild dafür, wie man unter Wahrung einer Fassade der Legitimität ein Viertel des deutschen Territoriums abtrennen und mit rund zehn Millionen Menschen einen bedeutenden Teil der Vorkriegsbevölkerung des Landes heimatlos machen konnte.

Im Februar 1945 befanden sich die grossen historischen Städte Ostdeutschlands entweder in russischer Hand oder wurden – wie im Fall von Königsberg (Vorkriegsbevölkerung: 300'000 Einwohner) und Breslau (650'000) – belagert. Die überlebenden Zivilisten und Soldaten wurden von fanatischen Gauleitern und Durchhaltegeneralen zu selbstmörderischen Verteidigungskämpfen gezwungen. Was die zweifellos heldenhafte Verteidigung Königsbergs betraf, gab es eine gewisse Rechtfertigung, denn so, wie einst Griechen und andere Christen im Hafen von Smyrna festgesessen hatten, waren die Kais der belagerten ostpreussischen Hauptstadt von Deutschen verstopft, die auf ein Schiff – irgendein Schiff – warteten, das sie über die winterliche Ostsee, die sich noch immer unter deutscher Kontrolle befand, nach Westen bringen konnte.

Mit einer Flotte von über tausend Kriegs- und Handelsschiffen gelang es, Zehntausende Flüchtlinge aus dem Hafen von Königsberg zu evakuieren. Es war gleichsam ein ostpreussisches Dünkirchen. Hunderttausende wurden im Januar 1945 aus dem schrumpfenden Streifen an der Ostseeküste gerettet, der sich noch in deutscher Hand befand. Es war eine erstaunliche Leistung, trotz der Versenkung des erheblich überladenen Kreuzfahrtschiffes *Wilhelm Gustloff* (benannt nach dem 1936 ermordeten Schweizer NS-Führer) durch ein sowjetisches U-Boot, bei der 8'000 Menschen, überwiegend Flüchtlinge, ums Leben kamen – mehr als bei jedem anderen Schiffsuntergang der Geschichte.²³

Im Gegensatz dazu band die verbissene Verteidigung von Breslau – einer historischen, im Binnenland gelegenen und unverkennbar nicht zu haltenden Stadt – zwar einige sowjetische Regimenter, war ansonsten aber völlig sinnlos. Treibende Kraft des aussichtslosen Widerstands, dessen Folgen noch dadurch verschlimmert wurden, dass die Behörden eine umfassende Evakuierung der Zivilbevölkerung erst erlaubten, als es zu spät war, war der erst 42-jährige frühere Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Karl Hanke, ein übereifriger Fanatiker und, Gerüchten zufolge, Liebhaber von Goebbels' Frau Magda.²⁴

Seit Ende März wurden Jungen ab zehn und Mädchen ab zwölf Jahren und sogar schwangere Frauen von den NS-Betonköpfen zu Arbeitskolonnen eingezogen. Häufig mussten sie unter Beschuss arbeiten. Aus den Trümmern gesprengter Häuser wurden Bunker und Barrikaden errichtet, und ganze Strassen wurden dem Erdboden gleichgemacht, um freies Schussfeld zu haben. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung war enorm, besonders beim erzwungenen Bau eines zweiten Flugzeuglandeplatzes im Zentrum im März, um eine Versorgung der Stadt aus der Luft zu ermöglichen. Dafür wurden zwischen Kaiser- und Fürstenbrücke berühmte Strassen und Gebäude gesprengt oder niedergebrannt. Allein bei diesem einen Projekt sollen bis zu 13'000 Menschen ums Leben gekommen sein, und dies für eine Landebahn, die dann nur von einer Handvoll Flugzeugen benutzt wurde.²⁵

Trotz Frostwetter, das allein schon den Tod Tausender Menschen verursachte, trotz eines erbitterten Häuserkampfes, der mit dem Grauen von Stalingrad vergleichbar war, und trotz schwerer sowjetischer Luftangriffe hielten einige deutsche Einheiten bis in die letzten Kriegstage in Breslau aus. Gauleiter Hanke, seit Ende April Nachfolger des in Ungnade gefallenen Reichsführer SS Himmler, verschwand drei Tage vor Kriegsende aus Breslau, ironischerweise in einem der wenigen Flugzeuge, das von dem kaum benutzten zweiten Flugfeld startete, einem Leichtflugzeug. Sollte er gehofft haben, der Vergeltung zu entkommen, hatte er sich getäuscht: Sein Leben endete etwas mehr als einen Monat später in tschechischer Gefangenschaft, in die er als einfacher SS-Soldat verkleidet geraten war, entweder bei einem Fluchtversuch oder weil man ihn zu Tode prügelte.²⁶

Sowohl unter denjenigen, die vor den Russen flohen, als auch unter denjenigen, die sich ihnen entgegenstellten, gab es Fanatiker, aber die grosse Mehrheit der flüchtenden Deutschen war nur auf eines bedacht: zu überleben, ganz gleich, wie sehr sie sich einst für das NS-Regime begeistert hatten.

Nicht alle Einwohner der dem Untergang geweihten ostdeutschen Provinzen waren physisch und mental stark genug, um sich auf den Treck nach Westen zu begeben. Ein junger Wehrmachtssoldat, der Mitte Januar, zwei Tage bevor die Evakuierung der Zivilbevölkerung begann, zu einem Genesungsurlaub in seiner Heimatstadt Breslau eintraf, traf seine Familie in einem hoffnungslosen Zustand an. Trotz des Verbots der Behörden hatten viele Einwohner die Stadt bereits verlassen, während andere der Verzweiflung erlagen. Als der junge Soldat, Ulrich Frodien, gerade einmal 18 Jahre alt, die Wohnung eines Nachbarn im Wohnhaus seiner Eltern betrat, fand er dort die nebeneinanderhängenden Leichen des Mannes und seiner Haushälterin, Opfer eines grausigen Selbstmordpakts. Viele sollten ihnen auf diesem Weg folgen. Gegen Ende der bevorstehenden Belagerung schätzte ein örtlicher Pfarrer die Zahl der Selbstmorde auf 120 pro Tag.²⁷

Frodiens Mutter und Schwester hatten die Genehmigung, die Stadt zu verlassen, aber er selbst und sein Vater, der im Ersten Weltkrieg als Frontsoldat und am Anfang des Zweiten Weltkriegs als Stabsarzt gedient hatte, hatten Befehl zu bleiben. Die beiden beobachteten, wie die künftigen Verteidiger der Stadt eine Strassensperre errichteten, die nach ihrer Meinung jedoch niemanden aufhalten würde: Die russischen Panzer würden 15 Minuten brauchen, um sie zu überwinden – «14 Minuten, um sich ihre Bäuche vor Lachen zu halten, und eine Minute, um das Zeug wegzuschieben».²⁸ Ausserdem sahen sie Streife laufende Feldpolizisten, die angewiesen waren, Plünderer und mutmassliche Deserteure zu erschiessen. Frodien als gehfähiger Verwundeter hätte leicht, wenn auch fälschlicherweise, in die letztere Kategorie eingeordnet werden können.

Breslau war also kein sicherer Ort für Männer zwischen Schul- und Rentenalter. Deshalb heckten Frodien und sein Vater einen wilden Fluchtplan aus. Frodien senior zog seine fünf Jahre zuvor abgelegte Stabsarztuniform an, komplett mit Orden auf der Brust, und Ulrich wurde mit fleckigen Verbänden ausgestattet, die eine schwere Verwundung vermuten liessen. Sobald sie ihre Wohnung verlassen und sich auf den Weg zum Hauptbahn-

hof gemacht hatten, redete Frodien seinen Vater mit «Herr Hauptmann» an und verhielt sich ihm gegenüber entsprechend.

Selbst bei 18 Grad unter null war der Hauptbahnhof regelrecht belagert von Fluchtwilligen, denen der Zugang von bewaffneten Soldaten verwehrt wurde. Wie sich herausstellte, stand nur ein abgehender Zug auf dem Fahrplan, ein Lazarettzug. Frodiens Vater setzte sich kurzerhand an die Spitze einiger gehfähiger Verwundeter, denen er mit einem winzigen Lächeln für seinen Sohn befahl: «Antreten, Gepäck aufnehmen, in Reihe, rechts schwenkt, ohne Tritt, marsch ...» Nach diesem beeindruckenden Kommando führte er die humpelnden und hinkenden Landser, eine erschwindelte «Sondergenehmigung» schwenkend, durch den Militärkordon zu dem Lazarettzug.

Der Zug war von Verwundeten und Sterbenden überfüllt, die Luft hing voller übler Gerüche, und es sollte noch Stunden dauern, bis er endlich abfuhr. Aber Frodien und sein Vater befanden sich an Bord und damit auf dem Weg ins relativ sichere Prag, das bis zum letzten Kriegstag unter deutscher Kontrolle blieb. Auf der Strasse vor ihrem Wohnhaus hatte Frodien senior zu seinem Sohn gesagt: «Dreh dich nochmal um und sieh zurück, das ist etwas, was du in deinem ganzen Leben nie mehr sehen oder haben wirst, Heimat...» Er irrte sich, sein Sohn sollte Jahre später als Tourist zurückkehren. Aber in einem hatte er recht: Als deutsche Stadt würde sein Sohn Breslau nicht wiedersehen. Der ehemalige Stabsarzt war lange ein Anhänger der Nationalsozialisten gewesen und erst spät desillusioniert worden, dann aber gründlich.

Viele Breslauer blieben bis zum bitteren Ende, das am 6. Mai 1945 kam, um sechs Uhr abends, als der letzte deutsche Kommandant mit seinen Truppen förmlich kapitulierte und die Überreste der sogenannten Festungsstadt der nicht besonders weit reichenden Gnade der Roten Armee übergab. Vergewaltigungen und Plünderungen folgten auf dem Fusse. Nach dem 7. Mai wurde ein grosser Teil des halbwegs intakt gebliebenen architektonischen Erbes der Stadt gebrandschatzt (was man später fälschlicherweise als

Folge der Belagerung betrachten sollte). Zu den unschätzbaren kulturellen Werten, die ein Opfer der Flammen wurden, gehörten die Universitätsbibliothek und das Museum am Schlossplatz. Um die Nahrungsmitteldepots in der Sternstrasse entbrannten erbitterte Kämpfe zwischen rivalisierenden sowjetischen Einheiten.²⁹

Als der Krieg am 8. Mai offiziell zu Ende ging, war Breslau eine chaotische Ansammlung von Ruinen. Kaum beachtet und umso bedenklicher war für die verbliebenen deutschen Einwohner, erschöpft, desillusioniert und kriegsmüde, wie sie waren, ein Ereignis am nächsten Tag: die Ankunft von 13 Vertretern der von den Russen eingesetzten, wenn auch noch nicht anerkannten polnischen Regierung, die in einem der unzerstörten Häuser im Zentrum Quartier bezogen. Zu ihnen gesellten sich bald weitere Amtsträger, einschliesslich Mitarbeiter der neuen, mit sowjetischer Unterstützung aufgebauten Geheimpolizei, dem Amt für Öffentliche Sicherheit (UB).

Bei Kriegsende befanden sich als einzige Polen einige Zwangsarbeiter und Dienstkräfte in der Stadt. Dies änderte sich bald. Im Juni wurde das erste polnische Kind in Breslau geboren, heiratete das erste polnische Paar nach polnischem Recht, und die erste polnische Zeitung erschien. Schon bevor die Alliierten über das Schicksal der Stadt entschieden hatten, hatte sich die im Aufbau befindliche polnische Nachkriegsregierung eine Machtstellung gesichert, die ihr zu diesem Zeitpunkt nach dem Völkerrecht in keiner Weise zustand.

Die Lage war indes derart verwirrend, dass in den ersten Friedenswochen sogar viele Deutsche in ihre Heimatstadt Breslau zurückkehrten. Immerhin war die Situation, wenn auch chaotisch und gefährlich, nicht schlechter als anderswo im besetzten Deutschland, insbesondere östlich der Elbe, wo die Sowjets das Sagen hatten. Trotz der anfänglichen Flucht und Vertreibung vieler Deutscher lebten im Frühsommer immer noch 150'000 in der Stadt.

Die meisten konnten nicht glauben, dass eine Grossstadt des Reichs, in der die deutsche Kultur und Sprache seit dem Mittelalter dominiert hatten und im 19. Jahrhundert der polnische Bevölkerungsteil nur eine sehr kleine Minderheit gewesen war, einfach von seinen Einwohnern entleert werden

könnte. Und diejenigen, die bereits geflohen waren, nahmen an, dass sie irgendwann nach dem Krieg, wenn sich die Lage beruhigt hatte, zurückkehren und an ihr früheres Leben anknüpfen könnten. So war es über die Jahrhunderte hinweg nach vielen Kriegen gewesen, ganz gleich, wie erbittert sie geführt worden waren. Aber der Zweite Weltkrieg war von Anfang an – als sich die Deutschen im Vorteil befunden und alle Konventionen missachtet hatten – kein Krieg wie alle anderen gewesen, und nun, da das Reich am Boden lag, würden die Alliierten bei der Entscheidung über die territorialen und menschlichen Konsequenzen des Sieges ihrerseits das Regelbuch beiseitelegen.

Viele der gegen Kriegsende von den vor dem Sieg stehenden Alliierten diskutierten Pläne sahen die Oder und die Glatzer Neiße als neue deutsche Ostgrenze vor. Dies hätte zwar den Verlust von Hinterpommern und Ostpreussen sowie eines Teils von Schlesien bedeutet, aber ein grosser Teil Schlesiens, einschliesslich Breslau – abgesehen von den östlichen Vororten, die polnisch geworden wären –, hätte weiterhin zu Deutschland gehört. Doch dies alles sollte sich auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 ändern.

Die grosse Nachkriegskonferenz der Alliierten hätte auch in Berlin selbst stattfinden können anstatt an dessen Rand – immerhin wäre es ein symbolträchtiger Ort gewesen –, aber die deutsche Hauptstadt war derart zerstört, dass es keine Gebäude gab, in denen die alliierten Staatsmänner, ihre Berater und sonstigen Begleiter angemessen hätten untergebracht werden können. Deshalb richteten die Mitarbeiter des NKWD und des sowjetischen Aussenministeriums, die mit der Organisation der zum Siegetreffen gewordenen Zusammenkunft beauftragt waren, ihr Augenmerk auf die relativ unzerstörten südwestlichen Vororte Berlins und wählten schliesslich Potsdam aus. Genauer gesagt, fanden sie am Rand der Stadt in der Nähe der berühmten UFA-Filmstudios in Babelsberg einige Luxusvillen, die sich überwiegend im Besitz deutscher Filmprominenz befanden und für die Unterbringung der alliierten Delegationen requiriert wurden.

Als Konferenzgebäude eignete sich ein ehemaliges Schloss des letzten deutschen Kronprinzen, der Cecilienhof, neben dem Marmorpalais Friedrich Wilhelms II. und einigen anderen Gebäuden im idyllischen, gut hundert Hektar grossen Neuen Garten am Ufer des Heiligen Sees gelegen.³⁰

Potsdam, die ehemalige Residenzstadt der preussischen Kurfürsten und Könige und nach 1871 der preussischen Könige, die gleichzeitig deutsche Kaiser waren, war gleichsam das Versailles Berlins. Es beherbergte viele schöne Gebäude, vor allem das Lustschloss Friedrichs des Grossen, Sanssouci, das jedoch den Krieg nicht unbeschadet überstanden hatte. In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1945 hatten fünfhundert Lancaster des britischen Bomberkommandos bei einem der letzten grossen Luftangriffe des Krieges, der vorgeblich gegen Truppenkonzentrationen und den Bahnhof gerichtet war, das bisher unversehrte historische Zentrum der Stadt zerstört. Ausserdem fanden bei diesem Angriff nach einer halbwegs verlässlichen Schätzung 1'800 Zivilisten den Tod.³¹

Knapp zwei Wochen später nahm die Rote Armee Potsdam ein, wobei weitere 1'200 Menschen ums Leben kamen und schwerer Artilleriebeschuss die Bausubstanz der Stadt weiter zerstörte. Die Villen in Babelsberg und Schloss Cecilienhof dagegen blieben verschont. Das angeblich nach dem Vorbild eines grossen Landhauses bei Liverpool entworfene und zwischen 1913 und 1917 im Tudorstil erbaute Herrenhaus war modern und bequem und verfügte über 176 Zimmer. Der Ex-Kronprinz und seine Frau Cecilie, geborene Prinzessin von Mecklenburg, nach der es benannt worden war, hatten es bis zum Februar 1945 bewohnt. Beim Eintreffen der Roten Armee befand es sich mehr oder weniger in dem Zustand, in dem sie es verlassen hatten.

Am 17. Juli nahmen die Staats- beziehungsweise Regierungschefs der drei siegreichen Nationen (Frankreich war nicht eingeladen) an einem im staatlichen Moskauer Möbelkonzern Lux hergestellten grossen, runden Tisch Platz, um letzte Hand an die Nachkriegsregelungen zu legen. US-Präsident Truman und der britische Premierminister Churchill waren auf

ihrem Weg zum Cecilienhof durch die Berliner Ruinenlandschaft gefahren, welche die Sowjets in den vorangegangenen Wochen mit Propagandatafeln geschmückt hatten, auf denen unter anderem riesige Porträts von Marx, Engels, Lenin und natürlich Stalin prangten. Die Durchgangsstraßen wimmelten von sowjetischen Soldaten. Obwohl zehn Tage zuvor britischen und amerikanischen Einheiten verspätet gestattet worden war, in der Hauptstadt Quartier zu beziehen, wie es in Jalta vereinbart worden war, konnte kein Zweifel daran bestehen, wer in Berlin das Heft in der Hand hatte.

Was dort in den nächsten 16 Tagen beschlossen wurde, waren für Deutschland generell keine guten Nachrichten. Besonders schlimm fielen sie aber für jene Deutschen aus, die sich an ihre Heimat in den Ostprovinzen des Landes klammerten. Die Alliierten einigten sich auf die «fünf D» (Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung), durch die Deutschland nach ihrem Willen für immer das Potenzial genommen werden sollte, einen Angriffskrieg zu führen. Ferner vereinbarten sie, die deutsche Rüstungsindustrie zu zerschlagen, und auch in der Reparationsfrage wurde Einigkeit erzielt, wobei der Sowjetunion mit Rücksicht auf das besondere Leid, das ihr von deutscher Seite zugefügt worden war, ein beträchtlicher Anteil der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion sowohl ihrer eigenen als auch der Besatzungszonen der Westalliierten zugebilligt wurde. Für die deutschen Bewohner der Ostprovinzen am wichtigsten war jedoch die formelle Einigung auf die Abtrennung von rund einem Viertel des deutschen Staatsgebiets – das zu verlassen die nach Millionen zählende angestammte deutsche Bevölkerung gezwungen werden sollte.

Am Anfang der Verhandlungen bestand Churchill noch darauf, diese Gebiete nicht den Polen zu übergeben. Seine Landsleute, erklärte er, würde eine derart umfangreiche Bevölkerungsumsiedlung «vor den Kopf stoßen». Sie ginge «weit über das hinaus», was er vertreten könne. Dann fuhr er, seinem eigenen Bericht zufolge, fort:

«Die Entschädigung müsse in einem vernünftigen Verhältnis zum Verlust stehen. Es werde den Polen keinen Nutzen bringen, wenn sie sich so grosse zusätzliche Räume aneigneten. Sollten wirklich alle Deutschen davongelaufen sein, müsse man ihnen erlauben, zurückzukommen. Die Polen hätten kein Recht, Deutschland der Katastrophe einer Hungersnot auszusetzen, und wir nicht den geringsten Wunsch, uns mit einem überfüllten Rumpfdeutschland belastet zu sehen, das von seiner Ernährungsbasis abgeschnitten sei. Wenn wir für die Bevölkerung des Ruhrgebiets, das sich in unserer Zone befand, nicht genügend Lebensmittel hätten, würden sich dort Verhältnisse wie in den deutschen Konzentrationslagern herausbilden.»³²

Diese Worte erwiesen sich, vielleicht unvermeidlicherweise, als leer. Wenige Tage später stand fest, dass die Konservative Partei die Wahl in Grossbritannien verloren hatte, weshalb Churchill die Konferenz verlassen und nach Hause fliegen musste, um seinen Rücktritt einzureichen. Am 28. Juli übernahmen sein Nachfolger, Labour-Führer Clement Attlee, und der neue Aussenminister, Ernest Bevin, seinen und Anthony Edens Platz am Verhandlungstisch in Potsdam. Doch ihnen blieb kaum Zeit, auf der Konferenz deutliche Zeichen zu setzen.

Die Westalliierten, insbesondere die Amerikaner, hätten in Potsdam vielleicht mehr erreichen können. Am 25. Juli, einen Tag vor Churchills Abreise, hatte Truman Stalin mitgeteilt, dass die USA über eine «neue Bombe von unerhörter Sprengkraft» verfügten – die Atombombe. Stalin reagierte gelassen (er wusste durch seine Spione bereits Bescheid).

Gleichwohl stimmten die Amerikaner, die anfangs Churchills Ansicht geteilt hatten, am letzten Tag des Monats der Grenzziehung an der Lausitzer Neisse zu, was bedeutete, dass Breslau zu Polen gehören würde. Die Briten, die von anderen dringenden Angelegenheiten beansprucht wurden, wie der Verteidigung ihrer Stellung am Rhein, legten keinen Widerspruch ein.³³ Die Umsiedlung der Deutschen aus dem unter «Verwaltung des polnischen Staates» gestellten Gebiet sollte, wie der «Bevölkerungsaus-

tausch» anderswo, theoretisch in «ordnungsgemässer und humaner Weise» in einem Zeitraum bis zum August 1946 durchgeführt werden.³⁴ Da die Besetzung Ostdeutschlands zuvor jedoch kaum «ordnungsgemäss und human» verlaufen war, dürften die meisten nicht erwartet haben, dass sich dies in Zukunft ändern würde. Sie sollten recht behalten.

Letztlich waren fast zehn Millionen Deutsche gezwungen, die durch das Potsdamer Abkommen Polen zugeschlagenen Gebiete zu verlassen. Seit der Mitte des Winters rollte eine riesige, scheinbar endlose Welle verängstigter Flüchtlinge – überwiegend Frauen, Kinder und Alte – über die Landstrassen in Ostdeutschland. In der Hand und auf dem Rücken trugen sie Erbstücke und sonstigen Besitz. Wenn sie Glück hatten, besaßen sie einen Handkarren oder sogar, wenn sie zu den besonders Glücklichen gehörten, einen Pferdewagen. Bis sie die von den Westalliierten besetzten Gebiete in Mittel- und Westdeutschland erreichten, waren sie zu keinem Zeitpunkt in Sicherheit, sondern stets in Gefahr, von sowjetischen Vorhuteneinheiten eingeholt zu werden, in Kampfhandlungen zu geraten oder alliierten Luftangriffen zum Opfer zu fallen.

Mitte Februar kam eine unbekannte Zahl von westwärts ziehenden Flüchtlingen bei dem Luftangriff auf Dresden ums Leben. Ein anderer berühmter, aber weniger bekannter Fall ereignete sich in Swinemünde (Swinoujście), wo am 12. März 1945 auf Tausende von Flüchtlingen, die an der Oder auf die Fähre warteten, ein wahrer Regen von amerikanischen Bomben niederging. Eigentliches Ziel des von den Sowjets angeforderten Angriffs waren die im Hafen der Stadt liegenden deutschen Kriegsschiffe. Man hat die Zahl der Opfer früher auf 23'000 geschätzt, weshalb der Angriff auch als «Dresden des Nordens» bezeichnet wurde. Tatsächlich lag die Zahl, wie man heute annimmt, eher bei vier- bis fünftausend. Dennoch bleibt der Angriff ein unheimliches Beispiel dafür, wie sehr diese schutzlosen Flüchtlinge den Unwägbarkeiten des modernen totalen Krieges ausgesetzt waren.³⁵

Bis zum Frühjahr hatte sich die Flüchtlingswelle in einen gewaltigen, unkontrollierbaren reissenden Strom verwandelt, der nach Kriegsende weiter answoll, denn nun hatten die zuvor unterdrückten Völker Mitteleuropas Gelegenheit, Rache zu nehmen. Für viele bedeutete der Frieden nicht das Ende, sondern den Anfang der Gewalt. In Breslau begann die «ethnische Säuberung» mit ersten ungenehmigten Vertreibungen Anfang Juli 1945, lange bevor die Siegermächte sich auf den neuen Grenzverlauf geeinigt und die polnische Verwaltung der Stadt formell anerkannt hatten.³⁶

Nach der förmlichen Übergabe Breslaus an Polen kam die «Säuberung» richtig in Gang. Im Lauf des Sommers trafen Tausende von Polen, die das von Stalin vereinnahmte ehemals polnische Territorium hatten verlassen müssen, in den früheren deutschen Gebieten ein. Diese von Wut erfüllten, verwirrten und von einem grausamen Zwischenspiel sowjetischer Herrschaft sowie der nachfolgenden deutschen Besetzung brutalisierten Neuankömmlinge waren zumeist keine Städter, sondern Bauern und Landbewohner. Nicht nur wollten sie nicht in dieser deutschen Stadt sein, sie wussten auch nicht, wie man an einem solchen Ort lebte.

Über Monate hinweg war Breslau erheblich überbevölkert, mit der Folge, dass Deutsche aus ihren Wohnungen geworfen wurden, um für Neuankömmlinge Platz zu schaffen. Sie mussten sich häufig mit einer oder zwei anderen Familien eine Wohnung teilen, die nur für eine Familie gedacht war. Berichten zufolge sah man Deutsche, die in bewusster Nachahmung der nationalsozialistischen Stigmatisierung der Juden Armbinden mit dem Buchstaben N trugen – N für *Niemiec*, Deutscher. Deutsche erhielten nur ein Drittel bis zur Hälfte der allgemeinen Lebensmittelrationen, und wenn sie ihre Kinder gegen Typhus, Diphtherie und andere von Überbevölkerung und Elend verursachte Krankheiten, die jetzt um sich griffen, impfen lassen wollten, kostete es sie hundert Zloty (die sie zu einem extrem hohen Kurs gegenüber der Reichsmark eintauschen mussten) – Polen wurden kostenlos geimpft.³⁷ Bat man sie um Gnade, konnten Russen und Polen, was sie auch taten, auf die Hungerrationen und die mörderische Verwahrlosung

verweisen, die sie zuvor während der deutschen Besetzung ihrer Länder erlebt hatten.

Daher folgte der ersten Welle deutscher Flüchtlinge, die vor der Roten Armee geflohen waren, im ersten Nachkriegssommer eine zweite Welle von denjenigen, die geblieben, nun aber gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen. Ende 1945 waren in Breslau (das fortan Wroclaw hiess) 33'297 Polen gemeldet, gegenüber mehr als fünfmal so vielen Deutschen. Im Herbst des folgenden Jahres war die polnische Bevölkerung auf 152'898 Personen angewachsen, während nur noch 28'274 Deutsche in der Stadt lebten.³⁸

So schlimm die Gräueltaten in den ostdeutschen Städten waren, im Sudetenland – jenem Grenzgebiet der Tschechoslowakei, das seit Jahrhunderten von Deutschen besiedelt war und bis 1918 zum Habsburger Vielvölkerstaat gehört hatte, bevor es zwanzig Jahre Teil des tschechoslowakischen Staates und dann sechseinhalb Jahre ins Grossdeutsche Reich eingegliedert war – waren sie unvorstellbar.

Im Unterschied zu den Bewohnern von Breslau, Königsberg oder Stettin waren die Deutschen im Sudetenland nur kurze Zeit «Reichsdeutsche» gewesen. Die Tschechen im westlichen Teil des Landes, wo schon immer die meisten Deutschen gelebt hatten, hatten jahrhundertlang neben ihnen gewohnt und manchmal in einem freundlichen, häufig aber in einem gespannten Verhältnis zu ihnen gestanden. Nun jedoch, nach sechseinhalb Jahren brutaler Unterdrückung durch das NS-Regime, verabscheuten viele, wenn nicht die meisten Tschechen ihre deutschen Landsleute und wollten sie nur noch loswerden.

«Wir hassten sie», erklärte eine Tschechin über ein halbes Jahrhundert später ohne Reue. «Menschen, die die Konzentrationslager überlebt hatten, kamen heim und erzählten, was ihnen geschehen war. Tatsache ist, dass die Leute die Deutschen hassten, aus tiefem Herzen so sehr hassten, dass eine spontane Reaktion erfolgte, und man war der Ansicht, dass sie, wenn sie das Dritte Reich so sehr mochten, doch dorthin gehen sollten.»³⁹ Aber vorher wollte man Rache nehmen, wie ein tschechischer Augenzeuge –

selbst Mitglied einer der improvisierten Milizen, die nach der Befreiung überall entstanden – berichtete:

«Als ich mit meiner Einheit der Revolutionsgarde marschierte, erlebte ich etwas Furchtbares. In einer Stadt zogen Zivilisten einen Deutschen auf die Strasse und zündeten ihn mitten auf einer Kreuzung an. Dieses Erlebnis verfolgt mich bis heute. Ich konnte nichts tun, denn wenn ich etwas gesagt hätte, wäre ich ebenfalls angegriffen worden. Die Menge war völlig fanatisch. Der Mensch brannte eine halbe Stunde. Dann kam ein Soldat der Roten Armee und hat ihn erschossen. Er hat ihm den Gnadenschuss gegeben.»⁴⁰

Zyniker wiesen darauf hin, dass einige der gewalttätigsten und anscheinend rachsüchtigsten «Widerstandskämpfer», die sich an den Gräueln beteiligten, selbst eine dunkle Vergangenheit hatten. So erklärte ein damaliger Mitarbeiter des tschechischen Nationalrats: «Einige wollten verbergen, dass sie vorher mit der Gestapo kollaboriert hatten. Sie steckten sich jetzt einfach rote Sterne an und waren bei den Ausschreitungen tonangebend.»⁴¹ Ausserdem scheint es zuzutreffen, dass die schlimmsten Gewalttätigkeiten gegen Sudetendeutsche zum grössten Teil nicht von deren tschechischen Nachbarn begangen wurden, sondern von Tschechen, die im Gefolge der sowjetischen und amerikanischen Truppen ins Sudetenland gekommen waren.⁴²

Nur wenige Wochen nach Kriegsende wurde ein Munitionsdepot in der überwiegend von Deutschen bewohnten Industriestadt Aussig (Üsti nad Labern), einem der vielen Orte, an denen Sudetendeutsche vor der geplanten Vertreibung als Zwangsarbeiter festgehalten wurden, von einer gewaltigen Explosion erschüttert, bei der *71* Arbeiter starben. Anschliessend ging das Gerücht um, es habe sich um einen Sabotageakt einer deutschen Werwolf-Gruppe gehandelt. Daraufhin wurden bis zu hundert Sudetendeutsche – die an weissen Armbinden, die sie Berichten zufolge tragen mussten, leicht zu erkennen waren – von einem aufgebrachten tschechischen Mob getötet. Die meisten wurden erschlagen und mit Bajonetten erstochen, andere über die Brücke im Stadtzentrum in die Elbe geworfen

oder in einem Feuerwehrtuch ertränkt.⁴³ Nach einer «Untersuchung» der Explosion verkündete der tschechoslowakische Verteidigungsminister (und spätere Staatspräsident) Ludvik Svoboda:

«Es ist notwendig, ein- für allemal mit der fünften Kolonne abzurechnen, und wir können uns dabei die Sowjetunion zum Vorbild nehmen, die die Einzige war, die dies im Krieg sicher erledigte: Als Beispiel führe ich den Fall der deutschen Wolga-Republik an, wo eines Nachts einige Dutzend deutsche Fallschirmjäger abgeworfen wurden. Als alle von den dortigen Deutschen versteckt und auf eindringliche Aufrufe der Roten Armee nicht ausgeliefert worden waren, kam es dahin, dass diese deutsche Wolga-Republik 48 Stunden nach der letzten Aufforderung aufhörte zu existieren und niemals mehr existieren wird.»⁴⁴

Gewiss gab es im tschechoslowakischen Grenzland wie in Schlesien, wo es in den ersten Nachkriegsmonaten ebenfalls häufig zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen und zu Vertreibungen kam, einige deutsche Guerillaaktionen nach Werwolf-Art. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass tatsächlich immer eine Werwolf-Gruppe dahintersteckte. Das Unglück in Aussig scheint jedenfalls eher auf Nachlässigkeit zurückzuführen zu sein. Der Zweck von Äusserungen wie denjenigen von Svoboda, die sich angejahrter Lügen aus dem stalinistischen Propagandarepertoire bedienen, war unverkennbar: Man wollte so viele Vorwände wie möglich finden, um die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat zu rechtfertigen, ganz gleich, wie zynisch sie waren.

Im vorangegangenen Winter hatten sich die Flüchtlinge aus Ostpreussen und Schlesien verzweifelt durch Schnee und Eis geschleppt, um den sowjetischen Panzerspitzen zu entkommen. Sie wussten, dass sie Mord, Vergewaltigung und Raub zu erwarten hatten, wenn sie von ihnen eingeholt werden sollten. Ihre Vettern im Sudetenland hatten im glühend heissen Mai 1945 weniger unter Ausschreitungen von Rotarmisten zu lei-

den – zumal die westlichen Bezirke überwiegend von den Amerikanern besetzt waren – als unter tschechischen «Revolutionsgarden», die nicht nur ihr Mütchen kühlen und Rache nehmen, sondern die Deutschen aus dem Land vertreiben wollten. Häufig baten Deutsche sogar die Sowjets um Hilfe gegen die Tschechen. Ihre Angst war: «Wenn die Rote Armee abzieht, ist es aus mit uns!»⁴⁵

Drei Wochen nach Kriegsende, am 29. Mai 1945, forderte die Revolutionsgarde in Brünn (Brno), dem historischen Zentrum Mährens, die verbliebenen deutschsprachigen Einwohner auf, sich am nächsten Morgen nur mit Handgepäck im Garten des alten Augustinerklosters einzufinden. Zu diesem Zeitpunkt bildeten Deutsche ein Zehntel der 250'000 Einwohner von Brünn (im vorangegangenen Jahr hatte die Stadt noch rund 60'000 deutsche Einwohner gezählt, von denen aber mehr als die Hälfte kurz vor Kriegsende geflohen war).

Um sechs Uhr morgens fanden sich die deutschen Brünnler, wie gefordert, am angegebenen Ort ein und warteten darauf, was die tschechischen Milizionäre mit ihnen vorhatten. Wenig später, als die Sonne aufging – es sollte ein brütend heisser Maitag werden –, setzte sich der lange Zug der Deutschen beim Klang der Kirchenglocken, die zur Feier von Fronleichnam läuteten, in Bewegung. Das Ziel, so hatte man den Menschen gesagt, war die österreichische Grenze. Was die bewaffneten Milizionäre damit meinten, war klar: Die deutschen Einwohner Brünns verliessen die Stadt, um nie wieder zurückzukehren.

Von bewaffneten Revolutionsgardisten begleitet, trotteten die Deutschen aus der Stadt hinaus und marschierten südwärts auf der Landstrasse, die zur rund fünfzig Kilometer entfernten österreichischen Grenze führte. Bis an den Stadtrand schauten Tschechen, die einst ihre Mitbürger gewesen waren, jetzt aber Beifall klatschten und mit allem, was ihnen in die Hände kam, nach ihnen warfen, ihrem Auszug zu. Der Tag wurde immer heisser. Am späten Vormittag wurden die Vertriebenen, die weder Wasser

noch Essen erhielten, langsamer, bis die Ersten stolperten und schliesslich stürzten. Um sie zum Weitergehen anzutreiben, wurden sie mit Gewehrkolben geschlagen. Wer nicht mehr konnte, wurde in der Regel erschossen.

Josef Kratochvil, ein Offizier der tschechoslowakischen Armee, der an diesem Morgen zusammen mit seinem Bruder, einem Arzt, mit einem Motorrad unterwegs war, wurde Augenzeuge des schrecklichen Geschehens, das als «Todesmarsch von Brünn» in die Geschichte einging. «Tote alte Männer, Frauen und Kinder im Strassengraben, vergewaltigte Frauen», berichteten die Brüder anschliessend. Sie intervenierten, wo sie konnten, aber sie konnten nicht überall zugleich sein. Nachdem sie am Nachmittag in die Stadt zurückgekehrt waren, erstattete Josef Kratochvil seinem Kommandeur Bericht. Doch der gerade erst aus England heimgekehrte Major zuckte nur die Achseln. «Verlangen Sie von mir, gegen die verrückten Gardisten und Partisanen auf der Landstrasse nach Pohrlitz einen privaten Krieg zu führen?», fragte er Kratochvil und unternahm nichts.⁴⁶

Erst in der Kleinstadt Pohrlitz (Pohofelice), knapp dreissig Kilometer von Brünn entfernt, durften diejenigen, die nicht mehr gehen konnten, Halt machen. Doch dies bedeutete nur, dass sie in einem provisorischen Lager in einer Halle an der Landstrasse zusammengepfercht und interniert wurden. Die Jungen und relativ Kräftigen mussten den Marsch fortsetzen. Tage vergingen. Die sanitären Zustände in dem Lagerhaus waren furchtbar und wurden bald tödlich. Es gab keine Verpflegung. Typhus brach aus, und der Geruch von Diarrhöe und Tod erfüllte die Luft. Tschechen, die Mitleid mit den Deutschen zeigten, mussten damit rechnen, von den Revolutionsgarden zusammengeschlagen zu werden.

Insgesamt starben in Pohrlitz 800 Vertriebene an Hunger, Erschöpfung und Ruhr. Laut einem damaligen Mitglied der Revolutionsgarde, das fast ein halbes Jahrhundert später befragt wurde, starben 1'700 der rund 25'000 Menschen, die sich am Fronleichnamstag in Brünn auf den Weg zur österreichischen Grenze gemacht hatten, viele als Opfer ihrer «Eskorte».

Auch andernorts fanden Massaker an deutschen Internierten statt, be-

sonders brutale in Miröschau (Mirosov) bei Pilsen und Duppau (Doupov) bei Karlsbad. In Duppau wurde der Direktor der örtlichen Oberschule, der während des Dritten Reichs stets in voller SS-Uniform vor seine Schüler getreten war, auf Befehl tschechischer Partisanen lebendig eingemauert, wie der beauftragte Maurer auf dem Totenbett gestand. Andere prominente Deutsche wurden erschossen oder erschlagen.⁴⁷ Eine damals 20-jährige Sudetendeutsche erzählte später, dass man eine Gruppe deutscher Männer gezwungen habe, ein Massengrab auszuheben. Danach hätten tschechische Soldaten ihnen befohlen, sich am Rand der Grube in einer Reihe aufzustellen, während sie selbst ein Erschiessungskommando bildeten. Die Augenzeugin berichtete weiter:

«Einer gab dann das Kommando, und die Männer wurden erschossen. Ich weiss nicht, ob alle Soldaten geschossen haben. Danach wurden grosse Säcke mit weissem Pulver herbeigetragen, das die noch nicht erschossenen deutschen Männer auf die Toten streuten. Dann wurde das Grab zugeschaufelt. Es war sehr schlimm. Als ich das gesehen habe, habe ich sehr geweint. Eine Frau sagte mir dann, dass ich nicht zu weinen brauche, denn das hätten die Deutschen auch mit den Juden gemacht. Ich stand da als junge Frau und wusste nicht, was ich sagen sollte. Wahrscheinlich war es gut, dass ich nichts gesagt habe.»⁴⁸

Mitte Juni 1945 protestierten drei nach England geflohene ehemalige sudetendeutsche Abgeordnete des Prager Parlaments in einem Brief an die Londoner *Times* gegen die Verfolgung ihrer deutschsprachigen Landsleute. «Fast ein Drittel der Bevölkerung der neuen Tschechoslowakei», schrieben sie, «ist also von ihrer eigenen Regierung für vogelfrei erklärt worden, wobei allein Sprache und rassische Herkunft die ausschlaggebenden Schuldkriterien sind. Die gegenwärtige Lage der Minderheiten in der Tschechoslowakei ist schlechter als diejenige von Kriegsverbrechern, die nach ihrer individuellen Schuld und anhand gerechter Massstäbe verurteilt werden.»⁴⁹

Der Appell der Emigranten stiess auf taube Ohren. Tausende von Sudetendeutschen waren keine Anhänger der Nationalsozialisten gewesen, und viele waren, wie die Verfasser des Briefs, ins Exil getrieben oder in den Besatzungsjahren ebenso wie ihre tschechischen Mitbürger verfolgt worden. Wesentlich mehr hatten allerdings nur zu bereitwillig Hitlers Lösung des ethnischen Problems in der Tschechoslowakei zugestimmt, durch die sie selbst förmlich zur «Herrenrasse» erhoben und die Tschechen zu entbehrlichen «Untermenschen» erniedrigt wurden.

Im August gaben die Alliierten durch ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen dem bereits verkündeten Ziel der Regierungen der Tschechoslowakei und Polens, alle in den Grenzen ihrer Länder lebenden Deutschen zu vertreiben, ihr Plazet. Das Sudetenland wurde an die Tschechoslowakei zurückgegeben und ihrer Regierung freigestellt, die Bevölkerung umzusiedeln. Radio Prag bezeichnete das Potsdamer Abkommen als «grössten diplomatischen und politischen Sieg, der jemals von unserer Nation in ihrem langen historischen Existenzkampf gegen die deutsche Nation errungen wurde».⁵⁰ Ein Reporter der *New York Times* beurteilte die Potsdamer «Lösung» des Problems der deutschen Volksgruppen später zutreffender als «inhumanste Entscheidung, die von Regierungen, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen, jemals getroffen wurde».⁵¹

Nach einer weithin anerkannten Schätzung sind annähernd 30'000 Deutsche durch die Hand tschechischer Mitbürger zu Tode gekommen.⁵² Amtlichen tschechoslowakischen Zahlen zufolge nahmen sich von Mai bis Oktober 1945 3795 Sudetendeutsche das Leben. 1946, als viele Deutsche vor ihrer Vertreibung unter furchtbaren Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten, wurden 5558 Selbstmorde registriert. Aber auch diejenigen, die geflohen waren, besaßen häufig nicht mehr die Kraft, weiterzuleben. Einen Monat nach Kriegsende berichtete der Leiter des NKWD in Deutschland (und spätere erste Chef des KGB), General Iwan A. Serow, seinem Vorgesetzten in Moskau, dem berüchtigten Lawrenti Beria, dass die Todesrate auch unter den Sudetendeutschen, die in die sowjetische Besat-

zungszone geflohen waren, hoch sei: «Täglich kommen bis zu 5'000 Deutsche aus der Tschechoslowakei, die meisten Frauen, Alte und Kinder. Ohne Zukunft und die Hoffnung auf etwas Besseres beenden viele ihr Leben durch Selbstmord und schneiden sich die Pulsadern auf.»⁵³ Gleichwohl war das Überraschende vielleicht weniger, dass so viele starben, ob nun durch eigene Hand oder durch andere, sondern dass es aufs Ganze gesehen so wenige waren.

DIE STUNDE NULL

Als die düsteren Klänge der Kanonen und Bomben am 8. Mai 1945 verstummen, begann die sogenannte Stunde null.

Die Durchhaltepropaganda des NS-Regimes hatte unablässig wiederholt, dass Deutschland, sollte es den Krieg verlieren, nicht nur von der Landkarte verschwinden, sondern auch systematisch verwüstet und demontiert werden würde. Am Ende glaubten die meisten Deutschen daran, zumal, nachdem die Rote Armee ihren brutalen Rache- und Beutezug durch die Ostprovinzen des Reichs begonnen hatte. Die Zerstörungen und Verluste der letzten Kriegsphase waren so enorm, das Chaos so allgemein und der Absturz ins Unglück so tief, dass trotz aller Erleichterung über das Ende der Kämpfe kaum Hoffnung auf eine annehmbare Zukunft bestand. Die Deutschen warteten ängstlich ab, was die Sieger mit ihnen tun würden. Ausserdem empfanden sie ein dumpfes Gefühl der Demütigung und eine untergründig schwelende Wut, vor allem auf die Nationalsozialisten, die ihnen so viel versprochen – Ordnung, Wohlstand, einen Sonnenplatz unter den Nationen der Welt – und so wenig gebracht hatten. Dies galt insbesondere für ihre Einstellung zu ihrem ehemaligen «Führer», den einst zig Millionen von ihnen verehrt und für unfehlbar gehalten hatten.

Die Wut auf Hitler war echt und sass tief, entsprang bei vielen – vermutlich den meisten – aber nicht moralischer Empörung, sondern der Enttäuschung. Er hatte sein Volk fehlgeleitet und es dann durch seinen Selbstmord in Berlin in der Katastrophe alleingelassen. Ulrich Frodien, der jugendliche Soldat, der zusammen mit seinem Vater aus Breslau entkommen war, hatte kurz davorgestanden, an die Ostfront zurück und das hiess in den fast sicheren Tod geschickt zu werden, bevor es ihm mit unvorstellba-

rem Glück gelang, einen Platz in einem nach Westen fahrenden Lazarettzug zu ergattern. Er hatte all diese Gefühle nur zu deutlich verspürt, und das bereits kurz vor Kriegsende.

Als der Lazarettzug wieder einmal, wie es im Chaos der letzten Kriegstage so oft geschah, auf offener Strecke stehenblieb, hörten er und seine Kameraden in der Ferne das Brummen von Flugzeugmotoren. Es wurde lauter und lauter und schwoll schliesslich zu einem mächtigen Dröhnen an. Als sie zum Himmel hinaufblickten, sahen sie in viereinhalb Kilometern Höhe Hunderte von amerikanischen B-17-Bombern, die sogenannten fliegenden Festungen, in vollkommener, disziplinierter Formation ostwärts fliegen. An Luftangriffe gewöhnt, stiegen diejenigen, die dazu in der Lage waren, aus dem Zug aus und verteilten sich in einem nahegelegenen Wald. Von dort aus beobachteten sie den Bomberpulk, der kein Interesse an ihnen oder ihrem Zug hatte, und begannen zu grübeln. Frodien, ein idealistischer Hitlerjugendführer, der sich mit 16 Jahren freiwillig zur Wehrmacht gemeldet und die Hölle der Ostfront erlebt, aber bis kurz vor dem Ende weiterhin an den «Führer» und den «Endsieg» geglaubt hatte, gelangte zu einer der grossen Einsichten seines jungen Lebens:

«Es war endgültig aus mit uns, ja, jetzt endlich, viel zu spät, hatte ich es wirklich begriffen. Die hochgejubelten Wunderwaffen und das ‚Feldherrngenie‘ des Führers waren ein Nichts gegen diesen Spazierflug von tausend Viermotorigen über unseren Köpfen. Es gab keine Hoffnung mehr, Deutschland war am Ende, Feierabend.»¹

Die Wirklichkeit des Krieges kam in der NS-Ideologie kaum vor. Deshalb hegte das deutsche Volk die Vorstellung, es könne, obwohl das Reich es zusammen mit seinen europäischen Verbündeten auf höchstens 150 Millionen Einwohner brachte, gegen die militärische und ökonomische Macht von 200 Millionen Amerikanern und etwa noch einmal so vielen Russen – von den Briten und ihrem Empire ganz zu schweigen – nicht verlieren, weil

es nichtdeutschen Völkern von Natur aus überlegen sei. Eine Kriegsniederlage ging über den Horizont dieses extremen, rigiden Sozialdarwinismus; man verfügte über keine Rückzugposition für eine solche Eventualität. Mit anderen Worten, nach Ansicht der NS-Ideologen würde Deutschland den Krieg nicht nur nicht verlieren, es *konnte* ihn nicht verlieren.

In der zweiten Aprilwoche beobachteten zwei rekonvaleszente Wehrmachtsoldaten in Lazarettkleidung vom Strassenrand aus mit offenem Mund, wie kräftige, gutgenährte amerikanische Soldaten mit einem offenbar unbegrenzten Nachschub an glänzenden neuen Panzern, Kanonen und Lastwagen völlig unbehelligt auf der Weender Landstrasse an ihnen vorbei in die Universitätsstadt Göttingen fahren. Jahrelang hatten die deutschen Soldaten mit zusammengeflackten Waffen und Fahrzeugen kämpfen müssen, in Unterzahl und ständig belastet von Brennstoffknappheit und Nachschubproblemen, und jetzt sahen sie mit eigenen Augen, womit sie es die ganze Zeit zu tun gehabt hatten.

Die Verblüffung der Deutschen verwandelte sich rasch in Wut auf die Männer, die ihr Land seit 1933 regiert hatten und für dieses Fiasko verantwortlich waren. Einer der verwundeten Soldaten in Göttingen, ein offenerherziger Bauernsohn aus dem inzwischen verlorenen Ostpreussen, sprach für viele normale Deutsche, als er zu dem neben ihm stehenden Ulrich Frodien sagte:

«Die da oben, da gibt's jetzt eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten. Entweder waren das Vollidioten, die keine Ahnung von dem hatten, was der Iwan und der Ami auf die Beine stellen können, das wär schon schlimm genug. Aber die andere Möglichkeit wäre noch schlimmer, die haben's gewusst und trotzdem riskiert, auf unsere Kosten, dann haben sie mit unserer Heimat 17 und 4 gespielt, und wir Arschgeigen haben mitgemacht!»²

Göttingen beherbergt eine der berühmtesten und angesehensten Universitäten Deutschlands. Gegründet wurde sie 1737 von Georg II., Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg (Hannover) und König von Grossbritannien. Die-

se Verbindung mit England existierte für genau ein Jahrhundert, bis die Doppelherrschaft beendet wurde, weil Königin Victoria aufgrund des Salischen Gesetzes nicht die Thronfolge in Hannover antreten konnte. Unterdessen hatten viele englischsprachige Berühmtheiten die Stadt besucht, wie der englische romantische Dichter Samuel Taylor Coleridge und, in seiner vorrevolutionären Zeit, der grosse frühamerikanische Universalgelehrte Benjamin Franklin.

Zufälligerweise war die Universität Göttingen die erste deutsche akademische Einrichtung, der im Oktober 1945 die Wiedereröffnung gestattet wurde. Im Frühjahr und Sommer war die Stadt indessen besonders wegen der Nähe zur künftigen Demarkationslinie zwischen russischer und britischer Besatzungszone von Bedeutung (zwar hatten die Amerikaner sie im April 1945 eingenommen, aber zwei Monate später war sie, wie im Jahr zuvor vereinbart, den Briten übergeben worden). Sie bildete den Anlaufpunkt für Tausende von militärischen und zivilen Flüchtlingen, die vor der Roten Armee und ihren deutschen kommunistischen Marionetten geflohen waren und sich zumindest einige Zeit in der Stadt aufhielten.

Nachdem er sich von den schlimmsten Folgen seiner Verwundung erholt hatte, nutzte Ulrich Frodien eine Zeitlang seine militärischen Fähigkeiten als Karten- und Spurenleser, um Gruppen von Zivilisten durch das bergige, bewaldete Grenzgebiet in den sicheren Westen zu führen – ein riskanter Zeitvertreib, der sich aber als höchst lukrativ herausstellte.³ Aufgrund einer Reihe glücklicher Zufälle gehörte der junge Frodien zu einer in Deutschland damals äusserst seltenen Kategorie, nämlich derjenigen junger deutscher Männer, die mehr oder weniger fit und nicht in einem Gefangenenlager eingesperrt waren. Damit hatte er einen entscheidenden Vorteil im in Trümmern liegenden Nachkriegsdeutschland. Denn da die meisten körperlich leistungsfähigen Männer zwischen 16 und 65 Jahren in die Streitkräfte eingezogen worden und 1945 entweder tot, schwer verwundet oder in Gefangenschaft geraten waren, prägten Frauen und Alte das Bild der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

Der grob aggressive Männlichkeitswahn und Rassismus, der das nationalsozialistische Gesellschaftsbild charakterisierte, hatte paradoxerweise eine Situation geschaffen, in welcher der «ideale» nationalsozialistische Mann, körperlich stark und unermüdlich aggressiv – «flink wie Windhund, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl», wie Hitler einst in einer Rede vor Hitlerjungen sein teutonisches Leitbild beschrieben hatte –, buchstäblich ausser Gefecht gesetzt war. Er war ausgezogen, die Welt zu beherrschen, wie es sein vermeintliches biologisches «Recht» war, und hatte, aus nationalsozialistischer Sicht unerklärlicherweise, versagt. An seiner Stelle hatten, um die NS-Klischees zu zitieren, der nachlässige, materialistische Amerikaner, der arrogante, dekadente Brite und der hoffnungslos bolschewisierte und von Juden beherrschte «untermenschliche» Russe triumphiert. Damit waren die deutschen Frauen der Gnade dieser angeblich minderwertigen Menschen ausgeliefert, während der deutsche Mann, tot, verwundet oder in Gefangenschaft, nicht in der Lage war, etwas dagegen zu tun.

Auf einer in den letzten Kriegsmonaten in der NS-Presse erschienenen Karikatur waren amerikanische GIs als verlotterte, dümmlische jugendliche Kriminelle mit Maschinenpistolen dargestellt, die, wahrscheinlich von Drogen und Alkohol benebelt, idealisierte blonde deutsche Familien bedrohten, deren Vater und Beschützer abwesend war, weil er die Zivilisation gegen bolschewistische Horden verteidigte. Natürlich passte dieses verzweifelt verzerrte Bild amerikanischer Minderwertigkeit und Desorganisation nicht zu der Tatsache, dass die Deutschen, Soldaten wie Zivilisten, nur einmal wie Frodien und seine Kameraden bei klarem Wetter in den Himmel schauen mussten, um in viereinhalb Kilometer Höhe tausend glänzende B-17 in perfekter Formation unbehelligt über sich hinwegfliegen zu sehen. Augenscheinlich war der Gegner höchst diszipliniert dabei, seine Mission zu erfüllen: Angst und Zerstörung auf die Reste des Dritten Reichs regnen zu lassen.

Aus nationalsozialistischer Sicht war in Deutschland im Frühjahr 1945 die Welt auf den Kopf gestellt. Den deutschen Frauen war dies klar, und

viele von ihnen handelten dementsprechend, ganz gleich, wie sie vorher zum NS-Regime gestanden hatten. Trotz des erhobenen Zeigefingers der NS-Propaganda sahen sie sich, mit dem Gedanken im Hinterkopf, dass die grosse Mehrheit der erwachsenen deutschen Männer entweder tot war oder hinter Stacheldraht sass, die Eroberer genauer an, und sie taten um ihrer selbst und ihrer Familien willen, was sie für richtig hielten.

Im deutsch besetzten Frankreich hatten stramme Patrioten eine Bezeichnung für das Tun von Französinen geprägt, die sich mit Deutschen einliessen: *collaboration horizontale*. Jetzt, da die Deutschen von Besatzern zu Besetzten geworden waren und die Frauen der ehemals vermeintlichen «Herrenrasse» vor ähnlichen Entscheidungen standen, wurde eine englische Bezeichnung verwendet: *fraternisation*, und das neu erfundene Verb *to frat* wurde bald zu einem euphemistischen Kürzel für sexuelle Beziehungen zwischen Besatzern und Hunderttausenden, wenn nicht sogar Millionen deutschen Frauen.

In weltoffenen Städten und Kulturzentren begriffen selbst jene Deutschen, die bisher in gesicherten Verhältnissen gelebt hatten, rasch, dass die alten Hierarchien und Privilegien nicht mehr zählten. Als die Amerikaner Göttingen eingenommen hatten, aber noch nicht vollständig kontrollierten, strömten im Stadtzentrum Frauen, Alte und Jugendliche, die zu jung waren, um eingezogen worden zu sein, zusammen und plünderten Geschäfte und Warenhäuser. Auch auf dem Gelände des Güterbahnhofs, der einige Tage zuvor durch amerikanische Bomben schwer beschädigt worden war und wo seither schwer beladene und teilweise zerstörte, fahruntfähige Güterzüge standen, hatte sich eine tausendköpfige Menschenmenge eingefunden. Sie brach die Lagerschuppen und Waggons, die von den Bomben noch nicht aufgesprengt worden waren, auf und plünderte ungehindert Armee- und Eisenbahneigentum. Frodien war Augenzeuge des Geschehens:

«Das Interessanteste waren die Gesichter der Menschen. Das war nicht etwa Unterschicht, die Hefe des Volkes oder der Pöbel, wie man so

schön vermutet. Die waren natürlich auch da, aber in heftigem Konkurrenzkampf mit wildgewordenen Kleinbürgern und den besseren Ständen. Ich habe nie wieder in meinem Leben so von der Gier verzerrte Visagen zu sehen bekommen wie auf diesem Bahnhof. Diese verzerrten Gesichter zeigten unverhüllten Hass und Neid. Hass auf alle, die einem in die Quere kamen, nicht schnell genug Platz machten, zu langsam waren oder einen gar zurückdrängen wollten, was einer Tod-sünde gleichkam, und Neid auf die, die schon mehr errafft hatten oder abschleppen konnten, was man selber gern gehabt hätte.»⁴

Schon bald nach Kriegsende wurde deutlich, dass die Deutschen in unterschiedlichem Ausmass zu leiden hatten. Hohe NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher, die wegen Verbrechen an alliierten Staatsbürgern oder Gräueltaten in besetzten Ländern gesucht wurden, mussten mit sofortiger schwerer Bestrafung rechnen. Das Los der Übrigen hing von ihrem Glück oder Geschick ab.

Bestimmte Berufsgruppen befanden sich in einer guten Ausgangslage, um den Übergang relativ unbeschadet zu überstehen. Von den Ärzten und Zahnärzten, zum Beispiel, hatte fast jeder zweite der NS-Partei angehört, aber sie waren für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich und konnten nicht einfach durch unbefleckte Laien ersetzt werden – im Unterschied etwa zu Juristen, Lehrern und Professoren, deren Reihen in den sowjetisch besetzten Gebieten umgehend gesäubert und mit hastig ausgebildeten «politisch zuverlässigen» Kräften aufgefüllt wurden.

In einer thüringischen Kleinstadt beispielsweise war Joachim Trenkners Vater, der als Sohn eines bekannten Arztes – und NSDAP-Mitglieds – selbst als Allgemeinmediziner praktizierte, bei den Amerikanern, kaum hatten sie im April 1945 die Stadt eingenommen, ein gefragter Mann. Die Sanitäter der Besatzer nutzten die Ausrüstung in Dr. Trenkners Praxis, und während der vorübergehenden amerikanischen Besetzung der Stadt (die Anfang Juli den Russen übergeben werden sollte) entwickelte sich rasch ein freundliches, kooperatives Verhältnis zueinander, wobei Trenkners

frühere politische Einstellung offenbar kein Hindernis darstellte. Solche Nähe zu den Siegern zahlte sich in der Regel in Form von Privilegien und extra Lebensmittelrationen aus.⁵

Hunderte von Kilometern weiter westlich, in Koblenz am Rhein, erlebte Egon Plönissen, der Sohn eines örtlichen Zahnarztes, Ähnliches. Obwohl auch sein Vater Nationalsozialist und sein Onkel sogar Ortsgruppenleiter der NSDAP gewesen war, wurde bald, nachdem zuerst die Amerikaner und dann die Franzosen die Stadt besetzt hatten, klar, dass die Familie Plönissen kaum grosse Entbehrungen würde erdulden müssen. Als angesehenener Zahnarzt wurde Plönissen senior bald zu einem Liebling der französischen Besatzer, insbesondere der Zivilbeamten; ausserdem richtete er die Zähne der Bauern der Umgebung, und beide Kategorien von Patienten hatten auf die eine oder andere Weise Zugang zu Lebensmitteln, die für gewöhnliche deutsche Städter sonst unerreichbar waren.⁶

Als die Amerikaner im März 1945 Koblenz angriffen, war Egon Plönissen gerade erst Teenager geworden. Er verfolgte die Kämpfe aus der relativen Sicherheit der Familienvilla in Ehrenbreitstein am rechten Rheinufer. Andere Jungen in der Stadt, die etwas älter waren und daher unter den verrückten Umständen der letzten Kriegstage als wehrdiensttauglich galten, standen vor einer schweren Entscheidung: sich freiwillig zum möglicherweise selbstmörderischen Dienst im Volkssturm zu melden oder sich zu verstecken.

Helmut Nassen war gerade 18 Jahre alt und hatte wie die meisten Jungen und Mädchen der Gegend seit dem massiven Luftangriff auf Koblenz in der Nacht vom 6. auf den 7. November 1944 nicht mehr die Schule besucht. Die britischen Bomber hatten das alte preussische Verwaltungszentrum mehr oder weniger dem Erdboden gleichgemacht. Schätzungsweise 58 Prozent der Gebäude waren zerstört, einschliesslich fast aller historischen Adelspaläste, dreier alter Kirchen und des kurfürstlichen Schlosses. Glücklicherweise hatte der Angriff, vor allem dank der vielen massiven Luftschutzbunker der Stadt relativ wenige Todesopfer gefordert (104, bei einer Bevölkerung von 90'000).⁷

Wie Egon Plönissen wohnte auch Helmut Nassen am rechten Rheinufer, in dem beschaulichen Vorort Koblenz-Pfaffendorf. Als sich die Front dem Rheinland näherte, durchlief er wie alle Jungen seines Alters die Volkssturmbildung und wurde als Bote zwischen verschiedenen Einheiten eingesetzt, musste Gräben ausheben und so weiter. Daneben widmete er sich, wie viele unternehmungslustige deutsche Jungen, einigen nicht immer ganz legalen Tätigkeiten, die ihm ein Einkommen in der einzigen Währung einbrachten, die damals noch einen Wert hatte: Zigaretten. Er hatte die Zeit für eine Freundin gefunden und sich darüber hinaus zusammen mit zwei Freunden in einem Wäldchen über dem Fluss ein Versteck zu bauen, in dem sie, einzeln oder zusammen, häufig Tage und Nächte verbrachten. Von dort aus beobachteten sie, wie Egon Plönissen in der elterlichen Villa, den zehntägigen Kampf um die Koblenzer Altstadt auf der anderen Rheinseite.

Helmut Nassen führte Tagebuch. Am 17. März, zwei Tage bevor die Amerikaner die Stadt einnahmen, notierte er fast beiläufig: «Soll morgen zum Militär bei Neuhäusel [einer Kleinstadt im Westerwald, rund zehn Kilometer östlich von Koblenz]. Starkes MG-Feuer und Gewehrschüsse auf der Kartause und am Fuss derer zu vernehmen. Starkes Infanteriegefecht. Feindliche Infanterie kommt langsam vor ...» Die Nonchalance war irreführend. Helmut wusste, dass es das Ende seines «komischen» Krieges und der Anfang des wirklichen wäre, falls er sich zur Wehrmacht meldete. Über die Ereignisse des nächsten Tages vermerkte er:

«Habe mich verschlafen. Die anderen Einberufenen sind schon weg. Ich werde jetzt packen und mich ebenfalls melden. Hans ist schon weg. Wieder starkes Artilleriefeuer auf Koblenz ... Infanteriegefecht wieder begonnen. Feindliche Artillerie beschiesst das Sturmboot, das am Markenbildchenweg anliegt. Nach ungefähr 12-15 Schuss getroffen. Deutsche Flak antwortet nur minimal. 11.00 meinen Marschbefehl nach Höhr-Grenzhausen erhalten nebst Marschverpflegung. Der Polizeiprä-

sident haut ab und ich werde nicht gehen, sondern untertauchen. Heute mit W. und Karl in einem Keller ...»⁸

Damit begab sich Helmut Nassen, wie so viele in den ausgebombten, belagerten Städten des Reichs, in die prekäre, gefährliche Schattenwelt der Überlebenden. Von Keller zu Keller ziehend und, wo immer möglich, Lebensmittel und Handelswaren mitnehmend, musste er ständig vor Feldpolizei und NS-Funktionären auf der Hut sein. Indem er nicht zum Wehrdienst antrat, war er zum Deserteur geworden. Wenn er gefasst worden wäre, hätte das die standrechtliche Hinrichtung bedeutet.

In der nächsten Woche schlichen Helmut und seine Freunde von in ihrem Stützpunkt aus, dem «Bunker» im Wald oberhalb des Flusses, viel herum, wobei sie gelegentlich deutschen Soldaten begegneten (die sich nicht für ihren Militärstatus interessierten und vermutlich selbst Deserteure waren, auch wenn Helmut es nicht ausdrücklich erwähnte). Hin und wieder suchten sie vorsichtig ihr Zuhause auf, um Verpflegung und Kleidung zu holen; ansonsten jagten sie allem nach, womit man Leib und Seele zusammenhalten konnte. Im Wald fanden sie Hühnereier, und einmal fingen sie eine Gans, die sie brieten und verspeisten. Sie blieben in Bewegung, immer in der Hoffnung, dass niemand ihre Papiere zu sehen verlangte.

In den letzten Wochen des NS-Regimes lösten sich Helmut Nassen und andere Jugendliche von der streng hierarchischen, militarisierten, nationalsozialistisch beherrschten Gesellschaft, in der sie aufgewachsen waren und von der sie inzwischen tief enttäuscht waren. Das hielt sie jedoch nicht davon ab, aus dem Eingang ihres Bunkers über den Fluss hinweg ein paar trotzig Schüsse auf die Amerikaner abzugeben, die inzwischen den Hauptteil von Koblenz besetzt hatten. Trotz allen jugendlichen Wagemuts zählten sie in ihrem gefährlichen Gesetzlosendasein aber auch die Stunden, bis der Krieg für sie vorüber sein würde. «Bald wird der Ami kommen», hielt Helmut Nassen fest. «Bin gespannt, wie er sich benimmt.» Als die Jungen am 27. März unter sich am Rheinufer amerikanische Fahrzeuge

parken sahen, atmeten sie erleichtert auf, und kurze Zeit später wagten sie sich nach Pfaffendorf zurück:

«Auf der Umgehungsbrücke stehen schon 2 Posten, unbehelligt gehen wir vorbei. Unten angekommen, machen die einzelnen Trupps schon Haussuchung. Sie benehmen sich sehr anständig, nur wo verschlossene Haustüren sind, werden sie aufgesprengt. Einige Soldaten von uns haben sie noch geschnappt. 6 Stück vielleicht. Dann laufe ich mit Lo ins Bienhorntal und hole eine Kiste Fleischbüchsen. 8 nehme ich mir, die andern liefere ich ab. Lo behält die ganzen. Die Amis sind mit ihrer Haussuchung fertig und sammeln sich vor unserem Haus, 50 Stück an der Zahl. Autos fahren vor, sie steigen mit den 6 Gefangenen ein und weiter geht 's nach Ehrenbreitstein. Der Wagen des Befehlshabers hatte sogar Radio drin. Ja, das nenne ich Krieg führen.»⁹

Helmut Nassen und die anderen hatten dem NS-System, trotz zwölfjähriger Indoktrination, kühl den Gehorsam verweigert. Sie hatten sich die Sache überlegt, Festnahme und Hinrichtung riskiert und, wie Ulrich Frodien bei seiner Flucht von Breslau nach Berlin, überlebt, bis die Alliierten eintrafen und, zumindest für sie, den Krieg beendeten.

Diese Überlebenden konnten sich glücklich schätzen. Denn für viele endete das Wagnis damit, dass man sie, mit einem Schild um den Hals, auf dem sie als Verräter gebrandmarkt wurden, an Bäumen oder Laternenmasten aufknüpfte. Buchstäblich bis zum letzten Kriegstag gab es, ob nun in Gestalt fanatischer Feldpolizisten, umherziehender SS- und Gestapomänner oder selbsternannter Werwolf-Gruppen, viele unbelehrbare Anhänger des sich auflösenden Regimes, die bereit waren, ihre kriegsmüden Landsleute für jede Handlung oder auch nur Einstellung, die sie als «defätistisch» oder «illoyal» betrachteten, umzubringen.

Penzberg, eine überwiegend regimefeindliche Bergarbeiterstadt in Südbayern, war wenige Tage vor Kriegsende Schauplatz eines auf den

ersten Blick beinah tragikomischen Theatercoups. Am Morgen des 28. April 1945 versuchte der ehemalige Bürgermeister aus der Zeit vor dem Dritten Reich, der Sozialdemokrat Hans Rummer, die Befreiung vorzuziehen, indem er an der Spitze einer kleinen Gruppe bewaffneter Helfer die Macht im Ort übernahm. Wie er gehört hatte, wollten örtliche Durchhaltefanatiker aus Wehrmacht und NS-Partei die Stadt gegen die anrückenden Amerikaner verteidigen und nötigenfalls das Bergwerk und das Wasserkwerk sprengen, damit sie dem Feind nicht in die Hände fielen. Zu seiner Aktion hatte Hans Rummer ein kurzer Aufstand in München ermutigt, wo Nazigeegner und bayerische Separatisten, die als «Freiheitsaktion Bayern» auftraten, für einige Stunden einen Radiosender in ihre Hand gebracht und Widerstandsaufrufe gesendet hatten, bis die NS-Behörden die «Ordnung» wiederherstellten.

Rummer und seinen Helfern gelang es vorübergehend, das Bergwerk zu schliessen. Bevor sie zum Rathaus gingen, wo sich Sozialisten und Kommunisten versammelt hatten, die endlich die NS-Diktatur loswerden wollten, suchten sie ein örtliches Konzentrationslager auf, um sich der Unterstützung der Insassen zu versichern, denen sie die Freilassung versprochen. Der nationalsozialistische Bürgermeister Vonwerden wurde abgesetzt und der Stadt verwiesen, und Rummerts Leute übernahmen das Ruder.¹⁰

Da die Amerikaner nur noch wenige Stunden entfernt waren – das Donnern ihrer Kanonen war deutlich zu hören –, hätte der Putsch durchaus Erfolg haben können. Wenn nicht zufällig eine Wehrmachteinheit unter Führung von Oberstleutnant Bernhard Ohm durch die Stadt gekommen wäre und auf dem Marktplatz Halt gemacht hätte, um herauszufinden, was die Menschenansammlung bedeutete. Als die Lage klar war, wurden Rummer und seine Helfer umgehend festgenommen. Anschliessend fuhr der überkorrekte Ohm zusammen mit dem vorübergehend abgesetzten NS-Bürgermeister nach Norden, ins rund fünfzig Kilometer entfernte München, um Instruktionen einzuholen.

Kaum angekommen, wurden sie von keinem Geringeren als dem Gau-

leiter von Oberbayern und «Reichsverteidigungskommissar Süd», dem 49-jährigen Paul Giesler, empfangen, der für seine extravaganten Verlautbarungen zum Thema des fanatischen Widerstands bekannt war.¹¹ Wenige Minuten später hatten Ohm und Bürgermeister Vonwerden ihren Befehl: Rummer und seine Leute seien zu liquidieren. Und das wurden sie: Sofort nach seiner Rückkehr nach Penzberg am Nachmittag liess Ohm sieben Putschisten an die Wand stellen.

Wie andere Hitzköpfe in diesen chaotischen letzten Kriegstagen gab sich Giesler jedoch nicht mit verhältnismässiger Gewalt zufrieden, die ausreichte, um die Ordnung wiederherzustellen. Nach seiner Ansicht musste die Krankheit des Antinazismus nicht nur unterdrückt, sondern völlig ausgeremert werden. Er ahnte, dass Ohm, der zwar loyal, aber auch vorschrittengläubig war, zögern würde zu tun, was er für nötig hielt. Deshalb machte er sich erstaunlicherweise, obwohl auch seine Hauptstadt München kurz vor der Einnahme durch die Amerikaner stand, die Mühe, einen Untergebenen, SA-Brigadeführer Hans Zöberlein, zu beauftragen, sich mit einem Kommando nach Penzberg zu begeben. Die Todesschwadron erhielt den Decknamen «Gruppe Hans».

Die bizarre, grausame Farce, die sich danach abspielte, wurde passenderweise von einem Künstler inszeniert, denn Zöberlein war kein gewöhnlicher Schlägertyp, sondern ein radikalnationalistischer Schriftsteller, der nach dem Ersten Weltkrieg dem Freikorps Epp angehört hatte. Aufgrund seines störrischen Nonkonformismus war er jedoch in Ungnade gefallen, bis man aufgrund der Personalknappheit in den letzten Kriegsmonaten auf ihn zurückgegriffen und ihn zu einem regionalen Verteidigungsführer und Volkssturmkommandeur ernannt hatte. Seine Einheiten, die sich «Werwolf Oberbayern» nannten, hatten sich auf brutale Strafaktionen gegen Dörfer spezialisiert, in denen weisse Fahnen herausgehängt wurden oder die verdächtigt wurden, auf irgendeine Weise Operationen gegen den Feind zu stören.

Am Abend trafen zusammen mit ihrem selbstherrlichen Kommandeur rund hundert dieser Desperados vor dem Rathaus von Penzberg ein. Zöber-

lein gab seine Absicht bekannt, die von Ohm und Vonwerden begonnene Säuberung zu vollenden. Hilfe erhielt er von örtlichen Nationalsozialisten, die unter lautstarkem Streit eine Liste politischer Feinde aufstellten, wobei unter dem Vorwand der «Notwendigkeit» mehr als eine alte Rechnung beglichen wurde.

Die auffällige Ankunft der «Gruppe Hans» und die anschliessende Diskussion darüber, wer getötet werden sollte, nutzten einige kluge Nazi-gegner, um sich aus dem Staub zu machen. Dennoch konnten die Mörder, als ihre Todesliste fertig war, drei der Todeskandidaten ergreifen und kurz darauf töten. Zwei wurden am Balkon eines Hauses neben dem Rathaus erhängt, der dritte an einem Baum in der Hauptstrasse. Als ein vierter den Häschern trotz der Drohungen gegen den Hausmeister seines Wohnhauses durch die Lappen ging, weitete die Gruppe ihr Aktionsgebiet auf eine benachbarte Arbeitervorstadt aus. Dort gerieten sie in ein Feuergefecht mit bewaffneten Einwohnern, von denen einer, ein Bergarbeiter, ums Leben kam. Aber das Scharmützel genügte, um die «Gruppe Hans» aus dem Viertel zu vertreiben.

Darüber hinaus hatte sich der örtliche Wehrmachtkommandeur geweigert, dem Todeskommando die von Zöberlein angeforderte Verstärkung zu schicken. Dennoch wurden in der Nacht weitere «Feinde» erhängt, unter ihnen eine Schwangere. Da die «Feinde» vorgewarnt waren, fiel es den Mördern im Lauf der Nacht allerdings immer schwerer, Opfer zu finden. Bei einem Mann, der erhängt werden sollte, riss das Seil. Daraufhin schoss man ihn nieder und liess ihn liegen, weil man ihn für tot hielt, doch er überlebte. Ein anderer ergriff, während er im Rathaus festgehalten wurde, die Flucht und entkam, obwohl er von einer Kugel seiner Verfolger getroffen wurde.

Zöberlein hatte Penzberg vor Mitternacht verlassen. Der letzte seiner Spiessgesellen, ein fanatischer ehemaliger Offizier mit dem sprechenden Namen Hans Bauernfeind, folgte ihm erst im Morgengrauen, unverdrossen die Drohung ausstossend, er werde zurückkehren, um seine «Arbeit» zu

beenden. Er hinterliess rund um den Marktplatz der Stadt improvisierte Galgen, an denen die Leichen seiner Opfer hingen.

So wurde das Regime, das sich stets seines Erfolgs als «Ordnungsmacht» gebrüstet hatte, in den letzten Kriegswochen zu dem, was es im Grunde immer gewesen war – ein System von Gewalt, willkürlichem Tod und Chaos. Jetzt trat ein institutionalisierter Sadismus offen zutage, den man bisher konsequent verborgen und auf Gestapozellen sowie die riesigen, mit Stacheldraht eingezäunten Folterkäfige der Konzentrationslager beschränkt hatte und der nun als Lizenz für jeden uniformierten Halunken im Land, nach Belieben zu foltern und zu morden, erkennbar wurde. Es passt irgendwie in diesen Zusammenhang, dass Giesler am 29. April, einen Tag, nachdem er das tragikomische und völlig unnötige Massaker in Penzberg angeordnet hatte, und nur wenige Stunden, bevor er vor den Amerikanern aus München floh, von Hitler in dessen Testament als Nachfolger des in Ungnade gefallenen Himmler zum Reichsinnenminister ernannt wurde.¹²

Die Penzberger Mordnacht offenbarte zweierlei: zum einen, dass diejenigen, die nie zu den Anhängern der Nationalsozialisten gehört hatten oder mittlerweile von ihnen enttäuscht waren, in den letzten Kriegswochen zur offenen Rebellion bereit waren, und zum anderen, dass das Regime in Reaktion darauf zu einem rein gewalttätigen, rachsüchtigen Verbrechersystem verkam. In den Augen der meisten Deutschen, abgesehen von einigen Durchhaltefanatikern, hatte das Dritte Reich offensichtlich jeden Anspruch auf Respekt und Loyalität verwirkt. Ob diese Einsicht die Lage der Deutschen gegenüber den anrückenden Alliierten verbesserte oder verschlechterte, ist eine andere Frage. Das Bild des jugendlichen Helmut Nassen und seiner Freunde, die trotzig auf die Amerikaner auf der anderen Flussseite schossen, während sie sich gleichzeitig vor der Feldpolizei versteckten, die sie als Deserteure aufgeknüpft hätte, ist vielleicht ein gutes Beispiel für die gespaltenen Gefühle, mit denen viele Deutsche dem Kriegsende entgegen sahen.

Nach Kriegsende sollte Deutschland aufhören zu existieren. Dies hatten die Alliierten schon vor langer Zeit beschlossen, und dies sollte in einem «Kapitulationsinstrument» ausgeführt werden, über dessen Text die EAC in London im Spätwinter immer noch intensiv verhandelte. Aufgrund von Verfahrensfehlern und Änderungen in letzter Minute war dieses detaillierte, bindende Dokument zum Zeitpunkt der militärischen Kapitulation der Wehrmacht jedoch noch nicht fertiggestellt. Die Kapitulationsurkunde, die von deutschen Befehlshabern am 7. Mai 1945 im SHAEF in Reims und am Tag darauf bei den – höchst verstimmt – Sowjets in Berlin-Karlshorst unterzeichnet wurde, war wesentlich elementarer. Sie enthielt nur sechs Paragraphen, die allesamt nicht mehr als zwei Sätze umfassten. Entworfen hatte sie überwiegend ein britischer Stabsoffizier im SHAEF, Oberst John Counsell, der im Zivilleben Schauspieler und Theatermanager war und den Text zum grossen Teil einfach einem Bericht der amerikanischen Militärzeitung *Stars and Stripes* über die einige Tage zuvor erfolgte Kapitulation der Wehrmachteinheiten in Norditalien entnommen hatte.¹³

Eine Kapitulationsurkunde musste, mit oder ohne EAC, unterzeichnet werden, um die Kämpfe zu beenden und auf beiden Seiten weitere Verluste an Menschenleben zu vermeiden. Dies wurde durch den improvisierten Text erreicht. Die Welt feierte zwar den «VE-Day», den Tag des Sieges in Europa (Victory-Europe-Day), doch noch bevor er zu Ende war, begannen Politiker und politische Generale (zu denen auch Eisenhower gezählt werden sollte) sich darüber Sorgen zu machen, dass lediglich die deutschen Streitkräfte kapituliert hatten. Was bedeutete dies für die Rechtsstellung der deutschen Regierung? Im November 1918, am Ende des Ersten Weltkriegs, hatten nur die Politiker die Kapitulation ihres Landes unterzeichnet, so dass die Generale «Verrat» schreien konnten. Jetzt war das Gegenteil der Fall, und wer wusste, ob die Überlebenden der politischen Elite des NS-Regimes diese unvollständige Situation nicht ebenfalls für ihre ruchlosen Zwecke ausnutzen würden?

Die Alliierten übten de facto die Herrschaft über Deutschland aus. Dar-

über hinaus enthielt der improvisierte Text der Kapitulationsurkunde einen Hinweis auf das in Vorbereitung befindliche EAC-Dokument, der die Deutschen verpflichtete, auch dessen Bestimmungen zu akzeptieren, wenn es ihnen vorgelegt wurde. Dennoch war es keine zufriedenstellende Situation. Jedes potenzielle Schlupfloch musste so schnell wie möglich gestopft werden. Dies war umso dringlicher, als es immer noch ein als Reichsregierung auftretendes Gremium gab, dem unter Hitlers Nachfolger als Reichspräsident, Grossadmiral Karl Dönitz, der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion Albert Speer und einige weitere von Hitler ernannte altgediente Minister angehörten. Dieses etwas lächerlich wirkende Gebilde hielt sich noch zwei Wochen nach der förmlichen Kapitulation im Amt, mit Sitz in einer ehemaligen Marineschule in Flensburg-Mürwik. Während dort auf den kümmerlichen Regierungsgebäuden hartnäckig die Reichsfahne gehisst wurde, patrouillierten Regierungssoldaten weiterhin durch die Strassen der Umgebung.

Die Regierung Dönitz hielt den Anschein regulärer Tätigkeit aufrecht. Minister und Beamte stritten in Sitzungen über Positionen und Dienstalster, Entscheidungen wurden getroffen, Weisungen herausgegeben, und man versuchte sogar mit Montgomerys britischer 21. Armeegruppe, die jetzt das Gebiet um Flensburg kontrollierte, Verhandlungen aufzunehmen. Das einzig wirklich Nützliche, was Dönitz und sein Hofstaat in der letzten Kriegswoche, der Woche nach Hitlers Tod, erreichten, dürfte die Hinauszögerung der endgültigen Kapitulation der Wehrmacht gewesen sein, die es Millionen von deutschen Soldaten und Flüchtlingen ermöglichte, ins relativ sichere Gebiet hinter den westalliierten Linien zu gelangen – eine absichtliche Verzögerung, die zweieinhalb bis drei Millionen verzweifelte Menschen zugutekam.¹⁴

So geschah es denn, dass die endgültige Fassung des von der EAC ausgearbeiteten Kapitulationsinstruments, nunmehr «Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen der alliierten Mächte» genannt, bis zum 21. Mai von allen Alliierten gebilligt wurde. In

der Zwischenzeit scheinen sowohl Churchill als auch Eisenhower mit dem Gedanken gespielt zu haben, die zweifelhafte Fassade einer Reichsregierung in der einen oder anderen Form bestehen zu lassen. Was Churchill anging, so erwog er, die Flensburger Regierung für «eine Weile» weiter amtierend zu lassen, weil er mit ihrer Hilfe die Ordnung in den besetzten Gebieten wiederherzustellen hoffte. Ausserdem hätte man dann eine deutsche Stelle gehabt, auf die man hätte zurückgreifen können, wenn, wie der britische Premier zu fürchten begann, zwischen den Westalliierten und den Sowjets ein Krieg ausbrechen sollte und der Westen in einem neuen antikomunistischen Kreuzzug die Unterstützung der besiegten deutschen Streitkräfte bräuchte.¹⁵

Eisenhower schätzte die Sache realistischer ein. Er sah in einer gesamtdeutschen Regierung eine mögliche Hilfe bei der Organisation, Disziplinierung und Verpflegung der unerwartet grossen Zahl deutscher Kriegsgefangener – rund fünf Millionen –, die in den von angloamerikanischen Truppen kontrollierten Gebieten festgesetzt worden waren. Ihre Lage drohte bereits zu einer humanitären Katastrophe zu werden. Deshalb schickte Eisenhower drei Tage nach dem VE-Day einen hohen amerikanischen Offizier, General Lowell W. Rooks, nach Flensburg, um beim dortigen Oberkommando der Wehrmacht (OKW) eine «Kontrollgruppe des Hauptquartiers» einzurichten. Rooks, der von einem britischen Abgesandten, dem Brigadegeneral Edward J. Foord, und einem hochrangigen politischen Berater, Botschafter Robert Murphy, begleitet wurde, hatte insbesondere den Auftrag, Verbindung zu den Resten des dortigen Oberkommandos der Wehrmacht aufzunehmen und «den Willen des SCAEF [des Oberbefehlshabers der alliierten Expeditionstruppen] durchzusetzen».

Dönitz und Co. andererseits hegten die beinah rührende Hoffnung, dieser Besuch würde eine gewisse Anerkennung ihrer Autorität bedeuten. Bei ihren Treffen mit dem amerikanischen General in dessen Unterkunft auf der *Patria*, einem in der Flensburger Förde ankernden requirierten deutschen Passagierschiff, bemühten sie sich nach Kräften, ihn von ihrer Un-

entbehrlichkeit zu überzeugen. Doch nach den ersten Begegnungen mit dieser «merkwürdigen politischmilitärischen Ménage» kamen Rooks und seine Berater rasch zu der Auffassung, dass es sich um «eine rapide verfallende Instanz handelte, die kaum über die gegenwärtigen Ereignisse Bescheid weiss und praktisch nichts zu tun hat» und daher für die ins Auge gefassten Zwecke kaum zu gebrauchen war.¹⁶

Als die Presse in den alliierten Ländern bereits gegen diese peinliche Anomalie protestierte und am 21. Mai schliesslich alle Verbündeten die EAC-Erklärung als Leitfaden anerkannten, war das Ende der Flensburger «Regierung» unvermeidlich. Nach Rücksprache mit den Briten und Russen ordnete das US-Kriegsministerium am 22. Mai die Festnahme von Dönitz, seiner Regierung und den überlebenden OKW-Offizieren an. Sie erfolgte am nächsten Tag. In einer Sitzung mit General Rooks an einem langen Tisch, den man in der Bar an Bord der *Patria* aufgestellt hatte, wurde den deutschen Unterhändlern die schlechte Nachricht verkündet. Dann wurden sie an Land gebracht und mit ihren Autos zu ihren Unterkünften gefahren, um ihre Habseligkeiten einzupacken. Militärfotografen hielten den Augenblick im Bild fest. *È finita la commedia.*

Einer der Hauptunterhändler des Reichs, der mit Dönitz auf der *Patria* gewesen war, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, erschoss sich, bevor er formal inhaftiert werden konnte. Die meisten früheren Reichsminister und hohen Militärs flog man umgehend ins amerikanische Internierungslager für hochrangige NS-Chargen in der Nähe des SHAEF in Reims, allgemein «Camp Ashcan» (Lager Ascheeimer) genannt. Viele derjenigen, die Hauptrollen in der letzten Pantomime des NS-Regimes gespielt hatten, wurden dann vor das Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg gestellt.

Die EAC-Siegelerklärung wurde jetzt zum entscheidenden Dokument, das die Stellung des unterworfenen Deutschland bestimmte. «Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde», wurde darin festgestellt, «die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der For-

derungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.» Weiter hiess es: «Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschliesslich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.»¹⁷

Aus Sicht der Sieger hatte Deutschland, wie sie es seit der Konferenz von Casablanca im Jahr 1943 verlangt hatten, bedingungslos kapituliert. Die Regierung wurde für abgesetzt erklärt und bekanntgegeben, dass die absolute Macht im Land an die Alliierten übergegangen sei – auch wenn im nächsten Satz eingeräumt wurde, dass der deutsche Staat damit nicht für immer ausgelöscht worden sei und wiedererrichtet werden könne, wenn die Sieger sich eines Tages dazu entschliessen sollten. In der Praxis jedoch hatte Deutschland aufgehört zu existieren, und die Besatzer besaßen die unbeschränkte Macht über seine Bevölkerung und Institutionen.

Viele Deutsche, wie die Menschen in Göttingen, nutzten das vorübergehende Vakuum nach dem Zusammenbruch ihrer eigenen staatlichen Einrichtungen und vor der Übernahme der Verwaltungsaufgaben durch die Besatzer, um zu stehlen, zu plündern, alte Rechnungen zu begleichen und Arrangements zur Absicherung ihrer Zukunft zu treffen. Im Allgemeinen verwandelten sie sich nicht aus gehorsamen Staatsbürgern in Kriminelle, aber die meisten erkannten auch, dass in der neuen Nachkriegswelt die alten Regeln nicht mehr galten.

Drei der vier Besatzungsmächte waren repräsentative Demokratien, übten in den von ihnen beanspruchten Gebieten Deutschlands aber eine totale und keineswegs liberale Herrschaft aus. Die vierte Besatzungs-

macht, die Sowjetunion, behauptete, eine Demokratie zu sein, obwohl sie nichts dergleichen war. Zugleich war sie paradoxerweise aber auch die einzige Besatzungsmacht, die in ihrer Besatzungszone umgehend «eigene» deutsche Funktionäre einsetzte, politische Aktivitäten erlaubte und so etwas wie eine «normale» Verwaltung aufbaute. Freilich war sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Westalliierten gegenüber im Vorteil, denn sie konnte auf deutsche Kommunisten zurückgreifen, von denen viele im Exil in Moskau gewesen waren, einige die NS-Diktatur aber auch in Deutschland überlebt hatten und daher mit einigem Recht als «Widerstandskämpfer» präsentiert werden konnten.

Als die Rote Armee im Frühjahr 1945 in die Mitte Deutschlands vorstieß, waren diese deutschen Kommunisten, wo immer sie herkamen, willfährige Helfer, die an Disziplin und konspirative politische Tätigkeit gewöhnt und sich vor allem darin einig waren, dass ihr Ziel weitgehend das gleiche wie vor 1933 war: der Aufbau einer kommunistisch dominierten politischen Struktur, zuerst in der sowjetischen Besatzungszone und dann, wenn möglich, im gesamten besetzten Deutschland. Damit hatten die Sowjets einen deutlichen Vorsprung vor dem Westen.

In den Westzonen sah die Lage völlig anders aus. Nach 1933 waren zwar auch viele nichtkommunistische Nazigegner ins Exil gegangen, von denen die meisten schliesslich in Amerika oder Grossbritannien Asyl gefunden hatten, aber im Gegensatz zu den kommunistischen Emigranten bildeten sie keine disziplinierte homogene Gruppe. Das Gleiche galt für diejenigen, die die NS-Ära in Haft überlebt oder es irgendwie geschafft hatten, in Deckung zu gehen. 1945 konnten sie wieder auftauchen, aber sie bildeten keinen Zusammenschluss mit einem klar definierten Ziel. Zudem wurden sie, anders als die deutschen Kommunisten, die von Anfang an die Gunst der Sowjets besaßen, von den Besatzern nicht bevorzugt behandelt. Vielmehr begegneten die Westalliierten allen Deutschen, ob sie nun Nationalsozialisten gewesen waren oder nicht, in dieser entscheidenden Phase unmittelbar nach dem Krieg gleichermassen mit Misstrauen.

Binnen weniger Wochen nach der Kapitulation hatte sich in der SBZ eine Gruppe deutscher Kommunisten unter dem Kommando – das ist durchaus kein zu starkes Wort – des früheren (1929-1933) KPD-Chefs von Berlin und Brandenburg, Walter Ulbricht, etabliert. Ulbricht, 1893 als Sohn eines Schneiders in der sächsischen Industriemetropole Leipzig geboren und selbst gelernter Tischler, war nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er als Soldat teilgenommen hatte, rasch zum professionellen Agitator und Parteifunktionär geworden. Er galt als ultraloyaler Diener Stalins, der seine unbarmherzigen Herrschaftstechniken in zwölf Jahren des Exils zuerst in Prag und dann, seit 1938, in Moskau vervollkommen hatte. Kalte Effizienz, scheinbar unerschöpfliche Energie und bedingungslose Treue zu Moskau (er war auch eingetragenes Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion) bildeten die Voraussetzungen dafür, dass er Stalins regelmässige Säuberungen der Emigrantengemeinde überlebte. Diese Merkmale waren es auch, die ihn zur ersten Wahl bei der Bestimmung des Leiters der Elitegruppe von deutschen Kommunisten machten, die Ende April 1945, in den letzten Tagen der Schlacht um Berlin, mit einem sowjetischen Militärflugzeug an den Rand der in Trümmern liegenden deutschen Hauptstadt geflogen wurde.

In den ersten Friedenswochen erläuterte der humorlose, ziegenbärtige Ulbricht, wie er sich im Machtvakuum vor der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen und der Ankunft westlicher Truppen als Mitbesitzer in Berlin die verdeckte Errichtung der kommunistischen Herrschaft über die Stadt vorstellte. Die Vorgehensweise sollte zum Muster werden, das anschliessend in der gesamten SBZ angewandt wurde. «Es ist doch ganz klar», schärfte Ulbricht seinen Kollegen mit feinem Zynismus ein, «es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.»¹⁸

In den Westzonen dagegen sah in dieser Phase nichts demokratisch aus – vielleicht, weil sich die Westalliierten im Unterschied zu den Russen nicht sicher sein konnten, dass sie in der deutschen Bevölkerung eine tragfähige politische Basis besaßen. Die Bevölkerung in den von ihnen kontrollierten Gebieten war durch die Deutschen, die in den ersten Monaten

des Jahres 1945 vor den Russen geflohen waren, um rund zehn Millionen heimat- und mittelloser Menschen angewachsen, und obwohl sie dem Schlimmsten entkommen waren, den Vergewaltigungen, Plünderungen und politischen Terrormassnahmen, welche die Einwohner der SBZ erleiden mussten, zeigte sich weder die Situation, in die sie kamen, noch die Bevölkerung, unter die sie sich mischten, besonders freundlich.

Es gab noch eine weitere Schwierigkeit. Den am VE-Day gezogenen Linien lagen militärische Zufälligkeiten und Notwendigkeiten zugrunde. Wegen des plötzlichen Zusammenbruchs der deutschen Truppen in Mitteldeutschland hatten die Amerikaner bis Mai 1945 die westliche Tschechoslowakei sowie Teile von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eingenommen, die nach der im vorangegangenen Winter erzielten EAC-Einigung zur sowjetischen Besatzungszone gehören sollten. Die Briten waren ganz ähnlich von Hamburg und Lübeck aus an der Ostseeküste entlang nach Mecklenburg und zudem wie die Amerikaner nach Sachsen-Anhalt und Thüringen vorgerückt. In manchen Abschnitten lag die Berührungslinie zwischen Westalliierten und Roter Armee nicht weniger als zweihundert Kilometer östlich der designierten Zonengrenze.

Angesichts der sowjetischen Haltung – die in Polen und anderswo ebenso deutlich zutage getreten war wie in den Verhandlungen über eine gemeinsame Verwaltung von Berlin – war die Frage, ob sich die Westmächte, wie vereinbart, Ende Juni aus diesen Gebieten zurückziehen oder ob sie Vorwände dafür finden sollten, an ihnen festzuhalten, um sie gegenüber den Russen als Verhandlungsmasse einzusetzen. Churchill, dessen alte antikommunistische Instinkte jetzt, nachdem der Krieg gewonnen war, wieder hervortraten, erklärte Aussenminister Anthony Eden in einem langen Memorandum unumwunden, dass er ein weiteres Vorrücken der Russen in Mitteleuropa für eine Katastrophe hielte. Er sprach sich dafür aus, unter irgendwelchen Vorwänden zu behalten, was man hatte, um bei weiteren Zeichen von mangelnder Kooperation ein Pfand in der Hand zu haben.

Die Sowjets brachten unterdessen immer noch alle möglichen «technischen» Gründe vor, weshalb die Westmächte noch keine Truppen nach Berlin schicken könnten. Dort bemühten sich Ulbrichts Leute unterdessen mit machiavellistischer List, das *Fait accompli* einer kommunistisch kontrollierten Verwaltung zu schaffen. In Österreich befand sich die Hauptstadt ebenfalls in der Hand der Sowjets, bis sie, wie geplant, unter Viermächteherrschaft gestellt werden würde. Hier hatten sie einen Politiker ihrer Wahl als Kanzler des jüngst «befreiten» Landes eingesetzt. Den Posten des Innenministers, dem die Polizei und sonstigen Sicherheitskräfte unterstanden, besetzte ein Kommunist – ein böses Omen für alle, die wussten, wie die Genossen voringen.¹⁹

Am 24. Mai, einen Tag nach der Festnahme der Regierung Dönitz, setzte sich das britische Aussenministerium bei den Amerikanern erneut dafür ein, sich nur dann aus den der Roten Armee zu übergebenden Gebieten zurückzuziehen, wenn die «ausstehenden Fragen», insbesondere in Bezug auf Deutschland, Österreich und Polen, geregelt seien. Die Amerikaner antworteten zwei Tage später, der Abzug könne «für kurze Zeit» hinausgezögert werden, aber sie würden «den Abzug in die Zonen nicht endlos verschieben».²⁰ Bei einem ernstem Streit könnte zu viel Porzellan zu Bruch gehen, und ein Stillstand wegen des Rückzugs in die vereinbarten Besetzungszonen würde womöglich Moskaus Bereitschaft mindern, später im Sommer in den Krieg gegen Japan einzugreifen.

Churchill mochte sich im Gespräch mit Botschafter Joseph E. Davies, der zu Sondierungen nach London entsandt worden war, über die «Gestapo-Methoden» der Sowjets in den von ihnen besetzten Gebieten empören,²¹ aber er konnte kaum etwas tun, um die US-Regierung zu einer aggressiveren Haltung zu bewegen. Zudem hatte er, auch wenn es ihm nicht weiterhalf, nur zu deutlich in Erinnerung, dass Davies als Botschafter in Moskau 1936 öffentlich versichert hatte, die von Stalin veranstalteten Schauprozesse würden fair verlaufen.

Am Ende behielten die Sowjets die Oberhand. Nachdem die vier Siegermächte die deutsche Regierung abgesetzt hatten, blieb ihnen nichts an-

deres übrig, als selbst die Verwaltung und Ernährung der über siebzig Millionen Deutschen zu gewährleisten und für Ordnung unter ihnen zu sorgen. Und das in einem Land, dessen Infrastruktur grossenteils zerstört war, dessen Industrie und Landwirtschaft schwer beschädigt und dessen Städte und Dörfer mit obdachlosen Flüchtlingen und nichtdeutschen «displaced persons» überfüllt waren. Das Land (das formal keines mehr war) bedurfte ganz offensichtlich der Lenkung.

Schon im April hatten Churchill und Truman Stalin vorgeschlagen, für die Verwaltung Deutschlands so bald wie möglich, sogar schon vor der Verlegung der Truppen in die endgültigen Besatzungszonen, einen gemeinsamen Kontrollrat zu bilden, wie er in den im Winter unterzeichneten EAC-Vereinbarungen vorgesehen war. Stalin ignorierte den Vorschlag und erwiderte lediglich knapp, eine «vorübergehende taktische Demarkationslinie» sei in Ordnung. Insbesondere die Briten drängten jedoch weiter darauf, die förmliche (und mittlerweile dringend gebotene) Bildung eines Kontrollrats von der Frage des Rückzugs in die vereinbarten Besatzungszonen abzukoppeln. Doch wieder stellten sich die Russen stur. Bis die Angelegenheit sich zuspitzte, sollte jedoch noch einige Zeit vergehen.

Am 29. Mai regte Botschafter John Gilbert Winant, der amerikanische Vertreter im EAC, ein Treffen der alliierten Oberbefehlshaber am 1. Juni in Berlin an, um gemeinsam die Siegeserklärung zu unterzeichnen und damit deren Bestimmungen, einschliesslich derjenigen über die Bildung eines Kontrollrats, sowie die Protokolle über Zonengrenzen und Verwaltungsbehörden in Kraft zu setzen. Auf Eisenhowers Frage, was er tun solle, wenn die Sowjets den westlichen Abzug aus ihrer Zone ansprächen, instruierten ihn seine Vorgesetzten im Generalstab, dann solle er erwidern, dies sei «einer der Punkte, die der Kontrollrat klären solle». Der 1. Juni erwies sich als unrealistischer Termin, doch als die Sowjets am 4. Juni endlich antworteten, hatten sie es, nachdem sie zuvor alle hatten warten lassen, plötzlich eilig. Die Unterzeichnung sollte am nächsten Tag, dem 5. Juni, stattfinden.

Nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal hatten die Sowjets ihre nominellen Verbündeten ausmanövriert. Als Eisenhower mit seiner Begleitung am späten Vormittag des 5. Juni auf dem Flugplatz Tempelhof in Berlin landete, wurde er als Oberbefehlshaber der Alliierten Expeditionstruppen von einer Ehrengarde in Bataillonsstärke begrüsst. Nachdem er sie abgeschieden hatte, was natürlich eine Weile dauerte, wurde er durch die zerstörten Strassen zu einer luxuriösen Villa gefahren, die ihm für den Tag zur Verfügung stand; der britische und der französische Oberbefehlshaber waren ähnlich untergebracht. Die Villen gehörten zu einem von den Sowjets für ihre höheren Offiziere requirierten Komplex in dem relativ unbeschädigten, idyllisch an einem See gelegenen Ortsteil Wendenschloss im Bezirk Köpenick.

Eisenhower führte dann ein Gespräch mit seinem sowjetischen Pendant, Marschall Schukow, in dessen nahegelegener Villa und verlieh ihm den amerikanischen Orden Legion of Merit in der höchsten Stufe, derjenigen eines Chief Commander, bevor er in seine Unterkunft zurückkehrte. Von dort, so glaubte er, würde man ihn nun sofort zur feierlichen Unterzeichnung im örtlichen Jachtklub geleiten. Sie hätte um zwölf Uhr stattfinden sollen, doch dafür war es bereits zu spät, wenn auch nicht allzu sehr. Eisenhower hatte immer noch vor, am Abend wieder in seinem neuen Hauptquartier in Frankfurt am Main zu sein. Aber die Stunden vergingen, ohne dass seine Gastgeber etwas von sich hören liessen. Erst als er den britischen Oberbefehlshaber Montgomery aufsuchte und mit seiner Abreise drohte, reagierten die Sowjets. Nun endlich wurden die drei westlichen Oberbefehlshaber – Eisenhower, Montgomery und ihr französischer Kollege General Jean de Lattre de Tassigny – zum Ort der Zeremonie gebracht.²²

Wenn sie jedoch gedacht hatten, nun würde alles wie geplant verlaufen, dann irrten sie sich. Als sie schliesslich ihren Gastgebern gegenüberstanden, teilten diese ihnen lediglich mit, dass die Unterzeichnung nicht stattfinden könne. Eine (nebensächliche) Klausel der Vereinbarung, erfuhren sie, könne so interpretiert werden, als verpflichteten sich die Sowjets,

japanische Staatsangehörige, die sie in Deutschland aufgriffen, festzunehmen. Da man sich (noch) nicht im Krieg mit Japan befinde, sei dies inakzeptabel. Eisenhower willigte ein, die Klausel zu streichen. Doch Schukow beharrte darauf, dass er Moskau konsultieren müsse.

Als die Zustimmung der sowjetischen Regierung eintraf, war es fast 17 Uhr, mehrere Stunden nach dem ursprünglichen Termin. Inzwischen hatte Eisenhower begriffen, dass die Sowjets ihr Spiel mit ihm trieben. Nach der Unterzeichnung, die in einem Blitzlichtgewitter und unter falschen Freundschaftsbekundungen über die Bühne ging, begaben sich die Oberbefehlshaber in Begleitung ihrer Dolmetscher zu einer privaten Plauderei auf die Terrasse. Eisenhower nutzte die Gelegenheit, um anzuregen, dass der Stab des Kontrollrats nunmehr, da er in aller Form gebildet worden sei, unverzüglich seine Arbeit aufnehmen könne. Schukow klärte ihn umgehend darüber auf, dass dies unmöglich sei. Aber könne man sich nicht auf eine Tagesordnung einigen? Nein, antwortete Schukow. Wie könne er Entscheidungen treffen, wenn er seine eigene Zone nicht kontrolliere? Er gab keinen Zentimeter nach, auch nicht, als Montgomery ihm vorhielt, dass die Dinge kompliziert und chaotisch seien und der Kontrollrat daher unbedingt gebildet werden müsse. Darauf entgegnete der Marschall nur, der Krieg sei vorüber, und wie lange werde es im Übrigen dauern, die westlichen Truppen abzuziehen? Als man ihm sagte, ungefähr drei Wochen, fand er es «sehr zufriedenstellend». In der Zwischenzeit könnten sie ja ihre Kontrollratsstäbe aufstellen.

Da weder Eisenhower noch Montgomery autorisiert waren, Zusagen über ein Abzugsdatum zu machen, war das Gespräch damit beendet. Als sie ins Haus zurückgingen, waren dort die Vorbereitungen für das übliche üppige russische Bankett im Gange, und Wodkagläser wurden für einen Toast auf den «erfolgreichen» Tag bereitgestellt. Eisenhower schloss sich einem Toast an. Auf einem Foto ist zu sehen, wie er einen nicht allzu freundlichen Blick auf Schukow wirft, während dieser Montgomery ein Glas einschenkt (womit, bleibt ein Geheimnis, denn der britische Oberbefehlshaber war militanter Abstinentler). Unmittelbar danach machte sich

Eisenhower auf den Weg, um sein Flugzeug nach Frankfurt zu erreichen. Eigentlich hatten sein Stellvertreter General Lucius D. Clay und eine kleine Gruppe in Berlin bleiben sollen, aber da die Russen keine Übernachtungsmöglichkeiten anboten, kehrten auch sie nach Frankfurt zurück.

Das in angespannter Atmosphäre verlaufene (und enttäuschende) Treffen in Wendenschloss veranlasste Eisenhower, Washington in einem Bericht zu bestätigen, dass die Russen in der Frage der Verwaltung Deutschlands keinerlei Fortschritte zulassen würden, solange sie nicht vollständig im Besitz ihrer Zone seien, was auch Robert Murphy in einem Telegramm ans US-Außenministerium unterstrich.²³ Eisenhower fuhr fort, der noch zu bildende Kontrollrat werde möglicherweise «nur eine Verhandlungsstelle und in keiner Hinsicht eine Gesamtregierung für Deutschland» sein. In Vorwegnahme dessen empfahl er, die amerikanische Besatzungszone als unabhängige Wirtschaftseinheit zu verwalten oder mit den anderen Westzonen zusammenzulegen – und die Russen sich selbst zu überlassen –, um dieses Gebiet in gleicher Weise zu regieren und die Ernährung ihrer Bevölkerung zu sichern.²⁴ Es war ein prophetischer Vorschlag.

Unterdessen begann Washington, obwohl sich Churchill weiterhin dagegen aussprach, mit dem Abzug der amerikanischen Truppen von der temporären Demarkationslinie hinter die vereinbarte Zonengrenze. Den Briten blieb keine andere Wahl, als den Amerikanern zu folgen. Von dieser Veränderung waren Millionen Deutsche betroffen, unter ihnen die Einwohner von bedeutenden mitteldeutschen Städten, wie Magdeburg, Erfurt und Leipzig, die in den letzten Kriegswochen von den Amerikanern eingenommen worden waren.

In ihrer Heimatstadt Schlotheim in Thüringen, die seit dem 8. April von der US-Armee besetzt war, führte die Familie des neunjährigen Joachim Trenkner weiterhin ein nach den Massstäben der Zeit angenehmes Leben. Schlotheim war nie bombardiert worden und war dem Feind fast ohne einen Schuss zugefallen. Zudem hatte, was höchst ungewöhnlich war, niemand aus der Familie im Krieg kämpfen müssen. Bis zur Ankunft der

Amerikaner war es für die 4'000 Einwohner der Kleinstadt fast so gewesen, als hätte es keinen Krieg gegeben. Selbst als er doch noch nach Schlotheim kam, tat er es nicht in der Form von Granaten und Bomben, sondern mit einem metallischen Klappern, an das sich Joachim Trenkner bis heute erinnert. Er sah aus dem Fenster und erblickte amerikanische Panzer, die scheppernd durch die Hauptstrasse fuhren. Das war's. «Weiter passierte nichts», erzählt Joachim Trenkner. «Sie waren einfach nette Kerle.»²⁵

Anfangs hatten seine Eltern jedoch ein Problem. Seinem Vater war von abrückenden Wehrmachtsoldaten geraten worden, seine Rotkreuzuniform anzuziehen, wenn die Amerikaner kämen. Vielleicht hatten sie daran gedacht, dass die Galionsfigur des Deutschen Roten Kreuzes, dessen Präsident Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, ein Enkel von Königin Victoria und damit Cousin des Königs von England war. Es war allerdings ein schlechter Rat, denn unter den Nationalsozialisten war das Rote Kreuz politisiert und militarisiert und praktisch in einen Zweig der NSDAP verwandelt worden. Es stand daher auf der von den Eroberern mitgebrachten Liste der geächteten NS-Organisationen. Zudem wirkte die DRK-Uniform verwirrend militärisch. Dr. Trenkner wurde folgerichtig kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner festgenommen. Seine Rettung war die Ankunft einer Gruppe serbischer Zwangsarbeiter, die er medizinisch behandelt hatte, und zwar angemessen, obwohl das NS-Regime dies nicht gern gesehen hatte. Da die Serben für ihn bürgten, wurde er nach wenigen Stunden wieder freigelassen und durfte in seine Praxis zurückkehren.

Trotz des unerfreulichen Auftakts konnte Joachim Trenkners Vater in den folgenden Wochen eine gute Beziehung zum amerikanischen Sanitätsstab aufbauen, der sein Büro und seine Praxis nutzte. Als nach rund zehnwöchiger, immer freundlicherer amerikanischer Präsenz Anfang Juli klar wurde, dass die Stadt bald den Sowjets übergeben werden würde, war seine Beunruhigung auch für seine Gäste kaum zu übersehen. Immerhin war er NSDAP-Mitglied gewesen, wenn auch kein besonders fanatisches. Als der

Abzugstermin unaufhaltsam näher rückte, bot ihm der amerikanische Sanitätsoffizier deshalb an, ihm und seiner Familie die Erlaubnis zu besorgen, mit den amerikanischen Truppen westwärts zu ziehen. Trenkner senior nahm das Angebot an und fand auch gleich auf der anderen Seite der Zonengrenze eine neue Praxis. Der Pferdekarren der Familie wurde mit den wichtigsten Habseligkeiten vollgepackt, ihr treues Pferd ins Geschirr gespannt (es war die Zeit der Benzinknappheit), und dann waren sie bereit, im sommerlichen Sonnenschein über die nur dreissig Kilometer entfernte Demarkationslinie zu fahren und sich in der amerikanischen Zone ein neues Leben aufzubauen.

Doch da griff ein Deus ex Machina ein, in diesem Fall in Gestalt des Mannes, der in einem Fenster im Obergeschoss des Hauses erschien – Joachim Trenkners Grossvater, ebenfalls Arzt (und überzeugter Nationalsozialist), der sich dafür entschieden hatte, im geräumigen, bequemen Heim der Familie zu bleiben. Nun, da sein Sohn, seine Schwiegertochter und seine drei Enkel abfahrbereit waren, steckte er den Kopf aus dem Fenster und rief seinem Sohn herrisch zu: «Wenn du gehst, wirst du enterbt!» Dr. Trenkner zögerte. Doch einige Minuten später begannen er und seine Familie, ihre Habseligkeiten wieder ins Haus zu bringen. Die Gefahr von Seiten der russischen «Horden» wog die Gefahr, alles zu verlieren, was er nach dem Tod des Vaters erben würde, nicht auf.

Als wenige Tage später die Russen in Schlotheim einzogen, war der neunjährige Joachim erstaunt über seine Reaktion: «Nach meiner Erinnerung hatte ich keine Angst vor ihnen. Wir bemitleideten sie gewissermassen, weil sie so arm aussahen – verglichen mit den Amerikanern zuvor. Und sie hatten nichts zu bieten. Es gab keine Schokolade und keine Camel mehr, nur diese starken russischen Zigaretten.»

Aber nicht nur die Russen lösten bei den Deutschen eine gewisse instinktive Furcht aus. Im Westen sollten die Amerikaner von ihnen besetzte Gebiete räumen und den Franzosen übergeben, deren Besatzungszone erst spät festgelegt worden war und auch Teile der britischen Zone umfasste, wie das südliche Rheinland und einen Teil von Württemberg. In Koblenz war die Enttäuschung und Angst besonders gross. Hier hatte die Bevölke-

rung die Amerikaner in den Wochen und Tagen vor der Einnahme der Stadt im März 1945 mit gewissem Gleichmut erwartet.

Ältere Koblenzer hatten aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gute Erinnerungen an die Amerikaner. Damals war die Dritte US-Armee, zuerst unter Generalmajor Joseph Theodor Dickman und dann unter Generalleutnant Hunter Liggett, für etwas mehr als vier Jahre (Dezember 1918 bis Januar 1923) als Besatzungsmacht in Koblenz einquartiert. Zwischen den «doughboys»* und Einheimischen scheint ein freundliches Verhältnis geherrscht zu haben. Es gab die üblichen Flirts, die zu dauerhaften amerikanisch-deutschen Bindungen führten (der amerikanische Skandalschriftsteller Charles Bukowski, der besonders durch die Filmadaptation seines Lebens – *Barfly* – bekannt ist, kam 1920 bei Koblenz als Sohn eines polnisch-amerikanischen Soldaten und einer deutschen Mutter zur Welt). An General Liggett erinnerte man sich voller Dankbarkeit, da er den Koblenzern geholfen hatte, die Bestimmung des Friedensvertrags zu umgehen, nach der die preussische Festung Ehrenbreitstein, die sich in beherrschender Lage auf der rechten Rheinseite gegenüber der Moseleinmündung erhob, hätte zerstört werden müssen.²⁶

Die französische Besatzung, die der amerikanischen für weitere sechs Jahre bis 1929 folgte, war für die Bevölkerung dagegen weniger erfreulich gewesen. Insbesondere der französische Versuch, eine separatistische Rheinische Republik mit Koblenz als faktischer Hauptstadt zu errichten, der vielerorts zu Kämpfen und Plünderungen führte, nahm man den Franzosen übel.

Die Einnahme von Koblenz im März 1945, wie sie der junge Helmut Nassen erlebte, war nicht annähernd so reibungslos verlaufen wie diejenige von Schlotheim. Die Amerikaner mussten sich gegen hartnäckigen Widerstand in die Innenstadt vorkämpfen, und nachdem sie die linke Rheinseite am 18./19. März endlich vollständig in ihren Besitz gebracht hatten, kon-

* Wörtlich: Mehlkloss. Bezeichnung amerikanischer Infanteristen, insbesondere im Ersten Weltkrieg.

trollierten die Deutschen weiterhin das linke Rheinufer. Egon Plönissen, dessen vierzehnter Geburtstag bevorstand, verfolgte in diesen angespannten Tagen ebenso wie Helmut Nassen den Aufmarsch feindlicher Truppen am anderen Rheinufer. Er verfluchte sie einerseits, andererseits wünschte er sie aber auch über den Fluss herbei, damit sie den Krieg für ihn und seine Familie beendeten.

Die Ängste der Familie Plönissen waren umso grösser, als man Egons Vater – der Zahnarzt von Ehrenbreitstein, ein Veteran des Ersten Weltkriegs, der jetzt Mitte vierzig war und 1939/40 noch einmal kurz in der Wehrmacht gedient hatte, bevor man ihn aus Altersgründen entlassen hatte – im Herbst 1944 im Zuge der Mobilisierung des Volkssturms erneut zur Fahne gerufen hatte. Glücklicherweise wurde ihm für den Augenblick gestattet, halbtags seine wichtige Tätigkeit als Zahnarzt fortzusetzen, während er gleichzeitig als Versorgungsoffizier für die Festungsbesatzung fungierte.

Obwohl Egons Vater nur vorübergehend und zeitweise Soldat sein mochte, so war er doch formal Angehöriger der Streitkräfte und als solcher Befehlsempfänger. Während die Amerikaner Berichten zufolge bereits in Remagen den Rhein überquert hatten und von Norden auf die linksrheinischen Vororte von Koblenz vorrückten, verbreitete sich das Gerücht, die Festungsbesatzung würde den Befehl erhalten, sich ostwärts in den Westerwald abzusetzen, um sich dort anderen kämpfenden Einheiten anzuschliessen. Damit war für ihn der Augenblick der Entscheidung gekommen. Mit Hilfe des Nachtpassierscheins, den er erhalten hatte, um im Notfall zahnärztliche Behandlungen durchführen zu können, verliess er, während die Besatzung antrat, die Festung und eilte nach Hause. Dort versteckte er sich, wie mit der Familie abgesprochen, in einem Gartenhaus auf dem Grundstück ihrer Mietvilla. Obwohl er als Patriot 1914 bis 1918 und 1939/40 seine vaterländische Pflicht getan hatte, sah er nicht ein, warum er kilometerweit von zu Hause sterben sollte. Wie zu erwarten, erschien die Gestapo, um nach ihm zu suchen. Sie wurde mit einer Geschichte über einen angeblichen ärztlichen Notfall abgespeist. Kurz darauf verlegte er

seinen Unterschlupf zu einem alten Freund, dem örtlichen Allgemeinarzt, dessen Haus einen Keller mit separatem Eingang hatte. Dort wollte er, hinter einem Stapel Decken versteckt, das Ende abwarten.

Während das Drama seinem Ende zustrebte, beobachtete Egon Plönissen – der bereits eine Nacht zur Strafe in der Festung verbracht hatte, weil er auf Militärgelände Futter für die Hühner seiner Familie besorgt hatte – gespannt, wie weiterhin Jungen, die kaum älter waren als er, dem Fantasieziel des «Führers», den Feind ans rechte Rheinufer zurückzudrängen, geopfert wurden. Er erinnert sich noch gut, dass er in diesen Tagen auf der Strasse an der Festung ein halbes Dutzend junger Luftwaffenhelfer sah, die nicht älter als 16 waren. Von einem älteren Feldwebel angeführt, trotteten sie, eine 2-Zentimeter-Flugabwehrkanone schleppend, langsam an Egon vorbei. Er folgte ihnen und beobachtete, wie sie an einem landschaftlich besonders schönen Ort, dem Mühlental, in Stellung gingen. Selbst in seinem Alter wusste er, dass eine Kanone wie diese gegen amerikanische Panzer nichts auszurichten vermochte. Falls sie jemals gegen sie zum Einsatz kommen würde.

Tatsächlich brummte einige Stunden später ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug am Himmel, um die neue Stellung zu erkunden. Kurz nach seiner Rückkehr auf die amerikanisch besetzte Rheinseite eröffnete die schwere Artillerie des Feindes das Feuer. Granaten krachten ins Mühlental: «Diese kleinen Kerlchen ... gleich noch eine Salve auf die Stellung. Boom. Sechs mit dem Feldwebel, mit einem Schlag alle tot. Und das kleine Geschütz ... Es war ein Trauerspiel ...»²⁷

Obwohl die Kämpfe um den Rheinübergang in Koblenz wochenlang erbittert geführt worden waren, gewöhnten sich die Koblenzer, sobald sich die Front ostwärts verschoben hatte, rasch an den Besatzungsalltag, und alles lief relativ glatt. Selbstverständlich gab es Spannungen. Als Egon Plönissens Vater seine zahnärztlichen Geräte aus dem Raum in der Festung Ehrenbreitstein holen wollte, wo er sie in den letzten Kriegsmonaten untergestellt hatte, wurde ihm in der jetzt von der amerikanischen Garnison

genutzten Festung höflich, aber bestimmt mitgeteilt, dass sie jetzt mit dem Recht des Siegers Eigentum der Vereinigten Staaten seien.

Ohne seine Ausrüstung konnte er nicht praktizieren. Doch momentan liess sich nichts machen. Bis Anfang Juli Egons attraktive Cousine, die, wohl nicht zuletzt aufgrund ihres guten Aussehens, von den Amerikanern in der Festung als Sekretärin angestellt worden war, Neuigkeiten zu vermelden hatte. Die Amerikaner, vertraute sie ihren Verwandten an, würden bald aus Koblenz abziehen, ebenso wie aus anderen Bezirken, die als Teil der französischen Besatzungszone vorgesehen seien.

Amerikaner und Franzosen hatten ausgesprochen präzise Übergabemodalitäten vereinbart. Wir werden in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli abrücken, teilten die Amerikaner Plönissen senior mit, und die Franzosen werden um zwei Uhr nachts in die Festung einziehen. Sie haben also diese wenigen Nachtstunden, Herr Plönissen, um sich Zugang zu verschaffen und ihre wertvolle zahnärztliche Ausrüstung beiseitezuschaffen, bevor sie in die Einflussphäre der französischen Regierung gerät und Ihnen damit wahrscheinlich für immer verlorenght.

So wartete Egons Vater zusammen mit seiner Familie und einigen Freunden am Abend des 14. Juli mit einem grossen, von zwei Pferden gezogenen Pritschenwagen vor der Festung auf den Abzug der Amerikaner. Kaum waren die Letzten fort, eilten sie in die Festung, um in den nächsten zwei Stunden hektisch Zahnarztgeräte abzubauen und zu verladen. Tatsächlich gelang es ihnen, alles hinauszuschaffen und rechtzeitig vor der Ankunft der Franzosen – die sich zudem etwas verspäteten – das Festungsviertel zu verlassen. Binnen weniger Tage hatte Plönissen senior seine Praxis wieder eingerichtet und eröffnet – nicht zuletzt für die Spitzen der neuen französischen Militärverwaltung, die bereit waren, eine hochprofessionelle deutsche Zahnbehandlung angemessen zu bezahlen.

Selbstverständlich war es auch für Arzt- und Zahnarztfamilien in den nachfolgenden Besatzungsjahren nicht immer leicht, aber die allermeisten

von ihnen überlebten. Das war mehr, als man von gewöhnlichen Deutschen sagen kann, die keinen Kontakt zu den Besatzern hatten, keinen Beruf ausübten, gegen dessen wertvolle Leistungen man andere Dinge eintauschen konnte, und über keine Beziehungen zu jener Schicht verfügten, auf die ach so kultivierte Städter auch in Deutschland stets herabgeblickt hatten: die Bauern. Sie sollten auf absehbare Zeit entscheidend über Leben und Tod, über Verhungern oder Überleben mitbestimmen.

All dies lag aber noch in der Zukunft. Im Augenblick standen die Deutschen insgesamt vor den schlimmsten Monaten, einer Zeit, in der sie völlig der Gnade der Eroberer ausgeliefert waren und feststellen mussten, dass diese Gnade ein sehr, sehr dünner Stoff war, der leicht zerreißen konnte.

AUS EROBERERSICHT

Es dürfte nicht übertrieben sein, wenn man sagt, dass 1945 sehr viele, wenn nicht die meisten Bürger der alliierten Länder die Deutschen hassten. Glaubt man den damaligen Meinungsumfragen, so stieg zwischen Frühjahr 1943 und Februar 1945 (als Dresden und andere deutsche Grossstädte durch Luftangriffe nahezu vollständig zerstört wurden) der Anteil der Briten, die erklärten, die Deutschen zu hassen oder zumindest keine Sympathie für sie zu hegen, von 43 auf 54 Prozent. In Amerika vergrösserte sich der Anteil der Befragten, welche die Deutschen für von Natur aus krieglüstern hielten, zwischen Februar 1942 und Dezember 1944 von 23 auf 37 Prozent. Im Januar 1944 sprachen sich in einer Umfrage der Zeitschrift *Fortune* 30 Prozent der Befragten dafür aus, das Deutsche Reich völlig aufzulösen und in kleinere Staaten aufzuteilen.¹ Ein Vikar der Kirche von England sprach für viele, als er in einem Brief an eine britische Zeitung erklärte:

«Als Erstes muss man erkennen, dass der deutsche Charakter dem Wesen nach brutal ist und nur die Sprache der Gewalt versteht. Seit tausendfünfhundert Jahren ist der Hunne, um ihm den passenden Namen zu geben, für seine Nachbarn eine Bedrohung ... und man ist zu der Schlussfolgerung gezwungen, dass Gott selbst eingreifen und durch irgendeine Naturkatastrophe jene Teile Deutschlands auslöschen wird, die nötig sind, um für immer auszuschliessen, dass es jemals wieder für die Welt eine Bedrohung wird.»²

Der vehement antideutsche Grande des britischen Aussenministeriums Lord Robert Vansittart hatte mit seinen Rundfunkansprachen während des

Krieges und dem Buch *Black Record*, in dem er sie gesammelt veröffentlicht hatte, beträchtlich zur Verbreitung solcher Vorstellungen in der britischen Öffentlichkeit beigetragen. Aber auch die fortgesetzten V-Waffen-Angriffe, die zwar nur relativ wenige Todesopfer kosteten, aber zutiefst gefürchtet und verhasst waren und erst endeten, als Ende März 1945 die letzte Abschussbasis von den Alliierten erobert wurde, trugen zur zunehmenden Erbitterung und Kriegsmüdigkeit der Zivilbevölkerung bei.

Immerhin war schon lange absehbar gewesen, dass der Krieg für Deutschland verlorenging. Von der anderen Seite des Ärmelkanals aus gesehen, schien die deutsche Bevölkerung insgesamt dennoch zum Weiterkämpfen entschlossen zu sein. Da die britische Öffentlichkeit kaum nachvollziehen konnte, welche Mittel die NS-Diktatur besass und auch anwandte, um die Menschen zur Fügsamkeit zu zwingen, nahm sie an, die Fortsetzung des Krieges beruhe auf nahezu universeller Zustimmung und sogar Unterstützung. Hinzu kam der Schock, den die Meldungen über Konzentrationslager wie Bergen-Belsen, Buchenwald und Dachau (bei den Nachrichten über Auschwitz dauerte es etwas länger, bis die Öffentlichkeit sie wahrnahm) auslösten, die von den ins deutsche Kernland vorrückenden angloamerikanischen Truppen entdeckt worden waren. In der letzten Kriegsphase berichteten die Zeitungen ausführlich über das nunmehr unbestreitbare Grauen solcher Orte, und die Kinowochenschauen zeigten grausige Bilder von ihnen. Molly Panter-Downes vermerkte in ihrem Tagebuch, wie sich die Haltung der Öffentlichkeit verhärtete:

«Millionen von behaglich lebenden Familien, die zu gutmütig und träge waren ... um sich die Mühe zu machen, zu glauben, was sie bequemerweise als übertriebene Zeitungspropaganda betrachteten, glauben jetzt den furchtbaren, unwiderlegbaren Beweisen, die selbst in verschwommenem Druck auf schlechtem Kriegspapier nur allzu deutlich sind. Das Entsetzen der Öffentlichkeit ist gewaltig, und viele bisher gleichmütige Menschen fragen sich beunruhigt, ob sie nicht doch Lord

Vansittarts unbarmherzigen Ansichten über einen harten Frieden zustimmen sollen.»

Die meistgelesene konservative Zeitung, der *Daily Express*, zeigte am 1. Mai in einer Freiluftausstellung auf dem Trafalgar Square unter dem Titel «Sehen heisst glauben» Fotos von Konzentrationslagern. Auch im Leseraum der Zeitung in der Regent Street waren die Fotos (in grösserer Auswahl) ausgestellt. «Nachdem ich die Ausstellung gesehen habe», sagte ein Besucher des Leseraums, «meine ich, dass wir alle Deutschen erschossen sollten. Es gibt nicht einen einzigen Guten unter ihnen.»³

Diese ebenso erbarmungslose wie undifferenzierte Haltung gegenüber dem besiegten Feind war in allen Gesellschaftsschichten verbreitet. Auf der Teheraner Konferenz der «Grossen Drei» im Jahr 1943 hatte Stalin vorgeschlagen, 50'000 hohe deutsche Funktionsträger summarisch zu erschliessen. Churchill war entsetzt über diese möglicherweise nicht ganz ernst gemeinte Anregung,⁴ setzte sich aber nachdrücklich dafür ein, hohe NS-Führer und Kriegsverbrecher standrechtlich hinzurichten. Er liess diese Idee im Frühjahr 1945 nur widerwillig auf Drängen der Amerikaner fallen, die inzwischen zu der Ansicht gelangt waren, dass internationale Kriegsverbrecherprozesse die einzige anständige Lösung des Problems darstellten.⁵ Was die Sowjets anging, so war ihre Einstellung ebenso extrem wie verständlich, auch wenn viele der Grausamkeiten, die sie auf deutschem Boden begingen, unverzeihlich waren und sind.

Eisenhower, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im Westen, schien, obwohl selbst deutscher Abstammung, nicht nur offensichtliche Täter, sondern das deutsche Volk als Ganzes zu verachten. Tatsächlich hatte er schon vor dem amerikanischen Kriegseintritt ein gewisses Misstrauen ausgedrückt. Im September 1939, kurz nach dem deutschen Angriff auf Polen, schrieb er in einem Brief an seinen Bruder, es scheine «unmöglich zu sein, dass Menschen, die sich für intelligent halten ... einem machtstüchtigen Egozentriker absolute Macht übertragen» und einen «kriminell-

len Geistes gestörten» zum «absoluten Herrscher über 89 Millionen Menschen» machen.⁶

Jahre später, als die Alliierten nach dem anfänglichen raschen Vormarsch durch Frankreich gestoppt und in einen verlustreichen Abnutzungskrieg verwickelt wurden, schrieb Eisenhower an seine Frau Mamie jene Sätze über seinen Hass auf die Deutschen, die nach dem Krieg häufig zitiert, wenn auch für gewöhnlich aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Die Passage, die den Ausdruck des Hasses enthält, wurde während der katastrophalen Schlacht um die Brücke von Arnheim im September 1944 geschrieben und lautet vollständig:

«Du hast in den Zeitungen gelesen, dass wir vor zwei Tagen eine grosse Luftlandeoperation begonnen haben. Jedes Mal, wenn ich den Befehl zu einer grossen Schlacht geben muss, frage ich mich, wie die Menschen zu Hause so selbstzufrieden auf die Beendigung des Jobs, den wir hier haben, blicken können. Es steht uns noch viel Leid bevor. Bei Gott, ich hasse die Deutschen!»⁷

Es war, mit anderen Worten, eher ein Ausdruck wütender Verzweiflung über den hartnäckigen Widerstand des Feindes und die unnötigen Todesopfer als Ausdruck groben Völkerhasses.

Wie in Grossbritannien reichte das Spektrum der Einstellungen gegenüber den Deutschen in Militär und Regierung der Vereinigten Staaten und wahrscheinlich auch in der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit von rachsüchtig und ausgesprochen rassistisch bis zu entrüstet, aber auf Gerechtigkeit bedacht. Gleichwohl befand sich auch unter denjenigen am zuletzt genannten Ende des Spektrums kaum jemand, der meinte, die Deutschen sollten wie Franzosen, Niederländer, Polen und Jugoslawen als «befreites» Volk behandelt werden.

In Bezug auf die Österreicher galt dies nicht, was vielleicht merkwürdig war. Obwohl sie seit dem «Anschluss» im März 1938 zumeist begeisterte Bürger des Dritten Reichs gewesen waren, aus deren Reihen bekanntermassen auch Adolf Hitler kam, konnten sie dennoch den Status eines

unterdrückten Volks für sich beanspruchen. Als die Russen vorrückten und die NS-Machthaber sich zurückzogen, tauchten in den Städten und Dörfern der sogenannten Ostmark zahlreiche bewaffnete Separatisten auf, die Armbinden mit der rot-weiss-roten österreichischen Fahne trugen und behaupteten, die Freiheit des Landes wiederherzustellen. Während die Alliierten in Deutschland sämtliche staatlichen Einrichtungen auflösten, hatte Österreich, obwohl es besetzt und (einschliesslich Wien) in vier Besatzungszonen aufgeteilt wurde, von Anfang an eine eigene Regierung mitsamt Bundeskanzler und Ministern.

Der Sozialdemokrat Karl Renner, mittlerweile Mitte siebzig und schon 1918/19 nach dem Sturz der Habsburger Monarchie erster Staatskanzler der österreichischen Republik (damals noch Republik Deutschösterreich genannt), kehrte 1945 auf Bitten der Sowjets aus dem Ruhestand zurück, um die Neugründung des österreichischen Staats zu verkünden. Unterstützt wurde er von einer Koalition der drei nichtfaschistischen Parteien – seiner eigenen sowie der Volkspartei (Konservative) und der Kommunisten. Diese Regierung, mit Renner als Staatskanzler, wurde am 27. April von den Sowjets, die seit dem 13. April Wien in der Hand hatten, und kurz darauf auch von den Westalliierten anerkannt.

Es war ein in vieler Hinsicht eigenartiger und für Aussenstehende rätselhafter Vorgang. Hitlers eigenes Volk war von seiner Herrschaft «befreit» worden? Die Wiener und die Österreicher insgesamt, von denen viele im März 1938 den Anschluss ans Dritte Reich begeistert begrüsst hatten, waren also plötzlich eingefleischte rot-weiss-rote Patrioten, und zwar so sehr, dass sie hartnäckig darauf bestanden, im Grunde keine «Deutschen» zu sein? Dem in Besatzungsangelegenheiten nach Österreich zurückkehrenden emigrierten Wiener Juden George Clare, der ein Gespür für solche Feinheiten besass, fiel auf, dass selbst gebildete Österreicher, die für gewöhnlich ein nur leicht wienerisch eingefärbtes Hochdeutsch sprachen, in den groben Dialekt der Wiener Vororte verfallen waren, um ihre nichtdeutsche österreichische Identität zu betonen.⁸

Die Neugründung der österreichischen Republik war in der Tat seit der Moskauer Konferenz im Jahr 1943, auf der die Alliierten den Anschluss Österreichs für ungültig erklärt hatten, eines der Kriegsziele gewesen. Daher gehörten österreichische Wehrmachtangehörige zu den Ersten, die nach Kriegsende aus alliierter Gefangenschaft entlassen wurden. Dies sorgte für viel böses Blut, da viele von ihnen, soweit ihre deutschen Kameraden es beurteilen konnten, das NS-Regime ebenso eifrig unterstützt hatten wie sie selbst, wenn nicht noch mehr. Ulrich Frodien, selbst ein ehemaliger Hitlerjugendführer und zu diesem Zeitpunkt immer noch überzeugter Nationalsozialist, bemerkte über seine österreichischen Kameraden im Gefangenenlazarett:

«[U]nter ihnen [waren] einige Supernazis, gegen die ich ein brauner Leichtmatrose war. Die fingen plötzlich damit an, merklich auf Distanz zu uns zu gehen. Sie steckten ihre Köpfe verschwörerisch zusammen und forderten schliesslich beim Chefarzt ihre sofortige Entlassung aus der Gefangenschaft, weil sie als Ausländer nur gezwungenen Dienst in der deutschen Wehrmacht geleistet hätten. Auch das allgemeine Gelächter und zahlreiche bissige Dauerattacken unserer Berliner Originale änderten nichts an dieser schnellen Absetzbewegung, die schliesslich erfolgreich war. Sie wurden alle nach Hause entlassen. Der bisherige [österreichische] NS-Führungsoffizier des Lazaretts ... hielt zum Kriegsende eine flammende Rede gegen die NS-Regierung und erklärte genau das Gegenteil von dem, was er vorher gesagt hatte. Wenn das nicht so traurig gewesen wäre, hätte man eine Grotteske aus dem Ganzen machen können.»⁹

Was die Deutschen anging, war die Sache ziemlich klar. In den Instruktionen der alliierten Oberkommandos an die Truppe wurde unmissverständlich klargestellt, dass sie nicht als befreites Volk zu betrachten seien. Um es zu wiederholen, die Haltung hatte sich verhärtet. Das Handbuch, das an die nach Deutschland vorrückenden amerikanischen Soldaten verteilt wur-

de, enthielt unter anderem den Text einer von Eisenhower unterzeichneten Proklamation, die sich an die Bevölkerung des besiegten Landes richtete und ihr ihre Stellung klarmachte. In frühen Entwürfen war im Zusammenhang mit der alliierten Invasion noch der Begriff «Befreiung» verwendet worden, aber in den oberen Rängen hatte man ihn rasch gestrichen. Es gab keinen Zweifel daran, dass Deutschland (im Gegensatz zu 1918) erobert worden war, ein besetztes Land sein würde und jedes Recht verwirkt hatte, seine Geschicke selbst zu bestimmen. Als sich die alliierten Truppen im Herbst 1944 der deutschen Grenze näherten und eine Entscheidung gefällt werden musste, einigte man sich auf die Formel «Deutschland wird immer als besiegtes und nicht als befreites Land behandelt». So konnten es die amerikanischen Soldaten in ihrem Handbuch lesen. Der erste Paragraph von Eisenhowers zweisprachig veröffentlichter Proklamation an die deutsche Bevölkerung lautete:

«Die alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer: jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtsätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staats-Polizei und andere Personen, die verdächtigt sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.»¹⁰

Anstelle des «siegreichen Heers» in der deutschen Übersetzung war in der englischen Fassung von «conquerer», Eroberer, die Rede, doch die

deutschsprachigen Mitarbeiter der Abteilung für psychologische Kriegführung im SHAEF hatten darauf hingewiesen, dass die Implikationen dieses Wortes im Deutschen etwas direkter und brutaler seien als diejenigen der ihm am nächsten kommenden englischen Entsprechung – und dass es tatsächlich fast mit «oppressor», Unterdrücker, synonym sei. Es wurde schliesslich nach Konsultationen auf höchster Ebene durch den Begriff «siegreiches Heer» ersetzt, der lediglich das Offensichtliche feststellte, aber auch ausblendete, was dieses Heer in Deutschland tat.¹¹ In der englischen Fassung wurden die Eroberer jedoch weiterhin als solche bezeichnet. Die praktischen Konsequenzen dieser in der Militärbürokratie höchst umstrittenen Angelegenheit waren freilich begrenzt, wie ein hoher SHAEF-Offizier andeutete, als er sagte, dass «sowieso niemand Handbücher liest, ausser ganz junge Offiziere, deren anschliessende Handlungen kaum Auswirkungen haben dürften».¹²

Das Handbuch wurde schliesslich im Dezember 1944 an die kämpfende Truppe ausgeliefert, zufälligerweise gerade rechtzeitig zur Ardenenschlacht. Jenseits aller semantischen Streitfälle enthielt es einige Grundsätze, die in der Anfangszeit der Besatzung die Einstellung der Soldaten beeinflussten – vermutlich nicht immer zum Guten.

Im April, als der Sieg absehbar war, arbeiteten die Vereinten Stabschefs in Washington die berüchtigte Direktive JCS 1067 an den SCAEF (Eisenhower) aus, die detaillierte Richtlinien für das Verhalten der US-Soldaten im besetzten Deutschland enthielt. Der Ton war unvermeidlicherweise moralistisch, streng, schroff. Was die Grundeinstellung zur deutschen Bevölkerung anging, war die Aussage klar und unmissverständlich, hatte allerdings wenig mit der Wirklichkeit zu tun:

- «a) Es muss den Deutschen klargemacht werden, dass Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und dass sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

- b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
- c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.
- d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.»¹³

Mehr noch als das Handbuch war die Direktive JCS 1067 das Ergebnis scharfer interner Auseinandersetzungen zwischen Pentagon, Weissem Haus und Finanzministerium. In diesem Streit – der keineswegs vorüber war, nachdem der Präsident die Direktive gebilligt hatte – kamen sowohl die unterschiedlichen Ansichten von Roosevelts Mitarbeitern und Beratern über die künftige Gestalt von Nachkriegsdeutschland als auch Differenzen recht grundsätzlicher politischer Art zum Ausdruck. Im Wesentlichen standen sich Idealisten, die Deutschland durch radikale Eingriffe in ein völlig neues, friedliches und harmloses Land verwandeln wollten, und Pragmati-

ker gegenüber. Letztere betrachten es angesichts der kläglichen Lage der siebzig Millionen Einwohner des Landes als oberste Priorität, die Menschen rasch wieder in die Lage zu versetzen, sich selbst den Lebensunterhalt zu verdienen und sich zu ernähren.

Hauptvertreter dieser beiden entgegengesetzten Standpunkte waren der 54-jährige Finanzminister Henry Morgenthau (für die Idealisten) und der erfahrene, 1945 bereits 77 Jahre alte Kriegsminister Henry J. Stimson (für die Realisten). Stimson, Angehöriger der republikanischen Ostküstenelite und Absolvent von Yale und der juristischen Fakultät von Harvard, hatte bereits 1911 bis 1914 als Kriegsminister und in der Zwischenkriegszeit als Prokonsul im besetzten Nicaragua sowie auf den gleichfalls besetzten Philippinen amtiert. Obwohl Stimson den Republikanern angehörte, hatte Roosevelt ihm 1940 den Posten des Kriegsministers angeboten, weil er fraglos ein Nazigegner war. Aber er war auch ein nüchterner Realist mit beachtlicher Regierungserfahrung, der utopischen Plänen misstraute.

Morgenthau stammte aus anderen Verhältnissen. Sein Vater hatte nach dem Ersten Weltkrieg als Botschafter in der Türkei gedient, so dass er als junger Mann voller Entsetzen Zeuge der Massaker und Vertreibungen nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs geworden war. Ausserdem war er ein (höchst assimilierter) Jude. Die Frage, ob die zuletzt genannte Tatsache entscheidenden Einfluss auf seine Ansichten über die Zukunft Deutschlands hatte, wurde damals und wird bis heute viel diskutiert.

Im Zentrum von Morgenthaus Plan für das Nachkriegsschicksal Deutschlands stand die Absicht, dem besetzten Land buchstäblich die Fähigkeit zu nehmen, jemals wieder Krieg zu führen. Kurz gesagt schlug er vor, Deutschland zu einem «vorwiegend landwirtschaftlichen und pastoralen Land» zu machen, das in drei Teile gespalten werden sollte: einen «nordeutschen» und einen «süddeutschen» Staat sowie eine internationale Zone, die die Schwerindustrie- und Bergbaugebiete an Ruhr und Rhein umfassen und sich nordöstlich bis nach Bremen und Hamburg und zum strategisch wichtigen Nord-Ostsee-Kanal erstrecken sollte. Über die Ruhr hiess es:

«Binnen kurzer Zeit, wenn möglich in nicht mehr als sechs Monaten nach Einstellung der Feindseligkeiten, sind sämtliche Industriefabriken und -anlagen, die nicht durch militärische Operationen zerstört worden sind, entweder restlos zu demontieren und aus dem Gebiet zu entfernen oder vollständig zu zerstören. Aus den Bergwerken sind sämtliche Anlagen zu entfernen, und die Bergwerke sind vollkommen unbrauchbar zu machen.»

Der Lebensstandard der Deutschen sollte nach Morgenthau Vorstellung «auf Subsistenzniveau gehalten» werden.¹⁴

Stimsons Erwiderung vom 5. September 1944 begann mit der Feststellung, er pflichte den «dargelegten Grundsätzen» bei, die sich «in Übereinstimmung mit dem Kurs» befänden, «den das Kriegsministerium in seinen Direktiven an die Streitkräfte verfolgt», fügte dann aber einschränkend hinzu: «mit Ausnahme des letzten Absatzes». Dieser war jedoch der wichtigste, in dem Morgenthau seine drastischen, um nicht zu sagen drakonischen Vorschläge für die künftige Gestalt der deutschen Wirtschaft machte. Stimson fuhr nachdrücklich fort: «Ich kann den Vorschlag, solch ein Gebiet im gegenwärtigen ökonomischen Zustand der Welt in ein nicht-produktives ‚Geisterterritorium‘ zu verwandeln, nicht für realistisch halten, da es zum Zentrum des am meisten industrialisierten Kontinents der Welt geworden ist, der von Völkern voller Energie, Elan und Fortschrittlichkeit bewohnt wird.» Abschliessend erklärte er:

«Genauso wenig kann ich der Aussage zustimmen, dass es einer unserer Zwecke sein sollte, die deutsche Bevölkerung ‚auf Subsistenzniveau‘ zu halten, wenn damit der Zustand der Armut gemeint ist, in dem das deutsche Volk zu einem Knechtsdasein verdammt wäre, das es ihm, ganz gleich, wie hart es arbeitet, unmöglich machen würde, seine ökonomische Stellung in der Welt materiell zu verbessern. Solch ein Programm würde, glaube ich, Spannungen und Ressentiments erzeugen, die jeden unmittelbaren Sicherheitsvorteil bei Weitem überwiegen und

dazu führen würden, die Schuld der Nazis und die Bösartigkeit ihrer Lehren und Taten zu verschleiern.

Ausserdem kann ich es mir nicht anders vorstellen, als dass man durch solche ökonomischen Fehler die Quellen vergiften würde, aus denen, wie wir hoffen, der künftige Weltfriede gespeist werden kann. Mein Grundeinwand gegen die vorgeschlagenen Methoden der Behandlung Deutschlands ... ist, dass sie einem System präventiver und erzieherischer Bestrafung auch noch die gefährliche Waffe totaler wirtschaftlicher Unterdrückung hinzufügen würden. Solche Methoden verhindern, nach meiner Meinung, keinen Krieg; sie sind geeignet, Krieg zu züchten.»¹⁵

Es war eine vernichtende Erwiderung, und diejenige von Aussenminister Cordell Hull stand ihr kaum nach, auch wenn er sich weniger aggressiv äusserte. Wie Stimson war er jedoch völlig damit einverstanden, dass Deutschland Reparationen in Form von Geld, Waren und sogar menschlicher Arbeit (es wurde bereits überlegt, den anderen Alliierten zu gestatten, deutsche Kriegsgefangene weit über das Kriegsende hinaus als Zwangsarbeiter zu behalten) leisten sollte.¹⁶

Mit ihrer gemeinsamen Initiative vermochten der Kriegs- und der Aussenminister den Präsidenten nicht sofort von seiner festen Überzeugung abzubringen, dass Morgenthau Plan den richtigen Weg zeige. Auf ihre Einwände erwiderte er scherzhaft, man werde die Deutschen «dreimal am Tag mit Suppe aus Armeeküchen füttern», so dass sie «diese Erfahrung ihr Leben lang nicht vergessen werden». Mitte des Monats nahm er Morgenthau zu seinem Gipfeltreffen mit den Briten nach Quebec mit. Als sie am 16. September mit Churchill zusammentrafen, der eine dringend benötigte Leih-und-Pacht-Vereinbarung erneuern wollte, war es höchstwahrscheinlich Finanzminister Morgenthau, der als Herr des Scheckbuchs und mit seiner Beredsamkeit den Ausschlag gab. Hinzu kam die Versicherung, dass es der nahezu bankrotten britischen Wirtschaft viel leichter fallen würde, nach dem Krieg wieder auf die Beine zu kommen, wenn die deutsche Industriemacht vernichtet und ausgeschlossen wäre, dass sie sich je-

mals wieder erholen würde. Wie auch immer, es gelang den Amerikanern jedenfalls, dem zunächst widerstrebenden Churchill eine nur leicht abgeschwächte Version von Morgenthau's Plan schmackhaft zu machen.

Als deren Text an die Presse durchsickerte – und von der Öffentlichkeit überwiegend negativ aufgenommen wurde –, sah sich Roosevelt genötigt, zu dementieren, dass der «Morgenthauplan» beschlossene alliierte Politik sei. Immerhin wollte er bei der im November anstehenden Präsidentschaftswahl gegen den jungen New Yorker Gouverneur Thomas E. Dewey bestehen und zum dritten Mal wiedergewählt werden. Ausserdem wurde rasch klar, dass der Plan für die deutsche Propaganda ein gefundenes Fressen war. Die NS-Zeitung *Völkischer Beobachter* brachte die schrille Schlagzeile «Roosevelt und Churchill machten sich Judas' Mordplan in Quebec zu eigen»,¹⁷ und Goebbels schoss sich umgehend auf Morgenthau, den «jüdischen Racheengel», wie er ihn nannte, als neuen Sündenbock ein. Anfang Oktober verkündete er in einer Rede: «Hass und Rache von wahrlich alttestamentarischem Charakter sprechen aus diesen Plänen, die von dem amerikanischen Juden Morgenthau ausgeheckt wurden. Das industrialisierte Deutschland soll buchstäblich in einen riesigen Kartoffelacker verwandelt werden.»¹⁸

Fortan hieben Goebbels' Journalisten und Propagandisten immer wieder in dieselbe simple Kerbe: Da der Morgenthauplan jetzt offizielle amerikanische Politik sei, hätten die Deutschen die Wahl – entweder Sieg oder Hunger und Massentod. Wahrscheinlich trug diese Propagandakampagne dazu bei, während der letzten Kriegsmonate den Widerstandswillen in den verbliebenen Reichsgebieten zu stärken. Nachdem Roosevelts Schwiegersohn, Oberstleutnant John Boettiger, im Oktober 1944 während der erbitterten Kämpfe um Aachen die Front besucht hatte, berichtete er, die Bodentruppen hätten ihm erklärt, der Morgenthauplan sei «für die Deutschen dreissig Divisionen wert».¹⁹

Zwischen der Konferenz von Quebec im September und Roosevelts Tod am 12. April 1945 verlor der Morgenthauplan nach und nach an At-

traktivität. Es war ein quälend langsamer Rückzug, der insgesamt drei Jahre dauern sollte. Churchill hatte in Quebec zwar seine Unterschrift unter den Plan gesetzt, aber noch bevor er wieder in London eingetroffen war, begannen führende Regierungsmitglieder gegen den von Morgenthau verlangten «karthagischen Frieden» mobil zu machen, allen voran Aussenminister Eden, der in Quebec in Hörweite der Amerikaner wütend auf Churchill eingeredet hatte: «Das können Sie nicht tun! Immerhin haben Sie und ich in der Öffentlichkeit so ziemlich das Gegenteil gesagt!»²⁰ In seinem Tagebuch notierte Eden, er sei «irritiert über den Hass dieses deutschen Juden auf sein eigenes Land».*²¹

Allerdings wurde währenddessen keine alternative Politik entwickelt, was beinahe fatale Folgen zeitigte. Die Direktive JCS 1067 enthielt starke «Morgenthau»-Elemente, insbesondere hinsichtlich der Ernährung Deutschlands, deren Niveau nicht über dem der Nachbarstaaten liegen sollte, und der Industrie, zu deren Anregung oder Wiederherstellung man nichts unternehmen wollte. Einige der extremsten Vorschläge Morgenthaus hatte man indessen in aller Stille fallengelassen, wie die Zerstörung von Bergwerken und Fabriken. Dennoch sollten die atemberaubend radikalen Elemente des Morgenthauplans die Verwaltung und Ernährung des besetzten Deutschland erschweren und viele Menschen in Deutschland und anderswo gegen die alliierte Nachkriegspolitik aufbringen.

Ausserdem wurde stets Morgenthaus jüdische Herkunft erwähnt, selbst in Washington. Nach Stimsons Ansicht war der Finanzminister «so von seinem semitischen Groll beeinflusst, dass er wirklich ein sehr gefährlicher Berater des Präsidenten ist», und Aussenminister Hull sprach verklausuliert von «Morgenthau und seinen Freunden» und bemerkte, der Plan könne «einen deutschen Widerstand bis zum bitteren Ende hervorrufen» und «viele Tausend amerikanische Todesopfer fordern».²²

* Morgenthau Vater war 1857 in Bayern geboren und im Alter von zehn Jahren nach Amerika ausgewandert.

Die zweite grosse Säule der vorgeschlagenen Besatzungsordnung in Deutschland war das berüchtigte Fraternisierungsverbot, das sowohl im Handbuch als auch in leicht modifizierter Form in der Direktive JCS 1067 enthalten war. Die Politik der «Nicht-Fraternisierung» war Anfang 1944 entwickelt und dann, kurz bevor die US-Armee deutschen Boden betrat, in Eisenhowers Tagesbefehl vom 3. September 1944 aufgenommen worden. Nicht-Fraternisierung wurde definiert als «Vermeiden des Umgangs mit den Deutschen auf freundschaftlichem, vertrautem oder intimmem Fusse, ob einzeln oder in Gruppen, ob offiziell oder inoffiziell». Verboten waren insbesondere Eheschliessungen, vermischtes Sitzen in Gottesdiensten, Besuche in Privatwohnungen, der Besuch von Tanzveranstaltungen, und sogar das Händeschütteln war nicht erlaubt. Um die Soldaten vor derlei Versuchungen zu «schützen», wurden die Offiziere aufgefordert, für viel Beschäftigung zu sorgen, unter anderem durch intensiven Drill und die Förderung von Weiterbildung und Sport. Übertretungen der Vorschriften waren beim ersten Mal mit einer Geldstrafe von 65 Dollar zu ahnden.²³

In der 48-seitigen Broschüre *Pocket Guide to Germany*, die im Herbst 1944 vor dem Vorstoss nach Deutschland in zwei Millionen Exemplaren an amerikanische Soldaten verteilt wurde, hatte man den Nicht-Fraternisierungsbefehl in eine vermeintlich «GI-freundliche» Form gebracht. Der von deutschsprachigen Angehörigen der Morale Services Division der US-Armee verfasste Leitfaden war voller erschreckender Warnungen wie: «Traut niemandem ausser euresgleichen. Nehmt euch besonders vor jungen Deutschen zwischen 14 und 28 Jahren in Acht. Seit Hitler 1933 an die Macht kam, wurde die deutsche Jugend sorgfältig und gründlich zur Welteroberung, zum Töten und zur Heimtücke erzogen.» Überhaupt sollte den Soldaten, was Beziehungen zu Deutschen jeden Alters anging, klar sein, dass sie sich «in *Feindesland*» befanden. Weiter hiess es:

«Verbrüderung ist nicht erlaubt. Das gilt bedingungslos! Falls nicht von höherer Instanz genehmigt, sind Besuche bei Deutschen zu Hause

und Verbindungen vertraulicher Art mit Deutschen sowohl in der Öffentlichkeit als auch privat verboten.

Sie dürfen nie ins Vertrauen gezogen werden.

Diese Warnung vor Verbrüderung bedeutet nicht, dass ihr euch wie Miesepeter oder eine Militärmaschine verhalten sollt. Euer Auftreten sollte nicht schroff und abweisend sein. Zu Hause hattet ihr mit vielen Leuten flüchtig zu tun. Ihr wart ihnen gegenüber höflich, aber habt niemals private Angelegenheiten besprochen, ihnen Geheimnisse erzählt oder sie ins Vertrauen gezogen. An diesem Verhalten solltet ihr euch orientieren.

Die Deutschen werden neugierig sein. Sie werden Interesse zeigen. Ihr Interesse wird durch Beobachtung geweckt. Sie werden eure hervorragende Ausstattung wahrnehmen. Sie werden eure hohe Bezahlung bemerken (hoch im Vergleich zu ihrem eigenen Standard und dem anderer europäischer Länder). Sie werden euren Kampfgeist wie auch die grossartige Kooperationsbereitschaft und den gegenseitigen Respekt in der amerikanischen Armee wahrnehmen. Und sie werden über Amerika und das amerikanische Leben Fragen stellen.

Innerhalb der Grenzen der Vorschriften gegen Verbrüderung und Vertraulichkeiten könnt ihr ihnen durch euer Verhalten einen Eindruck vom Leben in einer Demokratie vermitteln, wo kein Mensch über einem anderen steht, wo die eigenen Fähigkeiten die einzigen Beschränkungen eines Menschen sind.»

Zu den weniger beunruhigenden, vielleicht aber nützlichen Informationen gehörte die Entdeckung, dass Deutschland «nicht [einmal] so gross wie Texas» sei. Weitere touristische Themen waren die Umrechnung von Massen und Gewichten, die Währung und so weiter sowie ein 20-seitiger phonetischer Sprachführer mit für nichtdeutsche Eroberer nützlichen Begriffen und Sätzen, wie zum Beispiel:

«Where is a toilet?

VO ist ai-nuh two-LET-tuh?

(Wo ist eine Toilette?)

When does the movie start? VAHN buh-GINT dahss KEE-no?

(Wann beginnt das Kino?)

Bring help!

HO-len zee HIL-fuh! (Holen Sie Hilfe!)»

Aber auch weniger harmlose Wendungen wurden übersetzt:

«Take me to a hospital.

BRIN-gen zee mish tsoo AI-nem-la-tsa-RET. (Bringen Sie mich zu einem Lazarett.)

Take cover!

DEK-koong! (Deckung!)»²⁴

Die Strenge des Befehls, zu dessen Einhaltung der Radiosender der amerikanischen Streitkräfte mit regelmässig wiederholten Ermahnungen und Warnungen aufrief, wurde freilich schon Ende 1944 nicht unerheblich von der Wahrnehmung konterkariert, dass fast alle in den amerikanischen Militäreinrichtungen beschäftigten deutschen Sekretärinnen und Putzfrauen sehr hübsch und sehr jung waren.²⁵

Auch die Briten gaben einen Leitfaden für die Truppe und ein Handbuch für Offiziere heraus. Beide enthielten mehr historische Informationen, folgten ansonsten aber der gleichen Linie wie die amerikanischen Pendants. Allerdings nahm das britische Oberkommando bald eine entspanntere Haltung zum praktisch Möglichen ein. Nimmt man die Abschnitte über das Fraternisierungsverbot im amerikanischen *Pocket Guide* zum Massstab, konnten Interaktionen zwischen alliierten Soldaten und Deutschen allenfalls dann positiv ausgehen, wenn sie pantomimisch oder in Stummfilmmanier stattfanden.

Das Problem war natürlich, dass die Fraternisierung nicht zu verhindern war, sobald die Soldaten, und dies galt für die amerikanischen vielleicht in besonderem Mass, mit Menschen in Kontakt kamen, die sie bisher nur als Feinde gekannt hatten und von denen sie nun feststellten, dass sie nicht viel anders als sie selbst und ihre Kameraden aussahen und sich auch

nicht anders verhielten. Und es war kaum abzusehen, wo die Fraternalisierung enden würde. Die Strafe für verbotenen Umgang mit deutschen Zivilisten betrug 65 Dollar, und so wurde die Bitte um ein Rendezvous mit einer deutschen Frau bald die «65-Dollar-Frage» genannt.²⁶

Was war von den Soldaten anderes zu erwarten, einsam, verängstigt, frustriert und gelangweilt, wie sie waren – in jener einzigartigen Kombination, die nur der Kriegsdienst hervorbringt? Wenige Wochen nach Kriegsende wurde ihnen gesagt, sie könnten es, wenigstens im Umgang mit deutschen Kindern, etwas lockerer angehen lassen. Nun, Kinder waren Kinder wie überall; sie mochten Bonbons und Spiele. Aber da waren ihre unverheirateten Tanten und erwachsenen Schwestern ... Laut einem Zeitschriftenartikel hatten es sich GIs, wenn sie eine attraktive junge Frau sahen, angewöhnt, ihr zuzuwinken und sie mit den Worten zu grüssen: «Guten Tag, Kind.»²⁷

Ende Juli 1945 wurden Unterhaltungen mit Deutschen «an öffentlichen Orten» erlaubt. Es sollte zwar nur eine Änderung der Nicht-Fraternalisierungspolitik sein, wurde aber allgemein als ihr Ende betrachtet. Ein Korrespondent der *Times* berichtete unter der Überschrift «Verbot aufgehoben» aus einem Kurort an einem bayerischen See:

«Einer der ersten Menschen, der von der Aufhebung des Verbots hörte, war eine 28 Jahre junge, blonde deutsche Frau namens Helga. Sie erfuhr es von einem amerikanischen Soldaten, dessen Zimmer sie in einem der örtlichen Hotels in den vergangenen 30 Tagen geteilt hatte. Helgas Reaktion war zwiespältig. Sie sagte, sie sei sehr froh, denn ‚jetzt müssen wir uns nicht mehr verstecken‘. Aber die Freude war nicht ganz ungetrübt, wie sie zugab, denn ‚es ist viel besser, wenn es verboten ist‘.»

Eine Ilse Schmidt, «eine hinreissende 19-jährige Brünette mit einer Figur, die Männer verrückt macht», die sich auf einem öffentlichen Pier sonnte, antwortete demselben Reporter auf die Frage, was sie von der Fraternalisierung

rung halte: «Ich hatte nie irgendein Problem damit. Hätten Sie vielleicht eine Zigarette?»²⁸

Tatsächlich wurden intime Beziehungen zu deutschen Zivilisten erst im Oktober 1945 erlaubt, doch das Verbot hatte schon lange vorher nur noch auf dem Papier gestanden. Die letzte Einschränkung, das Verbot der Eheschliessung mit deutschen Frauen, blieb bis Dezember 1946 bestehen. In den Jahren danach wurden Tausende von Ehen geschlossen, und rund 20'000 deutsche Frauen wanderten zwischen 1946 und 1949 als «GI-Bräute» nach Amerika aus.²⁹ Man muss jedoch hinzufügen, dass dies weniger als ein Drittel der Zahl der Britinnen war, die im selben Zeitraum mit ihren amerikanischen GI-Ehemännern in die Vereinigten Staaten gingen, nachdem der US-Kongress im Dezember 1945 das «GI-Braut»-Gesetz verabschiedet hatte.

Ausserdem kamen als Ergebnis von Beziehungen, die nicht zur Heirat geführt hatten, Tausende von Kindern zur Welt, von denen viele nie erfuhren, wer ihre Väter waren. GIs in Deutschland mussten damals keine Unterhaltszahlungen leisten, es sei denn, sie erkannten die Vaterschaft an. Ob sie die Verpflichtungen der Vaterschaft übernahmen oder nicht, war also völlig ihrem Gutdünken überlassen. Viele dieser Kinder und ihre alleinstehenden Mütter litten unter gesellschaftlicher Ausgrenzung, insbesondere, wenn die Väter schwarze GIs waren.

Was die Briten anging, so schienen ihre Restriktionen im Hinblick auf Beziehungen zu Deutschen anfangs genauso kompromisslos zu sein wie die amerikanischen. Aber sie wurden schneller gelockert als in den amerikanisch kontrollierten Gebieten. Die britische Haltung war allgemein etwas zynischer und etwas pragmatischer. Der britische Oberbefehlshaber und seit dem VE-Day Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, Feldmarschall Montgomery, der in sexuellen Dingen selbst eher puritanisch war, fragte Churchill Anfang Juli in einem Brief, wie man die Deutschen von Nazis zu etwas Besserem machen solle, was ja angeblich eines der Nachkriegsziele sei, wenn man nicht einmal mit ihnen sprechen dürfe.

In einem Rundschreiben an seine Korpskommandeure und die leitenden britischen Mitarbeiter im Kontrollrat ging er näher auf diesen Punkt ein und erklärte in der Art eines Jungen, der die Wiederaufnahme eines Schulhoffeindes zur eigenen Bande vorschlägt: «Wir haben am 23. März den Rhein überquert und fast vier Monate nicht mit der deutschen Bevölkerung gesprochen, ausser, wenn es die Pflicht erforderte. Den Deutschen wurde gesagt, warum wir uns so verhalten; es war ein Schock für sie, und sie haben ihre Lektion gelernt.»³⁰

Der Chef des britischen Empire-Generalstabs, Lord Alanbrooke – der kaum für besondere Leichtfertigkeit bekannt ist –, vermerkte nach einer hochrangigen Zusammenkunft kurz vor Kriegsende in seinem Tagebuch scherzhaft: «Unter anderem haben wir Monty zum Gauleiter für die britische Zone ernannt.»³¹ Im Spätsommer 1946 wurde – im britischen Sektor von Berlin – die erste englischdeutsche Ehe geschlossen, ohne dass ein Parlament erst ein Gesetz verabschieden musste.³²

Das hiess nicht, dass die Briten die Deutschen damals notwendigerweise mehr «mochten», als es die Amerikaner, Franzosen und Sowjets taten. Als Besatzer konnten Ihrer Majestät Soldaten gewiss arrogant, halsstarrig und sogar grausam sein. Insbesondere in der Anfangszeit der Besetzung hielten sich viele bewusst von jeder «normalen» Beziehung zu Deutschen zurück und standen dem Leid von Deutschen gleichgültig gegenüber oder empfanden sogar Genugtuung. Nachdem die Briten ihren Sektor in Berlin übernommen hatten, wurde ein deutscher Junge von etwa zehn Jahren beim Stehlen in einer britischen Armeemesse erwischt. Ein junger Offizier, der es miterlebt hatte, berichtete über das «Verhör» des Missetäters:

«Der Punkt ist, dass keiner von uns auch nur das Geringste für den kleinen Jungen übrig hatte. Er war wahrscheinlich ein Waise, sein Vater an der Ostfront gefallen, seine Mutter unter den Trümmern der ausgebombten Ruinen begraben, und da war er – hungrig und sein Leben aufs Spiel setzend, indem er mitten in einem britischen Panzerregiment Regenrohre hinaufkletterte.

Was soll's? Wir empfanden nicht das geringste Mitleid mit ihm oder irgendeinem anderen Deutschen. Sie waren der Staatsfeind Nummer eins gewesen. Also requirierten wir jetzt ihre Pferde, ihre Mercedes und ihre Frauen. Ich würde sagen, 60 bis 70 Prozent der jungen Engländer in Deutschland dachten so. Die meisten von uns wollten eine verdammt gute Zeit haben und glaubten, wir würden mit allem davonkommen.»³³

Die Vorstellung, deutsche Frauen seien «Freiwild», war natürlich weiterverbreitet, als in offiziellen Darstellungen der Zeit jemals zugegeben worden wäre. Der britische Schriftsteller Colin MacInnes hat in seinem ersten, stark autobiografischen Roman *To the Victors the Spoils* (erschienen 1950) ein ungeschöntes Bild des Lebens der jungen Männer des Nachrichtendienstes der britischen Armee gezeichnet, die im Winter 1944/45 durch das befreite Frankreich und Holland weiter nach Deutschland stürmten, immer auf der Jagd nach Kollaborateuren, unverbesserlichen Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern.

MacInnes, der in den fünfziger Jahren mit Romanen wie *Absolute Beginners*, *Mr. Love and Justice* und *Stadt der schwarzen Träume* bekannt werden sollte, war 1944/45 gerade dreissig Jahre alt. Der ehemalige Internatsschüler, der durch seine Mutter, die Schriftstellerin Angela Thirkell, mit dem mehrmaligen britischen Premierminister Stanley Baldwin und dem Schriftsteller Rudyard Kipling verwandt war, gab sich im Roman wie im Leben mit dem Rang eines Sergeant der Feldaufklärung zufrieden. Im Roman stellt sich der Erzähler nur als Sergeant Mac vor.

Wie in seinen späteren Büchern, die sich auf unverhohlene Weise mit der Londoner Jugendkultur und der exotischen Schattenseite des Soho der fünfziger und sechziger Jahre sowie mit MacInnes' eigener Bisexualität beschäftigen, nahm er auch in *To the Victors the Spoils* kein Blatt vor den Mund, wofür er zum Zeitpunkt des Erscheinens weithin gescholten wurde. Generell werden die gelegentlichen Ausbrüche von Idealismus bei den jungen Nazijägern mehr als nur aufgewogen durch ihre schamlose Selbstbe-

reicherung, sexuelle Gier und amoralische Suche nach «Quartieren». Einer von ihnen scheint sich zuerst Hals über Kopf in eine Holländerin verliebt zu haben; er verspricht ihr die Ehe, doch dann ziehen sie weiter über die Grenze, und er gibt einer jungen Frau im Rheinland das gleiche Versprechen. Wort hält er in beiden Fällen nicht.

Wie die amerikanischen Truppen stellen auch die Briten in Mac-Innes' Roman gewöhnlich die attraktivsten jungen Frauen, die sie finden können, als Putzfrauen und Dolmetscherinnen ein. Und sie legen die Regeln fest, denn praktisch ist ihre Macht über die Deutschen unbeschränkt. Wenige Wochen vor Kriegsende wirft ein Major aus einer Zivilverwaltungseinheit (der künftigen Militärregierung), der im Zivilberuf Polizist ist, ein Auge auf die attraktive Assistentin eines Bürgermeisters. Die Frau, die offenbar für die mageren Lebensmittelrationen für polnische Zwangsarbeiter verantwortlich war, macht zwar einige rassistische Bemerkungen, aber der Major starrt während ihres Gesprächs zumeist nur auf ihre Beine und versucht später, einen skeptischen, nazifeindlichen Leutnant von ihrer Nützlichkeit zu überzeugen:

«Ich muss sagem, erklärte Leutnant Adeane, ‚dass die Macht, die wir haben werden, mich manchmal ängstigt. Ich habe mir die Militärgesetze durchgelesen, und manche von ihnen sind schrecklich vage und allgemein gehaltene

‚Oh, machen Sie sich nur keine falschen Vorstellungem, erwiderte der Major. ‚Ich werde nicht alle mit harter Hand anfassen. Vielleicht lasse ich sogar ein paar laufen, man weiss ja nie. Aber ich schätze, ein alter Bobby ist in der Lage, die schlimmen Fälle herauszupicken.‘

‚Was mir etwas Sorgen bereitet‘, sagte der Leutnant, ‚ist, dass wir die Gesetze gemacht haben, die wir anwenden werdens

‚Nun, das ist natürlich, oder nicht?... Hören Sie, mir hat diese Frau drüben im Rathaus heute Morgen gefallen. Es tut mir fast leid, dass wir nicht hierbleiben. Sie wäre genau richtig für die Stelle der Sekretärin. Schlagfertig, praktisch, und sie spricht fast perfekt Englisch.‘

„Nach dem, was Sie mir erzählt haben, scheint sie eher ungeeignet zu
seins entgegnete der Leutnant.

„Ja? Und warum, wenn ich fragen darf?“

„Weil sie offensichtlich ein Nazi ist.“

„Oho! Ein Nazi. Solange sie nicht zur Verhaftungskategorie gehört,
spielt das keine Rolle.“³⁴

In einer anderen Episode erpresst ein Sergeant des Nachrichtendienstteams die attraktive Besitzerin eines Hotels, in dem es Quartier genommen hat, dazu, mit ihm zu schlafen. Das Druckmittel war sein Wissen um die heimliche Anwesenheit ihres Sohns im Haus, eines Wehrmachtdeserteurs, der sich eigentlich den Briten hätte stellen müssen.

Seit sie in Deutschland sind, zeigen die jungen Nazijäger kaum noch Achtung für Anstand und Besitz. Sie laufen Frauen hinterher, locken sie mit knappen Lebensmitteln und Konsumgütern. Und sie begehen unverhohlenen Diebstähle. Fahrzeuge, die ihnen gefallen, werden «requiriert», Möbel, Erbstücke und andere bewegliche Wertgegenstände «befreit»:

«Was die anderen gestohlen hatten, hing von ihrem Charakter ab. Die einen hatten nutzlose Souvenirs ausgewählt (besonders beliebt waren Zierdolche), andere Dinge von Wert. Cornelis hatte sich einige Uhren beschafft, Walter Lugers und Sportgewehre. Cuthbert ... sagte: „Ich habe nur allgemein benutzte Dinge mitgehen lassen, nichts Persönliches. Den Opel, verstehst du, und das Radio da, um mein eigenes zu ersetzen, das kaputt war.“

Zu plündern ist für jeden, dem Besitz nicht völlig gleichgültig ist und der auch kein seltenes Pflichtgefühl besitzt, unwiderstehlich. Die Gelegenheiten sind enorm, und in den ersten Tagen nach dem Fall einer Stadt, wenn die alten Autoritäten gestürzt und die neuen noch nicht etabliert sind, besteht nicht das geringste Risiko. Selbst auf jemanden, der nicht von Natur aus ein Dieb ist, übt dieses grossartige Spiel, als das es im ersten Augenblick erscheint, eine überwältigende Anziehungskraft

aus. Im Lauf der Zeit erkennen die fröhlichen Spieler jedoch, dass es kein Spiel ist und hören auf. Oder sie machen weiter, bis es zur Gewohnheit wird und ihr Charakter sich verändert.»³⁵

MacInnes' Darstellung dieses Phänomens wird von anderen zeitgenössischen Aussagen bestätigt:

«Einige Soldaten mit einem schärferen Geschäftssinn – zumeist Offiziere – plünderten Dinge wegen des Gewinns, den sie mit ihnen auf dem schwarzen Markt in Brüssel, dem grössten im befreiten Europa, erzielen konnten. Manche spezialisierten sich entsprechend der Nachfrage. Ein junger Offizier nahm Rechenmaschinen und Sportgewehre. Ein anderer hatte bereits fünf Autoladungen von Kugellagern aus Deutschland nach Brüssel gebracht und unternahm mehrere weitere Fahrten mit geschlachteten Kühen. Autos waren besonders beliebt. Ein 50-jähriger britischer Offizier erzählte, wie man zu ihnen kam. ‚Es hat keinen Sinn, in Werkstätten nachzusehen. Dort steht für gewöhnlich eine Wache der Feldpolizei oder der Militärregierung. Man fährt einfach herum, bis man ein Haus mit einer Garage entdeckt. Dann geht man zum Besitzer und nimmt ihm den Schlüssel ab. Batterie und Reifen hat er wahrscheinlich versteckt, aber wenn man ihm ein bisschen gut zuredet, wird er ziemlich schnell ausspucken, wo.‘»³⁶

Während des britischen Vorstosses nach Norddeutschland nahm die Geschäftemacherei in einer Division solche Formen an, dass die Marschkolonne durch die vielen von deutschen Zivilisten «requirierten» Autos doppelt so lang wie normalerweise war und der Verkehrsstau sie zum Stehen zu bringen drohte. Auf Befehl des Divisionskommandeurs wurden schliesslich alle nicht genehmigten Autos, die man fand, von der Militärpolizei beschlagnahmt, auf die Felder auf beiden Seiten der Strasse gefahren und durch Schüsse oder Feuer sowohl für britische Soldaten als auch für ihre unglücklichen deutschen Besitzer unbrauchbar gemacht.

Macinnes' kluge Analyse der Mentalität der einmarschierenden britischen Soldaten trifft mit relativ geringen Änderungen auf sämtliche Eroberer zu. Er erzählt, wie er als «Sergeant Mac» gemeinsam mit dem Kommandeur seiner Einheit, einem Hauptmann, in Nordbelgien auf einem Feldweg an einem Kanal entlangfährt und mit dem Lastwagen im Wintermatsch steckenbleibt. Sergeant Mac geht los, um auf einem nahegelegenen Bauernhof Hilfe zu holen. Als er zurückkehrt, sieht er den Offizier als einsame Gestalt auf der dunkler werdenden Ebene stehen:

«Er sah fast exotisch aus, wie er dort in seinem Militärregenmantel neben dem steckengebliebenen Lastwagen mitten in der einsamen flämischen Landschaft stand, in der einen behandschuhten Hand eine Zigarette, während er mit der anderen seine Kartentasche langsam am Gurt hin- und herschwang. Aber er schien sich dessen nicht bewusst zu sein. Generationen von Hauptleuten waren vor ihm diesen Weg entlanggekommen, und wo immer sich ein englischer Soldat befindet, ist er eingehüllt in die selbstsichere Annahme, dass er ist, wo er sein sollte, und dass nicht er, sondern das Feindesland fremd und seltsam ist.»³⁷

Als die Briten Ende April 1945 Hamburg einnahmen, waren viele der anglophilen Bürger der Stadt – die als grosse Hafenstadt und als Stadtstaat mit alter republikanischer Tradition auf eine lange freundschaftliche Beziehung zum Vereinigten Königreich zurückblickte – erleichtert darüber, dass sie von «Gentlemen» aus dem modernen Geburtsland der Demokratie besetzt wurden. Sie sollten rasch enttäuscht werden. In den Augen der besiegten Deutschen verhielten sich die Sieger häufig arrogant und herrisch. In der Tat, *to the Victors the Spoils* – den Siegern die Beute.

Die Hamburgerin Mathilde «Tilli» Wolff-Mönckeberg, eine Nazigegnerin, wengleich entschieden patriotisch, stand damals in den Sechzigern. Entsetzt über das, was seit 1933 in ihrem Land geschah, hatte sie ihrer Wut

und ihrem Ärger in einer Reihe nicht abgeschickter Briefe an ihre Kinder Luft gemacht, von denen drei ins Ausland gegangen waren (eine Tochter hatte einen Waliser geheiratet und in den Kriegsjahren in Grossbritannien gelebt; eine andere war mit einem deutschen Juden verheiratet und in die USA emigriert, und der Sohn, ein Kommunist, war ins Exil gegangen, zuerst in die Sowjetunion und dann nach Südafrika).

Aufgewachsen war Frau Wolff-Mönckeberg in privilegierten Verhältnissen (ihr Vater war Ende des 19. Jahrhunderts Erster Bürgermeister von Hamburg gewesen). In den 1890er Jahren vermerkte sie als Jugendliche in ihrem Tagebuch etwa: «Fürst Bismarck kam zum Diner», oder: «Herr Johannes Brahms war auch da».³⁸ Sie sprach fließend Englisch und hatte vor dem Krieg häufig ihre Tochter in Grossbritannien besucht. Zusammen mit ihrem Mann, einem liberalen, anglophilen Akademiker, hatte sie den verheerenden Luftangriff auf Hamburg überlebt – nur, um verwirrt mitzuerleben, wie sich die Briten, deren Ankunft sie und ihre Freunde während der Jahre der NS-Diktatur herbeigesehnt hatten, als Besatzer aufführten:

«... hier dienen schon viele vor den Engländern und wollen sich recht lieb Kind machen bei ihnen. Ich verstehe, dass Vater W. [ihr Ehemann] im Grunde in ziemlich verzweifelter Stimmung ist und seine Welt mehr und mehr versinken sieht. Er liebte ja im Grunde England und seine Bewohner und wird nun auch durch diese enttäuscht, durch ihre masslose Arroganz und die Unwahrhaftigkeit, mit der sie kühn behaupten und vor der ganzen Welt aussprechen, dass wir alles an Gräueltaten und Schandtaten übertroffen haben und sie so ziemlich fleckenlos dastehen!»³⁹

Frau Wolff-Mönckeberg schrieb dies gut eine Woche nach dem VE-Day. Es war eine frühe Reaktion, die zweifellos durch die langen Jahre voller Angst und Anspannung, die jetzt in bitterer Enttäuschung geendet zu haben schienen, verstärkt wurde. Tatsächlich sollte ihr Mann bald zum am-

tierenden Rektor der Hamburger Universität ernannt werden, und binnen weniger Monate machten die Frontsoldaten (von denen einige sicherlich auch unter dem Eindruck von Erlebnissen wie der Befreiung von Bergen-Belsen standen) Verwaltern und Bildungsbeamten Platz, die einen weniger harten Kurs einschlugen, wie Frau Wolff-Mönckeberg später zugab.

Selbstverständlich legten nicht alle Sieger einen blanken Hass auf die unterlegenen Deutschen an den Tag. Nicht einmal alle Russen. Das Verhalten der Roten Armee war furchtbar, «Vorfälle», besonders im Zusammenhang mit deutschen Frauen, gehörten zur Tagesordnung. Am schlimmsten fand eine Berlinerin, «dass die Russen vier Wochen lang freie Bahn hatten. Wir waren vogelfrei, besonders wir jungen Mädchen.»⁴⁰ Ein Schulmädchen notierte damals in ihrem Tagebuch mit erschreckender Nüchternheit den Ablauf der Ereignisse während des Kampfs um Berlin:

«22.4. Schlafen jetzt im Keller. Russen sind bis Berlin.

25.4. Kein Wasser! Kein Gas! Kein Licht!

26.4. Artilleriebeschuss!

26.5. Feind bis Kaiserplatz.

26.6. Unser Haus hat den 4. Artillerietreffer!

26.7. Unser Haus hat etwa 20 Treffer. Das Kochen ist sehr erschwert wegen der dauernden Lebensgefahr, wenn man den Keller verlässt.

26.8. War bei Bombeneinschlag mit Frau B. oben an der Treppe zum Keller. Die Russen sind da. Nachts Vergewaltigungen. Ich nicht, Mutti ja. Manche 5-20 Mal.

26.9. Russen gehen ein und aus. Alle Uhren sind weg. Die Pferde liegen auf dem Hof auf unseren Betten. Die Keller sind aufgebrochen ...

2.5. Erste Nacht Ruhe. Sind von der Hölle in den Himmel gekommen. Haben geweint, als wir den blühenden Flieder auf dem Hof entdeckt haben. Alle Radios müssen abgegeben werden.

2.6. Unser Haus hat 21 Treffer. Den ganzen Tag geräumt und gepackt. Nachts Sturm. Bin vor Angst, dass die Russen kommen, unters

Bett gekrochen. Aber das Haus hat nur durch den Beschuss so geklappert.

7.5. Strasse freigeschipppt. Nummern für Brot geholt, aufgeräumt, saubergemacht.

7.6. Strasse geschipppt. Nach Brot angestanden. Nachricht, dass Papa lebt.

7.7. Waffenstillstand. Für Margit gibt es Milch.»⁴¹

Andererseits fiel Zeitzeugen bei den Russen eine unberechenbare Mischung aus Brutalität und Menschlichkeit auf. Bei vielen Gelegenheiten bewiesen sie Mitleid und sogar eine sonderbare Achtung für deutsche Dinge, die bei den anderen Alliierten nicht überall anzutreffen war.

So stand etwa in den letzten Kriegstagen, als das ausgebombte Dresden von der Roten Armee eingenommen wurde, ein jugendlicher Einwohner des angenehmen, historischen Vororts Löschwitz plötzlich zwei sowjetischen Offizieren gegenüber, die nach seiner Meinung NKWD-Uniformen trugen. Anstatt, wie er erwartete, verhaftet zu werden – oder Schlimmeres –, wurde er in nahezu vollkommenem Deutsch höflich nach dem Weg zu dem kleinen Sommerhaus oberhalb der Elbe gefragt, in dem anderthalb Jahrhunderte zuvor der grosse deutsche Dichter Friedrich Schiller die *Ode an die Freude* verfasst hatte. Die beiden Offiziere kamen mit dem Auftrag, das Haus als bedeutendes Kulturdenkmal während der Besetzung des Gebiets durch die Rote Armee vor Beschädigung zu schützen.⁴²

Auch die Familie des 18-jährigen Götz Bergander auf der anderen Seite der Stadt hatte Glück. Zwei Faktoren spielten dabei eine Rolle: Zum einen legten ihre beiden russischen Hausmädchen bei den ersten eintreffenden Rotarmisten ein gutes Wort für sie ein, zum anderen lebten sie – was sich als beständigerer Glücksfall erwies – auf dem Gelände der Schnapsbrennerei, deren technischer Direktor Bergander senior, ein Chemiker, war. Angesichts der grossen Mengen Alkohol in der Fabrik fürchtete der russische Kommandeur, dass seine Männer völlig ausser Kontrolle

geraten könnten. Deshalb liess er das Fabrikgelände rund um die Uhr bewachen, was den Nebeneffekt hatte, dass die gesamte Familie Bergander während der chaotischen Tage, in denen die meisten Vergewaltigungen und Raubzüge stattfanden, geschützt war.⁴³

Obwohl er als Hitlerjugendführer von den Siegern eine Zeitlang zu Zwangsarbeit eingesetzt wurde, erinnert sich Lothar Loewe, der bei Kriegsende 16 Jahre alt war, dass viele gewöhnliche Russen «im persönlichen Umgang ... nette Leute» waren. Nach seiner Erfahrung waren die Franzosen schlimmer.⁴⁴ Eine Berlinerin berichtete, «dass die Russen Kindern immer zu essen gaben, Kinder kriegten alles von ihnen. Zu Kindern waren sie sehr nett und niemals grausam.»⁴⁵

Es gab noch mehr Überraschungen, die manchmal ziemlich bizarr und surrealistisch waren. Ebenfalls in Berlin hatten einige Frauen in einer Wohnung inmitten einer Gartenanlage in der Nähe der heutigen Stresemannstrasse, nicht weit vom Potsdamer Platz, Unterschlupf gefunden. Sie beobachteten besorgt, wie der Tross eines sowjetischen Panzerregiments seine Pferdewagen in den Gärten abstellte, wo genügend Platz war, um die Pferde auszuspannen und grasen zu lassen. Nach einer Weile kamen die Frauen mit den Russen, unter denen sich auch weibliche Soldaten befanden, ins Gespräch. Die Gegend war jetzt friedlich, nachdem die Kämpfe vorüber waren. Eine der Deutschen, die etwas Russisch konnte, nahm sich ein Herz und ging auf die Russen zu. Sie hatten zwar Lebensmittel, aber nichts, womit sie kochen konnten. Die Deutsche bot ihre Hilfe an und kochte dem sowjetischen Hauptfeldwebel und seiner Einheit ein Essen, das der «Feind» freundlicherweise mit ihr und ihren beiden Bekannten teilte. Bald war die Szene völlig entspannt: «Wir wenigen Deutschen bewegten uns frei umher. Die Russen haben uns Bilder von ihren Familien gezeigt, wir haben zusammen gelacht, es ist unglaublich, dass es das gab, nach all den schlimmen Tagen.» Als der Tross weiterzog, gab der Feldwebel der Deutschen als eine Art Schutzbrief einen Zettel, auf den er auf Russisch gekritzelt hatte: «Die Wohnung ist von Panzersoldaten besetzt. Garde-Hauptfeldwebel Abdulguzyn Boris N. Feldpostnummer 39 907.»⁴⁶

In derselben Periode verfügte der neue russische Kommandant von Berlin, Generaloberst Nikolai E. Bersarin – vielleicht als eine Art Entschädigung für das Verhalten sowjetischer Soldaten während des Falls der Stadt oder wenigstens im Wissen um den Groll, die es hervorgerufen hatte –, die deutschen Zivilisten, die in den Trümmern ihr Leben fristeten, aus Beständen der Roten Armee zu verpflegen. Ausserdem sorgte er dafür, dass gut eine Woche nach der Kapitulation eine Ausstellung bedeutender Schätze der kriegsbeschädigten Berliner Museen eröffnet wurde und am 26. Mai das erste Nachkriegskonzert der Berliner Philharmoniker stattfand.⁴⁷

Doch keine dieser Gesten der Anständigkeit vermochte die Folgen der Massenvergewaltigungen zu mildern, die im gesamten sowjetischen Vormarschgebiet geschehen waren, am schlimmsten aber in Berlin während des Falls der Stadt. Die Gewalt gegen Zehntausende, ja Hunderttausende deutsche Frauen sollte sowohl kurz- als auch langfristige Folgen haben. Kurzfristig nahmen die Fälle von Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften (mit den sogenannten Russenkindern) sprunghaft zu, und langfristig war das deutsch-sowjetische Verhältnis auf Dauer geschädigt. Die Vergewaltigungen trugen dazu bei, dass die meisten Einwohner der sowjetisch besetzten Gebiete der Besatzungsmacht ablehnend gegenüberstanden und sich gegen jeden Versuch zur Wehr setzten, das von den Russen und der mit ihnen verbündeten deutschen Kommunisten bevorzugte politische System zu errichten.

In dieser Periode – die etwa die ersten 12 bis 18 Monate nach Kriegsende umfasste – bestand der bizarre Unterschied zwischen der Deutschlandpolitik der Westalliierten und derjenigen der Sowjetunion letztlich darin, dass die Russen wussten, was sie wollten (nämlich eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Entwicklung in Gang setzen), während die Westmächte an radikalen Nachkriegsplänen festhielten, die in keiner Weise ihrem eigenen gesellschaftlichen und politischen System entsprachen.

So war der Morgenthauplan weit radikaler als die Demontage- und Verstaatlichungsabsichten der Sowjets, bedeutete er doch die Auslöschung

von zweihundert Jahren deutscher Geschichte und die zwangsweise Transformation des Landes in eine Art harmloses vorindustrielles Gemeinwesen aus sich selbst versorgenden Freibauern, also etwas völlig anderes als das, was die modernen Vereinigten Staaten darstellten – obwohl dieses Ziel vermutlich teilweise in romantischen Vorstellungen über die ländlichen Tugenden des amerikanischen Mittelwestens wurzelte.

Anfang Juli 1945 äusserte sich die Zeitschrift *Time* erstaunlich kritisch zu den Vorbereitungen von Amerikanern und Briten auf den Rückzug in die vereinbarten Besetzungszonen. Noch überraschender war, dass der Artikel mit dem Titel einer berühmten Schrift Lenins überschrieben war: *Was tun?* «Mit komplizierten Zügen und Gegenzügen», heisst es in dem Artikel,

«machten sich die vier Besatzungsmächte letzte Woche an die Aufgabe, das eroberte Deutschland zu regieren ... Briten und Amerikaner eint immer noch die Tatsache, dass ihnen eine politische Linie fehlt: Langfristige Massnahmen sind entweder nicht beschlossen oder geheim. Einfache Soldaten der Besatzungsarmeen beginnen Fragen zu stellen: Was soll mit Deutschland geschehen? Wird es dauerhaft in Kleinstaaten aufgeteilt? Wie kann sich ein demokratisches Deutschland entwickeln, wenn politische Aktivitäten verboten sind?

Über die Verlegung russischer Gefangener von West nach Ost hinaus gibt es keine erkennbare politische Koordination zwischen den Westalliierten und Russland. Während die Russen im Osten Deutschlands Freunde und Einfluss gewinnen, beginnen sich die Deutschen im Westen gegenüber den Besatzungsarmeen offen feindselig zu verhalten.»⁴⁸

Die Annahme, dass die Russen im Osten Freunde gewinnen würden, war etwas übertrieben, aber vielleicht wussten westliche Reporter noch nicht ganz so viel über die wilden Exzesse der sowjetischen Soldateska. Gleichwohl war etwas daran. Denn trotz des schrecklichen Verhaltens der Roten

Armee und der – im Mikrokosmos – nur punktuellen persönlichen Beziehungen zu den russischen Besatzern erkannten die besiegten Deutschen im Makrokosmos ziemlich bald, dass die Russen bei aller Brutalität eine geradlinige Politik umsetzten. Manchen erschien dies attraktiver oder wenigstens erträglicher als die westliche Doppeldeutigkeit und Unschlüssigkeit.

Darüber hinaus gab es, zumindest in der Anfangszeit, in der SBZ keine Anti-Fraternisierungspolitik (ein weiterer Grund, warum der *Time*-Reporter, vielleicht naiverweise, annahm, die Russen erfreuten sich bei den Ostdeutschen zunehmender Beliebtheit). Sowjetische Offiziere wurden in der Regel bei deutschen Familien einquartiert, und dies führte nicht selten zu freundschaftlichen persönlichen Beziehungen. Ein deutscher Beobachter berichtete: «In vielen deutschen Familien haben sich einzelne Russen ganz gut akklimatisiert und verkehren wie die Söhne im Haus.»⁴⁹ Das anfängliche Fehlen von Beschränkungen förderte natürlich Verbindungen zwischen sowjetischen Soldaten und deutschen Frauen. Anfangs, während der «wilden» Periode nach dem Fall von Berlin, sahen viele Frauen, die der Vergewaltigung entgehen wollten, ihre beste Chance darin, sich einen Offizier der Roten Armee zu suchen und eine exklusive sexuelle Beziehung mit ihm einzugehen. Häufig erfüllte sich ihre Hoffnung, dadurch vor der Masse der Soldaten geschützt zu sein.

Marta Hillers, eine weitgereiste Journalistin, damals Mitte dreissig, führte zwischen April und Juni 1945 ein Tagebuch, in dem sie kühl festhielt, was sie selbst und ihre Freunde während der Einnahme von Berlin erlebten (es wurde später veröffentlicht, zuerst auf Englisch und erst danach auf Deutsch, und erregte enorme Aufmerksamkeit). Sie erduldet die Vergewaltigungen stoisch. «Ich lache erst mal in all den Jammer hinein», schrieb sie. «Was denn? Ich lebe ja, alles geht vorüber!» Gleichwohl sah sie nicht ein, warum sie sich nicht schützen sollte, und traf die nüchterne Entscheidung, einen annehmbaren Russen mit möglichst hohem Rang zu suchen und ihn zu ihrem «Wolf» zu machen, der ihr «die Wölfe vom Leib» hielt. Sie fand zunächst einen lebhaften, bulligen Oberleutnant, dem nach

seiner Versetzung ein kultivierter, intelligenter Major folgte, in dessen Gesellschaft sie sich sogar recht wohl fühlte. «Andererseits mag ich den Major», notierte sie,

«mag ihn umso mehr als Menschen, je weniger er als Mann von mir will. Und viel wird er nicht wollen, das spüre ich. Sein Gesicht ist bleich. Die Kniewunde macht ihm zu schaffen. Wahrscheinlich sucht er menschliche, weibliche Ansprache mehr als das bloss Sexuelle. Und die gebe ich ihm gutwillig, ja gern. Denn unter den Mannsviechern der letzten Tage ist er doch der erträglichste Mann und Mensch.»⁵⁰

Nach einigen Wochen entwickelten sich natürlichere Beziehungen, soweit sie aufgrund der Ungleichheit zwischen Eroberer und Erobertem überhaupt natürlich sein konnten. Im Hintergrund der einfachen Beziehung zwischen Mann und Frau lauerte stets der Gedanke an die Beschaffung von Lebensmitteln, Benzin und Zigaretten.

Leutnant Wladimir Gelfand, ein Russe jüdischer Herkunft, befahlte einen Granatwerferzug, der zusammen mit der Infanterie den weiten Weg von Stalingrad bis nach Warschau und weiter nach Berlin hinter sich gebracht hatte. 1923 als Sohn eines Brigadiers in einer Fabrik und einer Kindergärtnerin in der industriell geprägten Ostukraine geboren, war er von klein auf ein wissbegieriger Junge gewesen, der sich in den oberen Schulklassen für Dichtung und Philosophie zu interessieren begann. Trotz der Unterbrechung durch den Kriegsausbruch und seine Einberufung zum Wehrdienst hatte er seine intellektuellen Neigungen weiter gepflegt. Sein Leben lang sollte er vergeblich davon träumen, die Schriftstellerei zu seinem Beruf zu machen.

Gelfand entsprach also kaum der Karikatur des groben, lüsternen Bauern, obwohl er, als er in Berlin eintraf, drei Jahre lang tapfer an der Front gekämpft hatte. Gleichwohl gefielen ihm junge Frauen, und er gefiel ih-

nen, was wohl nicht zuletzt daran lag, dass er wie ein russischer Latinlover aussah. Besonders bei den deutschen Frauen kam er gut an.

Auch er führte Tagebuch, und zwar ein ausgesprochen freimütiges, in sexueller Hinsicht ebenso wie bei anderen Themen. Er konnte aufdringlich sein und war sich nicht zu schade, seine Position auszunutzen, aber es gibt keinen einzigen Hinweis darauf, dass er in seinen Beziehungen zu Frauen, die er während seines Aufenthalts in Deutschland (Januar 1945 bis Herbst 1946) kennenlernte, Zwang ausgeübt hätte, von Gewalt ganz zu schweigen. Das brutale Verhalten seiner Kameraden stiess ihn ab. In den Aussenbezirken von Berlin bot ihm Ende April eine attraktive junge Deutsche – mit Unterstützung ihrer Mutter – an, sie als exklusives sexuelles Eigentum zu nehmen, um sie vor Schlimmerem zu bewahren. Das junge Mädchen war bereits im Keller ihres Elternhauses von einer Gruppe Rotarmisten vergewaltigt worden. Gelfand hielt die Begegnung im Tagebuch fest:

«Bleib hier!», bedrängte mich das Mädchen plötzlich, ‚du wirst mit mir schlafen. Du kannst mit mir machen, was du willst, doch nur du allein! Ich bin bereit, mit dir (fick-fick), zu allem bereit, was du willst, nur rette mich vor all diesen Männern mit diesen Schw...!‘

Sie zeigte alles, sprach über alles, und nicht, weil sie vulgär war. Ihr Kummer und ihr Leid waren stärker als ihre Scham und ihre Schüchternheit, und jetzt war sie bereit, sich vor den Leuten ganz auszuziehen, nur damit man ihren gequälten Körper nicht anrühren möge, einen Körper, der noch etliche Jahre hätte unberührt bleiben können, damit man nicht anrühren möge, was so plötzlich und grob-

Auch ihre Mutter flehte mich an.

‚Willst du etwa nicht mit meiner Tochter schlafen?! Die russischen Kameraden, die hier waren, die wollten es, alle wollten es. Sie könnten wiederkommen, oder es kommen zwanzig neue, und dann wird mein Kummer grenzenlos sein!‘

Das Mädchen umarmte mich, flehte mich an, lächelte mich durch Tränen über das ganze Gesicht an. Es fiel ihr schwer, mich anzuflehen,

doch sie bemühte sich, das gesamte Repertoire einer Frau einzusetzen, und sie spielte ihre Rolle nicht schlecht. Mich, der ich allem Schönen zugetan bin, konnte sie leicht mit ihren glänzenden Äuglein für sich gewinnen, doch es entschied die Soldatenpflicht, die über allem steht...»⁵¹

Gelfand wusste, was viele seiner Kameraden deutschen Frauen antaten. So gibt er eine Episode wieder, die ihm ein Kamerad erzählt hatte, dessen Einheit angeblich von einem deutschen Frauenbataillon angegriffen worden war/ Viele der Angreiferinnen fanden den Tod, aber einige gerieten in die Hände der Russen. Zu den Gefangenen gehörten zwei Russinnen in deutschen Uniformen (wie sie in das Bataillon gekommen waren, wird nicht erklärt), die nach einem Verhör auf der Stelle erschossen wurden. Die jüngeren deutschen Mädchen wurden als «Beute» betrachtet, die «über die Häuser und Betten verteilt» wurden, wo «einige Tage lang mit ihnen Experimente angestellt [wurden], die auf Papier nicht wiederzugeben sind». Als wollte er seine Kameraden rehabilitieren, berichtete Gelfand weiter, Feldwebel Andropow habe einem Mädchen, das er zuvor mit vorgehaltener Pistole vergewaltigt und von dem sich herausgestellt hatte, dass

* Dass bei der Verteidigung Berlins Soldatinnen gleichberechtigt neben Männern kämpften, lässt sich nicht belegen. So etwas hätte sicherlich auch in dieser letzten, verzweifelten Phase des Krieges gegen die Richtlinien des OKW verstossen. Da jedoch Flugabwehrkanonen gegen Kriegsende häufig als Feldartillerie eingesetzt wurden, ist es möglich, dass es sich bei diesen Frauen um jugendliche Flakhelferinnen handelte, die damit auch eine gewisse Waffenausbildung erhalten hätten. Ab Februar 1945 durften diese Frauen zur Selbstverteidigung Waffen tragen, zu denen sie in ihrer Verzweiflung gegriffen haben mögen, als die Russen sich näherten. Diese Annahme wird auch dadurch gestützt, dass laut Gelfands Bericht «viele keine 17 Jahre» alt waren und zudem zwei Russinnen zu ihnen gehörten. Damit ähnelt die Episode stark einem ähnlich gewalttätigen Vorfall in Sindelfingen, wo französische Soldaten mit einer Gruppe von Flakhelferinnen zusammenstiessen, bei der sich ebenfalls zwei russische Zwangsarbeiterinnen befanden (siehe weiter unten in diesem Kapitel). Letztere wurden zwar nur für niedrige Arbeiten wie das Munitionstragen eingesetzt, aber in den Augen ihrer Landsleute waren sie einfach «Kollaborateure» und damit dem Tode geweiht.

sie noch Jungfrau gewesen war, «Zivilkleidung, ein Kleid, zum Anziehen» gegeben, damit sie nicht als Kombattant erkannt wurde.⁵²

Gelfand selbst hatte in den folgenden Monaten offenbar mehrere Freundinnen. Er wurde auf verschiedene Verwaltungsposten berufen und arbeitete schliesslich auf einem Materialstützpunkt, begleitete Lieferungen und organisierte den Abtransport von demontierten Fabriken. Das bedeutete, dass er viel unterwegs war und ständig auf neue erotische Gelegenheiten traf. Bei seinen Eroberungen scheinen ihn weder der Ehestand noch antisemitische und rassistische Ansichten der Auserwählten gestört zu haben. Solche Ansichten hegten viele im Dritten Reich aufgewachsene junge Leute, und wenigstens eine seiner Freundinnen drückte sie offen aus.

Dennoch und trotz allem blieb Gelfand im Herzen Romantiker. «Dieses Mädchen verdient wahrhaftig Liebe und Achtung», schrieb er über eine junge Deutsche, mit der er eine lockere Affäre hatte. «Sie ist wirklich ein Mensch im wahrsten Sinn des Wortes, obwohl sie eine Frau ist und eine Deutsche, und obwohl sie im Theater arbeitet, wo es für eine Person ihres Geschlechts sehr schwer ist, sich die moralische Reinheit zu bewahren.» Diese Worte werden jedoch dadurch etwas relativiert, dass Gelfand im selben Tagebucheintrag von einer weiteren intimen Begegnung erzählt, die er noch in derselben Nacht mit einer anderen Frau hatte.⁵³

Nach Leutnant Gelfands Tagebuch zu urteilen, unterhielten er und andere junge Russen, insbesondere Offiziere, schon relativ bald nach dem Fall von Berlin einen lebhaften, um nicht zu sagen hektischen gesellschaftlichen Verkehr nicht nur mit Frauen aus ihrer Umgebung, sondern auch mit deren Familien. Gelegentlich gehörten sogar touristische Unternehmungen dazu, etwa Fahrten zu kulturellen Zielen, wie zum Beispiel Weimar. Insoweit unterschieden sich die Beziehungen, die sich entwickelten, und der grundlegende Lebensstil, trotz der Probleme und Spannungen, nicht sehr von den Verhältnissen in den Westzonen.

Doch während dort im Lauf der Zeit das Fraternalisierungsverbot gelockert wurde, führte man es in der SBZ nach und nach ein. Dies war zum Teil

darauf zurückzuführen, dass der stalinistische Staat jetzt, wo der Krieg über war, die Kontrolle über seine Truppen wiederherstellen wollte, insbesondere in Bezug auf möglicherweise subversive Kontakte zu Ausländern. Darüber hinaus wollte man die Verbrechenswelle in den Griff bekommen, die nach Etablierung des Besatzungsregimes von den Streitkräften ausging.

Der Polizeichef von Merseburg berichtete, im Raum Halle-Merseburg seien im Zeitraum vom 1. Januar bis 3. Mai 1946 durch «Personen in sowjetischer Uniform» folgende Verbrechen begangen worden: 34 Morde, 345 Einbrüche, 328 Raubüberfälle, 60 Eisenbahnüberfälle, 123 Rinderdiebstähle, 212 Körperverletzungen (10 davon mit Todesfolge) und 162 Vergewaltigungen. Wie bei allen Besatzungstruppen, besonders aber bei den Russen, verschärfte übermässiger Alkoholkonsum die Situation. Besonders schlimm war sie im Zusammenhang mit den Feiern zum 1. Mai, bei denen sich die treuen Anhänger der Diktatur des Proletariats für gewöhnlich grosse Mengen Hochprozentiges genehmigten.⁵⁴

Die von den sowjetischen Behörden in den letzten Kriegsmonaten geübte Nachsicht gegenüber solch gewalttätigem Rowdytum liess bald nach. Ab Sommer 1945 wurden regelmässig, wenn auch nicht in jedem Fall, Strafverfahren eingeleitet, wobei die Urteile häufig in Anwesenheit der Kameraden der Täter vollzogen wurden. Die Strafen konnten milde bis vernachlässigbar sein, doch bei Verbrechen, die Mord und Vergewaltigung einschlossen, wurde auch die Todesstrafe verhängt, und bei Insubordination konnten lange Haftzeiten in Arbeitslagern die Folge sein.

In der anderen Verbrechenskategorie, jener der Eigentumsdelikte, war die Zahl der Taten unermesslich, entsprechend den enormen Schätzen, welche die Russen fast überall mit grossen Augen entdeckten, während sie ins reiche, kultivierte Deutschland vorrückten. Zudem wurde dieser alltägliche Diebstahl von den Vorgesetzten geduldet und sogar unterstützt. Die Forderung «Uri, uri!» (Uhren, Uhren!) war bei Deutschen rasch genauso bekannt wie der gefürchtete Befehl «Frau, komm!». Fahrräder, Uhren, Ra-

dios und Alkohol jeder Art (der erheblich zu der Welle von Sexualverbrechen beitrug) waren sowohl bei den Mannschaften als auch bei Offizieren sehr gefragt und wurden einfach nach Gutdünken mitgenommen. Offiziere interessierten sich ausserdem für seltene Bücher, Gemälde, Antiquitäten, Musikinstrumente und Jagdgewehre, für Bettzeug und Kleidung. Im Ausladebahnhof von Kursk in Südrussland stieg die Zahl der monatlich ein-treffenden Pakete zwischen Januar und April 1945 von 300 auf 50'000. Mitte Mai warteten rund 20'000 Eisenbahnwaggons darauf, entladen oder an ihre Zielbahnhöfe weitergeleitet zu werden.⁵⁵

Was die vierte Besatzungsmacht, Frankreich, anbelangt, so kamen ihre Soldaten den sowjetischen in Bezug auf schlechtes Benehmen in den letzten Kriegswochen und der unmittelbaren Nachkriegszeit am nächsten. Wie in der Roten Armee dienten auch unter den französischen Soldaten viele, die selbst oder deren Familien unter der deutschen Besatzung gelitten hatten. Nur wenige hielten es für nötig, den Deutschen gegenüber den Anstand zu wahren, auch wenn die Offiziere gern glaubten, sie würden sich innerhalb gewisser enger militärischer Grenzen «korrekt» verhalten. Und wie bei den Russen war bei den schlimmsten Exzessen Alkohol im Spiel. Ausserdem gehörten zur französischen Armee auch Kolonialtruppen, die zweifellos tapfer kämpften, aber nicht gerade für besondere Rücksichtnahme auf Zivilisten bekannt waren.

Die Kleinstadt Magstadt, zwanzig Kilometer westlich von Stuttgart, wurde am 20. April 1945 von der französischen Armee eingenommen. Die Truppen, darunter viele sogenannte Goumiers aus Nordafrika, biwakierten dort über Nacht, um sich auf den Vorstoss nach Sindelfingen vorzubereiten. Der Pfarrer des Orts berichtete später:

«Was jedoch in jener Nacht geschah, kann keine Feder zu Papier bringen. Vor allem hatten unsere Frauen und Mädchen viel durchzumachen und zu leiden. Die Marokkaner, die vorher in Schaffhausen sich in einer Schnapsbrennerei anscheinend des Guten etwas zu viel taten, waren

teils schlimmer als die Tiere. Zirka 260 Vergewaltigungen – medizinisch festgestellt – angefangen bei Konfirmandinnen bis hin zur ältesten Frau – werden stets neben allem anderen diesen Tag zum furchtbarsten machen, was die Gemeindemitglieder leiblich und seelisch erdulden mussten ... Selbst im Pfarrhaus konnte ich es bei allem Hinstehen und Einsatz meiner ganzen Person nicht verhindern, dass [manche] von denen, die Schutz begehrten und im Keller Zuflucht suchten, das schreckliche Erleben durchmachen mussten.»⁵⁶

Als die Franzosen einige Tage später auf Sindelfingen, den Sitz von Daimler-Benz, vorrückten, wurden sie aus der oberhalb des Zentrums gelegenen Goldberg-Siedlung mit Flugabwehrkanonen beschossen. Aus Wut darüber duldeten die französischen Kommandeure offenbar physische und sexuelle Gewalttätigkeiten gegenüber den Flakhelferinnen, zu denen wiederum russische Zwangsarbeiterinnen gehörten. Es kam zu Massenvergewaltigungen, bei denen auch die Russinnen, die schon unter den Deutschen ein jahrelanges Sklavendasein am Rand des Verhungerns erduldet hatten, nicht verschont wurden.

Anderswo fanden ähnliche Exzesse statt, während die Franzosen Teile ihrer designierten Besatzungszone entweder kämpfend eroberten oder von den Amerikanern übernahmen. Plünderungen und Raubzüge waren an der Tagesordnung. Die Kolonialtruppen, insbesondere die marokkanischen, waren daran ebenso beteiligt wie ehemalige Einheiten des Maquis, des französischen Untergrunds, die nach der Befreiung im vorangegangenen Sommer in die reguläre Armee eingegliedert worden waren.

Schon im Italienfeldzug hatten sich die Goumiers nicht nur durch Verbrissenheit und Tapferkeit hervorgetan, sondern auch, insbesondere nach dem Fall von Monte Cassino, einen schlechten Ruf erworben. Die Männer hatten Italienerinnen vergewaltigt und jeden, der sie daran hindern wollte, getötet. Sie waren derart berüchtigt, dass im Nachkriegsitalien zur Bezeichnung von Gewaltorgien das Wort «marocchine» geprägt wurde. Die

Vergewaltigungen sind Thema des Romans *Cesira* von Alberto Moravia, der 1943/44 im Ciociara-Gebirge, dem Schauplatz des Romans, Zeuge solcher Geschehnisse geworden war; der Roman wurde später von Vittorio De Sica mit Sophia Loren und Jean-Paul Belmondo in den Hauptrollen verfilmt (deutscher Titel: *Und dennoch leben sie*).

Solche Gewalttaten konnten allerdings durch das Eingreifen von Offizieren verhindert werden. So berichtete der Pfarrer des kleinen Wintersportorts Hofgrund, im Schwarzwald in der Nähe von Freiburg gelegen, erleichtert:

«Die ersten Truppen des Gegners, die das Dorf passierten (25. April), waren Marokkaner unter der Führung französischer Offiziere. In aufgelöster Marschordnung kamen sie die Wege zum Schauinsland herab. Ihr Verhalten zeigte, dass sie Widerstand erwartet hatten ... Das Verhalten der Truppe war im Allgemeinen korrekt, da die Führung auf strengste Disziplin hielt. Als dem Pfarrer im Verlaufe des Abends mehrmals gemeldet wurde, dass Gefahr für gewisse Ausschreitungen bestehe, wurde er von den Franzosen in die betreffenden Häuser begleitet und überall Schlimmeres verhindert.»⁵⁷

Nach dem Ende der Kämpfe gingen die französischen Behörden wesentlich konsequenter gegen Plünderer und Vergewaltiger vor als etwa ihre russischen Pendanten. Die Zahl der Vergewaltigungen lässt sich unmöglich schätzen, da viele deutsche Frauen zu verängstigt waren und sich zu sehr schämten, um die Taten anzuzeigen. Es gibt jedoch Hinweise auf das ganze Ausmass der Verbrechen. So bezifferte der Koblenzer Regierungspräsident die Fälle von «Besatzungspersonenschäden» später mit rund dreitausend, und in der malerischen Kleinstadt Cochem an der Mosel, die nach anfänglicher amerikanischer Besetzung den Franzosen übergeben worden war, wurden 22 Geburten als Folge von Vergewaltigungen gemeldet.⁵⁸

Anders als bei den Russen gab es bei den Franzosen von Anfang an ein

Fraternisierungsverbot, das aber im Gegensatz zum amerikanischen und britischen Vorgehen kaum durchgesetzt wurde. Nur wenige französische Soldaten wurden wegen eines Verstosses gegen dieses Verbot verurteilt, ob nun zu einer Haft- oder Geldstrafe. Kurz, Affären zwischen französischen Soldaten und deutschen Frauen wurde kaum Beachtung geschenkt. Es gab sie natürlich. Aber paradoxerweise, wenn man die harte französische Haltung gegenüber den Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren bedenkt, nahm man das Thema nie besonders wichtig.⁵⁹

Vergewaltigungen gab es, trotz des strengen Verbots von Kontakten zu Deutschen, auch in britisch und amerikanisch kontrollierten Gebieten, obwohl anzumerken ist, dass in Grossbritannien und den befreiten Ländern rund zweihundert amerikanische Soldaten wegen dieses Verbrechens hingerichtet wurden, während in Deutschland von 284 Verurteilten kein einziger seine Tat mit dem Tod büssen musste.⁶⁰ Gleichwohl waren die Besatzungsmächte mit den laxesten Fraternisierungsvorschriften in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Sowjets und Franzosen, für die meisten Vergewaltigungen an deutschen Frauen verantwortlich. Das soll nicht heissen, dass das eine aus dem anderen folgte. Als Ursache wahrscheinlicher ist die Tatsache, dass Russen und Franzosen direkt unter deutscher Besetzung gelitten hatten, daher mehr Wut empfanden und ein grösseres Recht zu haben glaubten, es dem Feind in gleicher Münze heimzuzahlen.

Um sich selbst aus Eroberersicht zu sehen, brauchten die besiegten Deutschen nur zu beobachten, wie die fremden Soldaten sich verhielten. Es verhiess nichts Gutes. Wenn manche Deutsche wirklich geglaubt haben sollten, sie würden wie andere europäische Nationen «befreit» werden, dann wurden sie rasch und gründlich enttäuscht.

Welche Wirkung all dies auf ein Volk von siebzig Millionen Menschen hatte, dem man in kurzer Zeit die Herrschaft über Europa genommen hatte, war schwer zu sagen. Es wurde jedoch bald klar, dass die Hauptaufgabe, vor der die Deutschen standen, nicht die politische und geistige Erneuerung war, sondern die Suche nach Nahrung, um die Zeit bis zur nächsten Ernte zu überstehen – und dann die bis zur übernächsten. Ebenso klar ging

aus dem, was die Sieger nach Kriegsende sagten und taten, hervor, dass die Deutschen diese Aufgabe allein bewältigen mussten – anders als der übrige Kontinent, der ebenfalls mit furchtbaren Entbehren zu kämpfen hatte. Niemand hatte vor, ihnen zu helfen. Niemand.

Am Nachmittag des 4. Oktober 1942 hielt einer der bestgenährten Männer Europas vor einem begeisterten Publikum eine Rede, die aufgezeichnet und vom Rundfunk im gesamten Grossdeutschen Reich und in den besetzten Ländern übertragen wurde. In dieser Rede feierte er die Tatsache, dass die Deutschen im kommenden Winter wie im vorherigen genug zu essen haben würden. Sie würden sich satt essen können, während Millionen ihrer Mitmenschen durchaus geplant und absichtsvoll zum Hungern verdammt sein würden.

Der Redner war Reichsmarschall Hermann Göring, sein Auftrittsort der Berliner Sportpalast und Anlass der Veranstaltung das «Reichserntedankfest». Selbstverständlich sagte er nicht ausdrücklich: «Wir haben vor, Millionen verhungern zu lassen und zu töten.» Vielmehr teilte er seinen Zuhörern in festem, aber freundlichem Tonfall mit – Göring war trotz seines extravaganten Lebensstils bemerkenswert geschickt darin, den «Volkston» zu treffen –, dass ihre Rationen erhöht werden würden und dass die Lebensmittelknappheit nun, vor dem vierten Kriegswinter, vorüber sei.

Dafür gab es zwei Ursachen: Zum einen fiel die Ernte in diesem Jahr besser aus als in den beiden vorangegangenen Jahren, und zum anderen wurde das übrige Europa – insbesondere Polen und Russland – systematisch ausgeraubt, damit die Deutschen keinen Mangel leiden mussten, sondern sogar besser leben konnten als bisher, wie es ihrer Stellung als Beherrscher Europas und «Herrenrasse» entsprach.

Noch wichtiger war jedoch, was Göring verschwieg. Wer zahlte den Preis für das fortgesetzte Wohlergehen der Deutschen mitten in einem derart schrecklichen Krieg? Solange der Krieg andauerte, wurde die Antwort darauf nie offiziell gegeben, obwohl die NS-Beamten in den besetzten

Ländern und die für die Lebensmittelversorgung Verantwortlichen sie kannten. Aber es war und ist ziemlich klar. Damit die Deutschen genug zu essen hatten, mussten Juden, Polen und Russen, ebenso Serben, Griechen, Holländer und andere hungern, oder, wie es millionenfach geschah, sterben.

Im Winter 1941/42 hatte das kurz zuvor eroberte Griechenland als erstes Land erfahren, was dies bedeutete. Das überwiegend felsige, gebirgige Land, das schon in Friedenszeiten auf Lebensmitteleinfuhren angewiesen war, wurde durch systematische Bevorratung, eine in die Höhe schiessende Inflation, erdrückende Besatzungskosten und ein der kollaborierenden griechischen Regierung abgenötigtes «Darlehen» an Deutschland in eine Krise gestürzt. Die rücksichtslose Lebensmittelbeschaffung durch die Deutschen und ihre italienischen und bulgarischen Verbündeten verschärfte diese Krise weiter.

Die Folge war, dass Griechenland die erste Hungersnot des Zweiten Weltkriegs erlebte. Durch den «grossen Hunger» verloren bis zu 300'000 Griechen das Leben, insbesondere in der Metropole Athen, wo fast über Nacht die lebensnotwendigen Nahrungsmittellieferungen aus dem Umland ausblieben, und auf den pittoresken, aber kargen Kykladen. Strenggenommen, hatten die Deutschen diese Katastrophe nicht absichtlich herbeigeführt, aber sie unternahmen auch wenig, um sie zu mildern, und fuhren ohne jede Rücksicht auf die hungernden Einheimischen fort, die verbliebenen Ressourcen des Landes auszubeuten. Wiederum war es Göring, der mit brutaler Offenheit aussprach, was die NS-Elite dachte. «Wir können uns keine überflüssigen Sorgen über die Griechen machen», erklärte er kühl. «Dieses Unglück wird noch viele andere ausser ihnen treffen.»¹

Tatsächlich errang die Wehrmacht 1942 zwar an allen Fronten Siege, aber in Bezug auf die Ernährung der Reichsbevölkerung war es ein schwieriges Jahr. Zwei aufeinanderfolgende Missernten und die horrenden finanziellen und produktiven Ressourcen, welche die Versorgung von drei Millionen Soldaten an der Ostfront verschlang, hatten zu peinlichen Engpässen, Rationskürzungen, einer rapiden Verringerung der nationalen Getreidevorräte und verbreitetem Unmut in der Bevölkerung geführt. In dem

verschlungenen Ämterwirrwarr aus Görings Amt für den Vierjahresplan, Himmlers SS-Imperium und der mächtigen Dienststelle des Staatssekretärs (später Ministers) im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe, herrschte deshalb in den ersten Monaten hektische Betriebsamkeit, um des Problems Herr zu werden. Die Lösung war erschreckend radikal.

Der kühle Technokrat Backe hatte vor 1939 die deutsche Landwirtschaft umgestaltet, um sie – gemäss den Bestrebungen des NS-Regimes nach wirtschaftlicher Autarkie – vom Weltmarkt unabhängig zu machen. Um die romantischen «Blut und Boden»-Fantasien seines nominellen Chefs, Minister Walther Darré, hatte er sich dabei wenig gekümmert und sie zugunsten effizienterer, «modernerer» Methoden der Lebensmittelproduktion in den Hintergrund gedrängt.

Nach Kriegsausbruch entwickelten Backe und seine Fachleute entsprechend einer rücksichtslosen rassistischen Logik Pläne für die Versorgung und Ernährung der Wehrmacht während der Invasion in der Sowjetunion, deren Tenor offen genozidal war. Dass die Reichsbevölkerung nicht ausreichend versorgt werden konnte, wenn die Wehrmacht an der Ostfront Nahrungsmittel aus dem Reichsgebiet benötigte, war offensichtlich. Deshalb sollte sie im besetzten Russland «aus dem Lande leben» – und, wenn möglich, sogar einen Überschuss erzielen, der nach Deutschland geschickt werden konnte, um die dortigen Engpässe zu überwinden. Welche Folgen es haben würde, wenn die Wehrmacht sich selbst versorgte und die deutschen Zivilisten weiterhin gut versorgt wurden, war den NS-Fachleuten klar: Millionen von Russen würden hungern müssen, insbesondere in den Städten, die in den dreissiger Jahren aufgrund von Stalins Industrialisierungsprogramm rasant gewachsen waren. In einer Sitzung am 2. Mai 1941 einigten sich Staatssekretäre aus allen grossen Reichsministerien auf diese mörderische Politik. Einem zeitgenössischen Bericht zufolge lauteten die Schlussfolgerungen:

- «1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegs) ahr aus Russland ernährt wird.
2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.
3. Am wichtigsten ist die Bergung und der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide.»²

Backe selbst schätzte die «überflüssige» sowjetische Bevölkerung auf zwanzig bis dreissig Millionen Menschen, die im Zuge des Unternehmens «Barbarossa», dem Feldzug gegen die Sowjetunion, liquidiert werden müssten – ganz unabhängig von allen Nachkriegsvorhaben, die fruchtbaren ukrainischen und weissrussischen Ebenen mit Deutschen zu besiedeln.³ Himmler stellte im Juni 1941 wenige Tage vor dem Überfall auf die Sowjetunion vor den Spitzen der SS unumwunden fest, in dem bevorstehenden «Volkstumskampf von unerbittlicher Härte» würden «durch die Kriegshandlungen und die Ernährungsschwierigkeiten 20 bis 30 Millionen Slawen und Juden umkommen».⁴

Im November, knapp fünf Monate nach Beginn des Feldzugs, erklärte Göring, die Schlacht um Russland werde «das grösste Sterben seit dem Dreissigjährigen Krieg» mit sich bringen.⁵ Wiederholt machte er selbstgefällige Bemerkungen wie: «Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere.»⁶ Ganz ähnlich notierte Goebbels in seinem Tagebuch, ehe Deutschland verhungere, seien «noch eine Reihe von anderen Völkern daran».⁷

Dass die Nahrungsmittelversorgung im Reich knapp drei Monate vor Görings Erntedankfestrede weiterhin ein Problem darstellte, wird auch durch einen Aktenvermerk über eine Tagung in Rowno, dem Amtssitz des Gauleiters von Ostpreussen und Reichskommissars der Ukraine, Erich Koch, bestätigt. In einer Ansprache vor Mitarbeitern seiner Verwaltung schnitt Koch genau dieses Thema an. Er war soeben von einem Treffen mit Hitler zurückgekehrt, bei dem er sich offenbar vergeblich gegen Görings Forderung nach erhöhten Lieferungen aus Russland gewehrt hatte.

Doch da sich auch der «Führer» hinter den Reichsmarschall gestellt hatte, erklärte er:

«Die Ernährungslage in Deutschland ist ernst. Die Produktion sinkt bereits unter dem Einschluss der Ernährungslage. Die Erhöhung der Brotration ist eine politische Notwendigkeit, um den Krieg siegreich fortzuführen. Die fehlenden Mengen an Getreide müssen aus der Ukraine beschafft werden. Der Führer hat den Gauleiter dafür verantwortlich gemacht, dass diese Mengen sichergestellt werden. Die Ernährung der [ukrainischen] Zivilbevölkerung ist angesichts dieser Lage gänzlich gleichgültig.»⁸

Koch brachte damit den zu diesem Zeitpunkt in der Führungsetage des NS-Regimes herrschenden Konsens zum Ausdruck. Im Frühherbst 1942 wurden Bauern im besetzten Polen und Russland von bewaffneten Beschaffungstrupps, die in Polen unter der Aufsicht der berüchtigten Kreishauptleute standen, unter Druck gesetzt. Bis Ende September waren 60 Prozent der horrenden Abgabemengen auszuliefern, die restlichen 40 Prozent bis Ende November. Auf tatsächliches oder vermeintliches Zurückhalten von Lebensmitteln standen drakonische Strafen:

«... wegen des gestiegenen Drucks war man [das heisst waren die Kreishauptleute] dort zu einer eigenmächtigen Erhöhung der Ablieferungspflicht um zehn bis 70 Prozent übergegangen. Noch dazu hatten Kreislandwirte die Fristen verkürzt, so dass die Landwirte die 60 Prozent schon zum 20. September und die restlichen 40 Prozent bereits zum 1. November abliefern mussten. Im Kreis Garwolin mussten die Bauern sogar 90 Prozent des Kontingents für Brotgetreide schon zum 9. September abgeben. Begleitet wurde die Erfassungsaktion wieder von Terror und Gewalt. In Grójec wurden einige Bauern erhängt, da sie die Kontingente nicht erfüllt hatten. Im Distrikt Lublin herrschte besonderer Terror. Höfe wurden niedergebrannt und Bauern geprügelt.

Dass Bauern dort erschossen oder erhängt wurden, gehörte nach Einschätzung des [polnischen] Untergrunds schon zum Alltag. Aus dem Untergrund wurde daher zu verstärktem Kampf gegen diese Politik aufgerufen. Die Ernteerfassung verlief 1942 zufriedenstellend für die deutschen Behörden.»⁹

Dies bedeutete nicht nur, dass Ukrainer, Russen und Juden verhungern sollten, von den polnischen und jüdischen Bewohnern des sogenannten Generalgouvernements, denen ein ähnliches Schicksal zgedacht war, ganz zu schweigen; darüber hinaus scheint Görings und Backes Forderung nach massiv erhöhten Lebensmittellieferungen fast augenblicklich auch zur Beschleunigung des Holocaust geführt zu haben. Fortan sollten «unproduktive» Personen im besetzten Osten, die bloss Nahrungsmittel verbrauchten, welche andernfalls zur Ernährung der Wehrmacht in Russland oder zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland beitragen konnten, systematisch in industriellem Massstab ermordet werden.¹⁰

Im zweiten Halbjahr 1942 erreichten die Vernichtungslager Treblinka, Belzec, Majdanek und Sobibor im Zuge der «Aktion Reinhard», wie sie zu «Ehren» des jüngst ermordeten RSHA-Chefs und stellvertretenden «Reichsprotektors» von Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, genannt wurde, den Höhepunkt ihrer gespenstischen «Produktivität». Mindestens anderthalb Millionen «unproduktive» Juden wurden getötet. Das Gleiche galt – und war zu einem grossen Teil bereits geschehen – für die 3,3 Millionen Rotarmisten, die nach den gewaltigen deutschen Siegen von Juni bis November 1941 in Gefangenschaft geraten waren. Bis Februar 1942 waren 60 Prozent von ihnen nicht mehr am Leben – verhungert, erschossen oder sogar vergast (einige frühe Experimente mit sogenannten Gaswagen wurden mit sowjetischen Kriegsgefangenen durchgeführt).¹¹

Diese Behandlung stand übrigens in krassem Gegensatz zum Los russischer Kriegsgefangener im Ersten Weltkrieg. Die kaiserliche Regierung und ihre Militärs konnten durchaus eine harte und sogar brutale Besatzungspolitik verfolgen, aber was die Behandlung von Kriegsgefangenen

anging, hielten sie sich strikt an die Haager Konvention. Von 1,4 Millionen russischen Gefangenen starben 5,4 Prozent in deutscher Gefangenschaft, vergleichsweise wenig und dies in einer Zeit, als die deutsche Zivilbevölkerung aufgrund der britischen Seeblockade hungerte;¹² zwischen 1914 und 1918 sind schätzungsweise 800'000 Deutsche aufgrund von Unterernährung und mit ihr zusammenhängenden Krankheiten gestorben – mehr als zwischen 1939 und 1945 bei alliierten Luftangriffen ums Leben kamen.

Aufgrund einer bewussten Entscheidung nahm die Wehrmacht im Herbst 1941 Leningrad nicht ein. Hätte sie es getan, hätte man vor der Frage gestanden, wie man eine Zivilbevölkerung von mindestens drei Millionen Russen entweder ernähren oder loswerden sollte. Durch die Belagerung wollte man die Einwohner der Stadt dem Hungertod überantworten und damit der unangenehmen «Notwendigkeit» ausweichen, sie auf aktive Weise zu liquidieren. «Aus wirtschaftlichen Gründen», so die offizielle Einstellung, «ist die Eroberung grosser Städte unerwünscht. Ihre Einschliessung ist vorteilhafter.» Und der Ernährungsexperte des OKW, Professor Wilhelm Ziegelmayr, notierte im September 1941: «Wir werden uns auch künftig nicht mit Forderungen nach einer Kapitulation Leningrads belasten. Es muss durch eine wissenschaftlich begründete Methode vernichtet werden.»¹³ Im Januar 1942 starben jeden Tag fast 4'000 Leningrader. In den ersten elf Monaten der Belagerung rafften Hunger und Krankheiten rund 650'000 Einwohner dahin.¹⁴

Dass 1942 Millionen von Juden aus Polen, Russland und anderen europäischen Ländern ermordet wurden und Millionen Slawen verhungern mussten, war also zu einem guten Teil auf Görings Wunsch zurückzuführen, den Deutschen einen reich gedeckten Tisch für den folgenden Winter verkünden zu können und sich damit ihrer Dankbarkeit zu versichern.¹⁵

Nach Görings triumphaler, anderthalbstündiger Suada im Berliner Sportpalast zitierte der SD in einem Bericht Äusserungen von «Volksgeossen», um zu belegen, dass seine «ausführliche Darstellung der immer besser werdenden Ernährungslage des Reiches ... allgemein die Vorstel-

lung verdichtet» habe, dass man in Bezug auf die Ernährung «über dem Berg» sei. Dies trage insoweit zur Verbesserung der Grundstimmung bei, versicherte der SD, dass man sich «über die militärische Lage, z.B. die Dauer der Kämpfe um Stalingrad, nicht mehr so viel Gedanken» mache. Was die Stimmung unter den Frauen angehe, die jetzt einen Grossteil der Last an der «Heimatfront» trugen, so sei auch sie «wesentlich besser geworden», da bei ihnen «naturgemäss das Versprechen einer ständig verbesserten Ernährungs- und Versorgungslage die grösste Rolle» spiele.¹⁶

Vor allem musste die NS-Führung nicht damit rechnen, es mit einer rebellischen Bevölkerung zu tun zu bekommen, wie der Kaiser – während er die Kriegsgefangenen pflichtschuldig ernähren liess – im November 1918, als die Menschen, von Hunger und militärischer Niederlage getrieben, auf die Strasse gingen und ihn vom Thron stürzten. Der Albraum eines neuen Aufstands hungernder Deutscher verfolgte die NS-Führer während des gesamten Krieges. Aber im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg mussten die Deutschen im Zweiten Weltkrieg nie hungern, jedenfalls nicht ernsthaft, während in den besetzten Ländern zig Millionen Hunger litten, damit die Deutschen genug zu essen hatten. Dieses Schicksal ereilte sie erst ganz am Ende.

Das Kalkül der Führung ging auf. Obwohl Millionen Deutsche, als die Nachrichten von den Fronten schlechter wurden, immer stärker von Hitler enttäuscht waren, leistete nur eine winzige Minderheit Widerstand. Neben dem ebenso brutalen wie effizienten Überwachungsapparat des Regimes und der drakonischen Bestrafung von Schwarzhändlern war auch die erfolgreiche Lebensmittelversorgung ein Grund dafür, warum die breite Bevölkerung bei der Stange blieb. Trotz der sich verschlechternden militärischen Lage in den Jahren 1943/44, der ständigen Luftangriffe auf deutsche Städte und der horrenden Verluste, insbesondere an der Ostfront, blieb der 20. Juli 1944 der einzige, für die NS-Herrschaft bedrohliche Aufstandsversuch, und der war eine Eliteangelegenheit, die kaum etwas mit den Massen verband.

Erst im Februar 1945 begannen sich Mütter im zerbombten Berlin darüber zu beschweren, dass sie «nicht regelmässig Vollmilch erhalten» könnten. Ob ihre Ignoranz gegenüber den Mitteln, mit denen ihre Versorgung so lange aufrechterhalten worden war, auf Informationsmangel oder Selbsttäuschung beruhte, sei dahingestellt, jedenfalls waren sie auf das, was das Kriegsende ihnen bringen sollte, nicht vorbereitet. Noch lange danach erklärten sie vorwurfsvoll: «Im Krieg haben wir nicht gehungert, da funktionierte alles! Erst danach wurde es schlimm.»¹⁷

Nur wenig später waren die bis dahin bevorzugten deutschen Zivilisten nicht nur mit einer Situation ohne Importe und konfiszierte Güter aus besetzten Ländern konfrontiert, sondern auch der Gnade von Siegermächten ausgeliefert, die entschlossen waren, sie für die Jahre, in denen sie auf Kosten anderer Nationen gelebt hatten, zahlen zu lassen.

Obwohl der Morgenthauplan, so wie er im Herbst 1944 ausgearbeitet worden war, nie buchstabengetreu umgesetzt wurde, sollte es lange dauern, bis sein Geist aus der Ernährungspolitik der Alliierten im besetzten Deutschland verschwand.

Unterdessen hatte Roosevelt im Januar 1945 seine vierte Amtszeit angetreten, obwohl sich sein Gesundheitszustand stetig verschlechterte. Der altgediente Innenminister Harold L. Ickes sagte zu Anna Boettiger, der Tochter des Präsidenten, ihr Vater scheine «manchmal nicht zu verstehen, was die Leute zu ihm sagen», und «schnell zu vergessen».¹⁸

Der Präsident neigte in der Tat dazu, sich in einem Augenblick der Achse aus Aussen- und Kriegsministerium anzuschliessen und im nächsten haarsträubende Bemerkungen à la «Morgenthau» fallenzulassen. Bei einem Mittagessen am 20. März mit Morgenthau sowie John und Anna Boettiger (die eine Art Regentschaft für den kränkenden Präsidenten zu erwägen schienen) machte er einen verwirrten Eindruck. Boettiger erklärte, die neueste Fassung der Direktive JCS 1067 Sorge bei der Armee in Deutsch-

land für Unmut. Ihre auf Vergeltung bedachten Bestimmungen würden die Verwaltung des Landes erschweren. Sie sei nicht durchführbar; man könne Deutschland doch nicht, wie von Morgenthau vorgeschlagen, im eigenen Saft schmorenlassen. «Sollen sie Suppenküchen kriegen!», entgegnete Roosevelt. «Soll ihre Wirtschaft untergehen!» Und auf die Frage, ob er die Deutschen verhungern lassen wolle, gab er zurück: «Warum nicht?»¹⁹

Einige Tage später reiste Roosevelt zur Erholung in sein Ferienhaus in Warm Springs in Georgia. Am 12. April 1945 wachte er mit Kopfschmerzen und einem steifen Hals auf, fühlte sich am frühen Nachmittag aber besser. Die Malerin, die gerade ein Porträt von ihm malte, Elizabeth Shoumatoff, fand seine Gesichtsfarbe so natürlich wie lange nicht mehr. Er begann Papiere durchzusehen, während seine Sekretärin und Geliebte, Lucy Rutherford, und seine alte Freundin Margaret Suckley in seiner Nähe sassen. Plötzlich beugte er sich, ohne jede Vorankündigung, vor und sagte: «Ich habe fürchterliche Schmerzen im Hinterkopf.» Wenige Minuten später war der zweiunddreissigste Präsident der Vereinigten Staaten tot. Die gesunde Gesichtsfarbe, die man für ein Zeichen der Besserung gehalten hatte, war in Wirklichkeit ein Warnsignal gewesen, das auf eine tödliche Hirnblutung hinwies.²⁰

Im Februar 1945 hatte Hitler zu seinem Privatsekretär Martin Bormann gesagt: «Ein unglücklicher geschichtlicher Zufall hat es gefügt, dass meine Machtübernahme mit dem Zeitpunkt zusammentraf, in dem der Auserwählte des Weltjudentums, Roosevelt, das Steuer im Weissen Haus übernahm.»²¹ Jetzt, Mitte April, löste der Tod des amerikanischen Präsidenten in seinem Bunker in Berlin, in dem er und seine Handlanger fieberhaft auf ein rettendes Wunder hofften, grosse Aufregung aus.

In seiner Bewunderung für Friedrich den Grossen – bis zum Ende hing ein Porträt des Alten Fritz in seinem Arbeitszimmer – glaubte Hitler, von Goebbels ermuntert, an die Möglichkeit, dass Roosevelts Tod sein «Zarin Elisabeth «-Augenblick sei. Im Januar 1762 hatte Friedrich der Grosse im

Siebenjährigen Krieg gegen das Bündnis aus Russland, Frankreich und Österreich am Rand der Niederlage gestanden und war in Trübsal versunken, als er vom Tod der russischen Zarin erfuhr. Der neue Zar, ihr Neffe Peter III., war ein exzentrischer junger Mann, der alles Preussische glühend verehrte und – zum Glück für Preussen, denn er wurde noch im selben Jahr gestürzt und ermordet – umgehend einen für diesen vorteilhaften Frieden mit Friedrich schloss. Hitler hoffte nun, dass sich Roosevelts Tod in ähnlicher Weise als Werk der Schicksalsgöttin herausstellen würde.

Doch die Clique im Bunker wartete vergebens. Denn natürlich gab es kein Wunder, keinen Riss in der Anti-Hitler-Koalition, keine neu gemischten Karten. Unterdessen hatte es Hitler für nötig befunden, die Katastrophe, die er bereits über das Land gebracht hatte, weiter zu vertiefen. Vor allem mit dem sogenannten Nero-Befehl, der Politik der verbrannten Erde, die sämtliche Organe des NS-Staats auf politischer, militärischer und ökonomischer Ebene verpflichtete, buchstäblich alles zu zerstören – «alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes» –,²² damit es dem Feind nicht in die Hände fiel. Hitler stellte klar, dass ihm das Lebensniveau des deutschen Volkes nach dem Krieg, das nach solchen Zerstörungen ins Bodenlose sinken musste, völlig gleichgültig war:

«Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar. Es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil sei es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschliesslich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibe, seien ohnehin nur die Minderwertigen; denn die Guten seien gefallen.»²³

Albert Speer behauptete später, er habe Hitler dazu überreden können, die Fortführung dieser sinnlosen Zerstörungskampagne in die Hände seines Ministeriums zu legen. Dadurch sei er in der Lage gewesen, die Schäden so gering wie möglich zu halten, er habe Befehle zur Zerstörung in solche zur Unbrauchbarmachung umgewandelt und so weiter.²⁴

Inmitten des sich vergrößernden Chaos der deutschen Bürokratie in den letzten Monaten des Dritten Reichs planten tatsächlich manche schon für die Nachkriegszeit, für die Phase, in der das Überleben der deutschen Wirtschaft (und ihrer Managerelite) gesichert und der kraftvolle Wiedereinstieg der deutschen Industrie auf den Weltmärkten vorbereitet werden musste. Diese Expertengruppe stand unter der Leitung (und dem Schutz, denn mit ihrer Arbeit setzte sie sich notgedrungen dem Verdacht des Hochverrats aus) des mächtigen SS-Gruppenführers Otto Ohlendorf, des Chefs des Amts III (SD Inland) des RSHA und stellvertretenden Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium.

Einer der führenden Köpfe dieser Expertengruppe war der 48-jährige Ludwig Erhard. Der aus Bayern stammende Ökonom (der sich in seiner Dissertation mit der Werttheorie beschäftigt hatte) war eine komplexe Figur, ein Anhänger der freien Marktwirtschaft und der globalen Interdependenz (also einer Position, die bei den Nationalsozialisten eher verpönt war), und hatte schon 1942 begonnen, Wirtschaftspläne für den «schlimmsten Fall» auszuarbeiten. In seiner im April 1944 fertiggestellten Denkschrift über «Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung» befasste er sich mit Themen wie der Währungsanierung unter den Bedingungen der Kriegsniederlage und der Wiederherstellung der freien, kapitalistischen Marktwirtschaft nach dem kryptosozialistischen Autarkieexperiment der Nationalsozialisten.²⁵ Obwohl er selbst nicht zu ihren Anhängern gehörte und verdächtige Kontakte zur antinationalsozialistischen Opposition unterhielt, war er durch seinen Sachverstand und seine Nützlichkeit für die Technokraten in Hitlers Apparat geschützt und bis zum Ende des Dritten Reichs in Arbeit – und bereit für die glänzende Zukunft, die ihn als künfti-

gen ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik und «Vater» des westdeutschen Wirtschaftswunders erwartete.

Das grosse Manko der Nachkriegsplanungen von Ohlendorfs Expertengruppe war weniger in den NS-Verstrickungen einiger ihrer wichtigsten Mitglieder begründet (Ohlendorf selbst wurde wegen seiner massenmörderischen Tätigkeit in der Ukraine und auf der Krim in den Jahren 1941/42 nach dem Krieg hingerichtet) als vielmehr in der falschen Annahme, dass man dem unterlegenen Deutschland wie 1918 gestatten würde, sich selbst zu regieren, wenn auch unter alliierter Oberaufsicht. Dies traf ebenso für die Pläne zu, die deutsche Fachleute für die Ernährung der Bevölkerung in der näherrückenden Nachkriegsperiode ausarbeiteten. Die Ernährungsexperten wussten sehr genau, dass sich Deutschland, was seine Ernährung anging, nie in vollem Umfang selbst versorgt hatte. Selbst in Friedenszeiten war es aufimporte angewiesen gewesen. Es würde ihm also schwerfallen, seine Ernährung aus den eigenen, zudem verringerten Ressourcen sicherzustellen – und das bereits, wenn die Lage sich nicht weiter verschlechterte.

Schon bevor im Januar 1945 der umfassende, panikartige Exodus aus den Ostprovinzen begann, hatten viele Millionen Deutsche – bis zu einem Drittel der Zivilbevölkerung – ihre gewohnte Umgebung verlassen, ob nun zerbombte Städte oder vom alliierten Vormarsch bedrohte ländliche Gebiete.²⁶ Dies war sowohl gut als auch schlecht. Gut war es, weil sich weit mehr Deutsche als in der Vorkriegszeit in der Nähe der Quellen der Nahrungsmittelproduktion befanden und das Transport- und Verteilungsnetz daher weniger belastet wurde, als es ansonsten wohl der Fall gewesen wäre. Schlecht war es, weil selbst diejenigen, die als Arbeitskräfte nicht zu alt oder zu jung waren, in der neuen Umgebung nur schwer eine Arbeit fanden und daher von staatlicher Fürsorge der einen oder anderen Art abhängig blieben.

Zum Glück für die unmittelbaren Aussichten des Landes war die letzte Kriegsernte, auch wenn sie nur mittelmässig ausfiel, vollständig eingebracht worden, bevor im Januar 1945 die spektakulären Vorstösse der Alliierten begannen und die angloamerikanischen Bomber im Januar und Fe-

bruar in ihrer «Transportkampagne» das für die Verteilung von Lebensmitteln und Industriegütern gleichermaßen wichtige Eisenbahn- und Wasserstrassennetz endgültig zerstörten. Es sollte drei Jahre dauern, bis wieder zuverlässige Verbindungen zwischen dem lebenswichtigen Industriegebiet an der Ruhr und den anderen Bevölkerungszentren Deutschlands vorhanden waren.²⁷

Allerdings gab es auch schon in dieser Phase ernste Probleme. Kartoffeln, die zum grossen Teil aus dem Osten kamen, konnten wegen des Mangels an rollendem Material aufgrund der alliierten Luftangriffe nicht transportiert werden. Und das Fleisch, das benötigt wurde, um die Gulaschkanonnen der schwer bedrängten Wehrmacht zu füllen, liess sich nicht mehr im Ausland requirieren. Logischerweise musste im Reich selbst mehr Vieh geschlachtet werden, was die nationale Reserve erheblich dahinschmelzen liess. Und dabei stand der beschleunigte Zusammenbruch des normal organisierten Lebens erst noch bevor.

Schliesslich gab es noch ein weiteres und auf längere Sicht unheilvoleres Problem. In dem ebenso verzweifelten wie rücksichtslosen Bemühen, die Produktion von Sprengstoffen und Munition in der letzten Kriegsphase aufrechtzuerhalten, wurden riesige Mengen des für die Grosslandwirtschaft unerlässlichen Stickstoffdüngers in den Rüstungssektor umgeleitet, für den er mindestens ebenso wichtig war. Infolgedessen und trotz teilweise erfolgreicher Anstrengungen von Backes Ministerium, die Düngemittelvorräte vor dem Zugriff der Rüstungsindustrie zu schützen, gingen die Ernteerträge drastisch zurück und sollten sich erst Jahre später wieder erholen. Auch dies war eine Art Politik der verbrannten Erde, allerdings eine, die im Unterschied zu Hitlers Götterdämmerungsplan für die Zerstörung der Infrastruktur still und ohne Aufsehen verwirklicht wurde und den deutschen Durchschnittsverbraucher schmerzhaft traf, gerade, als seine Not am grössten war.

Minister Backe, der Architekt des «Hungerplans», hatte im Winter 1944/45 Berlin bevorzugt versorgen lassen.²⁸ Bis zum Februar und März 1945, als durch den rasanten sowjetischen Vormarsch das ertragsreichste

Agrarland Deutschlands verlorenging und die finale Krise begann, hatte sein Ministerium die Ernährungslage für «ausreichend» gehalten. Gleichwohl hatte es insgeheim an Plänen für den «Ernstfall» gearbeitet. Ausserdem hatte Backe mit Hilfe von Speers Planungschef Hans Kehrl ebenfalls im Geheimen kleine Fabriken für die Verarbeitung der nach Hefe schmeckenden Sulfitlauge errichten lassen, die bei der Zelluloseherstellung anfiel und bisher an Brauereien verkauft worden war. Sie liess sich in ein protein- und vitaminreiches Nahrungsmittel umwandeln, das als Fleischerersatz dienen konnte.* Im April 1945, nur wenige Wochen vor Kriegsende, gab es fünfzig solcher Fabriken mit einer Produktionskapazität von insgesamt 20'000 Tonnen im Jahr; das war genug, um den Grundbedarf an Proteinen von zehn Millionen Kindern zu decken. Ferner gelang es Backe, Hitlers Unterschrift unter eine Weisung zu erhalten, die wenigstens einen Teil der landwirtschaftlichen Arbeitspferde vor dem Zugriff der Wehrmacht schützte – die schon immer eine grosse Zahl von Zugtieren benötigt hatte, in den letzten Kriegsmonaten aber, als der Treibstoffnachschieb versiegte, in grossem Umfang Pferde von Bauern zu requirieren begann und damit die bevorstehende Aussaat und die entscheidende erste Nachkriegsernte ernsthaft gefährdete.

In diesen letzten, blutigen Monaten des Dritten Reichs war sich die Gruppe intelligenter, höchst kompetenter Technokraten um Speer und Backe – der sozusagen der «Speer» des Ernährungssektors war – trotz aller Loyalität zum NS-Staat im Klaren darüber, dass der Krieg verloren war. Ohne ihre eigene Stellung zu gefährden (von ihrem Leben ganz zu schweigen), indem sie etwa den immer irrationaler agierenden «Führer» mit dieser Realität konfrontierten, versuchten sie sicherzustellen, dass mit dem Nationalsozialismus nicht auch das deutsche Volk unterging.

* Es konnte auf Brot gestrichen werden und war, insbesondere mit Obst oder Gewürzen versetzt, durchaus schmackhaft. In Grossbritannien waren solche unter den Markennamen «Bovril» und «Marmite» vertriebenen Hefeextrakte bereits sehr beliebt (in Australien und Neuseeland kannte man sie vor allem unter dem Namen «Vegemite»).

Der Schwachpunkt der Pläne dieser Manager war die Annahme oder zumindest die Hoffnung, dass die Deutschen nach dem Krieg die Kontrolle über ihre Industrie und Landwirtschaft behalten würden. Ausserdem hegten sowohl Speer als auch Backe bis zum Ende die Illusion, dass der siegreiche Feind ohne ihr Expertenwissen nicht auskommen werde. Beides sollte sich als haltlos herausstellen, und zwar auf drastische Weise.*

Zu diesen drohenden operativen und technischen Schwierigkeiten würden voraussichtlich sowohl die Behinderung durch eine höchst bürokratische Überwachung durch mit den lokalen Umständen nicht vertraute Ausländer als auch die Gefahren hinzukommen, die vom Trachten ebendieser Ausländer nach Vergeltung und Bestrafung ausgingen. Der letzte Faktor allein sollte zur Folge haben, dass für die deutsche Bevölkerung alles noch schlimmer kam als befürchtet.

Speers und Backes Bemühungen, die Rüstungs- beziehungsweise Landwirtschaftsproduktion aufrechtzuerhalten, trugen fraglos dazu bei, dass die nationalsozialistische Kriegsmaschine weit über ihre erwartete Betriebszeit hinaus in Gang blieb. Die in dieser letzten Kriegsphase vollbrachten «Wunder», für die sie gerühmt wurden, waren freilich sinnlos, denn sie verlängerten nur den Krieg und hatten zur Folge, dass weitere Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen starben, die möglicherweise eine Überlebenschance gehabt hätten, wenn das Reich etwa im Herbst 1944 kapituliert hätte.

Bis zum Ende wurde, wo immer menschlich (oder unmenschlich) möglich, weiterproduziert. Von Kriegsbeginn an hatte in Deutschland Arbeitskräftemangel geherrscht, und er hatte sich immer weiter verschärft, während Millionen von Arbeitern, von denen viele für die Produktion von

* Speer wurde in Flensburg festgenommen und als einer der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg vor Gericht gestellt. Er kam wahrscheinlich nur deshalb mit dem Leben davon, weil er den Internationalen Militärgerichtshof davon überzeugen konnte, dass er in letzter Minute Hitler «Widerstand» geleistet habe. Backe, der wusste, dass er im November 1947 im sogenannten Ministerien- oder Wilhelmstrassenprozess angeklagt werden sollte, beging am 6. April 1947 in alliierter Haft in Nürnberg Selbstmord.

grösstem Wert waren, an die Front geschickt und ihr Leben und ihre Fähigkeiten dem unersättlichen Moloch der Wehrmacht geopfert wurden. Ersetzt wurden sie durch ausländische Arbeiter, entweder durch Kriegsgefangene (von denen es beständig rund 1,5 Millionen gab) – oder durch dienstverpflichtete Zivilisten aus den besetzten Ländern. In den ersten Kriegsjahren waren die meisten ausländischen Arbeiter in Deutschland Kriegsgefangene, die auf Bauernhöfen eingesetzt wurden, unter ihnen viele Franzosen. Bis zum Herbst 1944, als das von Gauleiter Fritz Sauckel, dem «Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz», geleitete brutale Zwangsarbeitsprogramm seinen grössten Umfang erreicht hatte, war die Zahl der in Deutschland eingesetzten ausländischen Arbeiter auf 7,9 Millionen gestiegen. Damit stellten sie über 20 Prozent der Arbeitskräfte.²⁹

Es war eine bittere Ironie, dass im systematisch rassistischen NS-Staat, in dem ethnische Homogenität fast eine Religion darstellte, im Alltag so viele Ausländer anzutreffen waren wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. In den Rüstungsfabriken waren über ein Drittel der Arbeiter Ausländer; in manchen Sektoren war ihr Anteil sogar noch grösser. Generalfeldmarschall Erhard Milch, der auf dem Höhepunkt des Krieges für die Flugzeugproduktion verantwortlich war, witzelte im Juni 1943, der Sturzkampfbomber Ju 87 werde zu 87 Prozent von Russen hergestellt.³⁰

Nach dem Ende des Dritten Reichs waren all diese ausländischen Arbeiter, KZ-Insassen, Bediensteten und als Landarbeiter eingesetzten Kriegsgefangenen plötzlich frei – in Deutschland und Österreich zusammen mindestens elf Millionen Menschen. Einige blieben, wo sie waren, weil sie sich in der Menge sicher fühlten oder weil die Alliierten, die ihre Arbeit in Fabriken und Dienstleistungsfirmen brauchten, sie dazu aufgefordert hatten. Aber die anderen irrten entweder durch das besiegte Deutschland oder strömten auf den verstopften, von Schlaglöchern übersäten Landstrassen und Autobahnen, die vor Kurzem noch Schauplatz blutiger Kämpfe und dramatischer Vorstösse und Rückzüge gewesen waren, in ihre Heimat. Diese «displaced persons», DPs, wie sie überall genannt

wurden, mussten von den neuen Besatzungsverwaltungen ernährt und untergebracht werden, bis man sie entweder nach Hause schicken konnte oder, wenn dies nicht möglich oder erwünscht war, eine dauerhafte Unterkunft und einen Lebensunterhalt für sie gefunden hatte.

Colin MacInnes erzählt, wie «Sergeant Mac» am Ende des Krieges beim Vormarsch seiner Einheit ins Herz Deutschlands auf diesen Strom befreiter, aber noch immer versehrter Menschen traf:

«Ich begegnete ersten Trupps von Zivilisten, die in die entgegengesetzte Richtung wie die Armee strebten. Manche waren kleine Gruppen zu Fuss, andere grössere Kolonnen mit auf Bauernkarren gehäuften Besitztümern. Es dauerte einige Zeit, bis ich begriff, dass sie unsere Verbündeten waren – befreite Kriegsgefangene und deportierte Arbeiter, die den Heimweg angetreten hatten. Zuerst hatte ich sie für Deutsche gehalten, aber nicht nur ihre Kleidung und der erfreute, wenn auch ziemlich ernste Ausdruck, den ich auf ihren Gesichtern entdeckte, liessen mich erkennen, wer sie waren. Sie gingen unverwandt weiter, so als ob nichts auf der Welt sie aufhalten könnte.

Dann überholte ich ostwärts ziehende Trupps, die in dieselbe Richtung wie wir selbst gingen. Es waren sogar noch grössere Gruppen, die häufig in Wagenketten fuhren, die von einem Traktor gezogen wurden, an dem eine rote Fahne wehte. Manche Dörfer, durch die ich kam, schienen sie regelrecht in Besitz genommen zu haben. Ich sah ganze Gemeinschaften in Scheunen am Strassenrand kampieren und sich etwas zu essen kochen. Ich fragte mich, was aus den Bauern geworden war.

Immer dichter wurden diese drei Verkehrsströme: unsere nordostwärts strebenden Lastwagen auf den Strassen, neben uns auf dem Grasstreifen am Strassenrand unsere östlichen Verbündeten, die in unsere Richtung gingen, und die Menschen aus dem Westen, die in die entgegengesetzte Richtung strebten. Es war, als wäre ein Tag des Jüngsten Gerichts gekommen – die Deutschen befanden sich auf heilloser Flucht,

während die Opfer sich erhoben und zu verschiedenen Paradiesen jenseits der Grenzen aufbrachen.»³¹

Der Unterschied zwischen Deutschen, selbst solchen, die entwurzelt («displaced») waren, und DPs war offensichtlich. Nach Auffassung des SHAEF waren DPs Personen, «die gezwungen waren, ihr Land oder ihren Herkunftsort oder ihren früheren Wohnort zu verlassen, oder von dort aufgrund ihrer Rasse, Religion oder Tätigkeit durch Feindhandeln deportiert worden» waren. Besonders klar zeigte sich der Unterschied in Bezug auf die Ernährung. Die Alliierten stimmten darin überein, dass die Millionen von Menschen, die durch Zwangsauswanderung nach Deutschland gekommen waren und sich gegen ihren Willen dort aufhielten, es verdienten, dass man ihr Leid so weit wie möglich linderte und ihnen rasch die Rückkehr in ihre Heimatländer ermöglichte.

DPs wurden von Anfang an ad hoc medizinisch versorgt, wie provisorisch auch immer, und zunächst aus Armeerationen gepflegt, insbesondere diejenigen, die sich bei der Befreiung noch in Arbeitsoder Konzentrationslagern befunden hatten. Für viele wurde auch bald eine Möglichkeit für die Heimreise gefunden. Bis Mai 1945 hatte die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA), die zwei Jahre zuvor auf Roosevelts Anregung in bemerkenswerter Voraussicht für solche Not-situationen gegründet worden war, bereits fünfhundert Sammelstellen für DPs eingerichtet. Von ihnen aus waren schon vor Kriegsende fast eine Million DPs offiziell repatriert worden.³² (Diese Zahl erfasste natürlich nicht die riesige Flut von eigenständigen Heimkehrern, die «Sergeant Mac» damals auf den Strassen von Nordwestdeutschland sah.)

Freilich blieb die Lage schwierig, insbesondere für die mehreren Hunderttausend jüdischen DPs, die im Gegensatz zu polnischen, jugoslawischen, westeuropäischen und den meisten russischen Gefangenen und Zwangsarbeitern häufig nicht wussten, wohin sie gehen sollten. Ihre Gemeinden in Deutschland, Polen oder Russland waren zerstört, viele oder

sogar die meisten ihrer Verwandten ermordet. Für den Augenblick waren Lager die einzigen Orte, an denen sie sich zu Hause oder, auf einer elementaren Ebene, sicher fühlten – manchmal von den Siegern neu für sie errichtete, manchmal aber auch dieselben Lager, in denen sie von den Deutschen bis zur Befreiung gefangen gehalten worden waren.

Diese jüdischen DP's befanden sich häufig in sehr schlechtem körperlichem Zustand, ausgehungert und krank, wie sie waren. Nachdem SS-Chef Himmler Mitte Januar 1945 angeordnet hatte, die Lager in Polen, bis auf die Schwerkranken, von allen Insassen zu räumen, hatte man sie zu Tausenden auf den Strassen nach Westen getrieben. Diese berüchtigten «Todesmärsche» waren ein letztes Grauen, dem viele Tausend Menschen zum Opfer fielen, die entweder hungers starben oder von ihren Bewachern brutal ermordet wurden. Die alliierten Soldaten fanden im Lauf des April 1945 die Überlebenden, mit Zehntausenden anderen Gefangenen unter erbärmlichen Bedingungen zusammengepfercht, in den absurd überbelegten Lagern von Dachau, Buchenwald, Bergen-Belsen und deren Nebenlagern.

Die Befreier empfanden Mitleid und Entsetzen, häufig aber auch Widerwillen. In Dachau bei München sah der Tzme-Korrespondent Sidney Olson auf Abstellgleisen Güterwagen voller Leichen, von denen viele auf ihren knochigen Leibern immer noch die Spuren von Peitschenhieben aufwiesen. Weiter im Lager entdeckte er «halb von einer braunen Plane verdeckt ... einen ungefähr anderthalb Meter hohen und sechs Meter breiten Haufen nackter Leichen, allesamt völlig ausgemergelt». Das war der Tod. Noch schlimmer war die unwillkommene Aufmerksamkeit von Seiten der Lebenden, die sich «überschwänglich, hysterisch» freuten:

«Sie begannen uns zu küssen, und man kann nichts dagegen tun, wenn eine Menge hysterischer, unrasierter, verlauster, halbbetrunkener, typhuskranker Männer einen küssen will. Absolut nichts. Man kann sie nicht schlagen; ausserdem würden sie einen trotzdem küssen. Es hilft auch nichts, wenn man ihnen erklärt, dass man nur ein Korrespondent ist. Ein halbes Dutzend von ihnen war besonders froh, und wie sich

herausstellte, waren sie sehr stolz: Sie hatten selbst zwei deutsche Soldaten getötet.»³³

Fünfhundert Kilometer Luftlinie weiter nördlich fanden die Briten im Lager Bergen-Belsen bei Celle, das sie am 15. April befreiten, 10'000 nicht begrabene Leichen vor. In den folgenden Tagen und Wochen starben weitere 13'000 Insassen. Ein jüdischer Seelsorger bei der britischen Zweiten Armee, Leslie Hardman, hat den Zustand der Gefangenen beschrieben. Er betrat das Lager zusammen mit zwei jungen britischen Soldaten, die Säcke mit Kartoffeln für die befreiten Gefangenen herbeitrugen:

«Fast als wären sie aus den sich zurückziehenden Schatten dunkler Ecken hervorgetreten, wankten einige gespensterhafte Wesen auf uns zu. Als sie näherkamen, strengten sie sich hektisch an, ihre unsicheren Schritte zu beschleunigen. Ihre skeletthaften Arme und Beine machten groteske ruckartige Bewegungen, während sie sich vorwärts zwangen. Ihre Körper sahen von Kopf bis Fuss wie Streichhölzer aus. Die beiden jungen Tommys, die zum ersten Mal in einem Lager waren, müssen gedacht haben, sie hätten eine übernatürliche Welt betreten; all die gruseligen und beängstigenden Märchen, die sie als Kinder gehört hatten – und es war noch nicht allzu viele Jahre her, seit sie Kinder gewesen waren –, erhoben sich, um sie zu begrüßen; der schaurige Anblick, der sich ihnen bot, war zu viel für sie. Sie liessen die schweren Kartoffelsäcke fallen und flohen.»³⁴

Kaum waren die beiden jungen Soldaten verschwunden, begannen diese lebenden Toten, dünne, unheimliche Schreie ausstossend, mit den Kartoffelsäcken und miteinander zu kämpfen, um an ihren kostbaren Inhalt zu gelangen. «Alles, was ich empfand», bekannte ein anderer britischer Offizier ehrlich, «war Entsetzen, Abscheu und, wie ich beschämt zugeben muss, Hass. Hass auf die Gefangenen dafür, dass sie so aussahen, dass sie so lebten, dass sie überhaupt existierten.

Es war ziemlich unvernünftig, aber so war es, und es gab uns eine mögliche Erklärung dafür, warum die SS diese Dinge getan hatte. Hatten sie ihre Gefangenen erst einmal in einen solchen Zustand versetzt, vermochten die Wachen nur noch Verachtung, Abscheu und Hass zu empfinden.»³⁵

Abgesehen von solchen extremen, kaum erträglichen Erfahrungen, taten die meisten alliierten Soldaten, was sie konnten, und nach und nach nahm ein Netz von Zufluchtsorten für solche problematischen DPs Gestalt an. Als Leutnant Irving J. Smith, ein jüdischer Amerikaner, Ende April 1945 mit seiner Einheit in Tutzing am Starnberger See einmarschierte, rund zwanzig Kilometer südlich von München, fand er dort etwa tausend Überlebende vor, die man vor der Befreiung des Lagers aus Dachau evakuiert und zu einem «Todesmarsch» nach Süden gezwungen hatte, «hungrige, fast delirierende Wahnsinnige, die vor Hunger und Furcht halb gelähmt waren».

Zusammen mit einem UNRRA-Team übernahmen die Soldaten eine frühere «Napola» in Feldafing,* stellten viele der Deutschen, die dort gearbeitet hatten, wie Köche und medizinisches Personal, ein und wandelten die Einrichtung in ein Flüchtlingslager um. Als Hospital wurde ein nahegelegenes Hotel requiriert. Die Zahl der Insassen stieg rasch auf 4'000. Ende Mai feierte man in dem Lager die erste Hochzeit, und die Kranken im Hospital, das mittlerweile in ein ehemaliges Kloster umgezogen war, konnten sich an einem Konzert des Ghettoorchesters von Kowno erfreuen, dessen Musiker in ihren gestreiften KZ-Uniformen auftraten.³⁶

Die Deutschen, unter denen diese Ausländer in den vorangegangenen Jahren gelebt hatten, erhielten eine solche Hilfe ausdrücklich nicht. Zwischen alliierten Besatzern und Deutschen herrschte vom ersten Friedenstag an, bis sich andere Kommunikationsformen entwickeln konnten, vorwiegend die Sprache von Entbehrung, Hunger, Einschränkung und Mangel –

* Napola war die Abkürzung für Nationalpolitische Lehranstalt, hochpolitisierte Militärakademien mit hohen Anforderungen, auf denen die NS-Partei eine neue nationalsozialistische Elite heranziehen wollte. 1945 gab es 43 dieser Einrichtungen, einschliesslich einiger Schulen für Mädchen.

Mangel an Unterkünften und Brennstoff, an einträglicher Tätigkeit und vor allem an Nahrung. Nachdem so viele Millionen Menschen anderer Nationen überall in Europa gehungert hatten, begann am 8. Mai 1945 der grosse Hunger für die Deutschen.

7 DER PREIS

Entzug und Entbehrung – das waren die Signale, mit denen die Alliierten den Deutschen sagten: Ihr seid unvorstellbar schlecht, und wir sind gut. Wir werden es uns jetzt in Wohnungen und auf Ländereien, die wir euch genommen haben, gutgehen lassen und euch sagen, was ihr zu tun habt. Ihr werdet eine unabsehbare Zeit damit verbringen, zu leiden, Befehlen zu gehorchen und euch zu läutern. Wir werden euch Deutschen alles aufbürden, was ihr so lange Zeit anderen aufgebürdet habt.

Umgekehrt entgegnete die deutsche Bevölkerung: Ihr habt während des ganzen Krieges von Freiheit gesprochen, aber jetzt bringt ihr uns nur Einschränkungen und absichtlich herbeigeführtes Leid. Was wollt ihr mit uns siebzig Millionen anfangen? Wollt ihr uns noch mehr leiden lassen, als wir es bereits tun? Ja, der Krieg war schlimm. Aber wir sind nicht nur das Volk von Hitler und Himmler, sondern auch dasjenige von Beethoven und Goethe. Wir leben seit Hunderten von Jahren hier in der Mitte Europas, zumeist genauso friedlich wie unsere Nachbarn. Wir werden weiterleben – es sei denn, ihr wollt uns alle umbringen. Also, noch einmal, was wollt ihr mit uns anfangen?

Auf diese Fragen hatten die Alliierten in den ersten Tagen und Wochen nach der deutschen Kapitulation keine Antwort. Woher auch, wenn es keinen festen Plan gab? Im grossen Rahmen, auf den es ankam, fand kein Gespräch statt.

Da die deutsche Regierung abgesetzt war und ihre Mitarbeiter, einschliesslich Speer, Backe und all der anderen Manager der letzten zwecklosen Kriegswunder, nicht nur ihrer Posten enthoben, sondern im Fall der höheren Chargen auch inhaftiert waren, gab es keine deutsche Stelle, mit der man hätte sprechen können. Fast alle Deutschen, die wussten, welche

Hebel bedient werden mussten, um die Maschine in Gang zu halten, waren entweder von Anfang an Nationalsozialisten gewesen oder waren es später, als Preis für ihre weitere Zugehörigkeit zur Elite, geworden.

Natürlich hatten seit dem Augenblick, in dem alliierte Soldaten die deutsche Grenze überschritten hatten, trotz aller Ablehnung und trotz des Fraternisierungsverbots Millionen kleiner Unterhaltungen stattgefunden – die häufig stockend, holprig und sogar unangenehm verliefen, oft aber auch, selbst als das Töten noch weiterging, von zögernder Freundlichkeit und gegenseitiger Neugier geprägt waren. Und diese winzigen Gespräche häuften sich. Von Normalität zu sprechen wäre allerdings übertrieben – zu viel war geschehen, und zu viele unschuldige Menschen waren unnötigerweise gestorben, um diesen Punkt zu erreichen. Auch die aus diesen Gesprächen entstehenden Beziehungen konnten nicht ganz natürlich sein; zu ungleich waren sie. Auf Seiten der Eroberer waren sie von der Ausnutzung des eigenen Vorteils und auf Seiten der Eroberten von Bedürftigkeit und offenem oder verstecktem Groll belastet. Aber Menschen sind instinktiv und sogar zwanghaft soziale Wesen. Selbst unter den schlimmsten Umständen, in unter Beschuss liegenden Schützengräben, in Klaustrophobie erzeugenden Luftschutzbunkern oder verlausten KZ-Baracken suchen sie Kontakt. Im Nachkriegsdeutschland war es nicht anders. Aber bis die Millionen kleiner Gespräche zu etwas wahrhaft Positivem führen konnten, herrschte in den grossen Angelegenheiten von Nachkriegsdeutschland die Sprache des Entzugs und der Entbehrung.

Der als Sohn des US-Senators Alexander Stephens Clay (1857-1910) in Georgia geborene Lucius Dubignon Clay war kein altmodischer Schlachtenkämpfer wie George S. Patton, sondern Ingenieur und Logistiker. Seinen guten Ruf hatte er sich mit dem Bau von Dämmen und Flugplätzen erworben; berühmt geworden war er vor allem für die schnelle Wiederherstellung des zerstörten Hafens von Cherbourg, der nach dem D-Day von den Deutschen aufgegeben worden war. Er war rasch aufgestiegen und

zum jüngsten Brigadegeneral der US-Armee geworden, weil er wusste, wie man Politiker behandelt und Dinge in Bewegung setzt. Im späten Frühjahr, kurz nach seinem achtundvierzigsten Geburtstag, war er zum Generalleutnant befördert und zu Eisenhowers Stellvertreter an der Spitze des SHAEF ernannt worden. Diesen Posten behielt er auch (als stellvertretender Militärgouverneur), als das SHAEF mit dem Alliierten Kontrollrat verschmolz und die Militärregierung der amerikanischen Besatzungszone (das Office of Military Government for Germany, OMGUS) geschaffen wurde. Clay hatte sich als Verfechter «harter Kriegsmassnahmen» in Amerika selbst hervorgetan, wie etwa Ausgangssperren, Beschränkungen des Energieverbrauchs und das Verbot von Pferderennen und Glücksspielen. Es gab keinen Anlass, anzunehmen, dass er gegenüber den besiegten Deutschen eine weichere Haltung einnehmen würde.¹

Eisenhower hatte erfolglos versucht, seinen Stabschef Walter Bedell «Beetle» Smith zu seinem Stellvertreter in der Militärregierung zu machen, doch nach Ansicht von Kriegsminister Stimson und dessen Staatssekretär, John McCloy, war Smith von seinem Temperament her für einen solchen Nachkriegsposten nicht geeignet. Jedenfalls war Clays Ernennung zum künftigen Gouverneur der amerikanischen Besatzungszone von Präsident Roosevelt kurz vor dessen Tod gebilligt worden, und so äusserte er sich im Juni 1945 mit der Autorität des kommenden mächtigen Mannes in Deutschland, als er schrieb: «Die Umstände werden in diesem Winter in Deutschland extrem schwierig werden, und es wird grosse Kälte und grossen Hunger geben.»

Dies war in gewisser Hinsicht nicht mehr als eine Tatsachenfeststellung, eine logische Folgerung aus der massiven Entwurzelung von Menschen, dem Herausreissen aus ihren Lebenszusammenhängen sowie den katastrophalen Schäden, die der deutschen Wirtschaft und Infrastruktur während der verheerenden, sinnlos in die Länge gezogenen Endphase des Krieges zugefügt worden waren. Doch dann kam die moralische Botschaft:

«Etwas Kälte und Hunger werden nötig sein, damit das deutsche Volk die Folgen eines Krieges erkennt, den es selbst begonnen hat.»² General Montgomery hatte ungefähr das Gleiche gesagt, jedenfalls in der Öffentlichkeit, und in der britischen Besatzungszone entsprechende Verlautbarungen herausgegeben. Die Russen neigten, trotz aller Gewalt in Wort und Tat, zu einer weniger moralistischen Einstellung.

Während des Krieges hatte man in Moskau darüber diskutiert, ob es überhaupt Deutsche gab, die nicht verdorben waren, aber auf längere Sicht hatte in Bezug auf die Besatzungspolitik eine Mischung aus marxistisch-leninistischem Lehrbuch und militärischem Pragmatismus die Oberhand gewonnen. Theoretisch wurde das NS-Regime indes weiterhin als das brutale letzte Stadium des Kapitalismus betrachtet, und diejenigen, die es dem deutschen Volk aufgezwungen hatten – Junker, Kapitalisten, Militaristen und so weiter –, sollten aufgespürt und in jener ungezügelter stalinistischer Manier bestraft werden, wie man sie von der Behandlung von «Klassenfeinden» in der UdSSR kannte. Aber die Masse der Deutschen, soweit sie keine schweren Verbrechen begangen hatten, wurde mehr oder weniger als Opfer eingestuft.

Die Sowjets waren die einzigen Besatzer, die der deutschen Bevölkerung paradoxerweise – denn ihre Art der Eroberung, Verwaltung und Ausbeutung der menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands war alles andere als sanft – in der «Schuldfrage» einen gewissen Spielraum zugestanden.³

Es ist schwer zu sagen, ob die frühe Nachkriegszeit für die Deutschen merklich leichter gewesen wäre, wenn die Alliierten getan hätten, was sie sich ausdrücklich vorgenommen hatten, nicht zu tun: nämlich das eroberte Deutschland in gleicher Weise wie das übrige Europa zu behandeln, das in Bezug auf die Ernährung und den wirtschaftlichen und strukturellen Wiederaufbau gleichfalls vor gewaltigen Problemen stand. Clay und Montgomery waren überaus pragmatische Männer. Wie sein Briefwechsel mit Churchill belegt, rüttelte Montgomery bereits im Juli an den ihm von Lon-

don auferlegten Einschränkungen. Gleichwohl gewann bei diesem Tauziehen gelegentlich das Vergeltungsstreben die Oberhand über pragmatischen Anstand.

Dies wurde besonders in der Behandlung der kriegsgefangenen Deutschen deutlich, die sich in westlichem, insbesondere amerikanischem Gewahrsam befanden. Ein grosser Teil der Manöver der Wehrmacht in der Endphase des Krieges hatte weniger mit dem Bemühen zu tun, das Blatt zu wenden oder den «Endsieg» zu erzielen, als vielmehr mit der Absicht, die relative Sicherheit hinter den angloamerikanischen Linien zu erreichen und sich den Westmächten zu ergeben. Besonderes Glück hatten diejenigen, die sich den Amerikanern noch rechtzeitig auslieferten, um einen Platz auf einem der letzten Kriegsgefangenentransporte nach Übersee zu erhalten. Damit konnte man sich zu den nach Hunderttausenden zählenden Wehrmachtangehörigen gesellen, die in dem etablierten Gefangenenlagersystem in den Vereinigten Staaten untergebracht waren.

Josef Bischof, zum Beispiel, der im März 1945 bei Kaiserslautern in Gefangenschaft geraten war, fand sich wenige Wochen später auf der anderen Seite des Atlantiks wieder, wo er in Colorado Zuckerrüben und Bohnen erntete. Später wusch er in einer Krankenhausküche Teller ab. Im grossen Ganzen erlebte er das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit in einer anständigen, wenn auch nicht gerade luxuriösen Umgebung. Er wurde gemäss der Genfer Konvention behandelt, die bis dahin sowohl von den Amerikanern als auch von den Deutschen im Westen mehr oder weniger eingehalten worden war, wenn auch nicht von den Deutschen und den Russen an der Ostfront, was auf beiden Seiten zu riesigen Verlusten unter den Kriegsgefangenen führte.⁴

Anfang April wurden die Kriegsgefangenentransporte über den Atlantik eingestellt. Dafür gab es neben dem absehbaren Ende des Krieges einen einfachen Grund: Die Zahl der Kriegsgefangenen war mittlerweile zu gross, jedenfalls für die Lager in den USA. Als am 18. April die im Ruhrgebiet eingeschlossene Heeresgruppe B der Wehrmacht kapitulierte, kamen 317'000 Mann in Kriegsgefangenschaft. Es war die grösste Massen-

kapitulation deutscher Truppen während des gesamten Krieges. Die Zahl deutscher Soldaten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft war von Ende 1944 bis Anfang April 1945 von 313'000 auf 2,6 Millionen gestiegen, und Anfang Mai sollte sie bei über 5 Millionen liegen. Die Übergangslager, in denen die Gefangenen normalerweise bis zum Abtransport nach Amerika untergebracht wurden, erwiesen sich als völlig ungeeignet für die Aufnahme solcher Menschenmengen.⁵

Das Problem lag auf der Hand. Nach der Genfer Konvention waren die Alliierten verpflichtet, Kriegsgefangene ebenso zu verpflegen wie ihre eigenen Soldaten (und gemäss ihrem Rang zu bezahlen). Josef Bischof und seine Kameraden waren die letzten deutschen Gefangenen, denen eine solche Behandlung zuteilwurde. Aber wie sollte bei fünf Millionen unproduktiven deutschen Kriegsgefangenen, die in amerikanisch besetzte Gebiete geströmt waren, inmitten eines Kontinents, wo der Nahrungsmittelmangel bereits apokalyptische Ausmasse anzunehmen drohte, eine solche Versorgung gewährleistet werden?

Um dieses Problem zu lösen, wurde in einer weiteren JCS-Direktive an Eisenhower eine neue Kategorie definiert: Aus Kriegsgefangenen gemäss den internationalen Vereinbarungen wurden «disarmed enemy forces», entwaffnete Feindkräfte, oder, wie der gleichzeitig eingeführte neue britische Begriff lautete, «surrendered enemy personnel», Feindpersonen, die sich ergeben haben. Diese neue Kategorie konnte auf einem geringeren Niveau als dem von der Genfer Konvention vorgeschriebenen ernährt und versorgt werden. Da es seit dem 8. Mai 1945 keine deutsche Regierung mehr gab, war kaum mit Protesten zu rechnen. Das von seiner nationalsozialistischen Führung gesäuberte Deutsche Rote Kreuz durfte weiterhin Inspektionen durchführen, war aber in der Nachkriegssituation ein recht zahnloser Wachhund. Im Grunde hatten die deutschen Soldaten, die, anstatt den Russen, den Angloamerikanern in die Hände gefallen waren (oder sich ihnen, häufig unter grossen Anstrengungen, ausgeliefert hatten), niemanden, an den sie sich wenden konnten.

Zum grossen Teil wurden die deutschen Gefangenen trotz des kühlen, feuchten Frühlingswetters unter freiem Himmel interniert und erhielten wenig, für längere Zeitabschnitte auch gar kein Essen. Häufig wurden sie misshandelt. Dass Hunderttausende oder sogar Millionen Kriegsgefangene furchtbar unter Hunger, Vernachlässigung und davon verursachten Krankheiten litten und beschämend viele von ihnen an den Folgen **starben**, kann nicht geleugnet werden. Die Schätzungen der Zahl der Todesopfer schwanken zwischen 8'000 und **mehreren Hunderttausend**.^{*} Ebenso wie diejenigen der Bombenopfer in Dresden gehen sie weit auseinander, und wie im Fall von Dresden scheint die nach dem Krieg gewählte politische Orientierung der Schätzer ausschlaggebend zu sein.⁶

Bis Anfang 1945 hatte man an der Front gefangene Deutsche für gewöhnlich in Internierungslager in Frankreich gebracht. Doch die grosse Zahl der Soldaten, die sich danach ergaben, überforderte das System. Schon Anfang Februar übergaben die Amerikaner die Verwaltung der Lager den französischen Behörden. Es war ein zynischer Schritt, denn die Franzosen sagten zwar zu, sich bei der Behandlung der Kriegsgefangenen an die internationalen Abkommen halten zu wollen, aber allen war klar, dass sie nicht die Mittel (und vielleicht auch nicht den Willen) besaßen, die Gefangenen auf dem bisherigen Niveau zu ernähren – und dass sie sich das Recht vorbehielten, sie zur Zwangsarbeit einzusetzen. Doch die Furcht vor deutschen Vergeltungsmassnahmen an gefangen genommenen amerikanischen Soldaten, die eine Vernachlässigung des Kriegsvölkerrechts bisher stets verhindert hatte, nahm angesichts des absehbaren Kriegsendes rapide ab.⁷

Die Zahl der deutschen Soldaten, die sich in den letzten Kriegswochen im Westen ergaben, übertraf alles zuvor Bekannte. Annähernd Vergleichbares hatte sich allenfalls im Sommer und Herbst 1941 und noch einmal im Sommer 1942 abgespielt, als Millionen von Rotarmisten in deutsche

* Letztere Zahl stammt von dem kanadischen Autor James Bacque, dessen aufsehenerregendes Buch *Der geplante Tod* heute als diskreditiert gilt.

Gefangenschaft gerieten. Das war kein ermutigender Präzedenzfall. Doch es gab Unterschiede: Zum einen waren die Amerikaner wie die anderen westlichen Alliierten zwar bereit, das Kriegsvölkerrecht zu beugen, soweit es die Versorgung der Millionen von neuen Kriegsgefangenen betraf, aber sie verfolgten keine genozidalen Absichten. Zum Zweiten war im Gegensatz zur Situation in der Sowjetunion, wo der Krieg nach den grossen Zangenoperationen und Massenskapitulationen der ersten Monate noch jahrelang weiterging, das Kriegsende ganz offensichtlich nahe.

Nachdem sich die Alliierten 1943 auf der Konferenz von Casablanca auf die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands festgelegt hatten, begannen die EAC-Bürokraten im Lancaster House über die rechtlichen Implikationen dieser Politik nachzudenken. Der Entwurf für das Kapitulationsinstrument, den sie im Sommer 1944 vorlegten, enthielt eine geschickt formulierte Bestimmung. Sie verlangte, im Fall der Kapitulation müsse der deutsche Befehlshaber darin einwilligen, dass seine Männer «nach dem Ermessen des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte des betreffenden alliierten Staates ... für Kriegsgefangene erklärt» werden würden. In der Umkehrung hiess dies natürlich, dass sie auch nicht dazu erklärt werden konnten,⁸ was ganz dem aalglatten Text der neuen Kapitulationsbedingungen entsprach, auf die man sich im März 1945 schliesslich einigte. Josef Bischof war im letzten Moment durchgeschlüpft, da er sich vor dieser Änderung der Vorschriften ergeben hatte. Deshalb genoss er den vollen Status eines Kriegsgefangenen nach der Genfer Konvention, der den Nachfolgenden nicht mehr gewährt wurde.

Der Grund für diese Entscheidung der Vereinigten Stabschefs in Washington (die Briten unternahmen in Absprache mit ihnen den gleichen Schritt) war die grosse Zahl der Gefangenen, die sich jetzt ergaben und die nach ihrer Einschätzung nicht mehr entsprechend den relativ grosszügigen Bedingungen der Genfer Konvention ernährt und versorgt werden konnten. Die Neueinstufung wurde rechtlich, wenn auch nicht allzu überzeugend, damit begründet, dass es am Ende des Krieges keine deutsche Regierung und daher auch keine ihr unterstehenden Streitkräfte mehr geben würde,

denen die deutschen Soldaten angehören könnten. Deshalb müssten sie nicht als Kriegsgefangene gemäss der Genfer Konvention behandelt werden.

Hinter dieser Haarspalterei verbarg sich eine einfache Tatsache: Fortan würden sich Deutsche, die sich den Alliierten ergaben, nicht mehr auf die Buchstaben der Haager oder Genfer Konvention berufen können. Sie mussten sich stattdessen auf die Anständigkeit derjenigen verlassen, die sie gefangennahmen. Nach Casablanca hatte Churchill, wie oben zitiert, in typischer Beredsamkeit, aber untypisch vage erklärt: «Wenn wir an etwas gebunden sind, dann ist es unser eigenes Gewissen der Kultur gegenüber.» Was das Gewissen der Alliierten zuliess und was nicht, sollten die Kriegsgefangenen jetzt herausfinden.

Fritz Mann gehörte den Resten einer deutschen Einheit an, die sich Mitte April in einem Stanzwerk in Remscheid den Amerikanern ergab. Zusammen mit seinen Kameraden stieg er über die Leichen derer, die weniger Glück gehabt hatten als er, und wurde dann von einer Sammelstelle zur nächsten geführt. Dabei schwoll die Marschkolonne immer weiter an, bis sich ein scheinbar endloser Strom geschlagener, erschöpfter Soldaten auf der Autobahn in Richtung [Hückeswagen](#) nach Süden hinschleppte. Als die Kolonne nach etwas mehr als zwanzig Kilometern [Wipperfürth](#) erreichte, bestand sie aus zehn- bis zwölftausend Mann. Es war mittlerweile früher Abend, und die Hitze des Tages wich einer kühlen Nacht. Sie waren an einem grossen Lagerplatz angekommen, der von einem provisorischen Stacheldrahtverhau eingezäunt war. Dies war ihr erster «Käfig», in dem sie sich ohne Unterschlupf und Schutz auf den Boden sinken liessen, um ihre erste Nacht in Gefangenschaft zu verbringen.

Als Veteran des Russlandfeldzugs litt Fritz Mann immer noch unter Albträumen über den ersten, schrecklichen Winter, als er viele seiner Kameraden im Schnee vor Moskau sterben sah. Jetzt sollten neue Albträume hinzukommen. Am nächsten Morgen wurden ihm und seinen Kameraden trotz ihrer Proteste die Rucksäcke und Decken und alles, was sie nicht in ihre Taschen stopfen konnten, abgenommen, dann mussten sie auf Lastwagen steigen. Zu sechzig Mann in ein Fahrzeug gezwängt, wurden sie

weiter nach Süden gefahren, nach [Gummersbach](#). Dort befand sich das eigentliche Ziel, ein riesiges Internierungslager, wo sie sich zu mindestens 50'000 «disarmed enemy forces» gesellten, die in einer grasbewachsenen Talsenke ihr Schicksal erwarteten. Auf den bewaldeten Höhen rundum waren Maschinengewehrschützen postiert, um Fluchtversuche von Gefangenen zu unterbinden, unten im Tal sorgten mit Gewehren und Schlagstöcken bewaffnete Wachen für Ordnung:

«Glutheiss brennt die Sonne um die Mittagszeit ins Tal. Doch das währt nur kurze Zeit. Früh schon liegt das Tal im Schatten des Waldes. Dem kühlen Abend folgt eine frostige Nacht. – Hier und da sind ein paar provisorische Zelte aus Decken und Planen errichtet. Sie gehören den wenigen Glücklichen, die aus Sammelstellen kamen, woselbst man den Gefangenen die Habe entweder ganz oder doch wenigstens zum Teil belassen hat. Wir andern strecken uns auf der blanken Erde aus. Ganz dicht legen wir uns zusammen; und je kälter die Nacht wird, desto fester pressen wir die Körper aneinander. Dreissig, vierzig Mann liegen in einer Reihe zusammen. Du kannst dich nicht rühren und nicht regen. Wer aufsteht, verliert unweigerlich seinen Platz. Sofort schliesst sich die Reihe räkelnd und rutschend von neuem zusammen ... Von Höhen und Hängen leuchten die Lagerfeuer der Wachmannschaften ins Tal. Schemenhaft heben sich die Silhouetten der Posten vom Horizont ab. Hin und wieder klingt die Melodie eines amerikanischen Songs durch die Nacht. Hier unten aber regt sich nichts. Wie ein offenes Massengrab von überdimensionalen Ausmassen liegt das Tal mit seinen stillen Gästen im flackernden Scheine der Flammen.»⁹

Vier Tage lang gab es nichts zu trinken. Dann wurden mehrere Blechkübel mit jeweils siebenzig bis achtzig Liter Wasser geliefert, und es wurden Kommandos gebildet, die es an die Zigtausende von Männern verteilen sollten. Bis die Verteilung organisiert war, dauerte es Stunden, in denen die War-

tenden fast vor Ungeduld platzten. Am nächsten Tag erhielten sie das erste Mal etwas zu essen: eine amerikanische Notration, die sogenannte K-Ration, bestehend aus vier Keksen, einer kleinen Dose mit Käse, einem Tütchen Kaffeepulver, etwas Zucker und vier Zigaretten. Nach fünf Tagen ohne jede Verpflegung war es zumindest ein Anfang.

Es gab Misshandlungen von Seiten der Wachen, die ihre Schlagstöcke grosszügig einsetzten, um aufrechtzuerhalten, was sie als Ordnung betrachteten, und die Gefangenen dorthin zu jagen, wo sie sie haben wollten. Nach einem anderen Bericht über dasselbe Lager wurden die Insassen von den Wachen bei der Ankunft mit höhnischem Johlen und Schimpfworten in Englisch und Pidgindeutsch – «Nazischweine!», «Hitlerbande!» und so weiter – begrüsst. Ansonsten entspricht der Bericht demjenigen von Fritz Mann: die Tage ohne Verpflegung, die Wasserkübel und schliesslich die K-Rationen, gerade genug, um die Männer fürs Erste am Leben zu erhalten.¹⁰

Sobald Verpflegungsrationen, gleich welcher Art, verteilt wurden, reichten sie aus, um die meisten – diejenigen, die jung und kräftig genug und weder verwundet noch krank waren – vor dem Tod zu bewahren, allerdings nicht vor Unterernährung und den mit ihr zusammenhängenden Leiden. Der zweitschlimmste Feind war das Wetter. Zu Beginn war es tagsüber heiss und nachts kalt, doch dann setzte im Lauf des April Regen ein, eisiger Nieselregen oder sporadische Regengüsse. Es gab keinen nennenswerten Unterstand für die Männer. Einige hatten das Glück, noch Decken zu besitzen; andere konnten Kartons oder Metallkästen entwenden, die sie als Decken benutzten. Manche gruben Löcher und legten sich mit allem, was sich als provisorisches Dach verwenden liess, in grabähnliche Vertiefungen, um die alles durchdringende Feuchtigkeit abzuhalten.

Das Lager in Gummersbach war eines von mehreren, in denen man die nach Hunderttausenden zählenden Wehrmachtsoldaten interniert hatte, die Mitte April im Ruhr-Kessel gefangengenommen worden waren. Sie blieben dort nur einige Tage, bevor die meisten erneut auf Lastwagen gepfercht wurden und eine längere Reise antraten, diesmal am linken Rhein-

ufer entlang. Zwischen Wesel, nördlich von Düsseldorf, und Bad Kreuznach – auf einer Strecke von über dreihundert Kilometern – befanden sich die Rheinwiesen. Hier waren mehrere provisorische Kriegsgefangenenlager – die berühmtesten der «Käfige» – errichtet worden.

Als die «Käfige» am Rhein Anfang April geschaffen wurden, hatte man dieses Gebiet am linken Flussufer als Auffangbecken für die grosse Zahl der vorhandenen und die noch grössere Zahl der erwarteten Gefangenen bewusst ausgewählt. Die meisten Rheinbrücken waren zerstört, weshalb es kaum möglich war, dass frisch gefangene Soldaten (womöglich bei Massenausbrüchen) fliehen, über den Fluss setzen und sich wieder der Wehrmacht anschliessen konnten, die zu diesem Zeitpunkt nicht allzu weit entfernt im Osten weiterkämpfte. Tatsächlich zeigen die Erlebnisse dieser Gefangenen, was denjenigen, die sich in die Hände der Amerikaner begaben, in dieser chaotischen Periode schlimmstenfalls geschehen konnte.

Die «Käfige» am Rhein sind ein schwarzer Fleck auf der ansonsten reinen Weste der Amerikaner, was die Behandlung von Kriegsgefangenen angeht. Es herrschte Chaos, und unmittelbar nach dem Krieg traten überall in Europa ernste Versorgungsengpässe und Transportprobleme auf. In Österreich, Italien und andernorts litten deutsche Gefangene in dieser Zeit unter Entbehrungen, die in der Regel jedoch nicht lebensbedrohlich waren. Auch in Süddeutschland und Österreich richteten die Amerikaner temporäre Lager ein. Die Zustände in ihnen waren hart, aber die Zahl der Gefangenen war nicht so erschreckend hoch, und die Überlebensraten entsprachen dem Erwarteten.

In den [Rheinwiesenlagern](#) sah es anders aus. Die schlimmsten scheinen diejenigen von [Bad Kreuznach-Bretzenheim](#), [Remagen-Sinzig](#), [Rheinberg](#), [Heidesheim](#), [Wickrathberg](#) und [Büderich](#) gewesen zu sein. In ihnen waren in den Wochen nach der Massenkapitulation Hunderttausende deutsche Gefangene interniert.¹¹ Krankheiten und Gesundheitsprobleme grassierten. Zumindest in den ersten Wochen nach Errichtung der «Käfige» konnten sich die Gefangenen nicht waschen und waren ständig hungrig. Die Rationen entsprachen ungefähr denen in Gummersbach, konnten aber auch

Milchpulver, Trockenspinat und Kartoffeln (in der Regel zwei Stück, die so gut wie roh waren) enthalten; Brot und eine dünne Suppe gab es erst nach einigen Wochen.

Viele Gefangene magerten so schnell ab, dass sie sich kaum noch von den KZ-Insassen unterschieden, die Amerikaner und Briten zuvor befreit hatten (ein Erlebnis, das bei vielen von ihnen die Einstellung zu den deutschen Gefangenen prägte). Von den 1‘247 offiziell vermerkten Todesfällen im Lager Remagen-Sinzig waren viele auf Durchfallerkrankungen zurückzuführen. Einige Insassen wurden bei Fluchtversuchen erschossen, manche starben, weil ihre «Schlaflöcher» bei starkem Regen einstürzten und sie lebendig begraben wurden.¹² (wurden die abgemagerten Wehrmachtssoldaten zu KZ-Insassen umfunktioniert?)

Wie in allen Gefängnissen in der gesamten Geschichte gab es viele Beispiele bewundernswerter Solidarität, aber auch für Diebstahl, Einschüchterung und Schwarzmarkthandel. Die Hierarchie, die sich herausbildete, war vermutlich die einzig mögliche, doch sie eröffnete Gelegenheiten für Ausbeutung und Quälerei. Die Männer wurden in Tausend-, diese wiederum in Hundert- und in Zehnerschaften eingeteilt, mit jeweils einem Führer an der Spitze. Durch diese Kommandokette wurde die Verteilung von Wasser und Nahrung organisiert. Einige dieser Führer und auch der deutschen Sanitäter waren zweifellos korrupt. Einst stolze Soldaten bettelten um Zigarettenstummel, welche von Wachen weggeworfen wurden, die häufig nur Verachtung für die ihnen Anvertrauten übrig hatten. Grossmut war auf beiden Seiten selten, aber die Gefangenen hatten wenigstens eine gewisse Entschuldigung für ein nicht ganz tadelloses Verhalten.¹³

Die katastrophalen Geschehnisse in den Rheinwiesenlagern, die von manchen allein amerikanischer Böswilligkeit angelastet wurden, scheinen in Wirklichkeit zwei Hauptursachen gehabt zu haben: zum einen die durch Transportprobleme zusätzlich erschwerte unzureichende Lebensmittelversorgung – wobei man nicht vergessen darf, dass die Alliierten ausser den Millionen in Westdeutschland gefangen genommener deutscher Soldaten

auch riesige, überwiegend städtische Zivilbevölkerungen, die ebenfalls in den vorangegangenen Wochen in ihre Hände gefallen waren, verpflegen mussten –, und zum anderen die Überlastung des für die Bewachung und Verwaltung der Lager verfügbaren Personals.

Das amerikanische 159. Regiment war mit seinen knapp 2'400 Mann für rund 300'000 Wehrmachtsoldaten verantwortlich, die drei Wochen vor Kriegsende an der Ruhr gefangenengenommen worden waren. Während weiter östlich noch gekämpft wurde, mussten diese Soldaten aus dem Nichts die riesigen Lager sowohl bei Remagen, wo den Amerikanern im März auf so dramatische Weise die Überquerung des Rheins gelungen war, als auch fünf Kilometer weiter südlich bei Sinzig errichten – zwei der grössten und berüchtigtsten Rheinwiesenerlager.¹⁴ Dass sie aus nicht mehr als zwischen Pfosten gespanntem Stacheldraht und ein paar Zelten, konnte niemanden stolz machen, war aber erklärlich.

Die gesamte, dreihundert Kilometer lange Reihe von kleinen und grossen Lagern, die sich von Wesel fast bis nach Mainz am Rhein hinzog, wurde in die Verantwortung einer einzigen amerikanischen Division übergeben, der 106. Infanteriedivision, zuzüglich einiger weniger Reserveeinheiten. Ihre Soldaten waren keine Spezialisten, sie hatten keine Erfahrungen mit dieser Art von Dienst. Nach verlässlichen deutschen Nachkriegsangaben wurden in den letzten Kriegswochen 557'000 deutsche Soldaten, die sich ergeben hatten, in den Rheinwiesenerlagern interniert.¹⁵ Wegen der extremen Personalknappheit und der Möglichkeit, von der schieren Zahl der Gefangenen (auch im militärischen Sinn) überwältigt zu werden, stellten die Amerikaner DPs als Wachen ein. Diese Hilfskräfte, überwiegend Polen und Juden, gingen vielfach tatsächlich mit tiefem Groll an ihre Aufgabe heran, sie fanden Geschmack daran, ihre einstigen Unterdrücker, die jetzt ihrer Gnade ausgeliefert waren, leiden zu sehen, wie sie, ihre Familien und ihre Landsleute es unter der deutschen Knute getan hatten.

Andererseits wurden im Lauf der Zeit viele Gefangene entlassen. Nach einem Abgleich mit Listen gesuchter Kriegsverbrecher und der Überprü-

fung der Unterarme nach SS-Tätowierungen wurden irrtümlich verhaftete Zivilisten, alte und jugendliche Volkssturmmänner sowie nichtdeutsche Wehrmachtssoldaten (Polen, Elsässer, Österreicher und so weiter) auf freien Fuss gesetzt. Für Frauen (beispielsweise Luftwaffenhelferinnen) wurden getrennte Lager (mit Zelten) eingerichtet, ebenso wie (ebenfalls mit Zelten) für minderjährige Jungen, die als Angehörige von Hitlerjugend- und Volkssturmeinheiten in Gefangenschaft geraten waren.¹⁶ Die Rationen der Gefangenen waren nie üppig, verbesserten sich aber langsam, und trotz der chronischen Getreideknappheit in Deutschland und ganz Europa erlebten die Gefangenen nach einigen Wochen einen besonderen Tag, der ihnen in Erinnerung blieb. Einer von ihnen erzählte später:

«Die Kolonnen, welche die Verpflegung für die Tausendschaften bringen, führen heute sonderbare Lasten mit sich. So etwas hat man bei derlei Anlässen bisher nicht gesehen. Zwischen den bekannten Dosen und Kasten schleppt man weisse Säcke aus Papier, unter dem sich der Inhalt in kantigen Formen abzeichnet. Sobald die Träger ins Camp einbiegen, pirschen sich die ersten Neugierigen heran. – He, Kumpels! Was habt ihr in den Säcken? so fragen sie. – Aber die Kumpels verraten nichts. Sie grinsen nur – ein wenig pfiffig, ein wenig vielsagend, und schleppen ihre geheimnisvolle Fracht in der Kolonne fort.

Aber der Weg, den die Träger gehen, wird von immer mehr Neugierigen umlagert; schliesslich sind es so viele, die an jedem Stück Last herumschnüffeln, dass der Schleier des Geheimnisses doch vor der Zeit gelüftet wird. Jemand sagt plötzlich nur ein Wort. Scheu, fast ungläubig, mit einer Stimme voller Ehrfurcht sagt er es: Brot!

Ein Zweiter ruft es: Brot! – Ein Dritter schreit: Brot! Wie ein Lauffeuer geht die Kunde durch das Camp: Brot!»¹⁷

Es gab zwar nur einen Viertelleib für jeden, aber es war ein erhebender Augenblick, ein Zeichen dafür, dass sich die Situation langsam besserte.

Gleichwohl entsprach die amerikanische Haltung gegenüber den rund drei Millionen Deutschen, die sich bei Kriegsende in ganz Europa in ihrem Gewahrsam befanden, den klaren Worten von Generalmajor Robert L. Littlejohn, dem Chief Quartermaster für den europäischen Kriegsschauplatz: «Ich werde keinesfalls einer Ration zustimmen, die dazu führt, dass Gefangene verhungern oder in unsere Lazarette kommen. Genauso wenig werde ich eine Ration billigen, die die Deutschen dick macht.»¹⁸

Schon zwei Wochen nach Kriegsende begann man damit, einen grossen Teil der Gefangenen freizulassen. Auf Eisenhowers Anweisung wurden am 23. Mai 1945 Frauen, Minderjährige und Angehörige verschiedener Berufsgruppen, die für das Überleben Deutschlands als unerlässlich angesehen wurden, als entlassungsfähig eingestuft, sofern sie sich keine politischen oder kriminellen Verfehlungen hatten zuschulden kommen lassen. Zu den freizulassenden Berufsgruppen gehörten Bauern, Bergarbeiter, Eisenbahner sowie Beamte und Fernmeldeingenieure.¹⁹ Die Entlassungen wurden dann unterbrochen, weil die französische Regierung die Übergabe Gefangener aus amerikanischen Lagern verlangte. Sie sollten als Zwangsarbeiter eingesetzt werden und als eine Art menschlicher Reparation in Frankreich Bergwerke räumen und Fabriken sowie Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen wiederaufbauen, die unter deutscher Besatzung und in den schweren Kämpfen während der Befreiung beschädigt oder zerstört worden waren.

Rund 740'000 deutsche Kriegsgefangene wurden übergeben. Tatsächlich übernahmen die Franzosen im Juli die mittelrheinischen Lager, die zu ihrer Besatzungszone gehörten, so dass viele Gefangene bis zu drei Jahren praktisch als Sklaven ausharren mussten (wenn auch durchaus nicht immer unter harten Bedingungen).²⁰ Es muss hinzugefügt werden, dass die Amerikaner später im Sommer auf Anfrage der Franzosen zusagten, genügend Rationen für diese Gefangenen zu liefern, obwohl sie formal nicht mehr für sie zuständig waren. Auf Drängen Frankreichs wurden diese Lieferungen dann bis weit ins Jahr 1946 fortgesetzt – was ein Land mit der rach-

süchtigen Absicht, den besiegten Feind verhungern zu lassen, wohl kaum getan hätte.²¹

Mindestens eine halbe Million, vielleicht aber auch bis zu einer Million deutsche Soldaten hatten das Pech, die zweifellos furchtbaren, entbehrungsreichen Zustände in diesen provisorischen Freiluftlagern erdulden zu müssen. Was die Todesrate angeht, so wird allgemein geschätzt, dass sie bei etwa einem Prozent lag, aber es gibt auch plausible Schätzungen von bis zu fünf Prozent.²² Diese Todesraten waren weit höher, als es hätte sein dürfen, und stellten einen das Ansehen Amerikas schädigenden Makel dar, insbesondere, wenn die zuletzt genannte Zahl zutreffen sollte. Doch um eine Vorstellung davon zu geben, welche Anomalie die Rheinwiesenerlager darstellten, seien im Folgenden Land für Land die Todesraten von Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg genannt:²³

	Prozent
italienische Gefangene in sowjetischer Hand	84,5
russische Gefangene in deutscher Hand (wo belegt?)	57,5
deutsche Gefangene in sowjetischer Hand	35,8
amerikanische Gefangene in japanischer Hand	33,0
deutsche Gefangene in osteuropäischer Hand	32,9
britische Gefangene in japanischer Hand	24,8
britische Gefangene in deutscher Hand	3,5
deutsche Gefangene in französischer Hand	2,58
deutsche Gefangene in amerikanischer Hand	0,15
deutsche Gefangene in britischer Hand	0,03

Da die Todesrate unter deutschen Kriegsgefangenen, die in Lager in den USA geschickt worden waren (insgesamt 380'000), bei lediglich 0,02 Prozent lag²⁴ (einer von fünfhundert, und damit weniger als in der entsprechenden Altersgruppe von Zivilisten in Deutschland selbst), ist offensichtlich, dass die Sterblichkeit in den Rheinwiesenerlagern im Vergleich überproportional hoch war, zumal sie nur drei bis vier Monate existierten. Allerdings war die Gefahr, in ihnen zu sterben, immer noch weit geringer als

in russischer, jugoslawischer, polnischer oder sogar französischer Gefangenschaft.

Hinsichtlich der Lager am Rhein ebenso bedeutsam war eine politische Tatsache. So stand, was dort geschah, in völligem Widerspruch zu dem, was die alliierte Propaganda den deutschen Soldaten für den Fall der Kapitulation versprochen hatte. Die in den vorangegangenen Wochen und Monaten über deutschen Stellungen abgeworfenen Flugblätter waren häufig wie amtliche «Passierscheine» gestaltet, die dem kapitulierenden deutschen Soldaten eine besonders gute Behandlung zu garantieren schienen. Sie unterschieden sich in Einzelheiten, doch das Flugblatt ZG61, von dem 67'345'800 Exemplare gedruckt und 65'750'000 abgeworfen wurden, war typisch. Von anderen, ähnlich gestalteten «Passierscheinen» wurden zwischen dem D-Day und April 1945 ebenfalls Auflagen in zweistelliger Millionenhöhe gedruckt und abgeworfen (vgl. das Flugblatt hier auf der Schluss-Seite).

Auf der in Rot oder Grün gehaltenen Vorderseite trug ZG61 den Namen und die Faksimileunterschrift von General Dwight D. Eisenhower, über der auf Englisch und Deutsch folgende Aufforderung an die amerikanischen Soldaten stand: «Der deutsche Soldat, der diesen Passierschein vorzeigt, benutzt ihn als Zeichen seines ehrlichen Willens, sich zu ergeben. Er ist zu entwaffnen. Er muss gut behandelt werden. Er hat Anspruch auf Verpflegung und, wenn nötig, ärztliche Behandlung. Er wird so bald wie möglich aus der Gefahrenzone entfernt.» Auf der Rückseite waren auf Deutsch die «Grundsätze des Kriegsgefangenenrechts», laut Haager Konvention von 1907 und Genfer Konvention von 1929, wie in Klammern erläutert wurde, nachzulesen:

1. Vom Augenblick der Übergabe an gelten deutsche Soldaten als Kriegsgefangene und unterstehen der Genfer Konvention. Demgemäss wird ihre Soldatenehre vollstens respektiert.
2. Kriegsgefangene haben so bald wie möglich zu Sammelstellen gebracht zu werden, die weit genug von der Gefahrenzone entfernt sind, um ihre persönliche Sicherheit zu gewährleisten.

3. Sie erhalten dieselbe Verpflegung in Qualität und Quantität wie Angehörige der alliierten Heere und werden, falls krank oder verwundet, in denselben Lazaretten behandelt wie alliierte Truppen.
4. Ehrenzeichen und Wertsachen sind den Kriegsgefangenen zu belassen. Geld kann nur von Offizieren der Sammelstellen abgenommen werden, wofür Empfangsbescheinigungen ausgestellt werden.
5. In den Kriegsgefangenenlagern haben Schlafräume, Raumverteilung der Unterkunft, Bettstellen und sonstige Anlagen denen der alliierten Garnisonstruppen gleichwertig zu sein.
6. Laut Genfer Konvention dürfen Kriegsgefangene weder Gegenstand von Repressalien, noch der öffentlichen Neugierde preisgegeben werden. Nach Kriegsende werden sie so bald wie möglich nach Hause zurückgeschickt.»

Als Soldaten, wurde in einer Fussnote erklärt, gälten laut Haager Konvention «alle bewaffneten Personen, die Uniform oder ein von Weitem erkennbares Abzeichen tragen». Am Ende wurde den deutschen Soldaten unter der Überschrift «Regeln für die Gefangennahme» empfohlen: «Um Missverständnisse bei der Gefangennahme auszuschliessen, ist Folgendes angezeigt: Waffen weglegen, Helm und Koppel herunter; Hände hochheben und ein Taschentuch oder dieses Flugblatt schwenken.» Über Frontabschnitten, an denen Einheiten der Freien Französischen Streitkräfte kämpften, wurden zweisprachige «Passierscheine» mit einer französischen Übersetzung abgeworfen.²⁵

Der Gegensatz zwischen grobem Pragmatismus, um nicht zu sagen Zynismus, und den Buchstaben der Haager und Genfer Konventionen war nicht nur bei der Behandlung der Kriegsgefangenen offensichtlich, sondern auch im Umgang mit der Zivilbevölkerung. Falls jemand in Deutschland erwartet haben sollte, die Alliierten würden ausser dem Kriegsende auch eine rasche Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln, Brenn-

stoffen und anderen lebensnotwendigen Dingen herbeiführen, wurde er bitter enttäuscht, und das auf Jahre hinaus.

Ein Grund dafür waren zweifellos Abneigung und Rachegefühle von Seiten der Sieger gegenüber den Besiegten, jene stille, aber beredte Sprache absichtlich verursachter Entbehrungen. Zum grössten Teil aber dürften Versorgungsmängel, Wirtschaftsmisere und massenhafte Not unvermeidlich gewesen sein. Wenn die Alliierten Deutschland genauso wie die «befreiten» Länder Europas behandelt hätten – *besser* als diese hätten sie es verständlicherweise nicht behandeln können –, wäre das Leben der Menschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit dann weniger beschwerlich gewesen? Diese Frage ist kaum zu beantworten, aber des Nachdenkens durchaus wert.

Ausserdem gab es natürlich politische Konsequenzen. So wie viele deutsche Soldaten, wenn auch keineswegs alle, sich als Opfer amerikanischer Brutalität in den «Käfigen» am Rhein und ähnlichen Lagern betrachteten, so entwickelten auch Millionen deutscher Zivilisten aufgrund des Leids, das sie während der alliierten Eroberung Deutschlands und in den nachfolgenden Monaten erfahren hatten, unvermeidlicherweise ein starkes Opfergefühl, und ihre Erlebnisse in den nächsten Jahren bestärkten sie noch darin. In ihren Augen waren es Jahre der Bestrafung und, wie es viele sahen, ungerechter Verfolgung.

Die massiven Luftangriffe auf deutsche Städte und die Zerstörung des Transportsystems und anderer Infrastruktureinrichtungen durch Bomben und Granaten in der letzten Kriegsphase hatten sicherlich die Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung verstärkt, aber auch einen Groll und eine Trotzhaltung hervorgerufen, die bis weit in die Nachkriegszeit hinein nachwirkten. Die Alliierten warfen der deutschen Nation Gräueltaten vor, aber was war mit ihren eigenen?

Mitte Mai 1945 beschwerte sich beispielsweise die unerschütterliche Nazigegegnerin Tilli Wolff-Mönckeberg nicht nur über die Arroganz, sondern auch über die Heuchelei, welche die Briten nach der Einnahme Hamburgs an den Tag legten:

«[Sie] behaupten und [sprechen] vor der ganzen Welt aus dass wir alles an Gräueltaten und Schandtaten übertroffen haben und sie so ziemlich fleckenlos dastehen! Und *wer* hat ohne jede Rücksicht auf Frauen, Kinder und Greise all unsere schönsten Städte zertrümmert, und *wer* hat bei den Terrorangriffen mit Phosphor die unglückseligen Bewohner begossen, dass sie wie lebende Fackeln sich ins Wasser stürzten, *wer* hat im Tiefflug mit Maschinengewehren auf harmlose Landarbeiter und Frauen und Kinder geschossen, *wer* bitte? Es ist alles ganz gleich überall, ganz gleich schrecklich ...»²⁶

Diese Einstellung war weit verbreitet, und die Menschen fühlten sich in ihr bestätigt, als sich die Alliierten nach ihrem keineswegs vollkommenen Verhalten im Krieg nach dessen Ende mindestens ebenso unzulänglich verhielten. Fritz Mann, der deutsche Kriegsgefangene, der die Entbehrungen erst im Lager im Tal von Gummersbach und dann im «Käfig» von Remagen-Sinzig miterlebt und später beschrieben hat, hatte mitgeholfen, Zigtausende Quadratkilometer von Europa zu erobern. Er hatte – mit allem, was dies beinhaltete – den Besatzungstruppen in Holland, Frankreich, Polen, auf dem Balkan und in Russland angehört. Dennoch reagierte er wie Tilli Wolff-Mönckeberg verärgert auf den Überlegenheitsanspruch der Sieger. Er betrachtete sich selbst und die meisten seiner Landsleute als ebensolche Opfer wie die Bevölkerungen der vormals deutsch besetzten Gebiete und die DPs. Die Schrecken, die er als Gefangener der Amerikaner in den «Käfigen» am Rhein erlebt hatte, bestärkten ihn in dieser Ansicht. Im Juli 1945 als einer der Glücklichen, die nicht als Zwangsarbeiter an die Franzosen übergeben wurden, aus der Gefangenschaft entlassen, wurde er von einem amerikanischen Jeep, der in seine Heimatstadt fuhr, mitgenommen. Seine Wohltäter waren drei US-Soldaten und eine ältere, ebenfalls uniformierte Amerikanerin, die etwas Deutsch konnte. Über seine Erlebnisse in den Rheinwiesenlagern – die man ihm nicht glaubte, wie er in seinem Bericht hervorhebt – und seine weiten «Reisen» mit der Wehrmacht zuvor plaudernd, erreichten sie schliesslich die Aussenbezirke seiner Hei-

matstadt, die Mann nur abgekürzt als F. (wahrscheinlich Frankfurt am Main) bezeichnet. Dort zeigte die Amerikanerin auf die Ruinen und sagte:

«Und alles das ... verdanken wir einem einzigen Mann. Entsetzlich! Alles für nichts! ...

Gewiss, denke ich, einer gab das Signal zum Anfang; aber, ist es nicht allen Beteiligten an diesem Geschehen etwas bequem gemacht, zu sagen: alles das verdanken wir einem Einigen ... Tragen an diesem Stoss, der das Abendland so sehr erschütterte, dass es sich vielleicht nie mehr recht davon erholen wird, nicht alle einen Teil Schuld, – Besiegte wie Sieger? – Alles, was der Mensch auf dieser Erde als Einzelnener vollbringt, bleibt Stückwerk, im Guten wie im Bösen; erst alle zusammen schaffen die Tat...»²⁷

Dass die Amerikanerin «einem einzigen Mann» – Hitler – allein die Schuld gibt, ist natürlich etwas absurd, aber der an allem schuldige Hitler ist ihrem deutschen Gesprächspartner ein willkommener Strohmann. Sehr wahrscheinlich benutzte die Amerikanerin den «Führer» weiter gefasst als Symbol für den Nationalsozialismus, jene Ideologie, der so viele Deutsche so lange treu geblieben waren, selbst als Millionen Menschen starben und ihr Land um sie herum in Trümmer fiel. Im engeren Sinn hat Fritz Mann also recht, aber er ist auch absichtlich begriffsstützig, wenn er ihre dramatische Übertreibung benutzt, um über die Frage der Verantwortung des Nationalsozialismus – immerhin hatte die NS-Partei zwölf Millionen Mitglieder und, besonders in den ersten, siegreichen Jahren, viele Millionen weitere Anhänger – hinwegzuleiten und rasch auf leichter zu bewältigendes Gelände zu gelangen.

In dieser nebelverhangenen moralischen Landschaft, in der nur gelegentlich die Rede von der Kollektivschuld durchscheint, wirken Sieger und Besiegte gleichermassen belastet. Alle haben sich schuldig gemacht, und daher ist es, wenn man nicht genau hinschaut, keiner. Es ist klar, dass die schlimme Behandlung, die ihm und seinen Mitgefangenen zwischen

April und Juli von den Amerikanern zuteilwurde, Fritz Mann – wenigstens seiner eigenen Auffassung nach – das Recht gab, diese Perspektive zu wählen. In ähnlicher Weise konnte man nach Tilli Wolff-Mönckebergs Ansicht aufgrund der scheinbar unterschiedslosen Bombardierungen und Artillerieangriffe der Alliierten weder von einer moralischen Überlegenheit der Sieger noch von einer absoluten Schuld Deutschlands für die jüngste europäische Katastrophe sprechen.

Diese psychologische Verschiebung sollte in den Nachkriegsjahren von vielen Millionen Deutschen als Ausweg benutzt werden. Wenn es manche nach Demokratie und einige mehr nach Frieden hungerte, dann empfand die überwältigende Mehrheit erst einmal nur den wirklichen Hunger – den nach Essen –, und er sollte noch für einige Zeit ihre gesamte geistige und physische Kraft in Anspruch nehmen.

Auf einer rein praktischen Ebene schien die häufig brutale und ungerechte alliierte Politik – während des Krieges, vor allem aber nach seinem Ende –, die Deutschen von der Pflicht zu moralischer Selbstbefragung zu entbinden und für den vor ihnen liegenden Kampf freizumachen – den Kampf ums physische Überleben. Die grandiose Ironie bestand darin, dass dies das genaue Gegenteil dessen war, was Briten und Amerikaner beabsichtigten, wenn sie davon sprachen, den Deutschen durch Entzug und Entbehungen «eine Lektion erteilen» zu wollen.

Im Ersten Weltkrieg und in den Monaten nach seinem Ende – die alliierte Blockade war auch nach dem November 1918 in Kraft geblieben und offiziell erst nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Januar 1919 aufgehoben worden – hatte Deutschland unter einer furchtbaren Lebensmittelknappheit gelitten, während Regierungsapparat und Infrastruktur unbeschädigt überlebt hatten. Danach hatte sich die Lebensmittellage trotz schwerer Wirtschaftsprobleme und kurzfristiger politischer Unordnung rasch wieder erholt. Anders gesagt, das deutsche Volk war zwar gedemü-

tigt worden und verarmt, aber es musste, sobald die Blockade aufgehoben worden war, nicht mehr hungern. Da auf deutschem Boden keine Kämpfe stattgefunden hatten (erst nach dem Friedensschluss hatten nationalistische Freikorps vergeblich gegen die Abtretung von Westpreussen und Oberschlesien an Polen gekämpft), waren weder Gebäude noch Transportwege beschädigt. Darüber hinaus hatte das Land nach 1918, trotz der Anwesenheit französischer, britischer und amerikanischer Truppen im Rheinland und der vorübergehenden Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien ab 1923, seine Souveränität behalten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte das Gespenst des Hungers Deutschland auch dann heimgesucht, wenn die Besatzung weniger hart gewesen wäre. Die Städte lagen in Trümmern, ein Viertel bis zur Hälfte der städtischen Wohnungen war zerstört oder schwer beschädigt, die Eisenbahn fuhr, wenn überhaupt, nur sporadisch, die Brennstoff- und Lebensmittelreserven waren nahezu aufgebraucht (in den letzten Kriegswochen, als die alliierten Truppen näher rückten, hatten die Behörden für die Wehrmacht und Zivilbevölkerung viele Verpflegungslager geöffnet – freilich nicht für DPs, Kriegsgefangene und KZ-Insassen).²⁸ Hinzu kam das Problem der bis zu zwanzig Millionen Menschen, die im Innern entwurzelt waren, und der zehn Millionen Flüchtlinge aus dem russisch besetzten Osten, von denen, wie rasch klar wurde, nur wenige würden zurückkehren wollen oder können. Ausserdem besass das Land keinen Staatsapparat mehr – oder lediglich Rudimente auf unterster Ebene, deren Sachkompetenz häufig zweifelhaft war, da man sie von erfahrenen, aber politisch belasteten Amtsinhabern gesäubert hatte.

Mit der Politik der bedingungslosen Kapitulation und der Entscheidung, den deutschen Staat aufzulösen, hatten die Alliierten also erreicht, dass ihnen selbst – was nach der Kapitulation in der Praxis hiess: ihren Streitkräften – die Verwaltung Deutschlands oblag, einschliesslich der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung.

Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907 (III. Abschnitt: «Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiete») besagt: «Nach-

dem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.»²⁹ Obwohl die Ernährung der Bevölkerung nicht ausdrücklich erwähnt wird, ging man damals und später, wie ein Experte es vor einem Ausschuss des US-Senats formulierte, davon aus, dass die Haager Konvention

«auf der Annahme beruht, dass, wenn ein Land besiegt und besetzt wurde, der oder die Eroberer für die ordnungsgemässe Regierung der in ihrer Macht befindlichen Menschen verantwortlich sind. Sie müssen die Grundrechte der lokalen Bevölkerung schützen und darauf achten, dass ihre Grundbedürfnisse ebenso erfüllt werden wie zuvor von der nationalen Regierung des Landes. Ihr willentlich das Lebensnotwendige vorzuenthalten stellt eine Verletzung des Völkerrechts dar.»³⁰

Aber selbst diese scheinbar eindeutige Absichtserklärung wirft Fragen auf. Erstens, was ist das «Lebensnotwendige»? Zweitens, pragmatischer gefragt, selbst wenn man sich auf einen angemessenen Ernährungsstandard geeinigt haben sollte, wie hätte man den Deutschen, wenn schon die Menschen in weiten Teilen des befreiten Europa – wie die Mitarbeiter der amerikanischen und britischen Militärregierung in den letzten Kriegsmonaten in der Ausbildung in England erfuhren – mit höchstens 1'600 Kalorien am Tag auskommen mussten, das Gleiche oder sogar mehr geben können? (In früheren Phasen des Krieges hatten Briten und Amerikaner für besetzte und befreite Länder als grob geschätzten Richtwert 2'000 Kalorien angenommen, die für das Überleben notwendig waren.)³¹ Ein leitender Mitarbeiter der Ausbildungsstätte in London erklärte den dort Lernenden, ein erwachsener Deutscher werde «höchstens 1'500 Kalorien» erhalten, «wobei es keine Garantie dafür gibt, dass er so viel bekommen wird»;

mehr könne er während der alliierten Besetzung jedenfalls nicht erhalten. Dann fuhr er fort:

«Was die Versorgung der Deutschen mit Lebensmitteln angeht, so wird sie nur im äussersten Fall erfolgen. Wir werden Deutschland als besiegtes Land behandeln. Lebensmittel werden wir nur dort an das deutsche Volk ausgeben, wo keine anderen Lebensmittel verfügbar sind ... Das Ernährungsproblem wird in Bezug auf die öffentliche Sicherheit mehr Ärger bereiten als andere. Aber wir müssen ihnen gegenüber streng sein und jetzt auf die Lebensmittel achten, denn wenn später die Vorräte erschöpft sind, werden wir sie ernähren müssen. Wir wollen nicht durch die Umstände gezwungen sein, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen.»³²

Diese Belehrung fand im Dezember 1944 statt, als sich erst ein winziger Teil Deutschlands in alliierter Hand befand. Allen war klar, dass es Versorgungsengpässe geben würde, vielleicht sogar in katastrophalem Ausmass. Man wusste, was andernorts geschehen war. Es war kein Zufall, dass Franz Oppenhoff, der von den Amerikanern eingesetzte Oberbürgermeister von Aachen, den Märznachmittag vor seiner Ermordung damit verbrachte, zusammen mit seiner Frau im Garten Beete umzugraben und Gemüsesamen auszubringen, um sich und seiner Familie im ersten Nachkriegsjahr, das er nicht mehr erleben sollte, das Überleben zu sichern.

Am Ende wurde die Forderung der Haager Konvention, die Bevölkerung zu ernähren, in dem Sinne uminterpretiert, dass sie nicht den unter den jeweiligen Umständen bestmöglichen Lebensstandard verlangte, sondern, wie es in der Direktive JCS 1067 hiess, lediglich so viele «Zuschüsse», wie notwendig seien, «um Hungersnot, die Ausbreitung von Krankheiten und zivile Unruhen zu vermeiden, die die Besatzungsstreitkräfte gefährden könnten».³³ Nachdem die Westalliierten ausgeschlossen hatten, dass sie die fünf bis sechs Millionen Wehrmachtangehörigen, die in den letzten

Kriegswochen in ihre Hände gefallen waren, auf demselben Niveau wie ihre eigenen Truppen ernähren mussten, erhielten auch die deutschen Zivilisten durch einen ähnlichen Trick einen neuen, rechtlich dubiosen Status, um sowohl dem Wunsch nach Vergeltung als auch den praktischen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Kurz vor dem Kriegsausbruch im Jahr 1939 hatte ein deutscher Erwachsener nach EAC-Berechnungen im Durchschnitt 2'900 Kalorien am Tag zu sich genommen, zehn Prozent mehr als im europäischen Durchschnitt; zudem waren Qualität und Fettgehalt seiner Nahrung höher.³⁴ Bis zum Sommer 1944 hatte die Tagesration weiterhin deutlich über 2'000 Kalorien gelegen, bevor der Verlust der Agrargebiete im besetzten Osten und danach des landwirtschaftlich produktiven Ostdeutschland sowie die Unterbrechung der Verteilungswege durch alliierte Luftangriffe zu einem drastischen Rückgang des Lebensstandards führten.

Kurz vor dem VE-Day lag der tägliche Verbrauch Schätzungen zufolge bei 1050 Kalorien, und anschliessend sank er um weitere 300 Kalorien – auch wenn man sich in den amerikanischen Gesundheits- und Fürsorgeabteilungen bewusst war, dass in der Regel inoffizielle Nahrungsmittelquellen, vom schwarzen Markt über persönliche Beziehungen bis zu privaten Geschäften und Gärten, den Verbrauch erheblich erhöhten, möglicherweise bis aufs Doppelte.³⁵ Das war ein Glück, denn andernfalls wären die Deutschen nicht unterernährt gewesen, sondern massenhaft verhungert. Insbesondere in den grösseren Städten bestand diese Gefahr in der ersten Besatzungszeit tatsächlich. In Berlin wurden die Lebensmittelrationen eine Woche nach Kriegsende auf folgende Werte festgelegt:³⁶

Schwarzarbeiter und Arbeiter in Betrieben mit gesundheitsschädlichen Tätigkeiten erhielten: täglich 600 Gramm Brot, 80 Gramm Nahrungsmittel, 100 Gramm Fleisch, 25 Gramm Zucker sowie monatlich 100 Gramm Bohnenkaffee, 100 Gramm Kaffee-Ersatz und 20 Gramm schwarzen Tee.

Angestellte erhielten: täglich 400 Gramm Brot, 40 Gramm Nahrungsmittel,

10 Gramm Fett, 400 Gramm Kartoffeln sowie monatlich 25 Gramm Bohnenkaffee, 100 Gramm Kaffee-Ersatz und 20 Gramm schwarzen Tee.

Kinder erhielten (neben den monatlichen Zuwendungen): täglich 300 Gramm Brot, 30 Gramm Nahrungsmittel, 20 Gramm Fleisch, 20 Gramm Fett, 25 Gramm Zucker.

Nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung erhielten: täglich 300 Gramm Brot, 30 Gramm Nahrungsmittel, 20 Gramm Fleisch, 7 Gramm Fett, 15 Gramm Zucker.

Das war wenig genug, aber es ging noch schlimmer. Am Anfang des folgenden Jahres lagen die Kalorienzuweisungen bei: 1330 in der amerikanischen Zone, 1083 in der SBZ, 1050 in der britischen Zone und 900 in der französischen Zone.

Häufig hatten Versorgungsengpässe, Transportprobleme und schlichte bürokratische Unfähigkeit zur Folge, dass selbst diese mageren Rationen nicht verfügbar waren. Nach heutigen Massstäben liegt der tägliche Bedarf bei Schwerarbeit bei 3'400, bei mittelschwerer Arbeit (einschliesslich derjenigen von Hausfrauen mit Kindern) bei 2'800 und bei leichter Tätigkeit bei 2'200 Kalorien.³⁷ Das hiess, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen nicht nur hungerte, sondern langsam verhungerte, auch wenn sich einige in der glücklichen Lage befanden, ihre Lebensmittelversorgung durch eigenen Anbau, Vorräte, Beziehungen verschiedener Art, Schwarzmarktkäufe und sonstige Beschaffungsaktivitäten – insbesondere durch «Hamsterfahrten» aufs Land – aufzustocken. Die Lebensmittelkarte der Grundkategorie V, die nicht arbeitende Erwachsene – Hausfrauen, Kranke, Alte, Behinderte und Arbeitslose – sowie als ehemalige Nationalsozialisten eingestufte Personen erhielten, wurde vom Volksmund Hunger-, Sterbe- oder Friedhofskarte genannt.³⁸

Auf den Lebensmittelkarten befand sich der klein gedruckte Hinweis, dass die angegebenen Mengen nicht garantiert werden könnten. Manchmal waren sie einfach nicht verfügbar, oder es gab nur minderwertige Lebensmittel. Darüber hinaus war gelegentlich in Wurst, Schinken oder Margari-

ne Wasser gespritzt worden, so dass zwar das Gewicht stimmte, der Kaloriengehalt aber geringer als angenommen war.³⁹

Da keine der Besatzungsmächte die Versorgung der deutschen Bevölkerung auf einem ausreichenden Niveau garantieren konnte oder wollte, überrascht es nicht, dass von Anfang an der Schwarzmarkt blühte (ebenso wie verschiedene Formen des «grauen Markts»). Die alliierten Soldaten und später die zivilen Besatzungsbeamten verfügten über Lebensmittel – oder hatten wenigstens Zugang zu ihnen – sowie über andere «Währungen», wie Zigaretten. Im Austausch dazu konnte die deutsche Bevölkerung Dinge anbieten, die das Interesse der Besatzer weckten – von Radios und Fotoapparaten über Antiquitäten und Kunstwerke bis zur schlichten Fleischelust.

DEM SIEGER DIE BEUTE

Nachdem die anfängliche Plünderungswelle verebbt war, begann der Handel. Zu den vielen, die gelegentlich ins wirtschaftliche Schattenreich abtauchten, gehörte auch Leutnant Wladimir Gelfand. Zu diesem Reich gehörten insbesondere die grossen Schwarzmärkte in Berlin, die zwar illegal waren, aber ziemlich offen im Tiergarten im Westteil der Stadt, in der Nähe des Reichstags, und rund um den Alexanderplatz im Ostteil abgehalten wurden. Über einen seiner Besuche dort notierte er im Tagebuch:

«Nach Berlin fuhr ich per Anhalter. Ich stieg beim Markt neben dem Reichstag aus und hielt mich am Rand, um der Streife leichter ausweichen zu können. Ich kaufte ein paar Kleinigkeiten (einen Füller, Batterien), und schon war das Geld alle. Da beschloss ich, die Uhr, die ich den Rilewskis abgekauft hatte, einem Offizierskollegen zu verkaufen, mit dem ich zusammen vom Regiment hierhergefahren war, denn der fährt nach Hause. Ich verkaufte sie ihm zum selben Preis, zu dem ich sie gekauft hatte. Und hatte wieder anderthalbtausend Mark in der Tasche.»¹

Ein andermal begab er sich zum Alexanderplatz, wo der Handel allerdings unterbrochen war, da der gesamte Platz von Militärpolizisten der Roten Armee kontrolliert wurde, die von jedem die Papiere sehen wollten, selbst von Offizieren, die einen höheren Rang hatten als sie. Enttäuscht darüber, dass er seine Einkaufsliste nicht abarbeiten konnte, kam Gelfand eine Idee. Auf dem Platz gab es mehrere Schuhputzer, und so schlenderte er zu ihnen hinüber und liess sich von einem von ihnen die Stiefel wienern. «Sogleich», berichtet er in seinem Tagebuch, wurde ich von Leuten umringt,

die ihre unter dem Rock versteckte Ware anboten. Ich stand da, tat, als würde ich nichts bemerken, und sah zu, wie meine Stiefel unter den geschickten Händen des Schuhputzers blank wurden.

Mehrmals wurde die Menge auseinandergetrieben, mehrmals kamen Soldaten mit der Aufschrift ‚KN‘ auf dem Ärmel und schauten mich an, einmal sogar ihr Kommandeur, ein Offizier. Aber es gab einfach nichts auszusetzen.

Unterdessen war es mir bereits gelungen, ein Hemd, eine Lederjacke, drei Paar Herrensocken und Handschuhe zu erstehen. Und als meine [Stiefel] fertig gewichst waren, wurde der Putzer aufgefordert, sich davonzumachen.»²

An den ständigen Hunger, der die Deutschen damals plagte, scheint Gelfand trotz seiner sonst so genauen Beobachtungen kaum einen Gedanken verschwendet zu haben. Er hatte kein Verständnis für den Druck, der auf den Deutschen lastete, und keinerlei Mitleid. Tatsächlich stiess ihn die Bedürftigkeit der Einheimischen ab. Als er in der Kleinstadt Velten bei Berlin eine deutsche Freundin namens Marianne besuchte, machte er zwar die obligatorischen Lebensmittelgeschenke, fand die Reaktion der Empfängerinnen aber schäbig:

«Die Mutter freute sich über die Lebensmittel, wie ich es auch am Vortag erwartet hatte, aber mit ihrem Verhalten und ihrer Habsucht raubte sie mir die letzte Geduld und vergiftete meine Gefühle derart, dass sogar meine Zuneigung für das Mädchen halb erlosch.

Ich gab ihr ein kleines Glas mit Fett und schlug vor, Bratkartoffeln zu machen und dann gemeinsam zu Abend zu essen. Sie packte das Glas mit beiden Händen, gab den Inhalt auf einen Teller und schleckte dann mit einem Löffel und den Fingern das Glas aus. In der Pfanne schwamm bereits irgendeine Flüssigkeit, und ich ging hin und schnitt mit dem Messer ein Stück von dem Fett ab, das ich mitgebracht hatte. Ich wollte es schon in die Pfanne geben, da fuhr die Alte zusammen,

stiess einen Schrei aus, stürzte auf mich [zu], schrie wie besessen und wollte es mir wegnehmen.

„Was ist los?“, fragte ich verwundert. „Warum?“

Sie erklärte, das sei für sie, für morgen und die anderen Tage, heute müsse ich ihre Brühe essen.

Das passte mir nicht. Ich wusste, dass anständige Leute so etwas nicht tun, und meine Empörung war grenzenlos, aber ich nahm mich zusammen, lächelte, als sei nichts geschehen, und warf trotzdem ein Stück Fett in die Pfanne. Die Deutsche schloss die Augen und stöhnte.»³

Wahrscheinlich war Mariannes Mutter weniger eine «nichtswürdige Alte», wie Gelfand sie im selben Tagebucheintrag nennt, sondern einfach nur verzweifelt. Für sie und ihre Familie bedeutete das Fett, das ihr Gast so achtlos verschwendete, ein seltenes, kostbares Lebensmittel. Gelfands kritischer Blick auf ihre mangelnde «Gastlichkeit» war zweifellos übertrieben scharf, und vielleicht schwang in seiner Reaktion auch ein sadistischer Unterton mit; schliesslich wusste er als Russe und Jude, so sehr er sich auch von seinen brutaleren Kameraden abhob, wie Menschen seines Landes von Deutschen behandelt worden waren.

Für die Deutschen waren solche Begegnungen sicherlich demütigend, aber sie stellten eine der wenigen Möglichkeiten dar, ihren Lebensstandard auf ein halbwegs erträgliches Niveau anzuheben. Entweder die Frauen fanden einen Freund unter den Besatzern, oder sie verkauften sich einfach. Wenn sie grosses Glück hatten, ergatterten sie – was in ähnlicher Weise auch für erwachsene Männer galt, die entweder dem Krieg entkommen oder aus Kriegsgefangenenlagern entlassen worden waren – eine Stelle als Köchin, Kellnerin oder Putzfrau in alliierten Kantinen oder Unterkünften, oder es gelang ihnen, als Sekretärin oder Dolmetscherin angestellt zu werden.

Manche Mitarbeiter der britischen Militärregierung (Central Control Commission for Germany, CCG), die Deutsch sprachen, kannten und mochten Land und Leute. Zu ihnen gehörte George Clare, der sich erin-

ner, dass es in der Verwaltung auch viele «Ex-Offiziere mittleren Alters aus der Mittelschicht» gab, «die in der CCG die letzte Zuflucht vor einem Britannien sahen, das sich so stark verändert hatte, dass sie sich in ihrem eigenen Land fremd fühlten». «Damals», fährt Care fort,

«beschäftigte die Kontrollkommission 26'000 britische Mitarbeiter, von denen nur eine Minderheit, annähernd 6'000, tatsächlich mit Deutschland zu tun hatten. Die anderen bildeten eine aufgeschwollene Bürokratie, die ein für jene früheren Majore und Fast-Obersten, von denen einige jenes Kolonialgebaren an den Tag legten, das Kurt Schumacher, den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten, so störte. Er hatte nur halb im Scherz erklärt, es gebe einen einzigen Grund, aus dem er die bevorstehende Unabhängigkeit Indiens fürchte, und das sei die Möglichkeit, dass die dann arbeitslosen Pukka-Sahibs nach Deutschland versetzt werden könnten, um dort die Eingeborenen zu zivilisieren.»⁴

Ein an der Ruhr stationierter britischer Offizier berichtete über seine Erfahrungen:

«Wir hatten eine kuriose Währung, die keinen Wert besass – Besatzungsgeld. Die Deutschen gaben nichts auf sie, aber auf ihre Währung, die Reichsmark, gab niemand etwas. Was wirklich zählte und die Dinge in Gang brachte, waren Zigaretten und Kaffee. Auf ganz trivialer Ebene war dieser schwarze Markt von universalem Nutzen. Für zehn Zigaretten in der Woche bekam ich meine Wäsche gewaschen; ich gab sie weg, und für zehn Zigaretten kam sie wundervoll gereinigt zurück. Ich machte nicht viel mit Kaffee. Aber ich war Raucher, und in der Offiziersmesse konnte man billig Zigaretten kaufen. Einfach gesagt, bekam man buchstäblich kostenloses Geld in die Hand ...»⁵

Deutsche Bewerber um Anstellungen in den Militärregierungen hatten insofern gute Chancen, als insbesondere Briten und Amerikaner bald bemüht waren, ihre eigenen Arbeiter und auch, soweit möglich, ihre Bürokräfte durch (billigeres) deutsches Personal zu ersetzen.⁶ Was die Deutschen anzog, war nicht das Geld – der Wert der alten Reichsmark sank rasch so tief in den Keller, dass alltägliche Dinge, soweit sie überhaupt verfügbar waren, Hunderte und Tausende Mark kosteten –, sondern die Möglichkeit, an Überreste, Lagerbestände, Zigaretten und so weiter zu kommen. Die meisten dieser Stellen wurden offenbar mit gut ausgebildeten, häufig der Oberschicht angehörenden Bewerbern besetzt, zumeist Frauen, die vor dem Kriegsende nicht einmal im Traum daran gedacht hätten, dienende Arbeiten auszuführen. Jetzt aber, wenigstens vorläufig, betrachteten sie es als Privileg.⁷

Die sogenannten Ruinenmäuschen, wie sie von glücklicheren (und snobistischen) Zeitgenossen genannt wurden, junge, häufig ausgebombte und arbeitslose Frauen aus der Arbeiterklasse, boten den Eroberern in ihrer Verzweiflung andere Dienste an. Ein junger, mit seiner Einheit in Berlin stationierter Amerikaner veröffentlichte in der Zeitschrift *The New Republic* einen Artikel, in dem er die Leser aufforderte, sich vorzustellen, ihr «eigener Sohn von 18 oder 19 Jahren wäre, jeder Aufsicht entzogen, mit nahezu unbegrenzten finanziellen Mitteln versehen, mit einer Macht über Frauen ausgestattet, die derjenigen von Van Johnson oder Clarke Gable gleichkommt, und ununterbrochen mit Lügen und Geschichten gefüttert, die Misstrauen, Hass und Zynismus säen sollen, unter einem Volk ausgesetzt worden, das alle moralischen Massstäbe verloren hat». Dort erwarteten ihn

«die Frauen von Berlin ... hungrig, kalt und einsam. Die GIs haben Zigaretten, mit denen man Essen und Kohle kaufen kann. Die GIs haben Essen – Schokolade, Doughnuts (die sie in grossen Mengen aus den Rot-Kreuz-Klubs mitnehmen)... Die GIs haben warme Nachtclubs. Und die GIs bieten eine Art von Sicherheit und Sinn in einer ansonsten

sinnentleerten Stadt. Die Folge ist eine aggressive, ständige Menschenjagd. Sie stehen vor den GI-Nachtklubs, paradiere vor den Rot-Kreuz-Klubs auf und ab ... ‚Ich liebe dich’ ... bedeutet inzwischen nicht mehr als ‚How do you do?’ ...»⁸

Nicht nur in der russischen Zone nahm die Zahl der Fälle von sexuell übertragbaren Krankheiten rapide zu. In einem Bataillon eines schottischen Regiments standen anderthalb Jahre nach Kriegsende 108 von 800 Männern wegen des Verdachts auf eine Geschlechtskrankheit unter Beobachtung. Sich zu infizieren war kein Vergehen, aber eine Infektion nicht zu melden war es. Missetäter mussten an einem Sonntagvormittag einen «Verbrecheralbum»-Marsch durch die Stadt unternehmen, damit die Deutschen sie sahen – und die Frauen darüber Bescheid wussten, wer «sauber» war und wer nicht.⁹

Da Tabak eine weit stärkere Währung war als die Reichsmark, wurde die Tätigkeit des Kippensammelns zu einer Art anerkanntem Beruf. Kellner in von alliierten Soldaten besuchten Restaurants und Klubs konnten damit ein hübsches Zubrot verdienen. Im Berliner Café Wien kamen sie auf etwa fünf Dollar am Tag.¹⁰

Der erste Nachkriegswinter blieb glücklicherweise mild, so dass die von vielen alliierten und deutschen Militärs und Beamten befürchtete Hungersnot ausblieb. Dennoch starben im ersten Nachkriegsjahr allein in Berlin schätzungsweise 12'000 Menschen an Hunger oder von Unterernährung verursachten Krankheiten.¹¹ Eine Ursache der schwierigen Lage bestand darin, dass die Sowjets unter Hinweis auf fehlende Überschüsse keine Heizstoff- und Lebensmittellieferungen aus ihrer Zone in die Westsektoren der Stadt zuließen. Amerikaner, Briten und Franzosen mussten daher Kohle und Lebensmittel aus ihren eigenen Zonen in Westdeutschland nach Berlin schaffen.¹²

Es mag sein, dass es in der SBZ Engpässe gab – wo gab es sie damals nicht? –, aber Ostdeutschland stellte nach wie vor die produktivste Landwirtschaftsregion, und die sowjetische Weigerung war daher nur ein weite-

res Vorzeichen für jene Schwierigkeiten, die sich bald zu grösseren Konflikten ausweiten und schliesslich in die Konfrontation des Kalten Krieges münden sollten.

In der britischen Zone war die Lage noch schlechter als in der amerikanischen. Dort herrschten ebenso vielfältige wie ernste Probleme. Grossbritannien war durch den Krieg, den es gerade gewonnen hatte, bankrott; es hatte riesige Schulden und litt unter einem lähmenden Mangel an ausländischen Devisen. Die Vereinigten Staaten hatten das Leih-Pacht-Programm, aus Sicht der Briten, von einem Tag auf den anderen beendet, und der Frieden hatte ihnen keine Erleichterung der Rationierung gebracht, sondern sie gezwungen, den Gürtel noch enger zu schnallen. Anfang 1946 verkündete das britische Ernährungsministerium neben einer Kleiderrationierung Kürzungen bei den Zuweisungen von Schinken, Geflügel und Eiern und teilte der Öffentlichkeit mit, dass man, um Devisen zu sparen, kein Eipulver mehr aus Amerika einführen werde. Später im Jahr wurde auch Brot rationiert, ein Grundnahrungsmittel, das während des gesamten Krieges frei erhältlich gewesen war.

In einer Meinungsumfrage unter Arbeitern in Südlondon über die Frage, ob man bereit sei, auf einige Lebensmittel zu verzichten, um den Menschen in Europa zu helfen, erklärte eine Frau, sie wäre vermutlich genauso dazu bereit wie jeder andere. «Aber nicht, um Deutschland zu helfen», fügte sie hinzu. «Nur den Ländern, die überrannt wurden. Was aus den Deutschen wird, wäre mir egal – sie haben es sich selbst zuzuschreiben.» Ein anderer Befragter sagte: «Zugunsten der Deutschen würde ich nicht einmal auf ein halbes Brötchen verzichten.»¹³

Grossbritannien war also nicht nur bankrott und musste mit dem Unmut einer Bevölkerung fertigwerden, die kaum das Gefühl hatte, dass ihr der Kriegsgewinn bisher irgendeinen Nutzen gebracht hatte, es war auch mit den ganz eigenen Problemen einer Besatzungszone in Deutschland belastet. Sie war mit rund 22 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Zone, und ihre Bevölkerung nahm durch den enormen Flüchtlingsstrom aus dem Osten täglich zu; insgesamt sollten es etwa 4,5 Millionen Flücht-

linge werden.¹⁴ Ausserdem hatte sie, abgesehen vom Vier-Mächte-Berlin, die höchste Bevölkerungsdichte aller politischen Nachkriegseinheiten. Schliesslich lagen mit Hamburg, Köln, Düsseldorf, Hannover und Aachen einige der grössten Städte Deutschlands ebenso in der britischen Zone wie das einst machtvolle (1945 allerdings weitgehend zerstörte) Ballungsgebiet an der Ruhr, dessen Fabriken, Bergwerke und Stahlwerke das Herz des militärisch-industriellen Komplexes des Deutschen Reichs gebildet hatten.

Vor dem Krieg hatte das Ruhrgebiet zu den produktivsten und reichsten Regionen Deutschlands gehört, doch jetzt war es aufgrund der katastrophalen Kriegsfolgen mit seiner überwiegend städtischen Bevölkerung kaum mehr als ein riesiger Mühlstein um den Hals der britischen Besatzungsmacht. Niedersachsen (einschliesslich der alten Provinz Hannover), das gleichfalls zur britischen Zone gehörte, war zwar überwiegend ländlich geprägt und besass eine recht produktive Landwirtschaft, aber ebenso wie das andere britisch verwaltete Agrargebiet, Schleswig-Holstein, war es zu einem bevorzugten Ziel von Flüchtlingen aus den Ostgebieten geworden und konnte darauf verweisen, dass es genug eigene Probleme habe und nicht auch noch den scheinbar unersättlichen Appetit von Gelsenkirchener Bergarbeitern und Essener Stahlwalzern befriedigen könne.

Im Herbst 1945 begab sich der britische Dokumentarfilmer Humphrey Jennings mit seiner Crew in die Besatzungszone seines Landes, um für die staatliche Crown Film Unit ein Projekt zu realisieren, dessen Ergebnis der einflussreiche Film *A Defeated People* war. Über seine gemischten und, wie er selbst zugab, verwirrenden Eindrücke in Deutschland schrieb er seiner Frau:

«Heute Mittag drehten wir eine [deutsche] Familie, die ihr Mittagessen in Blechgeschirr über Lagerfeuern auf der zerbombten Haupttreppe des Kölner Justizpalastes kochte. Es ist eines der wenigen erhaltenen Gebäude der Stadt – von aussen wirkt es verlassen, inmitten von Meilen von Schutt und Kratern voller Unkraut – aber im Innern schreien Kin-

der, und es riecht nach Holzqualm – nach verbranntem Papier – die Geräusche von Menschen, die Türen und Fenster zerbrechen, um in den Fluren Feuer anzuzünden – der Rauch selbst zieht in Nebenräume, die immer noch mit juristischen Dokumenten übersät sind, und vermischt sich schliesslich mit dem blauen Dunst vor dem Dom.

Der Dom wirkt neben all den Trümmern um ihn herum enorm hoch – ein riesiger blauer und unsicherer Geist, der jederzeit auf die winzigen schwarzen Gestalten in den Strassen unter ihm stürzen kann – und dann die Rückkehr nach Düsseldorf – viel weniger ramponiert – bombardiert, aber nicht so zerstört wie Köln, Essen und Aachen – immer noch eine schöne Stadt, hierher zum Tee zurückgekehrt, stossen wir bei der Fahrt durch die parkähnlichen Strassen auf eine Gruppe deutscher Schulkinder in weissem Sonntagsstaat, die dicht gedrängt auf einem Armeelaster stehen und aus voller Kehle singen, während sie durch die Strassen gefahren werden.

In Essen holen die Leute ihr Wasser immer noch aus Steigrohren und Feuerwehranschlüssen auf der Strasse, und das Abwasser rauscht gurgelnd und stinkend, offen für Auge und Ohr herab – sickert in zerbombte Keller, in denen immer noch Leute wohnen.»¹⁵

In Jennings' Augen waren die Deutschen selbst an ihrem Los schuld. Während des Krieges hatte er unter anderem einen Film mit dem Titel *The Silent Village* (Das stille Dorf) gedreht, einen eindrucksvoll dramatisierten Dokumentarfilm über die Auslöschung des tschechischen Dorfs Lidice durch die Deutschen nach dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor und RSHA-Chef Reinhard Heydrich im Jahr 1942. Jennings verspürte keinerlei Gewissensbisse, in Hotelrestaurants und britischen Offiziersmessen zu speisen, während schwarz gekleidete deutsche Ober (von den Briten mit grausamem Spott «dwarves», Zwerge, genannt) in dem Bemühen, es ihren neuen Herren recht zu machen, hin und her huschten. Und ähnlich wie Wla-

dimir Gelfand äusserte er sich geringschätzig über die Apathie der Einheimischen, ohne zu erkennen, welchen Einfluss der Hunger auf ihren Zustand hatte. Allerdings war sich Jennings, wie er in einem anderen Brief nach Hause schrieb, auch bewusst, dass man die Deutschen «nicht in ihrem eigenen Saft schmorenlassen» durfte. Jedenfalls sei es «ein furchtbares Durcheinander», wie er hinzufügte.¹⁶

Theoretisch sollte sich die britische Besatzungszone, wie auch die anderen Zonen, selbst versorgen. Angesichts der Alternative, die Deutschen «im eigenen Saft schmoren zu lassen», musste England sie in der Praxis jedoch ernähren, jedenfalls so weit, dass eine Hungersnot vermieden wurde. Da es aber selbst genötigt war, grosse Mengen Lebensmittel aus Amerika zu importieren – einer der Gründe für die Einführung der Brotrationierung im Jahr 1946 waren Streiks der Hafearbeiter und Schleppermanschaften in den USA –, gab es auch keine einheimischen Überschüsse, die nach Deutschland hätten geliefert werden können. Deshalb musste England, wenn es seine Verpflichtungen gegenüber der besiegten Bevölkerung auch nur in bescheidenem Umfang erfüllen und verhindern wollte, dass sie verhungerte, noch mehr kostbare Devisen ausgeben.

Das einst starke Motiv der Vergeltung verlor angesichts der gewaltigen Bürde, welche das hilflose Deutschland für ein wirtschaftlich angeschlagenes Grossbritannien darstellte, rasch an Kraft. Damit verschwand die Neigung zu einer Entindustrialisierung à la Morgenthau zwar nicht gänzlich, aber selbst die geplante Schliessung und Demontage kriegswichtiger Fabriken erwies sich als nicht so einfach wie gedacht. Chemiefabriken, zum Beispiel, die für die Herstellung von Sprengstoff gebraucht wurden, produzierten aus denselben Rohstoffen Düngemittel, die für die Wiederbelebung der deutschen Landwirtschaft und die Ernährung einer Besatzungszone mit einer überwiegend städtischen Bevölkerung von zwanzig Millionen Menschen unerlässlich waren.

Anfang 1946 ordnete die interalliierte Kontrollkommission eine drastische Kürzung der Produktion von synthetischem Ammoniak an, einer je-

ner Chemikalien mit doppelter Verwendung. In den letzten Kriegsjahren war der verfügbare Ammoniak auf Hitlers Anweisung ausschliesslich zur Herstellung von Sprengstoff verwendet worden, so dass den deutschen Bauern schon vor der Nachkriegskrise Kunstdünger fehlte. Der kurzfristige Beschluss der Kontrollkommission würde allein in der britischen Zone, so schätzte man, einen zusätzlichen Minderertrag von drei Millionen Tonnen Getreide oder knapp sieben Millionen Tonnen Kartoffeln bewirken.¹⁷

Im Frühjahr 1946 war die Versorgungslage wahrhaft katastrophal. Zwischen März und Juli – zur selben Zeit, als britische Hausfrauen erklärten, keine Abstriche machen zu wollen, um zur Ernährung der Deutschen beizutragen – fehlten in der britischen Besatzungszone 600'000 Tonnen Brotgetreide. Kartoffeln waren eine Zeitlang gar nicht zu bekommen. Und dies, obwohl die Briten trotz der angespannten Situation in ihrer eigenen Heimat jeden Monat im Durchschnitt 96'000 Tonnen Lebensmittel von dort nach Deutschland ausführten. Als die Briten im Juli als erste Besatzungsmacht ein mit deutschen Mitarbeitern besetztes Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft schufen, bestand eine der ersten Aufgaben darin, die bereits unerträglich geringen offiziellen Rationen zu halbieren. So machte die tägliche Fett ration von sieben Gramm nur noch ungefähr ein Viertel der für die Erhaltung der Gesundheit empfohlenen Menge aus.¹⁸ Die Berichte der überforderten britischen Verwalter, die diese entsetzliche Situation zu bewältigen versuchten, zeigen, dass ein ganzes Bündel von Ursachen für die tragische Lebensmittelknappheit verantwortlich war.

Erstens ist die Weigerung zu nennen, mit Sowjets und Franzosen gemeinsam eine zentrale Behörde zur Koordination der deutschen Wirtschaft zu errichten, was unter anderem zur Folge hatte, dass in den urbanisierten Westzonen, insbesondere der britischen, die Lieferungen aus den landwirtschaftlichen Überschussgebieten im (unter sowjetischer und polnischer Kontrolle stehenden) Osten des Landes ausblieben. Das Fehlen einer zentralen Verwaltung und daher auch einer integrierten Wirtschafts- und Fi-

nanzpolitik bedeutete ferner, dass die schon vor Kriegsende stark ausgehöhlte Reichsmark rasch völlig wertlos wurde. Niemand hatte mehr Vertrauen in sie.

Zweitens waren die Einfuhren aus dem Ausland unzuverlässig. In dem ungewöhnlich harten Winter 1946/47, zum Beispiel, erhielt die britische Zone anstelle des üblichen Weizens grosse Mengen von nordamerikanischem Mais, mit dem die einheimischen Bäcker und Haushalte nichts anzufangen wussten. Mit Ersatz aus deutschen Quellen war bei solchen Problemen kaum zu rechnen.

Drittens konnten sich die britischen Behörden bei ihren Bemühungen, die Industriestädte an der Ruhr zu ernähren und das neu gegründete Nordrhein-Westfalen (zu dem das Ruhrgebiet gehörte) mit Fleisch, Zuckerrüben, Gemüse und Brotgetreide zu versorgen, nicht einmal auf das ebenfalls unter britischer Kontrolle stehende und landwirtschaftlich relativ produktive Niedersachsen verlassen. Niedersachsen hatte selbst Versorgungsprobleme, und kein bürokratischer Druck der Welt konnte es dazu bringen, die ihm auferlegten Quoten zu erfüllen. Und das in der amerikanischen Zone gelegene Bayern, damals wie heute ein beachtlicher Produzent von Fleisch- und Milchprodukten, hatte zwar erhebliche Lieferungen in die britische Zone zugesagt – genug, um sich bei den Rationen der Bevölkerung bemerkbar zu machen –, erfüllte diese Zusage aber nicht. Trotz der vorgeblich engen Zusammenarbeit zwischen der britischen und der amerikanischen Besatzungszone, die am 1. Januar 1947 im Zusammenschluss zur «Bizone» gipfelte, hielten die separatistisch gesinnten Bayern ihr Versprechen Monat für Monat nicht ein.

Viertens fehlte es der Reichsbahn an Waggonen, so dass Lebensmittel, selbst wenn sie vorhanden waren, häufig über das Haltbarkeitsdatum hinaus in Häfen oder Depots lagen.

Fünftens schliesslich wirkten sich einige Ereignisse aus, die nur im besetzten Deutschland und in einer Zeit wie dieser geschehen konnten – wie der plötzliche Zugriff einer russischen Demontagruppe auf eine Fabrik in Dinslaken am Nordrand des Ruhrgebiets, die Dosenblech herstellte. Als die Briten davon erfuhren, war die Fabrik schon fast vollständig ausgeräumt

und demontiert und befand sich als Reparationsgut auf dem Weg in die Sowjetunion. In der britischen Zone wurden daraufhin die für die Verteilung von haltbaren Lebensmitteln dringend benötigten Konservendosen knapp.¹⁹

Die Briten schäumten vor Wut über solche Blockierungen, Engpässe und Behinderungen, konnten aber nichts tun und waren Anfang 1947 gezwungen, eine erneute Kürzung der Rationen bekanntzugeben.²⁰ Die Folge waren schwere Hungerunruhen und «Lebensmittelstreiks», insbesondere in den überaus wichtigen, aber furchtbar unterversorgten Industriestädten an der Ruhr, wo bereits im vorangegangenen Monat Massendemonstrationen gegen den Lebensmittel- und Heizstoffmangel stattgefunden hatten. In manchen Teilen des grössten Industriegebiets Deutschlands sank die Tagesration auf das Hungerniveau von deutlich unter 850 Kalorien.²¹

Die streikenden Arbeiter stellten klar, dass sie weniger für sich selbst in Aktion traten – als Empfänger von Schwerarbeiterrationen ging es ihnen relativ gut –, als vielmehr für ihre Frauen und Kinder. In den Reden von Arbeiterführern wurden politische Ziele zwar abgestritten, aber in einigen von ihnen war neben einer gewissen Naivität auch eine Rückkehr zu Einstellungen aus der Kriegszeit zu bemerken. So sagte ein Gewerkschaftsfunktionär, dessen Worte von einem deutschen Polizisten auf Englisch in Kurzschrift festgehalten wurden, in einer Rede vor Streikenden in der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, einem riesigen Stahlwerk auf der linken Rheinseite gegenüber von Duisburg:

«Genossen!

Die gegenwärtige Lebensmittellage zwingt uns zu dieser Demonstration. Wir glauben nicht an Transportschwierigkeiten. Während des Krieges wurden von alliierten Flugzeugen riesige Mengen von Bomben nach Deutschland gebracht. Wenn diese Flugzeuge jetzt starten würden, um Lebensmittel nach Deutschland zu bringen, wäre die deutsche Bevölkerung den Piloten auf ewig dankbar.

Wir werden als eure Vertreter dem Stadtrat unsere Bitte mitteilen. Die Demonstration wird unserer Bitte Nachdruck verleihen. Der Landrat,

die Regierung und die Militärregierung sind aufgefordert, bei der Beschaffung von genügend Lebensmitteln zu helfen. Alles wird mit besonderer Disziplin weitergehen. Nur Feiglinge nehmen nicht an dieser Demonstration teil.

Diese Demonstration hat keinen politischen, sondern wirtschaftlichen Charakter.»²²

In den nächsten Tagen breiteten sich die Demonstrationen nach Hannover, wo schätzungsweise 10'000 Menschen auf die Strasse gingen, und Braunschweig aus, wo «eine Bande von Hooligans nach der geordnet verlaufenen Demonstration durch die Stadt marschierte, am Gebäude der Militärregierung Fenster einschlug und einen Lastkraftwagen und zwei Personautos umwarf».²³

Die Streiks und Demonstrationen gingen während des gesamten Frühjahrs weiter und erfassten unter anderem auch Köln und Hamburg. In Hamburg liess eine halbe Million Menschen, einschliesslich der Werft- und Dockarbeiter, die Werkzeuge fallen, um an einer Massenversammlung teilzunehmen, auf der ein Gewerkschaftsfunktionär verlangte, Hamburg und das Ruhrgebiet bevorzugt mit Lebensmitteln zu versorgen. Mit der Forderung, die Lebensmittelverteilung unter gewerkschaftliche Aufsicht zu stellen, drückte er zudem das verbreitete Misstrauen gegen jene Deutschen aus, die sie im Auftrag der Briten organisierten.²⁴

Bemerkenswerterweise gingen die Briten nicht mit Gewalt gegen die Streikenden vor oder verhafteten ihre Anführer. Im Gegensatz dazu reagierte man in der amerikanischen und der französischen Besatzungszone auf ähnliche Demonstrationen mit dem Einsatz von Truppen und schweren Haftstrafen.²⁵ Im Winter 1946/47 unternahmen einige in Koblenz tätige amerikanische Katastrophenhelfer des Quäkerhilfswerks Friends' Relief Service (FRS) einen Ausflug ins Ruhrgebiet, wo ihnen sowohl die Feindseligkeit der Einheimischen gegenüber den Besatzern als auch die im Vergleich zur französischen Zone, zu der Koblenz gehörte, geringe Militärpräsenz auffiel:



Amerikanische Infanteristen marschieren über die Siegfriedlinie nach Deutschland hinein, Anfang 1945.



Deutsche Ermittler betrachten nach der Rückeroberung von Nemmersdorf durch die Wehrmacht die Leichen von Zivilisten, die von russischen Soldaten getötet wurden, 20. Oktober 1944
(Fotografie eines Angehörigen von Goebbels' sogenannten Propagandakompanien).



Auffällig unmilitärisch aussehende Volkssturmmänner bei ihrer Vereidigung in Berlin am 12. November 1944, während sie einer Ansprache von Joseph Goebbels lauschen.

USA-Soldateska drangsaliert deutsche Kinder



Eine im Januar 1945 in der NS-Zeitung *Völkischer Beobachter* abgedruckte Karikatur, die amerikanische GIs als verkommene Rowdys darstellt.

Roosevelt stellte Gangster, Kidnapper, Zuchthäusler in die Armee ein —



Richard Jarczyk, nach eigener Aussage ein Spion und Werwolf-Guerilla, kurz vor seiner Hinrichtung durch ein amerikanisches Erschiessungskommando, 28. April 1945.



Der stellvertretende Oberbürgermeister von Leipzig sowie seine Frau und seine Tochter, wie sie amerikanische Soldaten im Bürgermeisterbüro im Rathaus vorfanden. Offenbar hatten sie gleichzeitig Blausäurekapseln geschluckt.



Reichsmarschall Hermann Göring mit Journalisten, kurz nachdem er sich den Amerikanern in Bayern gestellt hatte, 9. Mai 1945.



Ein GI entfernt in Düren im Rheinland ein Strassenschild der dortigen Adolf-Hitler-Strasse, Februar 1945.



Der Erbe des Rüstungskonzerns Krupp, Alfred Krupp, bei der Abfahrt in alliierte Gefangenschaft vor der Villa Hügel, der schlossartigen Familienresidenz in Essen, April 1945.



Deutsche Kriegsgefangene marschieren in der Mitte einer Autobahn von der Front fort, während die Amerikaner ihren Vormarsch nach Giessen fortsetzen, April 1945.



«Disarmed enemy forces»/»surrendered enemy personnel». Eine riesige Zahl von deutschen Kriegsgefangenen in einem Lager der Amerikaner bei Salzburg, die Unterstände improvisieren, so gut sie können. Anderswo waren die Zustände noch schlimmer, manchmal sogar tödlich.



Einwohner von Ludwigslust in Mecklenburg, die von Soldaten der amerikanischen 82. Luftlandedivision gezwungen werden, sich im nahegelegenen Konzentrationslager Wöbbelin Opfer des NS-Regimes anzuschauen, 6. Mai 1945.



«Die deutschen politischen Gefangenen heissen ihre amerikanischen Freunde willkommen». Befreite Häftlinge und GIs im Konzentrationslager Buchenwald vor einer Begrüßungsbotschaft für die amerikanischen Befreier, Mai 1945.



Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Die Angeklagten (*in zwei Reihen rechts im Hintergrund*) hören den Ausführungen des Anklägers zu.





Obdachlose deutsche Zivilisten beim Kochen inmitten der Ruinen von Nürnberg, Sommer 1945.



Juli 1945. Durchziehende Flüchtlinge gehen an grossen Plakaten vorbei, welche die sowjetischen Besatzer zur Eröffnung der Potsdamer Konferenz aufgehängt haben.
Von links nach rechts: Truman, Stalin, Churchill.



Fraternisierung. Britische Soldaten mit deutschen Frauen, 1945.



Ein Schild im britischen Sektor von Berlin im Jahr 1945, das an das wahrscheinlich am wenigsten beachtete Verbot der Geschichte erinnert.



Fraternisierung. Der sowjetische Leutnant Wladimir Gelfand mit deutscher Freundin, 1946.



Die Frau und die Tochter eines Angehörigen der alliierten Streitkräfte sitzen bei einem Halt auf einem Rangiergleis in der britischen Besatzungszone bequem in einem Speisewagen, während gegenüber ein Zug mit Viehwagons voller verzweifelter deutscher Flüchtlinge aus dem Osten hält. Ein britischer Soldat beobachtet im Bewusstsein des krassen Gegensatzes die Szene.



Ein deutscher Junge durchsucht eine Mülltonne mit Küchenabfällen des britischen Offiziersklubs in Hamburg, 1946.



Die ersten deutschen Frauen, die britische Armeeangehörige heiraten wollen, treffen in ihrer neuen Heimat ein. Flugplatz Croydon bei London, Juni 1947.



Eine Familie bei der Flucht durch einen Wald über die Grenze der sowjetischen Besatzungszone, Ende der 1940er Jahre.



Churchill bei der Besichtigung von Hitlers Reichskanzlei in Berlin, begleitet von seiner Tochter Mary (*links*) und Aussenminister Anthony Eden (neben Mary Churchill).



General Lucius Dubignon Clay, 1945-1947 stellvertretender Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone und 1947-1949 Militärgouverneur und Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa.



General Marie-Pierre Koenig (*links*), Militärgouverneur der französischen Besatzungszone, 1947. Seine Geliebte während des Krieges bemerkte ein halbes Jahrhundert später, er habe «nie besonders gut ausgesehen, aber meine Güte, er sah wie ein General aus».



Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, und Otto Grotewohl, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone, geben sich die Hand, um die Vereinigung ihrer beiden Parteien zu besiegeln, April 1946. Der stellvertretende KPD-Vorsitzende und künftige Staatsratsvorsitzende der DDR Walter Ulbricht (*rechts*) schaut teilnahmslos vor sich hin.



27. Januar 1946: die erste freie Wahl für die Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone seit 1932. Kurz vor Schliessung der Wahllokale bildet sich eine lange Schlange vor den Wahlkabinen.



Konrad Adenauer mit undurchdringlichem Gesicht im Gespräch mit einem Kollegen am Tag seiner Wahl zum Bundeskanzler (mit einer Mehrheit von einer Stimme) im Bundestag, 15. September 1949.

«Am Dortmunder Hauptbahnhof hielten wir an, um das völlig zerstörte Bahnhofsgebäude zu fotografieren. Ich wünschte, wir hätten es nicht getan. Um die Sonne im Rücken und eine gute Aussicht auf das Gebäude zu haben, standen wir auf der Plattform eines Strassenbahnwagens, mitten auf der am Bahnhof vorbeiführenden Strasse. Es müssen ungefähr 100 Deutsche dort gestanden haben, die auf irgendetwas warteten. Wir waren alle relativ gut in Pseudouniformen gekleidet und hatten unsere Kameras um den Hals hängen. Unser Volkswagen (vom FRS-Team) war zeitweilig das einzige Auto weit und breit. Viele Deutsche starrten uns gehässig an. Ich konnte die Blicke wie Messer im Rücken spüren und fürchtete, vielleicht ohne Grund, dass sie uns bei der kleinsten Provokation mit blossen Händen massakrieren würden ... Es gibt hier nur wenige englische Soldaten – vielleicht 20 in einer Stadt mit 200'000 Einwohnern. Das mag vielleicht mit diesen Vorgängen in Zusammenhang stehen. In Koblenz, einer Stadt mit 53'000 Einwohnern, gibt es 3'000 Franzosen ...»²⁶

Im Allgemeinen standen linke Gruppierungen an der Spitze des Kampfs gegen den Hunger in den Westzonen. Am grotesksten war der Unterschied zwischen dem Lebenszuschnitt von Einheimischen, die den Besatzern dienten, und den übrigen Deutschen jedoch nicht, wie man erwartet hätte, in einem der vom Westen kontrollierten «kapitalistischen» Landesteile, sondern in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor von Berlin. Dort wurde die fertig eingeführte kommunistische «Vorhut» von ihren sowjetischen Herren von Anfang an offen und in eklatant elitärer Weise privilegiert.

Ein Augenzeuge hat in seinem Bericht festgehalten, wie erstaunt er als Aussenstehender war, als er 1945 den Sitz der Kommunistischen Partei besuchen durfte und dort, während die normale Bevölkerung am Hungertuch nagte, ein völlig separates, hierarchisches Rationssystem vorfand, das den Parteimitgliedern streng nach Rang ihr Kantinenessen zuwies. Die höchsten Funktionäre, die Mitglieder des Sekretariats, erhielten ein mehrgängiges Essen mit Wein. Abteilungsleiter mussten sich mit etwas weniger

begnügen, bekamen aber ebenfalls ein beneidenswert nahrhaftes Menü, während sich gewöhnliche Parteifunktionäre mit einem Eintopf zufriedengeben mussten.²⁷ Den Durchschnittsdeutschen wäre es angesichts eines solchen unvorstellbaren Luxus (wie es selbst der Eintopf war) sicherlich schwergefallen, nicht den Eindruck zu gewinnen, dass die deutschen Kommunisten, trotz aller Solidaritätsbekundungen, im Grunde Vertreter der Besatzungsmacht waren.

Es war kaum überraschend, dass viele bislang respektable Deutsche, trotz aller Drohungen und Warnungen der Propaganda, bald kaum noch Gewissensbisse empfanden, wenn sie auf dem schwarzen Markt handelten oder von ihm profitierten. Entweder sie kauften oder tauschten etwas von Händlern, die das Risiko auf sich nahmen, Lebensmittel in die Städte zu schmuggeln, oder sie fuhren selbst aufs Land, um direkt bei den jetzt allmächtigen Bauern einzukaufen – natürlich zu exorbitanten Preisen. Der schwarze Markt begünstigte die relativ Wohlhabenden, diejenigen, die Wertgegenstände verkaufen oder zum Tausch anbieten konnten oder genügend Bargeld besaßen, um damit trotz der Geldentwertung lebensnotwendige Dinge bezahlen zu können. Die meisten Industriearbeiter, beispielsweise, verfügten nicht über solche Reserven.

Die gegen den schwarzen Markt ergriffenen Massnahmen wirkten kaum abschreckend, weder die Kontrollen alliierter Militärpolizisten und deutscher Polizisten auf Bauernhöfen, die verhindern sollten, dass Lebensmittel für den schwarzen Markt gehortet wurden, noch die Sperren auf Brücken und Bahnhöfen, an denen Reisende nach Schwarzmarktgütern durchsucht wurden. In der britischen Besatzungszone führten mobile Polizeieinheiten (auf Fahrrädern) ab Frühjahr 1946 auch Zufallskontrollen auf Landstrassen durch.²⁸

In der französischen Zone wurden Bahnhöfe und die Zugangsstrassen zu Städten wie Koblenz ebenfalls von (französischen) Polizisten streng kontrolliert. «Am Bahnhof haben die da alles beschlagnahmt ... Da waren die Franzosen ekelig», erinnert sich Marlies Weber. Als Kind hatte sie regelmässig an «Hamsterfahrten» ihrer Familie in die ländliche Umgebung

von Koblenz teilgenommen. Die nicht immer erhältlichen Rationen, die in der französischen Besatzungszone zudem niedriger waren als in allen anderen Zonen, mussten abgesichert und aufge bessert werden. Bei der Rückkehr mit ihren illegal erworbenen Schätzen nahmen sie zumeist Nebenstrassen, um den französischen Patrouillen aus dem Weg zu gehen.²⁹

In der britischen Zone sah es ähnlich aus, auch wenn die Razzien der britischen und der deutschen Polizei eher sporadisch stattfanden – dann konnten sie aber sehr intensiv sein. So wurde Ende März 1946 in Westfalen eine «synchronisierte Operation gegen den schwarzen Markt» mit dem Decknamen «Second Round» durchgeführt, die sich von den ländlichen Gebieten im Norden und Osten bis an den Rand des Ruhrgebiets (Münster-Bielefeld-Dortmund-Hagen) erstreckte. Im Zuge der dreitägigen Operation scheinen vor allem an willkürlich ausgewählten Orten Kontrollpunkte errichtet worden zu sein, an denen Autos und deren Insassen durchsucht wurden (insgesamt fast 46'000). 188 mobile Teams der deutschen Polizei nahmen, von britischen Soldaten «assistiert», 128 Zivilisten fest; gegen weitere 427 wurde Anzeige erstattet, und 485 mussten erwarten, wegen vermutlich geringer Vergehen zu einem späteren Zeitpunkt vorgeladen zu werden. «Die konfiszierten Gegenstände», hiess es in einem Bericht an den Ständigen Schwarzmarktausschuss der Militärregierung in Münster, «waren vor allem Lebensmittel, aber auch Tabak und Zigaretten waren häufig vorhanden.»³⁰

In einem Anhang zu dem Bericht werden die im Lauf dieser offenbar zeitaufwändigen und kostspieligen Operation konfiszierten Gegenstände peinlich genau aufgeführt. Neben zu erwartenden Dingen, wie 15 325,8 Kilogramm Kartoffeln, 52650 Kilogramm Hülsenfrüchte und 747 Zigaretten, finden sich auf der Liste auch merkwürdige und überraschende Gegenstände, wie 10 023 Kämmen, ein Teeservice, eine Dose Zinksalbe, ein Spielanzug mit Mütze und so weiter. Nichts, was man mit sich tragen konnte, schien zu fehlen.³¹ Diese Liste abzarbeiten war eine Sisyphusarbeit, die durch die Langsamkeit der deutschen Gerichte aufgrund ihres Per-

sonalmangels nicht erleichtert wurde. Ende März, vor der Operation «Second Round», sah der Bearbeitungsstand von Anklagen gegen vermutliche Schwarzmarkthändler folgendermassen aus:

Gesamtzahl der Verfahren	160
Verurteilungen	15
Freisprüche	1
eingestellte Verfahren	4
ausstehende Verfahren	140 ³²

Nichts weist darauf hin, dass sich diese Situation in den folgenden Monaten gebessert hätte. Ein Problem war, dass viele deutsche Juristen den Verkauf von Zigaretten zu einem überhöhten Preis nicht für ein strafwürdiges Vergehen hielten. Die hier wie in vielen anderen Bereichen der Besatzungsverwaltung überforderten Briten waren gezwungen, auf die Notfallbestimmungen der von den Nationalsozialisten im November 1940 erlassenen Kriegswirtschaftsverordnung zurückzugreifen. Als ein deutscher Staatsanwalt Einspruch dagegen erhob, diese Bestimmungen auf Zigarettenhändler anzuwenden, suchten die CCG-Juristen beim Londoner Hauptquartier Rat. Dessen Empfehlung war, wie kaum anders zu erwarten, zwispältig. Auf den Einwand, die von den Nationalsozialisten stammenden Bestimmungen seien nur im Kriegsfall anwendbar («Einwand C»), erwiderte London in meisterlicher Ausgewogenheit:

«Es trifft natürlich zu, dass die Kriegswirtschaftsverordnung Schwierigkeiten der Kriegszeit beheben sollte. Gleichwohl ist die Verordnung nicht ausser Kraft gesetzt, und die Seltenheit der Güter, die der Anlass für die Vorschriften der Abschnitte 22 bis 28 über ‚Kriegspreise‘ war, besteht weiterhin und hat sich seit 1939 verstärkt. Dies gilt insbesondere für Lebensmittel und Zigaretten. Daher scheint kein ausreichender Grund für die Annahme vorzuliegen, dass die Anklage, englische Zigaretten zu einem überhöhten Preis verkauft zu haben, von einem deut-

schen Gericht aufgrund von Einwand C abgewiesen wird. Andererseits kann nicht mit absoluter Sicherheit gesagt werden, dass eine solche Anklage zu einer Verurteilung führen würde.»³³

Der einzige sichere Weg zu einer nennenswerten Begrenzung des schwarzen Markts wäre eine zuverlässige Versorgung mit ausreichenden Lebensmittelrationen gewesen, und dies wurde in keiner Besatzungszone erreicht. Solange die Deutschen nicht genug zu essen und nicht genug Heizmaterial hatten, solange sie entweder nicht in der Lage oder durch Tausende von Besatzungsvorschriften daran gehindert waren, die Zahlungsmittel dafür zu verdienen, solange das deutsche Geld zudem kaum Wert hatte, war die Entstehung einer Parallelwirtschaft unvermeidlich.

«Die Zigarette», heisst es in einem anderen britischen Bericht, einem Überblick über grössere Schwarzmarktaktionen der Wirtschaftsinformationsabteilung der CCG in Berlin, «ist das A und O des schwarzen Markts. Sie hat die Reichsmark als normale Währung ersetzt. Zusammen mit Schokolade und Alkohol aus alliierten Geschäften und Kantinen stellt die Zigarette wahrscheinlich eine der grössten Bedrohungen der Finanzstabilität des Landes dar.» Der Bericht kommt zu dem Schluss:

«Illegaler Handel in Deutschland und von Deutschland aus über seine Grenzen haben zusätzlich zu gewöhnlichen Schwarzmarktaktivitäten beispiellose Ausmasse erreicht, die das Wenige, was von seiner finanziellen und ökonomischen Struktur übriggeblieben ist, zu ruinieren drohen. Obwohl Berlin sich zum internationalen Zentrum dieser illegalen Transaktionen entwickelt hat, spielen auch andere Städte in den Westzonen eine grosse Rolle. In der britischen Zone ragt Hamburg heraus, während in der amerikanischen Zone Frankfurt und München an der Spitze liegen.

Alle Nationalitäten scheinen beteiligt zu sein, einschliesslich einer grossen Zahl alliierter Kräfte, die jetzt in offizieller Eigenschaft in Deutschland arbeiten.

So gut wie jede Untersuchung fördert einen neuen Aspekt dieses schwarzen Bildes zutage und bringt eine weitere Liste von beteiligten Personen hervor ...»³⁴

Der Ton des Berichts ist zutiefst pessimistisch. Dennoch empfahl er, wie in solchen Vorlagen üblich, weiteres energisches Handeln. Es gibt jedoch keinerlei Anzeichen dafür, dass damalige oder spätere Operationen die Parallelwirtschaft in irgendeiner Weise beeinträchtigen konnten. Und natürlich waren viele alliierte Soldaten tief und auf allen Ebenen in Schwarzmarktaktivitäten verstrickt. Dieselben Soldaten, die am Tag vielleicht an einer Strassensperre gestanden hatten, um deutsche Schwarzmarkthändler zu fassen, gingen abends in ein NAAFI (Navy, Army and Air Force Institute, eine Art Freizeitklub des britischen Militärs) oder in die Offiziersmesse, wo sie Alkoholika tranken und Speisen verzehrten, die man zum beiderseitigem Profit aus ebendiesen dubiosen Quellen bezogen hatte. Laut Leutnant Maurice Smelt, der damals in Duisburg stationiert war, traf diese Situationsbeschreibung ziemlich allgemein zu:

«Unsere Messe mischte auf dem schwarzen Markt mit, bis eines Tages die SIB [Sonderermittlungseinheit der britischen Militärpolizei] bei den Gordons [den gleichfalls in Duisburg stationierten Gordon Highlanders] auftauchte und ihnen haarklein erklärte, auf welche Weise sie sich in den letzten Monaten versorgt hatten und dass sie ihr Verhalten besser ändern sollten, wenn sie keine Schwierigkeiten haben wollten. Nachdem wir davon gehört hatten, haben wir bei uns natürlich klar Schiff gemacht, damit für den Fall, dass sie auch zu uns kommen sollten, alles in Ordnung ist. Aber im Lauf der Zeit sind wir wieder in die alten Gleise zurückgefallen. Wie soll man eine hohe moralische Warte einnehmen, wenn man Bedienstete mit Zigaretten bezahlen kann?»

Das Leid der ohnmächtigen Masse eröffnete einigen wenigen Privilegierten oder Rücksichtslosen grosse Chancen. Dass nach Smelts Erzählung

Angehörige seines Regiments – von denen viele aus den berüchtigtsten Vierteln Glasgows stammten – eine Zeitlang mit Methoden, die denjenigen von Al Capone und seinen Nachahmern nicht unähnlich waren, die illegalen Geschäfte im Duisburger Hafen beherrschten, wirkt wie eine Art giftiger Zuckerguss auf dieser speziellen Torte. Mehrere dieser Soldaten wurden schliesslich verhaftet, und laut Smelt, der dem Kriegsgericht angehörte, wurde mindestens einer von ihnen wegen eines Verbrechens hingerichtet, das im Grunde ein Unterweltmord gewesen war, begangen von einem Täter, der im Dienst Seiner Majestät gestanden hatte.³⁵

Wenn die im Lande produzierten Nahrungsmittel nicht ausreichten, mussten welche importiert werden. Aber wer sollte die Einfuhren bezahlen? Nicht die Deutschen, denn sie waren nicht in der Lage, die Kohle zu fördern und die Produkte herzustellen, mit denen sie die nötigen Devisen hätten verdienen können. Warum war dies so? Vor allem, weil sie einfach nicht kräftig genug waren, um unter Tage zu arbeiten oder Stahl zu walzen, das heisst die Güter zu produzieren, mit denen der Aussenhandel hätte angekurbelt und die Lebensmittelimporte bezahlt werden können. Nicht kräftig genug waren sie, weil die Lebensmittelrationen nicht ausreichten. Zudem war die deutsche Währung so gut wie nichts mehr wert. Deshalb mussten Lebensmittel von den Besatzern importiert und bezahlt werden ... und so ging es immer weiter.

Nach Morgenthau und JCS 1067 und dem ganzen Gerede davon, dass Deutschland leiden müsse, steckten Briten und Amerikaner also wenige Monate nach dem Beginn der Besetzung in dem Teufelskreis einer auf Bestrafung abzielenden Nachkriegspolitik fest. Die Londoner *Times* brachte das Dilemma im zweiten Herbst nach Kriegsende klar zum Ausdruck:

«Die Anzeichen für eine Verschlechterung der deutschen Physis infolge von Unterernährung in den letzten Monaten sind unübersehbar, und von allen Kräften, welche die wirtschaftliche Erholung in Deutsch-

land verhindern, ist dies unweigerlich die weitreichendste. Sie verringert die Leistungsfähigkeit der Industriearbeiter, sowohl direkt durch die Auswirkungen auf die Gesundheit als auch indirekt, da die Arbeiter durch die Suche nach Lebensmitteln über die Rationen hinaus von ihrer Arbeit abgelenkt werden. Die normale Abwesenheitsquote liegt bei über 20 Prozent, und die Produktivität in der Industrie befindet sich auf einem ausserordentlich niedrigen Niveau. Auch Engpässe bei der Lebensmittelversorgung tragen zur zunehmenden Demoralisierung bei, die in der Wirtschaft der britischen Zone wahrzunehmen ist. Das Fehlen eines festen Fundaments, wie niedrig auch immer, auf dem man aufbauen und planen könnte, wirkt zwangsläufig frustrierend und zersetzend.»³⁶

In London drängten einflussreiche Stimmen, unter ihnen viele Linke, darauf, Deutschland mehr Hilfe zu leisten und die Beschränkungen für private Hilfsbemühungen, ob nun von Einzelnen oder Organisationen, aufzuheben. Im Herbst 1945 hatten der bekannte linke Verleger (und Jude) Victor Gollancz sowie der Labour-Abgeordnete Richard Stokes, der auch gegen die Flächenbombardements der RAF im Krieg protestiert und das Thema der Zerstörung Dresdens im Unterhaus zur Sprache gebracht hatte, die Kampagne «Save Europe Now» (SEN, Rettet Europa jetzt) ins Leben gerufen. Zu ihren Unterstützern zählten der Philosoph Bertrand Russell und George Bell, der Bischof von Chichester (wie Stokes ein Veteran des Bombing Restriction Committee der Kriegszeit). Trotz des breit gefassten Namens setzte sich SEN hauptsächlich für die notleidende deutsche Bevölkerung ein, und hier insbesondere für jene der britischen Besatzungszone. Unter anderem schlug die Initiative vor, die britischen Konsumenten sollten zugunsten nicht genauer bezeichneter ausländischer Zivilisten (in der Praxis sollten es, wie die SEN-Aktivitäten zeigten, überwiegend Deutsche sein) freiwillig auf einen Teil ihrer Rationen verzichten.³⁷

Während des Krieges hatte der unermüdliche und im Allgemeinen un-

tadelige Gollancz, Mitgründer des einflussreichen Left Book Club und Gründer des gleichnamigen Verlages, an der Spitze einer Kampagne gestanden, welche die Reste des europäischen Judentums vor der Vernichtung zu retten versuchte. Nach Kriegsende hatte er sich dann auf den Protest gegen die Vertreibung von Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland verlegt. Beiden Anliegen, so gerechtfertigt sie waren, blieb der Erfolg versagt. Dem gewieften Publizisten sowohl in eigener als auch in fremder Sache war allerdings Ausgewogenheit fremd. Hatte er sich erst einmal für einen Standpunkt entschieden, tolerierte er keinen anderen mehr. Dennoch stand er in den jetzt in London tonangebenden linken Kreisen (zu denen viele gehörten, deren Bücher er veröffentlicht hatte) in hohem Ansehen und besass gute Beziehungen. «Emotional, aber einflussreich», wie Premierminister Attlee von der Labour Party mit Blick auf den Verleger seufzend zugab.

Gollancz verlieh der SEN-Kampagne Kraft und Leidenschaft, aber auch eine Neigung zu Schroffheit und Taktlosigkeit. Als der britische Ernährungsminister John Strachey – ein ehemaliger Verbündeter von Gollancz und Mitgründer des Left Book Club – vor Weihnachten 1946 bekanntgab, die schwer geprüften britischen Verbraucher würden zum Fest Extrarationen von Geflügel, Fleisch, Süßigkeiten und Zucker erhalten, bezeichnete Gollancz die Regierung und seinen alten Freund als «schamlos». «Haben unsere christlichen Staatsmänner keine Ahnung davon, was zurzeit in Deutschland passiert?», donnerte er in einem Brief an den liberalen *News Chronicle*. «Offenbar nicht, oder sie würden nicht solche idiotischen Dinge verkünden.»³⁸

Unter anderem veröffentlichte SEN von deutschen Ärzten gelieferte Zahlen über die Häufigkeit von Hungerödemen und Tuberkulose im britisch besetzten Hamburg und im Ruhrgebiet, die sich bei genauerem Hinsehen jedoch als stark übertrieben herausstellten.³⁹ Dennoch zeigten die Anstrengungen von SEN und anderen Gruppen, einschliesslich mächtiger amerikanischer Wohltätigkeitsorganisationen, schliesslich Wirkung. Sie hatten sicherlich recht damit, dass die Besatzungsbehörden allein mit der

Situation in Deutschland überfordert waren. In den USA verlangte ein Bündnis aus der Cooperative of American Remittance to Europe (eher geläufig unter der Abkürzung CARE, unter der die berühmten Hilfspakete mit Lebensmitteln bekannt werden sollten), dem American Friends Service Committee der Quäker, den Catholic Relief Services sowie von Organisationen der Unitarier, der Mennoniten und anderer schon seit dem Sommer 1945 Zugang nach Deutschland. 1946 schliesslich konnten sie unter dem Schirm des American Council of Voluntary Agencies (ACVA) in Berlin Gespräche mit den amerikanischen Besatzungsbehörden aufnehmen.

Nach Eisenhowers Rückkehr nach Washington, wo er George C. Marshalls Nachfolge als Chef des Generalstabs der Armee antrat, wurde Clay de facto Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland. Formal war er zwar weiterhin dem Oberbefehlshaber in Europa unterstellt, zu dem als Eisenhowers Nachfolger Luftwaffengeneral Joseph T. McNarney ernannt worden war, aber es stand ausser Frage, dass er derjenige war, der die täglichen Geschäfte leitete. Obwohl in einen Kleinkrieg mit der halsstarrigen Washingtoner Bürokratie verstrickt, um die ständigen Transportengpässe zu überwinden und die Menge der nach Deutschland gelieferten amerikanischen Lebensmittel zu erhöhen, lehnte Clay die Mitwirkung von Wohltätigkeitsorganisationen ab. Insbesondere missfiel ihm deren Bevorzugung bestimmter, vermeintlich besonders bedürftiger Bevölkerungsgruppen. Als Technokrat durch und durch wandte er ausserdem ein, dass die Anwesenheit von noch mehr «gefühlsduseligen» amerikanischen Hilfskräften nicht nur störend wäre, sondern auch zur Folge hätte, dass den Einheimischen Lebensmittel entzogen würden – ein Vorbehalt, der möglicherweise, wie vermutet worden ist, auf Clays Wurzeln in den Südstaaten und die überlieferte Abneigung gegenüber «carpetbaggers»* zurückzuführen war, jene «blutsaugenden» Karrieri-

* Wörtlich etwa: Teppichtaschenträger. Gemeint waren damit Politiker aus den Nordstaaten, die nach dem Bürgerkrieg zu Wahlkämpfen in den Süden reisten und dabei offenbar häufig aus einer Art Teppichstoff gefertigte Reisetaschen bei sich hatten.

sten aus dem Norden, die angeblich die alten konföderierten Staaten ver-
suchten, nachdem diese den Bürgerkrieg verloren hatten.⁴⁰ Jedenfalls
blieb er in Bezug auf die Zulassung von Hilfsorganisationen unerbittlich,
obwohl 34 US-Senatoren eine Petition unterzeichnet hatten, in der gefor-
dert wurde, Deutschland und Österreich der Fürsorge privater Hilfsorgani-
sationen zu öffnen,⁴¹ und trotz beunruhigender Artikel der zunehmenden
Zahl amerikanischer Journalisten, die mit dem Auftrag nach Europa ge-
schickt wurden, die Zustände in Deutschland zu enthüllen.

Wie ihren Kollegen in der britischen Besatzungszone war auch den An-
gehörigen der amerikanischen Militärregierung und ihren obersten Herren
in Washington bewusst, dass die Öffentlichkeit zu Hause zugunsten der
Deutschen nur begrenzt opferbereit war. Als Anfang 1946 in Meinungs-
umfragen das Ernährungsproblem in Deutschland auf dreierlei Weise an-
geschnitten wurde, fiel das Ergebnis, je nach Fragestellung, bemerkens-
wert unterschiedlich aus. Erstens wies man die Befragten daraufhin, dass
«die Gesundheit vieler Deutscher, einschliesslich der Kinder», unter den
gegenwärtigen Rationen leide, um sie dann zu fragen, ob man den Deut-
schen mehr Lebensmittel geben solle. Dies beantworteten 58 Prozent mit
ja, 35 Prozent mit nein, und 7 Prozent hatten keine Meinung. Auf die
zweite Frage, ob die Vereinigten Staaten auch dann mehr Lebensmittel lie-
fern sollten, wenn die Briten und Russen in ihren Besatzungszonen die Ra-
tionen nicht erhöhten, sank die Zustimmung auf 47 Prozent, während die
Ablehnung auf 43 Prozent stieg und 10 Prozent unentschieden waren. Bei
der dritten Frage schliesslich kehrten sich die Werte im Vergleich zur er-
sten Frage um. Nach dem Hinweis, dass die Menschen in den befreiten
Ländern möglicherweise weniger zu essen bekommen würden, wenn die
Deutschen mehr bekämen, stimmten nur noch 37 Prozent für die Ernäh-
rung des besiegten Landes, 52 Prozent lehnten sie ab, und 11 Prozent waren
unentschlossen.⁴²

Heute wird der Begriff allgemeiner verwendet für Politiker, die sich an Orten zur
Wahl stellen, wo sie keine Basis haben.

Gleichwohl wurden Zugeständnisse gemacht. So durften, wie es in der britischen Zone bereits möglich war, spezielle Hilfen für hungernde Kinder zusätzlich zu den bereits bewilligten Extrarationen lizenziert werden. Es dauerte jedoch bis Ende 1946 – als Deutschland wie der Rest Nordeuropas mit dem härtesten Winter seit Jahren kämpfte –, ehe alle Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt waren und die Wohltätigkeitsorganisationen vollen Zugang erhielten (in Gestalt des Komitees der zur Tätigkeit in Deutschland zugelassenen Hilfsorganisationen, abgekürzt CRALOG). Schon ab Juni durften ehemalige Armeelebensmittelpakete (die ersten CARE-Pakete) an Einzelne und Familien in Deutschland geschickt werden, und einige Wochen später gaben, trotz der eigenen Ernährungsprobleme, die Briten und schliesslich auch die Franzosen nach.

Die ersten CARE-Pakete bestanden aus den Rationen, die für die amerikanischen Truppen gepackt worden waren, welche nach den Planungen im Jahr 1946 auf den japanischen Hauptinseln hätten landen sollen. Doch dann wurden die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, und die Invasion fand nicht statt. Deshalb beschloss man, die Pakete Amerikanern zu überlassen (zu zehn Dollar, einschliesslich Versand), die sie an Verwandte oder Freunde in Europa schicken wollten. Die ersten Pakete, die im Mai 1946 – noch ausschliesslich an nichtdeutsche Adressen gerichtet – in Le Havre eintrafen, bestanden aus:

1 lb (1 Pfund = 453,59 g) Fleisch in Brühe; 1 lb Steak and Kidney;
8 oz (1 Unze = 28,35 g) Leberhackbraten; 8 oz Cornedbeef; 12 oz
Frühstücksfleisch; 8 oz Schinken; 2 lb Margarine; 1 lb Schmalz;
1 lb Obstkonserven; 1 lb Honig; 1 lb Rosinen; 1 lb Schokolade;
1 lb Zucker; 8 oz Eipulver; 2 lb Milchpulver; 2 lb Kaffee

Bis Ende 1946 hatte CRALOG 10'000 Tonnen Lebensmittel und Kleidung nach Deutschland geschickt. CARE hatte 550'000 Pakete zur Verteilung nach Deutschland gesandt, während das Gewicht der Pakete, die privat di-

rekt an einen bestimmten Empfänger geschickt wurden, bis zum Dezember bei monatlich rund 7,7 Millionen Kilogramm lag.⁴³

Das neue System brachte Gewinner und Verlierer hervor. Es linderte für viele die Not, änderte aber nichts daran, dass andere weiterhin mit der normalen Ration auskommen mussten, und die blieb trotz aller Importe und privaten Hilfeleistungen sowie der verstärkten Unterstützung von gefährdeten Gruppen wie Kindern, Alten und Schwangeren durch die Militärregierungen unzureichend. Plötzlich waren neben denjenigen mit Beziehungen zu ländlichen Lebensmittelproduzenten auch jene privilegiert, die Freunde oder Verwandte im Ausland hatten. Ausserdem benutzten die Amerikaner das Geschenk der CARE-Pakete als «Belohnung» für ihre «Lieblingsdeutschen»,⁴⁴ eine Form von Begünstigung, die viel Unmut hervorrief, wenn sie auch nicht ganz so exquisit war wie die mehrgängigen Menüs und requirierten Villen, welche die Sowjets den ihnen hörigen deutschen Kommunisten gönnten.

In Bezug auf die Ernährung der deutschen Bevölkerung vollzog sich der Wandel von Strafe in Form von Entbehrungen zu zögerlichen Zugeständnissen, so unvermeidlich er im Nachhinein erscheinen mag, quälend langsam. Zum Teil war er der Tatsache zu verdanken, dass die verbindende Menschlichkeit schliesslich die Oberhand über den Wunsch nach Vergeltung gewann, wobei dieser aufgrund des täglichen Kontakts, der bei einer langen Besetzung unvermeidlich war, einen zunehmend schweren Stand hatte. Daneben lag dem Kurswechsel die Erkenntnis zugrunde, dass Deutschland, wenn man ihm nicht gestattete, ungefähr auf einem Niveau wie in der Vorkriegszeit zu arbeiten und zu produzieren, auf Dauer ein Problemfall bleiben würde, eine Bettlernation, deren physisches Überleben von den Siegern abhängen und die sich möglicherweise, wie nach 1918, erneut voller Groll gegen ihre Peiniger wenden würde.

Schliesslich trat, während die Gedanken der angloamerikanischen Politiker immer mehr von den rasch zunehmenden Misshelligkeiten zwischen dem Westen und der Sowjetunion (Frankreich war ein anderer, komplizierterer Fall) beherrscht wurden, eine weitere Wahrheit hervor. General

Clay hatte sie schon früh in seiner Amtszeit als «Vizekönig» in Deutschland ausgedrückt, als die Durchschnittsration in der SBZ höher war als in der amerikanischen Zone:

«Ein Kommunist mit 15'000 Kalorien oder ein Anhänger der Demokratie mit 1'000 Kalorien zu werden ist keine Alternative. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die von uns vorgeschlagenen Rationen in Deutschland nicht nur unseren Zielen in Mitteleuropa zuwiderlaufen, sondern auch den Weg zu einem kommunistischen Deutschland ebnen.»⁴⁵

Trumans Armeeminister Kenneth Royall drückte es etwas später in einer Rede so aus: «Lasst sie verhungern, erschießt sie, oder ernährt sie.»⁴⁶ Doch zur zuletzt genannten Option gab es tatsächlich nie eine Alternative. Die alliierte Ernährungspolitik war irregeleitet, häufig, besonders in den Anfangsmonaten, von Rachegedanken bestimmt, bürokratisch und zuzeiten auch inkompetent, aber Clay und die anderen Militärgouverneure waren keine Görings, die einen Genozid im Sinn hatten, und ihre Mitarbeiter waren keine hartherzigen Backes. Gleichwohl litten die Deutschen in der Nachkriegszeit mehr, als es selbst aufgrund der von Hitlers Krieg hinterlassenen Zerstörung und chaotischen Zustände nötig gewesen wäre. Manche starben, die eigentlich hätten überleben können und sollen. Besonders 1946/47, in einer entscheidenden Zeit, als die Eroberten die schlimmsten Entbehrungen erlitten und keinen Hoffnungsschimmer sahen, empfanden viele einen tiefen Groll auf die Alliierten. Es gab in beunruhigender Weise sogar eine halsstarrige Sehnsucht nach dem alten Deutschland.

In Meinungsumfragen, die in den Nachkriegsjahren im Auftrag der Militärregierung durchgeführt wurden, antwortete eine relative Mehrheit der Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone auf die Frage, ob der Nationalsozialismus «eine schlechte Idee» gewesen sei «oder eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde», er sei eine gute Idee gewesen; zusammen mit den Unentschiedenen bildete sie sogar die absolute Mehrheit.

Für die Ansicht, dass der Nationalsozialismus ohne Wenn und Aber einfach eine «schlechte Idee» gewesen sei, stimmten nie mehr als 40 Prozent der Befragten; am Ende des dritten Nachkriegswinters war diese Zahl auf unter 30 Prozent gesunken, während ein doppelt so grosser Anteil der Befragten – 60 Prozent – jetzt meinte, der Nationalsozialismus sei eine «gute Idee» gewesen, die nur aus dem Ruder gelaufen sei.⁴⁷

So viel zur Austreibung des Geists von Hitler. Darüber hinaus stimmten auf die Frage, welche Regierungsform sie wählen würden – eine, die ökonomische Sicherheit und die Möglichkeit eines guten Einkommens biete, oder eine, die freie Wahlen, Redefreiheit, eine freie Presse und Religionsfreiheit garantiere –, über einen Befragungszeitraum von zwei Jahren stets rund 60 Prozent für die erste Option, während nur rund 25 Prozent, manchmal sogar erheblich weniger, die zweite Option wählten.⁴⁸

Trotz solcher entmutigenden Umfrageergebnisse bleibt festzuhalten, dass die Alliierten keinen «Hungerplan» verfolgten, wie es die kriminelle Verschwörung der Nationalsozialisten 1941/42 getan hatte, als mehr als zwanzig Millionen Russen verhungern sollten. Und es gab keine Entsprechung zum Holocaust. Stattdessen wollten sie Deutschland zwar bestrafen, aber gleichzeitig auch reinigen, um seine besiegte, hungrige Bevölkerung auf eine Zukunft vorzubereiten, in der ihr Land keine Bedrohung für die Welt mehr sein würde. Es war das vielleicht ehrgeizigste Vorhaben zur Veränderung der Psyche einer Nation, das jemals in der Geschichte in Angriff genommen wurde. Genannt wurde es Entnazifizierung.

Ob Bestrafung und Umerziehung kombiniert werden konnten, war zweifelhaft. In der Tat, so manches in Nachkriegsdeutschland schien für die demokratische Rehabilitation des Landes nichts Gutes zu verheissen.

KEIN PARDON

Knapp dreihundert Jahre vor dem blutigen Finale des Zweiten Weltkriegs hatte Europa das Ende eines Konflikts erlebt, der wohl noch schlimmer, gewalttätiger, entzweiender, vergiftender und für die europäische Seele verheerender war als derjenige, den Adolf Hitler am 1. September 1939 vom Zaun gebrochen hatte. Diese Katastrophe im 17. Jahrhundert zog irgendwann in ihrem Verlauf buchstäblich jedes europäische Land in Mitleidenschaft, einschliesslich solcher Nationen wie der Türkei, Schwedens und der Schweiz, die in Hitlers Krieg neutral blieben. Ausserdem dauerten die Kämpfe wesentlich länger, weshalb der Konflikt der Nachwelt als Dreissigjähriger Krieg bekannt ist. Dennoch enthielt die Präambel des umfassenden Vertragswerks, das ihn beendete, des Westfälischen Friedens von 1648 (der, genau genommen, aus zwei Verträgen bestand, die ihrerseits das Ergebnis einer ganzen Reihe von Waffenstillständen und Verträgen waren), einen bemerkenswerten Passus, dem zufolge

«eine ewigwährende Vergessenheit und Amnestia auffgerichtet [werden sollte] aller von Anbeginn dieses Krieges an einem oder andern Theil verübten Feindseligkeiten ...»¹

Die Bestimmung, dass allen Beteiligten vergeben werden solle, ganz gleich, wie entsetzlich ihr Verhalten gewesen war -*perpétua oblivio et amnestia*, wie es im lateinischen Originaltext heisst –, war nicht neu, aber nach einem Krieg von solcher Länge und Heftigkeit kann es nicht leichtgefallen sein, ihr zuzustimmen. Deutschland hatte durch Krieg, Hunger und Krankheiten zwischen 15 und 30 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Tausende von Städten und Dörfern waren verwüstet. Es war ein Erschöp-

fungsfrieden ohne klaren Gewinner – aber vielleicht lag genau darin die Chance für eine Abkehr vom Schuldgedanken und vom Strafprinzip.

Mit dem Dreissigjährigen Krieg endeten auch die Religionskriege zwischen europäischen Staaten. Ein weiterer Grund, es «dabei bewenden zu lassen». Im Mai 1945, als der Zweite Weltkrieg für beendet erklärt wurde, war der Friede – genauer gesagt, die Abwesenheit von Krieg – die Folge der totalen Niederlage Deutschlands und seiner Satelliten gegen ein Bündnis unter Führung der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs, zusammen «Vereinte Nationen» genannt. Deutschland konnte nicht mehr weiterkämpfen, und so endete der Krieg. Einen Vertrag gab es nicht. Im Unterschied zum Westfälischen Frieden, der sogar in den Gesetzeskodex des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation einging, schlossen die Kriegsparteien kein umfassendes Abkommen, damals nicht und auch später nur teilweise. Es gab nur Realitäten. Vor allem aber gab es keine «Vergessenheit und Amnestia».

Ein Verhandlungsfriede zwischen den Alliierten und Deutschland war über zwei Jahre vor Kriegsende beim Treffen zwischen Roosevelt und Churchill in Casablanca ausgeschlossen worden. Stalin, der ursprünglich ebenfalls an der Konferenz teilnehmen sollte, war ihr wegen der kritischen Lage in Stalingrad ferngeblieben, aber auch nach seiner Ansicht konnte es kein Ende des Krieges mit Bedingungen geben. Seit Januar 1943 war die «bedingungslose Kapitulation» das Mantra der Alliierten. Sie erleichterte die Angelegenheiten auf mindestens zweierlei Weise: Zum einen löste sie das moralische Dilemma der Frage, wen man auf deutscher Seite als verhandlungswürdig betrachten sollte, und zum anderen verringerte es die Möglichkeiten der Deutschen, durch Friedensangebote einen Keil zwischen ihre Feinde zu treiben. In anderer Hinsicht verschärfte sie die Kriegführung.

Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation konnte als einigendes Schreckgespenst benutzt werden, und Goebbels tat genau dies, indem er den Deutschen einredete, die Alliierten seien darauf aus, Deutschland zu vernichten (was nur im politischen, nicht aber im buchstäblichen Sinn

zutraf). Doch diese Forderung stärkte nicht nur den Widerstandswillen und verlängerte auf diese Weise den Krieg, sie schwächte auch diejenigen in der Führungsschicht, die Hitler stürzen wollten. Denn welchen Sinn hatte eine Revolte gegen das Regime, wenn durch sie keine besseren Friedensbedingungen zu erreichen waren? War es dann nicht besser, bis zum bitteren Ende Widerstand zu leisten und auf ein Wunder zu hoffen? Die Verschwörer vom 20. Juli hatten darunter zu leiden, dass moralischer Anstand allein für die meisten ihrer Landsleute kein ausreichender Grund war.

Das bittere Ende kam im Mai 1945. Als offizielles Datum gilt der 8. Mai, aber tatsächlich fand die Kapitulation vier Tage vorher statt. Nach zwei Treffen an aufeinanderfolgenden Tagen in Feldmarschall Montgomerys Hauptquartier in der Lüneburger Heide waren am 4. Mai um 18.30 Uhr vier hohe deutsche Offiziere in der Reihenfolge ihres Rangs in Montgomerys berühmten Wohnwagen getreten, um das Kapitulationsinstrument zu unterzeichnen, unter das anschliessend Montgomery im Namen des alliierten Oberbefehlshabers, General Eisenhower, seine Unterschrift setzte. Damit hatten sich nicht nur die in Norddeutschland kämpfenden deutschen Streitkräfte ergeben, sondern auch das, was vom Dritten Reich und den von ihm besetzten Gebieten übrig war, einschliesslich Dänemarks, Norwegens, des belagerten, hungernden Teils der Niederlande – und Flensburgs, wo sich Dönitz' tragikomische Reichsregierung eingerichtet hatte.²

Schon vor Unterzeichnung der Kapitulation hatten Deutsche massenhaft ihre Waffen weggeworfen und sich den Amerikanern oder Briten ergeben – jedem, nur nicht den Russen. Die Gründe für die viertägige Verzögerung der offiziellen Bekanntgabe des Kriegsendes waren ziemlich einfach. Vor allem bestanden die Amerikaner, deren Hauptquartier sich Hunderte Kilometer weiter südwestlich in Reims befand, aus formellen wie aus Public-Relations-Gründen darauf, dass die Deutschen sich auch ihnen ergaben. Das Gleiche galt für die Russen. Und auch die Deutschen hatten es nicht eilig. Eine Verzögerung kostete nur wenige Soldaten auf beiden

Seiten das Leben, aber jede Stunde ohne formale, allumfassende Kapitulation ermöglichte es mehr Wehrmachteinheiten, sich in die Hände der Westalliierten zu begeben. So fand die nächste Kapitulationszeremonie nach umfangreichen Neuverhandlungen von Fragen, die bereits in dem Kapitulationsinstrument vom 4. Mai vollkommen zufriedenstellend geregelt waren, in den frühen Morgenstunden des 7. Mai 1945 statt. Um 2.41 Uhr setzten Generaloberst Alfred Jodl, Hitlers früherer Generalstabschef, für Deutschland sowie General Walter Bedell Smith, Eisenhowers Stabschef, und General Iwan Sudoplatow, der sowjetische Vertreter im SHAEF, ihre Unterschriften unter das Dokument.

Danach stand es den Alliierten frei, mit Deutschland zu verfahren, wie es ihnen beliebte, und zu tun, was sie versprochen hatten: den Nationalsozialismus auszumerzen und seine führenden Vertreter festzunehmen und als Verbrecher vor Gericht zu stellen.

Was Stalin anging, so richteten sich die ersten Anklagen, die er am 7. Mai bekanntgab, nicht gegen NS-Mörder, sondern gegen 16 Mitglieder der polnischen Widerstandskräfte, der Heimatarmee, die sechs Jahre lang im Namen der in London etablierten polnischen Exilregierung gegen die deutsche Besetzung ihres Landes gekämpft hatten. Diese tapferen, betrogenen Patrioten – einschliesslich des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Exilregierung – waren einige Wochen zuvor im «befreiten» Warschau festgenommen und inzwischen ins Lubjanka-Gefängnis in Moskau gebracht worden. Wie ihr Mitgefangener in der berühmtesten Haftanstalt der stalinistischen Sowjetunion, Alexander Solschenizyn, hörten sie die Siegesalven auf dem Roten Platz in den NKWD-Verliesen.³ Ihr Prozess im Juni endete ohne Todesurteile – vielleicht, weil Stalin noch darauf achtete, den Westen nicht zu provozieren –, nahm aber, zweifellos in voller Absicht, die besten Vertreter der antikommunistischen Elite Polens während der entscheidenden Nachkriegsperiode aus dem Spiel.

Briten und Amerikaner reagierten mit leichter Missbilligung, in die sich Erleichterung darüber mischte, dass die Urteile so «milde» ausgefallen waren – von einigen Monaten bis zu 15 Jahren.⁴ Offensichtlich hatten

zu diesem Zeitpunkt im Westen viele jede Hoffnung aufgegeben, die Ereignisse in Polen in irgendwie bedeutender Weise beeinflussen zu können, und sich anderen, realistischeren Prioritäten zugewandt.

Aus Moskau kam ausserdem die Forderung nach einer weiteren Kapitulationszeremonie, diesmal gegenüber dem sowjetischen Befehlshaber in Berlin, am 9. Mai im Hauptquartier der Roten Armee in Karlshorst. Und so geschah es.

Doch obwohl Deutschland jetzt völlig der Gnade der Sieger ausgeliefert war, blieb die Frage schwierig, was man mit den Hauptverbrechern des NS-Regimes und den Millionen Mitgliedern der NSDAP und der mit ihr verbundenen Organisationen anfangen sollte, ohne die das Dritte Reich niemals in der Lage gewesen wäre, derart riesige Gebiete Europas zu erobern und die dort lebenden Völker zu unterjochen. So war klar, dass an alliierten Staatsbürgern, ob Militärs oder Zivilisten, begangene Verbrechen von der Justiz der jeweiligen Länder geahndet werden sollten. Beispielsweise würde man deutsche Soldaten, die alliierte Kriegsgefangene ohne Grund erschossen hatten (wie bei dem berüchtigten Vorfall während der Ardennenoffensive in Malmedy), von alliierten Nachrichtendiensten in Zusammenarbeit mit der Militärpolizei aufspüren lassen, vor Gericht stellen und bestrafen. Das Gleiche galt sowohl für deutsche Polizisten und Zivilisten, die abgeschossene Bomberbesatzungen gelyncht hatten (wie es insbesondere gegen Kriegsende regelmässig geschehen war, als die Luftangriffe auf eine bereits verzweifelte und höchst bedrückte Bevölkerung immer intensiver und scheinbar auch immer unterschiedsloser wurden), als auch für Personen, die auf dem Boden der besetzten Länder, von Frankreich und den Niederlanden über Skandinavien, Griechenland, Jugoslawien und Polen bis zur Sowjetunion, Kriegsverbrechen begangen hatten. Bis zum Mai 1945 hatten sich in allen diesen Ländern Regierungen wieder oder neu gebildet, die von Staats wegen die Suche nach den Schuldigen aufnehmen konnten.

Die Schwierigkeiten begannen beim Thema der an Deutschen begangenen Verbrechen, insbesondere, aber nicht nur, an deutschen Juden. Wer

war für deren Untersuchung und die Bestrafung der Täter verantwortlich? Ab Mai 1945 gab es keine unabhängige deutsche Staatsmacht mehr, und wenn es sie eines Tages wieder geben sollte, würde man sich darauf verlassen können, dass sie die Gräueltaten der Vergangenheit verfolgte?

Vor allem aber stand die Frage im Raum, was mit den Mitgliedern der NSDAP geschehen sollte. Bei Kriegsende zählte die Partei rund achteinhalb Millionen Mitglieder (rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung). Millionen weitere Deutsche gehörten grösseren oder kleineren mit ihr verbundenen Organisationen an, wie der Deutschen Arbeitsfront (25 Millionen Mitglieder), der NS-Frauenschaft, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV, 17 Millionen Mitglieder) und so weiter. In den zwölf Jahren des Dritten Reichs hatten sich die Tentakel des «Hitlerismus» in jede Stadt und jedes Dorf, jeden Winkel und jede Ritze des Alltagslebens des deutschen Volks geschoben. Wer sollte über das Los dieser Menschen entscheiden – jener Personen, die Deutschland in den vorangegangenen zwölf Jahren in Gang gehalten hatten, die wussten, welche Hebel man bedienen musste und wo, buchstäblich und im übertragenen Sinn, die Leichen begraben lagen? Wie sollte man die wahrhaft Schuldigen von den blossen Konformisten und Karrieristen unterscheiden? Und was vielleicht ebenso schwierig war: Was sollte mit ihnen geschehen, nachdem man diese Unterscheidung getroffen hatte?

Schon lange bevor die Westalliierten im Juni 1944 ihren Fuss auf die Strände der Normandie setzten, hatte der EAC eine Liste der NS-Organisationen aufgestellt. Die Truppen, die im Herbst jenes Jahres schliesslich deutschen Boden betraten, hatten diese Liste bei sich, mitsamt den Fussnoten, in denen erklärt wurde, welche Beamten und Parteifunktionäre in Kategorien gehörten, deren Vertreter sofort festzunehmen waren. Zu ihnen zählten NSDAP-Führer bis hinunter zum Ortsgruppenleiter, hohe SA- und SS-Führer sowie leitende Gestapobeamte, ferner hohe Funktionäre separater, aber mit der Partei verbundener Organisationen wie der Deutschen Arbeitsfront, der NSV, des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, des Na-

tionalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes und sogar des Deutschen Roten Kreuzes (DRK).

Das DRK war während der NS-Zeit stark politisiert und politisch und propagandistisch instrumentalisiert worden. Mehrere seiner Funktionäre hatten sich an der Euthanasieaktion T4 und an Programmen mit Menschenversuchen beteiligt.⁵ Deshalb nahmen die Amerikaner den Präsidenten des DRK, Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, auf seinem Schloss in Nordbayern fest. Der in Grossbritannien geborene Enkel von Königin Victoria hatte eine ganze Reihe englischer Adelstitel verwirkt, als er sich als regierender Herzog seines Kleinstaats im Ersten Weltkrieg für die Treue zum Deutschen Reich entschieden hatte. Seit 1933 NSDAP-Mitglied, hatte er auch in der SA einen hohen Rang bekleidet.

Auch andere Überlebende der NS-Elite konnten rasch verhaftet werden. Göring, der aus seinem geliebten Carinhall geflohen war – es lag zu nah bei Berlin und den vorrückenden Russen –, tauchte am 9. Mai aus seinem Versteck in Bayern auf und ergab sich dem örtlichen amerikanischen Kommandanten. Dabei lieferte er einen ebenso bizarren wie beeindruckenden Beweis dafür, welchen Charme er entwickeln konnte, denn er brachte den US-Offizier dazu, ihm die Hand zu schütteln und ihn zum Mittagessen einzuladen. Es folgte eine improvisierte Pressekonferenz, auf der es Göring gestattet wurde, sich vor den versammelten Kriegsberichterstatern über die Nachkriegsaussichten auszulassen («Ich sehe eine schwarze Zukunft für Deutschland und die ganze Welt»). Offensichtlich hoffte er, in künftigen Verhandlungen eine Vermittlerrolle spielen zu können, doch als Eisenhower von dem Ereignis erfuhr, verbot er kurzerhand die Presseberichte und liess den Gefangenen umgehend zu den anderen Nazigrössen ins «Camp Ashcan» bringen.⁶

Auch Himmler als Reichsführer-SS hatte, vielleicht bis zuletzt, auf Verhandlungen gehofft. Er blieb nach dem VE-Day in Flensburg in Freiheit, bis klar wurde, dass das Spiel für ihn zu Ende war. Danach irrte er noch einige Tage in der Uniform eines Unterscharführers der Geheimen

Feldpolizei und in Begleitung einer kleinen Gruppe unverbesserlicher Getreuer umher und überquerte die Elbe, bevor er am 22. Mai bei Lüneburg an einer britischen Strassensperre routinemässig festgenommen und zur Befragung zum örtlichen Sitz des Nachrichtendienstes gebracht wurde. Als er begriff, dass seine Vernehmer ihn trotz seiner gefälschten Papiere erkannt hatten, gab er seine wahre Identität zu und zerbiss anschliessend eine Glaskapsel mit Zyanid. Wenige Sekunden später war der ehemalige Chef des riesigen SS-Imperiums und Vollstrecker des Holocaust tot. Er war 44 Jahre alt geworden.⁷

Albert Speer wurde zusammen mit den anderen Mitgliedern der Flensburger Regierung und ihren Gefolgsleuten festgenommen, als die Amerikaner und Engländer dem kuriosen Spektakel am 23. Mai schliesslich ein Ende setzten. Hitlers Aussenminister Joachim von Ribbentrop wurde zusammen mit seiner Frau und seinen Kindern im britisch besetzten Hamburg aufgespürt und am frühen Morgen des 14. Juni aus dem Bett heraus in Gewahrsam genommen. Der Architekt des Hitler-Stalin-Pakts hatte die letzten Wochen offenbar damit zugebracht, «in einem Zweireiher und mit einem Homburg auf dem Kopf seine Runden in der Stadt zu drehen und alte Bekanntschaften zu erneuern» – vermutlich aus seiner Zeit als Champagnervertreter.⁸

Andere, offensichtlicher kriminelle Typen, wie RSHA-Chef Ernst Kaltenbrunner, mögen ihre Chancen nach dem Sieg der Alliierten realistischer eingeschätzt haben. Doch ein überraschend grosser Teil der NS-Elite, einschliesslich der Himmlers, Görings und Ribbentrops sowie solcher Technokraten wie Backe und Speer, hegten die Hoffnung, für die Alliierten in der Nachkriegszeit derart unerlässlich zu sein, dass man sie nicht nur verschonen, sondern ihnen auch ermöglichen würde, eine aktive Rolle zu spielen, ja sogar eine neue Karriere zu beginnen. Sie hatten einfach nicht begriffen, dass bestimmte Verbrechen des Dritten Reichs, für die sie als dessen führende Repräsentanten kollektiv verantwortlich waren, so extrem ausfielen, dass sich Vergebung von selbst ausschloss und Inhaftierung und Aburteilung zwingend geboten waren. An die kalte, zweckhafte Ausübung

absoluter Macht gewöhnt, verstanden sie nicht, dass das, was sie als Realpolitik betrachteten, von anderen als Massenmord angesehen wurde.

Die Absicht, deutsche Offiziere in grosser Zahl zu erschiessen und die oberste Führung, von Hitler abwärts, summarisch hinzurichten, hatte man Anfang 1945 – vor allem auf Drängen der Amerikaner – fallengelassen und sich stattdessen darauf geeinigt, gefangengenommene NS-Führer vor Gericht zu stellen. Die überwiegend von Beamten aus Stimson's Kriegsministerium ausgearbeiteten Planungen sahen einen «internationalen Gerichtshof» vor, dem Richter aus den vier Siegernationen angehören sollten. Damit hatte man kein völliges Neuland betreten. Schon nach dem Ersten Weltkrieg war die Forderung erhoben worden, die Führung des kaiserlichen Deutschland zu bestrafen. «Hängt den Kaiser!», wie der Slogan lautete. Nicht alle Kommentatoren auf alliierter Seite hatten in ihn eingestimmt, nicht einmal Autoren wie der Journalist Lovat Fraser, der im Januar 1919 in der patriotischen Zeitschrift *The War Illustrated* schrieb:

«Sir Herbert Spencer* weist daraufhin, dass, nur weil der Kaiser nicht vor Gericht gestellt werden könne, daraus nicht im Mindesten folge, dass er nicht bestraft werden könne. Napoleon hatte keinen Prozess, und doch internierten wir ihn bis zu seinem Tod auf der Insel St. Helena. Dass er durch den Wiener Kongress für vogelfrei erklärt wurde, hatte vermutlich keine rechtliche Grundlage. Wie ich es verstehe, gründete sich unser Handeln darauf, dass er sich als Kriegsgefangener ergeben hatte. Einen ähnlichen Kurs könnte man wahrscheinlich beim Kaiser einschlagen, obwohl ich zu seiner Legalität nichts sagen kann. Was ich vor allem ablehne, ist das illegale Töten, und mir fällt kein Fall aus der Geschichte ein, in dem die Tötung eines Monarchen unter pseudo-legalen Vorwänden letztendlich nicht mehr Schaden als Gutes bewirkt hat.»⁹

* Herbert Spencer (1857-1932), ein Cousin der Schriftstellerin Virginia Woolf (geborene Stephen), war Rechtsanwalt und ein anerkannter Strafrechtsexperte.

Dennoch sah der Versailler Vertrag von 1919 ein internationales Tribunal vor, das deutsche Offiziere und Beamte, einschliesslich Wilhelms II., aburteilen sollte, vor allem wegen Verbrechen, die an alliierten Soldaten und der Bevölkerung der von deutschen Truppen besetzten Teile von Frankreich und Belgien begangen worden waren. Der Präzedenzfall war also geschaffen, sogar durch einen internationalen Vertrag, aber die Dinge entwickelten sich nicht wie geplant. Die Niederlande (die im Ersten Weltkrieg neutral geblieben waren) verweigerten standhaft die Auslieferung des Kaisers, der auf ihrem Territorium Zuflucht gesucht hatte, nachdem er im November 1918 vor der Revolution aus Berlin geflohen war. Auch die mutmasslichen «Kriegsverbrecher» wurden nicht übergeben, da die neue demokratische deutsche Regierung dies ablehnte. Nach ihrer Auffassung konnten und sollten diese Männer vor dem Obersten Gerichtshof in Leipzig angeklagt werden. Die Alliierten willigten ein. In den Leipziger Prozessen von 1921 mussten sich dann allerdings nur einige untergeordnete Militärs verantworten, die entweder freigesprochen oder zu Strafen verurteilt wurden, die eher bei einem Einbruch angemessen gewesen wären, nicht aber bei Kriegstreiberei. Von der deutschen Öffentlichkeit wurden sie dennoch als patriotische Märtyrer gefeiert. Alles in allem stellten die Leipziger Verfahren eine Mischung aus Farce und falschem Pathos dar, die für die Tätigkeit des neuen Tribunals ein Vierteljahrhundert später nichts Gutes verhies.

Unter den Umständen von 1945 bestand der Vorteil der vorgeschlagenen Nachkriegsprozesse natürlich darin, dass es keinen deutschen Staat mehr gab und deshalb die Verfahren ganz in den Händen der Alliierten liegen würden. Ausser als Angeklagte und Verteidiger mussten keine Deutschen beteiligt werden. Eine Wiederholung des Fiaskos von Leipzig war damit ausgeschlossen. Darin bestand freilich auch der Nachteil, insbesondere in den Augen der deutschen Bevölkerung. Wie gewissenhaft man die Prozesse auch führen mochte, sie blieben unverkennbar «Siegerjustiz». Dass man keine deutschen Richter aufgefördert hatte, über die hochrangigsten Verbrecher ihres Landes – die auch viele Verbrechen an deutschen

Staatsbürgern begangen hatten – zu Gericht zu sitzen, implizierte die Anschuldigung, dass die Deutschen allgemein die Schuld ihrer Führer teilten. Diesen Schluss legte allein schon das Fehlen einer solchen Teilhabe nahe, und er entging der Nachkriegsöffentlichkeit nicht.

Aber nicht nur nach Ansicht der leidgeprüften Besiegten waren die rechtlichen Grundlagen der Prozesse bestenfalls fragwürdig. Auch Lovat Frasers Bedenken von 1919 hinsichtlich der Legitimität von Gerichtsverfahren gegen Herrscher mit Todesandrohung fanden 1945 ein Echo. So bezeichnete der Oberste Bundesrichter der Vereinigten Staaten Harlan Fiske Stone den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess als «[US-Chefankläger Robert H.] Jacksons Lynchparty ersten Ranges».¹⁰ Stone störte weniger Jacksons Vorgehen gegen die NS-Größen, ihm missfiel vielmehr dessen Behauptung, dass der Internationale Militärgerichtshof ein normales Gericht sei, das auf der Basis des bürgerlichen Rechts verhandle. Sein Vorbehalt war derart gross, dass er sich bei der Vereidigung der amerikanischen Mitglieder des Gerichtshofs zu erklären bemüssigt fühlte, er wolle «selbst in dieser indirekten Weise nicht den Anschein erwecken, als würde [er] den geplanten Nürnberger Prozessen seinen Segen oder denjenigen des Gerichts erteilen».¹¹

Jackson seinerseits, obwohl zutiefst von der Gerechtigkeit der Prozesse überzeugt, war sich einer anderen Schwäche, welche die Angeklagten ausnutzen konnten, durchaus bewusst – der Behauptung der Alliierten, unparteiisch Recht zu sprechen. Sie hätten teilweise genau das Gleiche getan, was sie den Deutschen vorwürfen, und würden es weiter tun, schrieb er Präsident Truman. «Die Franzosen», fuhr er fort, «verstossen bei der Behandlung von Kriegsgefangenen derart gegen die Genfer Konvention, dass unser Kommando an sie überstellte Gefangene zurücknimmt. Wir verfolgen Plünderung, und unsere Alliierten praktizieren sie. Wir sagen, Aggressionskriege seien verbrecherisch, und einer unserer Alliierten [die Sowjetunion] beansprucht lediglich mit dem Recht des Eroberers die Hoheit über die baltischen Staaten.»¹²

Aber durfte man deshalb die Elite des Dritten Reichs ungeschoren davonkommen lassen? Unbestreitbar hatten Deutsche während des Krieges auf Geheiss ihrer Führer überall in Europa in riesigem Ausmass furchtbare Verbrechen verübt, die sicherlich von allen Ländern, die vierzig Jahre zuvor die Haager Konvention unterzeichnet hatten – und sogar schon Jahrhunderte vorher –, als solche betrachtet worden wären. Misshandlung von Kriegsgefangenen, Gewalt gegenüber unschuldigen Zivilisten und ihre Ermordung, Brutalität gegenüber der Bevölkerung von besetzten Ländern und ihr Aushungern – all dies war zwischen 1939 und 1945 im Namen der deutschen Regierung in grossem Ausmass begangen worden. Mussten diejenigen, die letztlich dafür verantwortlich waren, nicht zur Verantwortung gezogen werden? Waren nicht Gerechtigkeit und Vergeltung in diesem Fall ein und dasselbe?

Am 8. August 1945 – zwei Tage nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima und am selben Tag, an dem die Sowjetunion endlich Japan den Krieg erklärte – einigten sich die Alliierten auf einer Viermächtekonferenz in London über die Rechtsgrundlage der Kriegsverbrecherprozesse. Eröffnet werden sollten sie am 20. November. Weniger als ein halbes Jahr nach der deutschen Kapitulation würden also die überlebenden Angehörigen der deutschen Führung vor Gericht stehen und sich für eine Vielzahl von Verbrechen verantworten müssen, die unter häufig obskuren Umständen über Tausende von Quadratkilometern verteilt in ganz Europa im Lauf von fast sechs Jahren begangen worden waren. Als Ergebnis erwartete sie möglicherweise die Todesstrafe.

Als die Prozesse – derjenige gegen die Hauptkriegsverbrecher sollte der einzige vor dem Internationalen Militärgerichtshof bleiben – begannen, stand der erste Nachkriegswinter bevor. Die Verhandlungen fanden im Nürnberger Justizpalast statt. Mit einer Vorkriegsbevölkerung von 420'000 Einwohnern war Nürnberg das grösste Ballungszentrum in Nordbayern und die zweitgrösste Stadt des gesamten ehemaligen Königreichs. Als seit dem Mittelalter florierendes Zentrum von Industrie, Handwerk und Kunst war Nürnberg im 19. Jahrhundert zu einer Wiege der deutschen

Arbeiterbewegung geworden. In den Vorkriegsjahren unter Hitler hatte die Stadt als Schauplatz der zu pompösen Propagandaveranstaltungen aufgeblasenen jährlichen Reichsparteitage der NSDAP gedient.

Jeder der im Luitpoldhain im Südosten der Stadt abgehaltenen Parteitage war einem vermeintlich bedeutenden Thema des deutschen Lebens des jeweiligen Jahres gewidmet worden. So lautete das Motto von 1933 «Reichsparteitag des Sieges» (wegen Hitlers Machtübernahme), dasjenige der zunächst mottolosen Veranstaltung von 1934 «Reichsparteitag des Willens» (unter Bezugnahme auf Leni Riefenstahls berühmten Dokumentarfilm *Triumph des Willens*) und so weiter, über «Freiheit» (von den Fesseln des Versailler Vertrages) und «Arbeit» bis zum «Frieden». Der Beginn des «Reichsparteitages des Friedens» war auf den 2. September 1939 angesetzt, womit man die Welt – trotz aller Anzeichen für das Gegenteil – von Hitlers friedlichen Absichten überzeugen wollte. Er wurde Ende August ohne Angabe von Gründen abgesagt.

Aus praktischer Sicht hatte Nürnberg den Vorteil, dass das riesige, am Anfang des 20. Jahrhunderts erbaute Nürnberger Gerichtsgebäude und der benachbarte Zellenbau die schweren Bombenangriffe während des Krieges erstaunlich gut überstanden hatten. Propagandistisch gesehen, hätte man keinen besseren Ort auswählen können, um die Führung des Dritten Reichs zur Verantwortung zu ziehen, als die Stadt, in der sie ihre grössten Propagandatriumphe gefeiert hatte und die unauflöslich mit dem Prunk und der Rhetorik der Nationalsozialisten verbunden war. Zudem war ihr Name mit jenem berüchtigten Bündel rassistischer Verordnungen verknüpft, das Hitler auf dem Parteitag von 1935 verkündet hatte und seither unter der Bezeichnung «Nürnberger Gesetze» bekannt ist.

Nürnberg lag in Bayern, das zur amerikanischen Besatzungszone gehörte. Die Sowjets hatten die Prozesse zunächst in Berlin abhalten wollen, liessen sich dann aber auf einen Kompromiss ein, nach dem die Verfahren in erster Instanz in Nürnberg stattfinden würden, während der ständige Sitz des Gerichtshofs Berlin sein sollte.¹³

350 Vertreter der Weltpresse und 400 Zuschauer erhielten Zutritt zu Saal 600 im Nürnberger Justizpalast. Da es ein «fairer Prozess» werden sollte, waren in dem geräumigen Saal, der eigens für die Verhandlung renoviert und umgebaut worden war, neben Anklägern auch die Verteidiger der Angeklagten anwesend. Es stand ausser Frage, dass die Anklageerhebung gegen 24 führende Repräsentanten des Dritten Reichs (einschliesslich Martin Bormanns, gegen den, da man ihn nicht gefunden hatte, in Abwesenheit verhandelt wurde, und des Leiters der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley, der sich in der Haft vor dem Prozess das Leben genommen hatte) buchstäblich einen «Schauprozess» garantierte, und es war eine Show ersten Ranges. Das Ziel bestand darin, der Welt die Verbrechen des Nationalsozialismus vor Augen zu führen – aber auch die Gerechtigkeit der alliierten Justiz.

Die Welt mochte beeindruckt sein, ob auch die deutsche Öffentlichkeit, der mittlerweile das ganze Ausmass der Entbehrungen des Nachkriegslebens bewusst geworden war, ist zu bezweifeln, zumal das Ende ihrer Not nicht abzusehen war. Die Verhandlungen in Nürnberg erwiesen sich als langwierig und für Aussenstehende ziemlich langweilig, da persönliche Zeugenaussagen gegenüber der Beibringung und Interpretation einer gewaltigen Dokumentenmasse in den Hintergrund traten. Tatsächlich hatte der Prozess, wie ein Autor feststellt, mehr als nur beiläufige Ähnlichkeit mit einem klassischen (und gelegentlich auf ebenso klassische Weise ermüdenden) Anti-Trust-Verfahren, einem Gebiet der Strafverfolgung, dem man in den Vereinigten Staaten während Roosevelts New Deal besondere Aufmerksamkeit geschenkt hatte. In solchen Fällen hatten viele der in Nürnberg beteiligten amerikanischen Juristen die meisten ihrer Erfahrungen gesammelt, und das sollte sich bemerkbar machen. Eines war der Prozess im Grossen und Ganzen jedenfalls nicht: eine emotional aufwühlende moralische Aufarbeitung, die die Welt (und insbesondere Deutschland) veranlasst hätte, in sich zu gehen und ihr Gewissen zu prüfen.¹⁴

Ein merkwürdiges Beispiel für die Bedeutung von Übersetzungen

oder, genauer gesagt, von Fehlübersetzungen war die deutsche Wiedergabe des Anklagepunkts der «crimes against humanity». Er wird regelmässig (und in der deutschen Literatur bis heute) als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» bezeichnet, anstatt «gegen die Menschheit», was die Anklage verharmlost oder zumindest herunterspielt.¹⁵ Immerhin konnte man durchaus fragen, ob nicht die Luftangriffe auf deutsche Städte durch die Alliierten ein Verstoss gegen die «Menschlichkeit» gewesen seien. Und traf dies nicht auch für die Hungerrationen zu, die sie der besiegten deutschen Bevölkerung scheinbar absichtlich zumuteten?

In der amerikanischen Besatzungszone folgte die Mehrheit der Einwohner, laut den emsigen Meinungsforschern der Militärregierung, dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zumindest am Anfang und am Ende mit Interesse. Eine grosse Mehrheit (79 Prozent) hielt ihn für fair (in verfahrensrechtlicher Hinsicht). Was die aus ihm zu ziehenden Lehren anging, sahen 30 Prozent sie in dem Vorsatz, keinem Diktator mehr zu folgen, und 26 Prozent in der Absicht, nie wieder einen Krieg zu beginnen. Lediglich 3 Prozent der Befragten erwähnten Gerechtigkeit und nur 2 Prozent die Menschenrechte.¹⁶

Der Prozess dauerte fast ein Jahr, und Zeitungen und Wochenschaun berichteten ausführlich über ihn. Er war so etwas wie eine Radiosendung, die im Hintergrund lief, während die Eroberten sich abmühten, den ersten Nachkriegswinter zu überleben und durch das Frühjahr und den Sommer zu kommen. Unterdessen sassn die Männer, die gnadenlos über das Schicksal von Millionen bestimmt hatten, Tag für Tag in dem dicht gefüllten Gerichtssaal neben Anklägern und Verteidigern und der Menge der Beobachter aus aller Welt auf den Zuschauergalerien, die gebannt an den Lippen des jeweiligen Sprechers hingen und jedes Argument und jede Bemerkung hin und her wendeten.

Was die Deutschen auf den Ebenen unterhalb der Führung betraf – all die Geschäftsleute, die farblosen Beamten und die reichen, mächtigen Hintermänner, ohne die solche Kriminellen niemals an die Macht gekommen

wären –, so wurden auch sie überall in Deutschland strafrechtlich verfolgt, in vielen Fällen zu Recht, aber häufig auch nicht. Die Siegerjustiz konnte ignorant und launisch sein.

Manche gesellschaftlichen Gruppen waren nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, zumindest aus Sicht der Eroberer, leicht als «schuldig» auszumachen: Uniformierte und alle, die eine aktive Rolle in der NS-Partei gespielt hatten; Grundbesitzer, Offiziere und Industrielle, die nach offizieller alliierter Auffassung Hitler gefördert und von seiner Diktatur profitiert hatten; führende Künstler, Sportler und Medienfiguren, die dem Regime ein attraktives Gesicht verliehen hatten.

Am schlimmsten traf es diese Gruppen im Osten. Den Vergewaltigungen, Plünderungen und Zerstörungen folgte ein gnadenloses Vorgehen gegen die deutsche und insbesondere die «preussische» aristokratische Elite. Sie galt als dreifach belastet: Sie war eine überwiegend national gesinnte Gruppe, ob nun im nationalsozialistischen Sinn oder nicht, der mit einigem Recht vorgeworfen werden konnte, sie habe Hitler mit zur Macht verholfen; sie war ein Rückgrat des deutschen Militarismus, der es Hitler ermöglicht hatte, Europa vom Atlantik bis zur Wolga zu verwüsten; und sie war ein reaktionärer Klassenfeind der Kommunisten, der russischen wie der deutschen. So wie die Bolschewiken ein Vierteljahrhundert zuvor in Revolution und Bürgerkrieg die zaristische Aristokratie massakriert hatten, so sahen sie und ihre einheimischen Protégés jetzt keinen Anlass, die deutschen Pendants zu schonen.

Viele Grundbesitzer hatten die ihnen drohende Gefahr erkannt und waren darauf vorbereitet, mit ihren Familien in den Westen zu fliehen. Es fiel ihnen schwer, Ländereien zu verlassen, die ihnen und ihren Vorfahren seit langer Zeit, häufig seit Jahrhunderten gehörten. Marion Gräfin Dönhoff, die aus einer alten ostpreussischen Familie stammte, hatte bereits einen Bruder bei einem Flugzeugabsturz während des Krieges verloren, und ein geliebter Cousin war als Mitverschwörer des Anschlags auf Hitler vom 20.

Juli 1944 am Galgen in Plötzensee gestorben. Schon in ihrer Studentenzeit zur Nazigegnerin geworden, hatte die inzwischen 35-jährige Gräfin während des Krieges die umfangreichen, bei Preussisch-Holland gelegenen Familiengüter in den Ebenen südwestlich von Königsberg verwaltet, während die Männer der Familie im Krieg kämpften – in dem zwei von ihnen fielen. Seit Hitlers Überfall auf die Sowjetunion hatte sie erwartet, dass sich das Blatt wenden und das Land ihrer Vorfahren verlorengehen würde. Jedes Mal, wenn sie mit ihren Schwestern und ihren Arbeitern neue Landwirtschaftsmaschinen kauften oder Verbesserungen auf den Gütern vornahmen, hatten sie gescherzt: «Die Russen werden sich freuen.»¹⁷ Aber alte Gewohnheiten sterben langsam, und so arbeiteten sie trotz allem weiter, als würde die Familie weitere fünfhundert Jahre in Ostpreussen ansässig bleiben.

Noch kurz vor dem Ende, als in der Ferne im Osten schon Artilleriefeuer zu hören war, spannten Gräfin Dönhoff, ihre Schwester und deren Mann, der auf Fronturlaub zu Hause war, den Pferdeschlitten an und unternahmen ein letztes Mal eine nachmittägliche Jagd in der verschneiten Landschaft, bei der sie sich zuerst auf die Fährte eines Keilers und schliesslich eines jungen Damhirschs setzten. Am selben Tag hörte Gräfin Dönhoff von Bekannten im Oberkommando der Wehrmacht, dass ein russischer Durchbruch bevorstehe – was sie aus der nationalsozialistischen Presse niemals erfahren hätte. Also sattelte sie ihr Pferd und machte sich mit Familie und Haushalt auf einen strapaziösen, gefährvollen Treck nach Westen, der sie bis nach Hamburg führen sollte – und in eine Nachkriegszukunft als gefeierte Journalistin.

Wer zurückblieb – oder zurückfiel –, hatte weniger Glück. Nach einem deutschen Augenzeugenbericht liessen sich die einrückenden Rotarmisten in einem Dorf in Pommern, ebenfalls einem Kernland der alten Junkerschicht, von einem jungen Ukrainer, der seit drei Jahren auf einem der örtlichen Höfe als Zwangsarbeiter gedient hatte, von Anwesen zu Anwesen führen, von der Kate bis zum Herrenhaus, und berichten, wer dort wohnte. Der Vater der Augenzeugin, ein Kleinbauer, kam mit dem Leben davon, weil er seine ausländischen Arbeiter gut behandelt hatte. Dem Grossgrund-

besitzer im Herrenhaus dagegen wurden die Augen ausgestochen, bevor eine Gewehrku­gel seinem Elend ein Ende bereite­te.¹⁸

Überall wurde eine seit Jahr­hun­derten kaum veränderte Welt auf den Kopf gestellt – nicht nur durch russische Soldaten. Andernorts in Pommern beobachtete ein Nachfahre einer anderen grossen preussischen Familie, Jesko Ludwig Günther Nikolaus Freiherr von Puttkamer, Anfang März 1945 morgens beim Aufwachen, wie sich in der Richtung, in der sie hatten fliehen wollen, am Horizont Feuer ausbreitete. Er begriff, dass eine Flucht nicht mehr möglich war. Also zog er seine Offiziersuniform an, mit all seinen Orden aus zwei Weltkriegen, und weckte seine Familie – seine Frau, die Freifrau, und seine schwangere Stieftochter Libussa, deren Mann als Offizier im Krieg kämpfte. «Bitte steh auf», sagte Puttkamer, «wir wollen in den Park gehen.» Beide Frauen wussten, was er meinte und was der Kodex ihrer Kaste in solch einem Augenblick verlangte. Die Dienstpistole des Freiherrn war geladen und bereit. «Es ist nun so weit», erklärte er. «In ein, zwei Stunden sind die Russen da.»

Libussa, die das ungeborene Kind in sich spürte, weigerte sich zu gehen. «Mutti, warte bitte, ich kann es nicht.» Die Freifrau versuchte sie zu beruhigen: «Kind, hab' keine Angst, es geht ganz schnell und ohne Schmerz.» Aber Libussa blieb bei ihrer Weigerung: «Nein, nein, das ist es nicht. Ich hab' keine Angst, ich will ja mitgehen, aber ich kann nicht. Ich trage doch das Kind in mir, mein Kind. Es strampelt so kräftig. Es will leben. Ich darf es nicht umbringen.»¹⁹

Mit diesen Worten änderte sie ihrer aller Schicksal. Die Freifrau beschloss, bei ihr zu bleiben. Freiherr von Puttkamer hatte ratlos zugehört. Die Entscheidung der beiden Frauen widersprach völlig seiner Weitsicht. Libussas Bruder, gleichfalls Nachfahre preussischer Junker, schrieb später über die Machtverschiebung, die in diesem Augenblick stattfand:

«Unsere Meinungen von dem, was sich gehört und nicht gehört, die Gefühle für Ordnung und Unordnung, unsere Tugenden und Untugen-

den sind über lange Zeiträume hin sehr einseitig und in der beherrschenden Linie sehr protestantisch, preussisch und soldatisch, sehr männlich geprägt worden, mitunter bis ins Extrem. Die Leistungsbereitschaft und der Kampf, das Selbstopfer fürs Ideale, der Dienst am Staate und die Amtshoheit, Befehl und Gehorsam, eine Pflichterfüllung, für die der Sinn des Lebens erst im Tod sich verklärt: daraus sind unsere Möglichkeiten der Grösse wie die Gefahren des Absturzes gewachsen. Und offenbar unausweichlich trieb die einseitige Prägung einem Entweder-oder zu: Freund oder Feind, alles oder nichts, Sieg oder Niederlage.

Im Untergang aber, wenn er unversehens denn eintritt, verliert das einseitig männliche Prinzip jeden Glanz. Auf einmal taugt es nicht mehr, niemand kann es noch brauchen, es zerbricht. Zum Überleben im Untergang wie zum Leben überhaupt ist anderes nötig.»²⁰

Der Baron sah die Frauen hilflos an. «Und ich, was soll ich denn nur tun?», fragte er. Libussa antwortete schroff: «Zieh vor allem dieses verdammte Zeug aus, schmeiss es in den Teich, die Pistolen dazu! Wehe, wenn die Russen etwas davon finden!» Widerstrebend tat der Baron, wie ihm geheissen, und zog Zivilkleidung an. Dann warteten sie.

Als die Russen kamen, stahlen sie alles, und es gab Vergewaltigungen – wenn auch die Freifrau und ihre Tochter verschont blieben. Doch dann übernahm eine «Kommandatura» den Befehl. Insoweit hatten die Puttkamers Glück. Sie sollten noch viele Kümernisse erleben, aber sie starben nicht von Feindes Hand.

Hunderte von Junkern, manchmal ganze Familien, begingen in diesen schrecklichen Wochen von Niederlage und Gewalt Selbstmord. Weitere rund 1'500 Adlige sind, Schätzungen zufolge, bei Luftangriffen oder in russischen und polnischen Internierungslagern ums Leben gekommen oder auf dem Treck nach Westen verschwunden und vermutlich ermordet worden.²¹ Den meisten Adligen, die die erste Flutwelle der vorrückenden Russen überlebt hatten, gelang in den ersten Friedenstagen die Flucht in die

Westzonen. Für die Flucht hatten sie gute Gründe, denn in der kommunistischen Dämonologie der Nachkriegszeit spielten sie neben den bösen Wirtschaftsbossen, die Hitler finanziert hatten, eine besondere Rolle. Schon im Juni 1945 forderte die KPD in ihrem ersten Nachkriegsprogramm die

«Liquidierung des Grossgrundbesitzes, der grossen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.»²²

Diese Ländereien sollten ohne Entschädigung enteignet und an weniger Begüterte verteilt werden. «Junkerland in Bauernhand!», lautete die berühmte kommunistische Parole. Ende Oktober 1945 veröffentlichte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) ihren Befehl Nr. 110, der eine solche «Bodenreform» billigte. Eine kleine Ausnahmeklausel enthielt jedoch die Enteignungsgesetzgebung, nach der es erlaubt war, ausgewiesene Antifaschisten zu entschädigen. In der Praxis war die Aufteilung der Junkergüter freilich total und allgemein.

Grundbesitzer, die in der Hoffnung geblieben waren, in der sowjetischen Besatzungszone eine Rolle spielen zu können, hatten eine schlechte Entscheidung getroffen. Enteignet wurden Ländereien ab hundert Hektar, was bedeutete, dass rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ betroffen war. Aktive Nationalsozialisten konnten, ungeachtet der Grösse ihres Grundbesitzes, ebenfalls enteignet werden. Daher befanden sich, als man bald nach dem Krieg die «Bodenreform» umzusetzen begann, unter den Tausenden von Grundbesitzern, die unter Aufsicht des NKWD festgenommen und zum Teil nach Rügen verschleppt wurden, auch nichtadlige, lediglich wohlhabende Bauern aus den entschieden nichtpreussischen und nichtfeudalen Ländern Sachsen und Thüringen – die Pendants der Kulaken, die Stalin während seiner Kollektivierungskam-

pagne in den dreissiger Jahren hatte liquidieren lassen. Auf Rügen mussten sie unter schrecklichen Bedingungen, ohne ein Dach über dem Kopf und ohne Verpflegung, ihr Leben fristen. Enteignung bedeutete, dass die Betroffenen nicht nur ihr Land verloren, sondern ihren gesamten Besitz. Im Winter 1945/46 schrieb ein auf Rügen internierter sächsischer Grundbesitzer an die kommunistischen Behörden von Sachsen einen mitleiderregenden Brief, in dem er schilderte, welche Qualen die Verschleppten durch Kälte, Hunger und Krankheiten erdulden mussten. «Helfen Sie uns bitte, bitte ...», flehte er, «wir sterben.»²³

Auch Unternehmer konnten von solch summarischer Bestrafung erfasst werden, besonders in der SBZ. In den ersten Tagen der sowjetischen Besetzung wurde in Berlin der 80-jährige Richard Heike, Besitzer einer Fleischmaschinenfabrik, von «Antifaschisten» einer sowjetischen Patrouille angezeigt und auf offener Strasse erschossen. Sein Sohn, der die Fabrik führte, wurde wenig später festgenommen und verschwand im russischen Gulag. Er wurde nie wieder gesehen.²⁴

Manchmal verbanden sowjetische Offiziere den Klassenkampf mit anderen Vergnügungen. So lud der Leiter der sowjetischen Verwaltung für Informationen in Zittau, ein Leutnant R., einige deutsche Industrielle aus der Stadt samt Ehefrauen zu seiner Geburtstagsfeier ein, bei der er eine der Frauen vor aller Augen vergewaltigte. Zur «Strafe» wurde er anscheinend lediglich zeitweise beurlaubt.²⁵

Obwohl die Sowjets anfangs keine radikale soziale und ökonomische Veränderung anstrebten – Stalin wollte weder seine alliierten Mitherrscher in Deutschland noch die gemässigte, bürgerliche Mehrheit der Deutschen verprellen –, wurden viele Industrielle und andere Geschäftsleute in der Praxis umgehend verhaftet und enteignet. Etwa zur gleichen Zeit, in der die «Bodenreform» durchgesetzt wurde, erklärte man auch das Eigentum und den Firmenbesitz von «Faschisten und Kriegsverbrechern» für verfallen. Der SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 ermächtigte zur Beschlagnahme des gesamten produktiven Besitzes von «Naziaktivisten, Rüstungsfabrikanten, Kriegsverbrechern, Finanziers der NSDAP» in Sach-

sen. Aufgrund dieser weiten Definition konnte so gut wie jedes Unternehmen, das der SM AD und ihren deutschen Helfern ins Auge stach, enteignet werden, denn in den späteren Kriegsphasen hatte die erzwungene Mobilisierung zuvor harmloser, konsumorientierter Wirtschaftsbereiche für die Kriegsanstrengung nahezu alle Produktionsstätten erfasst.²⁶

Einige Tage später ermöglichte ein weiterer SM AD-Befehl die Beschlagnahme des gesamten Besitzes der NSDAP und der mit ihr verbundenen Organisationen. Unterdessen hatten die deutschen Kommunisten begonnen, in Sachsen einen Volksentscheid über den radikalen Schritt zur industriellen Kollektivierung sowie die Enteignung von Grossgrundbesitzern und Grossbauern zu organisieren. Er fand im Juni 1946 statt und endete mit einer Zustimmung von 77,6 Prozent. Damit konnten allein in diesem Land rund tausend grössere Firmen oder Unternehmenszweige mit insgesamt über 100'000 Mitarbeitern verstaatlicht werden. Zu diesen und den anderen Unternehmen, die enteignet wurden, als der Rest der SBZ dem sächsischen Beispiel folgte, gehörten Firmenteile von Krupp, der IG Farben und insbesondere des Stahl- und Rüstungskonzerns von Friedrich Flick, der in seiner besten Zeit 120'000 Menschen beschäftigt hatte und dessen Fabriken zu zwei Dritteln auf sowjetisch besetztem Gebiet lagen.²⁷ Ähnliche Entwicklungen hatten in der gesamten SBZ begonnen.²⁸ Ein Jahr nach Kriegsende waren die Veränderungen dort bereits weit fortgeschritten, und sie waren entgegen der sowjetischen Beteuerungen durchaus einschneidender Art. Obwohl auch die Westalliierten ihren Willen hervorhoben, ihre Teile Deutschlands von belasteten feudalen, militaristischen und antidemokratischen Elementen zu säubern, bildete sich zwischen der SBZ und den drei Westzonen bereits eine deutliche politische und sozioökonomische Trennlinie heraus.

Mutmassliche führende Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher wurden von allen Siegermächten gemäss den vor Kriegsende getroffenen Vereinbarungen verhaftet. Dass die «Nazigrössen» – Göring, Himmler, Speer, Ribbentrop und so weiter – auf der Fahndungsliste standen, ver-

stand sich von selbst. Ins Visier gerieten aber auch Industrielle. Es gibt zwar keine Akten, die belegen würden, dass in den Westzonen Frauen von Wirtschaftsbossen von einem «Leutnant R.» oder seinesgleichen vergewaltigt wurden, aber der Geist von Morgenthau war unter den Soldaten und Offizieren der US-Armee, während sie ins Ruhrgebiet, an die Saar und nach Mitteldeutschland vorrückten, weit verbreitet – insbesondere bei denen, die als Erste Konzentrationslager betraten und mit eigenen Augen sahen, zu welchen Gräueln das Regime und seine Helfer, wie respektabel sie auch wirken mochten, fähig gewesen waren.

Am Mittwoch, dem 11. April 1945, rollten amerikanische Soldaten in gepanzerten Fahrzeugen und Jeeps vorsichtig auf das Grundstück der Villa Hügel am Südrand von Essen. Die schlossartige Residenz der Rüstungsdynastie Krupp mit ihren 260 Zimmern, die von ihrem erhöhten Standort aus ein rund 28 Hektar grosses, parkartiges Anwesen oberhalb des Baldeneysees und der Ruhr überschaute, war Anfang 1873 nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellt worden. An der langen Bauzeit war vor allem der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges im Juli 1870 schuld, der freilich, auch wenn er den Umzug der Familie in ihr neues Heim verzögerte, ihren Reichtum und ihre Macht erheblich vergrösserte.

Gegen 13.45 Uhr erreichten die Soldaten des 313. Infanterieregiments die Villa Hügel, die trotz der schweren Luftangriffe auf Essen unversehrt geblieben war. Angeblich mussten sie rund hundert Krupp-Bedienstete, die sich vor dem Haupteingang versammelt hatten, vertreiben. Dann standen die kommandierenden Offiziere mit gezogenen Pistolen einer imposanten Gestalt gegenüber, die man nach Erscheinung und Auftreten für den Hausherrn hätte halten können. In Wirklichkeit war es bloss der Kammerdiener von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach. «Meine Herren, Herr Krupp erwartet Sie», sagte der Diener. «Darf ich Sie bitten, näherzutreten?»²⁹

Um die nachfolgenden Geschehnisse ranken sich vielen Mythen. Nach einer Darstellung liess Krupp die amerikanischen Offiziere zwanzig Minu-

ten warten, nach einer anderen eilte der grossgewachsene, vornehm wirkende, 37-jährige Chef des Krupp-Konzerns aufgrund von Drohungen sofort ins Erdgeschoss, wo man seine Identität feststellte und ihn festnahm, um ihn mit einem Jeep fortzubringen. Auf einer Fotografie ist ein tadellos gekleideter Krupp in einem eleganten Mantel zu sehen, der, unter seinem Filzhut etwas ratlos dreinblickend und mit unbequem zusammengeknickten Beinen, neben einem grossen, drehbar montierten Maschinengewehr auf der Rückbank eines Armeejeeps sitzt.

Der Offizier, der Krupp festgenommen hatte, Oberstleutnant Sagmoen, wollte ihn im Regimentshauptquartier seinem Kommandeur vorstellen. «Oberst», meldete er ihm, «ich habe Krupp. Wollen Sie mit ihm sprechen?» Doch der Oberst erwiderte nur kurz angebunden: «Ich will den Dreckskerl nicht sehen. Bringen Sie ihn zu den anderen Gefangenen.»³⁰

Überraschenderweise wurde Krupp, diese Symbolfigur der Schwerindustrie, nachdem er einige Tage verhört worden war, freigelassen und auf sein Anwesen zurückgebracht. Im Hauptgebäude hatte sich der Divisionsstab eingerichtet, doch Krupp durfte unter Hausarrest im sogenannten kleinen Haus wohnen, einem Anbau der Villa mit sechzig Zimmern.

In den nächsten Wochen wurde die Bewachung verschärft. Da der 75-jährige Vater, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, für eine Gerichtsverhandlung zu krank war, dachten die Alliierten, vor allem auf Anregung Robert Jacksons, daran, an seiner statt den Sohn anzuklagen.³¹ Das Schicksal meinte es allerdings gut mit Alfried Krupp, denn er wurde nicht im November 1945 zusammen mit den Hauptkriegsverbrechern vor Gericht gestellt. Das lag zum einen daran, dass die Zeit zu knapp war, um die Anklage gegen ihn vorzubereiten, und zum anderen am Unwillen der Richter, einfach den einen Krupp durch einen anderen zu ersetzen, so als ob der Name «Krupp» als Anklagegrund genüge. Wäre er in einer Zeit, als die Emotionen noch hochgingen, als Beispiel für die bereitwillige Komplizenschaft der deutschen Industrie bei der Führung eines totalen Krieges und

der Misshandlung und dem Aushungern von Fremd- und Sklavenarbeitern – von denen in der letzten Kriegssphase bis zu 100'000 ums Leben gekommen waren, von den KZ-Insassen ganz zu schweigen – im Hauptkriegsverbrecherprozess abgeurteilt worden, hätte er von Glück sagen können, wenn er dem Galgen entkommen wäre/

Bei weniger berühmten deutschen Industriekapitänen ging es nicht so dramatisch zu. Im nahegelegenen Mülheim, nur zehn Kilometer westlich von Essen, wurden nur eine Woche nach der friedlichen Einnahme durch die Amerikaner führende Industrielle (die zumeist ebenfalls an den verbrecherischen Aspekten der deutschen Kriegswirtschaft teilgehabt hatten) zu einer Begegnung mit dem neuen Stadtkommandanten eingeladen – nicht beordert –, bei der über die Verbesserung der Versorgungslage und die Fortsetzung der Industrieproduktion gesprochen werden sollte. Zu ihnen gehörte Walter Rohland, der 46-jährige Generaldirektor der riesigen Vereinigten Stahlwerke, der auch «Speers Stahldiktator» oder, wegen der vielen Panzer, die sein Unternehmen für die Wehrmacht hergestellt hatte, «Panzer-Rohland» genannt wurde.³² Man verhaftete ihn schliesslich und setzte ihn als Zeugen der Anklage gegen Krupp ein. Die Vereinigten Stahlwerke wurden entflochten, doch er selbst wurde nie verurteilt.

Schliesslich wurden alle Grossindustriellen wenigstens einem Verhör unterzogen. Nach einigen ermittelten alliierte Sonderermittlungsteams mit Nachdruck. Neben Krupp gehörten die Direktoren der IG Farben dazu, jenes riesigen Färb- und Chemiekonglomerats, das einst nach General Motors, US Steel und Standard Oil das viertgrösste Industrieunternehmen der Welt gewesen war. Es hatte unter anderem Gift und Nervengas, Sprengstoffe und Waffen für die Wehrmacht sowie das Zyklon B hergestellt, das in den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka verwendet wurde. Auch die Chemikalien, die Dr. Mengele und seinesgleichen für ihre Menschen-

* Alfried Krupp wurde 1947/48 unter weniger ungünstigen Umständen vor Gericht gestellt und zu zwölf Jahren Haft verurteilt, von denen er weniger als vier Jahre absass.

versuche benutzen, stammten aus der Produktion der IG Farben. Ausserdem war die IG für den eifrigen Einsatz und kaltherzigen Missbrauch von Zwangsarbeitern bekannt, vor allem in einer grossen Fabrik im berühmtesten Industriekomplex von Auschwitz.

Dr. Georg von Schnitzler, der 1945 61 Jahre alt war, gehörte dem Vorstand des Chemieriesen an. Er hatte direkt mit Rüstungsangelegenheiten zu tun gehabt und war darüber hinaus ein überzeugtes Mitglied von SA und NSDAP gewesen. Ermittler der Kartellabteilung der amerikanischen Militärregierung spürten ihn auf einem Landsitz bei Oberursel, nordwestlich von Frankfurt am Main, auf. Von Schnitzler war kein Wissenschaftler, sondern hatte als Doktor der Rechte an der rücksichtslosen Ausplünderung des besetzten Europa durch die massenhafte Aushebung von Zwangsarbeitern und die gewaltsame Übernahme ausländischer Unternehmen mitgewirkt. Ein Historiker der IG Farben beschreibt die Begegnung zwischen dem räuberischen Anwalt und den Vorboten seines Schicksals wie folgt:

«Er empfing sie in seinem üblichen schottischen Tweedanzug und englischen Schuhen zusammen mit seiner schönen Frau, Lilly von Schnitzler, in einem Raum, der durch einen grossen Renoir über dem Kamin veredelt wurde. Nachdem er den Besuchern einen Brandy angeboten hatte (den sie ablehnten), sagte er, er sei froh, dass ‚all diese Unannehmlichkeiten vorüber‘ seien und dass er sich darauf freue, seine alten Freunde von ICI und DuPont wiederzusehen. Als er aufgefordert wurde, seine Besucher nach Frankfurt zu begleiten, wies er das Ansinnen höflich zurück. Im SHAEF-Bericht über die Begegnung heisst es: ‚Er erwiderte, dass er dazu nicht in der Lage sei, da der Weg zu lang und er so alt sei. Die nächste Einladung kam von einem Sergeant mit einer Maschinenpistole ... Diesmal kam der Herr Direktor mit.‘»³³

Der 64-jährige Hermann Schmitz war von Schnitzlers Vorgesetzter. Er stammte aus einer Arbeiterfamilie und konnte sich lediglich auf eine elementare kaufmännische Ausbildung stützen, hatte aber aufgrund seiner na-

türlichen unternehmerischen Begabung vor dem Ersten Weltkrieg eine steile Karriere in der in Frankfurt am Main ansässigen Metallgesellschaft gemacht, dem weltgrössten Produzenten von Buntmetallen. Mit Anfang dreissig war er dann auf eine herausragende Position unter Walter Rathenau gewechselt, der zu Beginn des Ersten Weltkriegs, bis er zum Präsidenten der AEG wurde, die Kriegsrohstoffversorgung des kaiserlichen Deutschland leitete. Kurz nach Kriegsende ging Schmitz zur BASF, einem der Chemieunternehmen, die sich 1925 zum IG-Farben-Kartell zusammenschlossen. Zwanzig Jahre lang gehörte Schmitz, ein raffinierter, abgebrühter Unterhändler und Fachmann für Unternehmensfinanzen, dem Vorstand der IG Farben an, seit 1935 als Nachfolger von Carl Bosch als dessen Vorsitzender. Zudem sass er seit 1933 für die NSDAP im Reichstag.

Schmitz trug zweifellos letztlich die Verantwortung für jedes Verbrechen, jedes ruinierte Leben und jeden qualvollen Tod, die auf das Konto der IG Farben gingen. Dennoch wurde er im Gegensatz zu von Schnitzler nicht sofort in seinem Haus in Heidelberg festgenommen. Erst nach mehrmaliger Durchsuchung fanden amerikanische Ermittler einen Schrankkoffer voller Firmenunterlagen, darunter auch Dokumente darüber, wie die IG den illegalen Besitz von Tochterfirmen in den Vereinigten Staaten verschleierte hatte.

Nach und nach kamen weitere unheimliche Geheimnisse ans Tageslicht. Ein britischer Nachrichtendienstoffizier, Major Edmund Tilley, entlockte Schmitz das Versteck seines persönlichen Safes. Er befand sich in einem Schrank in seinem Büro. Unter den Dokumenten, die er enthielt, waren Fotos des zur IG Farben gehörenden Buna-Werks in Auschwitz, dessen Errichtung und Betrieb mindestens 35'000 Menschenleben gekostet hatten.³⁴ «Auf Seite eins», schrieb Tilley, «war das Bild einer schmalen Strasse im alten Auschwitz [der Stadt Auschwitz beziehungsweise Oswięcim] zu sehen. Die dazugehörigen Zeichnungen zeigten in wenig schmeichelhafter Weise den jüdischen Teil der Bevölkerung ... Auf der zweiten Seite begann ein Abschnitt mit der Überschrift ‚Planung der neuen Auschwitz-Anlagen‘»³⁵

Schmitz wurde schliesslich doch festgenommen und zusammen mit

deren leitenden Mitarbeitern der IG Farben – unter ihnen der Chemienobelpreisträger Heinrich Hörlein – wegen «Versklavung ... und Ermordung der versklavten Menschen» sowie «Ausraubung von öffentlichem und privatem Eigentum» vor Gericht gestellt.³⁶ Von Schnitzler war der Einzige, der jemals so etwas wie Reue über das, was er und seinesgleichen getan hatten, ausdrückte, indem er eingestand: «Durch diese Handlungsweise übernahm die IG eine grosse Verantwortung und stellte eine wesentliche und auf dem chemischen Gebiete entscheidende Hilfe für Hitlers Aussenpolitik dar, die zum Krieg und zu Deutschlands Ruin führte. So muss ich den Schluss ziehen, dass die IG weithin für Hitlers Politik verantwortlich ist.» Auf Drängen anderer Angeklagter im IG-Farben-Prozess zog er diese und andere klare Aussagen zwar wieder zurück, bestätigte später aber, dass sie zutreffend gewesen seien.³⁷

Die meisten wichtigen Industriellen und Manager deutscher Unternehmen in den Westzonen wurden irgendwann nach Kriegsende festgenommen und ihre Fabriken – zumindest anfangs –, wie auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 beschlossen, demontiert, entflochten oder beschlagnahmt. Die Liste der von Amerikanern, Briten und Franzosen Festgenommenen ist lang – da die meisten dieser Wirtschaftsbosse sich darüber im Klaren gewesen waren, was sie von den Russen zu erwarten hatten, waren sie so klug gewesen, sich vor Kriegsende in die späteren Westzonen zu begeben. Viele ihrer Unternehmen blieben auch später weltberühmt – Krupp, Henkel (Haushaltschemie), Mannesmann (Stahlrohre, später Rüstungsgüter), das Konglomerat der Familie Flick (in deren Fabriken, wie man annimmt, Tausende von Zwangsarbeitern an Hunger und Überarbeitung starben),³⁸ die Bergwerke und Fabriken von Hermann Röchling, dem «König von der Saar», und so weiter.

Letzten Endes war es relativ leicht zu entscheiden, wer aus der NS-Elite in Haft genommen werden sollte. Doch die NSDAP hatte 8,5 Millionen Mitglieder gehabt, was heute in etwa der Bevölkerung von London oder New York entspricht. Millionen andere hatten mit ihr verbundenen Organisationen angehört. Was sollte mit ihnen geschehen? Um diese Mil-

tionen zu fangen, wurden die Maschen des Netzes verkleinert. Aber wen sollte man behalten und wen ins Wasser zurückwerfen und sein belastetes Leben weiterleben lassen?

Die «grossen Fische» unter den Nationalsozialisten, Militaristen und Übeltäter aus der Industrie aufzuspüren fiel den Alliierten nicht allzu schwer. Auch die Täter aus der zweiten Reihe, die regionalen und lokalen Bosse, waren den Nachrichtendiensten bekannt. Schon bevor die Alliierten Ende 1944 deutschen Boden betreten hatten, waren umfangreiche Namenslisten angefertigt worden. Bevor jedoch die Millionen kleiner Nationalsozialisten – diejenigen, die nie in der von den Alliierten verfolgten Presse oder auf Listen prominenter Funktionäre erwähnt worden waren – ausfindig gemacht, überprüft und eingeordnet werden konnten, wie es der Entnazifizierungsprozess verlangte, würde man sie identifizieren müssen. Doch bei Kriegsende verfügten die alliierten Ermittler immer noch über keine narrensicheren, allgemein anwendbaren Mittel, mit denen alle achteinhalb Millionen ehemaligen Träger des Parteiabzeichens aufgespürt werden konnten.

In den Städten und Dörfern im gesamten ehemaligen Reich gab es natürlich viele Nichtnationalsozialisten (und Wendehälse), die mit Vergnügen ehemalige aktive Nationalsozialisten unter ihren Mitbürgern denunziert hätten, und vielfach geschah dies auch ziemlich schnell. Doch dies war bestenfalls eine Zufallsmethode zur Identifikation der Schuldigen, schlimmstenfalls ein zähes und langwieriges Verfahren. Was die Millionen von Flüchtlingen betraf, die aus Angst vor der Vergeltung der Russen, Polen und Tschechen nach Westen strömten, so hatten sie wenig Anlass zum Feiern – ausser der Tatsache, so schien es wenigstens, dass man sie andernorts nicht kannte. Die ehemaligen Nationalsozialisten unter ihnen konnten also hoffen, ihr Geheimnis wahren und anderswo im Reich von

vorn anfangen zu können. Für gewöhnlich behaupteten sie, ihre Papiere seien vernichtet worden oder verlorengegangen. Ulrich Frodien, der zusammen mit seinem Vater und Hunderttausenden anderen aus der schlesischen Hauptstadt Breslau geflohen war, gibt eine Scherzfrage wieder, mit der damals die Entnazifizierung kommentiert wurde: «Waren Sie Mitglied in der NSDAP, oder sind Sie aus Breslau?»¹

Als die Amerikaner Ende April 1945 München einnahmen, wurden die vielen Gebäude und Einrichtungen der NSDAP in der Stadt – nicht umsonst wurde sie «Hauptstadt der Bewegung» genannt – umgehend von Nachrichtendienstoffizieren und Sicherheitsleuten der US-Armee abgeriegelt und durchsucht. Dabei fanden sie selbst in den Gebäuden, in denen der Parteiapparat der NSDAP untergebracht gewesen war, nicht immer Interessantes.

Im Sitz des Reichsschatzmeisters der NSDAP, einem im Februar 1937 fertiggestellten imposanten Gebäudekomplex, der sich bis zum Königsplatz hinzog und für den in der Arcisstrasse 10-14 drei Wohnhäuser hatten weichen müssen, standen in langen Reihen speziell angefertigte stählerne Karteikartenschränke, in denen die ständig anwachsende Zahl der Mitgliedskarten aufbewahrt wurde. Acht Jahre lagerten sie dort, bis ein hoher Parteifunktionär in dringender Angelegenheit eine Fahrt in eine Vorstadt im Nordosten von München unternahm.

Es war ein beeindruckender Dienstwagen, der am 15. April 1945 an der Papiermühle Josef Wirth in München-Freimann vorfuhr. Der Mann, der ihm entstieg, überbrachte einen einfachen, aber nachdrücklichen Befehl. In den nächsten Tagen, erklärte er dem Geschäftsführer Hans Huber, würde eine grosse Menge Papier bei ihm eintreffen, die sofort vernichtet werden müsse. Eingestampft und zu Papierbrei verarbeitet. Selbstverständlich konnte Huber diesen Auftrag von oben nicht ablehnen, und so versprach er, was man von ihm verlangte. Der NS-Bonze war zufrieden und verschwand.

Drei Tage darauf trafen die ersten Lastwagen in der Papiermühle ein. Es sollten zwanzig Stück pro Tag werden, voll beladen mit geheimnisvollen Papierballen. Neun Tage dauerte die Anlieferung dieser Fracht. Hans

Huber, dem das unverhoffte Geschenk von Rohstoff (der in dieser Kriegsphase knapp war) zunächst willkommen gewesen war, hatte inzwischen herausgefunden, was die in seinem Fabrikhof entladenen Papierballen enthielten. Es waren die Karten aus den Stahlschränken in der Arcisstrasse, die Dokumente aller Mitglieder der NSDAP seit ihrer Gründung – mitsamt Foto, dem Datum von Eintritt und Austritt (wenn erfolgt) sowie persönlichen Angaben. Manche Karten trugen rote Ränder, die als unzuverlässig geltende Mitglieder kennzeichneten. Huber war nicht einmal das, er war gar kein Nationalsozialist, eher das Gegenteil. Und er wollte verhindern, dass die Repräsentanten des «Tausendjährigen Reichs» grundlegende, inkriminierende Beweise vernichteten.

Wie er nach dem Krieg erzählte, fand er einen Weg, Zeit zu schinden. Er stapelte die Papierballen in einer Ecke des Fabrikhofs, und als man nachfragte, warum dort so viel Papier lagere, obwohl man ihn angewiesen habe, es sofort zu vernichten, erwiderte er, bei den Haufen handle es sich um einzustampfendes Papier von anderen Kunden. Er habe es noch liegenlassen müssen, weil er an dem dringenden Parteauftrag arbeite. Damit kam er durch. Als München am 30. April fiel, nachdem die Hälfte der Häuser in der Stadt in Trümmer gelegt worden war, befand sich Huber immer noch im Besitz der vollständigen Mitgliederkartei der NS-Partei. Rund fünfzig Tonnen Papier.²

Später erzählte Huber, er habe sich Ende Mai 1945 das erste Mal an die amerikanischen Besatzer gewandt, aber man habe seine Meldung ignoriert. Er und seine Mitarbeiter hätten den archivarischen Schatz, der ihnen zugefallen sei und den nun niemand hätte haben wollen, weiterhin gehütet und, soweit möglich, etwas Ordnung in die Papiere gebracht. Huber versuchte weiter, jemanden für die Kartei zu interessieren, und endlich im Herbst konnte er Sargent B. Child, einen ausgebildeten Archivar und Berater der Armee in solchen Fragen, der als Zivilist der Sicherheitsabteilung der 3. Armee zugeordnet war, überreden, sich das Material anzusehen. Child tat es und war erstaunt. «Jeder verdammte Idiot», erklärte er später

gegenüber einem Kollegen im Nationalarchiv in Washington, hätte erkennen müssen, welche Brisanz es besass.

Childs Vorgesetztem, Major William D. Brown, fiel es trotzdem nicht leicht, die entscheidenden Leute in der amerikanischen Zone von der Bedeutung des Funds zu überzeugen. Er musste erst persönlich zur Militärregierung nach Frankfurt am Main fahren, und selbst danach dauerte es noch mehrere Wochen, bis etwas passierte. Ende November 1945 wurde das Material schliesslich erneut auf einen langen Lastwagenkonvoi geladen und knapp 500 Kilometer weit ins sogenannte Ministerial Collecting Center (MCC) in Fürstenhagen an der Autobahn 7, südöstlich von Kassel, gebracht. Dort lagerte die amerikanische Militärregierung seit Mitte Juli das immer umfangreicher werdende Aktenmaterial deutscher Ämter ein und versuchte es zu katalogisieren. Zum grossen Teil handelte es sich dabei um Material, das gegen Kriegsende aus Berlin ausgelagert und den vorrückenden amerikanischen Truppen nach und nach, häufig unter chaotischen Umständen, in die Hände gefallen war.³

Dass die örtlichen amerikanischen Kommandeure Hubers Meldung ignoriert hatten, war eine merkwürdige Anomalie. Nützliche und/oder belastende Dokumente der Wehrmacht, des Staatsapparats und der NSDAP aufzuspüren hatte stets hohe Priorität besessen. Wie ein Archivar der US-Armee später stolz berichtete, waren er und sein Team am Mittag des 6. Juli 1944, als die Granaten und Kugeln noch flogen, in Begleitung der 49. Luftabwehrbrigade vor Omaha Beach eingetroffen – bereit, mit der Sammlung von Akten und Informationen des Gegners zu beginnen.⁴ Anscheinend hatte sich Huber einfach an die Falschen gewandt, und das Versehen wurde sofort korrigiert, als Experten wie Child und Brown hinzugezogen wurden. Sie hatten das Glück – und die schuldigen Nationalsozialisten, die sich unsichtbar machen wollten, das Pech –, dass Huber die fünfzig Tonnen schwere Kartei weder vernichtet hatte noch verrotten liess, solange sie sich in seiner Obhut befand.

Das MCC, das nun die Mitgliederkartei der NSDAP übernahm, unterstand dem Nachrichtendienstbüro in Frankfurt am Main und hatte die kla-

re, wenn auch etwas allgemein gehaltene Aufgabe, «deutsche Ministerialbeamte und Dokumente zum Vorteil der Militärregierung zu nutzen». Das bedeutete, dass man im MCC nicht nur deutsche Akten sammelte, sondern auch deutsche Beamte, die mit diesen vertraut waren, zur Mitarbeit heranzog. Untergebracht wurden sie wie die amerikanischen Soldaten in Fürstentagen. Ausserdem wurde rasch klar, dass der Hauptzweck der Archivierung des Materials darin bestand, Beweise gegen Kriegsverbrecher zu finden und Informationen zu gewinnen, die für die Säuberung deutscher Behörden sowie der Industrie und Gesellschaft relevant waren.

Die Parteiakten trafen am 25. November in Fürstentagen ein, blieben aber nicht lange dort. Es stand schon fest, dass man das MCC am Anfang des nächsten Jahres nach Berlin verlegen würde, und inzwischen wusste man auch, dass die Mitgliebertartei der NSDAP einen unbezahlbaren Schatz darstellte – am unmittelbarsten mit Blick auf die Kriegsverbrecherprozesse, die bereits in Nürnberg begonnen hatten. Deshalb wurde Weihnachten 1945 der gesamte Bestand der NS-Dokumente in 15 Güterwagons geladen und mit der Eisenbahn durch die SBZ zum bereits existierenden Berlin Document Center gebracht, das vor allem zu dem Zweck gegründet worden war, Nachforschungen und Rechtsberatung für die Kriegsverbrecherprozesse, die von Berlin aus geführt wurden, zur Verfügung zu stellen. Das MCC in Fürstentagen wurde Anfang Februar 1946 geschlossen und als Organisation mit dem Berlin Document Center verschmolzen.

Anfang Januar 1946 traf Hans Hubers fünfzig Tonnen schweres Geschenk an die Alliierten in Berlin ein, so dass fortan kein Nationalsozialist seine Parteimitgliedschaft leugnen konnte. Das Material wurde zusammen mit nach dem Krieg erbeuteten Personalakten der SS, grösstenteils ungeordneten Akten von Ministerien und Militär sowie einigen anderen Gestapo- und Parteiakten, die den Amerikanern in die Hände gefallen waren, in einem Gebäudekomplex am Wasserkäfersteig, einer baumbestandenen Sackgasse im Grunewald im amerikanischen Sektor der Stadt, eingelagert. Umgehend begann man mit der Auswertung für die Kriegsverbrecherpro-

zesse, wobei viele Dokumente – zum Verdruss der professionellen Archivar – rücksichtslos entnommen und unter Missachtung archivarischer Belange für forensische Zwecke neu zusammengestellt wurden. Fast fünfzig Jahre sollten die Akten an diesem Ort bleiben, als wertvollste Ressource, die den Alliierten bei ihrer Mission, Nachkriegsdeutschland von dem zu säubern, was sie ebenso wie deutsche Antifaschisten als Hitlerpest ansahen, zur Verfügung stand (darüber hinaus waren sie für Historiker natürlich eine Art Gottesgeschenk).

Die Entnazifizierung konnte mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg weitergehen, hatten die Alliierten doch – wenn auch nicht ganz durch eigene Anstrengung – in Form der in den Gewölben des Berlin Document Center lagernden NSDAP-Akten einen goldenen Schlüssel in der Hand. Jetzt konnten sich selbst die kleinen, unauffälligen Pg (Parteigenossen) nicht mehr verstecken.

Operation «Eclipse» war ein breit angelegter, komplexer, vom angloamerikanischen Planungsstab (COSSAC) 1943/44 ausgearbeiteter Entwurf, der die Strukturen und Vorgehensweisen für die Zeit nach dem erfolgreichen Abschluss des am 6. Juni 1944 begonnenen Invasionsplans («Overlord») und der erwarteten Kapitulation Deutschlands festlegte. Im Grunde war «Eclipse» eine Blaupause für die siegreichen angloamerikanischen Truppen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. «Eclipse» war politisch mehr oder weniger neutral, obwohl auch Massnahmen zum Schutz der Besatzer vor möglichen Bedrohungen durch Reste des alten Regimes sowie die Festnahme von NS-Führern zu diesem Zweck vorgesehen waren. Die Hauptziele der Besetzung sollten darin bestehen, «erstens, sicherzustellen, dass der Nationalsozialismus vollkommen ausgerottet und Deutschland befriedet wird; und zweitens, so schnell wie möglich Kampfeinheiten für militärische Operationen gegen Japan freizusetzen».⁵ Anschliessend, so nahm man an, würde die Militärregierung einer zivilen Viermächteverwaltung Platz machen. Dann würde die politische Aufgabe beginnen, die Säuberung von Deutschland.

Soweit es den politischen Kurs in Deutschland betraf, wurden die

grundlegenden Entscheidungen zuerst im Februar 1945 in Jalta und dann – für die amerikanische Besatzungszone und auf ziemlich chaotische Weise – in Washington in den letzten Auseinandersetzungen über JCS 1067 getroffen. Diese Direktive wurde Eisenhower von seinen Vorgesetzten in Washington im April, wenige Wochen vor dem Sieg, aufgezwungen. Sie war stark von Morgenthau beeinflusst und sah immer noch eine weitgehende Demontage der deutschen Industrie, die umfassende Eliminierung des nationalsozialistischen Einflusses in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die massenhafte Verhaftung und/oder Überprüfung aller Deutschen vor, die im Verdacht standen, aktive Nationalsozialisten gewesen zu sein. Und ihre Autoren hielten zur Strafe für das deutsche Volk offenbar eine Periode voller Entbehnungen nicht nur für unvermeidlich, sondern auch für gerecht.

In der Tat waren die Amerikaner in den ersten Monaten der Besetzung zwar nicht die gewalttätigsten unter den Alliierten, aber doch diejenigen, die das Prinzip, das «Denazification» genannt werden sollte, am gründlichsten umsetzten. Der Begriff war 1943 von Rechtsexperten des Pentagons geprägt worden, die ihn anfangs anscheinend speziell auf die künftige Reformierung des deutschen Rechtssystems bezogen. Er wurde jedoch rasch zu einem allumfassenden Begriff, der die Absicht bezeichnete, den gesamten NS-Apparat zu stürzen, seine Hauptvertreter zu verhaften und zu bestrafen und NS-Anhänger systematisch aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu entfernen. Die Bestimmungen von JCS 1067, obwohl im Vergleich zu Morgenthaus ursprünglichen drakonischen Forderungen etwas modifiziert, waren in dieser Hinsicht scharf genug:

«Alle Mitglieder der Nazipartei, die nicht nur nominell in der Partei tätig waren, alle, die den Nazismus oder Militarismus aktiv unterstützt haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sollen entfernt und ausgeschlossen werden aus öffentlichen Ämtern und aus wichtigen Stellungen in halbamtlichen und

privaten Unternehmungen ... Als Personen, die nicht nur nominell in der Partei tätig waren und die den Nazismus oder Militarismus aktiv unterstützt haben, sind diejenigen zu behandeln, die (1) ein Amt innehatten oder anderweitig auf irgendeiner Stufe von den örtlichen bis zu den Reichsstellen der Partei und ihrer Gliederungen aktiv gewesen sind oder in Organisationen, die militaristische Lehren unterstützen, (2) irgendwelche Naziverbrechen, rassistische Verfolgungen oder Diskriminierungen veranlasst oder an ihnen teilgenommen haben, (3) sich als Anhänger des Nazismus oder rassistischer und militaristischer Überzeugungen bekannt haben, oder (4) der Naziartei oder Nazifunktionären oder Naziführern freiwillig beträchtliche moralische oder materielle Hilfe oder politische Unterstützung irgendwelcher Art geleistet haben.»⁶

Diese Entlassungen sollten ohne Rücksicht auf «verwaltungstechnische Notwendigkeit, Bequemlichkeit oder Zweckdienlichkeit» erfolgen. Um sie durchzuführen und die Schuldigen herauszufinden, sollte jeder Deutsche einen Fragebogen ausfüllen, in dem er eine Vielzahl von Fragen über sein Leben, seine politische Zugehörigkeit und Tätigkeit wahrheitsgemäß zu beantworten hatte. Auf der Grundlage dieser Antworten würde dann seine Stellung im neuen, gesäuberten Nachkriegsdeutschland bestimmt werden. Das Problem war die schiere Zahl der Deutschen, die der NSDAP und den von ihr kontrollierten Organisationen angehört hatten (wie der Arbeitsfront, den Jugendorganisationen und der NSV, die jeweils über zehn Millionen Mitglieder besaßen). Insgesamt war von 45 Millionen Menschen die Rede.⁷ Wenn man sie alle durch den Verlust des Arbeitsplatzes, Inhaftierung und so weiter bestraft hätte – wie es manche in der US-Armee forderten –, wäre rund die Hälfte der Bevölkerung ihrer Bürgerrechte beraubt und zu wirtschaftlicher Untätigkeit verurteilt gewesen, und dies in einer Zeit, in der das Land jede produktive Hand und jeden fähigen, erfahrenen Kopf brauchte, und sei es auch nur, um die Devisen zu erarbeiten,

die man für den Ankauf von Lebensmitteln benötigte. Ganz zu schweigen von den enormen Reparationen, welche die Sieger verlangten.

Also beschloss man, sein Urteil anhand folgender Fragen zu fällen: War die Person, die den Fragebogen ausgefüllt hatte, ein «wirklicher» (das heisst aktiver und/oder langjähriger) Nationalsozialist, der sich der NS-Bewegung aus Überzeugung angeschlossen hatte? Oder war er ein sogenannter Muss-Nazi, der sich ihr angeschlossen hatte, um seine Arbeitsstelle zu behalten? Oder war er lediglich ein «Mitläufer» der einen oder anderen Art, der aus Zweckmässigkeit Mitglied geworden war? Die letzten beiden Kategorien überlappten sich natürlich und waren schwer zu unterscheiden.

Ein Massstab für die Unterscheidung der verschiedenen Grade politischer Belastung waren die Dauer der Parteimitgliedschaft und das Datum des Eintritts. Nachdem Hitler an die Macht gelangt war und in der Wahl im März 1933 seine Diktatur gefestigt hatte, war eine Lawine von Aufnahmeanträgen (der sogenannten Märzgefallenen) über die Partei hereingebrochen, die Hitler veranlasste, einen sofortigen Aufnahmestopp zu verfügen, um den vermeintlich elitären Charakter der Partei zu bewahren und zu verhindern, dass sie von politisch unzuverlässigen Karrieristen überschwemmt wurde. Der allgemeine Aufnahmestopp wurde erst 1937 gelockert. Daher konnten fast alle, die vor dem 30. Januar 1933 beigetreten waren (rund anderthalb Millionen), als überzeugte Nationalsozialisten betrachtet werden, während die «Märzgefallenen» als Opportunisten und viele, wenn nicht die meisten der nach 1937 Eingetretenen als passive «Muss-Nazis» gelten konnten.

Diese Unterscheidungen mussten natürlich jedem unvoreingenommenen Sowjetbürger und jedem Kenner von Stalins Sowjetunion mit Blick auf die Zusammensetzung der KPdSU bekannt vorkommen, denn auch in ihrem Fall öffnete die Parteimitgliedschaft ansonsten verschlossene Karrierewege. Dies mag der Grund dafür sein, warum die Rote Armee, auch wenn sie gegen erwiesene Kriegsverbrecher und offensichtliche «Klassenfeinde» brutal, ja sogar mörderisch vorgehen konnte, eine gewisse Nach-

sicht zeigte, wenn sie bei diesem oder jenem ehemaligen Nationalsozialisten die vermutlich bekannten Anzeichen von passivem Karrierismus entdeckte.

Götz Berganders Vater, Chemiker in einer Schnapsfabrik, deren Direktor er seit dem Eintreffen der Sowjets war, hatte der NSDAP angehört, aber als völlig passiver Pg. So passiv, dass der Sohn seines besten Freundes und zugleich der lebenslange Freund von Bergander junior sechzig Jahre später nicht glauben will, dass Dr. Bergander Nationalsozialist gewesen sein soll. Steffen Cüppers, damals ein älterer Teenager und damit alt genug, das Wesen der politischen Orientierung zu verstehen, war erschüttert über die Enthüllung, dass dieser ernsthafte, unabhängige wissenschaftliche Geist jemals der NSDAP beigetreten sein sollte. Zu gut erinnerte er sich noch an entschieden subversive Gespräche zwischen Bergander senior und seinem Vater während des Krieges. Aber so war es.⁸

Den Russen war Dr. Berganders Vorleben natürlich bekannt, denn er hatte einen Fragebogen ausgefüllt. Aber mehrere Punkte sprachen für ihn. Erstens hatte er seine ausländischen Arbeiter und Hausangestellten immer gut behandelt, wie sie es die sowjetischen Besatzer hatten wissen lassen – genauso, wie sie jene Deutschen, die dies nicht getan hatten, anzeigten. Zweitens hatte Bergander einem örtlichen Kommunisten nach dessen Entlassung aus einem Konzentrationslager Arbeit gegeben, ein Akt der Grosszügigkeit, der eigentlich illegal war. Nach dem Eintreffen der Russen wurde dieser Mann nicht nur in der Fabrik, sondern auch in der Nachkriegspolitik in Dresden zu einer Macht, und er bürgte für Bergander. Drittens kamen die Sowjets zu der Ansicht, dass sie Bergander brauchten, Nazi hin oder her.

Die Schnapsbrennerei in Dresden-Friedrichstadt war zur Demontage und zum Abtransport in die Sowjetunion vorgesehen. Dr. Bergander legte Widerspruch ein, und auch die Mitarbeiter, unter ihnen viele alte Gewerkschafter und Kommunisten, protestierten. Aber es nutzte nichts. Teile der Fabrik wurden demontiert und (in Wind und Wetter) zur Abholung gestapelt. Wieder protestierten die Deutschen. Und dann wurde Dr. Bergander eines Morgens plötzlich in die sowjetische Kommandatura bestellt. Das NKWD schien beteiligt zu sein.

Als er nach einigen Stunden noch nicht zurückgekehrt war, schien es, als hätte die Familie das Glück, das ihr bisher in bemerkenswerter Weise treu gewesen war, verlassen.

Der Rest der Familie wartete beklommen in der Wohnung neben der Schnapsbrennerei. Der Abend brach herein, und immer noch kein Wort. Dann, als der Abend zu einer unheimlichen Nacht wurde, hörten sie Motorengeräusche. Autotüren knallten. Rufe, Stiefelschritte auf der Treppe, die Tür flog auf. Und herein kam – oder vielmehr schwankte – Dr. Bergander. Der für gewöhnlich wortkarge Chemiker lachte und unterhielt sich angeregt mit seinen uniformierten russischen Begleitern, die hinter ihm kichernd und schulterklopfend ins Zimmer polterten. Sie freuten sich, dort zu sein, und waren froh, dass sie sich gegen die Demontage der Schnapsbrennerei entschieden hatten. Jetzt brauchten sie zur Feier des Tages einen weiteren Schnaps.

Berganders Familie schaute der Szene mit offenem Mund zu. Niemand hatte Bergander senior jemals betrunken gesehen. Doch sein Sohn holte rasch mehr Schnaps herbei (man war immerhin in einer Schnapsbrennerei), und seine Frau plünderte ihre spärlich gefüllte Nachkriegsspeisekammer, um den Gästen etwas zu essen anzubieten. Die Fabrik war gerettet, und die Feier dauerte bis tief in die Nacht. Wieder einmal hatten die stets unberechenbaren Russen ihre neuen Untertanen in Erstaunen versetzt.⁹

Die meisten Fälle waren bürokratisch weit komplizierter, und auch über die keineswegs einfache Frage der Parteimitgliedschaft wurde selten so leicht entschieden wie bei Dr. Bergander. Doch wenn es den Besatzern passte, konnten sie bei Deutschen, die sie ihrer Meinung nach brauchten, grosszügig über alle Regeln hinwegsehen. Die Amerikaner, zum Beispiel, holten eine grosse Zahl deutscher Raketenwissenschaftler – und ihre Familien – aus ihren Häusern und von ihren Arbeitsstellen in der grossen unterirdischen V2-Produktionsanlage der Mittelwerk GmbH bei Nordhausen im Harz. Die Anlage war im April der US-Armee in die Hände gefallen, und binnen weniger Stunden fielen amerikanische Ermittler wie die Heuschrecken über den Ort her – freilich Heuschrecken mit Abschlüssen des

Massachusetts Institute of Technology und ähnlichen Referenzen. Die Männer waren vom Combined Intelligence Objectives SubCommittee (CIOS), dem angloamerikanischen Nachrichtendienst zur Beschaffung wissenschaftlicher Informationen, eigens für solche Einsätze rekrutiert worden.

Zwischen April und Anfang Juli 1945, als das Gebiet den Sowjets übergeben werden musste, arbeiteten diese Teams und die sie begleitenden T-Force-Einheiten (deren Aufgabe es war, Zielobjekte zu sichern, von Sprengfallen zu säubern und so weiter, so dass die Wissenschaftler sie betreten konnten) fieberhaft daran, Maschinen, Ausrüstung und die Reste der kostbaren Produkte, die mit ihnen hergestellt worden waren, zu demontieren. Alles – bis zur letzten Mutter und Platte, zum letzten Bolzen und Draht – sollte in die Sicherheit der amerikanischen Zone geschafft werden. In einem Zeitraum von acht Tagen wurden 400 Tonnen Ausrüstung nach Antwerpen transportiert und von dort nach New Orleans verschifft.¹⁰ Im Rahmen eines streng geheimen Programms mit dem Codenamen «Overcast», der später in «Paperclip» geändert wurde, wurden 765 ausgewählte deutsche Ingenieure und Wissenschaftler ohne jede Entnazifizierung ebenso wie die beschlagnahmten Raketen und ihre Ersatzteile nach Amerika expediert. Zum einen wollte man ihre Befragung beenden, zum anderen sollten sie den Sowjets entzogen werden, aber auf jeden Fall verschafften sie dem amerikanischen Raketenprogramm der Nachkriegszeit einen eindeutigen Startvorteil.

Nicht alle dieser Zwangsemigranten, denen der Wechsel nach Amerika häufig keineswegs widerstrebte, waren apolitische «Fachidioten». Einige, wie Arthur Rudolph, waren auch direkt für den Missbrauch der Zwangsarbeiter von Mittelwerk verantwortlich, deren Sterblichkeitsrate erschreckend hoch war. Anfangs hatte man Rudolph als «100-prozentig gefährlicher Nazityp» eingestuft und seine Internierung empfohlen. Er war nicht der Einzige gewesen. Gewissenhafte Beamte – oder, je nach Standpunkt, fanatische «Morgenthau-Boys» – im US-Außenministerium weigerten sich, Einreisedokumente auszustellen. Sie kämpften einen hartnäckigen

Zermübungskrieg gegen Teile des Militärs, um zu erreichen, dass den Deutschen keine Aufenthaltsgenehmigung erteilt wurde, bevor sie nicht richtig überprüft worden waren – wofür man sie nach Deutschland hätte zurückschicken müssen. Das Tauziehen dauerte über Monate an, bis der ehemalige Generalstabschef George C. Marshall Anfang 1947 zum Außenminister ernannt wurde und die Pattsituation auflöste, indem er einfach erklärte, in diesen Fällen habe die nationale Sicherheit Vorrang vor der Entnazifizierung.¹¹

Aber nicht nur auf amerikanischer Seite wurden schon (sehr) früh ehrenwerte Absichten unterminiert. Auch Sowjets und Briten sammelten jeden deutschen Raketenwissenschaftler und Waffenexperten ein, dessen sie habhaft werden konnten, ohne sich allzu sehr um die politische Vergangenheit dieser nützlichen Männer zu kümmern.¹² Das sowjetische Pendant zu «Paperclip» war die «Operation Ossawakim».¹³ Die Sowjets sind seither der massenhaften Entführung beschuldigt worden. In Wirklichkeit scheinen viele deutsche Wissenschaftler bereitwillig in die Sowjetunion gegangen zu sein, weil sie die Lebensmittelrationen und guten Unterkünfte anzogen, von den ausgezeichneten Forschungseinrichtungen ganz zu schweigen. Zudem wurden sie von den Sowjets gut behandelt.¹⁴

Dieses Verlangen nach deutschem Know-how betraf nicht nur Raketenwissenschaftler. So nahmen amerikanische Ermittler im Juni 1945 Otto Ambros fest, einen leitenden Wissenschaftler der IG Farben, der im Verdacht stand, während des Krieges Chemiewaffenprojekte geleitet und mit der Fabrik in Auschwitz zu tun gehabt zu haben. Doch während sie mit ihm durch die französische Besatzungszone fuhren, in welcher der Ludwigshafener Fabrikkomplex der IG Farben lag, wurden sie angehalten und überprüft. Sie mussten ihren Gefangenen den Franzosen übergeben, die ihn über die IG-Farben-Anlagen in Ludwigshafen befragen wollten.¹⁵

Auch die Amerikaner selbst beschränkten sich nicht auf Raketenwissenschaftler. So brachten sie während ihrer kurzen Besatzungszeit in Thüringen und Sachsen von April bis Juli 1945 viele Techniker und Wissenschaftler fort, um ihr Wissen abzuschöpfen und sicherzustellen, dass ihre

möglicherweise wertvollen Kenntnisse nicht den Sowjets zugute kamen. Einer von ihnen erzählte:

«Sie versprachen attraktive Arbeitsbedingungen, wissenschaftliche Bücher, Ausrüstung und Instrumente, ein meinen Qualifikationen angemessenes Gehalt und die Ersetzung persönlicher Dinge, die ich zurücklassen müsste. Ich bat um ein paar Tage Bedenkzeit, aber der CIC-Agent sagte mir, dass man mich am nächsten Tag abholen würde, ob ich wollte oder nicht.»¹⁶

Grosse Versprechungen wurden gemacht, aber keineswegs allen diesen Experten wurden einträgliche Arbeitsverträge und Tickets nach Kalifornien angeboten. Tatsächlich setzte man viele von ihnen in den Westzonen gewissermassen aus, fern von ihren Wohnorten und Arbeitsstellen im Osten, nachdem man ihr Wissen abgeschöpft hatte. Vielen dieser «Ausgemusterten» wurde dennoch nicht erlaubt, nach Hause zurückzukehren. Stattdessen hielt man sie, häufig für Jahre, in einer Art Halbarrest im Westen fest, vielfach ohne Arbeit oder nur mit einer Tätigkeit, die ihren Fähigkeiten nicht entsprach. Einer von ihnen, ein Universitätsprofessor aus Jena, beklagte sich über das Leben in dieser beruflichen Unterforderung:

«Um drei Uhr nachmittags verliessen meine Familie, meine Assistenten und ich Jena. Erst während der Fahrt erfuhren wir, dass es nach Heidenheim ging, wo wir interniert wurden. Keines der mir gemachten Versprechen ... ist erfüllt worden. Ich habe meine Stellung verloren, mein Einkommen und rund achtzig Prozent meines Eigentums. Alle meine Möbel und Haushaltsgegenstände und ein grosser Teil meiner Bibliothek sind weg.»¹⁷

Mit solchen Restriktionen wollte man häufig verhindern, dass diese Männer von der «anderen Seite» angeworben wurden, auch wenn man selbst sie nicht brauchte. Tatsächlich zog es einige nach ihrer Freilassung in den Osten zurück, wo russische *pajoki* (Pakete mit Lebensmitteln und Ge-

brauchsgütern) lockten und die Sowjets sich ihnen gegenüber generell ähnlich grosszügig zeigten wie gegenüber den durch die «Operation Ossawakim» angeworbenen Raketenwissenschaftlern.

Das Verhältnis zwischen den Alliierten wandelte sich rasch. Aus recht guter Kooperation wurde offene Konkurrenz. Am deutlichsten – aber nicht nur dort – trat dies in den Beziehungen zwischen Amerikanern und Russen zutage. Dies wirkte sich fast von Anfang an auch auf die Entnazifizierung aus, und zwar umso stärker, je mehr die Leidenschaften verebten und die Nachkriegsrealität die Träume der Kriegszeit durchlöcherte.

Die Pflicht, einen Fragebogen auszufüllen, war für die meisten Deutschen dies: eine lästige Pflicht. Selbst ehemalige Parteimitglieder sorgten sich weniger darum, ob ihre Mitgliedschaft ans Licht kam, als vielmehr darum, ob man sie als «Belastete» einstufen würde, denn dies konnte ernste Konsequenzen haben, bis hin zur Inhaftierung. Bei einer Beurteilung als «Mitläufer» würden sie wahrscheinlich mit einer Geldbusse und/oder vorübergehenden Beschränkungen ihrer bürgerlichen Rechte oder ihrer Berufstätigkeit davonkommen. Tatsächlich gab es fünf Stufen, die zumeist mit der Kategoriennummer bezeichnet wurden und in absteigender Reihenfolge von unschuldig bis zu absolut schuldig reichten: V. Entlastete, IV. Mitläufer, III. Minderbelastete, II. Belastete, I. Hauptschuldige.

Die Kategorien I und II umfassten diejenigen, die jeder alliierte Soldat bei Entdeckung sofort zu verhaften hatte, entweder weil sie an Verbrechen beteiligt gewesen waren oder weil sie eine Gefahr für die Sicherheit der Besatzer darstellten. Ausserdem besaßen Briten und Amerikaner eine umfangreiche Namensliste, die aus verschiedenen Nachrichtenquellen zusammengestellt und an einem zentralen Ort, dem Zentralregister von Kriegsverbrechen und Sicherheitsgefährdungen (CROWCASS), geführt wurde, genauer gesagt, auf einer Hollerith-Lochkartenmaschine von IBM in Paris. Die Idee hatte darin bestanden, dass Fotos, Fingerabdrücke und persönli-

che Daten von Verdächtigen aus Internierungs- und Kriegsgefangenenlagern eingeschickt werden sollten, um sie mit den auf den Listen verzeichneten, bereits überprüften Personen zu vergleichen und auf diese Weise sicherzustellen, dass kein Schuldiger seiner Strafe entging. Das System ging Ende Juni 1945 in Betrieb. Mehr oder weniger, denn wie solche Maschinen fast immer hatte auch CROWCASS sofort technische Probleme, nicht zuletzt wegen unterschiedlicher elektrischer Systeme und regelmäßiger Stromausfälle. Ein amerikanischer Oberst, der die Datenverarbeitung in Paris leitete, klagte einige Monate später:

«Die beiden Gebäude, die CROWCASS (abzüglich drei Etagen) einnimmt, reichen für eine auch nur annähernd optimale Operation nicht aus. Es wurden alle denkbaren Anstrengungen unternommen, um die übrigen drei Etagen im Gebäude Rue des Maturins 53 zu erhalten. Keines der beiden Gebäude ist für die IBM-Ausrüstung angemessen ausgestattet. Die Frequenz des verfügbaren Stroms ist für den effektiven Betrieb der Maschinen nicht die richtige. Ausserdem gibt es in langen Perioden überhaupt *keinen* Strom, und dieser Zustand wird in den restlichen Wintermonaten wahrscheinlich andauern.»¹⁸

Bald stellte sich heraus, dass die Leitungen vieler Kriegsgefangenenlager, insbesondere der britischen, nur widerstrebend an dem Projekt teilnahmen. Auf jeden Fall war angesichts der Zahl der Gefangenen, die Briten und Amerikanern in den letzten Kriegswochen in die Hände fielen, die schiere Masse der in Paris eingehenden CROWCASS-Anfragen – zwischenzeitlich bis zu 40'000 am Tag – nicht zu bewältigen. Und dies, obwohl man sich nur in wenigen Lagern die Mühe machte, von den Gefangenen Fingerabdrücke zu nehmen. Darüber hinaus hatte die Existenz von CROWCASS als vermeintlich allmächtiger Datenbank des Bösen die unvorhergesehene, im Rückblick aber nicht überraschende Folge, dass das überarbeitete und unerfahrene Personal in den Internierungslagern es dankbar zur Kenntnis nahm, wenn ein Gefangener nicht auf seiner (keineswegs voll-

ständigen) Liste stand und man ihn als «sauber» einstufen und sich damit weitere mühsame Untersuchungen ersparen konnte.¹⁹

Täglich würden 10'000 Formulare aufgenommen, meldete der Direktor von CROWCASS in Paris einige Wochen vor Weihnachten: «Bis heute sind rund 500'000 Formulare bearbeitet worden. Annähernd 4'000'000 Kriegsgefangenenformulare sind ausgehändigt. Die mögliche Gesamtzahl beträgt annähernd 7'000'000.» Mit anderen Worten, beim damaligen Tempo und einer Siebentagewoche würden die Überprüfungen möglicherweise weitere zwei Jahre dauern. Nur bei einer erheblichen Aufstockung von Ressourcen und Maschinen, so der Direktor weiter, könne man den Rückstand in einem halbwegs vertretbaren Zeitraum aufarbeiten. Die Fingerabdruckabteilung solle man am besten sofort schliessen. Man zahle fünf Fingerabdruckexperten zusammen fast 660 Dollar im Monat – ohne die Gehälter der französischen Bürokräfte –, und ihre Abteilung nehme fast vier Stockwerke ein. «Soweit festzustellen, ist diese Abteilung bisher nicht in Anspruch genommen worden, und eine Nutzung ist auch nicht abzusehen...»²⁰

Angesichts eines solchen Chaos und solcher Missverständnisse war es nicht verwunderlich, dass am anderen Ende des Erfassungsvorgangs gelegentlich Unschuldige litten, während Schuldige ungestraft davonkamen. Auf jeden Fall waren sich die Alliierten auch Ende 1945 noch alles andere als einig darüber, welcher Personenkreis unter welchen Anklagen und auf welche Weise strafrechtlich verfolgt werden sollte. Im März 1946 beschlossen die «Grossen Vier» in Berlin ein Dokument mit dem Titel «Ausschaltung von Kriegsverbrechern, Militaristen und potenziell gefährlichen Personen», in dem bestimmt wurde, welche der früheren Feinde belangt und mit welchen Strafen sie belegt werden sollten. Ausserdem wurde im Grundsatz festgelegt, dass die Verfahren vor deutschen Gerichten geführt werden konnten. Damit erhielt Deutschland praktisch ein kleines Stück Souveränität zurück oder, je nach Betrachtungsweise, Verantwortung aufgebürdet.

Zu denjenigen, die es aus beiden Blickwinkeln sahen, gehörte John Francis Warre «Jack» Rathbone, ein 36-jähriger Rechtsanwalt, der wäh-

rend des Krieges nachts in London eine Flugabwehrbatterie befehligt hatte und angeblich durch einen Bekannten, dem er auf der Pall Mall zufällig in die Arme gelaufen war, für die geplante Rechtsabteilung der britischen Militärregierung rekrutiert worden war.²¹ Inzwischen war er, wie er selbst sagte, abgesehen vom offiziellen Titel, «Justizminister» der britischen Besatzungszone in Deutschland. «Sie [die Deutschen] hatten ein Chaos geschaffen», erläuterte er seine Entscheidung später, «und ich fand, sie sollten es selbst aufräumen. Es würde ihnen richtig guttun.»²²

Währenddessen warteten in der britischen und amerikanischen Zone rund 72'000 Deutsche unter häufig überaus harten Bedingungen in Internierungslagern auf eine Entscheidung. Bald wurde klar, dass die Briten, die stets eine Bestrafung der Deutschen gefordert hatten, aber in Bezug auf die Bewilligung der nötigen Mittel merkwürdig zurückhaltend waren, keine Ahnung hatten, was sie tun sollten. Im April kam Rathbone in Lübeck mit Brigadegeneral Douglas Heyman zusammen, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für innere Angelegenheiten und Kommunikation der Kontrollkommission in Deutschland. Er konnte Heyman davon überzeugen, dass es sowohl durchführbar als auch wünschenswert sei, wenn die Deutschen ihre eigenen Leute vor Gericht stellten. Dies fiel ihm umso leichter, als der Nürnberger Militärgerichtshof entschieden hatte, dass die SA, die Hitler durch die Säuberung im Juni 1934 politisch an den Rand gedrängt hatte, nicht wie die SS und ihresgleichen als kriminelle Organisation zu betrachten sei. Auch kleine Parteifunktionäre sollten aus der Kategorie der Verbrecher herausfallen, sofern sie nicht konkreter Untaten verdächtigt wurden.

Diese Korrektur verringerte die Zahl der Internierten mit einem Schlag auf 27'000. Nach seinen Konsultationen gelangte Heyman aber offenbar zu der Ansicht, dass weitere 45'000 Parteifunktionäre, die sich noch nicht in alliierter Obhut befanden, und rund 200'000 SS- und Gestapomänner inhaftiert und abgeurteilt werden sollten. Dies konnte, wie er erklärte, durch die Sicherheitsoffiziere der britischen Armee geschehen, die in Städten und Bezirken für die öffentliche Sicherheit und die Verbindung zur

deutschen Polizei verantwortlich waren. Was «Personen im Allgemeinen» angehe (das heisst die breite, nicht internierte Bevölkerung), fügte Heyman unbekümmert hinzu, so würden sie «von Sicherheitsoffizieren individuell überprüft und provisorisch eingestuft» werden. Die Abteilungen für öffentliche Sicherheit waren indes bereits überlastet und unterbesetzt. Alle Einwohner ihres Zuständigkeitsbereichs «provisorisch einzustufen» musste daher weit über ihre Kräfte gehen.²³

Das Protokoll einer Sitzung, die am 4. März 1946 in Rathbones Anwesenheit in Lübbecke, zwanzig Kilometer nördlich von Bad Oeynhausen, stattfand, belegt, dass eine solche Fahndungs- und Verhaftungskampagne schon vor der Vorlage des Berichts von Heymans Untersuchungsausschuss als undurchführbar angesehen wurde. Dem Protokoll ist auch zu entnehmen, wie gross der Wahrnehmungsunterschied zwischen Briten und Amerikanern weniger als ein Jahr nach Kriegsende war. Zum Thema «Überwachung und Ermittlung» erklärte ein Nachrichtendienstoffizier in der Sitzung, dass die Überwachung der Kategorien II und III, das heisst der beiden in beschränktem Ausmass belasteten Gruppen, «keine besonderen Probleme» aufwerfe. Die Ermittlungen, fuhr er fort, seien indes «eine weit schwierigere Angelegenheit, und es sei ausgeschlossen, dass der Apparat des Kreistribunals die Zahl der von den Amerikanern anvisierten Fälle, die sich auf rund 20'000 pro Kreis belaufe, bewältigen könne. Man halte eine Zahl zwischen 1'000 und 2'000 pro Kreis für die Obergrenze dessen, was praktisch zu meistern sei.»²⁴ Heyman empfahl dagegen in seinem sechs Wochen später verfassten Bericht, nicht nur etwa zehn Prozent der im Durchschnitt rund 200'000 Einwohner eines Kreises (nach amerikanischer Vorstellung) oder ein bis zwei Prozent (nach britischer Vorstellung) zu überprüfen, sondern *alle* – ein Gedanke, der bei genauerem Hinsehen noch fantastischer war, als er bereits auf den ersten Blick erschien.

Schon lange zuvor hatten die britischen Besatzer Kompromisse eingehen müssen. So hatte der für die gesamte britische Zone verantwortliche Ständige Entnazifizierungsausschuss im Oktober 1945 zugestanden, dass

«50 Prozent der Justizangestellten in den Oberlandesgerichtsbezirken ... nominelle Nationalsozialisten» sein dürften. Bedenkt man, dass der Nationalsozialistische Rechtswahrbund in seiner besten Zeit 100'000 Mitglieder zählte – rund 90 Prozent der Juristen –, dann war diese Entscheidung kaum überraschend. Freilich löste sie das Problem nicht. Angesichts des fortbestehenden Personalmangels und massiver Rückstände unerledigter Rechtssachen aller Art wurde ein halbes Jahr später vorgeschlagen, deutsche Jurastudenten, welche die Assessorprüfung bestanden hatten, «ungeachtet der Fünfzigprozentgrenze» zum Justizdienst zuzulassen, «sofern sie nachweisen konnten, dass sie nicht mehr als nominelle Mitglieder der nationalsozialistischen Partei waren».²⁵ Der Vorschlag offenbart einen typisch britischen Pragmatismus – oder Scheinheiligkeit.

Zu diesem Zeitpunkt schreckten die Amerikaner, selbst ihr überaus pragmatischer stellvertretender Gouverneur, General Clay, noch vor Entscheidungen zurück, die sie offensichtlich im Licht des zuletzt genannten Begriffs betrachteten. In Süd- und Südwestdeutschland, wo die amerikanische Militärregierung das Sagen hatte, war missionarischer Eifer noch weit verbreitet. Clay selbst hatte Ende 1945 und Anfang 1946 viel damit zu tun, Ausnahmen etwa für Eisenbahner und andere Personengruppen, die der NSDAP angehört hatten, rückgängig zu machen. Ausserdem entschied er, ehemalige Pö von der Teilnahme an den für 1946 geplanten Kreistagswahlen auszuschliessen, dem ersten, vorsichtigen Schritt zur Nachkriegsdemokratie in der amerikanischen Zone. Mit dieser Entscheidung setzte er sich sowohl über seinen eigenen Beraterstab als auch über das US-Aussenministerium hinweg, die beide nur jene Nationalsozialisten, die zur Kategorie der «automatisch zu Verhaftenden» gehörten, von den Wahlzetteln fernhalten wollten. Der grossen Masse der sogenannten Mitläufer oder Muss-Nazis, auch wenn sie weiterhin mit wirtschaftlichen und finanziellen Strafen rechnen mussten, sollten dagegen die vollen Bürgerrechte zugestanden werden.²⁶

Ein Hauptproblem der Amerikaner war die von ihren eigenen Soldaten sowie deren Familien, die sie in den Vereinigten Staaten zurückgelassen

hatten, erhobene Forderung, «die Jungs nach Hause zu bringen». Man erwartete, dass die USA ihre Truppen binnen zwei Jahren nach Kriegsende abziehen würden. Frauen abwesender GIs organisierten sich in «Holt Daddy zurück!»-Klubs, die Babyschuhe an Kongressabgeordnete schickten, um sie dazu zu bringen, sich für eine beschleunigte Demobilisierung einzusetzen. Während die Briten in ein von Entbehrungen geprägtes, erschöpftes Land mit unsicheren Beschäftigungsaussichten zurückkehrten – wogegen das Leben als relativ gut versorgter Beamter des «Raj» (Bezeichnung für Britisch-Indien) im besetzten Deutschland durchaus eine gewisse Anziehungskraft besass –, gab es für amerikanische Soldaten im Allgemeinen vielerlei Anreize, wie etwa die ihnen nach dem GI-Gesetz zustehenden grosszügigen Vorteile, sich so schnell wie möglich demobilisieren zu lassen. Im Rahmen der Operation «Magic Carpet» (Fliegender Teppich) wurden bis Anfang 1946 allein durch die US War Shipping Administration 4,75 Millionen GIs vom europäischen Kriegsschauplatz nach Hause gebracht.

Washington geriet angesichts der Lage in den besetzten Gebieten in Europa, einschliesslich Deutschlands, in Panik. Zu diesem Zeitpunkt war nicht geplant, auf unabsehbare Zeit Truppen in Europa zu stationieren, aber die Regierung versuchte sich gegen den Strom der Heimkehrwilligen zu stemmen, indem sie die Dienstzeit für «50-Punker»* um wenigstens drei Monate verlängerte. Es gab sogar Versuche, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten, was allerdings vom Kongress abgelehnt wurde. Die Verlangsamung der Demobilisierung wurde in der amerikanischen Armeezeitung *Stars and Stripes* ohne jede Begründung bekanntgegeben. Daraufhin kam es sowohl zu Hause in den USA als auch an den Stationierungsorten ame-

* Die Demobilisierung erfolgte nach einem Punktesystem, das die Dienstdauer, die Länge des Überseeaufenthalts, die Zahl der Kinder, Auszeichnungen und lobende Erwähnungen der einzelnen Soldaten sowie ihrer Einheiten und andere Kriterien erfasste. Im Allgemeinen war bei 85 Punkten die Rückkehr ins Zivilleben sicher.

rikanischer Soldaten – von den Philippinen und Japan bis nach Grossbritannien und Deutschland – zu Protesten, Streiks und sogar Aufruhr.

In Paris kamen am 7. Januar 1946 tausend «50-Punkter», deren Dienstzeit über den ursprünglich erwarteten Demobilisierungstermin hinaus verlängert werden sollte, zu einer Protestversammlung zusammen, und zwei Tage später marschierten 4'000 Soldaten zum Armeehauptquartier in Frankfurt am Main, um General McNarney eine Beschwerde zu überbringen. McNarney war wegen einer Kontrollratssitzung in Berlin nicht anwesend. Dennoch gab das Kriegsministerium am 15. Januar einen revidierten Zeitplan bekannt, dem zufolge alle Soldaten, die mindestens 45 Punkte auf dem Konto hatten, bis zum April 1946 zu Hause und entlassen sein sollten. Das bedeutete, dass die US-Streitkräfte in Europa (USFET) im Sommer 1946 insgesamt nur noch über knapp eine Viertelmillion Männer verfügen würden, und bis zum Ende des Jahres würde ihre Zahl weiter auf 200'000 sinken – auf ein Fünfundzwanzigstel der Truppenstärke zum Beginn der Besetzung.

Die als Ablösung nach Europa geschickten Soldaten waren zumeist unerfahren und weitgehend unausgebildet. Im November und Dezember 1945 wurden zu 95 Prozent Männer mit technischen Fertigkeiten angefordert. Doch nur 13 Prozent der Neuankömmlinge besaßen solche Qualifikationen. Ab Januar 1946 wurden Soldaten nach einer achtwöchigen Ausbildung nach Europa geschickt, die sich im grossen Ganzen auf die Bedienung des M-1-Gewehrs, persönliche Hygiene und Sauberkeit sowie «Richtlinien für den Besatzungsdienst mit Betonung der Disziplin» beschränkte. In der ersten Märzwoche berichtete der Generalinspekteur der US-Armee nach einer Reise durch Ostfrankreich und Deutschland:

«Die Disziplin ist im Allgemeinen schlecht und liegt derzeit unter dem wünschenswerten Standard. An Standorten, wo Einheiten verschiedener Waffengattungen und Dienste stationiert sind, ist die genaue Verantwortlichkeit für die Disziplin nicht zufriedenstellend geregelt. Aufgrund der Personalknappheit erhält die Mehrheit der Ablösungen nicht

die nötige zusätzliche disziplinarische Grundausbildung. Viele Einrichtungen und Einheiten stehen unter dem Kommando junger Offiziere, von denen viele für ihre administrativen Aufgaben nicht genügend ausgebildet worden sind. Auch viele Unteroffiziere besitzen keine ausreichende Ausbildung.»²⁷

Mit diesem Personal sollte Clay Millionen von Fragebogen bearbeiten und den Entnazifizierungsstatus von Auskunftspflichtigen bestimmen, die ihre Angaben auf Deutsch gemacht hatten, das die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Soldaten kaum oder gar nicht konnte? Eine derart massive politische und soziale Umgestaltung, die über fünf Millionen Menschen betraf, sollte ausschliesslich von Ausländern durchgeführt werden?

Tatsächlich gelang es dem amerikanischen Militär 1945/46, fast 1,6 Millionen Fragebogen zu prüfen. Fünf Ergebnisse waren möglich: in den schwersten Fällen die obligatorische Entlassung (aus dem öffentlichen Dienst); in weniger schweren Fällen die Entlassung nach Ermessen mit negativer Beurteilung; bei noch weniger Belasteten die Entlassung nach Ermessen mit positiver Beurteilung; schliesslich folgten die Nichtnationalsozialisten und als wünschenswerteste Kategorie die Antifaschisten. Dieser umfangreiche, komplizierte Vorgang führte zur Entlassung von 374'000 erwiesenen Nationalsozialisten.²⁸ Ihnen war lediglich «einfache Arbeit» erlaubt. Ende 1945, als sich das Verfahren noch ganz in amerikanischer Hand befand, warteten noch 90'000 als besonders gefährlich eingestufte Personen in zivilen Internierungslagern auf die Bearbeitung ihrer Fälle. Weitere 25'000 Personen hatte man als gefährliche Nationalsozialisten oder Militaristen unter den Kriegsgefangenen herausgesucht und separat inhaftiert. Insgesamt waren in der amerikanischen Besatzungszone also rund 115'000 Menschen interniert.²⁹

Danach warteten immer noch 3,5 Millionen bekannte Nationalsozialisten darauf, klassifiziert zu werden. Bevor dies nicht geschehen war, konnten viele dieser belasteten Personen weder arbeiten noch sich neu in die

Gesellschaft integrieren. Dabei handelte es sich häufig um angesehene Mitglieder ihrer Gemeinden – Geschäftsleute, Bauern, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer –, die das Rückgrat des Landes bildeten und für dessen Erholung unerlässlich waren.

In ganz Deutschland litt man jetzt unter Unterernährung. In vielen städtischen Gebieten waren die durch Luftangriffe und Bodenkämpfe beschädigten Stromnetze und Sanitäreinrichtungen noch nicht repariert. Hunderttausende Häuser lagen in Trümmern, und aufgrund all dieser Einschränkungen bestand ständig die Gefahr, dass Epidemien und Krankheiten aller Art ausbrachen.

Anfangs hatten viele Amerikaner missionarische Absichten verfolgt. Sie hatten die Deutschen bestrafen wollen, um sie anschliessend zu bessern und zu guten Demokraten zu erziehen. Mittlerweile hatten sich die einst optimistischen Soldaten-Reformer, wie unzählige Besatzer zuvor und seither, mit dem Gedanken angefreundet, sich mit der Aufgabe zu bescheiden und im Wesentlichen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. General Clay hatte erkannt, dass er, bei aller Entschlossenheit, seine Zone von Nationalsozialisten zu säubern, bald weder quantitativ noch qualitativ über das Personal verfügen würde, um dies allein mit amerikanischen Kräften bewältigen zu können. Deshalb hatte er im November 1945 getan, was Politiker, die vor einer schweren Entscheidung stehen, häufig tun: Er hatte eine Kommission gebildet. Dieser «Entnazifizierungsbeirat» erwog im ersten Nachkriegswinter die Möglichkeiten, wobei er insbesondere Vertreter der inzwischen von den Alliierten eingesetzten deutschen Regierungen der drei zur amerikanischen Zone gehörenden Länder – Bayern, Hessen und Württemberg-Baden – konsultierte.

Der zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannte Wilhelm Hoegner war ein 58-jähriger ehemaliger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, der während des Krieges als Rechtsanwalt in der Schweiz gelebt hatte. Sein Entnazifizierungsexperte war der Kommunist Heinrich Schmitt, der in der NS-Zeit zehn Jahre im Gefängnis gesessen hatte. Hoegner glaubte, der leidenschaftliche Antifaschist Schmitt könnte in Bayern, das als Hochburg der nationalistischen Rechten galt, als Gegengewicht

wirken. Es war ein kühner Schritt. Schmitt war zwar unbestritten antifaschistisch eingestellt, stand aber nicht nur für viele Bayern, sondern auch für manche Amerikaner zu weit links. Dessen ungeachtet brachten diese antifaschistischen Vertreter zusammen mit ihren Kollegen aus Hessen und Württemberg-Baden ein Gesetz zustande, das einige Kompromisse zwischen deutschen Interessen und Sorgen einerseits und der immer noch vorherrschenden Strafabsicht enthielt, wie sie die Vier Mächte in der Kontrollratsdirektive Nr. 24 (zur «Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen») vom Januar 1946 ausgedrückt hatten.

Das Ergebnis der Konsultationen im März 1946 war das «Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus», das zwar von der amerikanischen Militärregierung entworfen, aber von den entstehenden deutschen politischen Organen verabschiedet wurde, die auf diese Weise eine Mitverantwortung übernahmen. In Gestalt des Befreiungsgesetzes, wie es kurz genannt wurde, war erstmals ein Rahmen vorhanden, der es den Deutschen erlaubte, ihre politische Landschaft selbst zu säubern. In Artikel 1 wurde als Ziel des Gesetzes im Namen des deutschen Volkes erklärt:

«(1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur Sicherung dauernder Grundlagen eines deutschen demokratischen Staatslebens im Frieden mit der Welt werden alle, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflussnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

2)) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben.»³⁰

Clay war sich im Klaren darüber, dass diese Übergabe an die Deutschen aus rein praktischen Gründen notwendig war. Aber er war sich auch bewusst, dass sie in der Heimat Aufsehen erregen würde, und zwar nicht unbedingt im positiven Sinne. Dies geht aus der Mitschrift eines offenen Telefongesprächs hervor, das er mit General John H. Hilldring führte, der unter ihm als Chef für Zivilfragen gearbeitet hatte, kurz zuvor aber als Verantwortlicher für die besetzten Gebiete ins Aussenministerium nach Washington berufen worden war:

«CLAY: Sie werden feststellen, dass uns diejenigen, die meinen, wir würden den Deutschen zu schnell wieder Verantwortung übergeben, mit Beschimpfungen überhäufen werden. Tatsächlich könnte ich die Aufgabe nicht erfüllen, auch wenn Sie mir 10'000 Leute herschicken würden. Auch mit 10'000 Leuten könnte ich die Aufgabe der Entnazifizierung nicht bewältigen. Sie muss von den Deutschen erledigt werden.

HILLDRING: Ja.

CLAY: Das ist ein gutes Gesetz, und ich werde ihm hier drüben zustimmen und es insbesondere nicht Ihnen vorlegen, weil ich selbst die Verantwortung dafür übernehmen werde.

HILLDRING: Ja, o.k.

CLAY: Aber ich wollte Sie vorwarnen, weil es am 5. März an die Presse gehen wird und ich möchte, dass Sie Bescheid wissen.

HILLDRING: Ja.»³¹

Es gab ein weiteres, verstecktes Problem. Eine grosse Zahl der besten Entnazifizierer und der aufgrund ihres Wissens und ihrer Sprachkenntnisse geeignetsten Administratoren der US-Armee in Deutschland waren deutsche Juden, von denen viele nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten Deutschland verlassen hatten und dann mit den Truppen der Eroberer zurückgekehrt waren. Für viele Deutsche waren solche emigrierten Juden nahezu mythische Wesen, die einerseits eine gewisse Faszination ausübten, denen man andererseits aber auch mit Ressentiments und Furcht be-

gegnete. Während des Krieges waren fantastische Gerüchte darüber in Umlauf gewesen, dass diese Emigranten den angloamerikanischen Bomberflotten als Führer gedient hätten, die sie zu den Städten leiteten, in denen sie aufgewachsen und aufgrund ihrer Rasse verfolgt worden waren.³² Da diese Emigranten nun in ausländischen Uniformen in ihre deutsche oder österreichische Heimat zurückkehrten, nahmen viele ihrer ehemaligen Landsleute an, sie seien von Rachegeanken erfüllt und würden darüber hinaus jüdische Überlebende, ob nun deutsche Juden oder DPs, gegenüber nichtjüdischen Deutschen bevorzugen. Diese merkwürdige Mischung aus gemeinsamer Schuld und Restantisemitismus scheint in einer immer noch von der NS-Ideologie geprägten Bevölkerung, die gleichwohl bemüht war, sich einer neuen, nachhitlerschen Welt anzupassen, in der sie nicht der Held, sondern der Schurke war, weit verbreitet gewesen zu sein.

Aber nicht nur die Deutschen waren misstrauisch. Die mehr oder weniger versteckt auf Morgenthau's jüdische Herkunft abzielende Kritik, mit der die Minister Stimson und Hull dessen Plan für das Nachkriegsdeutschland aufgenommen hatten, stiess bei den amerikanischen und britischen Truppen vor Ort im besetzten Deutschland durchaus auf Widerhall. Hier waren sowohl der Antisemitismus der feinen Gesellschaft als auch die weniger subtilen Formen des Antisemitismus nichts Ungewöhnliches. Berufssoldaten waren und sind politisch und sozial in der Regel konservativ. Die eifrigsten Entnazifizierer, die «Morgenthau-» oder «Chaos-Jungs», wie man sie geringschätzig nannte, waren – wie etwa Paul Padover in den frühen Tagen in Aachen – Roosevelt'sche New-Deal-Anhänger in Uniform. Viele von ihnen waren, ebenfalls wie Padover, jüdischer Herkunft.

Tatsächlich war die amerikanische Entnazifizierungspolitik selbst von der Frankfurter Schule beeinflusst, einer Gruppe emigrierter deutscher Linker, von denen die meisten, wenn auch nicht alle, Juden waren. Zu den Hauptarchitekten dieser Politik gehörten der marxistische Politologe Franz Neumann und sein Kollege Herbert Marcuse, beide Mitarbeiter der Frankfurter Schule, die vom CIA-Vbtläufer OSS (Office of Strategic Services) angeworben worden waren, um die innere Lage in Deutschland während

des Krieges zu analysieren und Ideen für seine Umgestaltung zu entwickeln.

Nach Auffassung von Neumann, dem Autor einer einflussreichen marxistischen Analyse des NS-Staats – *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944* (1942, erweitert 1944; deutsch 1968) –, und Marcuse (der zwanzig Jahre später zu einem der Gurus der linken Bewegung werden sollte) war der Nationalsozialismus keine hierarchische Machtstruktur, die einer passiven Bevölkerung durch eine Elite von mehr oder weniger charismatischen Einzelnen aufgezwungen worden war, sondern ein diffuses, virusähnliches Phänomen, das weit in die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft vorgedrungen war, in Militär, Industrie, öffentlichen Dienst und so weiter. Deshalb war er schwer zu fassen und die Veränderung Deutschlands schwer zu bewerkstelligen. Lediglich die NS-Führer, die nach der entgegengesetzten Theorie das deutsche Volk unterjocht und korrumpiert hatten, aus dem Verkehr zu ziehen, würde nicht ausreichen, um ihre Ideologie zu zerstören. Dies war nur möglich, wenn man sie mit Stumpf und Stiel ausrottete und jede Ecke des Landes und jeden Aspekt des Lebens durchforstete. Entnazifizierung nach New-Deal-Art, mit dem Ziel, Deutschland durch eine revolutionäre Inquisition zu säubern. Oder, wie ein deutscher Historiker es später ausdrückte, durch ein «Nürnberg des kleinen Mannes».³³

Diese extreme Form der Entnazifizierung, die die Inhaftierung von Hunderttausenden Deutschen umfasst hätte – womöglich auf unabsehbare Zeit –, stiess bei amerikanischen Militärs, die sich auf den gesunden Menschenverstand beriefen, natürlich auf erheblichen Widerstand. Gelegentlich war dieser Widerstand allerdings von antisemitischen Obertönen überlagert, die geradezu grotesk klingen konnten.

Der brillante, aber auch eigenwillige US-General George S. Patton sprach 1945 als Militärgouverneur von Bayern schon bald davon, dass man einen weiteren Krieg, diesmal gegen die «mongolischen Wilden» aus Russland, führen sollte, und entschärfte die Entnazifizierung, so gut er konnte. «Was wir hier tun», schrieb er an seine Frau, «ist, den einzigen

halbmodernen Staat in Europa zerstören, so dass Russland das Ganze schlucken kann.»³⁴ Insbesondere über die DPs, die in den Besatzungszonen immer noch zu Hunderttausenden anzutreffen waren und zweifellos politische Probleme hervorriefen und die öffentliche Sicherheit gefährdeten, äusserte er sich geringschätzig.

Nachdem der frühere Dekan der juristischen Fakultät der Universität von Pennsylvania und Einwanderungsbeauftragte der US-Regierung Earl G. Harrison im Sommer 1945 die DP-Lager, häufig ehemalige KZ, inspiziert hatte, übergab er dem US-Präsidenten Ende August einen ungünstigen Bericht: «Wie die Dinge stehen, behandeln wir die Juden ebenso, wie es die Nationalsozialisten getan haben, ausser, dass wir sie nicht vernichten.» Die besiegten Deutschen, fügte er hinzu, könnten daraus sogar den Schluss ziehen, die Amerikaner würden «die nationalsozialistische Politik fortführen oder dies zumindest stillschweigend dulden».³⁵ Ausserdem empfahl er, den jüdischen DPs die Ausreise nach Palästina zu erlauben, dessen Grenzen von der britischen Mandatsmacht allerdings für Juden geschlossen worden waren. Harrisons Vorschlag hatte daher keine unmittelbaren Folgen. Nach der Veröffentlichung seines Berichts schrieb Patton in sein Tagebuch: «Harrison und seinesgleichen halten Displaced Persons für menschliche Wesen, was sie nicht sind, und dies trifft insbesondere für die Juden zu, die noch unter den Tieren stehen.»³⁶

Nachdem Patton mit weiteren unklugen Bemerkungen über die besiegten Nationalsozialisten, die nach seiner Ansicht nichts anderes waren als Mitglieder einer amerikanischen Partei, die eine Wahl verloren hatte, den Zorn Eisenhowers auf sich gezogen hatte, schrieb er seiner Frau im Oktober 1945: «Der Aufschrei gegen mich ist nur das Mittel, mit dem die Juden und Kommunisten versuchen ..., eine weitere Aufteilung Deutschlands durchzusetzen.»³⁷ Kurz darauf wurde er von seinem Gouverneursposten abberufen. Er sollte nicht mehr lange leben. Einige Tage vor Weihnachten 1945 verstarb er an den Verletzungen, die er sich bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Mannheim zugezogen hatte.

Patton war nicht der Einzige, der den DPs im Allgemeinen und den Juden im Besonderen ablehnend gegenüberstand. In den Augen vieler Besatzungsbeamter schnitten sie im Vergleich mit den anscheinend unterwürfigen und gesetzestreuen Deutschen schlecht ab und stellten einen Störfaktor und eine Gefahr dar. Ein Vertreter einer jüdischen Kinderhilfsorganisation schrieb:

«Während man die Tatsache noch verstehen kann, so sehr man sie auch missbilligt, dass die amerikanischen Soldaten die Gesellschaft von sauberen, gesunden und gutgekleideten deutschen Männern und Frauen derjenigen von schmutzigen, mittellosen DPs in zerschlissenen Kleidern und kaputten Schuhen vorziehen, muss man doch den Schluss ziehen, dass die Haltung der verantwortlichen Offiziere, die gegenüber den Deutschen wohlwollend und manchmal sogar – *horribile dictu* – unterwürfig, gegenüber deren religiösen und politischen Opfern aber gereizt, harsch, verständnislos, intolerant und häufig feindselig ist, auf die antidemokratische und profaschistische Einstellung vieler verantwortlicher Kommandeure und ihrer Untergebenen zurückzuführen ist.»³⁸

Über dieses Problem wurde, zumindest in der Öffentlichkeit, kaum gesprochen. Aber es verschwand nicht. Frank E. Mason, der Presseberater des früheren US-Präsidenten Herbert Hoover, der ihn auch bei Kontakten zur amerikanischen Militärregierung in Deutschland beriet, sprach Anfang 1947 nach der Rückkehr von einer Deutschlandreise in Washington unter anderem mit Eisenhower, der jetzt Stabschef der Armee war. Anschließend berichtete Eisenhower Clay über das Gespräch, Mason habe ihm erklärt,

«dass viele unserer Zivilisten deutschsprachige Personen von wenig wünschenswerter Art seien. Unter anderem sage man, dass viele dieser Leute erst seit zwei oder drei Jahren Bürger der Vereinigten Staaten seien und ihre gegenwärtige Stellung nutzen würden, um entweder Deutschland zu kollektivieren oder Rache zu üben. Ein sehr konserva-

tiver Mann habe empfohlen, niemanden in unsere Militärregierung aufzunehmen, der nicht seit mindestens zehn Jahren Staatsbürger ist.»

Die codierte Botschaft scheint entziffert und verstanden worden zu sein. Am 7. April gab Clay die geheime Anweisung, die Zahl der in Deutschland geborenen Flüchtlinge in Diensten der amerikanischen Militärregierung zu verringern. Sein Stellvertreter, General Frank L. Keating, verteilte ein «streng vertrauliches» Memorandum, dem zufolge Clay beschlossen hatte, «niemanden mehr zu beschäftigen und keinen Vertrag mit jemandem zu verlängern, der nach 1933 eingebürgert worden ist». Bei der Ausführung dieser Anweisung, fuhr Keating fort, hätten sich die Offiziere «allgemeiner Diskussionen des Themas und der Herausgabe irgendwelcher Befehle zu enthalten. Es ist nicht nötig, darauf hinzuweisen, warum wir jemanden nicht mehr zu beschäftigen gedenken, [aber] darauf zu achten, bei der Behandlung jedes Einzelfalls diplomatisch vorzugehen.»³⁹ Die Kopie dieses Dokuments in den Akten wurde später als «zurückgenommen» gekennzeichnet, gleichwohl wurde plötzlich eine ganze Reihe von Mitarbeitern der Militärregierung mit bestimmter Herkunft entlassen.

Auch in der britischen Besatzungszone und im britischen Sektor von Berlin machte man sich in bestimmten Kreisen Sorgen über den «Überliefer» von jüdischen Offizieren und Mitarbeitern der Militärregierung. George Clare war, acht Jahre nach seiner Emigration aus Wien, als Offizier der britischen Armee an der Entnazifizierung der Kulturszene in Berlin und Hamburg beteiligt, mit einem Schwerpunkt auf Presse und Rundfunk. Im Jahr 1946 wurde er eines Tages zu seinem Vorgesetzten gerufen, Major Sely, der über Clares neuen Status sprach – der junge Mann war gerade zu einem Lehrgang, und um seine Einbürgerungspapiere zu erhalten, in London gewesen – und dann seinen Schreibtisch aufschloss und ihm einen Brief überreichte, den er für diesen Augenblick aufbewahrt hatte. Clare las ihn sorgfältig durch. Später erinnerte er sich:

«Es war ein an Oberst Edwards, den stellvertretenden Chef von PR/ISC [Public Relations/Information Services Control], gerichtetes Schreiben von Public Safety [öffentliche Sicherheit], der Polizeiabteilung der CCG. Darin warf der Verfasser, ein Public-Safety-Commander, in etwas diplomatischeren Worten als meine Zusammenfassung unserer Sektion vor, die Entnazifizierung mit – wie er es ausdrückte – ‚Überliefer‘ zu betreiben. Ob PR/ISC davon wisse, erkundigte er sich, oder – und dies war der Stachel – von der Tatsache, dass der verantwortliche Offizier, ein Major Sely, sein Hamburger Repräsentant, ein Mr. Felix, sowie sein Mann in Hannover, ein Oberfeldwebel Ormond, allesamt deutsch-jüdischer Herkunft seien, was sie geneigt machen könne, im Geist der Rache zu handeln? Ob PR/ISC es für angeraten halte, eine derart delikate Aufgabe Leuten mit solcher Herkunft anzuvertrauen?»

Clare fragte Sely, ob er seine Sachen packen und den nächsten Zug zurück nach London nehmen solle. Nein, erwiderte der Major lachend. Oberst Edwards, ein hitzköpfiger Waliser, habe den «saudummen aufgeblasenen Bobbys» bereits den Marsch geblasen und ihnen gesagt, dass er sich seine Leute selbst aussuche und er volles Vertrauen zu ihnen habe. Und da seine Leute, fügte Sely, seinen Chef zitierend, hinzu, «sein vollstes Vertrauen besäßen, müsse er die abfälligen Bemerkungen des Commanders über ihre Integrität mit der gleichen Entschiedenheit zurückweisen, mit der Public Safety Berichte darüber zurückgewiesen habe, dass sie früheren Gestapomännern erlaube, erneut in die deutsche Polizei einzutreten».⁴⁰ Danach liess die Sicherheitsabteilung offenbar kein Wort mehr zu dem Thema ver-lauten.

In einer Hinsicht hatten die entschlossenen Entnazifizierer Glück. Im Gegensatz zu Patton hielt der ansonsten konservative Clay an seiner Überzeugung fest, dass die politische Säuberung der besetzten Gebiete notwendig sei. Er glaubte an die Wirtschaft, er wollte die Direktive JCS 1067, soweit es ihm möglich war, modifizieren, damit Deutschland und seine Industrie für den eigenen Unterhalt aufkommen konnten, und er war grundsätzlich für ein kapitalistisches Nachkriegsdeutschland. Aber er hielt es auch für nötig, die politischen Augiasställe in der amerikanischen Zone so gründlich – und so schnell – wie möglich auszumisten, damit sich das Land auf den Weg in eine sowohl demokratische als auch prosperierende Zukunft machen konnte.

Dass die Politik der amerikanischen Militärregierung im Sommer und Herbst nach dem Sieg häufig sehr hart war, ist kaum zu leugnen. Es gab Offiziere, die wie Patton mit den Deutschen sympathisierten (auch wenn sie es vielleicht nicht ganz so extrem ausdrückten), die DPs nicht mochten und glaubten, die Entnazifizierung würde dem Kommunismus den Weg ebnen. Aber genauso viele, wenn nicht mehr, waren zutiefst von der Notwendigkeit einer gründlichen Säuberung überzeugt. Sicherlich konnten die Ermittlungen der Entnazifizierungsteams für die Verdächtigen und ihre Familien verheerende Folgen haben. So berichteten Vertreter der Militärregierung aus Kempten im Allgäu:

«1. Am 31. Oktober 1945 versuchten Dr. Bernhard Wagner, der frühere Stadtkämmerer, seine Frau und sein Kind einen dreifachen Suizid. Alle drei nahmen Morphium, aber die Dosis war nur für das Kind töd-

lich. Da das Morphium versagt hatte, schnitt Frau Wagner die Venen an Dr. Wagners Handgelenken auf. Er starb am nächsten Tag im Krankenhaus. Frau Wagner wird sich erholen und wegen versuchten Suizids und Mord vor Gericht gestellt werden.

3) Der Selbstmord wurde offenbar von Dr. Wagners Entfernung von seinem Posten und der bevorstehenden erneuten Verhaftung durch das CIC verursacht. Er war erst wenige Tage zuvor aus mehrwöchiger Haft in einem Internierungslager zurückgekehrt, in das er vom CIC als automatisch zu Verhaftender eingeliefert worden war. Einen Tag vor dem Selbstmord war er vom CIC zu einer weiteren Befragung bestellt worden, weshalb er offenbar annahm, man würde ihn noch einmal internieren.»¹

Bis zum Ende des Winters wurden 42 Prozent der Mitarbeiter des öffentlichen Diensts von den Besatzungsmächten summarisch entlassen. Das konnte man durchaus als Ausmisten der Augiasställe bezeichnen. Aber wer sollte nach der Säuberung den Betrieb aufrechterhalten? Vor dem Hintergrund der Zulassung politischer Parteien auf lokaler Ebene und der Ansetzung von Kommunalwahlen im Januar 1946 versuchte der amerikanische Nachrichtendienst anhand von Beispielen, die in Bayern typischen Ansichten über die Entnazifizierung darzulegen:

«a. Kleine, einfache Nationalsozialisten reagieren hauptsächlich mit Besorgnis und Furcht. Ein Weichenwärter der Eisenbahn, zum Beispiel, fürchtet, dass er seine Arbeit und sein Heim verlieren könnte, und erklärt in unnachahmlichem Bayerisch: ‚Ich will meine Ruhe haben.‘ Er sympathisiere jetzt, erklärt er, mit den Sozialdemokraten und hoffe, dass Deutschland wiederaufgebaut wird,

b. Eine arbeitende Frau mittleren Alters, Ehefrau eines Pg und Flüchtling aus dem Sudetenland, fragt klagend: ‚Womit haben wir das verdient? Wir haben immer versucht, das Richtige zu tun, und wussten nicht, dass die Partei so schlimm war.‘

c. Mutigere Nationalsozialisten hegen ähnliche Befürchtungen, leugnen aber nicht ihre Prinzipien. ‚Die Amerikaner sind bestrebt, Deutschland zu zerstören sagt eine Gymnasiallehrerin bitter, ‚und dies ist eine ihrer Methoden, es zu tun.‘ Ein früherer nationalsozialistischer Funktionär sagt: ‚Ja, wir sind schuldig, Nationalsozialisten zu sein, und müssen dafür leiden.‘ Ein früherer Professor der vorgeblichen Wissenschaft der Rassenkunde warnt davor, dass die Säuberung ein intelligentes Proletariat schaffen werde, das kommunistische Neigungen besitzen und sich als Bedrohung erweisen werde.»²

Der Unmut über die amerikanische Militärregierung und die Furcht vor ihrer Macht waren nicht unbedingt mit dem Wunsch verbunden, sich selbst zu regieren. Tatsächlich wurde aus der Augsburger Vorstadt Friedberg berichtet:

«Es werden regelmässig Bemerkungen über die rasche Übergabe der Zivilverwaltung von der Militärregierung an Zivilisten gemacht. Nach einer Ansicht interessieren sich die amerikanischen Behörden nicht genug für die Angelegenheiten ihrer Besatzungszone und wollen sich so bald wie möglich von der Last der Verantwortung befreien. Es wird angemerkt, dass dieser halbe Schritt zur Selbstregierung nur von den amerikanischen Streitkräften unternommen wird.»³

Anscheinend konnten die Besatzer in den Augen der Besiegten nicht siegen. Der Haken war natürlich, dass die Besatzungszone ohne systematische deutsche Beteiligung, ausser auf der elementarsten Ebene, nicht regiert werden konnte. Zudem hätte die Entnazifizierung, wenn die Amerikaner sie allein durchgeführt hätten, mindestens mehrere Jahre gedauert und wäre darüber hinaus stets als von aussen aufgezwungen betrachtet worden.

Wie erwähnt, waren bereits Millionen amerikanischer Soldaten nach Hause zurückgebracht und demobilisiert worden, und für 1947 plante man den endgültigen Abzug aus Europa. Deshalb war die Selbstentnazifizierung

der Deutschen für die amerikanischen Besatzer nicht nur bequem, sondern notwendig. Zugleich war sie ein bewusster Teil der Demokratisierung des Landes. Die Sowjets hatten im Juli 1945 als Erste in ihrer Zone (von ihnen ernannte) Landesregierungen eingesetzt. Die Amerikaner waren sich des für sie ungünstigen Vergleichs nur zu deutlich bewusst, falls sie – die Musterdemokraten der Welt – den Übergang zur deutschen Selbstregierung in ihrer Zone hinauszögerten.

Die Sowjets waren auch die Ersten, die politische Parteien zuließen. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde gut einen Monat nach Kriegsende im russisch kontrollierten Berlin offiziell neu gegründet. Wenig später folgten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD). Aufgrund der engen Beziehungen zwischen den Russen und den deutschen Kommunisten – von denen viele jahrelang im Exil in der UdSSR gelebt hatten – nahm die KPD eine entscheidende, wenn auch noch nicht offen beherrschende Stellung ein. Die rasche Vereinigung der Parteien in der SBZ zum «Antifaschistisch-demokratischen Block» war ein früher Beweis dieser verdeckten Kontrolle. Am 9. Juli 1945 bildeten die Sowjets fünf Länder und beriefen Deutsche an ihre Spitze, und im Oktober erhielten die deutschen Behörden vorgeblich die «volle Macht».

Die Amerikaner folgten dem Beispiel Schritt für Schritt, indem sie ihrerseits in den neu geschaffenen Ländern Bayern, Gross-Hessen und Württemberg-Baden Landesregierungen ernannten, die sich aus mutmasslich «sauberen» deutschen Politikern (zumeist aus der Zeit vor Hitler) und Beamten zusammensetzten. Diese Regierungen bildeten am 17. Oktober unter amerikanischer Aufsicht einen Länderrat, dessen Aufgabe darin bestand, die Verbindung zu den Besatzern auf der Ebene der gesamten Besatzungszone aufrechtzuerhalten und deren Instruktionen entgegenzunehmen, obwohl Clay auf der konstituierenden Sitzung betonte, dass die Deutschen so bald wie möglich die Regierungsverantwortung selbst überneh-

men sollten und dass zudem die Schaffung einer freien Presse und eines freien Rundfunks vordringlich sei.⁴

Politische Parteien wurden dennoch vorerst nur auf Bezirksebene zugelassen und mussten sich einem Lizenzierungsverfahren unterziehen, in dem ihre demokratische Glaubwürdigkeit geprüft wurde. Drei Monate später begannen die Amerikaner als erste Besatzungsmacht, freie Wahlen nach US-Vorbild vorzubereiten. Im Januar wurden Parteien auf Landesebene zugelassen. Organisationen für die gesamte Zone mussten noch warten.

Angesichts der nahezu religiösen Bedeutung, die man in den USA der Demokratie beimass, war es kaum überraschend, dass die Amerikaner im Rennen darum, wer den Deutschen als Erster die Gelegenheit zu freien Wahlen geben würde, vorpreschten. Aber das Tempo, mit dem sie es taten, war beeindruckend. Im Januar 1946 fanden Gemeindewahlen statt, im April Wahlen auf Kreisebene, und im Mai wurden Stadträte gewählt. Im Juni schliesslich folgten Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen der Länder. Es war ein bewusst dezentral gestaltetes Modell. Wie die amerikanischen Bundesstaaten sollten die Länder das Recht haben, eigene Gesetze zu verabschieden und ihr Regierungssystem zu bestimmen. Volksabstimmungen über die Länderverfassungen sollten Ende des Jahres zusammen mit Parlamentswahlen stattfinden.

Parallel zu diesen Entwicklungen wurden die Pläne für die deutsche Selbstentnazifizierung vorangetrieben. Demokratisierung und Entnazifizierung waren eng miteinander verbundene Vorhaben. Das eine legitimierte das andere – in den Augen der Aussenwelt und hoffentlich, so dachten die Amerikaner, auch in denen des Durchschnittsdeutschen in ihrer Zone. Nun musste die Dauerhaftigkeit und Legitimität der entstehenden Institutionen deutlich gemacht werden. Als die deutsche Fassung des Befreiungsgesetzes – das, wie erwähnt, von Juristen der amerikanischen Militärregierung in Absprache mit deutschen Kollegen verfasst worden war – am 5. März 1946 von den Ministerpräsidenten der Länder gebilligt wurde, fand die feierliche Unterzeichnung an einem symbolträchtigen Ort

statt, in der Geburtsstadt des Nationalsozialismus und Hitlers Lieblingsstadt München. In die drei Länderregierungen wurden nun Minister für Entnazifizierung berufen, unter deren Oberaufsicht auf Kreisebene 545 Spruchkammern für Entnazifizierungsverfahren geschaffen wurden. Insgesamt waren in diesem Entnazifizierungssystem rund 22'000 Deutsche tätig, von denen jeder Einzelne, so unwahrscheinlich das auch war, von der Special Branch, dem Sicherheitsdienst der US-Armee, gründlich durchleuchtet worden sein sollte.

Der höchst unbeliebte Fragebogen wurde in «Meldebogen» umbenannt, und die Spruchkammern konnten die Überprüften als Hauptschuldige, schuldige Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete einstufen. Die Oberaufsicht hatte auf regionaler Ebene weiterhin die Militärregierung, aber die Deutschen vor Ort erhielten eine erhebliche Handlungsfreiheit – mehr als in allen anderen Besatzungszonen.

Auch grundsätzlich wurden einige Zugeständnisse gemacht. Man betrachtete jetzt nur noch ein Viertel der Bewohner der Zone als kontaminiert.⁵ Ausserdem wurde erstmals die Möglichkeit eingeräumt, dass es bei der Entnazifizierung nicht nur um Bestrafung, sondern auch um Rehabilitation gehen konnte. Zwar sollten alle Deutschen, «die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstösse gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht» hatten, «zur Rechenschaft gezogen» werden, aber ihre Beurteilung sollte «in gerechter Abwägung der individuellen Verantwortlichkeit und der tatsächlichen Gesamthaltung» erfolgen.⁶ Das war entweder ein Geniestreich humanitärer Gesinnung oder eine Lizenz für Freisprüche. Was von beidem zutraf, konnten nur die Zeit und die Tendenz der Urteile der einzelnen Spruchkammern erweisen.

Im weiteren Verlauf des Jahres wurde die Arbeit der Spruchkammern erleichtert, indem die nach 1919 geborenen NSDAP-Mitglieder, die als Opfer einer Gehirnwäsche angesehen wurden, von der Überprüfung ausgenommen wurden (sofern sie sich keiner schweren Verbrechen schuldig

gemacht hatten). Auch behinderte Kriegsveteranen sollten nicht mehr überprüft werden, was sicherlich vernünftig und human war, da es viele zerstörte Leben vor weiterem Ungemach schützte, aber es öffnete auch den wahrhaft Schuldigen ein Schlupfloch.

Am Anfang kam die Entnazifizierung nach dem neuen Modell nur langsam in Gang. Alle möglichen Probleme traten auf: Es fehlten Büros sowie Möbel und Ausrüstung, um sie auszustatten, vor allem aber qualifizierte Mitarbeiter. Viele ansonsten geeignete Kandidaten waren durch ihre Parteimitgliedschaft belastet und konnten erst zur Mitarbeit herangezogen werden, nachdem sie selbst die Entnazifizierung durchlaufen hatten. Da laut Gesetz jede Spruchkammer einen ausgebildeten Richter als Vorsitzenden haben musste, standen die Amerikaner sofort vor dem gleichen Problem wie die Briten, nämlich angesichts des hohen Anteils von Parteigenossen unter Juristen unbelastete Vertreter ihres Standes zu finden.

Die Verfahren vor den Spruchkammern waren formal keine Gerichtsverfahren, obwohl ein Ankläger, ein Angeklagter, ein Verteidiger und eine Jury (die Spruchkammer selbst) beteiligt waren und sie öffentlich stattfinden konnten. Der Unterschied bestand darin, dass die Spruchkammern formal nicht über die Schuldfrage, sondern über «Verantwortung» entschieden – auch dies ein Zugeständnis an die Deutschen, die es ablehnten, Gesetze rückwirkend anzuwenden.⁷ Allerdings kam es in vielen Fällen gar nicht erst zur Verhandlung. Die Lawine der Verfahren hätte das ohnehin schon bis an seine Grenzen und darüber hinaus belastete System völlig überfordert. Deshalb kamen im Allgemeinen nur Fälle zur Verhandlung, in denen der Staatsanwalt beschloss, einen früheren Nationalsozialisten aus belasteten Kategorien anzuklagen. Verhandlungen konnten öffentlich stattfinden, wenn mündliche Aussagen nötig waren, oder hinter verschlossenen Türen, wenn lediglich Dokumentenbeweise vorlagen. Die Spruchkammern trafen Mehrheitsentscheidungen in geheimer Abstimmung. Von den 583 985 Fällen, mit denen sie sich in den ersten fünf Monaten befasst

ten, entschieden sie 530 907 ohne Verhandlung. Öffentliche Anhörungen fanden also nur in zehn Prozent der Fälle statt.⁸

Es war vielleicht unvermeidlich, dass die deutsche Entnazifizierung von Anfang an mit so vielen Problemen behaftet war, die sich dann im Lauf der Zeit auch noch vergrösserten. In den ersten Monaten der Besetzung durften Nazigegner erwarten, Veränderungen in ihrer Gemeinde bewirken und dafür sorgen zu können, dass wenigstens einige der Schuldigen bestraft wurden. Voraussetzung war lediglich, dass sie die Unterstützung der lokalen amerikanischen Militärverwalter – insbesondere der für die öffentliche Sicherheit zuständigen – gewannen.

In Bayern sah es nach der «Germanisierung» des Verfahrens eine Zeitlang sogar so aus, als könnte eine wahrhaft radikale Entnazifizierung stattfinden. Immerhin war mit Heinrich Schmitt ein Kommunist zum zuständigen Minister ernannt worden. Doch Schmitt handelte, so tatkräftig und unbestechlich er war, unverblümt politisch, was sowohl in der Bevölkerung als auch in der Militärregierung viele störte. Zudem verfolgte er als entschlossener Sozialtechniker offen radikale Ziele. Nach seiner Überzeugung konnte es der Gesellschaft nur guttun, wenn frühere Nazigrößen auf die Ebene ungelernter Arbeiter absteigen mussten, nachdem man sie der aktiven Unterstützung des NS-Regimes für schuldig befunden und vom öffentlichen Dienst wie von akademischen Berufen ausgeschlossen hatte. Dies wäre eine Warnung für alle anderen, ein Beispiel grundlegender sozialer Gerechtigkeit und für anständige, unbelastete Deutsche mit bisher begrenzten Lebenschancen eine Gelegenheit zum sozialen Aufstieg.

Schmitt blieb nicht lange im Amt. Nach amerikanischen Nachrichtendienstkenntnissen berief er kommunistische Genossen in sein Ministerium. Zugleich entwickelte sich die Christlich-Soziale Union (CSU), die neue konservative Partei in Bayern, in der sich ehemalige Mitglieder der katholischen Zentrumspartei, Veteranen der Bayerischen Volkspartei und frühere Nationalsozialisten zusammengefunden hatten, vor den anstehenden Wahlen im Land zur beherrschenden politischen Kraft, die ihre Mus-

keln spielen liess. Im Mai wurde Schmitts Ministerium gesäubert, und im Juni musste er selbst gehen, trotz der Wertschätzung, die ihm Major Walter Louis Dorn entgegenbrachte, ein amerikanischer Geschichtspräsident, der während des Krieges beim OSS gedient hatte und anschliessend zuerst Eisenhower und dann Clays Entnazifizierungsberater geworden war. Er sei, wie Dorn einräumte, einfach zu umstritten und stelle ein Hindernis für die Akzeptanz der Entnazifizierung durch die breite Öffentlichkeit dar.⁹

Schmitts Nachfolger Anton Pfeiffer war vor dem Krieg ein katholischer Politiker der antifaschistischen, aber stark nationalistischen und sozial-konservativen Art gewesen. Obwohl selbst «unbelastet», lehnte er das Entnazifizierungsgesetz ab, dem zuzustimmen er und seine Partei, die CSU, gezwungen gewesen waren. Wie diese sah er in ihm kaum mehr als ein Mittel der Siegerjustiz, dem er nach Kräften die Wirkung zu nehmen versuchte. So beharrte er gegenüber seinen amerikanischen Aufsehern darauf, dass es in Bayern lediglich 30'000 Nationalsozialisten der Kategorien I und II gebe, und massregelte von Linken geleitete Spruchkammern. Während seiner Amtszeit (die bis Dezember 1946 dauerte) revidierten die Spruchkammern in mindestens 60 Prozent der Fälle ihre Einstufungen hoher Nationalsozialisten, die danach häufig nur noch eine Geldbusse zahlen mussten. Ausserdem sorgten sie dafür, dass drei Viertel der von den Amerikanern entlassenen Beamten wieder eingestellt wurden. Aus Sicht der Amerikaner wurde es so schlimm, dass sie Ministerpräsident Hoegner im Oktober aufforderten, ihnen unangemessene Entscheidungen der Spruchkammern zu melden.

Tatsache war, dass die deutsche Entnazifizierung nicht nur in Bayern rasch zu einer Farce verkam, wie auch Clay zugeben musste. Die häufig gutsituierten Nationalsozialisten konnten sich gerissene Rechtsanwälte leisten, die sie bei den Anhörungen vertraten und mit den ungeübten und häufig schlechtausgebildeten Mitgliedern der Spruchkammern leichtes Spiel hatten. Es regnete in Bayern und anderswo in der amerikanischen Zone förmlich «Persilscheine», wie die entlastenden Entnazifizierungsbeschei-

de im Volksmund genannt wurden. Die in weiten Kreisen verhassten Spruchkammern erwiesen sich als derart nachsichtig, dass sie scherzhaft «Mitläuferfabriken» genannt wurden, die aus Hunderttausenden von einst fanatischen Nationalsozialisten blosse Trittbrettfahrer oder «Muss-Nazis» machten, für die die mildeste Strafe ausreichte.

Wie die Amerikaner bei der Überwachung des Briefverkehrs ins Ausland und der Telefongespräche erfuhren, waren die Spruchkammern in vielen Fällen nicht nur inkompetent und politisch lax, sondern auch korrupt. Aus München berichtete das CIC im August 1946: «Zensierten Briefen ist zu entnehmen, dass es einen schwarzen Markt für entlastende Aussagen für frühere Nationalsozialisten gibt. Dutzende von abgefangenen Mitteilungen deuten darauf hin, dass Nationalsozialisten mit Erklärungen ihrer Schuldlosigkeit handeln und sich gegenseitig ihre antifaschistische Einstellung und ihre antifaschistischen Aktivitäten in der Vergangenheit bescheinigen.» Anschliessend beleuchtete das CIC in einem Schnappschuss die düstere Situation in den Spruchkammern und einem bayerischen Regierungsapparat, der zusehends zu einem Werkzeug der konservativ-nationalistischen CSU wurde:

«Aus Briefen aus kleineren Gemeinden geht hervor, dass die CSU früheren [NS-]Parteimitgliedern in der Regel Hilfe und Trost spendet. Die CSU wird in mehreren Briefen CNSU genannt, das heisst Christlich-Nationalsozialistische Union. In vielen Mitteilungen wird darüber geklagt, dass frühere Nationalsozialisten in Bayern immer noch hohe Positionen innehaben. Zurückgekehrte Kriegsgefangene, die an Umerziehungskursen teilgenommen haben, wie zum Beispiel in Fort Mead in den Vereinigten Staaten, äussern sich in Briefen enttäuscht über die politische Situation in Bayern und drücken eine gewisse Hoffnungslosigkeit aus, da aus Amerika zurückgekehrte Kriegsgefangene, die in amerikanischer Demokratie geschult wurden, von der Militärregierung nicht zu Rate gezogen oder angestellt werden.»¹⁰

Binnen weniger Monate nach Kriegsende hatte die Entnazifizierung, die anfangs bei den desillusionierten und verärgerten deutschen Massen recht beliebt war, die öffentliche Zustimmung weitgehend verloren. In der ersten Zeit hatten sich fast alle über die Demütigung der früheren Nazigrößen, der «Goldfasane», wie sie wegen ihrer prunkvollen Uniformen und ihres üppigen Lebensstils genannt wurden, gefreut. Mittlerweile fanden Linke jedoch, dass die Säuberung nicht weit genug ging, während Nationalsozialisten sie aus verständlichen Gründen hassten und nichtnationalsozialistische Konservative in ihr einen sinnlosen Trick der kontrollsüchtigen Besatzer sahen, um «Deutschland niederzuhalten».

Halb verhungert, zumeist arbeitslos, scheinbar ohne Zukunftsaussichten und von den ausländischen Freiheitsbringern verachtet, begannen sich die normalen Deutschen bald ihrerseits als Opfer zu betrachten und den Gedanken einer unterschiedslosen «Kollektivschuld» zurückzuweisen, der nach ihrer Meinung dem Prozess der Entnazifizierung zugrunde lag. Zu diesem Problem – dass eine «Kollektivschuld» häufig die individuelle Schuld aufhebt – bemerkte der in Österreich geborene liberale Journalist Hans Habe, der 1945 als GI aus dem Exil zurückgekehrt und fast sofort Chefredakteur einer von den Amerikanern lizenzierten deutschsprachigen Zeitung in München geworden war: «Wenn die Deutschen kollektiv schuldig wären, hätten wir es ihnen verheimlichen sollen.» Besonders skeptisch war Habe in Bezug auf die Ergebnisse der Entnazifizierung in der mittlerweile erreichten Form. Die abwehrende Reaktion, die sie hervorrief, war einer ehrlichen Reflexion und Bereitschaft zur Umerziehung bei den Deutschen kaum förderlich.¹¹

Der Publizist und Politologe Eugen Kogon, ein gläubiger Katholik, der als Nazigeegner sechs Jahre im KZ Buchenwald gesessen hatte, bemerkte, dass die alliierte Mission der Säuberung und Umerziehung des deutschen Volks die entgegengesetzte Wirkung zu zeitigen begann: «Wegen des argen Geschreis um sie und wegen der eigenen Blindheit wollten sie vom Insichgehen nichts mehr hören. Die *Stimme ihres Gewissens* ist nicht wachgeworden.»¹² Laut Meinungsumfragen der Amerikaner in ihrer Zone

sank die Zustimmung zur Entnazifizierung von 54 Prozent Anfang 1946 auf 32 Prozent im folgenden Jahr. Den niedrigsten Stand erreichte sie 1949 mit 17 Prozent.¹³

Besonders unbeliebt war die Entnazifizierung in konservativen, weltabgewandten ländlichen Gemeinden, und zwar aus recht einfachen, unpolitischen Gründen. Dort waren die Angeklagten häufig lokale Respektpersonen, die allgemeines Vertrauen genossen. Die Gemeindesolidarität gewann oftmals, um nicht zu sagen für gewöhnlich, die Oberhand über die Forderungen einer politischen Justiz, die nur wenige Ortsansässige, ob sie nun Nationalsozialisten waren oder nicht, anerkannten. Der Arzt, der Lehrer, der Polizist oder der ländliche Kaufmann mögen Nationalsozialisten gewesen sein, aber sie waren diejenigen, denen die Menschen vertrauten. Wenn ihnen nun durch ein paar Opportunisten und/oder unpatriotische deutsche Störenfriede – was die Mitglieder der Spruchkammern in den Augen vieler Landbewohner waren – ihre wichtigen Stellungen in der Gemeinde genommen wurde, rief dies tiefen Groll hervor.

In vielen Teilen der amerikanischen Besatzungszone wurden die Mitarbeiter der Spruchkammern wie Aussätzige behandelt. Daher war es – zumal angesichts des Mangels an unbelasteten Rechtsanwälten und Beamten – kaum überraschend, dass qualifiziertes Personal äusserst knapp blieb. Tatsächlich fehlte es generell an Mitarbeitern. Die amerikanische Special Branch führte im Oktober 1946 in einem Bericht über die Spruchkammer in Steinach, einer Kleinstadt rund eine Autostunde westlich von Nürnberg, einen besonders tragikomischen Fall an:

«Die Spruchkammer dieses Landkreises ist eine der unfähigsten im ganzen Land. Der Vorsitzende und der öffentliche Ankläger sind gewöhnliche Bauern und praktisch Analphabeten. Es gibt einen jungen Jurastudenten, der bis jetzt allein die ganzé Verantwortung für die Verfahren getragen hat. Da weder der Ankläger noch der Vorsitzende fähig ist, auch nur annähernd vernünftige Anklagen oder Entscheidungen zu formulieren, verfasst dieser junge Mann abwechseln Anklageschriften

für den Ankläger und Entscheidungen für den Vorsitzenden. Daher befindet er sich in der prekären Situation, zuerst die Anklagen und dann eine Entscheidung über seine eigenen Anklagen zu verfassen. Diese juristische ‚Jekyll und Hyde‘-Situation ist eine grosse Belastung, und jetzt, nach vier Monaten, ist er einem Nervenzusammenbruch nahe. Neben seinen anderen Pflichten ist er auch noch für sämtliche Verwaltungsaufgaben zuständig.»¹⁴

Zu diesem Zeitpunkt waren Sachbeschädigungen an Spruchkammern und sogar gewalttätige Angriffe auf deren Mitglieder nichts Ungewöhnliches, und Drohungen gehörten gewissermassen zum Alltag. In Schwetzingen bei Mannheim wurde dem Vorsitzenden der örtlichen Spruchkammer in einem Brief vorgeworfen, er habe sich eines «schweren Verbrechens» schuldig gemacht, als er diesen Posten übernahm. Sollte sich eine Gelegenheit dazu ergeben, so drohte man, werde er die Konsequenzen seines Verhaltens tragen müssen; er solle an seine Familie denken. In einer anderen Kleinstadt wurden die Mitglieder der Spruchkammer davor gewarnt, dass man auf dem Marktplatz Galgen errichten und sie alle kopfüber an ihnen aufhängen werde. In Mainburg, das nicht weit von Steinach entfernt lag, trat der stellvertretende Vorsitzende der Spruchkammer aus Angst vor Angriffen von seinem Amt zurück. Büros von Spruchkammern wurden überfallen und verwüstet. Das Auto eines Vorsitzenden wurde in die Luft gesprengt (eine Tat, die einigen fanatischen ehemaligen Hitlerjungen nachgewiesen werden konnte), und ein Ankläger wurde in einem Dorf, das er dienstlich besuchte, mit Steinen beworfen.¹⁵

In Vilsbiburg, einer Kleinstadt in Niederbayern, hundert Kilometer nordöstlich von München, hatte es den Anschein, als würden örtliche Nationalsozialisten, die sowohl gegen die Spruchkammer als auch gegen den zuständigen amerikanischen Besatzungsoffizier Front gemacht hatten, die Oberhand gewinnen. Oberstleutnant John P. Bradford, der Chef der für den staatlichen Neuaufbau zuständigen Abteilung bei der Militärregierung in München, berichtete Albert C. Schweizer, dem Abteilungsleiter für Zivil-

angelegenheiten, in einem Brief vom 10. Oktober 1946 über den Besuch einer Delegation von Nazigegegnern, zu welcher der Landrat, ein früherer Polizeipräsident und der Ankläger der Spruchkammer gehört hatten. Sie beschwerten sich darüber, dass der örtliche amerikanische Offizier für öffentliche Sicherheit, offenbar ein Verbündeter der Nazigegegnern, auf Drängen der Reaktionäre in der Stadt abberufen worden war. Bradford schrieb:

«Sie stellten fest, dass die Versetzung von Leutnant Brooks, des früheren Offiziers für öffentliche Sicherheit bei diesem Kommando, von den nationalsozialistischen Elementen in jener Gemeinde offen als ihr Sieg gefeiert werde. Dementsprechend entmutigt seien die demokratischen Kräfte, die versucht hätten, in dieser hochgradig naziverseuchten Gemeinde ihren Pflichten nachzukommen. Zu dem Landrat habe man gesagt: ‚Wenn es so leicht ist, einen amerikanischen Offizier loszuwerden, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis auch du gehst.‘ Der öffentliche Ankläger der Spruchkammer erklärte, dass das Ansehen der antifaschistischen Kräfte gestärkt werden müsse. Andernfalls werde er sich zum Rücktritt gezwungen sehen, da er seine Aufgabe nicht erfüllen könne, wenn ihm derart offene Ablehnung entgegenschlage.»

Bradford forderte sofortiges Handeln:

«Der unterzeichnende Offizier ist überzeugt, dass die Versetzung von Leutnant Brooks durch die Militärregierung, ganz gleich, aus welchen Gründen sie erfolgt ist, in dieser Gemeinde zu einer Situation geführt hat, die unserer Politik völlig zuwiderläuft. Es muss etwas geschehen, damit die von Leutnant Brooks begonnene Überprüfung und Verfolgung der dortigen nationalsozialistischen Elemente effektiv fortgesetzt werden kann, um das Vertrauen der Menschen in die Stärke und Entschlossenheit der Militärregierung und in die demokratischen Prinzipien, die wir in jeder Gemeinde einzupflanzen versuchen, wiederher-

zustellen. Diese Abteilung hat Oberst Hastings gebeten, Leutnant Brooks nach Vilsbiburg zurückzuschicken, um im bevorstehenden Verfahren vor einem Berufungsgericht der Militärregierung die Anklage gegen Herrn Feistle, den Bürgermeister von Vilsbiburg, zu vertreten. Oberst Hastings hat dies zugesagt. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass dies allein ausreicht, um die Situation zu verbessern. Manche der vielen Nationalsozialisten in jener Gegend sind dort stark verwurzelt, und es wird erheblicher weiterer Anstrengungen eines entschlossenen und unnachgiebigen Ermittlers bedürfen, bevor echte Fortschritte bei der Bereinigung der höchst beunruhigenden Umstände, die dort herrschen, erreicht werden.»¹⁶

Am nächsten Tag konnte Bradford vermelden, dass man Brooks kurz vor seiner geplanten Abreise in die USA erreicht habe und es ihm, Bradford, zusammen mit drei Nachrichtendienstoffizieren gelungen sei, Oberst Hastings dazu zu bewegen, den Leutnant noch einen Monat dazubehalten, um den Fall des Bürgermeisters von Vilsbiburg voranzutreiben. «Damit scheint der Feistle-Fall in guten Händen zu sein», resümierte Bradford mit begrenzter Befriedigung, «aber das längerfristige Problem der anderen in der Gemeinde verwurzelten Nationalsozialisten in Vilsbiburg bleibt bestehen.»¹⁷ Dieser Fall dürfte eine erfolgreiche Ausnahme gewesen sein, denn viele ähnliche Berichte klingen eher hoffnungslos.

Schlimmer noch, selbst wenn Nationalsozialisten unter Anklage gestellt wurden, war häufig kein angemessenes Urteil zu erreichen. Bei der Verhängung von Bussgeldern, zum Beispiel, wurde völlig ausser Acht gelassen, dass die Reichsmark so gut wie nichts mehr wert war. Fünfzig Reichsmark, die vor dem Krieg für zwei Drittel der deutschen Arbeiter fast ein Zweiwochenlohn gewesen wären,¹⁸ waren mittlerweile nur noch Kleingeld. Im Sommer 1946 bemerkte Robert Lembke, ein Redakteur von Hans Habes *Neuer Zeitung*, auf einer Pressekonferenz der bayerischen Regierung, seine Redaktion erhalte viele Zuschriften, in denen Unverständnis für solche Urteile geäußert werde. Für eine Strafe von fünfzig Reichsmark

hätte man sich selbst auch mehr erlauben können. Wenn die Vergehen dieser Leute wirklich so gering seien, wäre es besser, sie ihre Strafe abarbeiten zu lassen, anstatt sie mit dieser lächerlichen Summe zu bestrafen, die angesichts dessen, dass heutzutage eine Schachtel Zigaretten fast so viel koste, geradezu ein Hohn sei.¹⁹

Eine Stichprobe der Special Branch in Heidelberg ergab, dass 80 Prozent der als «Mitläufer» verurteilten Nationalsozialisten, die wahrscheinlich ähnliche Bussgelder hatten zahlen müssen wie die, über die sich Lembke beklagt hatte, in stärker belastete Kategorien hätten eingestuft werden müssen. In einem Artikel über die Fortschritte der Entnazifizierung erwähnte das *Weekly Information Bulletin* der amerikanischen Militärregierung, wobei es trotz aller Probleme um einen positiven Tenor bemüht war, den Fall eines vor eine bayerische Spruchkammer geladenen 50-jährigen Gewerbeschullehrers, der

«seit dem 1. Mai 1933 Parteimitglied, 1938 bis 1945 Propagandaführer, 1935-1945 Mitglied des NS-Lehrerbundes und 1937-1940 in dessen Vorstand, seit 1934 in NSV und NSKOV [Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung] und 1935-38 im Reichskolonialbund [gewesen war]. Vom 1. September 1944 bis zum 30. November 1944 war er beim Befestigungsprogramm in Italien beschäftigt. Von 1934 bis 1937 war er ehrenamtlicher Kulturberater der Reichskammer der bildenden Künste. Ausserdem war er Lehrer an der Kunstakademie. 1935 wurde er von der Stadt München zum Beamten gemacht. Er war in der Ortsgruppe aktiv.»

Ein mittelgrosser Fisch also, aber definitiv kein vorgetäuschter, sondern ein aktiver Nationalsozialist. Der Ankläger hatte beantragt, ihn als Belasteten einzustufen, das heisst in die zweithöchste Kategorie, was seinen dauerhaften Ausschluss vom öffentlichen Dienst und von akademischen Berufen bedeutet hätte. Doch die Spruchkammer widersprach und stufte den Mann als Minderbelasteten ein. Er wurde zu einer Bussgeldzahlung von 5'000 Reichsmark (oder fünfzig Tagen Arbeit) verurteilt und musste

die Verfahrenskosten von 7'000 Reichsmark tragen. Am wichtigsten war jedoch, dass lediglich eine dreijährige Bewährungszeit mit Ausschluss von leitenden Stellen verhängt wurde, nach der er – wenn er sich tadellos verhielt – seine Karriere fortsetzen konnte. Als Grund für das milde Urteil verwies die Spruchkammer auf die Aussagen mehrerer glaubwürdiger Zeugen, denen zufolge er jedem selbstlos geholfen habe, ohne Propaganda für die Partei zu betreiben. So habe er eine Frau mit vier Kindern unterstützt, die nach einer Denunziation von der Gestapo für längere Zeit inhaftiert worden sei. Nach Meinung der Spruchkammer war zu erwarten, dass er nach der Bewährungszeit seine Pflichten als Bürger eines friedlichen, demokratischen Staats erfüllen würde.²⁰

Die Spruchkammern wurden bald von einer Flutwelle von «mildern den Umständen» überschwemmt – angebliche Hilfsbereitschaft gegenüber Dissidenten und Nazigegnern, Freundlichkeiten gegenüber Armen und Verfolgten. Selbst in der Wolle gefärbte Nationalsozialisten fanden für gewöhnlich Zeugen, die für sie sprachen. Die Auflösung besonders nachsichtiger Spruchkammern und Interventionen der Special Branch scheinen wenig Erfolg gehabt zu haben. Auch eine Direktive vom September 1946, in der verlangt wurde, dass deutsche Mitarbeiter der Spruchkammern «politische und moralische Qualitäten» besitzen sollten, «die sie in die Lage versetzen, den Aufbau wahrhaft demokratischer Institutionen in Deutschland zu unterstützen», änderte kaum etwas.²¹ Im nächsten Monat zeigte eine Auswahl beliebter Witze, die man sich in München und seiner Umgebung erzählte, wie wenig die Menschen von den Spruchkammern hielten. Einer der Witze lautete: «Frage: Was ist der Unterschied zwischen einer Spruchkammer und einem Fischernetz? Antwort: Ein Fischernetz fängt die Grossen und lässt die Kleinen entkommen.» Und aus Berchtesgaden berichtete ein CIC-Agent, dort spreche man im Scherz davon, dass dankbare Nationalsozialisten die Errichtung eines Spruchkammerdenkmals erwägen würden und der inzwischen aus der Mode gekommene Gruss «Heil Hitler!» durch «Heil Hoegner!» ersetzt werden könne.²²

Dass ein von den Amerikanern ernannter Politiker wie der «saubere» bayerische Ministerpräsident Hoegner derart verhöhnt werden konnte, war symptomatisch für die ernsten Probleme. Einige Wochen später äusserte sich Clay in einer Rede vor deutschen Politikern im Länderrat «zutiefst enttäuscht» über die Mängel der Entnazifizierung. Er habe persönlich 575 Spruchkammerverfahren gegen «Hauptschuldige» geprüft und festgestellt, dass nahezu zwei Drittel als «Mitläufer» neu eingestuft und weitere 49 gänzlich entlastet worden seien. Er setzte den Spruchkammern eine Frist von sechzig Tagen und drohte damit, dass die Amerikaner die Entnazifizierung wieder in die eigenen Hände nehmen würden, falls sie sich nicht besserten.

Innerhalb der amerikanischen Militärregierung in Frankfurt am Main wurde darüber diskutiert, wie weit die Kontrolle, wenn man sie denn wieder ausüben würde, gehen sollte. Doch am Ende blieb fast alles beim Alten. Trotz Clays Drohung schlug niemand ernstlich vor, die Entnazifizierung den Deutschen wieder aus den Händen zu nehmen. Es wäre einfach zu schwierig gewesen. Die bedeutsamste konkrete Entscheidung war, dass den Spruchkammern verboten wurde, weiterhin Nationalsozialisten, die bereits vor dem März 1946 von den Amerikanern ausgeschlossen worden waren, wieder zu Amt und Würden zu verhelfen.²³

Diese Regelung war offenkundig nicht gerecht. Denn sie bedeutete, dass jene Nationalsozialisten, die aus dem einen oder anderen Grund bei der Entnazifizierung als Erste an die Reihe gekommen waren, am meisten zu leiden hatten. Wem es, obwohl genauso schwer belastet, gelungen war, den Tentakeln des amerikanischen Entnazifizierungssystems bis zum März 1946 zu entweichen, hatte gute Chancen, von seinen Landsleuten ein weit weniger drakonisches Urteil zu erhalten – insbesondere ab Juni, nachdem der kommunistische Eiferer Schmitt aus dem Amt geschieden war.

Von den Spruchkammern wurden insgesamt fast eine Million Einwohner der amerikanischen Besatzungszone überprüft, von denen allerdings nicht alle persönlich erscheinen mussten. Nur 25'000 von ihnen wurden als

«Hauptschuldige» eingestuft und damit vom öffentlichen Leben und leitenden Stellungen ausgeschlossen. Annähernd 600'000 wurden als «Minderbelastete» beurteilt, was zumeist die vorübergehende Suspendierung von verantwortlichen Posten sowie eine (in nahezu wertloser Reichsmark zu zahlende) Geldbusse nach sich zog. Einer Statistik der amerikanischen Militärregierung zufolge verlor zwischen 1945 und 1947 ein Drittel der Ex-Nationalsozialisten seine Stellung; bis Ende 1947 wurden die meisten allerdings wieder eingestellt.²⁴ Tatsache ist, dass andernfalls die öffentliche und private Infrastruktur vor enormen Schwierigkeiten gestanden hätte und möglicherweise völlig zusammengebrochen wäre.

Am Anfang, als die US-Armee die Entnazifizierung mit grosser Entschlossenheit betrieb, hatte man eine schwere Bestrafung auch durch einen Wechsel in die britische Besatzungszone hinausschieben (und vielleicht ganz vermeiden) können, wo es schon in der frühen Besatzungszeit weit weniger streng zugeht. Nicht, dass die Briten nichts unternahmen. So fahndeten sie etwa entschlossen nach jenen Deutschen, die Kriegsverbrechen an britischen Kriegsgefangenen oder gefangenen alliierten Flugzeugbesatzungen begangen hatten.

Im späten Frühjahr und Sommer 1945 durchkämmten mobile Ermittlungsteams die britische Besatzungszone. In einem besonderen Fall, der in den britischen Akten sorgfältig dokumentiert ist, einschliesslich der Aussagen- und Prozessprotokolle, wurde der Reservepolizist Hans Renoth vor einem britischen Militärgericht wegen des Mordes an einem RAF-Piloten angeklagt, der am 16. September 1944 mit seinem einsitzigen Jagdbomber in Nordwestdeutschland, nahe der niederländischen Grenze, eine Bruchlandung gemacht hatte. Obwohl Wachtmeister Renoth zugab, auf den Piloten geschossen zu haben, war der Fall nicht einfach, denn es waren noch einige andere Beamte beteiligt. Die Männer waren aus der Kleinstadt Elten bei Emmerich gekommen, nachdem ein Bauer den Absturz telefonisch bei Renoth gemeldet hatte. Daraufhin waren sie in einem Auto, das zwei in der Stadt stationierten Fernmeldehauptmännern gehörte, zum Unglücksort ge-

fahren. Mit im Auto befanden sich ein Oberwachtmeister und zwei Zollbeamte, die zugleich politische Posten innehatten, so dass insgesamt sechs Beamte am Ort des Geschehens erschienen. Gegenüber britischen Vernehmungsoffizieren sagte Renoth im Juli 1945 zunächst Folgendes aus:

«Wir sahen das abgestürzte Flugzeug. Der Pilot war nicht zu sehen. Auf der Suche mussten wir in Deckung gehen, weil andere Flugzeuge in der Luft waren. Nachdem die anderen Flugzeuge abgeflogen waren, suchten wir weiter nach dem Piloten. Der Pilot befand sich rund 50 Meter entfernt vom Flugzeug in einem Graben, in Richtung Flakstand. Ich forderte ihn auf zu kommen. Er kam gleich mit. Ich durchsuchte ihn vorher, fand aber keine Waffen. Ich ging mit dem Piloten in Richtung des Flugzeuges zu den Hauptleuten. Auf dem Wege entrissen mir zwei Soldaten und zwei politische Leiter und Pelgrim mit dem Vermerk ‚Du willst mit dem Hund, der unsere Frauen und Kinder ermordet hat, noch freundlich sein?’ den Piloten. Meiner Meinung nach kamen die Soldaten von der Bahn. (Oder Reichsstrasse). Eine Schlägerei ging los. Es waren anwesend: 2 Soldaten, 2 politische Leiter und Pelgrim. Man schlug den Piloten fast tot. Ich beteiligte mich nicht an der Schlägerei, sondern entfernte mich und ging zu den Hauptleuten. Wir unterhielten uns flüchtig, Tatbestand unbekannt. An den Inhalt erinnere ich mich nicht mehr. Ich sah, dass der Karabiner Modell 98 in zwei Stücke geschlagen war. (Pelgrim war in Besitz des Karabiners). Meine Meinung ist, dass man den Piloten so geschlagen hat, dass das Gewehr brach. Hauptmann Korkes gab mir den Befehl, dem Piloten den Gnadenstoss zu geben, und ich führte den Befehl aus. Meiner Verteidigung gemäss, hatte ich den Befehl auszuführen. Ich machte keine Einwendungen. Ich bekam ein Schreiben von Hauptmann Korkes. Dieses Schreiben gab ich weiter an den Kreisführer der Gendarmerie/Wesel/Landratsamt (Name: Harmann). Ich versetzte ihm einen Schuss in die Brust auf 5 bis 7 Meter Entfernung. Der Tod trat sofort lautlos ein.»²⁵

Im Januar 1946 wurden vier der am Tatort Anwesenden vor Gericht gestellt. Die beiden Fernmeldehauptmänner werden in den Prozessakten nicht erwähnt. Nach zweitägiger Verhandlung befand man nur den unglücklichen Reservepolizisten Renoth des Mordes für schuldig und verurteilte ihn zum Tod. Pelgrim, der anscheinend mit seinem Gewehr die tödlichen Schläge ausgeführt hatte, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, und die beiden politischen Führer erhielten als Mitschuldige und mögliche Beteiligte jeweils 10 Jahre. Obwohl Renoth beteuerte, dass der Pilot bereits tot gewesen sei, als er auf ihn schoss (was durch eine vom Gericht beauftragte pathologische Untersuchung bestätigt wurde), und obwohl der Anklagevertreter anerkannte, dass er auf Befehl gehandelt hatte, wurde er am 7. März 1947 gehängt. Der Brigadegeneral, der das Urteil dem Oberbefehlshaber der Rheinarmee zur Bestätigung vorlegte, bemerkte dazu nur: «Ich denke, das Todesurteil für Renoth ist gerechtfertigt, aber mir wäre wohlher, wenn man auch Pelgrim zum Tod verurteilt hätte.»²⁶

Zu diesem Zeitpunkt vollstreckte meist der bekannte britische Henker Albert Pierrepoint die Todesurteile. Obwohl in England viel beschäftigt, reiste er regelmässig in die britisch besetzten Gebiete in Deutschland und Österreich, wo er zwischen Dezember 1945 und Ende 1947 rund zweihundert Kriegsverbrecher erhängte, darunter mehrere, die für schuldig befunden worden waren, RAF-Flugzeugbesatzungen getötet zu haben. Er hängte auch den britischen Verräter John Amery sowie William Joyce, «Lord Haw-Haw» genannt, einen in Amerika geborenen britischen Faschisten, der von Berlin aus Rundfunkpropaganda für die Nationalsozialisten betrieben hatte. Zwischen diesen Aufträgen, die ihm zu einer gewissen Berühmtheit verhelfen, führte er ein Pub in Lancashire, das sinnigerweise «Help the Poor Struggler» hiess, also etwa: Hilf dem armen Strampelnden (*to struggle* heisst [mit Mühsal] kämpfen, aber eben auch strampeln oder baumeln).²⁷

Der Prozess in Elten galt als ein Beispiel von vielen für eine harte Justiz, aber nach den Akten dieses und ähnlicher Fälle zu urteilen war an dem

Gerichtsverfahren selbst nichts auszusetzen. Der RAF-Pilot war ein legaler Kombattant, der getötet worden war, nachdem er sich dem Feind ergeben hatte. Damit war ein Kriegsverbrechen begangen worden, ganz gleich, wer dafür verantwortlich gemacht wurde.

Aber was war in weniger klaren Fällen? Im Winter 1944/45 hatte man darüber diskutiert, ob Verbrechen, die nicht an Briten oder anderen Alliierten (Franzosen, Belgiern, Niederländern und anderen), sondern an deutschen Staatsbürgern begangen worden waren (Juden, zum Beispiel), von alliierten Gerichten abgeurteilt werden konnten, und wenn ja, nach welchem Recht. Liessen sich diese Vergehen als «Kriegsverbrechen» bezeichnen? Offensichtlich nicht.

Im ersten grossen Gerichtsverfahren gegen Beteiligte am Massenmord von KZ-Insassen – dem sogenannten Belsen-Prozess, der am 17. September 1945 in Lüneburg in der britischen Besatzungszone begann – wurden den Angeklagten nicht Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschheit vorgeworfen, sondern die Ermordung bestimmter alliierter Staatsbürger. Mit anderen Worten, sie wurden auf die gleiche Weise zur Rechenschaft gezogen wie der unglückliche Reservepolizist Renoth. Man hielt die Angeklagten für schuldig am Tod Tausender von Menschen, aber um dieses Rechtsproblem zu umgehen, klagte man sie «nur» des Mordes an einer kleinen Zahl von alliierten Staatsbürgern an, deren Tod als Kriegsverbrechen eingestuft werden konnte. Die zwanzig in der Anklageschrift genannten Opfer, unter ihnen drei Briten sowie Polen, Ungarn, Belgier, Franzosen, Niederländer und Sowjets,²⁸ standen stellvertretend für Tausende von unbekanntem unschuldigen Toten aller Nationalitäten, einschliesslich Deutscher und Österreicher.

Die United Nations War Crimes Commission erklärte in der Einleitung zu ihrem Bericht über den Belsen-Prozess: «Die Jurisdiktion wurde nach dem Militärgesetz festgestellt, das Gerichte unter dem Vorbehalt, sich gemäss Königlichem Haftbefehl auf Verbrechen gegen alliierte Staatsbürger zu beschränken, berechtigt, Kriegsverbrechen abzuurteilen.»²⁹ Dies bedeutete auch, dass das Verfahren nach britischem Recht und somit nach angelsächsischer Gewohnheit kontrovers geführt wurde, wozu unter ande-

rem das Recht gehörte, Zeugen in ein scharfes Kreuzverhör zu nehmen. Die britischen Anwälte, welche die Verteidigung von Josef Kramer, dem Kommandanten von Bergen-Belsen in den letzten schrecklichen Monaten des Lagers (zuvor war er unter anderem Kommandant von Auschwitz-Birkenau gewesen), und seiner Mitangeklagten übernommen hatten, ergriffen daher jede Gelegenheit, um häufig obskure Rechtsfragen zu erörtern, ihre Klienten im bestmöglichen Licht erscheinen zu lassen und die Aussagen der Zeugen der Anklage in Zweifel zu ziehen – selbst wenn es sich um ausgemergelte, augenscheinlich immer noch traumatisierte Lagerinsassen handelte, die monatelang in DP-Lagern ausgeharrt hatten, um von ihren erschütternden Erlebnissen zu berichten.

Die kontroverse Natur des Verfahrens führte zu solch haarsträubenden Äusserungen wie der Vermutung von Kramers Verteidiger, Major T.C.M. Winwood, das Verhalten seines Klienten sei möglicherweise durch die Tatsache zu erklären, dass er es mit «dem Bodensatz der Ghettos von Osteuropa» zu tun hatte. Der Verteidiger von Ilse Grese, einer Sadistin, die die Gewohnheit hatte, Gefangene sowohl in Bergen-Belsen als auch in Auschwitz zu Tode zu peitschen, behauptete, sie sei nicht die «Bestie», sondern der «Sündenbock» von Bergen-Belsen. Im Übrigen habe es sich um ein Gefangenenlager gehandelt, weshalb die körperliche Bestrafung «ein den Umständen entsprechendes vertretbares Verhalten» gewesen sei.³⁰

Der Oberste Militärstaatsanwalt der britischen Armee, C.L. Sterling, ein Zivillist, ging in seinem Schlussplädoyer ungewöhnlich weit bei der Wahrung des «Fairplay», indem er das fünfköpfige Militärgericht daran erinnerte, bei ihrer Beurteilung des Falls zu bedenken, dass ein grosser Teil der Beweise «vage» sei. Das Gericht, fügte er hinzu, «müsse davon überzeugt sein, dass ein Angehöriger des Personals des Konzentrationslagers Auschwitz oder Bergen-Belsen absichtlich ein Kriegsverbrechen begangen habe; die Zugehörigkeit zum Personal allein reiche nicht aus, um eine Verurteilung zu rechtfertigen».³¹

Diese Äusserungen lösten international einen Aufschrei der Empörung aus, insbesondere in Frankreich und der Sowjetunion. Die Richterbank in

einem Prozess im Londoner Old Bailey, sagen wir, wegen eines Vorstadtmordes gegen einen bisher unbescholtenen Angeklagten an die anzulegenden Massstäbe zu erinnern, ist eine Sache. Dies im Rahmen des Belsen-Prozesses zu tun, war etwas völlig anderes und für Millionen Menschen, die eine gerechte Ahndung der Verbrechen in den Konzentrationslagern erwarteten, schlicht unbegreiflich.

Der Prozess endete zwei Monate später mit 30 Verurteilungen und 14 Freisprüchen. Elf Angeklagte – unter ihnen Grese und zwei ihrer Kolleginnen – wurden zum Tod verurteilt, ein Angeklagter erhielt lebenslanglich, und die restlichen Verurteilten bekamen Haftstrafen zwischen einem und 15 Jahren. Die Hinrichtungen fanden im Gefängnis von Hameln statt, wiederum mit Pierrepoint als Ausführendem. Im Vergleich dazu wurden im ersten amerikanischen KZ-Prozess, der vom 15. November bis 13. Dezember 1945 stattfand, alle 40 Angeklagten, ehemalige Angehörige der Mannschaft des berüchtigten Konzentrationslagers Dachau, für schuldig befunden. Von den 36 Todesurteilen wurden schliesslich 28 vollstreckt.

Sogar der britische Premierminister Clement Attlee fühlte sich bemüht, seinem Kriegsminister, dem obersten Dienstherrn des Militärstaatsanwalts, ein Schreiben zukommen zu lassen, in dem er mit Blick auf das Beispiel des Belsen-Prozesses seine Sorge über den Mangel an «Elan und Energie» ausdrückte. Der Justizminister (und britische Chefankläger im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess) Hartley Shawcross verlangte ein «beschleunigtes Programm für Kriegsverbrechen». Ihm war allerdings klar, dass man niemals alle Verantwortlichen für die zahllosen und häufig unaussprechlichen Gräueltaten, die während der nationalsozialistischen Besetzung Europas begangen worden waren, finden werde:

«Es gibt Zehntausende von Deutschen, die für Millionen Morde verantwortlich sind. Wir müssen uns als absolute Untergrenze setzen, in der britischen Zone mindestens zehn Prozent dieser Verbrecher strafrechtlich zu verfolgen. Das sind rund zweitausend Personen. Ich lege

als nicht reduzierbares Minimum fest, dass wir bis 30. April 1946 fünf-hundert Fälle vor Gericht bringen.»³²

Attlee war damit nicht einverstanden. Er wandte ein, eine solche Fristsetzung «hätte mit Sicherheit zur Folge, dass eine grosse Zahl von Verbrechern ungestraft und auf freiem Fuss bleiben würde». Er sollte recht behalten. Selbst Hartleys relativ moderate Zielvorgabe wurde nicht erfüllt. Nur ein Jahr nach Kriegsende hörte die britische Armee in Deutschland auf, Ermittlungen in nichtbritischen Fällen durchzuführen. Eine Wiederholung des Belsen-Prozesses sollte es nicht geben. Fortan war es Angelegenheit der Nationen, deren Angehörige ermordet worden waren, diese Verbrechen zu verfolgen.

Was die allgemeine Entnazifizierung in der britischen Besatzungszone anging, so hatten einflussreiche Figuren in London, insbesondere im Aussenministerium, eine weitreichende Säuberung stets abgelehnt. John Troutbeck, der Chef der Deutschlandsektion im Aussenministerium, hatte schon 1943 davor gewarnt, dies würde dazu führen, dass man «mehr administrative Verantwortung, als klug oder notwendig ist», übernehmen müsste.³³ Unterstützung fand er bei Edward Playfair, der den Morgenthauplan ebenfalls bekämpfte und für den Fall, dass Grossbritannien den deutschen Staatsapparat zerschlagen und versuchen sollte, seine Besatzungszone allein zu verwalten, den Staatsbankrott voraussagte.³⁴ In einem Artikel in der *Time* wurde in gereinigter Form die Ansicht eines britischen Beamten wiedergegeben: «Wir sagen den Bastarden, was sie tun sollen, wissen Sie, so dass ihre politische Einstellung keine grosse Rolle spielt.»³⁵ In der britischen Zone stiess pragmatisches Denken noch mehr als in den anderen Besatzungszonen mit dem Sinn für Gerechtigkeit zusammen, und während sich nach 1945 das Drama der Entnazifizierung entfaltete, führte diese Auseinandersetzung zu einer Art tragikomischem Fiasko.

Die Situation wurde dadurch komplizierter, dass im Juli 1945 eine linke Labour-Regierung gewählt wurde, in deren Reihen sich viele leidenschaftliche Nazigegner mit häufig idealistischen Vorstellungen befanden,

die eine radikale Veränderung sowohl im Inland als auch im besiegten Deutschland anstrebten. Auch die öffentliche Meinung wirkte der natürlichen Neigung des Aussenministeriums entgegen, dem Richtigen, aber Schwierigen das Funktionierende und das Leben Erleichternde vorzuziehen. Zu lebendig waren noch die Kriegserfahrungen und zu entsetzlich die Nachrichten über die Konzentrationslager und das ganze Ausmass der nationalsozialistischen Gräueltaten, die von den vorrückenden alliierten Truppen ans Tageslicht gebracht wurden. Churchills vorübergehendes (wenn auch eine Zeitlang offenbar enthusiastisches) Eintreten für Morgenthau «karthagischen Frieden» und der Einfluss der «Morgenthau-Boys» auf die Planungen in der Endphase des Krieges brachten die führenden Köpfe im Aussenministerium in Schwierigkeiten. Allerdings vermochte der Strafgedanke die Planungen nicht im gleichen Mass zu dominieren wie in Washington.

Die britische Politik bestand, ob man es nun zugab oder nicht, darin, hohe deutsche Beamte samt und sonders zu entlassen, um sie anschliessend, wenn sie sich bei weiteren Nachprüfungen als «akzeptabel» (ein typischer Aussenamtsausdruck) erwiesen, wieder einzustellen. Ausserdem fand man verschiedene Formulierungen, die den britischen Vertretern vor Ort in Deutschland einen gewissen Ermessensspielraum zubilligten, gleichzeitig aber den Anschein von Härte und Entschlossenheit aufrechterhielten, wie: «Deutschen, denen gestattet wird, im öffentlichen Dienst (d.h. in Polizei oder Verwaltung) beschäftigt zu bleiben oder in ihm angestellt zu werden, sollte klar sein, dass sie ihre Stellung nur auf Bewährung haben.» Die Amerikaner akzeptierten dies, während der sowjetische Aussenminister Wjatscheslaw Molotow in Potsdam mit Recht einwandte, die Westmächte hätten sich damit ein Schlupfloch geöffnet, um «nützliche» Deutsche zu behalten.³⁶

Anders als die Amerikaner, die anfangs eine starke moralische beziehungsweise ideologische Abneigung dagegen verspürten, Nationalsozialisten in öffentlichen Ämtern oder auf einträglichen Posten in Industrie und Handel zu belassen, betrachteten die Briten frühere Nationalsozialisten vor

allem als Sicherheitsrisiko. Ausserdem verfügten die Amerikaner über ein grosses Reservoir an deutschsprachigem Personal, seien es nun «arische» Deutschamerikaner oder deutschjüdische Flüchtlinge, die sich nach 1933 in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten. Abgesehen von Emigranten wie George Clare und seinen Kollegen, die für gewöhnlich auf Gebieten eingesetzt wurden, auf denen deutsche Sprachkenntnisse erforderlich waren, blieben die meisten britischen Offiziere bewusst einsprachig. Auch die Zivilbeamten, die in zunehmendem Mass zur Aufsicht über die deutsche Wirtschaft eingesetzt wurden, während die Enteignungen von Unternehmen im Jahr 1946 voranschritten, waren kaum besser.

Einen Vorteil hatten die Briten zweifellos in Gestalt von Gerald Templers. Der 46-jährige General, der sich im Krieg als Divisionskommandeur bewährt hatte, wurde im März 1945 von Montgomery zum Direktor der Militärregierung ernannt, die im grossen Ganzen die alltägliche Verwaltung der britischen Besatzungszone erledigte – anfangs mit nicht mehr als fünfzig Offizieren.³⁷ Er hatte etwas von einem Zuchtmeister und war sicherlich ein Mann mit viel Energie und Entschlossenheit. Insbesondere selbstzufriedene Nachlässigkeit war ihm ein Dorn im Auge. «Offiziere der Militärregierung», schrieb der Historiker Noel Annan, damals ein hoher Nachrichtendienstoffizier, «die zuvor glückliche Stunden damit zugebracht hatten, die besten Häuser zu requirieren und die Messen mit Wein und Schnaps zu versorgen, mussten plötzlich bis in den Abend hinein daran arbeiten, die deutsche Verwaltung wiederaufzubauen und Templers Pläne in die Tat umzusetzen.» Das bedeutete nicht, dass kurzfristig alle deutschen Nachkriegsprobleme gelöst werden konnten. Über einen speziellen Kraftakt Templers urteilte Annan:

«Pferde wurden zu drei Sammelstellen gebracht, um mit der Eisenbahn in die wichtigsten Landwirtschaftsgebiete transportiert zu werden. 800 Eisenbahnbrücken und 7'000 Meilen Gleise wurden bis zum Jahresende [1945] repariert. Aber die Ernährungskrise verschwand nicht, der schwarze Markt blühte, und die Menschen verliessen ihre Arbeitsstel-

len, um zu handeln oder um Bauernhöfe aufzusuchen und dort ihre Besitztümer einzutauschen.»³⁸

Andererseits wäre die Lage ohne eine solche Führung vielleicht noch schlimmer gewesen. Templer organisierte später eine erfolgreiche Kampagne gegen einen kommunistischen Aufstand in Malaysia, die von Vietnam bis Afghanistan zum Vorbild für die Aufstandsbekämpfung wurde.

Annan, der in Berlin stationiert war und fließend Deutsch sprach, verfasste eine Reihe einflussreicher Berichte. Er befand sich in einer günstigen Position, um die Vorzüge und Schwächen der britischen Verwaltung zu beobachten und die britische Sichtweise der Probleme des Landes mit der Perspektive der Deutschen zu vergleichen. Ausserdem stand er mit William Strang, dem politischen Berater des Militärgouverneurs, auf gutem Fuss. Strang war aus den Niederungen der öffentlichen Schulen in die Höhen der Aussenamtselite aufgestiegen. «Er sah wie ein Prokurist aus», erinnerte sich Annan. «Aber wenn er sein Gegenüber als obstruktiv ansah, dann wurde er zum Terrier und zerfetzte seine Argumente in der Luft.»

Im Oktober 1945 begleitete Annan Strang auf einer Reise durch Deutschland. Wie er berichtete, nahm man an, dass die Besetzung zwanzig Jahre dauern würde, in denen die Deutschen langsam und von Grund auf wieder lernen mussten, sich selbst zu regieren. Dementsprechend wurde in Gestalt von Harold Ingrams ein früherer Kolonialbeamter hinzugezogen, der überall in der Zone aus als zuverlässig geltenden Deutschen – Geschäftsleute, Gewerkschafter, Geistliche, Rechtsanwälte und so weiter – Räte bildete. Eigeninitiative wurde von diesen Räten nicht erwartet. Sie waren, laut Annan, vor allem dazu da, britische Anweisungen auszuführen:

«Ingrams neigte dazu, die Deutschen zu behandeln, als wären sie ein besonders intelligenter Beduinenstamm. Diskussionen im schattigen Zelt waren erlaubt, bis der Kolonialoffizier seinen Stock in den Boden

rammte und seine Entscheidung bekanntgab. Diese Haltung brachte die Deutschen auf.»

Der Nazigegner Kurt Schumacher, der von Hannover aus rasch zum Führer der Nachkriegssozialdemokratie wurde, war empört. «Wir sind kein Negervolk», sagte der leidenschaftliche ehemalige KZ-Häftling zu Annan.

Hauptaufgabe der Militärregierung war es, für einen funktionierenden Alltag zu sorgen, um die Besatzungszone stabil zu halten. «Die Briten waren Technokraten», bemerkt Annan und fährt fort:

«Sie bevorzugten den Status quo. Von Anfang an standen sie der SPD ... misstrauisch gegenüber, weil die Linke den Status quo gefährdete. Deshalb musste man ihr das Leben schwer machen, und so geschah es. Betriebsräte wurden verboten. Nationalsozialisten sollten von den Briten aus ihren Wohnungen geworfen werden, aber nicht von übereifrigen Deutschen. Manche Stadtverwaltungen versuchten bekannte Nationalsozialisten zur Trümmerbeseitigung zu zwingen – die Militärregierung untersagte es. Wenn sich ein Komitee von KZ-Opfern bildete, um die Entlassungen aus den Lagern zu überwachen, wurde es augenblicklich verboten ... Ein Neubeginn hatte daher keinen Sinn. Als die Militärregierung die gewöhnlichen Deutschen aufrief, ihr bei der Unterscheidung zwischen abscheulichen glühenden Nationalsozialisten und bloss nominellen Parteimitgliedern zu helfen, erwiderten die gewöhnlichen Deutschen: ‚Ohne mich!‘»³⁹

Tatsächlich gestaltete sich die Entnazifizierung in der britischen Besatzungszone ähnlich oberflächlich wie in der amerikanischen: ein endloser Fragebogen, fünf Belastungskategorien und natürlich die Verhaftung derjenigen, die man für ernsthafte Handlanger des Hitlerregimes hielt. Da sie nicht unter den wachsamen Augen der Sozialingenieure der Frankfurter Schule handelten, waren die Briten nicht wie die Amerikaner genötigt, alle Deutschen über 18 Jahre einen Fragebogen ausfüllen zu lassen. Sie konnten sich auf jene beschränken, die im öffentlichen Dienst und in Staatsun-

ternehmen beschäftigt waren oder Beschäftigung suchten.⁴⁰ Dies führte zu einigen bizarren Merkwürdigkeiten. So fand George Clare, der an der Entnazifizierung der Medien und der Unterhaltungsbranche im Nachkriegsberlin mitwirkte, eines Tages sein Büro voller «Liliputaner» vor, wie man kleinwüchsige Menschen in den vierziger Jahren noch nannte. «Winzige Männer und Frauen», erzählt Clare,

«standen auf den Stühlen rund um den grossen Tisch und beugten sich über ihre Fragebogen. Eine andere Gruppe in der Mitte des Raums stritt mit piepsigen Stimmen heftig darüber, ob Fragén wie ‚Haben Sie in der allgemeinen oder der Waffen-SS gedient?‘ oder Welches war der letzte Rang, den Sie in der Wehrmacht innehatten?‘ von ihnen beantwortet werden müssten. Zwei kleine Kerle, die von dem Unsinn offenbar genug hatten, übten in einer Ecke Handstand, und da nicht genügend Stühle für alle vorhanden waren, lasen einige ihren Fragebogen bäuchlings auf dem Teppich liegend.»⁴¹

Wie sich herausstellte, waren Clares Gäste Mitglieder einer bekannten Zirkustruppe. Anscheinend war jemand zu dem Schluss gelangt, sie müssten, da sie in der Öffentlichkeit auftraten, als sicherheitsrelevante Medienvertreter behandelt werden und seien daher auf ihre politische Zuverlässigkeit zu prüfen.

Wie die Amerikaner begannen auch die Briten, wenn auch etwas zögerlicher, die Deutschen zu beteiligen, indem sie im Januar 1946 «Entnazifizierungsausschüsse» bildeten. Sogar eine deutsche Berufungsinstanz wurde geschaffen, deren Entscheidungen die Briten allerdings, wenn sie es für nötig hielten, überstimmen konnten.

Bis Juni 1946 wurden 66'000 Deutsche verhaftet und in zivile Internierungslager eingewiesen oder, in besonders schweren Fällen, ins Gefängnis gesteckt. 24'000 Fälle wurden binnen eines Monats geklärt, so dass noch 42'000 Personen in Haft waren, von denen fünfhundert schliesslich vor Gericht gestellt wurden. In etwas mehr als zwei Jahren nach dem

VE-Day wurden zwei Millionen Fragebogen ausgewertet und rund 350'000 Deutsche vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen.⁴²

Das britische Vorgehen war nicht nur weniger rigoros als das amerikanische, sondern auch langsam und inkonsequent, was aus Sicht der deutschen Bevölkerung schlimmer war als die Strenge der Amerikaner. Tatsächlich war die Inkonsequenz beachtlich. Im britisch besetzten Land Oldenburg, zum Beispiel, wurden 1945/46 41 Prozent der Mitarbeiter der Ernährungswirtschaft, 31 Prozent der Eisenbahner und 30 Prozent der Postbeamten aufgrund ihrer NS-Vergangenheit entlassen. Anderswo in der britischen Zone war es ähnlich.⁴³ So wurde im nördlichen Rheinland einem erfolgreichen Kartoffelhändler namens Paul Kistermann wegen seiner nationalsozialistischen Verstrickungen die Lizenz entzogen, obwohl selbst die britischen Behörden seine Rolle bei der Lebensmittelverteilung in seiner grossen, halbländlichen Gemeinde in einer Zeit von Hunger und Mangel als lebenswichtig betrachteten. Wie die Briten selbst zugaben, war «augenblicklich eine nachteilige Wirkung zu spüren».⁴⁴ In bizarrem Kontrast dazu wurden in Oldenburg lediglich neun Prozent der Lehrer und acht Prozent der Polizeibeamten entlassen.⁴⁵ Da bekanntermassen ein grosser Teil der Nationalsozialisten in diesen beiden Berufen tätig war, ist dieser Gegensatz absurd und auf seine Weise ziemlich unheimlich.

Was die Langsamkeit der britischen Entnazifizierung betrifft, so verdarb sie nicht nur die Berufsaussichten ehemaliger Nationalsozialisten. Die Internierungslager, in denen viele von ihnen bis zur Bearbeitung ihrer Fälle einsassen, waren wahrhaft grauenhafte Orte. Sie waren häufig überfüllt und unhygienisch, und die Verpflegungsrationen der Insassen sank auf 900 Kalorien am Tag, was für Gefangene noch gefährlicher war als für die restliche Bevölkerung. Diese musste ebenfalls mit extrem niedrigen Rationen auskommen, konnte sie aber durch Handel oder eigenen Anbau aufstocken.

Obwohl man die britischen Internierungslager nicht mit den Lagern vergleichen konnte, in denen das NS-Regime Millionen von Menschen zusammengepfercht, gefoltert und ermordet hatte, waren sie nach den selbst

gesetzten Massstäben der Westmächte (die Sowjets waren, wie wir noch sehen werden, ein anderer Fall) ein Skandal. Ein Unterhausausschuss verurteilte die Zustände in den Lagern und wies darauf hin, dass sie nicht nur dem Ansehen der britischen Besatzer schadeten, sondern auch verhinderten, «Deutsche für die britische Lebensart zu gewinnen». Ein hoher Vertreter der Militärregierung räumte ein, dass die langen Haftzeiten ohne Gerichtsverfahren «mit der verkündeten Wiederherstellung des Rechtsstaats und der verkündeten Abschaffung der Gestapomethoden nicht vereinbar» seien.⁴⁶

Es gab in der Tat Fälle, in denen im Namen von Gerechtigkeit und Sicherheit handelnde britische Militärs und Beamte genau diese «Gestapomethoden» anwandten. In Bad Nenndorf, einem vormals eleganten Kurort bei Hannover, war im Juni 1945 ein Verhörzentrum, das Combined Services Detailed Interrogation Centre Nr. 74, eingerichtet worden. Untergebracht war es in einem Hotel mit einem Schlammbad, dessen Zimmer, die einst zahlungskräftigen Gästen vorbehalten waren, mit Stahltüren versehen waren, um sie als Zellen zu nutzen. Ursprünglich sollten dort frühere Nationalsozialisten und SS-Offiziere inhaftiert und verhört werden, die möglicherweise in Widerstandsaktivitäten gegen die Besatzer verwickelt waren.

Das Verhörzentrum wurde rasch nicht nur zu einem Folterzentrum für frühere Nationalsozialisten, sondern auch – in überraschend kurzer Zeit, bedenkt man, dass die Sowjets eben noch Verbündete gewesen waren – für mutmassliche kommunistische Agenten und Unterwanderer. Die Insassen wurden mit Kälte gequält, mit Schlägen und Peitschen, mit Schlafentzug, mit Drohungen gegen ihre Frauen und Kinder (die mit dem Hinweis gerechtfertigt wurden, dass man sie nie ausführe), mit Hunger und sogar mit Gerätschaften wie Daumen- und Schienbeinschrauben. Manche der Gefangenen wogen weniger als fünfzig Kilogramm, als Ermittler endlich Zugang zu ihnen erhielten. Drei starben infolge der Misshandlungen.

Merkwürdigerweise waren viele der Opfer keine Deutschen. Einer, angeblich ein Franzose, entpuppte sich als russischer Agent.

Andere waren Deutsche, die aus der SBZ herübergekommen waren, um sich dem Westen aus Empörung über die dortigen Geschehnisse als Spione anzubieten. Sie wurden gefoltert, um herauszufinden, ob es sich um echte Überläufer handelte. Ein Gefangener, der zuvor zwei Jahre in Gestapohaft verbracht hatte, erklärte nach seiner Entlassung: «Ich habe in den ganzen zwei Jahren keine derartige Behandlung erfahren.»

Es hätte ein Warnzeichen sein müssen, dass alle deutschen Einwohner – einschliesslich vieler obdachloser Flüchtlinge – Bad Nenndorf verlassen mussten, als das Zentrum eingerichtet wurde. Die Alarmglocken gingen jedoch erst los, als im Januar 1947 ein Häftling starb und andere Insassen schwer erkrankt ins örtliche Krankenhaus eingeliefert wurden. Daraufhin schickte die britische Regierung einen Polizeiinspektor nach Bad Nenndorf, der die Vorfälle untersuchen sollte. Das Ergebnis war, sehr zur Verlegenheit der Briten, Berichte in der Presse, die Schliessung des Zentrums und ein Kriegsgerichtsverfahren.

Dem Kommandeur des Bad Nenndorfer Zentrums, dem 45-jährigen Oberst Robert Stephens, wegen seines dicken Monokels «Tin Eye» (Blechaue) genannt, einer beim MI5 gelandeten ehemaligen Koryphäe der Peschawar-Division, wurde zusammen mit einigen seiner Vernehmungsoffiziere der Prozess gemacht. Wie sich herausstellte, war Bad Nenndorf zum Abladeplatz für Soldaten mit zur Bewährung ausgesetzten Strafen wegen Körperverletzung oder Desertion geworden. Von dieser Gruppe durfte man erwarten, dass sie dem Einsatz von Gewalt weniger abgeneigt war als der durchschnittliche Tommy. Ausserdem zählten zu den Vernehmern mehrere deutschjüdische Emigranten, andere waren polnischer oder niederländischer Herkunft, was ebenfalls vermuten liess, dass sie ihre Gefangenen nicht schonen würden.⁴⁷

Die schändliche Geschichte von Bad Nenndorf wurde während des Kriegsgerichtsverfahrens nur in einer entschärften Fassung bekannt (erst im 21. Jahrhundert war es Journalisten aufgrund des Gesetzes über die Informationsfreiheit möglich, ihr ganzes Ausmass bekanntzumachen), doch

für die Deutschen in der britischen Besatzungszone gehörte sie zu einer Vielzahl von Vorfällen, die einen gewissen Zynismus bei ihnen hervorriefen. Die britische Herrschaft hatte ihre Vorzüge – grundsätzliche Fairness im alltäglichen Umgang, das Bemühen, Bildung und demokratische Institutionen zu fördern, einen gesunden Pragmatismus –, aber sie stützte sich auch in weniger erfreulicher Weise auf die kolonialen Traditionen des Landes. Kritische Beobachter, auch deutsche, fühlten sich an die britische Überheblichkeit und das brutale Vorgehen des Empires gegen aufsässige Einheimische in Indien, Afrika und Südostasien erinnert. In der Nachkriegszeit traten diese dunklen Flecken erneut zutage, am deutlichsten in Malaysia, Aden und Kenia. Skandale wie derjenige von Bad Nenndorf vergrösserten in den Augen der Deutschen jedenfalls kaum das Recht der Briten, sie «umzuerziehen».

Von den Offizieren, die wegen der Exzesse in Bad Nenndorf strafrechtlich verfolgt wurden, erhielt nur der Lagerarzt, der 49-jährige Hauptmann Smith, eine Verurteilung. Obwohl das Kriegsgericht ihn von der Anklage des Totschlags freisprach, wurde er bei einer geheimen internen Anhörung der Pflichtversäumnis für schuldig befunden und aus der Armee entlassen. Einer der Vernehmungsoffiziere in Bad Nenndorf, Leutnant Langham, ein in Deutschland geborener Emigrant, stritt jede Misshandlung ab und wurde freigesprochen. «Blechaug» Stephens selbst, gegen den unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde, sprach man in zwei Anklagepunkten ebenfalls frei, zwei andere wurden fallengelassen, so dass er sich nach dem Prozess um die Wiedereinstellung beim MI5 bewerben konnte.

Ein Vierteljahr nach der Schliessung des Vernehmungszentrums Nr. 74 wurde unweit der britischen Garnisonsstadt Gütersloh ein neues, eigens zu diesem Zweck errichtetes Zentrum eröffnet. Als Insassen hatte man keine Nationalsozialisten, sondern mutmassliche sowjetische Spione im Auge. Die meisten der dort eingesetzten Vernehmer waren zuvor in Bad Nenndorf tätig gewesen.⁴⁸

Auch in anderen Bereichen der Entnazifizierung schwankten die Briten zwischen Extremen. Hatten sie anfangs, insbesondere an der Ruhr, aufgrund der pragmatischen Einsicht, dass die Produktion weitergehen müsse, eine relativ laxe Haltung gegenüber Eigentümern und Management deutscher Grossunternehmen an den Tag gelegt, so nahmen sie im Herbst, zum Teil unter dem Eindruck der amerikanischen Direktive JCS 1067, eine härtere Haltung ein. Im September wurden die meisten höheren Manager von Krupp verhaftet und ohne viel Federlesens in ein Internierungslager gesteckt, um dort auf ihre Ermittlungen und/oder ihre Prozesse zu warten. Unterdessen bemühten sich die wenigen Krupp-Chefs, die nicht in die NSDAP oder SS eingetreten waren, das Unternehmen in Gang zu halten. Am 1. Dezember wurden 76 leitende Angestellte anderer Ruhrkonzerne, so etwa von Thyssen, Hoesch und der Vereinigten Stahlwerke (Rohland selbst wurde von den Franzosen aufgespürt und den Amerikanern übergeben), festgenommen. In der Haft erfuhren sie die Unbilden von Bad Nenndorf, gehörten allerdings nicht zu denen, die der Folter unterzogen wurden. Hunderte anderer Manager mussten in diesen Monaten bei Krupp und anderen Konzernen der Schwerindustrie ausscheiden, ohne jedoch verhaftet zu werden.⁴⁹

Letztlich gingen die Briten bei der Entnazifizierung der Industrie zweigleisig vor: Zum einen wurde ermittelt und, wo Anklagepunkte vorlagen, das Management entlassen; zum anderen wurde die Rolle der Gewerkschaften gestärkt, indem man der Forderung nach der Bildung von Betriebsräten mit wirklichem Einfluss auf den Entscheidungsprozess in den Unternehmen nachgab.⁵⁰ Diese neuen Arbeitnehmervertretungen trugen auch dazu bei, die alltägliche Entnazifizierung in den Fabriken menschlicher zu gestalten, da sie nichtnationalsozialistischen Arbeitnehmern die Möglichkeit boten, einerseits belastete Manager anzuklagen und sich andererseits für Manager und Vorarbeiter einzusetzen, die sie trotz ihrer politischen Vergangenheit für anständig hielten.

Besonders in den für Nachkriegsdeutschland so wichtigen Bergwerken an der Ruhr spielten die Arbeiter eine bedeutende Rolle. Aus der Ruhrkoh-

le wurden Strom, Wärme, Gas für Privathaushalte und Industrie und schliesslich auch die Energie für den Transport (mit Dampflokomotiven) gewonnen. Ohne Kohle war ein normales Leben im darniederliegenden Deutschland – wie in anderen Industrieländern der vierziger Jahre – schlicht nicht möglich.

1945 hatte Polen das andere grosse Vorkommen hochwertiger Kohle im Vorkriegsdeutschland, das schlesische Kohlerevier, übernommen. Aus diesem Grund war das nach 1945 in britischer Hand befindliche Ruhrgebiet nicht nur für die britische Zone, sondern für ganz Deutschland von entscheidender Bedeutung. Deshalb auch drängten Frankreich (sehr hartnäckig) und die Sowjetunion (auf weniger obstruktive Weise) in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf eine Internationalisierung des Ruhrgebiets unter Viermächtekontrolle. In der Hoffnung auf eine entsprechende Vereinbarung verweigerten sie die Kooperation auf anderen wichtigen Gebieten der interalliierten Zusammenarbeit und verhinderten dadurch die politische Integration, die eine funktionierende Viermächtebesetzung sowohl für die Sieger als auch für die Deutschen ermöglicht hätte.

Die Ehtnazifizierung des Managements der Ruhrbergwerke war intensiv. In der Periode bis Anfang 1946 mussten viele Manager und Aufsichtsräte gehen. Dies verursachte in einem Wirtschaftszweig, in dem Wissen und Erfahrung nicht nur für die Produktivität, sondern auch für die Sicherheit von Bedeutung waren, zweifellos Probleme. Im Januar 1946 kamen im niedersächsischen Peine 46 Bergarbeiter ums Leben, als ein Aufzugskorb, der sie an die Oberfläche bringen sollte, zurück in die Tiefe sauste. Als Ursache des Unglücks wurden ungenügende Sicherheitsmassnahmen ausgemacht.

Im nächsten Monat kam es in Unna, zwanzig Kilometer östlich von Dortmund, zu einer noch schlimmeren Katastrophe, als nach einer Kohlenstaubexplosion fünfhundert Bergarbeiter unter Tage eingesperrt waren. Viele Bergwerksinspektoren waren aufgrund ihrer NS-Verstrickungen entlassen und vorübergehend durch Vertreter ersetzt worden, die bereits in Rente gewesen und zum Teil ihren Aufgaben offenbar nicht mehr gewachsen waren. Das Gleiche galt für die Rettungsmannschaften, denen eben-

falls wichtige Fähigkeiten fehlten. Der oberste noch im Dienst befindliche Inspektor war kurz zuvor aus einem Haftzentrum entlassen worden und hatte, wie es hiess, eine Art Nervenzusammenbruch erlitten. Als es in der letzten Phase darum ging, die Feuer unter Tage zu bekämpfen, musste der Experte des Unternehmens auf diesem Gebiet, ein Dr. Stodt, ebenfalls ein Nationalsozialist, direkt aus dem Gefängnis zur Grube geholt werden, um den letzten verzweifelten Rettungsversuch zu leiten. Er weigerte sich, den Schacht zu versiegeln, und wurde damit belohnt, dass über die 57 Männer hinaus, die bereits lebendig ans Tageslicht geholt worden waren, noch eine Handvoll weiterer Bergleute geborgen werden konnten. Insgesamt kostete das Unglück 418 Menschenleben. Es war das schwerste Grubenunglück der deutschen Geschichte.

Dass die Entnazifizierung für alle oder einen Teil dieser Todesfälle verantwortlich war, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, aber es ist wahrscheinlich. Im März 1946 stoppten die Briten die aktive Entnazifizierung im Bergbau. Um über das weitere Vorgehen zu beraten, wurde eine gemeinsame britisch-deutsche Kommission gebildet, in der neben Experten und Repräsentanten der Bergleute ein breites politisches Spektrum vertreten war. Man beschloss, Revisionen und Berufungen zu ermöglichen, wobei die North German Coal Control die Nominierungen für das Verfahren billigen und als Aufsichtsgremium für die Kommission – unter Beteiligung von Gewerkschaftern und Betriebsräten – von britischen Technokraten geleitet werden sollte.

Im Frühling und Sommer 1946 prüfte die Kommission 337 Anträge und entschied in nur 16 Fällen gegen die Wiedereinstellung beziehungsweise Weiterbeschäftigung. 25 Antragsteller mussten jedoch eine Strafdegradierung hinnehmen. Viele schwer belastete Nationalsozialisten stellten allerdings gar nicht erst einen Antrag, vielleicht, weil sie wussten, dass eine Kommission, die sich aus früheren Kollegen zusammensetzte, nicht so leicht hinters Licht zu führen war wie irgendwelche Vertreter der Militärregierung oder eine Kleinstadt-Spruchkammer.⁵¹

Im Bergbau wurden also wenigstens ernsthafte Anstrengungen unternommen, auch wenn am Ende viele Nationalsozialisten ihre Stellungen behielten. Anderswo konnte man allenfalls von einer Posse sprechen. Im Volkswagenwerk in Wolfsburg hatte Hitlers KdF- oder Volkswagen produziert werden sollen. Vor dem Krieg wurden allerdings nur einige wenige Zivilfahrzeuge hergestellt, bevor die Produktion für die Zeit des Krieges ganz auf die Belange der Wehrmacht umgestellt wurde. Obwohl die Fabrik stark bombardiert worden war, hatte man schon im Herbst 1945 unter Aufsicht der Militärregierung begonnen, leichte Fahrzeuge für britische Abnehmer zu produzieren. Im Zuge der forcierten Entnazifizierung im Frühjahr und Sommer 1946 wurde die Mitarbeiterschaft des Werks gesäubert. Von den 179 entlassenen Managern und anderen Angestellten wurden jedoch 138 bis zum Anfang des nächsten Jahres wieder eingestellt. Ohne sie lief die Fabrik einfach nicht.⁵²

Da die Briten nicht auf einer allgemeinen Pflicht, einen Fragebogen auszufüllen, bestanden, mussten sie auch nicht derart viele Fälle bearbeiten wie die Amerikaner. Andererseits hatten sie 1946 26'000 Militärbeamte für die Verwaltung ihrer Besatzungszone eingesetzt, während die amerikanische Verwaltung nur 12'000 Beschäftigte zählte. In England wurden Stimmen laut, die sich über eine aufgeblasene Besatzungsbürokratie beklagten, die es sich in requirierten Villen gutgehen liess und vom Missgeschick des besiegten Feindes profitierte. Ausserdem argwöhnte man, dass sich clevere Nationalsozialisten leichter in der britischen als in den anderen Besatzungszonen verbergen konnten, weil sie sich, solange sie sich nicht um einen leitenden oder sicherheitsrelevanten Posten bewarben, keiner Entnazifizierung unterziehen mussten. «Zahllose glühende Nationalsozialisten», berichtete Annan aus eigener Anschauung, «begriffen, dass sie am wenigsten auffielen, wenn sie irgendwo als Büroangestellte arbeiteten und abwarteten, bis sich die Aufregung legte.»⁵³

Allerdings bedeutete der Umfang der britischen Militärverwaltung auch, dass die Briten, ob nun im Guten oder Schlechten, mehr Kontrolle über die Entnazifizierung ausüben konnten als die Amerikaner, für die eine

schnelle Machtübergabe an die Deutschen nicht nur eine demokratische Pflicht, sondern auch eine praktische Notwendigkeit war. Dass dies zu einer gründlicheren Entnazifizierung in der britischen Zone führte, ist freilich zu bezweifeln, und obwohl die Briten ihre deutschen Entnazifizierungsausschüsse stärker kontrollierten als die Amerikaner, gibt es keine Belege dafür, dass diese weniger korrupt und nachsichtig waren. Immerhin konnten nur einige britische Beamte Deutsch, so dass sie von «ihren» einheimischen Beamten und Angestellten abhängig waren, die Englisch konnten und wahrscheinlich besser ausgebildet und insgesamt einnehmender waren als die verbitterten Opfer des NS-Regimes und die hemdsärmeligen sozialistischen Gewerkschafter, die eine entschiedene Säuberung der britischen Besatzungszone anstrebten. Je mehr Zeit verging und je mehr andere praktische Probleme drängten, desto leichter dürfte es den Briten gefallen sein, der ständigen Forderungen, Proteste und offensichtlichen Obstruktion der Nazigegner überdrüssig zu werden.

Rein zahlenmässig fielen die Ergebnisse der britischen Entnazifizierung weniger spektakulär aus als die der amerikanischen. Rund 200'000 Nationalsozialisten verloren entweder ihre Stellungen oder wurden nicht eingestellt. Das Problem war nur, dass es sich bei den meisten um «kleine Fische» handelte. Im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen (mit rund zwölf Millionen Einwohnern) wurden in letzter Instanz nur neunzig Beschuldigte in die beiden höchsten Kategorien der Hauptschuldigen und schuldig Belasteten eingestuft. Anfang 1947 beschlossen die Briten, sich so weit wie möglich aus dem gesamten Verfahren zurückzuziehen.

Im April 1947 wurde der für die britische Besatzungszone in Deutschland zuständige britische Minister, der Kanzler des Herzogtums Lancaster, John Burns Hynd, ein ehemaliger Eisenbahnangestellter und Gewerkschaftsfunktionär ohne besonderes Profil, durch einen Politiker von ganz anderem Schlag ersetzt, den hochgeistigen, aristokratischen Francis Pakenham, der von den Konservativen zur Labour Party und vom Anglikanismus zum Katholizismus übergetreten war. Er versicherte die Deutschen

seines Wohlwollens und erklärte den Peers im Oberhaus, die Entnazifizierung sei eine «furchtbar langweilige Angelegenheit», um dann fortzufahren:

«... ich sehe heute in Deutschland auf allen Ebenen – in den Parteien, Landesregierungen, Gewerkschaften, Universitäten und anderswo unter einfacheren Menschen – viele hervortreten oder ihren Geschäften nachgehen, die sich ihres traurigen Erbes zutiefst bewusst sind und die ebenso tief entschlossen sind, die Dinge in Ordnung zu bringen, reinen Tisch zu machen und dafür zu sorgen, dass Deutschland einen wertvollen Beitrag zu Europa leisten kann.»⁵⁴

Im Oktober 1947 übertrugen die Briten die Entnazifizierung in aller Form den inzwischen gewählten Regierungen der zu ihrer Besatzungszone gehörenden Länder. Allerdings behielten sie sich das Recht vor, Täter aus der Wehrmacht zu überprüfen und vor Gericht zu stellen. Auch betrieben sie weiterhin die Internierungslager, in denen immer noch 19'000 Menschen festgehalten wurden. Nach Januar 1948 wurde kein neues Entnazifizierungsverfahren mehr eingeleitet.

Frankreich und die Sowjetunion waren stets die «Aussenseiter» unter den Siegnationen gewesen, und von diesen beiden erwies sich Frankreich in den ersten beiden Besatzungsjahren in Grundsatzfragen als das grössere Hindernis. Obwohl Briten und Amerikaner in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung waren, stellten sie sich den Nachkriegsvorhaben der jeweils anderen Seite nur selten in den Weg. Dies lag zum Teil natürlich daran, dass Grossbritannien von amerikanischer Hilfe abhing, sowohl, was Lebensmittellieferungen anging, als auch in finanzieller Hinsicht bei der Deckung der ruinösen Kosten der Verwaltung ihrer Besatzungszone, der bevölkerungsreichsten und am stärksten urbanisierten der vier Zonen.

Ein Grund, aus dem die Franzosen, zumindest in den ersten Jahren, «Aussenseiter» blieben, war die Tatsache, dass sie zwar eine eigene Besatzungszone erhalten hatten, aber nicht zur Potsdamer Konferenz der «Grossen Drei» eingeladen worden waren. Binnen weniger Tage nach der Konferenz signalisierten sie zwar ihr Einverständnis mit den meisten Potsdamer Beschlüssen, da sie aber am Entscheidungsprozess nicht teilgehabt hatten, fühlten sie sich berechtigt, selbst zu bestimmen, an welche von ihnen und wie weit sie sich an sie gebunden fühlten.

Auf jeden Fall verfolgte de Gaulle, der von 1944 bis 1946 an der Spitze einer breiten Nachkriegskoalition in Frankreich stand, bei der Verwaltung Deutschlands ein anderes Ziel als seine drei Verbündeten. Seine Priorität bestand darin, zu verhindern, dass Deutschland jemals wieder die Fähigkeit erlangte, Frankreich anzugreifen. Zu diesem Zweck sollte Deutschland, soweit es nach ihm ging, so lange wie möglich schwach und geteilt bleiben – idealerweise für immer.

Als Einziger unter den Siegern kamen von ihm zu der Idee eines deutschen Gesamtgebildes, das von Berlin aus durch die vier Mächte verwaltet wurde, nicht einmal Lippenbekenntnisse. Er wollte das Saargebiet an Frankreich angliedern, die Teilung Deutschlands in unabhängige Kleinstaaten wie im 18. Jahrhundert vorantreiben, industrielle und finanzielle Reparationen aus dem Land herausziehen und das Ruhrgebiet internationalisieren.

Die anderen drei Besatzungsmächte mochten ebenfalls konflikträchtige Absichten verfolgt, auf die eine oder andere Weise gegeneinander konspiriert und ihre eigenen Gründe gehabt haben, warum sie in ihren Besatzungszonen so viel Handlungsfreiheit wie möglich beanspruchten, aber keine von ihnen war wie Frankreich in den ersten Nachkriegsjahren grundsätzlich gegen ein vereintes Deutschland unter Viermächtekontrolle. Deshalb stellte de Gaulle im Sommer 1945 gegenüber Truman, den er im August kurz nach der Potsdamer Konferenz besuchte, klar, dass sein Land die Schaffung zentraler Behörden in Berlin und die Behandlung Deutschlands als «wirtschaftliche Einheit» strikt ablehne.¹

Eine der Ausnahmen von den Potsdamer Beschlüssen, auf denen Frankreich bestand, betraf die aus Osteuropa und den infolge der Nachkriegsregelungen verlorenen Ostprovinzen vertriebenen Deutschen. Da Frankreich die Vereinbarung der «Grossen Drei», die Opfer dieser «ordnungsgemässen und humanen» Vertreibungen in den Besatzungszonen unterzubringen, nicht mit beschlossen hatte, weigerte es sich, überhaupt welche aufzunehmen. Im Winter 1945/46 wurden sogar Tausende von Flüchtlingen, die sich bereits in der französischen Zone aufhielten, in Eisenbahnzüge gesetzt und in die Nachbarzonen gebracht, zumeist in die britische, obwohl viele schon einige Zeit an ihrem Zufluchtsort gelebt, dort Wurzeln geschlagen und sogar Arbeit gefunden hatten.²

Neben dem Wunsch, nicht wie weite Teile der anderen drei Besatzungszonen von einer Welle von Flüchtlingen aus dem Osten – die natürlich alle ernährt und untergebracht werden müssten – überschwemmt zu werden, ging es den Franzosen darum, in ihrem Teil Deutschlands eine

möglichst homogene Bevölkerung zu erhalten. Sie förderten im südlichen Rheinland separatistische Bestrebungen, um dieses Gebiet in die eigene kulturelle und politische Sphäre zu ziehen. Als sie Ende 1945 und 1946 auf Drängen von Briten und Amerikanern doch einige Flüchtlinge aufnahmen, erreichten sie, dass bevorzugt Katholiken in ihre Zone geschickt wurden, deren Charakter damit nicht durch Horden von preussischen Protestanten verändert wurde. Dabei hatten sie die Unterstützung lokaler deutscher Beamter und Politiker. Im Dezember 1945 erklärte der deutsche Regierungspräsident von Koblenz in einem Bericht an seine französischen Herren:

«In konfessioneller Beziehung würde der katholische Charakter des Rheinlandes durch den Zuzug der meist protestantischen Ostdeutschen stark verwässert werden, was angesichts unseres Verhältnisses zu dem überwiegend katholischen Frankreich höchst unerwünscht wäre, weil die Übereinstimmung beider Teile in der Konfession für die Zusammenarbeit in kultureller Beziehung ungemein wichtig ist. Die Gefahren einer derartigen Durchsetzung liegen in der andersgearteten Mentalität der Ostbevölkerung begründet. Diese war von jeher militaristisch und nationalistisch und später nationalsozialistischer eingestellt als die Westbevölkerung. Mit dem Flüchtlingsstrom würden zugleich unzählige Nationalsozialisten aller Schattierungen hier angesiedelt werden und unerkannt als Ideenträger Hitlers weiterwirken.»³

Nicht nur in der französischen Zone wurden die Flüchtlinge aus dem Osten aus einem beinahe rassistischen Blickwinkel betrachtet. Besonders in den selbstbezogenen ländlichen Gebieten in West- und Nordwestdeutschland wurden Schlesier und Ostpreussen häufig abschätzig als «Polacken» oder «Russkis» bezeichnet.⁴ Aber nur in der französischen Zone teilte die Besatzungsmacht diese Vorurteile.

Die Annahme, dass die Ostdeutschen nazifreundlicher als die Westdeutschen waren, hatte allerdings einen realen Kern, weniger in Bezug auf das stark nazifizierte Koblenz, das sich in mancher Hinsicht von seiner

Umgebung unterschied, aber sicherlich in Bezug auf den grössten Teil der übrigen französischen Zone. Dort waren die Nationalsozialisten, unter anderem aus religiösen Gründen, tatsächlich weniger stark gewesen als in Bayern, Sachsen, Schlesien und Ostpreussen. Hinzu kam im westwärts gewandten Rheinland eine Tradition des antipreussischen Partikularismus, die den Franzosen in die Hände spielte.

Wie die Briten verstanden auch die Franzosen die Entnazifizierung vornehmlich als Sicherheitserfordernis. Sie hatten eine lange Grenze mit Deutschland und blickten auf eine jahrhundertlange Geschichte gegenseitiger Invasionen zurück. Für sie stellte sich die Sicherheitsfrage daher in einer geografischen Unmittelbarkeit, die sie weder für die Sowjets mit ihrem neu erworbenen Cordon sanitaire aus Satellitenstaaten in Osteuropa noch für die Briten auf der anderen Seite des Ärmelkanals besass. Und schon gar nicht für die Amerikaner, die sich, ganz gleich, was die Zukunft bringen würde, im Schutz eines 5'000 Kilometer breiten Ozeans vor einem wieder aufstrebenden Deutschland sicher fühlen konnten.

Die Herrschaft der Grande Nation im besiegten Deutschland hatte gewalttätig und mancherorts chaotisch begonnen. Beim Vormarsch der französischen Truppen durch West- und Südwestdeutschland im Frühjahr 1945 war es zu Vergewaltigungen und Plünderungen gekommen. Ein kleines Problem war auch die Besetzung der württembergischen Hauptstadt Stuttgart am 21. April – und die Weigerung, sie wieder zu verlassen, obwohl sie auf dem Gebiet der den Amerikanern zugedachten Besatzungszone lag und der französische General Lattre de Tassigny von seinem Vorgesetzten, dem amerikanischen General Davers, den Befehl dazu erhalten hatte. De Gaulle betrachtete die Stadt offenbar als nützliches Tauschobjekt. Erst am 8. Juli, nachdem Eisenhower gedroht hatte, ihre Versorgung einzustellen, rückten die französischen Truppen ab.

Ausgesprochen dubios war auch die französische Bilanz in Bezug auf die Behandlung deutscher Kriegsgefangener, die man für Wiederaufbauarbeiten in Frankreich beanspruchte. Mindestens 30'000 dürften in französi-

scher Kriegsgefangenschaft an Hunger und Unterernährung, Krankheiten, Vernachlässigung und Misshandlungen gestorben sein. Man nimmt an, dass allein beim Minenräumen über 5'000 Gefangene ums Leben kamen. Nach Ansicht des Internationalen Roten Kreuzes war Frankreich nach der Sowjetunion die Grossmacht, die ihre deutschen Kriegsgefangenen am schlimmsten behandelte. Die französische Behauptung, die meisten Todesfälle seien auf Verwundungen zurückzuführen, die sich die Betroffenen vor der Gefangennahme zugezogen hätten, trug ebenfalls nicht dazu bei, das Vertrauen in die amtlichen französischen Zahlen zu stärken.⁵

Nachdem sich die Franzosen in ihrer kuriosen, wie eine Sanduhr geformten Besatzungszone an der Grenze zu Elsass-Lothringen und ihrer Hauptstadt, dem eleganten Kurort Baden-Baden, eingerichtet hatten, fiel es ihnen jedoch im Vergleich mit ihren Alliierten und deren Besatzungszonen um einiges leichter, sie zu regieren. Ihre Zone war mit weniger als sechs Millionen Einwohnern mit Abstand die kleinste. Die Städte hatten, von Koblenz abgesehen, zumeist relativ wenig Beschädigungen erlitten, und die Region war mit reichen landwirtschaftlichen Ressourcen gesegnet, einschliesslich der berühmten Weinberge am Mittelrhein und an der Mosel. Und da sich die Franzosen geweigert hatten, auch nur einen geringen Teil der nach dem VE-Day entwurzelten Deutschen aufzunehmen, war die Bevölkerung im Gegensatz zu den anderen Zonen seit 1939 sogar geschrumpft.

Die französische Entnazifizierung war durch eine merkwürdige Mischung aus Zynismus und Idealismus geprägt. Der Zynismus äusserte sich darin, dass viele französische Beamte und Militärs derart von der Schlechtigkeit des deutschen Volks als Ganzes überzeugt waren, dass es in ihren Augen kaum der Mühe wert war, zwischen Nationalsozialisten und Nichtnationalsozialisten zu unterscheiden. Bezeichnenderweise nannten die Franzosen ihr Vorhaben nicht Entnazifizierung, sondern einfach *épuration*, Säuberung. Andererseits herrschte ein gewisser Idealismus, da die Franzosen einfach nicht anders konnten, als den Versuch zu unternehmen, den stolzen republikanischen Rationalismus ihres Landes in ihre Zone zu

exportieren – zumal dies die traditionell recht liberale Bevölkerung des Rheinlands, von Schwaben und Baden geneigter machen könnte, dem längerfristigen französischen Ziel der Abtrennung dieser Provinzen von Deutschland zuzustimmen.

Ausserdem gab es noch das Saargebiet mit seinem Stahl- und Kohle-reichtum, das sich Frankreich binnen kürzerer Zeit einverleiben zu können hoffte – weshalb unter anderem die Lebensmittelrationen der dortigen Bevölkerung künstlich auf einem hohen Niveau gehalten wurden (sie waren sogar höher als in Frankreich selbst). Dadurch sollte einerseits eine pro-französische Einstellung gestärkt und andererseits die lebenswichtige Kohleförderung gesteigert werden. Verständlicherweise sorgte diese Bevorzugung der Saarländer bei der übrigen Bevölkerung der französischen Besatzungszone für Unmut.⁶ Im Übrigen verfehlte sie ihr Ziel: Als die Saarländer die Gelegenheit zur Abstimmung erhielten, votierten die meisten von ihnen für den Verbleib ihres Landes bei Deutschland.

Was Lebensmittelrationen, Industriedemontage und das alltägliche Leben betraf, machten auch die Deutschen in der französischen Zone eine schwere Zeit durch. Beträchtliche Reparationen in Form von Industrieaus-rüstung und ganzen Fabriken, die in französische Hände übergingen, mussten auch dann noch geleistet werden, als Briten und Amerikaner ihre Reparationsforderungen bereits aufgegeben hatten. In nicht einmal zwei Jahren nach Kriegsende bauten die Franzosen 30 Fabriken komplett ab, und 10 ehemalige Rüstungsbetriebe sowie 58 andere Fabriken sollten noch folgen. Ausserdem wurden Schiffe und deutsches Eigentum in Frankreich im Wert von rund fünf Milliarden Francs* beschlagnahmt.⁷

General Lattre de Tassigny und seine Nachfolger waren stets bestrebt,

* Den heutigen Wert zu bestimmen ist schwierig. Der französische Franc hatte seit 1936 stetig an Wert verloren und sollte weiter nachgeben, bis im Jahr 1960 der Neue Franc eingeführt wurde und seinen Wert stabilisierte. Der Wechselkurs zur US-Wäh-rung lag 1945 bei rund 120 und 1949 bei etwa 350 Franc für einen Dollar. Nimmt man einen Wert von 250 Franc an, entsprächen fünf Milliarden Franc 200 Millionen Dollar, das heisst nach heutigem Wert zwei bis drei Milliarden Dollar.

die Entschlossenheit und Stärke Frankreichs zu demonstrieren. Die Deutschen sollten begreifen, wer der Herr war. Im Juni 1945 wurde auf Plakaten folgende Anordnung bekanntgemacht: «Die deutsche Zivilbevölkerung hat Generale und Dienstwagen, die mit dem Zeichen des Generals versehen sind, zu grüssen (Männer durch Hutabnahme)... Die Nichtbefolgung des Befehls wird durch kollektive Geldstrafe oder persönliche Bestrafung gesüht.»⁸ Ausserdem hatten Deutsche französischen Militärs, bis hinunter zum einfachen Soldaten, unter allen Umständen und zu jeder Zeit Platz zu machen.

Vielleicht als Gegengewicht zu einem solchen Machtgehabe wurde eine Kulturoffensive in Gang gesetzt. Man entsandte französische Lehrer und Berater an Bildungseinrichtungen, Französisch wurde anstelle von Englisch Pflichtfach in den Schulen, und an den meisten Schulen gab es wenigstens eine/n französische/n *assistant/e*, damit den jungen Nachkriegsdeutschen die Schönheiten der Sprache ihrer neuen Herren auch ja nicht entgingen. Die allgemeine Reaktion auf diese kulturelle Zwangsernährung war ebenso gemischt wie die Wertschätzung der Schüler für die in ihren Augen verwöhnten Vertreter der Besatzungsmacht in ihren Klassenzimmern.

Der damals 12-jährige Helmut Schnatz, der das zweite Jahr ein Gymnasium in Koblenz besuchte, erinnert sich an das eiskalte Klassenzimmer im strengen Winter 1945/46, in dem Holz und Kohle überwiegend den Besatzern vorbehalten waren, während die Schüler in dicken Pullovern und Mänteln an ihren Tischen sassen. Er sieht die elegante junge *assistante* noch vor sich, die an ihrem ersten Arbeitstag in einem dünnen Kleid mit einer Strickjacke darüber erschien, was in ihrer gut geheizten requirierten Wohnung vermutlich völlig ausreichte. Ihr Stolz gebot ihr, die Schulstunden im kalten Klassenraum klaglos durchzustehen, obwohl ihre Zähne klapperten und ihre Lippen blau anliefen. Die Jungen lachten. Privilegierte Vertreter der Sieger leiden zu sehen war Balsam für die Seele.⁹

Im Lauf der Zeit, auch daran erinnert sich Helmut Schnatz noch gut, verbesserten sich freilich die Beziehungen zwischen Franzosen und Deutschen. Sie gewöhnten sich aneinander. Zudem gewannen die Deutschen in

der französischen Zone den Eindruck, dass die Strenge der Besatzer im selben Mass nachliess, wie die kampfgestählten Veteranen des Maquis, die einen grossen Teil der französischen Truppen gestellt hatten, durch nach dem Krieg eingezogene Wehrpflichtige und andere gutmütigere Leute ersetzt wurden. Eine Rolle spielte auch, dass viele französische Kommandeure und Verwaltungsbeamte (in manchen Fällen durchaus mit Freuden) dem Kollaborateursregime von Vichy gedient und in den Besatzungsjahren enge Beziehungen zu Deutschen gepflegt hatten. Deutsche Zeitzeugen versichern ausserdem übereinstimmend, dass viele Franzosen, die sich zwischen 1940 und 1945 in Kriegsgefangenschaft befunden hatten, nach dem Krieg wieder in die Armee eintraten. Während ihrer Gefangenschaft waren viele von ihnen zur Arbeit auf deutsche Bauernhöfe geschickt worden, wo sich zwischen ihnen und den Bauern und deren Familien häufig enge Beziehungen entwickelten. Deshalb standen sie, so der allgemeine Eindruck, Deutschen wesentlich weniger ablehnend gegenüber als ihre Vorgänger und neigten weit mehr dazu, sie als Menschen wie andere auch zu behandeln.¹⁰

Trotz alledem fehlte es den französischen Besatzern, wenn nötig, nicht an Härte. Immerhin waren es die Franzosen, die in den ersten Monaten in Deutschland, gegen alle Regeln von Krieg und Besatzung, Hunderte gefangener Nationalsozialisten als Geiseln nahmen, um ihre Kameraden zu bewegen, sich ruhig zu verhalten. Öffentlich wurde dies natürlich geleugnet, obwohl vier solcher Geiseln zur Vergeltung für die Ermordung eines französischen Soldaten auf dem Marktplatz von Reutlingen erschossen wurden.¹¹

Sogar Egon Plönissens Vater, der harmlose Koblenzer Zahnarzt, war einige Monate nach Beginn der Besetzung gezwungen, durch die Hintertür zu fliehen, als französische Gendarmen mit einem Haftbefehl gegen ihn an seiner Haustür erschienen. Die Familie weiss immer noch nicht, ob man ihn mit seinem Cousin, dem Ortsgruppenleiter der NSDAP, verwechselt hatte oder als Geisel nehmen wollte, bis der belastete Parteifunktionär sich stellte. Auf jeden Fall wartete Plönissen senior nicht ab, bis er das herausgefunden hatte, sondern floh in die britische Zone – die mittlerweile als re-

lativ sicherer Zufluchtsort für Missetäter aus der französischen und der amerikanischen Zone bekannt war. Er schlüpfte einige Wochen bei Verwandten unter, bis sich die Aufregung gelegt hatte. Als er nach Hause zurückkehrte, hatte sich die Angelegenheit geklärt. Der Ortsgruppenleiter Plönissen befand sich in Haft, und sein Cousin konnte sein normales und relativ bequemes Leben als Zahnarzt und Familienvater wieder aufnehmen.¹²

Diese Missachtung von lästigen Regeln seitens der französischen Besatzer konnte sich auch auf die Integrität der Jurisdiktion von Alliierten beziehen. So ist in amerikanischen Akten ein Fall vermerkt, in dem französische Gendarmen in einem Vorort von München erschienen und einen deutschen Jugendlichen in einen Dienstwagen zerrten und mit ihm davonfuhren. Er wurde später in einem Gefängnis in der französischen Zone aufgespürt. Wie sich herausstellte, war der Schwager des Jungen aus einem Kriegsgefangenenlager geflohen. Der Familie wurde klipp und klar gesagt, dass man den Jungen anstelle des Entflohenen zur Arbeit nach Frankreich schicken werde, wenn dieser nicht in französische Haft zurückkehrte.

Zur Empörung der amerikanischen Behörden hatten die Franzosen weder um eine Genehmigung ersucht noch ihre Fahrt in die amerikanische Zone angekündigt. Abgesehen von der Entführung des Jungen, war schon die unangekündigte Anwesenheit französischer Beamter in der amerikanischen Zone illegal. Auf Anfragen der Familie des Jungen, die die volle Unterstützung der amerikanischen Behörden hatte, erklärte der französische Verbindungsoffizier in München gewandt, dass er selbstverständlich alles in seiner Macht Stehende tun werde, um diesen schweren Fehltritt wiedergutzumachen. Trotzdem wäre es natürlich eine grosse Hilfe, wenn der Entflohene sich stellen würde, wie es die Gendarmen verlangt hatten ...¹³

Darüber hinaus kam es in den ersten Besatzungsmonaten zu «wilden Säuberungen» von Behörden und Unternehmen. Sie erinnerten an die Racheaktionen gegen französische Kollaborateure, die nach der Befreiung in Frankreich stattgefunden hatten. Gleichwohl bestand ein wesentlicher

Punkt der französischen Entnazifizierung darin, dass nicht nur die Mitgliedschaft in der NSDAP, sondern auch der Charakter der Überprüften berücksichtigt wurde. Tatsächlich war die einfache Parteimitgliedschaft als solche, anders als in den übrigen Besatzungszonen, für die französischen Behörden nur von zweitrangigem Interesse. Oder, wie es der französische Vertreter in der Alliierten Kommandatura in Berlin ausdrückte: «Wir können unsere Direktiven nicht ignorieren ..., aber wir können sie interpretieren, indem wir etwas mehr Gewicht auf den Einzelnen und seine Lebensumstände legen.»¹⁴

Ausserdem zeigten sich die Franzosen bereit, ihre Fehler wiedergutzumachen. So entliessen sie in den ersten Wochen nach dem Sieg zwar drei Viertel der Lehrer in ihrer Zone, stellten sie aber, als dies bei der Wiedereröffnung der Schulen im September zu Problemen führte, einfach *en masse* wieder ein, wenn auch anfangs ohne die Garantie einer dauerhaften Anstellung. Ähnliches galt für technische Experten mit zweifelhafter politischer Vergangenheit, die monatsweise beschäftigt wurden, wobei ihre Vorgesetzten für ihr Verhalten haftbar gemacht wurden.¹⁵ Durch diese Flexibilität in Prinzipienfragen unterschied sich die französische Entnazifizierung, ähnlich wie die britische, durch ihren Pragmatismus, vom amerikanischen und auch vom sowjetischen Vorgehen.

Die Franzosen bezogen ausserdem als Erste die Deutschen in das Verfahren ein. Schon im Herbst 1945 wurde in Form der sogenannten *auto-épuration* (Selbstsäuberung) ein teilweise an Deutsche delegiertes Verfahren eingeführt. Es gab Zeiten geringerer und grösserer Strenge – je nachdem, ob es Politikern in Paris angeraten schien, den Verwaltern in Deutschland auf die Finger zu klopfen, oder ob die anderen Besatzungsmächte die französische Zone als «Eldorado der Toleranz» kritisierten. Auch konnte die formelhaft arbeitende Bürokratie, die komplett aus Frankreich importiert worden war, lähmend wirken. Besonders in Württemberg-Hohenzollern mit seiner malerischen Hauptstadt Tübingen, wo 1945 bis 1947 der SPD-Landesvorsitzende Carlo Schmid (der in Frankreich gebo-

ren war und die ersten fünf Lebensjahre dort gelebt hatte) an der Spitze der provisorischen Regierung stand, wurde die Entnazifizierung als «goldene Mitte zwischen übertriebener Strenge und unangemessener Nachsicht»¹⁶ betrachtet. Sie war einerseits flexibel, konnte andererseits, wenn die Situation es erforderte, aber auch hart sein.

Letzten Endes war die französische *épuration* nach einem schwankenden Beginn und trotz des häufig entgegengesetzten Eindrucks im grossen Ganzen wohl ähnlich gründlich wie das amerikanische System.¹⁷ Die vergleichsweise überschaubare Grösse der französischen Besatzungszone wirkte sicherlich als ein Vorteil, ebenso wie die Tatsache, dass nur jeder siebte ihrer Einwohner einen Fragebogen ausfüllen musste. In den beiden Jahren bis zum Frühjahr 1947 bearbeiteten die Franzosen nur gut eine halbe Million Fragebogen, aber sie taten es sorgfältig und relativ lückenlos.

Im Gegensatz zur Behandlung der Kriegsgefangenen und Internierten durch die Franzosen fielen die Ergebnisse ihrer Entnazifizierung relativ mild aus. Drei Jahre nach Kriegsende hatten sie rund 133'000 Einwohnern ihrer Besatzungszone den Status von Mitläufern bescheinigt, während gerade einmal 18'000 in Kategorien eingestuft worden waren, die auf jeden Fall Strafen mit sich brachten. Diese bestanden allerdings häufiger in beruflichen Herabstufungen und Bussgeldern als in Haftstrafen, weshalb die Entnazifizierung in der französischen Zone, trotz des Rufs, den sich die Franzosen mit Racheaktionen und individuellen Gewaltakten erworben hatten, allgemein als am wenigsten hart angesehen wird.¹⁸ So wurden etwa in der gesamten französischen Besatzungszone nur 13 überprüfte Personen als Hauptschuldige eingestuft, während es in der amerikanischen 1'654 waren.¹⁹

Ein Aspekt der französischen Entnazifizierung bestand schliesslich darin, dass sie aufgrund ihres relativ persönlichen, subjektiven Charakters zu Absurditäten und Ungerechtigkeiten führen konnte (was auch für die entgegengesetzte Vorgehensweise anderswo im besetzten Deutschland galt), aber, wie Perry Biddiscombe bemerkt, durch «ihre Menschlichkeit und Beachtung des Einzelnen den Ton für eine Politik vorgab die schliess-

lich als französisch-deutsche Versöhnung Gestalt annehmen sollte».²⁰ So beendeten die alten Erzfeinde Frankreich und Deutschland eine Periode, die mit Gewalt, Vergeltung und Unterdrückung begonnen hatte, nach erstaunlich wenigen Jahren und schlossen eine Freundschaft, die bis heute hält.

Und der andere Aussenseiter, die Sowjetunion? Das Regime in ihrer Besatzungszone legte als Geschöpf des Stalinismus allzu oft nicht nur Härte, sondern schiere Brutalität an den Tag. Alle Siegermächte, ob sie nun demokratisch waren oder nicht, unterhielten zivile Internierungslager als «Bewahranstalten» für die Entnazifizierung. Die sowjetischen erwiesen sich in vieler Hinsicht als reine Konzentrationslager. Tatsächlich gehörten die ehemaligen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald sowie das berühmte Gestapogefängnis Bautzen zu den sowjetischen Lagern, die, kaum hatten die bisherigen Insassen sie verlassen, mit wirklichen oder vermeintlichen Feinden der sowjetischen Besetzung gefüllt wurden.

Nach amtlichen Angaben wurden zwischen 1945 und 1950 122'671 Deutsche durch diese vom MWD (wie der NKWD ab Februar 1946 hiess) eingerichteten «Speziallager» geschleust. 42'889 von ihnen starben angeblich «infolge von Krankheit». Zwei Jahre nach Kriegsende wurden weitere zehn Prozent der Gefangenen, zumeist diejenigen, die man als arbeitsfähig einstufte, ausgesondert und in Arbeitslager in der Sowjetunion gebracht. Nur wenige der Lagerinsassen wurden vor Gericht gestellt.²¹

Die Zahl der Toten und Verschwundenen könnte erheblich untertrieben sein. Nach Schätzungen amerikanischer Nachrichtendienste und des für gewöhnlich zuverlässigen Informantennetzes der westdeutschen SPD fiel die tatsächliche Zahl der Opfer doppelt so hoch aus. Auch die im Jahr 1989 entdeckten Massengräber, die keineswegs alle Toten der Lager enthielten, aber bereits auf eine Grössenordnung von Zehntausenden Opfern hindeuteten – einschliesslich der Überreste von 18'000 Toten, die man in unmittelbarer Nähe des Zuchthauses von Bautzen fand –, lassen darauf schlies-

sen, dass die Lager weit mehr Menschenleben gefordert haben. Gewissheit darüber wird man jedoch erst erlangen, wenn die geheimen sowjetischen Archive dazu geöffnet werden.²²

Die Gefangenen starben, soweit sie nicht erschossen wurden, an Krankheiten (vor allem an der endemisch auftretenden Tuberkulose und Ruhr), Hunger und dauerhafter Unterernährung. Die Zustände im Westen waren schlecht, sie waren es für die meisten Deutschen, ob inhaftiert oder nicht, aber in den «Speziallagern» waren sie tödlich. Die Entnazifizierungsgesetze wurden rücksichtslos nicht nur gegen Nationalsozialisten, sondern gegen jeden eingesetzt, den die Nachkriegsherrscher in Ostdeutschland ausschalten oder diskreditieren wollten.

Vorgeblich waren die Lagerinsassen Nationalsozialisten oder stellten ein anderes Sicherheitsrisiko dar, doch es wurde bald deutlich, dass die Sowjets und ihre deutschen Protégés den Vorwurf der NS-Verstrickung als Mittel benutzten, um jeden aus dem Weg zu räumen, der die rasche «Sowjetisierung» der SBZ zu gefährden schien. Unter den Gefangenen befanden sich natürlich «Klassenfeinde», also Adlige, Bürger und wohlhabende Landwirte – die Überreste der im Winter 1945/46 enteigneten Gruppen, die es versäumt hatten, in den Westen zu fliehen. Aber nachdem sich SPD und KPD auf Geheiß Stalins angeblich freiwillig vereinigt hatten, waren auch Sozialdemokraten und andere Politiker, die sich geweigert hatten, den von den Kommunisten geförderten «Blockparteien» beizutreten, als «feindliche Elemente» ins Visier des MWD geraten und mussten fürchten, unter Berufung auf die Entnazifizierungsdirektiven verhaftet zu werden.

Folter gehörte zur Tagesordnung. «In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt», berichtete ein früherer Insasse von Bautzen. Einem Kriegsversehrten mit Beinprothese «hatte man beim Verhör den Stumpf so bearbeitet, dass er nur noch ein Blutklumpen war».²³

Bis 1948 behielt das MWD die Oberaufsicht. Doch bald wurden vermeintliche Feinde der Nachkriegsordnung auch durch eine von deutschen

Kommunisten aufgebaute Geheimpolizei verfolgt. Sie begann in Sachsen unter der Bezeichnung K5 und sollte schliesslich in der berüchtigten Stasi aufgehen.

Besonders gefährdet waren in der SBZ eigenwillige Jugendliche. Die Jugend, die unter Hitler aufgewachsen und einer «Gehirnwäsche» unterzogen worden war, bereitete allen vier Besatzungsmächten Sorgen. Aber für die Sowjets und ihre deutschen Verbündeten stellten die jungen Leute, von denen viele vor Kurzem noch begeisterte Mitglieder der Hitlerjugend oder des Bundes Deutscher Mädel gewesen waren, offenbar ein besonders schwieriges Problem dar. In den Westzonen scheinen die Spannungen mit dieser Bevölkerungsgruppe vor allem durch Neid und sexuelle Eifersucht hervorgerufen worden zu sein, die in der Anziehungskraft begründet waren, die Nylons, Schokolade und Zigaretten herbeischaffende britische und amerikanische Besatzer auf junge deutsche Frauen ausübten. Im Osten waren sie dagegen stärker sozial und ideologisch geprägt. Das MWD war sich dessen bewusst und ordnete diese Probleme in typischerweise in die drastische Rubrik «Werwolf-Aktivitäten» ein, womit automatisch drakonische Massnahmen gerechtfertigt waren.

Tatsächlich neigten Jugendliche dazu, die alten Hitlerjugendlieder zu singen (manchmal mit satirisch auf die neuen Herrscher gemünzten Texten), sich, wie es Heranwachsende nun einmal tun, zu treffen und in vage aufmüpfiger Stimmung «herumzulungern» und gelegentlich Schwarzmarktgeschäfte zu machen. Doch ihr Hauptvergehen bestand darin, antikommunistische und antisowjetische Parolen auf Häuserwände zu schreiben. Relativ häufig wurden unter der Hand auch Flugblätter und Pamphlete verbreitet.

Hin und wieder störten unzufriedene und gelangweilte Jugendliche Vorführungen sowjetischer Filme. So buhte und zischte eine Gruppe von «Lausejungen» in Dresden einen Dokumentarfilm aus, in dem sowjetische Lebensmittellieferungen nach Deutschland gepriesen wurden. Die örtliche kommunistische Führung liess die Kinobesucher überprüfen, um sicherzugehen, dass die jungen Leute keine «geworbenen Agenten» waren. In

Leipzig beklagten die örtlichen Kommunisten, dass sowjetische Filme «zum grossen Teil vom Publikum sabotiert... werden, was allein schon ein Erfolg der Gegner» sei. Verhaftete Jugendliche wurden beschuldigt, Mitglieder von Werwolf-Gruppen zu sein. In Chemnitz wurden mehrere Mitglieder einer Gruppe junger «Reaktionäre» verhaftet, weil sie angeblich vorhatten, Versammlungen der neu gegründeten kommunistischen Jugendorganisation FDJ (Freie Deutsche Jugend) durch peinliche Fragen zu stören. Umgehend übergab man sie der wenig zimperlichen Fürsorge des MWD.²⁴

Andere hatten mehr Glück, obwohl sie das Gleiche taten. Ulrich Frodien beispielsweise, der aus Breslau nach Berlin, von dort nach Göttingen geflohen und dann mit seinen Eltern in die Kleinstadt in der sowjetischen Besatzungszone gegangen war, in der sein Vater als Arzt praktizierte, nahm ebenfalls an FDJ-Versammlungen teil. Aber er war etwas cleverer als die jungen Leute, die im lokalen Gulag endeten. Zusammen mit einigen Freunden engagierte er sich in der FDJ und gab sich loyal, obwohl er in einigen wichtigen politischen Fragen kritisch blieb. Das neue Regime, das seine demokratische Maske noch nicht fallen lassen wollte und hoffte, nach und nach auch «belastete» Jugendliche auf seine Seite ziehen zu können, duldete sie, auch wenn sie in Sitzungen und Konferenzen häufig eine Minderheitenmeinung vertraten und immer schärfer kritisiert wurden. Man bemühte sich, sie in die «richtige» Richtung zu lenken, und Ulrich Frodien war auf einer regionalen Konferenz sogar ein kurzes Gespräch mit dem sowjetischen Kulturdiktator im eroberten Deutschland, Oberst Sergei Tjulpanow, vergönnt.

Die paranoide Brutalität, die das neue Regime an den Tag legte, wenn es auf Opposition stiess, nahm im selben Mass zu, wie die «schrittweise» und relativ tolerante Politik der ersten Nachkriegsmonate aufgegeben wurde. Ein Schlüsselmoment war die von den Sowjets vorangetriebene Vereinigung von SPD und KPD zur sogenannten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946. Unter deren 1,3 Millionen Mitgliedern waren die beiden linken Parteien ungefähr gleich stark vertreten

(tatsächlich waren die vormaligen SPD-Mitglieder leicht in der Überzahl), und anfangs wurden die Posten dementsprechend zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufgeteilt. Dennoch wurde rasch erkennbar, dass die Kommunisten das Heft in der Hand hielten, und in den folgenden Jahren sollte dies immer klarer werden. Viele Sozialdemokraten in der SBZ und Berlin waren gegen die Vereinigung, aber nur in Westberlin waren sie in der Lage, sich zu organisieren, ohne von den Sowjets und ihren deutschen Verbündeten belästigt zu werden.

In der Wahl in der SBZ im Oktober 1946 – der letzten mehr oder weniger freien Wahl für ihre Bürger bis zum Fall der Mauer – erhielt die SED starke Zustimmung, aber entgegen den Erwartungen der Sowjets nicht die Mehrheit. In Grossberlin, wo die sowjetische Herrschaft nicht so weit reichte wie in der SBZ und die SPD weiterhin eigene Kandidaten aufstellte, fiel die SED spektakulär durch. Sie gewann nur 20 Prozent der Stimmen, während die SPD auf 48 Prozent kam. Aus der Erkenntnis heraus, dass sie freie Wahlen nicht gewinnen konnte – auch in Ungarn und Österreich hatten kommunistische «Einheitsfronten» Wahlschlappen erlitten –, begann das von den Sowjets installierte Regime die Zügel anzuziehen. Ulrich Frodien und seine Freunde gaben angesichts der Gefahr, in der sie schwebten, ihre politischen Aktivitäten auf. Die meisten gingen schliesslich in den Westen, so auch Frodien selbst, der im Februar 1948 unter erheblichem Risiko aus einem Sanatorium an der Grenze zur britischen Zone floh, wo er sich einer Behandlung wegen Bronchialproblemen aufgrund einer im Krieg erlittenen Lungenverletzung unterzogen hatte.²⁵

Dass die Entnazifizierung für die Sowjets und ihre deutschen kommunistischen Verbündeten ein Instrument der ökonomischen Umgestaltung und der politischen Kontrolle war, kann heute nicht mehr geleugnet werden. Darüber hinaus war sie ein Mittel zur Umwälzung der Gesellschaft, da man mit ihrer Hilfe einen klaren Schnitt durch jene beiden öffentlichen Bereiche machen konnte, in denen die Rechten besonders fest verankert waren: Justiz und Bildungswesen.

Seit dem 19. Jahrhundert waren die deutschen Gerichte sowie die

Schulen und Universitäten Hochburgen der nationalistischen, autoritären Rechten, und wie im Westen war eine grosse Mehrheit der Juristen und Lehrer bekanntermassen Anhänger des Nationalsozialismus gewesen. Die Franzosen unternahmen einen kurzzeitigen, frühen Versuch, beide Bereiche umfassend zu säubern, überlegten es sich dann aber anders, als sie erkannten, dass den Schulen bei der Wiedereröffnung die Lehrer fehlen würden. Die Sowjets und die deutschen Kommunisten waren weniger zaghaft, vielleicht, weil für sie mehr auf dem Spiel stand. Für totalitäre Geister war klar, dass Bildung und Justiz grundlegend für ihre zukünftige Kontrolle waren – Erstere für die Kontrolle über die Köpfe der jungen Leute und Letztere für die Kontrolle über die Freiheiten der gesamten Bevölkerung.

Es gab eine gewisse Rechtfertigung für eine radikale Durchforstung beider Bereiche. In der Weimarer Republik waren die Gerichte ebenso wie die Schulen häufig Zentren des kompromisslosen Widerstands gegen die Demokratie gewesen. Die Beamten in beiden Institutionen waren reihenweise in die NSDAP eingetreten. In den Gebieten der späteren SBZ hatten 70 Prozent der Lehrer zur Partei gehört – im späteren Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen sogar fast 85 Prozent –, während der Anteil landesweit bei 55 Prozent lag. Aber wie konnte man die Säuberung in diesen Bereichen mit gebotener Gründlichkeit durchführen, ohne Schulen und Gerichte lahmzulegen? Immerhin waren Lehrer und Richter, ähnlich wie Ärzte, hochqualifizierte und in der Praxis geschulte Leute. Im Fall der Ärzte, gleichfalls eine stark nazifizierte Gruppe, wäre der Verlust vieler qualifizierter Kräfte buchstäblich tödlich gewesen. Deshalb liess man sie unbehelligt.

Im Spätsommer 1945 vermittelten die Behörden in der sowjetischen Besatzungszone in aller Eile Tausenden von «zuverlässigen» Kandidaten – für gewöhnlich Sozialisten oder Kommunisten – in dreiwöchigen Kursen grundlegende Lehrmethoden. Diese «Neulehrer», wie man sie nannte, ersetzten die alte Lehrerschaft. Joachim Trenkner erinnert sich noch, dass die meisten seiner alten Lehrer verschwanden und «Neulehrer» an ihre Stelle

traten, die er über sechzig Jahre später als «bizarre» Erscheinungen beschreibt. Und politisch zuverlässig waren auch nicht alle:

«An eine Sache erinnere ich mich. Der Russischunterricht fing an ... und man fand in Thüringen nur schwer Russischlehrer. Und so bekamen wir überwiegend welche aus Litauen. Flüchtlinge, die zumeist aus den baltischen Staaten kamen. Ich erinnere mich, dass unser allererster Flüchtlingslehrer ein alter Mann war mit weissen Haaren und dicker Brille, und er begann die erste Stunde mit Worten, die ich nie vergessen werden: ‚Kinder, ich soll euch die Sprache unseres gemeinsamen Feindes beibringen. ‘ Wie lange er dort blieb, weiss ich nicht...»²⁶

Nach dem gleichen Muster wurden im Justizwesen Richter und Staatsanwälte – von denen rund 80 Prozent Nationalsozialisten waren – durch «Volksrichter» ersetzt, ebenfalls von der SED ausgewählte proletarische Kandidaten, die ihre Tätigkeit nach einem gerade einmal halbjährigen juristischen Lehrgang aufnahmen. Anders als in den Westzonen galt im Osten die Regel, dass *jeder* Richter und Staatsanwalt, der Nationalsozialist gewesen war, entlassen werden musste, und an diese Vorschrift hielt man sich in den meisten Fällen.²⁷

All diese Veränderungen konnten mit gewissem Recht als notwendige radikale soziale Umgestaltung präsentiert werden. Durch die Ernennung von ergebenen Getreuen, die völlig von der Gunst der Verwaltung abhängen – denn ein im Osten ausgebildeter Neulehrer oder «sozialistischer» Richter hätte im Westen keine Anstellung gefunden –, erhielten die neuen Mächtigen im Land aber auch die direkte Kontrolle über entscheidende Hebel der Nachkriegsgesellschaft.

Auch an den Universitäten wurde der verbliebene Lehrkörper rücksichtslos gesäubert. Viele Universitätslehrer waren freilich bereits in den Westen gegangen. Bis Anfang 1946 waren drei Viertel der Professoren der sechs grossen Universitäten in der SBZ entweder entlassen worden oder geflohen.²⁸ Die Politisierung der höheren Bildung war bald nicht mehr zu

ignorieren, während ihre Qualität drastisch nachliess. Studienbewerber aus der Arbeiterklasse wurden durch Quotenregelungen auf Kosten ihrer Mitbewerber aus dem Bürgertum bevorzugt. Universitäten und Hochschulen benutzte man als gesellschaftliche Portale, die nur passieren durfte, wer den neuen kommunistischen Machthabern sozial und politisch genehm war. Im Unterschied zu den Westzonen, wo man den nach 1919 Geborenen zugutehielt, dass sie von den Nationalsozialisten einer Gehirnwäsche unterzogen worden waren und daher für ihre politischen Fehler und Verbrechen nicht in vollem Umfang verantwortlich gemacht werden konnten, achtete man im Osten streng auf die politische Vergangenheit der Studienbewerber.

Lothar Loewe erwog damals, sich um einen Studienplatz an der angesehenen Humboldt-Universität in Ostberlin zu bewerben. Er wurde jedoch von einem Freund, der selbst nur knapp der Verhaftung entgangen war, davor gewarnt, dass dort jeder, der es – wie Loewe – in der Hitlerjugend zum Fähnleinführer oder einem höheren Rang gebracht hatte, rigoros abgelehnt werde und sogar mit Verhaftung rechnen müsse. Da die Gründung der Freien Universität in Westberlin noch in der Zukunft lag, gab Loewe daraufhin seine Studienpläne auf und trat sofort bei einer der kurz zuvor von den Amerikanern in Westberlin lizenzierten Zeitungen in die Welt des Journalismus ein. Es war der Beginn einer aussergewöhnlichen Laufbahn.²⁹

Obwohl Historiker einräumen, dass die sowjetische Säuberung wahrscheinlich die gründlichste war, schwankte die Alltagsprozedur beständig zwischen den Polen nachlässig und hart. Wenn die Sowjets jemanden haben wollten – wie die Raketenwissenschaftler und andere Fachleute –, dann nahmen sie ihn auch, ob es sich nun um einen Nationalsozialisten handelte oder nicht. Andererseits wurden, bei einer Bevölkerung von 18 Millionen, zwischen 1945 und 1948 mehr als eine halbe Million Nationalsozialisten zumindest zeitweise von jeder Arbeitsmöglichkeit, ausser den niedrigsten Tätigkeiten, ausgeschlossen.³⁰

Eine Eigenart der Kommunisten war jedoch, dass sie wie die Kirche

die Möglichkeit der Erlösung offenliessen. Da sie den Nationalsozialismus als letztes, verzweifertes Stadium des Kapitalismus betrachteten, gab es für diejenigen, die ihren Fehler eingestanden und bereuten, jederzeit einen moralischen Ausweg. Wenn also Nationalsozialisten (in der Regel kleine Pg oder sogenannte Mitläufer) nach ein oder zwei Jahren bereit waren, sich der von der SED vertretenen wahren Anschauung zuzuwenden, hatten sie gute Aussichten auf Rehabilitation, insbesondere, wenn das Regime sie für nützlich hielt. Man braucht nur an die Raketenwissenschaftler oder, auf niedrigerer, individuellerer Ebene, an den effizienten – aber einst nationalsozialistischen – Chemiker Dr. Bergander in seiner Dresdener Schnapsfabrik zu denken.

Schon im Winter 1945/46 hatte Stalin bei einem Besuch von KPD-Führern in Moskau in ähnlicher Weise angeregt, ehemaligen Nationalsozialisten ein politisches Schlupfloch zu öffnen, um sie in die sowjetische Zone zu locken: eine eigene Partei, in der reuige Nationalsozialisten zum Aufbau der neuen Welt beitragen könnten. Dieser Vorschlag war selbst Ulbricht und seinen Genossen zu zynisch. Zudem ritten sie eifrig Angriffe gegen die Westalliierten wegen deren angeblich nachlässiger Verfolgung von Nationalsozialisten und wollten ihre eigene Propaganda nicht unterminieren.³¹ Zwei Jahre später jedoch, als sich die Beziehungen zwischen Ost und West verschlechterten und die Macht der SED so weit gediehen war, dass sie die öffentliche Meinung nach Belieben beeinflussen konnte, geschah das eigentlich Udenkbare. Die «Blockparteien», die selbstverständlich allesamt von der SED kontrolliert wurden und die pseudodemokratische politische Landschaft der SBZ bildeten, wurden durch eine neue Gruppierung, die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), ergänzt. In der NDPD konnten ehemalige Nationalsozialisten, die nachweislich keine zu schrecklichen Verbrechen begangen hatten und bereit waren, dem kommunistischen Regime Treue zu schwören, an der neuen Gesellschaft teilhaben. Wie sich herausstellte, fiel ihnen der Wechsel vom rechten zum linken Totalitarismus häufig weniger schwer, als sie es wohl vor 1945 vermutet hätten.

Doch diese Gruppe war bereits in den vorangegangenen zwei Jahren unter der Hand umworben worden, als man ihre Existenz offiziell noch nicht eingestanden und sie noch in der Angst vor den Entnazifizierungsgerichten gelebt hatte. «Kleine» Nationalsozialisten waren beispielsweise angeregt worden, iſtder Volksabstimmung über die Bodenreform in Sachsen im Juni 1946 «richtig» abzustimmen, indem man ihnen rechtzeitig Zugeständnisse in Bezug auf ihren eigenen Besitz machte. Die Botschaft war klar: Wenn ihr kleinen Nationalsozialisten für die Enteignung der grossen Nationalsozialisten stimmt, wird man euch fair behandeln. Nach dem Ergebnis der Volksabstimmung zu urteilen, ging diese Strategie auf.³²

Wie die anderen Besatzungsmächte waren auch die Sowjets im sich herausbildenden Kampf um die Macht in Osteuropa, für dessen Ausgang die Herrschaft über Deutschland von entscheidender Bedeutung sein sollte, hin- und hergerissen zwischen Entnazifizierung und der Notwendigkeit, «ihr» Deutschland zu festigen und «ihre» Deutschen zu einen. Letzten Endes zeigten sich auch die Kommunisten, so heftig – und manchmal durchaus berechtigt – ihre Kritik an den Westmächten ausfiel, zu Arrangements und Kompromissen bereit. Ende der vierziger Jahre war Deutschland nicht mehr nur eine besiegte Nation, mit der die Sieger nach Belieben umspringen konnten. Es war zum Kampfplatz des Kalten Krieges geworden.

Im Mai 1945 telegraphierte General Clay Generalstabschef Eisenhower eine Denkschrift, in der er versuchte, die Lage in Deutschland ein Jahr nach dem Sieg in Europa zusammenzufassen. Es war eine alles andere als optimistische Einschätzung:

«Nach einem Jahr Besetzung bilden die Zonen hermetisch abgeschlossene Gebiete mit fast keinerlei freiem Austausch an Gütern, Personen und Ideen. Deutschland besteht heute aus vier kleinen Wirtschaftseinheiten, die miteinander nur auf Vertragsbasis verkehren können, trotz der Tatsache, dass keine dieser Einheiten sich selbst erhält, obwohl das für die britische und die russische Zone erreichbar wäre. Wirtschaftseinheit kann nur durch einen freien Handel innerhalb Deutschlands und durch eine gemeinsame Aussenhandelspolitik, die auf ganz Deutschland berechnet ist, erreicht werden. Eine gemeinsame Finanzpolitik ist von gleicher Wichtigkeit. Eine hemmungslose Inflation, begleitet von wirtschaftlicher Lähmung, kann jeden Augenblick losgehen. Drastische Steuerreformen – zur Vermeidung von Geldumlauf und Zahlungsansprüchen sowie zur Schuldenregelung – sind zum frühestmöglichen Termin wesentlich. Mit unabhängigen finanziellen Massnahmen in den einzelnen Zonen ist nichts zu erreichen. Gemeinsame Richtlinien und ihre Durchführung im ganzen Land sind gleicherweise bedeutend für Verkehr, Nachrichtenwesen, Lebensmittelversorgung und Landwirtschaft sowie Industrie und Aussenhandel, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau ermöglicht werden soll.»

In der Praxis, erklärte Clay weiter, bestehe die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses nur mit der britischen Zone. «Theoretisch» sollte sie auch für die Russen annehmbar sein, «obwohl sich in Einzelheiten zahlreiche Meinungsverschiedenheiten mit den russischen Vertretern ergeben dürften». Für die Franzosen seien die Vorschläge unannehmbar, da sie noch immer auf der Abtrennung des Rheinlands und des Ruhrgebiets von Deutschland bestünden. Dieses Vorhaben sei jedoch grundsätzlich abzulehnen, da es nicht nur zu einer Krise in Deutschland führen würde, sondern «katastrophale Folgen für die ganze Welt» hätte. In Clays Augen waren offenbar die Franzosen im Vergleich mit den Sowjets das grössere Problem. Die Sowjets mochten sich im Detail sperren, aber nicht in dieser Grundsatzfrage. Dagegen lehnten die Franzosen die staatliche oder wirtschaftliche Einheit Deutschlands rundweg ab. Im Nachhinein könnte man einwerfen, dass die Sowjets die Franzosen einen grossen Teil der «dreckigen Arbeit» machen liessen, statt sich selbst die Hände schmutzig zu machen, doch dies war für die Zeitgenossen nicht erkennbar. Clay fuhr fort:

«Wenn es nicht möglich ist, die französische und die russische Einwilligung zu diesen Grundsätzen [das heisst zum allgemeinen Zusammenschluss aller vier Besatzungszonen] zu erlangen, würden wir sehr empfehlen, an die Briten heranzutreten, um ihre Bereitwilligkeit, ihre Besatzungszone mit der unsrigen zu vereinen, festzustellen. Wenn die Briten zum Vollzug dieser Verschmelzung bereit sind, sollten die französischen und die russischen Vertreter darauf hingewiesen werden, dass wir diese Verschmelzung noch vor dem Winter durchzuführen beabsichtigen, obwohl wir es weit lieber sähen, wenn eine Einigung unter den Alliierten über die Behandlung Deutschlands als Ganzes erreicht werden könnte.»¹

Der General aus South Carolina plädierte unmissverständlich für einen zügigen Zusammenschluss mit der britischen Zone, ganz gleich, welche Probleme man deswegen mit Sowjets und Franzosen bekommen würde. Er

und seine Vorgesetzten in Washington hatten die Hoffnung zwar noch nicht aufgegeben, dass Deutschland als Ganzes verwaltet werden konnte, aber es gab so viele Komplikationen und Meinungsverschiedenheiten, dass es immer schwerer fiel, in dieser Hinsicht optimistisch zu bleiben.

Auch in Washington bewegte man sich in eine neue Richtung, weg von der Viermächtekooperation und hin zu unilateralem Handeln oder bestenfalls zur Gemeinsamkeit mit den Briten. Als die vier Mächte (plus China) im April 1946 in Paris noch einmal zusammenkamen, um über eine einheitliche Vorgehensweise bei der Erfüllung der detaillierten Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu sprechen, endeten die Gespräche in einer Sackgasse. US-Aussenminister James F. Byrnes lehnte neue Reparationsforderungen der UdSSR ab und wies Stalins Aussenminister Molotow daraufhin, dass die USA und Grossbritannien eine halbe Milliarde Dollar ausgeben müssten, um «ihre» Deutschen zu ernähren, weil die Sowjetunion sich weigere, sie mit Lebensmitteln zu beliefern. Molotow seinerseits lehnte den amerikanischen Vorschlag ab, Deutschland für 25 Jahre zu entmilitarisieren. Da Amerika immer noch beabsichtigte, in den folgenden zwei Jahren seine Truppen aus Europa abzuziehen, liess dies darauf schliessen, dass die Sowjetunion einfach abwartete, bis sie fort waren, um dann ihre eigentlichen Ziele in Deutschland durchzusetzen.

Ob diese Vermutung aggressiver sowjetischer Absichten zutraf, ist nicht sicher. Stalins erschöpftes, aber siegreiches Land zog sowohl in Osteuropa als auch in seiner Besatzungszone in Deutschland die Schraube weiter an und suchte auf opportunistische Weise entweder direkt oder durch Stellvertreter seinen Vorteil. Die Frage war nicht, ob Stalin ein vereintes kommunistisches Deutschland gefallen hätte, sondern, ob er bereit war, anstelle von List und Überzeugung Gewalt anzuwenden, um ein solches Deutschland zu schaffen.

Anfang 1946 wies vieles darauf hin, dass Stalin nicht mit Briten und Amerikanern an einem Strang ziehen würde, und das nicht nur in Bezug auf Deutschland. Moskau weigerte sich zum Beispiel im Iran, seinen Teil

der Vereinbarungen für die Nachkriegszeit zu erfüllen. Das Land war während des Krieges von britischen, amerikanischen und sowjetischen Truppen besetzt worden, unter der Massgabe, dass sie sich nach Kriegsende wieder zurückziehen würden. Briten und Amerikaner hatten sich darangehalten und ihre Truppen innerhalb der gesetzten Frist abgezogen, die Sowjets jedoch nicht. Stattdessen planten sie anscheinend sogar, ihre Besatzungszone auszudehnen. Anfang 1946 gründeten sowjetische Agenten auf iranischem Boden zwei sogenannte Sowjetrepubliken. Sie wurden von iranischen Truppen mit amerikanischer Unterstützung zerschlagen, und ihre Führer wurden hingerichtet, sofern sie ihr Heil nicht in der Flucht gesucht hatten. Die Krisenstimmung hielt noch monatelang an, bis sich die Sowjets stillschweigend zurückzogen. Die Irankrise war insofern ein Schlüsselfaktor für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der angloamerikanischen Achse und ihrem früheren sowjetischen Verbündeten. Während die Krise noch schwelte, stärkte Präsident Truman die amerikanische Position, indem er die 6. Flotte ins Mittelmeer entsandte, die auch heute noch dort stationiert ist.²

Ungefähr zur gleichen Zeit beendeten die Sowjets abrupt ihre Teilnahme an den Gesprächen über die künftige internationale Finanzstabilität in Bretton Woods, die zur Gründung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank führten.³ Am 9. Februar 1946 hielt Stalin in Moskau eine Rede, in der er den Rückzug aus dem grossen Kriegs Bündnis mit den Kapitalisten und gleichzeitig die Abkehr von jeglichen ökonomischen Arrangements, die den Kapitalismus unbeschadet liessen, einläutete. Es war eine traditionell marxistisch-leninistische Tirade, in der er Lenins Behauptung wiederholte, Kapitalismus bedeute Krieg, und in der er erklärte, die Nationalsozialisten seien zwar besiegt, aber Frieden werde erst herrschen, wenn der Kommunismus weltweit gesiegt habe. Er erinnerte an die Industrialisierung vor dem Krieg – die freilich einen horrenden sozialen und menschlichen Preis gekostet hatte –, welche die Sowjetunion in die Lage versetzt habe, den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen (die angloamerikanische Hilfe, die einen erheblichen, wenn nicht gar ausschlaggebenden

Beitrag zur sowjetischen Kriegsanstrengung geleistet hatte, liess er unerwähnt). Und er rief dazu auf, sich auf den neuen Kampf vorzubereiten, der angesichts der inneren Widersprüche des Kapitalismus unweigerlich kommen werde.⁴

In dieser Phase, im Februar 1946, schickte George F. Kennan, der stellvertretende Leiter der US-Botschaft in Moskau, dem Finanzministerium in Washington ein Telegramm, in dem er, wie erbeten, die sowjetischen Gründe für den Ausstieg aus der Konferenz von Bretton Woods darlegte. In seinen Ausführungen ging er weit über die Finanzfragen hinaus und beschäftigte sich mit politisch-militärischen Problemen, für die solche Ereignisse wie die Irankrise und die zunehmenden Spannungen in Deutschland exemplarisch waren. Am Ende analysierte er die komplexe Psychopathologie des sowjetrussischen Verhaltens, so wie er sie sah, in ihrer Gesamtheit und unterbreitete Vorschläge, wie die Vereinigten Staaten auf die Verschlechterung der Beziehung zu ihrem einstigen Kriegsverbündeten reagieren sollten und wie sie dessen Macht, die sich inzwischen auf halb Europa und bis nach Asien erstreckte, «eindämmen» konnten. Kennans Ausarbeitung, die als «Das lange Telegramm» bekannt wurde – es umfasste immerhin rund 8'000 Worte –, hatte entscheidenden Einfluss auf die amerikanische Nachkriegspolitik.

Schon einige Monate vor der deutschen Kapitulation hatte sich Kennan dafür ausgesprochen, Europa nach dem Krieg nicht gemeinsam mit den Russen zu verwalten, sondern es in Einflussphären aufzuteilen, um im amerikanischen Teil «nach dem Krieg ein neues Leben aufzubauen, auf würdevoller und stabiler Basis».⁵ Ein gutes Jahr später verlangte er die «Eindämmung» der Sowjetunion, deren Weitsicht er als «neurotisch» bezeichnete, und riet zu einem aktiveren Vorgehen, einer Vorwärtsstrategie, die mehr anstrebte, als nur Demarkationslinien zwischen Einflussphären zu ziehen. Dafür müssten die Gegenkräfte – kulturelle ebenso wie ökonomische und politische – gestärkt werden. Im vorletzten Absatz des «langen Telegramms» schrieb Kennan:

«Es genügt nicht, die Leute aufzufordern, eine ähnliche Regierungsform zu entwickeln wie wir. Viele fremde Völker, zum mindesten in Europa, sind durch die erlittenen Erfahrungen ermüdet und verschreckt und interessieren sich weniger für abstrakte Freiheit als für Sicherheit. Sie suchen Führung eher als Verantwortung. Wir sollten besser befähigt sein als die Russen, sie ihnen zu geben. Und wenn wir es nicht tun, werden die Russen es bestimmt.»⁶

Von den «fremden Völkern», von denen Kennan sprach, passte hinsichtlich ihrer Ängste und Hoffnungen kaum eines besser in sein Muster als das deutsche. Es brauchte Ermutigung und Hoffnung, und Amerika seinerseits musste begreifen, dass es den fünfzig Millionen Menschen, die sich jetzt in den Westzonen Deutschlands drängten, mehr anbieten musste als den moralischen Zeigefinger, Kriegsverbrecherprozesse, Winter ohne Heizung und die «Suppenküchen», die Roosevelt Ende 1944 für ausreichend gehalten hatte. Deutschland war aufgrund seiner Lage, seiner Bevölkerung, seiner Industriekapazität der Schlüssel zu Europa.

Etwas mehr als zwei Wochen nach Kennans Telegramm, am 5. März, forderte Winston Churchill in einer Rede in Fulton, Missouri, den Schulterschluss der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens gegen eine mögliche sowjetische Aggression. Er sprach davon, dass sich von Stettin an der Ostsee bis nach Triest am Mittelmeer ein «Eiserner Vorhang» durch Europa ziehe, hinter dem die gerade erst befreiten Völker Mittel- und Osteuropas von Stalins Helfershelfern rücksichtslos unterjocht würden. Aufgrund seiner Wahlniederlage im Jahr zuvor war Churchill auf die Rolle des Oppositionsführers beschränkt, doch als Staatsmann hatte sein Wort immer noch Gewicht und war ein weiteres Anzeichen für den Wandel der westlichen Haltung. Ein grosser Teil der Amerikaner, die damals keine neuen internationalen Verwicklungen ihres Landes wollten, nahm die Rede skeptisch auf, doch Churchills Worte waren von jetzt an in der Welt, und in Europa wurden sie gehört.⁷

Kennans Vorwärtsstrategie warf ein Problem auf. Der scharfsinnige Diplomat hatte sich nicht lange mit militärischen Faktoren aufgehalten, doch sie bildeten einen wichtigen Teil der Gleichung. Offiziell planten die USA immer noch, ihre Truppen aus Europa komplett abzuziehen, und zwar bald. Von den 97 amerikanischen Divisionen, die im Mai 1945 auf dem europäischen Kriegsschauplatz gestanden hatten, waren bereits über achtzig in die Heimat zurückgekehrt, und die Demobilisierung ging weiter. Im selben Zeitraum war die Zahl der britischen Soldaten von fünfeneinhalb Millionen auf etwas mehr als eine Million gesunken. Frankreich baute zwar seine Nachkriegsarmee weiter aus, wurde aber bald durch Konflikte im Nahen Osten und in Indochina abgelenkt. Zudem war die Stimmung dort überwiegend sowjetfreundlich, und die Koalitionsregierung in Paris, der bis Mai 1947 auch kommunistische Minister angehörten, bildete in Fragen, die Deutschland betrafen, mit den Sowjets regelmässig eine obstruktive Einheitsfront.

Auch die Sowjetunion verkleinerte ihre riesige Armee erheblich – bis Ende 1947 von der Kriegsstärke von über elf Millionen Mann auf knapp drei Millionen –, womit ihre Militärmacht, an den absoluten Zahlen gemessen, freilich immer noch wesentlich grösser war als diejenige der drei anderen Siegermächte.⁸ Wie Churchill in seiner Rede in Fulton sagte, mochte Sowjetrussland keinen Krieg wollen, aber es wolle «die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin».⁹ Ganz gleich, ob Stalin vorhatte, diese immer noch furchterregende Streitmacht einzusetzen – und nach allem, was man heute weiss, war dies unwahrscheinlich –, sie blieb eine stets präsente, bedrohliche Kraft.

Im Oktober 1945 hielten nur sieben Prozent der amerikanischen Wähler aussenpolitische Probleme für wichtiger als innenpolitische Fragen.¹⁰ Hätten sie gewusst, worüber man Anfang 1946 in den oberen Rängen des Aussen- und des Kriegsministeriums diskutierte, wären sie wahrscheinlich entsetzt gewesen. Dennoch waren es notwendige Überlegungen. Solange die Amerikaner an dem Plan, sich aus Europa zurückzuziehen, festhielten, würde ihre Politik gegenüber der Sowjetunion durch die Notwendigkeit

geprägt sein, einen Modus Vivendi mit Stalin zu finden, der Westeuropa eine gewisse Sicherheit vor einer sowjetischen Aggression gab. Diese Notwendigkeit brachte Moskau in Vorteil und schwächte die amerikanische Position.

Clay wusste dies. Ihm war aber auch klar, dass man den Sowjets und Franzosen entgegentreten musste. Am 19. Juli verfasste er ein langes Schreiben an seinen Abteilungsleiter für Zivilangelegenheiten, General Oliver P. Echols, das er als Grundlage für eine Rede verwenden wollte, die sowohl an die Besatzungsverwaltung als auch an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet sein sollte.¹¹ Clay, dies ist Briefen aus dieser Zeit zu entnehmen, war frustriert und sogar niedergeschlagen, weil er in Deutschland nicht die Fortschritte erreichen konnte, zu denen er selbst und Amerika in der Lage gewesen wären.¹² Er dachte sogar daran, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen.

Notwendig wurde seine Wortmeldung, weil der sowjetische Außenminister Molotow in der Woche zuvor in Paris – einen Tag, bevor die alliierte Außenministerkonferenz am 12. Juli in einigem Chaos abgebrochen wurde – ein geeintes, unabhängiges Deutschland mit einer (hochzentralisierten) demokratischen Zentralregierung an der Spitze und einem ökonomischen Wiederapfbauprogramm als Arbeitsgrundlage für dringend erforderlich erklärt hatte. Zur Überraschung aller hatte Molotow zu diesem Zeitpunkt erstmals unmissverständlich festgestellt, dass das Ruhrgebiet deshalb nicht von Deutschland abgetrennt werden dürfe, womit er Frankreich mit seiner Forderung nach einer Loslösung und Internationalisierung des reichsten und produktivsten Industriegebiets des ehemaligen Reichs isolierte.

Außenminister Byrnes' Vorschlag, als ersten Schritt die Zonengrenzen abzuschaffen und endlich einen freien innerdeutschen Handel zuzulassen, lehnte Molotow allerdings ab. Und im metaphorischen Kleingedruckten forderten die Sowjets eine Aufstockung der deutschen Reparationen auf zehn Milliarden Dollar, die nicht nur, wie bisher, durch Demontagen und Beschlagnahmungen, sondern auch aus der laufenden Produktion geleistet werden sollten. Letztlich stellte Molotows Erklärung eine

typisch sowjetische Mischung dar – ein scheinbar grosszügiges Angebot, das sich, sobald es um seine Einlösung ginge, in einem Nebel aus bürokratischer Obstruktion, zermürbenden Verfahrenswegen und semantischer Kleinkrämerei auflösen würde.

Die Amerikaner standen dennoch vor einem Problem, denn Molotows Rede wurde von der deutschen Presse in Ost wie West gut aufgenommen. In den Augen der Deutschen schienen seine Vorschläge entschiedener und daher attraktiver zu sein als alles, was die Westmächte zu bieten hatten. «Während das besetzte Deutschland eifrig über Molotows Äusserung diskutiert», stellte Clay im Anschreiben an Echols fest, «besitzen die Mitarbeiter unserer eigenen Militärregierung keine aktuelle Zusammenfassung unserer Politik und Ziele, auf die sie sich in Gesprächen mit unseren Deutschen stützen könnten.»

Im Redeentwurf selbst gab Clay – nach einem Lippenbekenntnis zu Potsdam und zur Direktive JCS 1067 – deutlich zu verstehen, dass Deutschland nicht so weit ausgepresst werden dürfe, dass seine Bevölkerung verhungere. Dabei machte er die interessante Randbemerkung: «Die Vereinigten Staaten erkennen die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands, bis die alliierten Ziele erreicht sind. Sie glauben, dass bald nach der Übergabe der Verantwortung an die Deutschen die Grösse der Besatzungstruppen verringert werden kann ...» Implizit bedeutete dies, dass sich die Amerikaner auf eine langfristige militärische Präsenz in Deutschland einstellen mussten. Mit einem vereinten, sich selbst regierenden demokratischen Deutschland war nach Clays Ansicht, selbst unter günstigeren Umständen als den damals herrschenden, auf Jahre hinaus nicht zu rechnen.

Auf Clays Anweisung gingen Kopien des Schreibens ans Kriegs- und ans Aussenministerium. In Letzterem bemerkte Assistant Secretary (Ministerialdirektor) Howard C. Peterson: «Meine einzige Kritik an Clays vorgeschlagener Erklärung ist, dass sie im Ton ein bisschen dazu neigt, die Deutschen zu umwerben.»¹³ Auf höchster Ebene befand man dann, dass es

sich um allzu politisches Material handle, zudem um internationale Politik – mit anderen Worten, um etwas, das Sache des Aussenministers sei.

Clay musste einige Zeit auf eine Antwort warten. Am 7. August beschwerte er sich bei der Abteilung für Zivilangelegenheiten im Kriegsministerium darüber, aber noch immer hatte man keine Instruktionen für ihn, obwohl es sich bei seiner geplanten Rede, wie er feststellte, lediglich um eine «Bestätigung der Politik, die wir jetzt betreiben», handelte.¹⁴ Am 12. August wurde er vom Aussenministerium angewiesen, seine Erklärung vom 29. Juli nicht zu veröffentlichen. Man werde eine Delegation zu Gesprächen darüber nach Berlin schicken. Clay beklagte sich bitterlich, aber er konnte nicht viel tun. Seine Empfehlungen blieben jedoch nicht ungehört. Die Deutschen zu «umwerben» kam nach und nach geradezu in Mode, sogar im fernen Washington.

Am 6. September 1946 wurde Hitlers ehemaliger persönlicher Eisenbahnzug im bombenbeschädigten Hauptbahnhof von Stuttgart feierlich empfangen. In ihm reiste der amerikanische Aussenminister James F. Byrnes an. Er hatte während der nächtlichen Fahrt von Paris im Bett des «Führers» geschlafen. In der französischen Hauptstadt hatte er in den vorangegangenen Tagen an der bereits seit dem 29. Juli tagenden Friedenskonferenz teilgenommen, die noch bis zum 15. Oktober dauern und mit dem Abschluss umfassender Verträge mit den früheren Kriegsverbündeten Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland enden sollte.

Byrnes' letzter politischer Termin in Paris war ein Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Nagy über die Lage in seinem Land und die Fortschritte bei dessen Rehabilitation gewesen.*

* Ferenc Nagy (1903-1979) war Präsident der Partei der Kleinlandwirte, des Gewinners der freien Wahl im November 1945. Er war von März 1946 bis Mai 1947 Ministerpräsident, bis er durch eine Mischung aus Erpressung und Bestechung (die Sowjets hatten seinen Sohn entführt) aus dem Amt gedrängt wurde und schliesslich in die Vereinigten Staaten emigrierte. In Neuwahlen stellten die Kommunisten sicher, dass sie eine Mehrheit der Parlamentsmandate erhielten.

Nach der fast siebenhundert Kilometer langen Zugfahrt stieg Byrnes vor dem Stuttgarter Bahnhof in eine Dienstlimousine um. Begleitet von einer Eskorte von «quietschenden Jeeps der US-Armee», wie *Time* berichtete, wurde er rund sechshundert Meter weit zum Staatstheater gefahren, dem einzigen grossen Opernhaus, das nach fünfjährigen alliierten Luftangriffen noch in Betrieb war. Dort wartete man bereits auf ihn. In den Sitzreihen hatten nicht nur amerikanische Offiziere und Diplomaten Platz genommen, sondern auch ausgewählte Deutsche sowie eine Vielzahl von Journalisten unterschiedlichster Blätter, unter ihnen auch einige Russen. Bemerkenswert war, dass die Rede mit einer Simultanübersetzung auch im deutschen Rundfunk übertragen wurde.

Angeblich war Byrnes bloss nach Stuttgart gekommen, um mit hohen amerikanischen Offizieren und Vertretern der Militärregierung über Besatzungsfragen zu sprechen, doch der Auftritt im Staatstheater war als bewusster Schritt an die Öffentlichkeit offensichtlich weitaus wichtiger. Obendrein wurde er von zwei US-Senatoren begleitet, dem demokratischen Vorsitzenden des ausserpolitischen Ausschusses, Tom Connally aus Texas, und seinem republikanischen Kollegen, Arthur Vandenberg aus Michigan.

Der aus South Carolina stammende 76-jährige Byrnes sah müde aus, aber er las seine Rede langsam und deutlich vom Blatt ab, so dass auch diejenigen sie verstehen konnten, deren Muttersprache nicht Englisch war. Was er sagte, veränderte die Ansicht der Amerikaner über ihre Aufgabe im besetzten Deutschland und revolutionierte ihre Ansicht über die Deutschen. «Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens», erklärte er, «dass Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird.» Das war eine interessante Äusserung, denn mit ihr gab Byrnes zu, dass es einen Konflikt mit der Sowjetunion gab. Aber es war nicht die Hauptaussage. Für die meisten Deutschen weitaus wichtiger war der Hinweis, dem deutschen Volk sei in Potsdam «nicht die Möglichkeit genommen [worden], sein Los im Lauf der Jahre durch harte

Arbeit zu verbessern». Dies sei allerdings nicht zu erreichen, solange Deutschland keine Wirtschaftseinheit mit einer gemeinsamen Finanzpolitik sei, räumte Byrnes ein. Ausserdem verfolge man das Ziel, eine zentrale demokratische Regierung zu schaffen. Dann wandte er sich einem weiteren Kernpunkt zu:

«Sicherungsstreitkräfte werden unglücklicherweise wahrscheinlich noch lange Zeit in Deutschland bleiben müssen. Man darf mich nicht missverstehen. Wir wollen uns unseren Verpflichtungen nicht entziehen. Wir ziehen uns nicht zurück. Wir bleiben hier und werden unseren Anteil an der Last auf uns nehmen. Solange die Anwesenheit von Besatzungskräften in Deutschland notwendig ist, wird die Armee der Vereinigten Staaten einen Teil dieser Besatzungskräfte bilden.»¹⁵

Die Amerikaner würden in Europa bleiben. Wohl nicht für immer, aber von einem Abzug binnen zwei Jahren war keine Rede mehr.

Byrnes machte den Sowjets Zugeständnisse, indem er etwa territoriale Veränderungen in Ostpreussen zu ihren Gunsten billigte, hielt es aber auch für fraglich, dass Polen alle von ihm in jüngster Zeit besetzten Gebiete würde behalten können. Die Entscheidung darüber müsse bis zu Verhandlungen über einen endgültigen Friedensvertrag zurückgestellt werden. Ausserdem gestand er Frankreich das Saargebiet zu, das Rheinland und das Ruhrgebiet jedoch ausdrücklich nicht.

Seither ist viel über die genauen Ursprünge und die Bedeutung von Byrnes' Rede gestritten worden. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass sie auf Clays Schreiben an Echols beruhte. In manchen Passagen übernahm Byrnes dessen Formulierungen fast wortwörtlich. Er trat immer noch für eine vereinte Verwaltung ein und mahnte erneut all das an, worauf man seit Potsdam drängte. Manche sind der Ansicht, dass die Rede trotz einiger Spitzen gegen den unkooperativen östlichen Nachbarn primär nicht an die Sowjetunion, sondern an Frankreich gerichtet war.¹⁶

Byrnes' Versprechen, die Amerikaner würden sich nicht zurückziehen, bevor die Dinge in Deutschland geregelt seien, gab den meisten Deutschen in den Westzonen (von den KPD-Mitgliedern vielleicht abgesehen) enormen Auftrieb, ebenso wie der veränderte Ton hinsichtlich ihres Lebensstandards und ihres Rechts, sich durch harte Arbeit ein besseres Leben zu verdienen. Und auch die unentschiedene Aussage darüber, ob der gesamte Rest von Ostpreussen sowie Pommern und Schlesien an Polen abgetreten werden sollte, konnte als Trost verstanden werden. Endlich gab es Hoffnung.

Dies scheint das Hauptziel der Rede gewesen zu sein – den Deutschen Mut zu machen, indem man ihnen zu verstehen gab, dass sie nicht weiter bestraft werden würden, sondern damit rechnen konnten, eines nicht zu fernem Tages leben zu können wie andere Völker. Daher wurde Byrnes, auch wenn der Beifall im Stuttgarter Staatstheater, laut *Time*, nur «leicht» war, in Deutschland sofort zu einem sehr beliebten Mann. Nach der Rede wurde er von den Bewohnern der Orte, durch die er reiste, mit «enormer Begeisterung» empfangen und umlagert. «Da war ein amerikanischer Außenminister unterwegs», sagte Clay später, «der etwas mehr als ein Jahr nach Kriegsende Deutschen Autogramme gab.»¹⁷

Das war bemerkenswert. Gut ein Jahr nach Kriegsende – und nicht ganz zwei, nachdem Sergeant Holzinger und sein Zug durch die Our gewatet waren und als erste Amerikaner deutschen Boden betreten hatten – hatte ein führender Vertreter der Alliierten gegenüber dem besiegten und scheinbar für immer in Ungnade gefallenem deutschen Volk auf überzeugende Weise von Hoffnung gesprochen. Die Wirklichkeit sah allerdings so aus, dass der härteste Nachkriegswinter noch vor den Deutschen lag. Im Frühjahr 1947 sollten Hungerunruhen ausbrechen und bittere Kritik an den Alliierten laut werden. Aber die Richtung war gegeben, und die Pläne wurden modifiziert. Zehn Tage nach Byrnes' Auftritt in Stuttgart regte Clay beim Kriegsministerium in Washington eine Revision der drakonischen Direktive JCS 1067 an und empfahl, die Stuttgarter Rede «als Basis für eine positive Grundsatzserklärung» zu nehmen.¹⁸

Am 4. Oktober 1946 kamen die Ministerpräsidenten der Länder der britischen und amerikanischen Zone in Bremen zusammen, um über die Koordination ihrer politischen Systeme im Rahmen eines Länderrats nach dem Vorbild der amerikanischen Zone zu sprechen. Am 2. Dezember unterzeichneten Byrnes und sein britisches Pendant, Ernest Bevin, ein Abkommen über die Wirtschaftseinheit ihrer Besatzungszonen, das am 1. Januar 1947 in Kraft trat.

Am 16. Oktober 1946 wurden elf der Beschuldigten, die im Jahr zuvor im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess angeklagt worden waren, gehängt. Göring entging dem Galgen, indem er in seiner Zelle Selbstmord beging. Drei Angeklagte waren freigesprochen worden, die anderen hatten Haftstrafen von zehn Jahren bis lebenslänglich erhalten. Es war der letzte Kriegsverbrecherprozess, der unter Führung der Vier Mächte stattfand.

Die Verhandlungen in Paris gingen weiter und führten schliesslich zu Friedensverträgen mit den ehemaligen NS-Satellitenstaaten, während die Diskussionen über Deutschland kein Ende fanden. Kennan kehrte aus Moskau nach Washington zurück, wo er immer mehr Einfluss gewann. In der Wahl im November 1946 verloren die Demokraten ihre Mehrheit im Kongress an die Republikaner. Senator Vandenberg aus Michigan, einer der beiden Senatoren, die Byrnes nach Stuttgart begleitet hatten, einst ein unerschütterlicher Isolationist, inzwischen aber ein ebenso glühender antikommunistischer Internationalist, löste Connally als Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses ab.

Im Januar 1947 ersetzte Truman Aussenminister Byrnes durch den überaus nüchternen General George Catlett Marshall. Dieser erklärte Molotow im März 1947 auf der nächsten alliierten Aussenministerkonferenz, Amerika lehne «eine Politik ab, die Deutschland weiterhin als überbevölkertes Elendsviertel oder wirtschaftliches Armenhaus inmitten Europas behandelt». Auftrieb erhielt der Trend zu einer humaneren und realistischeren Einstellung zu Deutschland durch die zweite Deutschlandreise des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover im Winter 1946/47 und durch

dessen alarmierende Berichte über die dortigen Zustände. Auch andernorts wurde deutlich, dass der Westen einen neuen, festen Kurs eingeschlagen hatte, etwa durch die Bekanntgabe riesiger Hilfspakete, mit denen man Griechenland und die Türkei, die durch kommunistische Aggressionen bedroht zu sein schienen, unter die Arme greifen wollte.

Im Juli 1947 wurde JCS 1067 schliesslich durch die Direktive JCS 1779 ersetzt, die formal eine Politik bestätigte, die in der Praxis bereits betrieben wurde. In den neuen Anweisungen für Clay, der kurz zuvor McNarney als Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone und Oberbefehlshaber in Europa abgelöst hatte, wurde jetzt unmissverständlich festgestellt: «Für ein geordnetes und blühendes Europa sind die wirtschaftlichen Beiträge eines stabilen und produktiven Deutschlands ... notwendig ...»¹⁹ Der Kurs von Clay und Byrnes hatte sich durchgesetzt. Der Morgenthauplan stand nur noch auf dem Papier.

Aber wie sollte man erreichen, dass Deutschland «stabil und produktiv» und zudem demokratisch wurde? Die Antwort darauf gab Marshall am 5. Juni 1947 an der Harvard University in einer Rede vor Studenten im letzten Jahrgang, in der er die Vorstellungen der Regierung über den Wiederaufbau Europas darlegte. Er hatte einen Plan, der zum wohl berühmtesten Plan der modernen Geschichte wurde. In der besseren Zukunft, die dieser Plan zum Ziel hatte, sollte auch ein neues Nachkriegsdeutschland einen Platz finden. Wie sich herausstellen sollte, wurde diese Reinkarnation Deutschlands zu einem derart friedlichen und wohlhabenden Land, wie es die Zeitgenossen in ihren kühnsten Träumen wohl nicht erwartet hätten.

EPILOG: DIE SCHLAFKUR

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer zum ersten Kanzler des neuen Staates gewählt, der sich Bundesrepublik Deutschland nannte. Mit seinen 73 Jahren war er lange über das Alter hinaus, in dem Politiker für gewöhnlich bereit waren, ein solches Amt zu übernehmen. Gewählt wurde er mit der knappsten möglichen Mehrheit von einer Stimme – seiner eigenen. Von den 402 Bundestagsabgeordneten hatten – bei 142 Gegenstimmen, 44 Enthaltungen, einer ungültigen Stimme und 13 abwesenden Abgeordneten – 202 für ihn gestimmt. Nachdem der Parlamentspräsident das Ergebnis bekanntgegeben hatte, wandte sich Adenauer scheinbar völlig gelassen an seinen Nachbarn und bemerkte in seinem stark rheinisch eingefärbten Tonfall: «Et hett noch immer jut jejange!»¹

In jenem Herbst, viereinhalb Jahre nach Kriegsende, nahmen die Siegermächte «ihre» Deutschen wahrhaft unter ihre Fittiche. Der Staat, dessen Regierungschef Adenauer mit so knapper Mehrheit geworden war, bestand aus den drei Westzonen – der amerikanischen, britischen und französischen – mit zusammen knapp fünfzig Millionen Einwohnern. Er war föderal und eine Republik, aber Deutschland war er nicht. Wie um diese Tatsache zu unterstreichen, wählte man die Universitätsstadt Bonn am Rhein als (vorgeblich temporären) Regierungssitz, und nicht die mittelalterliche Kaiserstadt Frankfurt am Main, die viel grösser war und sich leicht zur permanenten Hauptstadt hätte entwickeln können.

Weniger als einen Monat später, am 7. Oktober 1949, gründeten die russischen Protégés im Osten ihren eigenen Staat, für den sie eine etwas andere Bezeichnung wählten: Deutsche Demokratische Republik. Auch in

ihrem Fall trafen zwei von drei Worten zu. Der neue Staat war deutsch und eine Republik, aber demokratisch war er nicht.

Offiziell war der westliche Staat schon im Mai 1949 ins Leben gerufen worden, als Vertreter der drei Besatzungszonen ein Grundgesetz beschlossen, das es ermöglichte, in seinem Geltungsbereich Parlamentswahlen durchzuführen. Die Länder der sowjetischen Besatzungszone wurden durch einige sorgfältig gewählte Worte in der Präambel eingeladen, sich anzuschliessen: «Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.» Gelegenheit dazu sollten die Deutschen im Osten erst über vierzig Jahre später erhalten.

Hätte die SPD in der Wahl im August 1949 nicht nur 29,2 Prozent der Stimmen erhalten und wäre ihr Vorsitzender Schumacher Bundeskanzler geworden, hätte sich der neue westdeutsche Staat möglicherweise anders entwickelt. Schumacher war gewiss nicht weniger demokratisch als Adenauer, vielleicht aber nationalistischer und eher als andere geneigt, trotz seines leidenschaftlichen Antikommunismus bei der Suche nach Vorteilen für sein Land sowohl nach Osten als auch nach Westen zu schauen. Unter Adenauer jedoch richtete sich der Blick westwärts nach Frankreich und, noch weiter im Westen, nach Amerika.

Die Franzosen sahen sich schliesslich genötigt, ihren Traum eines auf Dauer harmlosen, aus Kleinstaaten bestehenden Deutschland und eines internationalisierten, ausbeutbaren Ruhrgebiets aufzugeben. Denn niemand wollte ihnen auf diesem Weg folgen, nicht einmal die Sowjets und ganz sicher nicht die meisten Deutschen in ihrer eigenen Besatzungszone. Ausserdem befand sich Frankreich wie Grossbritannien Anfang 1947 in ernststen Finanzschwierigkeiten und litt unter einer belastenden imperialen Überdehnung. Es brauchte mehr amerikanisches Geld, und zwar in jenem verlockenden Umfang, über den bereits gesprochen wurde und der nach Marshalls Rede im Juni 1947 verfügbar werden sollte.

Der Preis, den Paris für die amerikanische Unterstützung zahlen muss-

te, war die Aufgabe des grossen Nachkriegsplans, Deutschland in mehrere Staaten aufzuteilen und auf diese Weise sicherzustellen, dass es nie wieder zu einer ökonomischen oder militärischen Bedrohung werden konnte. Die seit Januar 1947 bestehende angloamerikanische «Bizone» wurde nun zu einer angloamerikanisch-französischen «Trizone». Obwohl diese Bezeichnung seit Mitte 1948 geläufig war, brauchten die Franzosen jedoch eine gewisse Zeit, um offiziell in diesen politisch-ökonomischen Dreibund einzuwilligen. Sie beteiligten sich zwar an der Währungsreform im Juni 1948, halfen Briten und Amerikanern bei der Überwindung der sowjetischen Blockade von Berlin und arbeiteten 1948/49 politisch und wirtschaftlich de facto immer enger mit ihnen zusammen. Aber in die letzten, öffentlichen Schritte zum dreiseitigen Zusammenschluss willigten sie erst im Frühjahr 1949 ein. Danach war der Weg für die drei Westzonen frei, zu einem westdeutschen – und letztlich vielleicht gesamtdeutschen – Staat zu werden, also zu dem, was Paris in den ersten Besatzungsjahren unbedingt hatte verhindern wollen. Unter den damaligen Zeitumständen stellte die Einwilligung in die Schaffung der Trizone also ein grosses Opfer von Seiten der politischen Führungsschicht Frankreichs dar.

Die französische Annäherung an die vereinigte angloamerikanische Zone beschleunigte sich, als Stalin im Juni 1948 aus Verärgerung über die sichtbaren Fortschritte der Westzonen in Richtung Eigenständigkeit und die Einführung einer neuen, harten Währung im Westen alle Karten darauf setzte, dass die Westmächte, wenn man genügend Druck ausübte, aus Berlin abziehen würden, und eine Blockade über die deutsche Hauptstadt verhängte. Die elfmonatige Abriegelung der Westsektoren Berlins, während der die angloamerikanischen Luftstreitkräfte zur Versorgung der eingeschlossenen Berliner erfolgreich eine Luftbrücke aufbauten – aber auch deren Schwarzmarktfähigkeiten zum Tragen kamen –, war Anlass für einen bemerkenswerten Widerstandsakt gegen sowjetische Expansionsbestrebungen. Abgesehen von den weniger offensichtlichen Vorgängen im Iran, erlitt Stalin zum ersten Mal seit 1945 eine Schlappe.

Die Berliner wurden durch die Blockade zu Helden. Anstatt von den früheren Kriegsgegnern als düstere Einwohner von Hitlers Hauptstadt und Gehilfen bei dessen Gräueltaten wahrgenommen zu werden, wurden sie zu Helden der freien Welt: edel, stoisch, freundlich sogar unter Druck. Fast wie die Briten im Jahr 1940. Cockneys mit deutschem Akzent. Überlebende. Zum ersten Mal erhielten gewöhnliche Nachkriegsdeutsche – nicht nur die Märtyrer des antifaschistischen Widerstands – in Westeuropa und Amerika eine vorbehaltlos positive Presse. Gleichzeitig wurde Stalin von «Onkel Joe» zum Schurken und Friedensfeind.

Es dauerte einige Zeit, bis die Währungsreform vom Juni 1948 zu neuen Arbeitsplätzen und mehr Sicherheit für den Durchschnittsbürger führte. Aber da das in Umlauf befindliche Geld wieder etwas wert war, gab es plötzlich vieles zu kaufen – von Kaffee und Kerzen über Schreibmaschinen bis zu Textilien. Die Zigarettenwirtschaft verschwand nicht über Nacht, aber das Tempo, mit der sie relativ bedeutungslos wurde, war atemberaubend. Dies bewies den Wert einer gesunden Währung, aber auch den Umfang der versteckten «realen» Marktwirtschaft, die sich nach Jahren in der Verborgenheit wieder in aller Offenheit betätigen konnte.

Die Deutschen in den Westzonen krepelten die Ärmel hoch. Schon als das Geld noch nichts wert war und sie ständig hungerten, hatten sie die Trümmer von den Strassen geräumt und ihre Häuser notdürftig geflickt. Jetzt ergriffen sie die Chance, ihr Land und ihr Leben wirklich wieder in Ordnung zu bringen. Sie hatten sogar wieder eine eigene Regierung, zwar eine mit beschränkten Vollmachten und unter der Oberaufsicht eines Militärgouverneurs, der jetzt Hoher Kommissar genannt wurde und ein Veto-recht besass, aber eine Regierung.

Was also dachten die Einwohner der vormaligen Trizone und jetzigen Bundesrepublik Deutschland fast fünf Jahre nach der «Stunde null» über die Vergangenheit? In den meisten Fällen gar nichts. Das Land hatte beschlossen, sich einer Schlafkur zu unterziehen.

Am 20. September 1949, fünf Tage nach seiner Wahl zum Kanzler des neuen, demokratischen deutschen Bundesstaats und kurz nach der Vereidigung seines ersten Kabinetts, gab Konrad Adenauer im Bundestag seine erste Regierungserklärung ab. Er verlas sie im Namen einer Koalition aus Christlich-Demokratischer Union (CDU), Christlich-Sozialer Union (CSU) – jener Partei, die den amerikanischen Entnazifizierern so viel Sorgen bereitet hatte –, der liberalen, marktorientierten Freien Demokratischen Partei (FDP) und der national-konservativen Deutschen Partei (DP).

Adenauer sprach über die Gesetzgebungstätigkeit, die vor dem Parlament lag, über die Bereinigung des vom NS-Regime hinterlassenen Rechtschaos, über die praktischen Probleme des Landes und über die Aufgaben des Wiederaufbaus der bombardierten und zerschossenen Städte und der Wiederbelebung von Industrie und Landwirtschaft. Was der neue Bundeskanzler nicht tat, war, sich wegen der deutschen Schuld Asche aufs Haupt zu streuen. Zwar sprach er – im Kontext der allgemeinen Unrechtsherrschaft der Nationalsozialisten – über das an Juden begangene Unrecht und empörte sich darüber, dass es im Nachkriegsdeutschland immer noch Antisemiten gab. Aber er hielt nichts von Säuberungen. Vielmehr erklärte er den Bundestagsabgeordneten:

«Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und viel Unheil angerichtet worden. Die wirklich Schuldigen an den Verbrechen, die in der nationalsozialistischen Zeit und im Kriege begangen worden sind, sollen mit aller Strenge bestraft werden. Aber im Übrigen dürften wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden: die politisch Einwandfreien und die Nichteinwandfreien. Diese Unterscheidung muss baldigst verschwinden.»

Anschliessend plädierte er noch deutlicher dafür, die Entnazifizierung praktisch zu annullieren und sein Augenmerk auf die Zukunft des neuen Staates zu richten:

«Wenn die Bundesregierung so entschlossen ist, dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, dass viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüsst haben, so ist sie andererseits doch unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gegenüber allen denjenigen zu ziehen, die an der Existenz unseres Staates rütteln, mögen sie nun zum Rechtsradikalismus oder zum Linksradikalismus zu rechnen sein.»

Unter zustimmenden Rufen von Abgeordneten der Regierungskoalition gab Adenauer bekannt, dass er erwäge, die drei westalliierten Hohen Kommissare um eine Amnestie für diejenigen zu bitten, die unmittelbar nach dem Krieg von alliierten Militärgerichten verurteilt worden waren.²

Wer dies als Nachsicht von Seiten Adenauers interpretiert, der sei daran erinnert, dass der neue Kanzler selbst sozial und wirtschaftlich konservativ war. Darüber hinaus hing er in seiner wackligen Koalition von anderen Parteien ab, wie der CSU, die sich bei der Entnazifizierung in Bayern nicht gerade positiv hervorgetan hatte, der DP und der FDP. Schliesslich war ihm nicht entgangen, dass sich die mindestens fünf Millionen Vertriebenen, die immer noch dabei waren, sich in einer fremden Umgebung, Hunderte von Kilometern von ihrer angestammten Heimat entfernt, zu rechtzufinden, zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft entwickelten. Und sie gehörten aus vielleicht nachvollziehbaren Gründen überwiegend zu jenen Wählern, die einen Kanzler, der sich ständig für die deutsche Vergangenheit entschuldigte, am wenigsten toleriert hätten.

Sogar in der FDP, die für einen freien Markt eintrat und sozialliberal gesinnt war, gab es eine starke altmodisch nationalistische Strömung, und die DP bildete eine merkwürdige Mischung aus ultrakonservativer regionaler Interessengruppe und Sammelbecken von Nationalsozialisten (sie war 1946 ursprünglich als direkter Nachfolger der Deutsch-Hannoverschen Partei gegründet worden, die zwischen 1866 und 1933 für die Wiederherstellung der von Bismarck abgesetzten hannoverschen Monarchie

gekämpft hatte)*³ Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag musste sogar die extrem nationalkonservative DKP/DRP (Deutsche Konservative Partei/Deutsche Reichspartei) mit ihren fünf Sitzen ins Kalkül gezogen werden.

Unter diesen Umständen befanden sich sowohl der Bundeskanzler als auch das neue demokratische Experiment in Deutschland insgesamt in einer prekären Situation. Adenauer brauchte einen breiten Konsens, und mit Äusserungen wie den zitierten Passagen aus seiner Regierungserklärung stellte er ihn her. Vielleicht war seine Position letztlich darauf zurückzuführen, dass viele der von der Entnazifizierung betroffenen Männer (es waren überwiegend Männer) wie Adenauer bürgerliche Akademiker waren, zumeist Juristen, die sich weiterhin – welche politischen Entscheidungen sie auch immer getroffen hatten – als unparteiische Diener des Volkes verstanden. Solange keine konkreten Beweise für Verbrechen gegen die Menschheit vorlagen, vermochte der Kanzler sie nicht als Kriminelle zu betrachten, und vor dem Hintergrund seiner eigenen konservativen Werte wollte er, dass sie so bald wie möglich in den Dienst des Landes zurückkehrten, so wie er es selbst auch getan hatte.

Kurt Schumacher griff in seiner Erwiderung auf Adenauers Regierungserklärung dessen scheinbare Nachsicht gegenüber den Verbrechen des NS-Regimes an und bezweifelte, dass dessen Opfer, insbesondere die Juden, jemals angemessen entschädigt werden würden. Das barbarische Hitlerregime, sagte er, habe «das deutsche Volk durch Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen entehrt».⁴ Der Historiker Noel Annan, der die Entwicklung in Deutschland während der Nachkriegsjahre unmittelbar beobachtet hatte, hielt freilich fest: «Ich erinnere mich an meine Überraschung, dass eine zehnsseitige Denkschrift, in der Kurt Schumacher

* Als sich die DP in den 1960er Jahren auflöste, traten einige prominente Mitglieder in die CDU ein, während andere die Neonazipartei NPD (National-demokratische Partei Deutschlands) mitgründeten, die es im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts noch immer gibt.

im Mai 1946 auseinandersetzte, was die Briten nach Ansicht seiner Partei tun sollten, bis auf eine Bitte um die Absetzung eines bestimmten Polizeipräsidenten, keinen Hinweis auf die Entnazifizierung enthielt.»⁵

Es gab tieferliegende Gründe, warum die Entnazifizierung nicht funktionierte, sogar für jene Deutschen, die die Nationalsozialisten hassten. Zudem spielte es eine Rolle, dass Besatzer, insbesondere die englischsprachigen im 20. und 21. Jahrhundert, in der Regel nicht begreifen, was die Völker, deren Länder sie besetzen, eint, ganz gleich, wie uneins sie sind und wie gewalttätig sie ihre inneren Gegensätze austragen. Die Geschichte der «Entbaathisierung» des Iraks ist dafür ein sprechendes Beispiel.

So taten sich CDU und SPD im Mai 1951 zusammen, um das sogenannte Entnazifizierungsschlussgesetz zu verabschieden, das es allen NS-Tätern, ausser denjenigen, die in die Kategorien I und II eingestuft worden waren – also den Hauptkriegsverbrechern und den schuldig Belasteten, die einen winzigen Anteil der durch die Spruchkammern Beurteilten bildeten –, gestattete, auf ihre Posten im öffentlichen Dienst zurückzukehren.

Schon vorher waren viele verurteilte Nationalsozialisten von deutsch geführten Verwaltungen wieder angestellt worden. Einem amerikanischen Bericht zufolge befanden sich 1949 in Hessen 85 Prozent der von den Entnazifizierern entlassenen Beamten wieder im Dienst. Im Mai 1949, als das Grundgesetz beschlossen und der westdeutsche Staat ins Leben gerufen wurde, waren zwischen 30 und 60 Prozent der bayerischen Landesbeamten ehemalige Nationalsozialisten.⁶ Nachdem auf Bundesebene das Entnazifizierungsschlussgesetz verabschiedet worden war, konnten ehemalige Nationalsozialisten auch in den Apparat der Zentralregierung zurückkehren. Im August 1950 war jeder vierte Abteilungsleiter in den Bonner Ministerien ein früherer Nationalsozialist. Drei Jahre später hatte sich der Anteil der Ex-Nationalsozialisten auf 60 Prozent erhöht. Im Aussenministerium stellten sie 1952 zwei Drittel der Mitarbeiter.⁷ In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass in der DDR trotz aller Propaganda über dieses

Thema Mitte der fünfziger Jahre in manchen Regionen bis zu 15 Prozent der SED-Mitglieder ehemalige Nationalsozialisten waren.⁸

Der Ausbruch des Koreakriegs im Jahr 1950 stellte einen weiteren Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Deutschland war wie Korea (und Vietnam) in einen kommunistischen und einen kapitalistischen Staat geteilt und befand sich daher ebenfalls in Gefahr. In Washington wandte man sich infolgedessen von den moralischen Feinheiten der unmittelbaren Nachkriegszeit ab und dem Ziel zu, so viele «nützliche» Deutsche wie möglich in die westliche Gemeinschaft zu holen. Die Freiheit brauchte die deutsche Industrie und die deutsche Arbeitskraft.

1951 wurden Alfried Krupp und andere führende Industrielle auf Drängen des neuen amerikanischen Hochkommissars John McCloy aus der Haft entlassen. Bald darauf erhielten die meisten von ihnen zumindest einen Teil ihres früheren Besitzes zurück. Krupp musste Verluste durch die Aufspaltung seines riesigen Konzerns hinnehmen, aber mit einem Vermögen von über einer Milliarde Dollar (laut einer Schätzung von 1960; nach heutigem Geldwert zwischen sieben und acht Milliarden Dollar) blieb er bis zu seinem Tod im Jahr 1967 einer der reichsten Männer Deutschlands und wahrscheinlich auch Europas.⁹

Auch die IG Farben wurden «entflochten»/ Die meisten ihrer Manager, die 1947/48 vor Gericht gestellt worden waren, machten nach ihrer Haftentlassung beachtliche Karrieren. Wiederum war Hochkommissar McCloy an der Entscheidung für ihre vorzeitige Entlassung beteiligt, wobei ihn allerdings, wie er beteuerte, rein rechtliche Überlegungen leiteten. Fritz Ter Meer, der an der Planung des Aussenlagers der IG Farben in Auschwitz mitgewirkt hatte, wurde im Februar 1951 aus dem Gefängnis im bayerischen Landsberg entlassen, derselben relativ bequemen Einrichtung, in der

* Durch die Entflechtung wurden BASF, Bayer, Agfa und Hoechst als eigenständige Unternehmen wiederhergestellt. Hoechst fusionierte 1999 mit dem französischen Pharmazieriesen Rohne-Poulenc zum Konzern Aventis (heute Sanofi-Aventis).

Hitler seine Haftstrafe nach dem Münchner Putschversuch von 1923 verbüsst hatte. Ter Meer mochte ein Kriegsverbrecher gewesen sein, aber er war kein Narr. So zugeknöpft er sich gegenüber den vor dem Gefängnistor wartenden Journalisten verhielt, konnte er sich doch die Bemerkung nicht verkneifen: «Jetzt, wo die Amerikaner Korea am Hals haben, sind sie sehr viel freundlicher geworden.»¹⁰

Die Bundesrepublik, also Westdeutschland, entwickelte sich rasch zu einem Bollwerk des europäischen Widerstands gegen Stalin. Schon 1950 sprach man in Regierungskreisen über die Aufstellung einer westdeutschen Armee (in Ostdeutschland gab es in Gestalt der sogenannten Kasernierten Volkspolizei bereits eine paramilitärische Polizeitruppe).¹¹ Es war nicht mehr so wichtig, ob ein Beamter oder Geschäftsmann Nationalsozialist gewesen war. Man brauchte alle Hände, um Deutschland wieder aufzubauen. Die Gefahr aus dem Osten war nur zu deutlich.

Ob ein Beamter oder Geschäftsmann in der Wehrmacht gewesen war, spielte schon gar keine Rolle mehr. Seit Ende der vierziger Jahre blühte der Mythos der «sauberen» Wehrmacht, die durch Hitler vom rechten Weg abgebracht worden sei, deren Soldaten aber trotzdem nur ihre Pflicht erfüllt hätten. Mit dem wirklichen Geschehen im Zweiten Weltkrieg stand das freilich nicht im Einklang. Der Mythos traf allenfalls insoweit zu, als nicht alle Wehrmachtangehörigen, die in Hitlers verbrecherischem Krieg gekämpft hatten, Verbrecher waren, genauso wenig wie sämtliche alliierten Soldaten im gerechten Krieg der Alliierten mit gerechten Mitteln gekämpft hatten.

Anfang der fünfziger Jahre leugneten jedoch viele in Westdeutschland, dass überhaupt Kriegsverbrechen verübt worden waren. So liessen sich die Freien Demokraten, die einstige Wehrmachtssoldaten und aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrende für sich zu gewinnen versuchten, mit einer Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten um Werner Naumann ein, den früheren Staatssekretär in Goebbels' Propagandaministerium, der für eine Generalamnestie für «sogenannte Kriegsverbrecher» eintrat. Eine andere Stütze von Adenauers Macht, der Gesamtdeutsche Block/Block der Hei-

matvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), der viele Anhänger unter den Vertriebenen hatte und 1953 in den Bundestag (und die Regierung) einzog, streckte seine Fühler auch zur extremen Rechten aus (deren Anführer häufig Ex-Nationalsozialisten waren). Neben dem wesentlich grösseren, vorgeblich unpolitischen Bund der Vertriebenen (BdV) stellte der GB/ BHE bis in die siebziger Jahre eine mächtige Interessengruppe dar, die alles blockierte, was zu einer Lösung der «deutschen Frage» durch die Anerkennung der territorialen Nachkriegsverluste an Polen und Russland geführt hätte. Er lehnte sogar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei ab, solange die «geraubten» Gebiete nicht zurückgegeben worden waren.¹²

Die Forderung nach einer Generalamnestie wurde weiter erhoben, doch sie hätte Adenauers um Erneuerung bemühte Aussenpolitik gestört. Deshalb konnten Haftentlassungen und Begnadigungen vorläufig nur schrittweise erfolgen. Eine Kampagne vor der Bundestagswahl von 1953 erreichte viel, wenn auch in den Augen von Adenauers nationalistischen Gegnern nicht genug; dennoch nahm der Stimmenanteil der CDU um zehn Prozent zu, so dass der Kanzler deutlich gestärkt aus der Wahl hervorging. Viele wirkliche Kriegsverbrecher blieben bis Ende der fünfziger Jahre in Haft, aber letztlich wurden alle aus den alliierten Gefängnissen entlassen. Die letzten vier – Anführer von SD-Einsatzkommandos, die in Nürnberg zum Tod verurteilt, dann aber begnadigt worden waren und Haftstrafen erhalten hatten – kamen 1958 frei.¹³

Die bundesrepublikanische Entwicklung in den fünfziger Jahren könnte man freundlich «Reintegration» nennen, aber auch, wie von linker Seite geschehen, «Restauration»¹⁴ – nicht des Nationalsozialismus, sondern des alten autoritären, konservativen Deutschland, aus dem der Nationalsozialismus erwachsen war. Wie die Bourbonen, als sie 1814/15 nach Napoleons Sturz in Frankreich wieder an die Macht gelangt waren und einige der begabtesten Soldaten und Beamten Napoleons begnadigt und in ihre Dienste genommen hatten, so war die Bonner Republik bereit, frühere Nationalsozialisten in ihren Machtapparat aufzunehmen – solange sie sich gut

benahmen und handelten, als seien sie bereit, Demokraten zu werden. Was die meisten derjenigen, denen man nach einer solch unsicheren Zeit die Chance einer «zweiten Karriere» gab, dann auch taten.

Im Vergleich mit der Nachkriegsperiode der zwanziger Jahre zeichnete sich die Entwicklung im formal demokratischen Westdeutschland der fünfziger Jahre durch drei vorteilhafte Unterschiede aus.

Erstens setzte in der Bundesrepublik nach schwierigem Beginn, als die Wirtschaft noch dabei war, sich vom Nachkriegszusammenbruch zu erholen, Versorgungsmängel an der Tagesordnung waren und die Industrieproduktion nur langsam stieg, binnen weniger Jahre ein Aufschwung ein. Ihre demokratische Vorgängerin, die Weimarer Republik, hatte ein solch nachhaltiges Wachstum nie erlebt, nicht einmal Mitte der zwanziger Jahre, als sie einer ökonomischen und infolgedessen auch politischen Stabilität am nächsten kam. Der lange Aufschwung in Westdeutschland hielt von 1950 bis 1965 an, einer Phase, in der die Westdeutschen, vom Kriegserlebnis geläutert und entschlossen, nie wieder Hunger zu leiden, arbeiteten wie nie zuvor und dementsprechend mehr als jedes andere Volk (vielleicht mit Ausnahme der Japaner) von der enormen Wiederbelebung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg profitierten. Die Periode des steten Wachstums von Wirtschaft und Wohlstand in der Bundesrepublik war etwas länger als die Lebensspanne der Weimarer Republik und deutlich länger als diejenige des «tausendjährigen» Dritten Reichs. Sogar die relativ milde Rezession Mitte der sechziger Jahre stellte, trotz aller Bestürzung, die sie damals hervorrief, lediglich eine Pause auf dem Weg zu steigendem nationalem Wohlstand dar, auf dem sich die Deutschen, abgesehen von einigen Verdauungsbeschwerden durch die Einverleibung Ostdeutschlands in die Bundesrepublik nach 1989, bis heute befinden.

Zweitens trat die zweite deutsche Demokratie im Schatten des Kalten Krieges ins Leben. Durch den Zusammenbruch des Kriegsverbündnisses zwischen Kapitalismus und Kommunismus und das anschließende nukleare Patt mit Russland wurde Westdeutschland für die USA und ihre Verbände-

ten zu einem hochgeschätzten Partner. Ausserdem brachte die Angst vor dem Kommunismus die Deutschen, bis auf die äusserste Linke und die äusserste Rechte, dazu, die von den Amerikanern geförderte Regierungsform zu unterstützen: die Demokratie. Darin bestand letztlich der Handel. Selbst jene Westdeutschen – und nach den Meinungsumfragen aus der Zeit der Gründung der Bundesrepublik waren es nicht wenige –, die weiterhin Zweifel an der Effizienz der Demokratie hegten, sahen ein, dass ihr Wiederaufbau in ihrem Land der Preis für die Mitgliedschaft in dem amerikanisch dominierten antikommunistischen Klub war, der die Sicherheit ihres immer wohlhabender werdenden Landes garantierte. Die Gewaltwelle, insbesondere die Vergewaltigungen, nach der sowjetischen Eroberung Ostdeutschlands – durch grauenerregende Augenzeugenberichte der ins Land strömenden Flüchtlinge im Westen bekanntgeworden – hatte die Deutschen in den Westzonen dazu gebracht, sich ihren neuen amerikanischen, britischen und französischen Herren zuzuwenden, ganz gleich, wie wenig sie vielleicht ansonsten von ihnen hielten. Und auch die rasche Etablierung eines kommunistischen Marionettenregimes östlich der Elbe, komplett mit polizeilichem Unterdrückungsapparat und wirtschaftlicher Halb-Leibeigenschaft, führte den Westdeutschen vor Augen, dass ihr eigener Nachkriegsstaat, wie unvollkommen er auch sein mochte, allemal besser war als die einzige im Angebot befindliche Alternative. Zudem folgten zwischen 1949 und 1961 zwei Millionen Einwohner der SBZ/DDR den Kriegsflüchtlingen in den Westen, häufig unter grossen Gefahren – zwei Millionen zusätzliche Zeugen dafür, wie unattraktiv die Alternative zur Demokratie nach westlichem Muster wirklich war.

Drittens schliesslich wuchs im Westen die echte Überzeugung, dass die Demokratie diesmal anscheinend funktionierte und man sie für gut befinden konnte. Insbesondere unter jungen Leuten, eben jenen einer «Hirnwäsche» unterzogenen Angehörigen der Hitlerjugend, von denen die Alliierten befürchtet hatten, sie würden der postfaschistischen Welt unversöhnlich gegenüberstehen, nahm die Bereitschaft zu, es mit der neuen politi-

schen Nachkriegsdiät der Demokratie zu versuchen, die Deutschland zwar aufgezwungen worden war, aber nach einer Weile besser zu schmecken begann als inmitten der bitteren Ausdünstungen der Niederlage.

Auf Grundfreiheiten verpflichtet, aber auch konservativ, sozial häufig intolerant und innerhalb gewisser Grenzen national gesinnt – dieses in etwa waren die Leitlinien des parlamentarisch-demokratischen Restaurationsstaats, den Konrad Adenauer von 1949 bis 1963 regierte, als der «alte Fuchs» schliesslich im Alter von 88 Jahren (widerstrebend) zurücktrat. Dieser Staat mochte nicht dem entsprechen, was sich idealistische alliierte Planer erträumt hatten, als sie ihre demokratischen Ideen nach Deutschland brachten. Aber er funktionierte, prosperierte und bot die schützende Umgebung für die erste Phase des deutschen Heilungsprozesses.

Adenauer selbst schenkte der Aussenpolitik viel Aufmerksamkeit. Das war nicht unwichtig. Die neue, nur teilweise souveräne, isolierte und von ihren Nachbarn beargwöhnte Republik musste einen Weg finden, der sie in ein neues Europa und eine neue Welt führen würde. Glücklicherweise traf Adenauer in Gestalt des französischen Aussenministers Robert Schuman auf einen Partner, der nicht nur bereit, sondern fest entschlossen war, ein friedliches, vereintes Europa unter Einbeziehung Deutschlands zu schaffen.

Im Mai 1950 unterbreitete Schuman Deutschland und den anderen Ländern Europas den Vorschlag, den Motor des europäischen Wiederaufbaus, die Kohle- und Stahlproduktion, auf demokratische Weise gemeinsam zu betreiben – in einem gemeinsamen Markt. Damit hätte Frankreich an der Ruhr einen Fuss in der Tür, nämlich genau jene Mitverantwortung, nach der es stets gestrebt hatte, während das Industriegebiet selbst in deutscher Hand bliebe. Adenauer nahm das Angebot mit Freuden an. Er wollte dasselbe wie Schuman: Deutschland fest in eine friedliche europäische Familie einbinden und so die Wahrscheinlichkeit verringern, dass es jemals wieder auf Abwege geraten würde.

Sechs Länder – Frankreich, Deutschland, Belgien, die Niederlande,

Luxemburg und Italien – gründeten im April 1951 durch die Unterzeichnung des Vertrags von Paris die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), aus der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hervorging, die wiederum zur Europäischen Union (EU) wurde. Damit war zugleich die Voraussetzung geschaffen, die es Deutschland später erlaubte, dem amerikanischwesteuropäischen Verteidigungsbündnis, der NATO, beizutreten.

Anfang der fünfziger Jahre nahm Adenauer trotz seiner zunächst reservierten Haltung gegenüber der Entschädigung für NS-Verbrechen an Juden – er sprach zwar regelmässig über jüdisches Leid, liess die deutschen Täter aber zumeist unerwähnt – Verhandlungen mit der israelischen Regierung auf. Ergebnis der überwiegend hinter verschlossenen Türen geführten Gespräche war der Wiedergutmachungsvertrag vom September 1952, der Zahlungen in Höhe von 3,45 Milliarden Deutsche Mark innerhalb von 12 bis 14 Jahren vorsah (im Lauf der Zeit sollten daraus mehr als hundert Milliarden werden). Die Schwierigkeiten für Adenauer begannen, als er den Vertrag im folgenden März in den Bundestag einbrachte, wo er, wie auch in weiten Teilen der Bevölkerung, auf breite Ablehnung stiess.

Ein Jahr zuvor hatten nur 5 Prozent der Deutschen eingestanden, dass sie sich wegen des Schicksals der Juden schuldig fühlten. Während 29 Prozent meinten, dass dem jüdischen Volk eine gewisse Entschädigung durch Deutschland zustehe, waren 40 Prozent der Ansicht, dass nur diejenigen zahlen sollten, «die wirklich etwas getan hatten», und 21 Prozent fanden, dass Juden «zum Teil selbst verantwortlich sind für das, was ihnen im Dritten Reich angetan wurde». Im Bundestag stimmten viele Abgeordnete der CDU und ihrer Schwesterpartei CSU gegen den Vertrag, und die Liberalen enthielten sich, so dass Adenauer ihn nur mit Unterstützung der sozialdemokratischen Opposition durchbringen konnte.¹⁵

Es war ein schwieriger und zunächst einigermassen peinlicher Beginn einer jahrzehntelangen westdeutschen Politik, die mit ihrer Mischung aus energischer Unterstützung Israels im Äusseren und entschiedenem Philosemitismus im Innern sowohl moralisch richtig als auch geschickt war. Aden-

auers persönliche Einstellung ist nicht ganz klar, abgesehen davon, dass er, laut Noel Annan, nach dem lateinischen Motto handelte «do ut des» – «Ich gebe, damit du gibst». Was das Selbstbild und das internationale Ansehen Westdeutschlands angeht, war die Wiedergutmachung ein Geschenk, das sich auszahlte.

Unterdessen begann Deutschland trotz des Schweigens, den Härten des Alltags und der stillen «Restauration» derjenigen, die nach 1945 bestraft worden waren, wieder aufzublühen. Ludwig Erhard, der während des Krieges zu der Gruppe gehört hatte, die insgeheim Vorbereitungen für die Nachkriegskrise traf, setzte 1948 als Direktor der Wirtschaftsverwaltung der Bizone gegen den Rat alliierter Experten die Aufhebung der bestehenden Preisbindungen durch. Er sollte recht behalten, wie der einsetzende Aufschwung zeigte. Im September 1949 trat er als Wirtschaftsminister in Adenauers Regierung ein, und diesen Posten sollte er 14 Jahre lang erfolgreich bekleiden.

Im Januar 1950 fiel die Rationierung von Lebensmitteln (die es in Grossbritannien noch bis Mitte 1954 gab). Ein Bauboom kündigte sich an. Europa war erpicht darauf, wieder an die Arbeit zu gehen, und mit Hilfe der Marshallplangelder begann die deutsche soziale Marktwirtschaft ihren Aufschwung. Die Generation der jungen Manager, die ihr Handwerk während des Rüstungsbooms in den dreissiger und frühen vierziger Jahren erlernt hatte, wandte sich nun in einer Nachkriegswelt, die händeringend nach Werkzeugmaschinen und hochwertigen Fertigprodukten verlangte, dem friedlichen, exportorientierten Wirtschaften zu. «Die soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard», bemerkte ein Historiker jüngst, «hatte ihre Wurzeln in der Politik von Albert Speer ...»¹⁶ Und es schadete auch nicht, dass durch Luftangriffe und im Chaos der Jahre zwischen 1939 und 1945 viele alte Fabrikanlagen und ein grosser Teil der abgenutzten Infrastruktur zerstört worden waren. Im Gegensatz dazu musste man in Grossbritannien weiterhin mit veralteten Industrieverfahren, Fabriken und Ausrüstungen zurechtkommen, und der lange Niedergang als Fertigungswirtschaft beschleunigte sich, während Deutschland zu einem rasanten Wiederaufstieg durchstartete.

Deutschland erlebte in den fünfziger Jahren wie Amerika, Grossbritannien und andere westliche Länder ein konservatives Zwischenspiel, in dem schliesslich auch das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zum Vorkriegszustand zurückzukehren schien. Während des Krieges hatten Frauen in Fabriken und Büros gearbeitet und sowohl finanzielle als auch sexuelle Freiheit erlebt. Nun beschränkten sich die meisten wieder auf Küche und Kinder. Die Männer hatten die Demütigung der Niederlage, die Frustrationen und Entbehrungen langer Aufenthalte in alliierten Kriegsgefangenenlagern – die letzten, erschöpften Kriegsgefangenen kehrten erst 1955 aus der Sowjetunion zurück – und viele auch den Schock erlebt, nach ihrer Heimkehr festzustellen, dass «ihre» Frauen ihnen Besatzungssoldaten vorzogen.

Die Mehrheit stand hinter Adenauers christlich-konservativer Regierung und ihren Bemühungen, die Uhr auf gesellschaftliche «Normalität» zurückzustellen. Aufmüpfige Aufrührer, die auf die verbreitete Amnesie in Bezug auf die NS-Vergangenheit hinwiesen, wurden kaum beachtet. Die Zeitschriften waren voller Beschreibungen des Glücks im wohligen Heim, geglätteter Kriegsgeschichten, Konsumentensehnsüchte und Porträts von Deutschen, die als arme Opfer von der NS-Führung irregeleitet worden waren.

Die Regierung selbst verwandte einige Zeit auf die Beschäftigung mit der Vergangenheit, allerdings überwiegend in Form von langen, gründlichen Berichten, in denen auf der Grundlage der Aussagen von Hunderten von Augenzeugen das Leid und die Ungerechtigkeiten jener Deutschen beschrieben wurden, die während der Endzeit des Dritten Reichs aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland vertrieben worden waren. Sie entsprachen überwiegend der Wahrheit, gaben aber nur eine Seite der Vergangenheit wieder.

Was Adenauer selbst anging, so lautete sein Slogan im überaus erfolgreichen Wahlkampf von 1957: «Keine Experimente!» Seine Doppeldeutigkeit entsprach der Zeitstimmung. Nur nichts Radikales, weder links noch rechts. Der neue westdeutsche Staat unter der Doppelherrschaft von Adenauer und Erhard, die bis 1963 bestehenbleiben sollte, machte einen Handel mit seinen Bürgern: Wir geben euch Wohlstand und soziale Stabilität,

und ihr findet euch mit der Demokratie ab. Was spricht dagegen? Der Preis für die ersehnte Normalität war Konformität. Nicht jene drakonische Konformität, wie sie Nationalsozialisten verlangten, sondern eine gesellschaftlich geforderte Anpassung nach Art der Eisenhower-Ära.

Bis in die sechziger Jahre verhielten sich westdeutsche Staatsvertreter bisweilen, wenn nicht wie Nationalsozialisten, dann auf eine Weise, die an die autoritären Gefolgsleute des alten «tiefen Staates» erinnerte, die den letzten deutschen Versuch mit der Demokratie in der Weimarer Republik untergraben hatten. Jedenfalls war die Bundesrepublik in den ersten anderthalb Jahrzehnten ihrer Existenz sozial und kulturell zutiefst und gelegentlich auf repressive Weise konservativ geprägt. Das berüchtigtste Ereignis, in dem sich dies manifestierte, war die *Spiegel*-Affäre von 1962. Die Empörung über das Vorgehen von Regierung und Justiz – die von manchen als «Anfang der deutschen [Nachkriegs-]Demokratie» bezeichnet wird – war jedoch zugleich ein Anzeichen dafür, dass sich etwas veränderte.

Der Patient erwachte aus der Schlafkur, sah sich um und begann sich zu erinnern ...

Mitte der sechziger Jahre war ein entscheidender Generationswechsel im Gang. Die Überlebenden aus Hitlers Generation – die zwischen 1880 und 1900 Geborenen – waren alt geworden und zogen sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Die Angehörigen der nächsten Generation, die tatkräftigen Aufsteiger der NS-Zeit, wie Albert Speer, die, um 1900 bis 1905 geboren, für den Ersten Weltkrieg zu jung gewesen waren, aber dessen demütigende Folgen bewusst miterlebt hatten, kamen in die späten oder sehr späten mittleren Jahre. Die nachfolgende Generation der um 1920 herum Geborenen, die ihre Jugend im NS-Reich verlebt und als junge Männer im Krieg gekämpft hatten, befand sich an der Schwelle zu den «besten Jahren». Und danach kam die Generation der etwa Dreissigjährigen, die sich bereits in der Welt umtat, aber noch nicht so weit war, ihr den Stempel aufzudrücken, das war die sogenannte Flakhelfer-Generation der

Ende der zwanziger Jahre Geborenen, die als Schüler eingezogen worden waren, um die Flugabwehrkanonen im Kampf gegen die angloamerikanischen Bomber zu bemannen. Schliesslich gab es eine wirklich neue Generation, diejenige der Anfang und Mitte der vierziger Jahre Geborenen, die Studentengeneration der sechziger Jahre.

Es wird oft gesagt, die Selbstbesinnung Deutschlands habe Mitte der sechziger Jahre begonnen. In Wirklichkeit begann sie 1958, in der Spätphase der auf Konformität beharrenden Adenauer-Ära, als in Ludwigsburg, nördlich von Stuttgart, die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen geschaffen wurde. Ihre Gründung war eine Folge des Gerichtsprozesses gegen Angehörige der Einsatzgruppen in Russland, der im selben Jahr in Ulm stattfand. Das Interesse des Staates an diesen Männern war anscheinend nur geweckt worden, weil einer von ihnen wieder in den öffentlichen Dienst eintreten und seine Pensionsansprüche anerkannt sehen wollte. Die Ermittlungen enthüllten ein ganzes Netz ehemaliger Einsatzgruppenmitglieder, die als gesetzestreue, arbeitsame Bürger in aller Öffentlichkeit in Westdeutschland lebten. Der Prozess gegen sie, das erste Gerichtsverfahren wegen der Anklage des Massenmordes seit Gründung der Bundesrepublik, löste zum ersten Mal seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode wieder echtes öffentliches Interesse an NS-Verbrechen aus.

Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle war die systematische Untersuchung von Verbrechen, die ausserhalb der normalen deutschen Jurisdiktion begangen worden waren, beispielsweise in Konzentrationslagern und an anderen Tatorten, die nicht direkt mit kriegsähnlichen Handlungen in Verbindung standen. Ihr kam dabei allerdings lediglich eine koordinierende Rolle zu; formal besass sie keine Ermittlungsvollmachten. Dennoch spürte sie im Zuge ihrer Tätigkeit viele westdeutsche Bürger auf, die offenbar unbehelligt in verschiedenen Teilen des Landes lebten, obwohl sie der Mannschaft des Vernichtungslagers Auschwitz angehört hatten. Irgendwie waren sie unentdeckt geblieben, als 1947 der Prozess gegen Lagerkommandant Höss und seine Helfershelfer stattfand. Nach mühseligem

Gerangel um Rechtsfragen und Zuständigkeiten wurden sie schliesslich verhaftet, und man bereitete den Prozess gegen sie vor.

Unterdessen hatten israelische Agenten Adolf Eichmann in Argentinien entführt, wohin er 1950 geflüchtet war, nachdem er jahrelang unter falschem Namen in Norddeutschland gelebt hatte. Eichmann, der als hoher SS-Offizier für die Transporte von Juden in die Vernichtungslager verantwortlich gewesen war, wurde in Jerusalem vor Gericht gestellt und am 31. Mai 1962 nach einem weltweit beachteten Prozess hingerichtet. Ein Jahr darauf begann in Frankfurt am Main der Auschwitzprozess gegen 22 Angeklagte, für gewöhnlich zweiter Auschwitzprozess genannt. Nach 183 Verhandlungstagen wurden am 19. August 1965 die Urteile verkündet: sechsmal lebenslänglich, diverse Zeitstrafen zwischen drei Jahren, drei Monaten und vierzehn Jahren sowie drei Freisprüche. Die täglichen Aussagen von insgesamt 360 Augenzeugen, die von grauenhaften Geschehnissen berichteten, und die Anwesenheit von Fernsehkameras und Reportern führten den Deutschen nach zwanzig Jahren des Schweigens und Vergessens mit erschütternder Unmittelbarkeit vor Augen, welche Untaten diese scheinbar ganz normalen Männer im Namen des deutschen Volks begangen hatten.

Die Kriegskinder, diejenigen, die Unterernährung und Krankheiten überlebt hatten, die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu einer solch hohen Kindersterblichkeit geführt hatten, waren jetzt junge Arbeiter und Studenten. Sie begannen ihren Eltern und Grosseltern Fragen zu stellen, doch die Antworten, die sie erhielten, genügten ihnen nicht.

Es wurde und wird oft – mit mehr als nur einer Spur Sarkasmus – gesagt, die Deutschen hätten sich am 8. Mai 1945 «selbst entnazifiziert». «Die Deutschen», sagte ein amerikanischer Major während des Vormarschs nach Deutschland in jenem Jahr zu der Fotojournalistin Margaret Bourke-White, «tun, als seien die Nazis eine fremde Rasse von Eskimos, die vom Nordpol gekommen und irgendwie nach Deutschland eingedrungen sind.» Bei Kriegsende hätten viele Beobachter wie Bourke-White mit

spitzer Zunge angemerkt: «Ich suche immer noch nach einem Deutschen, der zugibt, Nazi gewesen zu sein.»¹⁷

Darin steckt natürlich auch eine nichtzynische Wahrheit, insofern sich die meisten Deutschen am Beginn der unmittelbaren Nachkriegszeit tatsächlich vom Dritten Reich distanzieren wollten. Viele – wahrscheinlich die meisten – verachteten Hitler und die anderen NS-Bonzen, die das Land auf Abwege und das Volk in ein solches Elend geführt hatten. Zu diesem Zeitpunkt reichte dies vermutlich als Prophylaxe gegen eine Wiederkehr der NS-Herrschaft aus. Dann stürzten sich die meisten, während sie gegenüber den Argumenten der wohlmeinenden alliierten Entnazifizierer die Ohren verschlossen, in Arbeit, in den Wiederaufbau und die Wiederherstellung der «Normalität». Dies waren physische wie psychische Notwendigkeiten.

Der Auschwitzprozess und die grosse Befragung, die in den sechziger Jahren einsetzte, bewirkten etwas anderes: eine wahrhafte Selbstentnazifizierung oder, wie die Franzosen sie nennen, *auto-épuration*. Nun begannen viele Deutsche wirklich damit, sich mit dem Verhalten ihrer Nation zwischen 1933 und 1945 zu beschäftigen und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Sie hatten einen vollen Bauch, ein Dach über dem Kopf, Arbeit (oder Studienplätze), und sie liessen sich nicht mehr mit Ausflüchten abspeisen.

Dies führte zu Exzessen. Die rebellische alternative Kultur im Deutschland der sechziger und siebziger Jahre konnte besonders repressiv und obsessiv sein. Sie liess die Fresswelle und den Konservatismus der Adenauer-Ära hinter sich und wandte sich einer Zukunft zu, in der Muttis und Vatis Vorstellungen nicht nur langweilig, sondern auch böse waren (immerhin waren sie Nazis gewesen).

Die Vorwürfe der aufmüpfigen Jugend hatten einen wahren Kern. Kritische Deutsche waren immer noch in der Minderheit, auch wenn ihre Zahl zunahm. Zwar hatte die *Spiegel*-Affäre Tausende von Menschen auf die Strasse gebracht, um mehr Freiheit zu fordern, aber laut einer Meinungsumfrage von 1966 stimmten 54 Prozent der Westdeutschen der Aussage zu: «In der Politik wird zu viel geredet und zu wenig gehandelt. Wir brauchen einen starken Mann an der Spitze, der mit allen Nebensächlichkeiten

kurzen Prozess macht.» Und 44 Prozent waren überzeugt, dass es Deutschland an «Zucht und Ordnung» fehlte. 59 Prozent pflichteten der Forderung bei: «Es wird endlich einmal Zeit, alle Unruhestifter hart anzufassen, und nicht so milde wie bisher.»¹⁸ Selbst in dieser Übergangsphase war der Nachhall der Sehnsüchte, die einst Hitlers Regime so beliebt gemacht hatten, noch nicht verstummt.

Andererseits verhinderte auch die fortbestehende verbreitete Zustimmung zu altmodischen nationalistisch-autoritären Werten nicht, dass die rechten Splitterparteien, die Anfang der fünfziger Jahre zu Adenauers Koalition gehört hatten, wie der GB/BHE, entweder weiter geschrumpft oder in grösseren Parteien aufgegangen waren. Die Vertriebenengruppen, obwohl immer noch einflussreich, waren nicht mehr ein derart entscheidender Faktor der politischen Gleichung, denn die Vertriebenen und ihre Kinder fügten sich in die westdeutsche Gesellschaft ein und begannen in Wahlen dementsprechend abzustimmen. Die deutsche Politik wurde jetzt von drei Kräften bestimmt, den beiden grossen Volksparteien, der CDU in der rechten und der SPD in der linken Mitte, und der sozialliberalen, aber unternehmerfreundlichen FDP als potenziellem Zünglein an der Waage bei der Regierungsbildung mit der einen oder anderen Volkspartei. Neonazistische Gruppen erlebten lokale Erfolge, schafften aber nie den Einzug in den Bundestag, von einer Regierungsbeteiligung ganz zu schweigen.

Von 1966 bis 1969 hatte die Bundesrepublik eine der paradoxesten Regierungen aller westlichen Staaten. Vielleicht war sie aber auch nur Ausdruck der Stimmung im Land. Adenauer war 1963 abgetreten, und Ludwig Erhards Regierung war nur wenig Erfolg beschieden. Als Westdeutschland von der ersten Wirtschaftskrise seit 1945 erfasst wurde – mit über einer halben Million Arbeitslosen, was damals erschreckend wirkte –, zerbrach sie am Streit mit dem Koalitionspartner FDP über die für den Ausgleich des Haushalts nötigen Steuererhöhungen (die für Steuererleichterungen eintretende FDP lehnte sie ab). Unter diesen Umständen gab es für die

Christdemokraten nur noch einen möglichen Partner, die SPD. Daher die Idee der Grossen Koalition, die am 1. Dezember 1966 die Regierungsgeschäfte übernahm.

In Gestalt von Kurt-Georg Kiesinger stand ein CDU-Politiker an der Spitze der Regierung, der einst der NSDAP angehört hatte. Kiesinger, ein silberhaariger schwäbischer Rechtsanwalt, war im Aussenministerium für die Verbindung zu Goebbels' Propagandaministerium zuständig gewesen. Offenbar ein «Muss-Nazi», aber immerhin ein Parteimitglied. Ihm gegenüber stand der neue Aussenminister, der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der während des Dritten Reichs nach Skandinavien emigriert war und sogar die norwegische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Nach dem Krieg war er als Major der norwegischen Armee nach Deutschland zurückgekehrt und hatte sich dann, als sich sein Geburtsland auf dem Tiefpunkt befand, entschlossen, wieder die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und beim Wiederaufbau zu helfen. Viele konservative Deutsche betrachteten ihn Mitte der sechziger Jahre immer noch als Verräter.

Es war ein Wendepunkt. Bei vielen kritischen Bürgern setzte angesichts der Verbindung zwischen einem antifaschistischen Sozialdemokraten und einem ehemals nationalsozialistischen Konservativen eine Desillusionierung ein. Sie führte schliesslich zur Bildung einer «ausserparlamentarischen Opposition», in der sich viele Tausende von Westdeutschen zusammenfanden, die angesichts des vermeintlichen «Ausverkaufs» der Sozialdemokraten an die Rechte den Schluss zogen, dass man mit einem Zettel, den man in eine Wahlurne warf, nichts zuwege bringen konnte.

Bald darauf trat eine Gruppe von «Stadtguerillas», die sich Rote Armee Fraktion (RAF) nannte, auch als Baader-Meinhof-Gruppe bekannt, auf den Plan und begann Autos zu stehlen, Menschen zu entführen und zu ermorden. Es war eine Art gewaltsamer Entnazifizierung. Der Abscheu der RAF vor dem nach ihrer Ansicht heuchlerischen Konservatismus des politischen und wirtschaftlichen Establishments der Bundesrepublik war derart

gross, dass sie selbst gegen die privilegierte Stellung von Juden in dieser neuen, verachtenswerten deutschen Weitsicht aufbegehrten, sich auf die Seite der Palästinenser schlugen und sogar einen Bombenanschlag auf ein jüdisches Kulturzentrum in Berlin verübten.

1969 folgte der nächste Markstein, der die Veränderung in Deutschland anzeigte. Brandt wurde an der Spitze einer Koalition mit den Freien Demokraten zum Bundeskanzler gewählt und übernahm damit als erster Sozialdemokrat seit Hermann Müller im Jahr 1928 das Amt des Regierungschefs. Er schloss Verträge mit den östlichen Nachbarn (Gesamt-)Deutschlands, in denen die Nachkriegsgrenzen anerkannt wurden. Er besuchte Warschau und kniete am Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto nieder. Der konservativen Rechten und den Vertriebenenorganisationen behagte dies gar nicht, aber sie waren nicht mehr an der Macht wie in den fünfziger Jahren, als Adenauer seine schwierige Koalition geschmiedet und auf seine Weise die deutsche Nachkriegsdemokratie auf den Weg gebracht hatte. Brandts Regierung erkannte schliesslich sogar die Existenz des zweiten deutschen Staats an, ohne allerdings den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen aufzugeben.

Dies war ein anderes Deutschland, eines, das sich in seinem Wohlstand und mit seinen Institutionen sicher fühlte. Jetzt endlich war es bereit, über die Vergangenheit zu sprechen und deren Abwege zu erkennen, ohne das Gefühl zu haben, damit das eigene Existenzrecht zu untergraben. Ende der siebziger Jahre traf die amerikanische Miniserie *Holocaust*, die das Schicksal der gutbürgerlichen jüdischen Berliner Familie Weiss im Dritten Reich verfolgte, die deutschen Fernsehzuschauer ins Herz. Hatte es zuvor nur wenige Studien zum Thema gegeben, erschien jetzt eine Flut von Büchern, Artikeln und Fernsehdokumentationen, die jeden Aspekt der nationalsozialistischen Gräueltaten beleuchteten und auch die Komplizenschaft der gesamten deutschen Nation nicht aussparten. Diese Flut hält bis heute an. Paradoxerweise stellen sich die Deutschen der schrecklichen Vergangenheit ihres Landes umso eifriger, je grösser der zeitliche Abstand zu ihr wird.

Nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 hörte der Bevölkerungsschwund aus der DDR in Richtung Westen nahezu vollständig auf. So wie die *Spiegel*-Affäre in Westdeutschland als Zeichen der Wiedergeburt der westdeutschen Demokratie begrüßt wurde, markierte der Mauerbau eine «zweite Geburt» der DDR. Freilich unterschieden sich diese beiden Ereignisse auf vielsagende Weise: auf der einen Seite das Aufblühen des kritischen Geistes nach 1962 – eine kreative, positive Entwicklung; auf der anderen Seite die Einsperrung der ostdeutschen Bevölkerung – ein Akt der Unterdrückung von Möglichkeiten, der die ungestörte Fortdauer einer politisch-ökonomischen Gängelung sicherte.

Dennoch schien der ostdeutsche Staat in den siebziger Jahren stärker zu sein als jemals zuvor. Da die staatlichen Planer wussten, wie unbeliebt das Regime war, liessen sie ein gewisses Wachstum der Konsumgüterproduktion zu, so dass ein bescheidener Wohlstand entstehen konnte. Zehn Jahre nach dem Mauerbau besaßen die meisten ostdeutschen Haushalte einen Kühlschrank, ein Fernsehgerät, eine Waschmaschine und sogar ein Auto – auch wenn man auf Letzteres bis zu sieben Jahre warten musste. Mitte der siebziger Jahre wurde sogar behauptet, die DDR habe beim Lebensstandard Grossbritannien überholt. Ostdeutsche Sportler waren in den Arenen der Welt weit über die Grösse und die Ressourcen ihres Landes hinaus erfolgreich – was das Regime natürlich dem Kommunismus zuschrieb, der angeblich aussergewöhnliche Menschen hervorbrachte; später stellte sich jedoch heraus, dass stattdessen ein hochentwickeltes, staatlich gefördertes Dopingprogramm dafür verantwortlich gewesen war.

Vor allem aber betrachtete sich die DDR als dem Westen moralisch überlegen. Sie habe sich, wie sie erklärte, völlig vom Nationalsozialismus gereinigt, während in der Bundesrepublik ehemalige Nationalsozialisten immer noch eine Rolle spielten. In Ostdeutschland durften sich Ostpreussen, Schlesier, Sudetendeutsche und andere Vertriebene von Anfang an nicht als solche und nicht einmal als Flüchtlinge bezeichnen. Offiziell wurden sie «Umsiedler» genannt. Ihnen wurde nicht gestattet, eigene Or-

ganisationen zu gründen, über ihr Leid zu schreiben oder zu sprechen oder sich öffentlich über ihr Schicksal zu beklagen. Wenn sie es taten, drohten ihnen Gefängnisstrafen. Organisationen wie der westdeutsche BdV, die unablässig gegen die Ungerechtigkeit der Nachkriegssituation protestierten, wurden von Ostberlin als «revanchistisch» oder Schlimmeres verunglimpft. Die DDR mochte eine Diktatur sein, aber sie war nach eigenem Verständnis das «bessere Deutschland».

Sie war allerdings auch das ärmere und tatsächlich auch das bankrotte Deutschland. Wie sich herausstellte, waren die beeindruckenden ökonomischen Zahlen, die sie bekanntgab, mehr oder weniger betrügerische Vortäuschungen. In den siebziger Jahren steckte das Land in tiefen Schulden und hielt sich mit Auslandskrediten sowie mit Kunstgriffen über Wasser, wie dem Verkauf politischer Häftlinge an Westdeutschland, das pro Freigekauften bis zu hunderttausend Deutsche Mark zahlte.

Dann wurde die Sowjetunion von ihrem Schicksal ereilt. Osteuropa war plötzlich keine Festung mehr. Ostdeutsche konnten über Ungarn oder die Tschechoslowakei in den Westen gelangen. Und die DDR selbst erreichte im schicksalhaften Herbst 1989, in dem die Staatsführung mit allem Pomp den vierzigsten Geburtstag ihrer Republik beging, das Ende der Fahnenstange. Ein Jahr später war Deutschland unter Helmut Kohl wiedervereint. 45 Jahre nach der Stunde null war Deutschland – wenn auch nicht ganz Deutschland, denn die abgetrennten Ostprovinzen waren für immer verloren – wieder ein vereintes Land.

Das Deutschland des 21. Jahrhunderts ist, wie alles andere, unvollkommen. Die rasche Eingliederung des Ostens nach 1989 hat sich in gewisser Hinsicht als ähnlich schwierig herausgestellt wie der Umgang mit Hitlers Hinterlassenschaft. Die meisten Westdeutschen hatten bis 1989 nicht nur die formalen Äusserlichkeiten der Demokratie akzeptiert, sondern sie in ihre Herzen aufgenommen und sind zu aktiven, demokratischen, häufig sehr kritischen Staatsbürgern geworden. Die freundliche Übernahme Ost-

deutschlands (manche sahen sie anders) verursachte freilich emotionale Verletzungen, und die Wiedervereinigung mit 17 Millionen Landsleuten nach fast einem halben Jahrhundert der Trennung war schwierig.

Viele Ostdeutsche waren von der demokratischen Wirklichkeit nach 1990 rasch enttäuscht. Fast sechzig Jahre hatten sie unter Diktaturen gelebt, zuerst ab 1933 unter Hitlers Herrschaft und dann, fast nahtlos anschließend, unter Ulbrichts strengem, intolerantem, wenn auch weniger gewalttätigem Regime, und viele von ihnen hatten sich, ob es ihnen nun gefiel oder nicht, an die Kommandowirtschaft gewöhnt, in der Marktmechanismen ignoriert oder umgangen werden konnten. Ausserdem war der Alltag, so beengt und restriktiv er sein konnte, durch ein Gefühl von Sicherheit und die Illusion von Stabilität geprägt. Sie hatten nicht wie die Westdeutschen vierzig Jahre Zeit gehabt, sich innerlich für die kapitalistische Demokratie zu entscheiden – mit all ihren Fehlern und Mängeln wie mit all ihren Vorteilen – und sie sogar schätzen zu lernen. Und sie erlebten in den neunziger Jahren kein neues Wirtschaftswunder wie dasjenige, von dem die Westdeutschen – auf einem völlig anderen Weltmarkt – in den fünfziger Jahren profitiert hatten und das wesentlich zur Akzeptanz der Bonner Republik beigetragen hatte.

Die Fortschritte in manchen Teilen der früheren DDR sind bemerkenswert, in anderen sind sie es weniger, aber es gibt Anzeichen dafür, dass der Osten, obwohl er schmerzliche Veränderungen durchgemacht hat und vor schwierigen Aufgaben steht, langsam integriert wird. So wie nach 1945 manche naiverweise geglaubt hatten, die Deutschen könnten durch Gespräche und Bildungsanstrengungen umgehend in Demokraten verwandelt werden, gab es auch 1990 manche, die wie Helmut Kohl in seinem unvergessenen und häufig belächelten Wahlversprechen in den «neuen Bundesländern» binnen Kurzem «blühende Landschaften» erwarteten. In Wirklichkeit benötigten beide Veränderungen mindestens zwanzig Jahre und im Fall des Ostens noch einige mehr.

Wie die anderen entwickelten Länder ist das moderne Deutschland besorgt über seine Fähigkeit, Einwanderer aufzunehmen. Es fürchtet um seine Identität. Aber Tatsache ist auch, dass die Deutschen in der zurückliegenden Wirtschaftskrise nicht massenweise auf rechtsextreme «Lösungen» hereingefallen sind. Trotz einiger lokaler Erfolge von Neonazis in schwierigen Gebieten im Osten erleben wir keine Wiederholung der Entwicklung der dreissiger Jahre. Tatsächlich hat die extreme Rechte in Deutschland deutlich weniger Zulauf als anderswo in Europa, einschliesslich Ländern, die im Zweiten Weltkrieg zur Anti-Hitler-Koalition gehört hatten.

Seit dem nicht sehr vielversprechenden Beginn im Jahr 1945, als sich die meisten Deutschen einfach dem Unvermeidbaren beugten und gehorchten, haben sich die politische Klasse und die Staatsbeamten – jene Stützen der Gesellschaft, die einst die Weimarer Republik gehasst und ihre Zerstörung betrieben hatten – ebenso wie die Mehrheit der Wähler zu der Überzeugung bekehrt, dass die Demokratie funktioniert. Oder wenigstens zu der Einsicht, dass sie im Vergleich mit der Diktatur das geringere Übel ist.

1945 hatte die amerikanische Politik erklärermassen damit gerechnet, dass Deutschland «immer als besiegt und nicht als befreites Land behandelt» werden würde. Ein halbes Jahrhundert später sah Deutschland selbst es anders. Laut einer Meinungsumfrage im Jahr 1995 bedeutete der 8. Mai 1945 für etwas mehr als die Hälfte der Deutschen einen «Tag der Befreiung», und weitere 28 Prozent betrachteten ihn als «Tag der Befreiung, aber auch der Niederlage». Nur 19 Prozent sahen in ihm ausschliesslich einen «Tag der Niederlage».

Haben die Deutschen Hitler ausgetrieben? Vielleicht sollten sie selbst die Antwort darauf geben. Und selbst wenn der alte Dämon, der 1945 gestorben ist, noch nicht vollständig verschwunden sein sollte, so haben die modernen Deutschen dieses ruhelose, bösartige Gespenst verbannt, und zwar weit, weit weg.

DANKSAGUNG

Mein tief empfundener Dank gilt allen, die zu einem Interview für dieses Buch bereit waren und mir erzählten, was sie in den vierziger Jahren erlebt haben, wobei manchmal traumatische Erfahrungen für sie selbst und ihre Familien wieder heraufbeschworen wurden. Ihre Namen finden sich in der Bibliografie.

Auch Steven Simon und Virginia Liberatore, die meiner Frau und mir bei unseren Besuchen in Washington ihre Gastfreundschaft gewährten, bin ich zu besonderem Dank verpflichtet. Dr. Helmut Schnatz und seine Frau Ursula waren ausserordentlich freundliche und aufmerksame Gastgeber in Koblenz. Ausserdem stellten sie mich einer ganzen Reihe von Leuten vor, mit denen ich faszinierende Gespräche über die Geschehnisse in ihrer geliebten Stadt in jenen bitteren Jahren von Niederlage und Entbehrung führte.

Die Mitarbeiter der National Archives in Kew in London und der National Archives and Records Administration in College Park in Maryland erwiesen sich wie stets als ausgesprochen hilfreich, kenntnisreich und geduldig.

Meiner Agentin in Grossbritannien, Jane Turnbull, und Dan Conaway bei Writers' House in New York danke ich für ihre beständige, um nicht zu sagen unbarmherzige Ermutigung. Und für alles bisher Gesagte sowie für eine starke Dosis Geduld bin ich Bill Swanson, meinem Lektor bei Bloomsbury Publishing in London, verpflichtet.

Schliesslich gelten meiner Frau Alice die herzlichsten Dankeschöns. Sie hat mich nicht nur zu Hause und bei der editorischen Arbeit an diesem Buch unterstützt, sondern auch bei unseren Archivbesuchen ebenso unermüdlich wie gekonnt Dokumente fotografiert. Wie stets, wäre ohne sie nichts vom Vorliegenden zustande gekommen.

Anhang

ANMERKUNGEN

EINLEITUNG

- 1 Siehe Balfour, «Another Look at Unconditional Surrender», S. 720, Anm. Der russische Diktator war zwar eingeladen worden, hatte aber unter Hinweis auf die Inanspruchnahme durch die Schlacht von Stalingrad die Teilnahme abgelehnt. Die erste Konferenz der «grossen Drei» fand erst Ende November 1943 in Teheran statt. Roosevelt, «Jahresbotschaft des Präsidenten über den ‚Stand der Union‘», 7. Januar
- 2 1943, in: ders., *Links von der Mitte*, S. 417.
Roosevelt, «Pressekonferenz in Casablanca», 24. Januar 1943, in: ebd., S. 418.
- 3 Churchill, «Dem Sieg entgegen», 22. Februar 1944, in: ders., *Reden in Zeiten des*
- 4 *Krieges*, S. 213 f.

1 INS REICH HINEIN

- 1 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 122; MacDonald, *The Siegfried Line Campaign*, S. 3.
- 2 Siehe hierzu und zum Folgenden MacDonald, *The Siegfried Line Campaign*, S. 3.
Zit. in Koop, *Besetzt: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 25 f.
- 3 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 169 f.
- 4 Eaton Roberts, *Five Stars to Victory*, Kap. 3: «Rhineland», unpaginiert. Hauptmann
- 5 A. Eaton Roberts, der im Zivilleben Arzt war, gehörte als oberster Sanitätsoffizier zur Task Force Lovelady.
«War News Summarized», in: *The New York Times*, 14. September 1944, S. 1.
- 6 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 170.
- 7 Siehe <http://www.roetgen.de/lokales/geschichte03.php>.
- 8 Siehe Kudryashov, «Stalin and the Allies». Der britische Luftfahrtminister Archibald Clark Kerr beschrieb Gussew gegenüber Churchill als «groben, unerfahrenen Kerl mit schlechten Manieren».
- 9
- 10 Zur ersten Phase der Schlacht um Ostpreussen siehe Mawdsley, *Thunder in the East*, S. 374 f.
- 11 Pötzl/Wiegrefe, «Die Heimkehr des Krieges».
- 12 Zit. in Fisch, «Nemmersdorf 1944, nach wie vor ungeklärt», S. 161.

- 13 Siehe ebd., S. 155 ff. Eberhard Fisch zieht sogar die Möglichkeit in Erwägung – auch wenn er sie letztlich nicht bestätigt –, dass die ganze grausame Episode eine von einer verdeckten Einheit ausgeführte deutsche Provokation war.
- 14 Zit. in Darnstädt/Wiegrefe, »Der Treck nach Westen. ›Vater, erschieß mich!‹«, S. 11.
- 15 Bericht von Major i. G. Hans Hinrichs, 26. Oktober 1944 (Faksimile im Besitz des Autors).
- 16 So etwa Isabel Denny, die in *The Fall of Hitler's Fortress City* schreibt, »alle Frauen« seien »gefangen genommen und vergewaltigt worden, und einige wurden an Haustüren oder Scheunentoren gekreuzigt ... Als die Wehrmacht zwei Tage später das Dorf zurückeroberte, behauptete sie, nahezu alle 635 Einwohner tot aufgefunden zu haben« (S. 177). Da gut belegt ist, dass fast alle Einwohner Nemmersdorf vor dem Eintreffen der Roten Armee verlassen hatten, ist schwer nachzuvollziehen, woher die Autorin diese Information hat und warum sie sich nicht die Mühe gemacht hat, sie zu überprüfen. Denn es scheint ebenfalls belegt zu sein, dass Frauen zwar in dieser Weise gefoltert und ermordet wurden, aber anderswo. Nemmersdorf wurde, wie andere symbolisch bedeutsame Schauplätze von Gewalttätigkeiten auch, zu einem Sammelbegriff, unter dem alle möglichen andernorts begangenen Gräuelpersonen subsumiert wurden.
- 17 Zit. in Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 155.
- 18 Boog/Krebs/Vogel (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 7, S. 615.
- 19 Vgl. Hastings, *Armageddon*, S. 107.
- 20 Zit. in Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 142.
- 21 Biddiscombe, *Werwolf!*, S. 23.
- 22 Boog/Krebs/Vogel (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 7, S. 615.
- 23 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 44 f.
- 24 »Aachen Mayor Sworn In. Anti-Nazi's Office in Cellar«, in: *The New York Times*, 31. Oktober 1944. Laut Klaus-Dietmar Henke (*Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 275) befand sich Oppenhoffs Büro im Erdgeschoss eines nahezu unzerstörten Regierungsgebäudes am Theaterplatz.
- 25 Siehe hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders vermerkt, Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 45 ff.
- 26 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 158.
- 27 Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Bd. 14, Eintrag vom 2. Dezember 1944, S. 321.
- 28 Siehe Boog/Krebs/Vogel (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 7, S. 622.
- 29 Fussell, *The Boys' Crusade*, S. 126.
- 30 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 158 f.
- 31 Zit. in Taylor, *Dresden*, S. 230.

- 32 SHAEF, G-5-Bericht, September 1944, zit. in Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 151.

2 HOO-HOO-HOO

- 1 Siehe hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders vermerkt, Biddiscombe, *Werwolf!*, S. 12 ff.
- 2 »Erster Appell in Ostpreußen«, in: *Völkischer Beobachter*, 19. Oktober 1944, S. 1 f.
- 3 Zit. in Kunz, »Die Wehrmacht 1944/45«, S. 14.
- 4 Biddiscombe, *Werwolf!*, S. 18.
- 5 »Nazi Force for Last Stand«, in: *The Times*, 20. Oktober 1944.
- 6 Zit. in Gellately, *Hingeschaut und weggesehen*, S. 350.
- 7 Ebd., S. 320 f.
- 8 Zit. in Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 265.
- 9 Siehe hierzu und zu Himmlers Drohung Biddiscombe, *The Last Nazi*, S. 126.
- 10 Ebd., S. 127 f. Siehe auch, insbesondere bei Interesse für das mutmaßliche Sexualleben der Gruppe, Whiting, *SS Werewolf*, S. 103 ff. Whittings Buch ist zwar wie ein rasanter Thriller geschrieben, mitsamt verdächtig umfangreichen Dialogen, beruht teilweise aber auf in den sechziger Jahren geführten Interviews mit überlebenden Beteiligten.
- 11 Biddiscombe, *The Last Nazi*, S. 129.
- 12 »Hitler Youth Learns of American Justice«, in: *The New York Times*, 11. Februar 1945.
- 13 Siehe R.M. Müller (Hg.), *Der Krieg, der nicht sterben wollte*, darin insbesondere Joseph C. Doherty, »Ardennenschlacht«, S. 243 ff.
- 14 »German Girl Vows Vengeance«, in: *The New York Times*, 16. Februar 1945; Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 167 f.
- 15 Zit. in Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 168 f.
- 16 Zit. in ebd., S. 169.
- 17 Zit. in ebd.
- 18 Siehe hierzu und zum Folgenden Biddiscombe, *The Last Nazi*, S. 129 ff.; Whiting, *SS Werewolf*, S. 7 ff.
- 19 So Whiting, *SS Werewolf*, S. 7 ff.
- 20 »Non-Nazi Mayor of Aachen Killed by 3 German Chutists in Uniform«, in: *The New York Times*, 29. März 1945; vgl. auch: »Aachen Burgomaster Murdered. Shot by Three Germans«, in: *The Times*, 29. März 1945.
- 21 »Nazis Tell Rhine They Will Return«, in: *The New York Times*, 4. April 1945 (das Telegramm war vier Tage vorher aufgegeben worden, trug aber den Vermerk »Verzögert« – wofür wahrscheinlich die Zensur verantwortlich war).
- 22 Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Bd. 15, Eintrag vom 22. März 1945, S. 567.

Ebd., Eintrag vom 27. März 1945, S. 603,606.
Siehe Whiting, SS *Werewolf*, S. 157-162; Biddiscombe, *The Last Nazi*, S. 131 f.
Whiting, SS *Werewolf*, S. 167, Anm.
Biddiscombe, *Werwolf!*, S. 153 f.

3 DER GROSSE TRECK

- 1 Zit. in Kossert, *Kalte Heimat*, S. 39 f.
- 2 Ruprecht von Butler, zit. in Käppner, *Die Familie der Generäle*, S. 226 f.
- 3 Zit. in Beevor, *Berlin 1945*, S. 47.
- 4 Zit. in Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 102.
- 5 Zit. in Mawdsley, *Thunder in the East*, S. 216.
- 6 Zit. in ebd., S. 216 f.
- 7 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 94 f., 97.
- 8 Zit. in ebd., S. 96.
- 9 »Lev Kopelev, Soviet Writer in Prison 10 Years, Dies at 85«, in: *The New York Times*, 20. Juni 1997. Kopelew starb in Köln, wo er gelebt hatte, seit er wegen seiner Dissidentenaktivitäten – womit unter anderem Schriften über seine Erlebnisse im besetzten Deutschland gemeint waren – von der Sowjetunion ausgebürgert worden war.
- 10 Zur Geschichte von Wanda Schultz (später Hoffmann) siehe Jacobs, *Freiwild*, S. 83 ff., Zitat auf S. 83.
- 11 Kossert, *Kalte Heimat*, S. 40.
- 12 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 117.
- 13 Zit. in Jacobs, *Freiwild*, S. 53.
- 14 Ebd., S. 57 ff.
- 15 »Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939«, http://www.zaoerv.de/09_1939_40/9_1939_1_b_912_2_940.pdf.
- 16 De Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, S. 62.
- 17 Ebd., S. 74.
- 18 Die genaue Zahl war 9955000 (Kossert, *Kalte Heimat*, S. 22 f.).
- 19 Zit. in Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 472.
- 20 Siehe Milton, *Paradise Lost*; Naimark, *Flammender Hass*, S. 64–70.
- 21 Zit. in Milton, *Paradise Lost*, S. 315, 326.
- 22 Ebd., S. 311.
- 23 Denny, *The Fall of Hitler's Fortress City*, S. 202 f. Gustloff war deutscher Nationalität, lebte aber in der Schweiz. Das Schiff war zum Truppentransporter umgewandelt worden und trug einen grauen Marineanstrich.
- 24 Zu einem knappen biografischen Abriss über Hanke siehe Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 463.
- 25 Knopp, *Die große Flucht*, S. 189. Diese Schätzung beruht auf der Faustregel, »dass auf jedem Meter zehn Tote liegen«; die Landebahn war 1300 Meter lang. Die Zahl von 13000 Todesopfern dürfte also eher eine Redefigur als

- eine Tatsache sein, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass bei diesem und anderen unvorstellbaren Schrecknissen, denen sie von ihren Führern ausgesetzt wurden, Tausende von deutschen Zivilisten starben.
- 26 Höffkes, *Hitlers politische Generale*, S. 120 ff.
- 27 Knopp, *Die grosse Flucht*, S. 189.
- 28 Frodien, «*Bleib übrig*», S. 124. Zum Folgenden siehe ebd., S. 129 f., 142 ff.
- 29 Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 506.
- 30 Siehe Loth, «Die deutsche Frage und der Wandel des internationalen Systems», S. 336 f.
- 31 Mihan, *Die Nacht von Potsdam*, S. 119.
- 32 Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6.2: *Der eiserne Vorhang*, S. 356.
- 33 Loth, «Die deutsche Frage und der Wandel des internationalen Systems», S. 347.
- 34 Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 516; zu Breslau siehe auch de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, S. 118 f.
- 35 Zur Opferzahl siehe Schnatz, *Der Luftangriff auf Swinemünde*, S. 138; zum gesamten Geschehen und einer hervorragenden Entmythologisierung siehe ebd., Kap. 6: «Rezeption und Bewertung des Angriffs». Der von 661 amerikanischen Bombern geflogene Angriff gehörte proportional, an der Tonnage der abgeworfenen Bomben gemessen, zu den schwersten des Krieges. Angefordert hatte ihn das sowjetische Oberkommando, dessen eigene Flugzeuge mit der Unterstützung der Bodenoperationen beschäftigt waren, wofür sie auf jeden Fall auch besser geeignet waren.
- 36 Davies/Moorhouse, *Die Blume Europas*, S. 506.
- 37 Ebd., S. 521.
- 38 Ebd., S. 519.
- 39 Zdena Nemcova, zit. in Jenkins, «The Sudeten Germans' forgotten fate».
- 40 Jiri John, zit. in Knopp, *Die grosse Flucht*, S. 369.
- 41 Dr. Anton Sum, zit. in ebd., S. 368.
- 42 M. Schwartz, «Ethnische ‚Säuberung‘ als Kriegsfolge», S. 622.
- 43 Ebd., S. 625; Knopp, *Die grosse Flucht*, S. 397.
- 44 Zit. in M. Schwartz, «Ethnische ‚Säuberung‘ als Kriegsfolge», S. 625.
- 45 Ebd., S. 623.
- 46 Filip, «Die stillen Toten unterm Klee bei Pohrlitz»; Knopp, *Die grosse Flucht*, S. 390 ff.
- 47 Knopp, *Die grosse Flucht*, S. 393.
- 48 Zit. in ebd., S. 395.
- 49 Wenzel Jaksch, Eugen de Witte und Franz Katz, «Future of Minorities in Czechoslovakia», in: *The Times*, 14. Juni 1945. Jaksch, de Witte und Katz hatten dem letzten frei gewählten tschechoslowakischen Parlament angehört. Der Sozialdemokrat Jaksch liess sich später in Westdeutschland nieder, wo er Präsident des Bundes der Vertriebenen wurde und als SPD-Abgeordneter im Bundestag sass. In der letzten freien Wahl in der Tschechoslowakei im Jahr 1935 hatte Konrad Henleins pronazisti-

stische Sudetendeutsche Partei (SdP) 60 Prozent der deutschen Stimmen erhalten. Bis 1938 war die Sudetendeutsche Sozialdemokratische Partei, einst die grösste deutsche Partei im Land, nahezu bis zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Alle anderen deutschen Parteien schlossen sich der SdP an. Deren Vorsitzender Henlein wurde «Reichsstatthalter» und Gauleiter des Sudetenlandes, nachdem dieses durch das Münchner Abkommen Deutschland übergeben worden war. Dass die Tschechen 1945 alle Sudetendeutschen als Nationalsozialisten ansahen, war ungerecht, aber unter den Umständen nicht ganz verwunderlich.

- 50 «Germans in East Europe. Many Expulsions», in: *The Times*, 7. August 1945.
 51 Anne O'Hare McCormick, «Problem of Places for Refugees», in: *The New York Times*, 13. November 1946.
 52 M. Schwartz, «Ethnische ‚Säuberung‘ als Kriegsfolge», S. 622.
 53 Zit. in ebd., S. 624.

4 DIE STUNDE NULL

- 1 Frodien, »Bleib übrig«, S. 175.
 2 Ebd., S. 179.
 3 Ebd., S. 232 ff.
 4 Ebd., S. 181.
 5 Interview mit Joachim Trenkner, Berlin, 24. März 2008.
 6 Interview mit Egon Plönissen, Koblenz, 12. Juni 2009.
 7 Siehe Middlebrook/Everitt, *The Bomber Command War Diaries*, S. 615.
 8 Helmut Nassen, *Tagebuch des Helmut Nassen vom 6. 3. 45 bis 30. 4. 45*.
 9 Ebd.
 10 Siehe hierzu und zu den weiteren Ereignissen in Penzberg Biddiscombe, *The Last Nazis*, S. 168 ff.
 11 Zu Gieslers Person siehe Höffkes, *Hitlers politische Generale*, S. 87 ff.
 12 Ebd., S. 89. Hitler beging am nächsten Tag Selbstmord. Über Gieslers Selbstmord liegen unterschiedliche Berichte vor. Anscheinend unternahm er mindestens zwei Versuche und vegetierte nach dem zweiten (einem nicht sofort tödlichen Pistolenschuss in die Schläfe) noch einige Tage dahin, bevor er am letzten Tag des Krieges in einem Lazarett in Berchtesgaden verstarb.
 13 Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 257 f.
 14 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 968.
 15 Loth, Wilfried: »Die deutsche Frage und der Wandel des internationalen Systems«, S. 320.
 16 Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 262 f.
 17 »Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Ame-

- rika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik», 5. Juni 1945, http://www.documentarchiv.de/in/1945/niederlage-deutschlands_erk1.html.
- 18 Zit. in Leonhardt, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, S. 294. Wolfgang Leonhardt, als Kind kommunistischer deutscher Emigranten in der Sowjetunion aufgewachsen, gehörte der von den Sowjets nach Berlin geflogenen «Gruppe Ulbricht» an, wandte sich später aber desillusioniert vom Kommunismus ab und floh in den Westen.
- 19 Zum politischen Tauziehen um den Abzug der Westalliierten aus den «zu viel» besetzten Gebieten siehe Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 716 ff.
- 20 Zit. in Loth, «Die deutsche Frage und der Wandel des internationalen Systems», S. 324.
- 21 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 719.
- 22 Siehe hierzu und zum Folgenden Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 265 ff.
- 23 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 724.
- 24 Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 267.
- 25 Die Darstellung der Ereignisse in Schlotheim beruht auf einem Interview mit Joachim Trenkner, Berlin, 24. März 2008.
- 26 Interview mit Egon Plönissen, Koblenz, 12. Juni 2009.
- 27 Ebd.

5 AUS EROBERERSICHT

- 1 Olick, *In the House of the Hangman*, S. 42 f.
- 2 Zit. in Waller, *London 1945*, S. 112.
- 3 Zit. in ebd., S. 113.
- 4 Olick, *In the House of the Hangman*, S. 71.
- 5 Ebd., S. 106.
- 6 Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*, S. 30.
- 7 Zit. in ebd., S. 25, Anm.
- 8 Clare, *Berlin Days, 1946–1947*, S. 210.
- 9 Frodien, »Bleib übrig«, S. 204.
- 10 »Proklamation Nr. 1 von General Eisenhower an das deutsche Volk, März 1945«, http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/Nachkriegsjahre_erklaerungEisenhowerProklamationNr1/index.html.
- 11 Siehe Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 88 f.
- 12 Zit. in ebd., S. 90.
- 13 »Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067) (April 1945)« (von Präsident Truman am 10. Mai 1945 gebilligt), http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=2297&language=german.

- 14 Von Henry Morgenthau unterzeichnetes Memorandum an Präsident Roosevelt, undatiert, aber vor dem 4. September 1944, in: President's Secretary File (PSF) Safe Files: German Diplomatic Files 1944 (Jan.–Sept.), Franklin D. Roosevelt Library and Museum Website; Version 2009.
- 15 Memorandum von Henry J. Stimson an Präsident Roosevelt, 5. September 1944, in: ebd.
- 16 Memorandum von Cordell Hull an Präsident Roosevelt, datiert auf den 29. September 1944 und dem Präsidenten am 1. Oktober 1944 vorgelegt, in: ebd.
- 17 *Völkischer Beobachter*, 26. September 1944, S. 1.
- 18 Zit. in Greiner, *Die Morgenthau-Legende*, S. 14.
- 19 Zit. in Beschloss, *The Conquerors*, S. 173.
- 20 Moran, *Winston Churchill*, S. 200.
- 21 Beschloss, *The Conquerors*, S. 131.
- 22 Zit. in Olick, *In the House of the Hangman*, S. 31 f.
- 23 »Leave your Helmet On«, in: *Time*, 2. Juli 1945; Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 187.
- 24 *Pocket Guide to Germany*, S. 31, 33, 35, 39, 69, 83, 88, 90, 92.
- 25 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 194.
- 26 Willoughby, »The Sexual Behaviour of American GIs during the Early Years of the Occupation of Germany«, S. 170.
- 27 »German Girls. US Army Boycott Fails to Stop GIs from Fraternizing with Them«, in: *Life*, 23. Juli 1945, Nr. 35.
- 28 »Ban Lifted«, in: *Time*, 30. Juli 1945.
- 29 »Sleeping with the Enemy«, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1569141,00.html>.
- 30 Punkt 15 in Montgomerys »Notes on the Present Situation no. 2« vom 6. Juli 1945, einem Schreiben an seine Korpskommandeure und Abteilungsleiter im Kontrollrat, in: Montgomerys Papiere im Imperial Museum; auch ausführlich zitiert in Christopher Knowles höchst informativem Blog zu Aspekten der britischen Besetzung Deutschlands, http://howitreallywas.typepad.com/how_it_really_was/2009/03/fieldmarshal-montgomery-and-the-fraternisation-ban.html.
- 31 Alanbrooke, *War Diaries, 1939–1945*, Eintrag vom 10. April 1945, S. 682.
- 32 Koop, *Besetzt: Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 157 f.
- 33 Leutnant Christopher Leefe, zit. in Botting, *In the Ruins of the Reich*, S. 257.
- 34 MacInnes, *To the Victors the Spoils*, S. 189.
- 35 Ebd., 183 f.
- 36 Siehe hierzu und zum Folgenden Botting, *In the Ruins of the Reich*, S. 47 f.
- 37 MacInnes, *To the Victors the Spoils*, S. 55.
- 38 Wolff-Mönckeberg, *Briefe, die sie nicht erreichten*, S. 9.
- 39 Ebd., S. 140, Brief vom 17. Mai 1945.
- 40 Zit. in Jacobs, *Freiwild*, S. 181.
- 41 Zit. in zur Nieden, *Alltag im Ausnahmezustand*, S. 91 f.

- 42 Interview mit Karl-Ludwig Hoch, Dresden-Löschwitz, Februar 2002. Hoch war damals 15 Jahre alt und wohnte in Löschwitz.
- 43 Interview mit Götz Bergander, Berlin, 25. März 2008.
- 44 Interview mit Lothar Löwe, Berlin, 25. März 2008.
- 45 Zit. in Jacobs, *Freiwild*, S. 170.
- 46 Ebd., S. 176.
- 47 Siehe Taylor, *Die Mauer*, S. 62.
- 48 «Foreign News: What Is to Be Done?», in: *Time*, 9. Juli 1945.
- 49 Zit. in Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 119 f.
- 50 Anonyma, *Eine Frau in Berlin*, S. 69,75,131.
- 51 Gelfand, *Deutschland-Tagebuch 1945-1946*, S. 79 f.
- 52 Ebd., S. 6 If.
- 53 Ebd., S. 200,202.
- 54 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 119.
- 55 Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 3, S. 885.
- 56 Zit. in Koop, *Besetzt: Französische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 40 f.
Das Folgende stützt sich ebenfalls auf Koops Darstellung.
- 57 Zit. in ebd., S. 45 f.
- 58 Ebd., S. 47.
- 59 Biddiscombe, «Dangerous Liaisons», S. 618, Anm. 56.
- 60 Lilly, *Taken by Force*, S. 117.

3 HUNGER

- 1 Zit. in Mazower, *Hitlers Imperium*, S. 266; vgl. auch ders., *Inside Hitlers Greece*. Die Erinnerung an den Krieg ist in Griechenland immer noch lebendig. So reagierte der stellvertretende Ministerpräsident Theodoros Pangalos im Februar 2010 auf die seiner Meinung nach mangelnde Hilfsbereitschaft Deutschlands in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes mit der Bemerkung: «Sie [die Nationalsozialisten] haben das griechische Gold, das in der Bank von Griechenland lagerte, genommen, sie haben das griechische Geld genommen, und sie haben es nie zurückgegeben.»
- 2 Aktennotiz über die Besprechung, zit. in Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 553.
- 3 Ebd.
- 4 Zit. in Browning, *Die Entfesselung der «Endlösung»*, S. 355.
- 5 Zit. in Aly, *Hitlers Volksstaat*, S. 198.
- 6 Zit. in ebd., S. 197.
- 7 Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Bd. 4, Eintrag vom 24. Mai 1942, S. 354.
- 8 «Vermerk über die Tagung in Rowno vom 26.-28.8.1942», zit. in Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 241.

- 9 Roth, *Herrenmenschen*, S. 166 f.
- 10 Siehe Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, insbesondere S. 191 f., 197, 219 ff., 237-240.
- 11 Aly, *Hitlers Volksstaat*, S. 201.
- 12 Ebd.
- 13 Zit. in ebd., S. 198.
- 14 Tooze, *Ökonomie der Vernichtung*, S. 559.
- 15 Siehe Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*, insbesondere S. 241 ff.
- 16 Zit. in Aly, *Hitlers Volksstaat*, S. 202.
- 17 Zit. in ebd., S. 206.
- 18 Zit. in Beschloss, *The Conquerors*, S. 194.
- 19 Ebd., S. 196.
- 20 Ebd., S. 214.
- 21 Zit. in Tooze, *Ökonomie der Vernichtung*, S. 753.
- 22 *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945*, S. 348.
- 23 *IMG*, Bd. 16, S. 547 f.
- 24 Tooze, *Ökonomie der Vernichtung*, S. 747-749; zu Speers komplexer Motivation und seinen Beziehungen zu anderen Mitgliedern von Hitlers Gefolge siehe R.-D. Müller, «Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und die Anfänge des Wiederaufbaus», S. 85-106.
- 25 Siehe R.-D. Müller, «Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und die Anfänge des Wiederaufbaus», S. 57 ff.
- 26 Siehe hierzu und zum Folgenden, wenn nicht anders nachgewiesen, ebd., S. 60 ff.
- 27 Tooze, *Ökonomie der Vernichtung*, S. 744 f.
- 28 Ebd., S. 749.
- 29 Ebd., S. 596.
- 30 Ebd., S. 597.
- 31 MacInnes, *To the Victors the Spoils*, S. 180 f.
- 32 Grossmann, *Jews, German and Allies*, S. 133.
- 33 «Foreign News: Dachau», in: *Time*, 7. Mai 1945.
- 34 Zit. in Hitchcock, *Liberation*, S. 302 f.
- 35 Zit. in ebd.
- 36 Grossmann, *Jews, German and Allies*, S. 136.

7 DER PREIS

- 1 Siehe «Stern Man for the Nazis», in: *Time*, 9. April 1945.
- 2 Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 24.
- 3 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 318.
- 4 Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*, S. 8 f.
- 5 Ebd., S. 9.
- 6 Siehe Bacque, *Der geplante Tod*. Bacque behauptet, dass man fast eine Million

- Kriegsgefangene absichtlich verhungern liess und diesen Massenmord anschliessend vertuscht hat.
- 7 Siehe Overmans, «Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», S. 427.
 - 8 In der Fassung der «Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik», 5. Juni 1945, Artikel 2b, http://www.docu-mentarchiv.de/in/1945/niederlage-deutschlands_erk1.html; Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*, S. 60.
 - 9 Mann, *Frühling am Rhein anno 1945*, S. 8.
 - 10 Kurt Baltinowitz, unveröffentlichtes Typoskript (freundlicherweise von Herrn Wolfgang Gückelhorn zur Verfügung gestellt), S. 39 ff.
 - 11 Siehe Böhme, *Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand. Europa*; vgl. Steininger, «Some Reflections on the Maschke Commission».
 - 12 Gückelhorn, *Das Ende am Rhein*, S. 145 ff.
 - 13 Siehe Overmans, «German Historiography, the War Losses, and the Prisoners of War», S. 138 ff.
 - 14 Bischof, «Bacque and Historical Evidence», S. 217.
 - 15 Overmans, «Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», S. 419.
 - 16 Siehe Gückelhorn, *Das Ende am Rhein*, S. 146.
 - 17 Mann, *Frühling am Rhein anno 1945*, S. 21.
 - 18 Zit. in Overmans, «Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», S. 420.
 - 19 Gückelhorn, *Das Ende am Rhein*, S. 146.
 - 20 Siehe Overmans, «German Historiography, the War Losses, and the Prisoners of War», S. 150.
 - 21 Ebd., S. 152.
 - 22 Nach Rüdiger Overmans' Schätzung sind zwischen 5'000 und 10'000 von rund einer Million Gefangenen gestorben («Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», S. 421). Günter Bischof nimmt in seinem Aufsatz eine Zahl von bis zu 56'000 Todesfällen an, was einem Anteil von rund fünf Prozent entspricht («Bacque and Historical Evidence», S. 217).
 - 23 Zahlen laut Ferguson, «Prisoner Taking and Prisoner Killing in the Age of Total War», Teil 2, S. 186 (Tabelle 4).
 - 24 Overmans, «Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», S. 442 f.
 - 25 Abbildungen mehrerer solcher «Passierscheine» finden sich in: <http://www.psywarrior.com/GermanSCP.html>. Viele halten die Passierscheine für die erfolgreichsten Propagandaflugblätter des Zweiten Weltkriegs.

- 26 Wolff-Mönckeberg, *Briefe, die sie nicht erreichten*, S. 165.
- 27 Mann, *Frühling am Rhein anno 1945*, S. 27.
- 28 R.-D. Müller, «Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und die Anfänge des Wiederaufbaus», S. 62.
- 29 «Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs», abgeschlossen in Den Haag am 18. Oktober 1907, in: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/i5/0515112.de.pdf>; vgl. Wiggers, «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», S. 274.
- 30 Zit. in Wiggers, «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», S. 275.
- 31 Ebd., S. 276.
- 32 Zit. in ebd., S. 277.
- 33 «Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067) (April 1945)», http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=2297&language=german.
- 34 Wiggers, «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», S. 279.
- 35 Siehe Trent, «Food Shortages in Germany and Europe, 1945-1948», S. 99 und Anm. 9.
- 36 Siehe Echternkamp, «Im Schlagschatten des Krieges», S. 661.
- 37 Siehe ebd., S. 662, sowohl für die Rationen von 1946 als auch für den heute angenommenen Kalorienbedarf.
- 38 Vgl. Steege, *Black Market, Cold War*, S. 42.
- 39 Ebd., S. 43.

8 DEM SIEGER DIE BEUTE

- 1 Gelfand, *Deutschland-Tagebuch 1945-1946*, S. 211 f.
- 2 Ebd., S. 176 f.
- 3 Ebd., S. 190 f.
- 4 Clare, *Berlin Days, 1946-1947*, S. 146.
- 5 Interview mit Maurice Smelt, Penzance, 4. Oktober 2008. Smelt diente 1945 bis 1948 als Leutnant des Infanterieregiments «Black Watch» (Royal Highland Regiment) in Duisburg.
- 6 Siehe Clay an McCloy, 16. September 1945, in: Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 78.
- 7 Siehe Willoughby, «The Sexual Behaviour of American GIs during the Early Years of the Occupation of Germany», S. 171.
- 8 Slatoff, «GI Morals in Germany», S. 686 f. Slatoff wurde später Professor an der Cornell University und Dekan der dortigen Englischfakultät.
- 9 Interview mit Maurice Smelt, Penzance, 4. Oktober 2008.
- 10 Large, *Berlin*, S. 364.
- 11 Taylor, *Die Mauer*, S. 75 f.

- 12 Siehe Steege, *Black Market, Cold War*, S. 38.
- 13 Kynaston, *Austerity Britain 1945–1951*, S. 106 f.
- 14 Zahlen laut Volkszählung von 1950 in: Kossert, *Kalte Heimat*, S. 59.
- 15 Jackson (Hg.), *The Humphrey Jennings Film Reader*, S. 101.
- 16 Ebd., S. 102.
- 17 Koop, *Besetzt: Die britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 173.
- 18 Ebd., S. 174.
- 19 Ebd., S. 178.
- 20 Einen Eindruck von der Krise vermittelt eine Denkschrift des nordrhein-westfälischen Ernährungs- und Landwirtschaftsministers Heinrich Lübke vom 20. März 1947, in: NA Kew FO 1013/1038 Food and Agriculture, Food Situation – 99th and 100th Periods.
- 21 Telegramm des REO (Regional Economic Officer) Düsseldorf-Hamburg, 31. März 1947. NA Kew FO 1013/1038 Food and Agriculture, Food Situation – 99th and 100th Periods. Düsseldorf-Mettmann und Wuppertal hatten mit 834 beziehungsweise 827 die niedrigsten Werte zu verzeichnen. In anderen Städten schwankte der Wert zwischen 1028 und 1336.
- 22 NA Kew FO 1013/690, Civil Disturbances, Kurzschriftnotiz, unterzeichnet von Kripo-Master (sic!) Franke, 25. März 1947.
- 23 »Germany's Food Supply«, in: *The Times*, 2. April 1947, S. 3.
- 24 Koop, *Besetzt: Die britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 188.
- 25 Ebd., S. 189.
- 26 Welty, *Das Hungerjahr in der Französischen Zone des geteilten Deutschland 1946–1947*, S. 162.
- 27 Steege, *Black Market, Cold War*, S. 85.
- 28 Koop, *Besetzt: Die britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 178.
- 29 Interview mit Marlies Weber, Koblenz, 12. Juni 2009.
- 30 NA Kew FO 1013/1499, Black Market Standing Committee 1945–1946, Bericht vom 23. April 1946.
- 31 Ebd., Anhang B.
- 32 NA Kew FO 1013/1499, Black Market Standing Committee 1945–1946, S. 43, Major Birtwhistle an Commander, 17. April 1946.
- 33 NA Kew FO 1013/1499, Black Market Standing Committee 1945–1946, S. 39, British Special Legal Research Unit (London) an die Militärregierung in Münster, 1. März 1946.
- 34 NA Kew FO 936, Operation »Sparkler« and Large Scale Black Market Activities, 17. Juli 1946, S. 7 f.
- 35 Interview mit Maurice Smelt, Penzance, 4. Oktober 2008.
- 36 »Hand-to-Mouth in British Zone«, in: *The Times*, 13. November 1946.
- 37 Siehe den SEN-Gründungsaufruf vom Oktober 1945, abgedruckt in Farquharson, »Emotional but Influential«, S. 514 f.
- 38 Zit. in Clare, *Berlin Days*, S. 191.
- 39 Farquharson, »Emotional but Influential«, S. 506 ff.
- 40 Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*, S. 108.

- 41 Wiggers, «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», S. 282.
- 42 NARA College Park, RG 407/270/69/23/01, Box 1118, Opinion Concerning Police Toward Germany Report No. 6,31. Januar 1946, S. 3.
- 43 Wiggers, «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», S. 283.
- 44 Steege, *Black Market, Cold War*, S. 46.
- 45 Clay an Generalmajor Echols und Assistant Secretary Petersen, 27. März 1946, in: Clay, Lucius D.: *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 2, S. 184.
- 46 Zit. in Wiggers, «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», S. 286.
- 47 NARA College Park, RG 407/270/69/23/01, Box 1118, HICOG Public Opinion Surveys – Summary of German public opinion trends 1945-1949, S. 6.
- 48 Ebd., S. 8.

9 KEIN PARDON

- 1 Die Westfälischen Friedensverträge vom 24. Oktober 1648, lateinischer Originaltext sowie diverse Übersetzungen in: <http://www.pax-westphalica.de/ipmipo/index.html>; hier zitiert die erste deutsche Übersetzung von 1649.
- 2 Siehe Dallas, *Poisoned Peace 1945*, S. 495 f.
- 3 Ebd., S. 508 f.
- 4 Siehe Davies, *No Simple Victory*, S. 195.
- 5 So Professor Dr. Ernst-Robert Grawitz, von 1937 bis Anfang 1945 Geschäftsführer des DRK. Grawitz war ausserdem oberster SS-Arzt («Reichsarzt-SS und Polizei») und verübte im KZ Buchenwald berüchtigte «wissenschaftliche» Gräueltaten. Himmlers Leibarzt Karl Gebhardt, der in den letzten Kriegstagen als Nachfolger Carls von Sachsen-Coburg und Gotha kurzzeitig als DRK-Präsident amtierte, führte als hoher SS-Arzt im KZ Ravensbrück und in Auschwitz tödliche Menschenversuche durch (Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 3, S. 756 f., 759,766).
- 6 Ebd., S. 908 f.
- 7 Ebd., S. 909 f.
- 8 Weitz, *Joachim von Ribbentrop*, S. 295.
- 9 Lovat Fraser, «Shall We Hang the Kaiser?», in: *The War Illustrated*, 11. Januar 1919, in: http://www.greatwardifferent.com/Great_War/Kaiser_in_London/Kaiser_Hang_01.htm. Fraser (1871-1926), ein früherer Herausgeber der *Times of India* und gefragter Journalist, war zu dieser Zeit auch regelmässig als Ausländskorrespondent für die *Times* tätig (siehe seinen Nachruf in der *Times* vom 21. April 1926).
- 10 Tusa/Tusa, *The Nuremberg Trial*, S. 69.
- 11 Zit. in Hockett, «Justice Robert H. Jackson, the Supreme Court, and the Nuremberg Trial», S. 258.

- 12 Zit. in Conot, *Justice in Nuremberg*, S. 68.
- 13 Im Statut für den Internationalen Militärgerichtshof, einem Anhang des Londoner Viermächteabkommens über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Europäischen Achse vom 8. August 1945, heißt es in Artikel 22: »Der ständige Sitz des Gerichtshofes ist Berlin. Die ersten Sitzungen der Mitglieder des Gerichtshofes und der Generalstaatsanwälte finden in Berlin in einem von dem Kontrollrat für Deutschland zu bestimmenden Ort statt« (http://www.icls.de/dokumente/imt_statut_dt.pdf; das Viermächteabkommen findet sich in: http://www.icls.de/dokumente/imt_londoner_abkommen.pdf).
- 14 So Daniel Bloxham, zit. in Olick, *In the House of the Hangman*, S. 109.
- 15 Siehe ebd., Anm. 37.
- 16 Ebd., S. 112 f.
- 17 Siehe hierzu und zum Folgenden Gräfin Dönhoff, *Namen, die keiner mehr nennt*, S. 19 f., 22.
- 18 Jacobs, *Freiwild*, S. 86.
- 19 Zum Folgenden siehe von Krockow, *Die Stunde der Frauen*, S. 60 f.
- 20 Ebd., S. 9.
- 21 Siehe Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 183.
- 22 »Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands«, 11. Juni 1945, abgedruckt in Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*, S. 414.
- 23 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 193–196.
- 24 Erler/Knabe, *Der verbotene Stadtteil*, S. 26.
- 25 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 120.
- 26 Siehe Halder, »»Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden«?«, S. 592 f.
- 27 Ebd.
- 28 Zu Zahlen hierzu siehe ebd., S. 589.
- 29 Manchester, *Krupp*, S. 574; Henke, *Besetzt: Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 483 f.
- 30 Manchester, *Krupp*, S. 575.
- 31 Tusa/Tusa, *The Nuremberg Trial*, S. 138 f.
- 32 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 480 f.
- 33 Jeffreys, *Hell's Cartel*, S. 301.
- 34 Ebd., S. 290.
- 35 Zit. in ebd., S. 301.
- 36 *Fall 6*, S. 172.
- 37 Georg von Schnitzler, Erklärung, 8. August 1945, enthalten in Schnitzlers eidesstattlicher Erklärung vom 5. Mai 1947, Nürnberger Dokument NI-5196 (deutsche Übersetzung), BA Koblenz, S. 13; Jeffreys, *Hell's Cartel*, S. 315 f.
- 38 Ramge, »Totaler Krieg, totaler Profit«.

10 DIE FISCHE UND DAS NETZ

- 1 Frodien, «*Bleib übrig*», S. 239.
- 2 Siehe hierzu und zum Folgenden Eckert, *Kampf um die Akten*, S. 59 f.; Kellerhof, «Brisante Papiere aus dem Müllhaufen».
- 3 Siehe Born, «The Ministerial Collecting Center near Kassel, Germany». Born, der von Beruf Archivar war, spielte als Hauptmann (später Major) der US-Armee eine wichtige Rolle beim Aufbau und Betrieb des MCC.
- 4 Ebd., S. 244.
- 5 McCreedy, «Planning the Peace», S. 739.
- 6 «Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067) (April 1945)», http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=2297&language=german.
- 7 Siehe hierzu und zu den Vertretern extremer Forderungen Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 47.
- 8 Interview mit Steffen Cüppers, Dresden, Februar 2003. Aufgrund des Unglaubens von Cüppers wandte ich mich noch einmal an Götz Bergander, der mir bestätigte, dass sein Vater, auch wenn in der Familie nie darüber gesprochen wurde, ein passives Parteimitglied war.
- 9 Interview mit Götz Bergander, Berlin, 25. März 2008.
- 10 Bower, *The Pledge Betrayed*, S. 98.
- 11 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 77. Rudolph entwarf später die Saturn V, jene Rakete, die die ersten amerikanischen Astronauten zum Mond brachte.
- 12 Siehe Augustine, «Wunderwaffen of a Different Kind». Dolores Augustine ging mit mehreren Söhnen deutscher Wissenschaftler, die einst an der V2 mitgearbeitet hatten, nun aber im Raketenforschungszentrum in Westcott bei Aylesbury tätig waren, zur Schule. Obwohl sie von ihren Mitschülern unweigerlich mit «Fritz» angesprochen wurden, waren sie allgemein beliebt und gut integriert.
- 13 Siehe Bower, *The Pledge Betrayed*, S. 97.
- 14 Siehe Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 267.
- 15 Jeffreys, *Hell's Cartel*, S. 298 und Anm.
- 16 Zit. in Gimbel, «US Policy and German Scientists», S. 441.
- 17 Zit. in ebd., S. 441 f.
- 18 NA KEW FO 1032/787, Oberst G.E.O. Elms an Befehlshabenden General, Europäischer Kriegsschauplatz, und Befehlshabenden General, britische Rheinarmee, 6. Dezember 1945.
- 19 Bower, *The Pledge Betrayed*, S. 101 ff.
- 20 NA KEW FO 1032/787, Oberst G.E.O. Elms an Befehlshabenden General, Europäischer Kriegsschauplatz, und Befehlshabenden General, britische Rheinarmee, 6. Dezember 1945.
- 21 Bower, *The Pledge Betrayed*, S. 171.
- 22 Zit. in ebd., S. 278.

- 23 Zu Heymans Bericht siehe ebd., S. 278 f. Der Entwurf des Berichts findet sich in: NA Kew FO 371/55436, Denazification Measures: Meetings of Denazification Committee, Appendix »A« to HQ/06101/9/Sep/ P, 16. Mai 1946, Report of Heyman Working Party, Disposal of War Criminals, Nazis, Militarists and Potentially Dangerous Germans.
- 24 NA Kew FO 371/55436, Denazification Measures: Meetings of Denazification Committee 1946, Montag, 4. März 1946.
- 25 NA Kew FO 371/55436, Denazification Measures: Meetings of Denazification Committee, Appendix »A« to SCD/P(46)30, 23. Mai 1946, Denazification of Legal Profession.
- 26 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 60.
- 27 Zur Demobilisierung und zum Zustand der US-Armee Anfang 1946 siehe Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 423 f.
- 28 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 61.
- 29 Clay an Hilldring, 8. Dezember 1945, in: Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 130.
- 30 »Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus«, 5. März 1946, <http://www.verfassungen.de/de/bw/wuertt-b-befreiungsgesetz46.htm>.
- 31 Niederschrift des Telefongesprächs zwischen Clay und Hilldring am 1. März 1946, in: Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 172 f.
- 32 Siehe Schnatz, *Tiefflieger über Dresden*, S. 145 f.
- 33 Friedrich, *Die kalte Amnestie*, S. 134. Zu Neumanns Rolle siehe Olick, *In the House of the Hangman*, S. 119; zur Beteiligung von Marcuse und Neumann siehe Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 23 ff.; vgl. auch Katz, »The Criticism of Arms«.
- 34 Zit. in Blumenson, *Patton*, S. 281.
- 35 Grossmann, *Jews, German and Allies*, S. 138.
- 36 Zit. in Blumenson, *Patton*, S. 281.
- 37 Zit. in ebd., S. 282.
- 38 Zit. in Grossmann, *Jews, German and Allies*, S. 140.
- 39 Bendersky, *The Jewish Threat*, S. 391.
- 40 Clare, *Berlin Days*, S. 152.

11 PERSIL WÄSCHT WEISS

- 1 NARA College Park, RG 260390/47/19/1, Box 168, Records of the Office of Military Government, Bavaria, Weekly Intelligence Reports 1945–47, Intelligence Annex to Weekly Report for Period 8–15 Nov 45, S. 5.
- 2 Ebd., S. 7 f.
- 3 Ebd., S. 12.
- 4 Koop, *Besetzt: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 111.
- 5 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 64.

- 6 »Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus«, 5. März 1946, in: <http://www.verfassungen.de/de/bw/wuertt-b-befreiungsgesetz46.htm>; vgl. hierzu auch: *Weekly Information Bulletin*, Nr. 64 (Oktober 1946), S. 27, in: <http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/History.ong1946n064>.
- 7 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 72.
- 8 Ebd., S. 73.
- 9 Ebd., S. 69.
- 10 NARA College Park, RG 260390/47/19/1, Box 168, Records of the Office of Military Government, Bavaria, Weekly Intelligence Reports 1945–47, Periodic Report for Week Ending 28 August 1946, S. 18.
- 11 Habe, *Our Love Affair with Germany*, S. 2 f.; vgl. Olick, *In the House of the Hangman*, S. 183.
- 12 Kogon, *Der SS-Staat*, S. 325.
- 13 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 191 f.
- 14 Zit. in ebd., S. 193.
- 15 Ebd., S. 199.
- 16 NARA College Park, RG 260390/47/15–16/6–3, Box 7, Public Safety 23 October–13 December 1946, Memorandum John P. Bradford to Mr. Schweizer, 10 October 1946, Subject: Situation in Landkreis Vilsbiburg.
- 17 Ebd., Memorandum John P. Bradford an Schweizer, 11. Oktober 1946.
- 18 Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 174. Laut Tooze gaben 1936 »62 Prozent der deutschen Steuerzahler ... ein Jahreseinkommen von weniger als 1500 Reichsmark an. Das entsprach einem Wochenlohn von knapp über 30 Mark ...«
- 19 NARA College Park, RG 260390/47/15–16/6–3, Box 8, Denazification, Pressekonferenz der bayerischen Regierung, 22. Juni 1946.
- 20 *Weekly Information Bulletin*, Nr. 64 (Oktober 1946), S. 8, 27, in: <http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/History.ong1946n064>.
- 21 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 73.
- 22 NARA College Park, RG 260390/47/19/1, Box 168, Records of the Office of Military Government, Bavaria, Weekly Intelligence Reports 1945–47, Periodic Report for Week Ending 16 October 1946, S. 18.
- 23 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 74.
- 24 Ebd., S. 81.
- 25 NA Kew WO Elten (War Crimes) Trial Petitions, Aussage von Hans Renoth, 12. Juli 1945.
- 26 Ebd., Vorlage beim Oberbefehlshaber und von einem Brigadegeneral der britischen Militärjustiz abgezeichnete Notiz, 29. Januar 1946.
- 27 Siehe Bailey, »Pierrepont, Albert (1905–1992)«.
- 28 The United Nations War Crimes Commission, *Law Reports of Trials of War Criminals*, Bd. 2, S. 4.
- 29 Ebd., S. X.
- 30 Bower, *The Pledge Betrayed*, S. 182.

- 31 The United Nations War Crimes Commission, *Law Reports of Trials of War Criminals*, Bd. 2, S. 119 f.
- 32 Zit. in Bower, *The Pledge Betrayed*, S. 187.
- 33 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 87.
- 34 Siehe den Nachruf auf Edward Playfair in: *The Independent*, 23. März 1999.
- 35 »The Nations: Temperature Down«, in: *Time*, 12. November 1945.
- 36 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 89 f.
- 37 Carver, »Templer, Sir Gerald Walter Robert (1898–1979)«.
- 38 Annan, *Changing Enemies*, S. 150.
- 39 Ebd., S. 163.
- 40 Koop, *Besetzt: Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 76 f.
- 41 Clare, *Berlin Days*, S. 148 f.
- 42 Annan, *Changing Enemies*, S. 206.
- 43 Koop, *Besetzt: Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 77.
- 44 NA Kew FO 1013/303, Public Safety, Denazification (Farmers and Farm and Agricultural Workers), siehe zum Fall Kistermann insbesondere den Bericht von Oberstleutnant C.H. Gilbert, dem Kommandeur der nordrhein-westfälischen Lebensmittelteams, an den Regionalen Wirtschaftsoffizier, 22. März 1947.
- 45 Koop, *Besetzt: Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 77.
- 46 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 109.
- 47 Ian Cobain, »Britain's Secret Torture Centre. The interrogation camp that turned prisoners into living skeletons: German spa became a forbidden village where Gestapo-like techniques were used«, in: *The Guardian*, 17. Dezember 2005.
- 48 Ebd.
- 49 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 100 f.
- 50 Diese Kehrtwende der britischen Verwaltung scheint eher konservativer als radikaler Art gewesen zu sein, denn sie war in der zunehmenden Furcht vor schweren politischen und wirtschaftlichen Unruhen an der Ruhr begründet. Die Mitbestimmung wurde zum Teil deshalb eingeführt, um denen, die eine vollständige Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie forderten, den Wind aus den Segeln zu nehmen (siehe Prowe, »Economic Democracy in Post-World War II Germany«).
- 51 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 103–105.
- 52 Annan, *Changing Enemies*, S. 205.
- 53 Ebd.
- 54 *Hansard online*, HL Deb 12. November 1947, Bd. 152, Sp. 587–646. Lord Pakenham (1905–2001), späterer Earl Langford, gehörte 1945–1951 und 1964–1968 Labour-Regierungen an, wurde dem breiten Publikum aber vor allem durch seine an Don Quichotte erinnernden Kampagnen bekannt, zuerst gegen die Pornografie und dann für die Haftentlassung der mehrfachen Kindsmörderin Myra Hindley.

12 TEILEN UND HERRSCHEN

- 1 Siehe Young, «The Foreign Office, the French and the Post-War Division of Germany 1945-46», S. 224.
- 2 Koop, *Besetzt: Französische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 181.
- 3 Zit. in ebd., S. 183.
- 4 Siehe Kossert, *Kalte Heimat*, S. 71-86.
- 5 Overmans, «Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», S. 464. Volker Koop nimmt in dieser Frage einen untypisch naiven Standpunkt zu James Bacques Buch ein, das er als «unabhängige Studie» apostrophiert (was immer dies in diesem Zusammenhang bedeuten mag), indem er die darin genannte Grössenordnung von 160'000 bis rund 314'000 Toten – also rund ein Fünftel bis ein Drittel der deutschen Kriegsgefangenen der Franzosen – für glaubwürdig hält (*Besetzt: Die französische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 176).
- 6 Koop, *Besetzt: Die französische Besatzungspolitik in Deutschland*, S. 81.
- 7 Ebd., S. 120f.
- 8 «Ist das nicht ein wüster Traum? SPIEGEL-Report über das Ende des Zweiten Weltkriegs 1945», in: *Der Spiegel*, 19/1970.
- 9 Interview mit Helmut Schnatz, Koblenz, 11. Juni 2009.
- 10 Interview mit Helmut Nassen (geboren 1928), Koblenz, 11. Juni 2009.
- 11 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 160.
- 12 Interview mit Egon Plönissen, Koblenz, 12. Juni 2009.
Siehe Memorandum von Major Peter J. Vacca an Brigadegeneral Waler J. Muller, 19. April 1946, sowie die eidesstattlichen Erklärungen von Franziska Rösner und Elisabeth Schmidtbauer, in: NARA College Park, RG 260390/47/15-16/6-3, Military Government Bavaria, Record of the Intelligence Director/Records of the office of the Director Intelligence Records 1946, Box 7.
- 13 Zit. in Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 158.
- 14 Ebd., S. 164.
- 15 Ebd., S. 182.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd., S. 181.
- 19 Niethammer, «Schule der Anpassung», S. 93.
- 20 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 182.
- 21 Siehe hierzu und zum Folgenden Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 473-476; Niethammer, «Schule der Anpassung».
- 22 Siehe «Straflager. Vorhöfe zur Hölle», in: *Der Spiegel*, 40/1992, S. 77-79.
- 23 Ebd., S. 81.
- 24 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 481.
- 25 Frodien, *Um Kopf und Kragen*, S. 173 ff.
- 26 Interview mit Joachim Trenkner, Berlin, 24. März 2008.
- 27 Siehe Wentker (Hg.), *Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952*, S. 10.

- 28 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 137.
 29 Interview mit Lothar Loewe, Berlin, 25. März 2008.
 30 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 152.
 31 Ebd., S. 143.
 32 Siehe Halder, «Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden?».

13 HOFFNUNG

- 1 Lucius D. Clay an Dwight D. Eisenhower, »Condition in Germany«, CC5797, 26. Mai 1946, in: Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 212–217, zit. nach Clay, *Entscheidung in Deutschland*, S. 91–96.
 2 Gaddis, *Der Kalte Krieg*, S. 43.
 3 Siehe Judt, *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 133.
 4 Zu Stalins Rede siehe Gaddis, *Der Kalte Krieg*, S. 121.
 5 George F. Kennan aus Moskau, 26. Januar 1945, zit. in Judt, *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 131.
 6 George F. Kennan, »Auszüge aus dem Drahtbericht aus Moskau vom 22. Februar 1946«, in ders., *Memoiren eines Diplomaten*, S. 557, 569f.; das Original ist zugänglich in: <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/coldwar/documents/episode-1/kennan.htm>.
 7 Zur amerikanischen Reaktion siehe Judt, *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 135.
 8 Ebd., S. 147.
 9 Zit. in Gaddis, *Der Kalte Krieg*, S. 124.
 10 Judt, *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 134.
 11 Lucius D. Clay an Oliver P. Echols, 19. Juli 1946, in: Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 236–243.
 12 Siehe Lucius D. Clay an James F. Byrnes, 19. August 1946, in: ebd., S. 255. Clay hatte zusammen mit seiner Frau vom 10. bis 12. Juli das Ehepaar Byrnes in Paris besucht, wo sich Byrnes durch ein weiteres Außenministertreffen quälte (was bedeutete, dass Clay direkt von Molotows Manövern erfuhr). In dem Brief dankte Clay dem Außenminister dafür, dass er sich seine lokalen Probleme in Deutschland angehört hatte, während er als Außenminister die gesamte Weltlage zu bedenken hatte.
 13 Ebd., S. 237, Anm. 2.
 14 Lucius D. Clay an Schulgen, in: ebd., S. 247.
 15 James F. Byrnes, Stuttgarter Rede, 6. September 1946, in: *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, Hauptbd. 1, S. 50–55.
 16 Siehe Gimbel, »Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland«.
 17 Zit. in Beschloss, *The Conquerors*, S. 227.
 18 Lucius D. Clay ans Kriegsministerium, 16. September 1946, in: Clay, *The Papers of General Lucius D. Clay*, Bd. 1, S. 263.

- 19 «Richtlinien der amerikanischen Regierung an den Kommandierenden General der Besatzungstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Deutschland, General Lucius D. Clay, veröffentlicht am 17. Juli 1947», in: Cornides/Volle, *Um den Frieden mit Deutschland*, S. 100.

EPILOG: DIE SCHLAFKUR

- 1 <http://www.kas.de/wf/de/717365/dhes1989enln>.
- 2 Konrad Adenauer, Regierungserklärung, 20. September 1949, in: http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_erklaerungAdenauerRegierungserklaerung1949/index.html.
- 3 Kossert, *Kalte Heimat*, S. 171.
- 4 Zit. in Merseburger, *Kurt Schumacher*, S. 424.
- 5 Annan, *Changing Enemies*, S. 210.
- 6 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 211.
- 7 Ebd., S. 212.
- 8 Frei (Hg.), *Hitlers Eliten nach 1945*, S. 278.
- 9 Manchester, *Krupp*, S. 736.
- 10 Zit. in T.A. Schwartz, «Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher», S. 375 f.; zu den Nachkriegskarrieren der IG-Farben-Manager siehe Jeffreys, *Hell's Cartel*, S. 346 ff.
- 11 Siehe Frei (Hg.), *Hitlers Eliten nach 1945*, S. 284, zu Adenauers ersten Denkschriften vom August 1950 über einen möglichen «Wehrbeitrag».
- 12 Kossert, *Kalte Heimat*, S. 171.
- 13 Siehe Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 266-306.
- 14 Frei, *Hitlers Eliten*, S. 277.
- 15 Judt, *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 305 f.
- 16 Ebd., S. 393.
- 17 Bourke-White, *Deutschland April 1945*, S. 27.
- 18 Brügge, «Rechts ab zum Vaterland», 4. Teil.

BIBLIOGRAFIE

QUELLEN

- Alanbrooke, Lord: *War Diaries, 1939-1945*, hg. von Alex Danchev und Daniel Todman, London 2002
- Anonyma: *Eine Frau in Berlin. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945*, München 2008
- Böhme, Kurt W.: *Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand. Europa [Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges]*, hg. von Erich Maschke, Bd. 10.2], München 1973
- Bourke-White, Margaret: *Deutschland April 1945. «Dear Fatherland Rest Quietly»*, München 1979
- Churchill, Winston S.: *Reden in Zeiten des Krieges*, hg. von Klaus Körner, Hamburg/Wien 2002
- Ders.: *Der Zweite Weltkrieg. Memoiren*, 12 Teile in 6 Bänden, Frankfurt am Main/Wien/Berlin 1985
- Clare, George: *Berlin Days, 1946-1947*, London 1989
- Clay, Lucius D.: *The Papers of General Lucius D. Clay*, hg. von J. E. Smith, Bde. 1 und 2, Bloomington 1974
- Cornides, Wilhelm/Völle, Hermann: *Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941-1948*, Oberursel 1948
- Dönhoff, Marion Gräfin: *Namen, die keiner mehr nennt. Ostpreussen-Menschen und Geschichte*, München 1964
- Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961*, hg. von Heinrich von Sieglar, Hauptbd. 1: *Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Berlin-Status durch die UdSSR 1958*, Bonn/Wien/Zürich 1961
- Eaton Roberts, A.: *Five Stars to Victory. A True Story of Men and Tanks* (Privatdruck) 1949 (online: http://www.3ad.com/history/wwll/feature/pages/five_stars.htm)
- Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses*, hg. von Hans Radandt, Berlin 1970
- Frodien, Ulrich: *«Bleib übrig». Eine Kriegsjugend in Deutschland*, München 2002
- Ders.: *Um Kopf und Kragen. Eine Nachkriegsjugend*, München 2005

- Gelfand, Wladimir: *Deutschland-Tagebuch 1945-1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten*, Berlin 2008
- Goebbels, Joseph: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hg. von Elke Fröhlich, Teil II: *Diktate 1941-1945*, 15 Bde., München 1993-1996
- Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht*, hg. von Walther Hubatsch, München 1965
- Krockow, Christian von: *Die Stunde der Frauen. Bericht aus Pommern 1944 bis 1947*, München 1994
- Leonhardt, Wolfgang: *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, Frankfurt am Main/ Berlin 1962
- MacInnes, Colin: *To the Victors the Spoils*, London 1986
- Mann, Fritz: *Frühling am Rhein anno 1945*, Frankfurt 1965
- Moran, Lord: *Winston Churchill. The Struggle for Survival 1940-1965*, London 1968 [dt.: *Churchill. Der Kampf ums Überleben 1940-1965. Aus dem Tagebuch seines Leibarztes Lord Moran*, München/Zürich 1967]
- Nassen, Helmut: *Tagebuch des Helmut Nassen vom 6.3.45 bis 30.4.45* (unveröffentlichtes Manuskript)
- Padover, Saul K.: *Psychologist in Germany. The Story of an Army Intelligence Officer*, London 1946
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946* [IMG], 42 Bde., Nürnberg 1947-1949
- Roosevelt, Franklin D.: *Links von der Mitte. Briefe, Reden, Konferenzen*, hg. von Donald Day, Frankfurt am Main 1951
- Solschenizyn, Alexander: *Ostpreussische Nächte. Eine Dichtung in Versen*, Darmstadt/Neuwied 1976
- Salomon, Ernst von: *Der Fragebogen*, Reinbek 1961
- Springer, Axel: *Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen*, hg. von Hans Wallenberg, Stuttgart 1972
- The United Nations War Crimes Commission: *Law Reports of Trials of War Criminals*, 15 Bde., London 1947-1949 (online: http://www.loc.gov/r/frd/Military_Law/law-reports-trials-war-criminals.html)
- Welty, Joel Carl: *Das Hungerjahr in der Französischen Zone des geteilten Deutschland 1946-1947*, Koblenz 1996
- Wolff-Mönckeberg, Mathilde: *Briefe, die sie nicht erreichten. Briefe einer Mutter an ihre fernen Kinder in den Jahren 1940-46*, Hamburg 1980

SEKUNDÄRLITERATUR

- Aly, Götz: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2005
- Ders. (Hg.): *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2006

- Annan, Noel: *Changing Enemies. The Defeat and Regeneration of Germany*, London 1995
- Bacque, James: *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946*, Frankfurt am Main/Berlin 1993
- Beevor, Antony: *Berlin 1945. Das Ende*, München 2002
- Bendersky, Joseph W.: *The Jewish Threat. Anti-Semitic Politics of the US Army*, New York 2000
- Beschloss, Michael: *The Conquerors. Roosevelt, Truman and the Destruction of Hitler's Germany 1941-1945*, New York 2002
- Biddiscombe, Perry: *Werwolf! The History of the National Socialist Guerrilla Movement 1944-1946*. Toronto 1998
- Ders.: *The Last Nazi. SS Werewolf Guerrilla Resistance in Europe 1944-1947*, Stroud 2006
- Ders.: *The Denazification of Germany. A History 1945-1950*, Stroud 2007
- Bischof, Günter/Ambrose, Stephen E. (Hg.): *Eisenhower and the German POWs. Facts against Falsehood*, Baton Rouge 1992
- Blumenson, Mark: *Patton. The Man Behind the Legend 1885-1945*, New York 1985
- Boog, Horst/Krebs, Gerhard/Vogel, Detlef: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7, Das Deutsche Reich in der Defensive*, Stuttgart/München 2001
- Botting, Douglas: *In the Ruins of the Reich*, London 2005
- Bower, Tom: *The Pledge Betrayed. America and Britain and the Denazification of Post-War Germany*, New York 1982
- Browning, Christopher: *Die Entfesselung der «Endlösung». Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942*, München 2003
- Conot, Robert E.: *Justice at Nuremberg*, New York 1993
- Dallas, Gregor: *Poisoned Peace 1945. The War That Never Ended*, London 2005
- Davies, Norman: *No Simple Victory. Europe at War 1939-1945*, New York 2008
- Ders./Moorhouse, Roger: *Die Blume Europas. Breslau – Wrocław – Pratslavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt*, München 2002
- Denny, Isabel: *The Fall of Hitlers Fortress City. The Battle for Königsberg 1945*, London/St. Paul 2007
- Eckert, Astrid M.: *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 2005
- Evans, Richard: *Das Dritte Reich*, Bd. 3: *Krieg*, München 2010
- Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996
- Ders. (Hg.): *Hitlers Eliten nach 1945*, München 2007
- Friedrich, Jörg: *Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik*, Berlin 2007
- Fussell, Paul: *The Boys' Crusade – American GIs in Europe. Chaos and Fear in World War Two*, London 2004
- Gaddis, John Lewis: *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2008

- Gellately, Robert: *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, München 2004
- Gerlach, Christian: *Krieg, Ernährung, Völkermord*, Hamburg 1998
- Greiner, Bernd: *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, Hamburg 1995
- Grossmann, Atina: *Jews, German and Allies. Close Encounters in Occupied Germany*, Princeton, New Jersey, 2007
- Gückelhorn, Wolfgang: *Das Ende am Rhein. Kriegsende zwischen Remagen und Andernach*, Aachen 2005
- Habe, Hans: *Our Love Affair with Germany*, New York 1953
- Hastings, Max: *Armageddon. The Battle for Germany 1944-45*, London 2004
- Henke, Klaus-Dietmar: *Die Amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995
- Hitchcock, William L: *Liberation. The Bitter Road to Freedom. Europe 1944-1945*, London 2009
- Höffkes, Karl: *Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches*, Tübingen 1986
- Jackson, Kevin (Hg.): *The Humphrey Jennings Film Reader*, Manchester 2004
- Jacobs, Ingeborg: *Freiwild. Das Schicksal deutscher Frauen 1945*, Berlin 2008
- Jeffreys, Diarmud: *Hell's Cartel. IG Farben and the Making of Hitler's War Machine*, London 2008
- Judt, Tony: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München/Wien 2006
- Käppner, Joachim: *Die Familie der Generäle. Eine deutsche Geschichte*, Berlin 2007
- Kiessmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn 1991
- Knopp, Guido: *Die grosse Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen*, München 2002
- Kogon, Eugen: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, Würzburg 1946
- Koop, Volker: *Besetzt: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2006
- Ders.: *Besetzt: Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2007
- Ders.: *Besetzt: Französische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2007
- Kossert, Andreas: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008
- Kynaston, David: *Austerity Britain 1945-1951*, London 2007
- Large, David Clay: *Berlin. Biographie einer Stadt*, München 2002
- Lilly, J. Robert: *Taken by Force. Rape and American GIs in Europe during World War II*, Basingstoke 2007
- MacDonald, Charles B.: *The Siegfried Line Campaign*, Washington 1961
- Manchester, William: *Krupp. Chronik einer Familie*, München 1978
- Mawdsley, Evan: *Thunder in the East. The Nazi-Soviet War 1941-45*, London 2007

- Mazower, Mark: *Hitlers Imperium. Europa unter Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009
- Ders.: *Inside Hitlers Greece. The Experience of Occupation 1941-1944*, New Haven/London 1993
- Merseburger, Peter: *Kurt Schumacher. Der schwierige Deutsche*, Berlin 1997
- Middlebrook, Martin/Everitt, Chris: *The Bomber Command War Diaries. An Operational Reference Book 1939-1945*, Leicester 2000
- Mihan, Hans-Werner: *Die Nacht von Potsdam. Der Luftangriff britischer Bomber vom 14. April 1945. Dokumentation und Erlebnisberichte*, Berg am Starnberger See 1997
- Milton, Giles: *Paradise Lost. Smyrna 1922. The Destruction of Islam's City of Tolerance*, London 2008
- Müller, Richard Matthias (Hg.): *Der Krieg, der nicht sterben wollte. Monschau 1945*, München 2002
- Müller, Rolf-Dieter (Hg.): *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10: *Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945*, Halbbd. 2: *Die Folgen des Zweiten Weltkrieges*, München 2008
- Müller-Hill, Benno: *Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945*, Reinbek 1988
- Naimark, Norman M.: *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004
- Ders.: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997
- Nieden, Susanne zur: *Alltag im Ausnahmezustand. Frauentagebücher im zerstörten Deutschland 1943 bis 1945*, Berlin 1993
- Olick, Jeffrey K.: *In the House of the Hangman. The Agonies of German Defeat*, Chicago 2005
- Pocket Guide to Germany*, hg. Sven Felix Kellerhoff, Berlin 2008
- Roth, Markus: *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karriereweg, Herrschaftspraxis und Nachkriegsgeschichte*, Göttingen 2009
- Schnatz, Helmut: *Tiefflieger über Dresden. Legende oder Wirklichkeit?*, Köln 2000
- Ders.: *Der Luftangriff auf Swinemünde. Dokumentation einer Tragödie*, München 2005
- Steege, Paul: *Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin 1946-1949*, New York 2007
- Taylor, Frederick: *Dresden. Dienstag, 13. Februar 1945*, München 2008
- Ders.: *Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989*, München 2009
- Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007
- Tusa, Ann/Tusa, John: *The Nuremberg Trial*, London 1995
- Überschär, Gerd (Hg.): *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2003

- Vogt, Timothy R.: *Denazification in Soviet-Occupied Germany. Brandenburg 1945-1948*, Cambridge/London 2000
- Waller, Maureen: *London 1945. Life in the Debris of War*, London 2005
- Weitz, John: *Joachim von Ribbentrop. Hitler's Diplomat*, London 1992
- Whiting, Charles: *SS Werewolf. The Story of the Nazi Resistance Movement*, Barnsley 1982
- Zayas, Alfred-Maurice de: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, München 1981
- Ders.: *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Stuttgart/ Berlin 1993
- Ziemke, Earl E: *The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944-1946*, Washington 1975 (online: <http://www.history.army.mil/books/wwii/Occ-GY/>)

AUFSÄTZE

- Augustine, Dolores: «Wunderwaffen of a Different Kind. Nazi Scientists in East German Industrial Research», in: *German Studies Review*, Bd. 29, H. 3 (Oktober 2006)
- Bailey, Brian: «Pierpoint, Albert (1905-1992)», in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Online-Ausgabe
- Balföür, Michael: «Another Look at Unconditional Surrender», in: *International Affairs*, Bd. 46., H. 4 (Oktober 1970)
- Bauerkämper, Arnd: «Zwangsmoernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945-1960/61», in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25. Jg., H. 4 (Oktober-Dezember 1999)
- Biddiscombe, Perry: «Dangerous Liaisons. Occupation Zones of Germany and Austria, 1945-1948», in: *Journal of Social History*, Bd. 34, H. 3 (Frühjahr 2001)
- Bischof, Günter: «Bacque and Historical Evidence», in: Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*
- Born, Lester K.: «The Ministerial Collecting Center near Kassel, Germany», in: *The American Archivist*, Bd. 13, H. 3 (Juli 1950)
- Brügge, Peter: «Rechts ab zum Vaterland», 4. Teil, in: *Der Spiegel*, 21/1967
- Carver, Michael: «Templer, Sir Gerald Walter Robert (1898-1979)», in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Online-Ausgabe
- Darnstädt, Thomas/Wiegrefe, Klaus: «Der Treck nach Westen. ‚Vater, erschieß mich!‘», in: *Spiegel special*, 2/2002
- Echternkamp, Jörg: «Im Schlagschatten des Krieges. Von den Folgen militärischer Gewalt und nationalsozialistischer Herrschaft in der frühen Nachkriegszeit», in: R.-D. Müller (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10.2
- Farquharson, John: «Emotional but Influential. Victor Gollancz, Richard Stokes and

- the British Zone of Germany, 1945-9», in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 22, H. 3 (Juli 1987)
- Ferguson, Niall: «Prisoner Taking and Prisoner Killing in the Age of Total War. Towards a Political Economy of Military Defeat», in: *War in History*, Bd. 11 (2004)
- Filip, Ota: «Die stillen Toten unterm Klee bei Pohlitz. Auf den Spuren des Brünner Todesmarsches», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. Mai 1990
- Gimbel, John: «Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 20. Jg. (1972), H.1
- Ders.: «US Policy and German Scientists. The Early Cold War», in: *Political Science Quarterly*, Bd. 101, H. 3 (1986)
- Halder, Winfrid: «„Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden?“ Der Volksentscheid zur ‚Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher‘ in Sachsen im Juni 1946», in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25. Jg., H. 4 (Oktober-Dezember 1999)
- Hockett, Jeffrey D.: «Justice Robert H. Jackson, the Supreme Court, and the Nuremberg Trial», in: *The Supreme Court Review*, Bd. 1990 (1990)
- Jenkins, Jolyon: «The Sudeten Germans' forgotten fate», <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3466233.stm>
- Katz, Barry M.: «The Criticism of Arms. The Frankfurt School Goes to War», in: *Journal of Modern History*, Bd. 59, H. 3 (September 1987)
- Keil, Lars-Broder: «Vor 75 Jahren wurde in Deutschland die erste Autobahn eingeweiht. Von Adenauer. Und Hitler hatte nichts damit zu tun», in: *Die Welt*, 6. August 2007
- Kellerhof, Sven-Felix: «Brisante Papiere aus dem Müllhaufen», in: *Die Welt*, 2. November 2005
- Kunz, Andreas: «Die Wehrmacht 1944/45: Eine Armee im Untergang», in R.-D. Müller (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10.2
- Kudryashov, Sergei: «Stalin and the Allies. Who Deceived Whom?», in: *History Today*, Bd. 45, H. 5 (Mai 1995)
- Loth, Wilfried: «Die deutsche Frage und der Wandel des internationalen Systems», in: R.-D. Müller (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10.2
- McCreehy, Kenneth O.: «Planning the Peace. Operation Eclipse and the Occupation of Germany», in: *Journal of Military History*, Bd. 65, H. 3 (Juli 2001) Müller, Hans Dieter: «Ich werde Deutschland wiedervereinigen, ob Sie es glauben oder nicht. Geschichte und Analyse des Springer-Konzerns», in: *Der Spiegel*, 3-8/1968
- Müller, Rolf-Dieter: «Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und die Anfänge des Wiederaufbaus», in: ders. (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10.2
- Niethammer, Lutz: «Schule der Anpassung. Die Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen», in: *Spiegel spezial*, 4/1995

- Overmans, Rüdiger: «German Historiography, the War Losses, and the Prisoners of War», in: Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*
- Ders.: «Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges», in: R.-D. Müller (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10.2
- Pötzl, Norbert F./Wiegrefe, Klaus: «Die Heimkehr des Krieges», in: *Der Spiegel*, 5/ 2005
- Prowe, Diethelm: «Economic Democracy in Post-World War II Germany. Corporatist Crisis Response, 1945-1948», in: *Journal of Modern History*, Bd. 57, H. 3 (September 1985)
- Ramge, Thomas: «Totaler Krieg, totaler Profit», in: <http://www.thomasramge.de/texter/kriegprofit.html>
- Schwartz, Michael: «Ethnische ‚Säuberung‘ als Kriegsfolge. Ursachen und Verlauf der Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa 1941 bis 1950», in: R.-D. Müller (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10.2
- Schwartz, Thomas Alan: «Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 38. Jg. (1990), H. 3
- Slatoff, Walter J.: «GI Morais in Germany», in: *The New Republic*, Bd. 114, Nr. 19 (13. Mai 1946)
- Steininger, Rolf: «Some Reflections on the Maschke Commission», in: Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*
- Trent, James E: «Food Shortages in Germany and Europe, 1945-1948», in: Bischof/Ambrose (Hg.), *Eisenhower and the German POWs*
- Wentker, Hermann (Hg.): *Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Eine Dokumentation*, München 1997
- Wiggers, Richard Dominic: «The United States and the Refusal to Feed German Civilians after World War II», in: Steven Béla Vardy und T. Hunt Tooley (Hg.), *Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, New York 2003
- Willoughby, John: «The Sexual Behaviour of American GIs during the Early Years of the Occupation of Germany», in: *Journal of Military History*, Bd. 62 (Januar 1998)
- Young, John: «The Foreign Office, the French and the Post-War Division of Germany 1945-46», in: *Review of International Studies*, Bd. 12, H. 3 (Juli 1986)

ANDERE PUBLIKATIONEN

Der Spiegel
Die Welt
Die Zeit
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Hansard
New York Times

The Times (London)

Time Magazine

Weekly Information Bulletin der US-Militär-Regierung, Mai 1946 bis Dezember 1948

ARCHIVE

National Archives and Records Administration, College Park, Maryland, USA
National Archives (früher Public Record Office), Kew, Grossbritannien

INTERVIEWS

Götz Bergander, Berlin, 25. März 2008

Steffen Cüppers, Dresden, Februar 2003

Gisela Fries, Koblenz, 11. Juni 2009

Wolfgang Gückelhorn, Bad Breisig, 12. Juni 2009

Karl-Ludwig Hoch, Dresden-Löschwitz, Februar 2002

Lothar Loewe, Berlin, 25. März 2008

Helmut Nassen, Koblenz, 11. Juni 2009

Egon Plönissen, Koblenz, 12. Juni 2009

Helmut Schnatz, Koblenz, 11. Juni 2009

Maurice Smelt, Penzance (GB), 4. Oktober 2008

Joachim Trenkner, Berlin, 24. März 2008

Marlies Weber, Koblenz, 12. Juni 2009

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACVA	American Council of Voluntary Agencies (Amerikanischer Rat der Freiwilligenagenturen)
BA	Bundesarchiv
BDM	Bund Deutscher Mädel
BdV	Bund der Vertriebenen
CARE	Cooperative of American Remittance to Europe
CCG	Control Commission for Germany (britische Militärregierung in Deutschland)
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Corps
CIOS	Combines Intelligence Objectives Sub-Committee
COSSAC	Chief of Staff to the Supreme Allied Commander (Stabschef beim Alliierten Oberbefehlshaber und dessen angloamerikanischer Arbeitsstab)
CRALOG	Committee of Relief Agencies Licensed to Operate in Germany (Komitee der zur Tätigkeit in Deutschland zugelassenen Hilfsorganisationen)
CROWCASS	Central Registry of War Criminals and Security Suspects (Zentralregister von Kriegsverbrechern und Sicherheitsgefährdungen)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP/DRP	Deutsche Konservative Partei/Deutsche Reichspartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Displaced Person
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EAC	European Advisory Commission (Europäische Beratende Kommission)
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FRS	Friends' Relief Service
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GUPWI	Gławnoje Uprawlenije do Delam Wojennoplennyh i Internirowannyh (Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten des NKWD)

IMG	<i>Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946, Nürnberg 1947-1949</i>
HSSPF	Höherer SS – und Polizeiführer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MCC	Ministerial Collecting Center
MWD	Ministerstwo Wnutrennych Del (Ministerium des Innern)
Napola	Nationalpolitische Lehranstalt
NKWD	Narodny Komissariat Wnutrennych Del (Volkskommissariat für Inneres)
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OMGV	Office of Military Government for Germany (Militärregierung der amerikanischen Besatzungszone)
OSS	Office of Strategic Services (Amt für strategische Dienste)
Pg	Parteigenosse (der NSDAP)
RAF	Rote Armee Fraktion
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SCAEF	Supreme Commander, Allied Expeditionary Force (Oberbefehlshaber der Alliierten Expeditionstruppen)
SdP	Sudetendeutsche Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEN	Save Europe Now (Rettet Europa jetzt)
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionstruppen)
SMAD	Sowjetische Militär administration
SS	Sturmstaffel
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
UB	Urząd Bezpieczeństwa (Amt für öffentliche Sicherheit)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration (Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen)
USFET	US Forces, European Theatre (US-Streitkräfte in Europa)

ABBILDUNGSNACHWEIS

NARA, Washington: 1

BPK Images: 13 unten

Bundesarchiv: 2 oben/unten, 13 oben, 15 oben, 16

Getty Images: 2 unten, 4 unten, 5 oben, 6 unten, 7,10,11 oben, 14 oben, 14 unten links

Imperial War Museum: 11 unten links

Landeshauptarchiv: 14 unten rechts

Popperfoto/Getty Images: 6 oben

Time & Life Pictures: 4 oben, 8/9,12 oben

Time & Life Pictures/Getty Images: 5 unten

Ullstein Bild: 15 unten

Victor Gollancz: 12 unten

Wladimir Gelfand: Deutschland-Tagebuch 1945-1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten. A. d. Russischen von Anja Lutter und Hartmut Schröder © Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2005: 11 unten rechts

REGISTER

Aachen

Administration durch die Alliierten 53-57, 61, 73, 83
britische Besetzung 266
Ermordung von Bürgermeister Oppenhoff 73 ff., 80-87
Evakuierung und Zerstörung 53, 72, 267
Schlacht um 51 ff., 58, 73, 175
ACVA (American Council of Voluntary Agencies) 282
Adel 304-309
Aden 384
Adenauer, Konrad 429 ff., 433 ff., 438 f., 442-452
Afghanistan 37, 378
Aktion Reinhard 210
Alanbrooke, Alan Brooke 182
Algerien 57
Alkohol 97, 190, 199 f.
Alliiertes Kontrollrat 151-154, 231, 343
Ambros, Otto 331
American Council of Voluntary Agencies (ACVA) 282
American Friends Service Committee 282
Amerikanische Besatzungszone
Antisemitismus 345 f.
Befreiungsgesetz 343 f., 355
Bizone 270, 391, 431, 444
Entlassung deutscher Beamter 352, 376 f.
Entnazifizierung 286 f., 352 f.
Entnazifizierungsbeirat 342 f.

Identifizierung und Einstufung von NSDAP-Mitgliedern 319 f., 327-336, 338, 341 f., 355 f., 365 f.
Instruktionen für Besatzungstruppen 169 ff., 177 ff., 324 ff.
jüdische Amerikaner im Entnazifizierungsprozess 344
KZ-Prozesse 374
Länderregierungen 354 f., 426
Militärregierung 55, 231, 253, 283, 314, 322, 348, 351-356
Ministerial Collecting Center (MCC) 322 f.
Nahrungsmittelknappheit und -rationierung 256 f., 283-286
öffentliche Meinung in Deutschland über Nationalsozialismus und politische Parteien 355
Rolle von Deutsch-Amerikanern 377
Schwarzmarkt 278
Spruchkammern 356-360, 362-369
Trizone 43 ff.
Verhalten der Besatzungstruppen 155 ff., 181
Wahlen 338, 352, 355
Wirtschaftsvereinigung mit britischer Zone 413 ff., 425
Amery, John 371
AMG (American Military Government) *siehe* Amerikanische Besatzungszone

- Ammoniak 268 f.
- Anatolien 104-107
- Angerapp (Fluss) 46,48
- Annan, Noel, Baron 378-379, 388, 435, 444
- «Anschluss» (deutsche Annexion von Österreich) 56,166 ff.
- antinationalsozialistische Widerstandsbewegung 138,147, 212
- Antisemitismus 18, 34, 72, 198, 345 f., 433
- Anti-Trust-Verfahren 302
- Antwerpen 58,330
- Arbeitskräftemangel 220 f.
- Arbeitslager, sowjetische 96, 98, 100, 199, 309, 402, 405
- Arbeitslosigkeit 21, 361, 450
- Ardennenoffensive 26, 56, 58 ff., 69f.,75f., 170, 293
- Argentinien 448
- Armee, deutsche *siehe* Wehrmacht
- Armee, Frankreich
- Verhalten der Besatzungstruppen 200-204, 395, 401
- Goumiers (nordafrikanische Soldaten) 200 f.
- Maquis (Widerstandskämpfer) 201, 398
- Vergrößerung nach dem Krieg 419
- siehe auch* Französische Besatzungszone
- Armee, Grossbritannien
- Arnheim (Operation) 25, 57 f., 166
- Befreiung von Konzentrationslagern 225 f., 376
- Demobilisierung 339, 419
- Instruktionen für die Besatzungstruppen 179-182
- Landung in der Normandie 25, 39
- Offiziere für öffentliche Sicherheit 336 f., 364
- Rückzug aus der sowjetischen Besatzungszone 153 f.
- Verhalten der Besatzungstruppen 182-189, 248 f., 261 f., 379, 382 ff.
- siehe auch* Britische Besatzungszone
- Armee, sowjetische *siehe* Rote Armee
- Armee, USA
- Ardennenoffensive 26, 56, 58 ff., 75, 170, 293
- Demobilisierung 338 f., 353, 419
- erste Vorstösse auf deutsches Territorium 39 ff., 44, 50-54, 60, 75
- Instruktionen für Besatzungstruppen 168-171, 177-181
- Landung in der Normandie 23, 39
- Rückzug aus der sowjetischen Besatzungszone 153 f.
- Verhalten der Besatzungstruppen 155-158, 181
- Verwundete 25 f.
- Morale Services Division 177
- siehe auch* Amerikanische Besatzungszone
- Armenier 104
- Arnheim 25, 57, 166
- Ärzte 133, 156, 160 f., 362, 407
- Atatürk, Mustafa Kemal 105
- Athen 206
- Atombombe 116, 284, 300
- Attentat auf Hitler Juli 1944 19, 51, 212, 304 f.
- Attlee, Clement 30, 116, 281, 375
- Augsburg 353
- Auschwitz Konzentrations- und Vernichtungslager 164, 313 ff., 331, 373, 437
- Auschwitzprozesse 447 ff.
- «Ausschaltung von Kriegsverbre-

- chern, Militaristen und potentiell gefährlichen Personen» (alliiertes Dokument, 1946) 335
- Aussig 120 f.
- Auswanderung von Wissenschaftlern 328-331, 409
- Ayvalik 107
- Baader**-Meinhof-Gruppe (Rote-Armee-Fraktion) 451
- Baath Partei (Irak) 16,436
- Babelsberg 113 f.
- Backe, Herbert 207-210, 218 ff., 229, 286, 296
- Bacque, James (*Der geplante Tod*) 235
- Bad Kreuznach-Bretzenheim, Kriegsgefangenenlager 240
- Bad Nenndorf, Verhörzentrum 382-385
- Bad Oeynhausen 337
- Baden 396
- Baden-Baden 395
- Baldwin, Stanley 183
- Balkan 44, 70, 249
- baltische Staaten 299, 408
- «Barbarossa», Unternehmen 24, 93, 208
- Bastogne 59
- Bautzen, Gestapogefängnis 402 f.
- BDM *siehe* Bund Deutscher Mädel
- bedingungslose Kapitulation 16, 18 ff., 142-146, 236, 252, 291 ff.
- Belgien 28, 40, 54, 59 f., 81,187, 442
- Bell, Bishop George 30, 280
- Belmondo, Jean-Paul 202
- Belzec, Vernichtungslager 210
- Bergander, Götz 190 f., 328 f., 410
- Bergen-Belsen, Konzentrationslager 7, 164, 224, 225
- Belsen-Prozess 372-375
- Berger, Gottlob 63
- Bergwerke 385-388, 396
- Beria, Lawrenti 125
- Berlin Document Center 323 f.
- Berlin
- Ausmass der Zerstörung 113
- Bombardierung durch die Alliierten 75, 115
- Blockade und Luftbrücke (1948) 431 f.
- Eroberung durch Rote Armee 150, 189-192, 194, 195-198
- Nahrungsmittelknappheit 264
- Schwarzmarkt 259 f., 277
- Zustimmung zur alliierten Administration durch EAC 43 f.
- Berliner Mauer 406,441,453
- Berliner Philharmoniker 192
- Bersarin, Nikolai (General) 192
- Besatzungszonen
- «Bizone», Einigung zwischen Grossbritannien und Amerika 270, 391, 431, 444
- Bildung von vier Zonen 43 f., 146-155, 157
- Flüchtlingsstrom von der sowjetischen Besatzungszone in die westlichen Besatzungszonen 143, 147, 252, 392 f., 406, 440 f.
- Trizone, Zusammenlegung der westlichen Zonen 430 ff.
- wirtschaftliche Vereinigung der britischen und amerikanischen Zonen 413 f., 426 *siehe auch* Amerikanische Besatzungszone; Britische Besatzungszone; Französische Besatzungszone; Sowjetische Besatzungszone
- Betriebsräte 378, 385, 387
- Beutezüge
- von Deutschen 146, 158
- von Sowjets 97

- von den westlichen Alliierten 186 f.
- Bevin, Ernest 116,426
- Biddiscombe, Perry 37, 401
- Bielefeld 275
- Bier ganz, Maria 76-79
- Bioksdorf (Werwolf-Führer) 69
- Bischof, Josef 233 f., 236
- Bismarck, Otto von 22, 188, 434
- Bizone 270, 431, 444
- Boettiger, Anna 213
- Boettiger, John (Colonel) 175
- Bombardierungen deutscher Städte
18, 20 f., 36, 58, 71, 114, 117 f.,
134, 163, 251, 303
- Bonn 429
- Bormann, Martin 214, 302
- Bosch, Carl 315
- Boudinot, Truman E. (Major
General) 41
- Bourke-White, Margaret 448
- Bradford, John P. (Lieutenant
Colonel) 363 ff.
- Brandt, Willy 451 f.
- Braunschweig 272 Bremen 172, 426
- Breslau 90, 108-113, 116, 118 f., 320
- Bretton-Woods-System 416
- Britische Besatzungszone
Befragungszentren 382
Behandlung deutscher Beamter
376, 379,381
Bizone 270,431,444
Verhalten der Besatzungstruppen
181-189, 249, 261 ff., 379, 383 f.
Entnazifizierung in der Industrie
385 ff.
Entnazifizierungsausschüsse 380
Identifizierung und Einstufung
von NSDAP-Parteimitgliedern
333-338, 379 ff., 388 ff.
- Instruktionen für die Besatzungs-
truppen 179-182
KZ-Prozesse 372-375
Länderregierungen 390, 426
Lebensbedingungen 265-274, 279
ff., 378 f.
Militärregierung 253, 261 ff., 336,
377 ff., 388
Montgomerys Erklärung an die
Bevölkerung 231 f.
Nahrungsmittelknappheit und
-rationierungen 257, 269 ff., 279
ff., 283 f., 381
Polizeipräsenz 274 f., 278, 337,
350
Rolle von Juden im Entnazifizie-
rungsprozess 349, 377
Schwarzmarkt 275-278,377 f.
Ständiger Entnazifizierungsaus-
schuss 337
Streiks und Demonstrationen 271
ff.
Tribunale und Prozesse 369-375,
387 Trizone 431 f.
wirtschaftliche Vereinigung mit
der US-Besatzungszone 413 ff.
zivile Internierungslager 380 ff.
- Brown, William D. (Major) 322
- Brüning, Heinrich 55
- Brünn 122 f.
- Brüssel 25, 50, 186
- Buchenwald, Konzentrationslager
164, 224, 361, 402
- Budapest 93
- Büderich, Kriegsgefangenenlager 240
- Bukowski, Charles 157
- Bulgarien 93, 206, 422
- Bund der Vertriebenen (BdV) 439,
454
- Bund Deutscher Mädel (BDM) 74, 77,
98, 404

- Bundesrepublik Deutschland
- Antisemitismus 433
 - Armee 438
 - Aussenpolitik 439, 442 f.
 - Beziehungen zu westlichen Alliierten 432 f., 437 f., 445
 - Bildung des westdeutschen Staates 429-432, 439
 - Regierung Adenauer 429-435, 438 f., 442-445, 450 ff.
 - «Fresswelle» 449
 - Grosse Koalition (1966-1969) 450 f.
 - Industrie 437, 440, 442, 444
 - Konservatismus 434 f., 439, 442, 445 f., 449, 451 f.
 - kulturelle Revolution der 1960er Jahre 451 f.
 - Nachkriegsprozesse 447 f.
 - NATO-Mitgliedschaft 443
 - Neonazis 36, 435, 450, 456
 - öffentliche Meinung über Nationalsozialismus 432 ff., 443, 446 f., 456
 - politische Parteien 433-436, 450 f.
 - Regierung Brandt 451 f.
 - Regierung Erhard 450
 - Regierung Kohl 454
 - Vertriebene aus dem Osten 434, 438 f., 450, 452
 - Wahlen (1949) 429 f.; (1953) 439; (1957) 445
 - Wiedervereinigung 454 ff., 455
 - Wirtschaftswunder 217, 440, 444, 455
- Burroughs (US-Leutnant) 41
- Byrnes, James E 415, 426
- Stuttgarter Rede (September 1946) 422-425
- «**Camp Ashcan**» (amerikanisches Internierungslager) 145, 295
- CARE (Cooperative of American Remittances to Europe) 282-285
- Carinhall 295
- Carmichael, A. A. (Lieutenant Colonel) 55
- Catholic Relief Services 282
- CDU *siehe* Christlich Demokratische Union Cecilienhof 114 f.
- Chemieindustrie 268, 313-316, 331
- Chemnitz 405
- Cherbourg 230
- Child, Sargent B. 321 f.
- Christlich Demokratische Union (CDU) 354, 433, 436, 439, 443, 450 f.
- Christlich Soziale Union (CSU) 358 ff., 433 f., 443
- Churchill, Winston
- Fulton-Rede (März 1945) 417 f.
 - Konferenz von Casablanca (1943) 237, 290
 - Konferenz von Jalta (1945) 103
 - Konferenz von Quebec (1944) 174
 - Konferenz von Teheran (1943) 42, 165
 - Potsdamer Konferenz (1945) 115 f.
 - deutsche Niederlage und Schaffung von Besatzungszonen 144, 149 f., 154, 290
 - und der Morgenthauplan 174 ff., 376
 - Wahlniederlage und Rücktritt (1945) 116
- CIC (US Counter Intelligence Corps) 77 f., 332, 352, 360
- Clare, George 167, 262, 349 f., 377, 380
- Clay, Alexander 230
- Clay, Lucius (General) 154, 231 f., 282, 286, 338, 341-344, 348 f.,

- 351, 354, 359, 368, 413 f.,
420 ff., 424, 427
- Cochem 202
- Coleridge, Samuel Taylor 130
- collaboration horizontale* 132
- Combined Intelligence Objectives
Sub-Committee (CIOS) 330
- Combined Services Detailed
Interrogation Centre No. 74 (Bad
Neendorf) 382 ff.
- Connally, Tom 423,426
- Cooperative of American Remit-
tances to Europe *siehe* CARE
- COSSAC (Chief of Staff, Supreme
Allied Commander) 324
- Counsell, John (Colonel) 142
- Counter Intelligence Corps (US;
CIC) 77f., 332, 352
- CROWCASS (Central Registry of
War Criminals and Security Sus-
pects) 333 ff.
- CSDIC *siehe* Combined Services
Detailed Interrogation Centre
- CSU *siehe* Christlich Soziale Union
- Cüppers, Steffen 328
- Dachau**, Konzentrationslager 164,
224, 226
Prozess 1945 374
- Daily Express* 165
- Dänemark 22, 291
- Danzig 103
- Darlan, François 57
- Darré, Walther 207
- «Das lange Telegramm» (George
Kennan, 1946) 417 f.
- Davies, Joseph E. 150
- D-Day *siehe* Landung in der
Normandie
- de Gaulle, Charles (General) 57, 391-
392, 394
- de Sica, Vittorio 202
Defeated People, A (Film) 266
- Deutsche Arbeitsfront 294,295, 302,
325 f.
- Deutsche Demokratische Republik
(DDR)
Aufstand des 17. Juni (1953) 434
Wirtschaft 453
Grenze zu Westdeutschland
453
Gründung 453
moralisches Überlegenheitsgefühl
453
paramilitärische Polizei 438
Sozialistische Einheitspartei
Deutschlands (SED) 405 f., 408,
410, 437
Stasi 404
Wiedervereinigung 454 ff.
- Deutsche Partei (DP) 433
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK) 155,
234, 295
- Deutsch-französischer Krieg (1870/71)
70, 311
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
21
- Devers, Jacob (General) 395
- Dewey, Thomas E. 175
- Dickman, Joseph (General) 157
- Dinant 59
- Dinslaken 270
- Diphertie 99, 118
- «Displaced persons» (DPs) 221-224,
226, 242, 345, 347 f., 351
- DKP/DRP (Deutsche Konservative
Partei/Deutsche Reichspartei) 435
- Dönhoff, Marion, Gräfin 304 f.
- Dönitz, Karl (Admiral) 143 ff., 150,
291 *siehe auch* Regierung Dönitz
- Dorn, Walter (Major) 359
- Dortmund 273 ff.
- DP *siehe* Deutsche Partei

- DPs *siehe* «displaced persons»
 Dragoon (Operation) 51
 Dreissigjähriger Krieg 93, 208, 289 f.
 Dresden 60
 Bombardierung durch die Alliierten 30, 75, 117, 163, 235, 280
 sowjetische Besetzung 190, 328, 404
 Duisburg 278 f.
 Duppau 124
 Düren 53
 Düsseldorf 74, 266 f.
- EAC** *siehe* European Advisory Commission
 Earle, Charles (Major) 88
 Echols, Oliver (General) 420, 424
 Eclipse (Operation) 324
 Eden, Anthony 102, 116, 149, 176
 Ehrenbreitstein 134, 137, 157, 158 f.
 Ehrenburg, Ilja 94
 Eichmann, Adolf 448
 Eifel 74, 85
 Eisenbahnstrecken
 Bombardement der Alliierten 217 f., 252
 Mangel an Waggonen 270
 Eisenhower, Dwight D. (General)
 Army Chief of Staff 282, 347 f.
 Proklamation an die besiegten Deutschen 169 f.
 und Clays Ernennung zum Stellvertreter 232
 und deutsche Kapitulation 142, 144, 151-154
 und französische Besetzung von Stuttgart 395
 und Verhaftung Görings 295
 Verachtung für Deutschland 165 f.
 «Eiserner Vorhang» 418
 Elbe 88, 112, 121, 441
- «Elektroboot» (deutsches U-Boot) 24
 Eiliger, Katherina 89 f.
 Elsass 25, 395
 Elten 369, 371
 Erfurt 154
 Erhard, Ludwig 216, 445 f., 450
 Erkelenz 72
 «Ermächtigungsgesetz» (1933) 55
 Erntedankfest (1942) 7, 205, 208
 Erster Weltkrieg 17, 33, 71, 104, 142, 210, 212, 251, 297 f. *siehe auch* Versailler Vertrag
 Essen 267, 311, 313
 «ethnische Säuberungen» von Deutschen in den Ostgebieten 100, 104, 118
 Europäische Gemeinschaft/Union 443
 European Advisory Commission (EAC) 42 f., 142-145, 151, 236
- Faust**, Dr. (stellvertretender Bürgermeister von Aachen) 82 f.
 Feldafing 226
 Fingerabdrücke 333 f.
 Finnland 422
 Fleischersatz 219
 Flensburg 143 ff., 291, 295
 Flick (Stahlkonzern) 310, 316
 Flotte, amerikanische 416
 Flüchtlinge, deutsche 89, 100 f., 108, 117-130, 143, 148 ff., 151 f., 217, 252, 319, 392 f.
 Flugblätter, von den Alliierten abgeworfen 246 f.
 Flugzeugproduktion 221
 Foord, E.J. (Brigadier) 144
Fortune (Zeitschrift) 163
 Fragebogen 326 ff., 333, 341, 356, 379 ff., 388, 401
 Fragebogen für die deutsche Bevölkerung *siehe* Fragebogen
 Franco, Francisco (General) 56

- francs-tireurs* 70
- Frankfurt 250, 277, 322, 429, 448
- Frankfurter Schule 345,379
- Franklin, Benjamin 130
- Frankreich
- Beziehungen zu Westdeutschland 400 ff., 442
 - Beziehungen zur Sowjetunion 419
 - deutsche Invasion und Okkupation 132
 - Deutsch-französischer Krieg (1870/71) 70, 311
 - Erster Weltkrieg 17
 - Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebiets 385 f., 392, 414, 420, 432
 - Befreiung durch die Alliierten 51
 - Kriegserklärung 102
 - Reparationsforderungen 392, 396
 - Saargebiet 392, 396, 424 *siehe auch* Armee, französische;
 - Französische Besatzungszone;
 - Kriegsgefangenenlager, französische
- Französische Besatzungszone 391-402
- Aussiedlung von Flüchtlingen 392 f.
 - Entnazifizierung 395, 397-401
 - Trizone 431 f.
 - Verhalten der Besatzungsmacht 200-204, 395, 397-400
- Fraser, Lovat 297 ff.
- «Fraternisierung» 133, 177-191, 194-198, 203, 230
- Freie Demokraten (FDP) 433 f., 450
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 405
- «Freiheitsaktion Bayern» 138
- Freikorps 252
- «Fresswelle» 449
- Friedeburg, Hans Georg von (Admiral) 145
- Friedrich II., König von Preussen 24f., 67, 114, 214 f.
- Friedrich, Jörg (*Der Brand*) 36
- Friends' Relief Service (FRS) 272 f.
- Frodién, Ulrich 110 f., 127-132, 137, 168, 320, 405 f.
- Fulton, Missouri 418 f.
- Fürstenhagen 322 f.
- Fussell, Paul 59
- Garwolin 209
- GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 438 f.
- Gebhardt, Karl 48
- Gelfand, Wladimir (Leutnant) 195-198, 259 ff.
- Gelsenkirchen 267
- Genfer Konvention (1929) 70, 233 f., 236 f., 246 f., 299
- Geschlechtskrankheiten 192, 198, 264
- Gestapo 137, 141, 336, 402
- Gewerkschaften 33,271 f., 378, 385, 389 f.
- «GI-Braut»-Gesetz (1945) 181
- Giesler, Paul 139, 141
- Giftgas 211, 313
- Gillessen, Elisabeth 82 f.
- Goebbels, Josef
- Bildung des Volkssturms 47
 - Hoffnungen auf die Ardennenoffensive 58
 - Organisation der Werwolf-Aktion 85
 - Pressekampagne zum Nemmersdorf-Massaker 47 ff.
 - Propaganda zum Morgenthauplan 175
 - Rede zum Fall Maria Bierganz 79
 - zur Nahrungsmittelknappheit 208
- Goebbels, Magda 108

Goldap 45
 «Goldap-Gumbinnen-Operation» 45
 Gollancz, Victor 30,281 f.
 Göring, Hermann 19, 23, 205-211, 286,
 295 f., 311, 426
 Göttingen 129 f., 132, 146, 405
 Goumiers (nordafrikanische
 Soldaten in der französischen
 Armee) 200 f.
 Grese, Ilse 373 f.
 Griechenland 29, 104-108, 206, 293,
 427
 Gröjec 209
 Grossbritannien
 Aussenministerium 375 f.
 Kriegserklärung 101
 Kritik an Flächenbombardierungen
 281 f.
 Mangelversorgung nach dem Krieg
 265 f., 268, 283, 339
 öffentliche Meinung über Deutsch-
 land 163 ff., 266 ff., 375
 Rekrutierung deutscher Wissen-
 schaftler 331
 «Save Europe Now»-Kampagne
 280 f.
 V-Waffen-Angriffe 164
 Grundbesitzer 306-310
 Gulag 96,100, 309,405
 Gumbinnen 45
 Gummersbach, Kriegsgefangenenlager
 238 ff.
 Gustloff, Wilhelm 108
 Gutenberger,
 Karl 72 ff.
 Gütersloh (Vernehmungszentrum) 384

Haager Konvention (1907) 211, 237,
 246 f., 252 ff., 300
 Habe, Hans 361, 365
 Hagen 275
 Halle-Merseburg 199
 Hamburg 172

 britische Besatzungszeit 187 ff.,
 248, 266, 272, 281, 349 f.
 Luftangriffe der Alliierten 21
 Schwarzmarkt 277 f.
 Hameln 374
 Hanke, Karl 108 f.
 Hannover 266, 272, 350
 Hannover (Monarchie) 129 f., 435
 Hardman, Leslie 225
 Harrison, Earl G. 347
 Hauset 82
 Heckhuscheid 40
 Hefeextrakt 219
 Heidelberg 315, 366
 Heidesheim, Kriegsgefangenenlager
 240
 Heidorn (Offizier der Gestapo) 74, 81,
 84-87
 Heike, Richard 309
 Heiliges Römisches Reich
 Deutscher Nation 290
 Heirat (von alliierten Soldaten und
 deutschen Frauen) 181 f.
 Henkel (Unternehmen) 316
 Hennemann (Offizier der
 Gestapo) 74, 82-87
 Hessen 342 f., 354, 436
 Heydrich, Reinhard 210, 267
 Heyman, Douglas (Brigadegeneral)
 336 f.
 Hildesheim 75, 79
 Hilldring, John H. (General) 344
 Hillers, Marta 194
 Himmler, Heinrich
 bei Hitler in Ungnade gefallen
 109, 141
 Festnahme und Selbstmord 295 f.
 Kontrolle der Werwolf-Organisa-
 tion 63 f., 66 f., 69, 72 f., 75
 Räumung der Konzentrationslager
 224
 Hindenburg, Paul von 17

- Hinrichtungen
 durch die Nationalsozialisten 70-74, 136-141
 durch die Sowjets 402
 durch die westlichen Alliierten 203, 371 f., 374, 426
- Hiroshima 284
- Hirsch, Ilse 74, 80 f., 84 ff.
- Hitler, Adolf
 Anfrage von Nahrungslieferungen aus der Sowjetunion 208 f.
 Attentat im Juli 1944 19, 51, 212, 291, 304 f.
 deutsche öffentliche Meinung 22 f., 127 f., 212, 250, 449 f., 454 ff.
 Gründung des Volkssturms 64
 Inhaftierung nach Münchner Putschversuch von 1923 437 f.
 «Kommandobefehl» (1942) 70
 Machtübernahme 19, 21 ff., 55, 301, 327
 «Nerobefehl» (1945) 215, 218
 persönlicher Eisenbahnzug 422
 Planung des Ardennen-Vorstosses 58
 Reaktion auf Roosevelts Tod 24, 214 f.
 SA-Putsch (1934) 336
 Tod 29, 127
 verlässt die Wolfsschanze (Hauptquartier in Ostpreussen) 50
- Hitlerjugend 67, 76 f., 88, 243, 404, 409, 441
- Hitler-Stalin-Pakt (1939) 24, 100, 102, 296
- Hodges, Courtney (Generalleutnant) 40, 51 f.
- Hoegner, Wilhelm 342, 359, 367 f.
- Hoesch (Ruhrkonzern) 385
- Hofsgrund 202
- Holland *siehe* Niederlande
- Holocaust 35, 210
 Entschädigung für Überlebende 445
 Holocaust (Fernsehserie) 452
- Holzinger, Warner W. (Sergeant) 39, 425
- Homburger Barracken, Belgien 54
- Hoover, Herbert 348, 426
- Hopkins, Harry 102
- Hörlein, Heinrich 316
- Horton, George 105
- Höss, Rudolf (Lagerkommandant) 449
- HSSPF (Höhere SS- und Polizeiführer) 65 f.
- Huber, Hanns 320-323
- Hülchrath, Schloss 74
- Hull, Cordell 174, 176, 345
- Humboldt Universität Berlin 409
 «Hungerplan», Nazi 208-213, 212 f., 218 f., 287
- Hürtgenwald 25
- Hynd, John Burns 389
- Ickes**, Harold L. 213
- IG Farben (Chemiekonglomerat) 313-316, 331, 437
- Indien 384
- Industrielle 304, 309, 310-316, 437
 industrielle Produktion 31 f., 266, 268, 270 f., 279, 313, 316, 385 f., 396
- Ingrams, (William) Harold 378
- Insterburg 45
- Internationaler Militärgerichtshof 299
 f. *siehe auch* Nürnberger Prozesse
- Internationaler Währungsfond 416
- Internierungslager, zivile 334, 341, 380 f., 390, 402
- Irak 16, 37, 436

- Irakrise (1946) 416f.
 Irmgard, Ruth 99
 Israel 443, 449
 Istanbul 104
 Italien 29 f., 142, 201, 422 f.
- Jackson**, Robert H. 299, 312
 Japan 15 f., 150, 153, 284, 300, 324, 440
 JCS (amerikanischer Verteidigungsstab) 234
 Direktiven: JCS 1067 170 f., 176 f., 325, 351, 385, 421, 425, 427
 JCS 1779 427
 Jena, Universität von 332
 Jennings, Humphrey 266 ff.
 Jodl, Alfred (General) 292
 Johann Veltrup (Rüstungsfirma) 56
 Jones, Hugh (Major) 56 f.
 Joyce, William («Lord Haw-Haw») 371
 Juden
 DPs (displaced persons) 223 f., 242, 347 f.
 jüdische Entnazifizierer 344, 350, 377
 Verfolgung von Nationalsozialisten 72, 103, 294, 434 f., 439
siehe auch Antisemitismus;
 Holocaust
 Jugendorganisationen
 kommunistische 405
 nationalsozialistische 67, 76 f., 88, 98, 243, 326, 404 f., 409, 441
 Jugoslawien 166, 223, 246, 293
- K5** (sowjetische Geheimpolizei) 404
 Kaiserslautern 233
 Kaltenbrunner, Ernst 66, 296
 Kalter Krieg 34, 265, 411, 440
 Kampfmental, deutsche 21, 27, 70 ff., 84 f., 109, 212 f.
 Karl der Grosse (Römischer Kaiser) 51
 Karlshorst 293
 Kasernierte Volkspolizei (ostdeutsche paramilitärische Polizeitruppe) 438
 Kassel 21, 322
 Katharina II. (Kaiserin von Russland) 25
 Katholische Kirche 54, 393
 Kaukasus 93
 Keating, Frank L. (General) 349
 Kehrl, Hans 219
 Keitel, Wilhelm (General) 22
 Kemal, General Mustafa (Atatürk) 105, 106
 Kempten 351
 Kenia 384
 Kennan, George 426
 «Das lange Telegramm» 417 ff.
 Kiesinger, Kurt Georg 451
 Kipling, Rudyard 183
 Kippensammler 264
 Kistermann, Paul 381
 Koblenz
 Angriffe der Alliierten 135, 395
 amerikanische Besatzung 53, 134 ff., 156-160
 französische Besatzung 157, 160, 202, 272-275, 393, 395, 397, 398
 Koch, Erich 208 f.
 Kogon, Eugen 361
 Kohl, Helmut 454 f.
 Kohlebergbau 386 f., 396
 Kollektivschuld 27, 361
 Köln 266, 272
 Kommandatura (interalliierte Militärbehörde) 43, 400
 «Kommandobefehl» (Hitler, 1942) 70
 Kommunisten 147 f., 382, 409 f.

- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 308, 354, 403, 405, 410
- Konferenz von Casablanca (1943) 19 f., 146, 236 f., 290
- Konferenz von Jalta (1945) 29, 103, 115, 325
- Konferenz von Teheran (1943) 42, 102, 102, 165
- Königsberg 45, 90, 108, 118, 305
- Kontrollrat 151-154, 231, 343
- Konzentrationslager 71, 119, 402
 - Befreiung 223-226, 311
 - Bekanntwerden im Westen 164 f., 376
 - KZ-Prozesse 372-376, 447 f. *siehe auch* Auschwitz; Bergen-Belsen; Buchenwald; Dachau; Vernichtungslager
- Kopelew, Lev 96
- Koreakrieg 437
- Kosovo 455
- Kossert, Andreas (*Kalte Heimat*) 36
- Krakau 101
- Kramer, Josef 7, 373
- Kratochvil, Josef 123
- Kreta 107
- Kriegsgefangene 240, 246 f.
- Kriegsgefangene, amerikanische 234 ff., 245 f.
- Kriegsgefangene, britische 246
- Kriegsgefangene, deutsche
 - Behandlung durch westliche Alliierte 174, 232-247, 249, 255, 299, 394
 - Entlassung 242-246., 439, 446
 - sowjetische Behandlung von 26, 233, 245 f., 395
 - Zahl 144, 234, 242, 244, 254
 - Zahl der Todesopfer 235, 241, 245, 395
- Kriegsgefangene, Erster Weltkrieg 210 f.
- Kriegsgefangene, französische 221, 398
- Kriegsgefangene, italienische 240, 245
- Kriegsgefangene, sowjetische 26, 210 f., 234, 237, 245
- Kriegsgefangenenlager, amerikanische 233 f., 236-245, 334
- Kriegsgefangenenlager, britische 234, 236 f., 334
- Kriegsgefangenenlager, deutsche 30, 234
- Kriegsgefangenenlager, französische 235, 244 ff., 299, 395
- Krim 217
- Kroatien 67
- Krupp (Rüstungskonzern) 310-313, 316, 385, 437
- Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred 311 f.
- Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 312
- Kulaken 308
- Kursk 200
- Kykladen 207
- Labour** Party, britische 30, 375
- Lancaster House, London 42 f.
- Landesregierungen der Besatzungszonen
 - amerikanische Besatzungszone 354, 425 f.
 - britische Besatzungszone 389, 426
 - sowjetische Besatzungszone 125, 431
- Landsberger Gefängnis 437
- Landsturmedikt (1813) 63
- Landung in der Normandie (D-Day; Operation Overlord) 32, 39, 50, 230, 322, 324
- landwirtschaftliche Produktion 207 ff., 219 ff., 264, 266, 269 f.

- Langham, Richard (Lieutenant) 384
 Lausanner Vertrag (1923) 106 f.
 LDPD *siehe* Liberaldemokratische Partei Deutschlands
 Lebensraum 91
 Left Book Club 281
 Leih-Pacht-Programm 265
 Leipzig 148, 154, 404
 Leipziger Prozesse (1921) 298
 Leitgeb (Funker der SS) 74, 81-85
 Lembke, Robert 365 f.
 Lenin, Wladimir 193, 416
 Leningrad, Belagerung von 211
 Lesbos 107
 Leverhulme, Lord William 42
 Ley, Robert 302
 Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) 354
 Liggett, Hunter (General) 157
 Littlejohn, Robert L. (General) 244
 Litwinov, Maxim 102
 Loewe, Lothar 191, 409
 London
 Lancaster House 42 f.
 Trafalgar Square 165
 V-Waffen-Angriffe auf 24, 164
 Londoner Viermächtekonferenz (1945) 301
 Löns, Hermann (*Der Wehrwolf*) 63
 «Lord Haw-Haw» (William Joyce) 371
 Loren, Sophia 202
 Lothringen 395
 Lovelady, Oberstleutnant William B. 40 f.
 Lovelady, Panzerereinheit 40 f.
 Lübeck 336
 Lublin 103, 209
 Ludwigsburg 447
 Ludwigshafen 331
 Luftwaffe 22 f.
 Lüneburger Heide 64, 88, 291, 372
 Luxemburg 39 f., 58 ff.
- MacDonogh**, Giles (*After the Reich*) 37
 MacInnes, Colin (*To the Victors the Spoils*) 183-187, 222 f.
 Magdeburg 154
 «Magic Carpet» (Operation) 339
 Magstadt 200
 Mainburg 363
 Maisky, Iwan 43
 Majdanek, Vernichtungslager 210
 Malaysia 378, 384
 Malmédy 293
 Mann, Fritz 237 ff., 249 f.
 Mannesmann (Unternehmen) 316
 Maquis (französische Widerstandskämpfer) 68, 201, 398
 Marcuse, Herbert 345
 Mark (Währung) *siehe* Reichsmark
 Marshall Plan 426, 430, 444
 Marshall, George C. (General) 282, 331, 426, 430
 Mason, Frank E. 348 f.
 Massaker von Lidice (1942) 267
 MCC *siehe* Ministerial Collecting Center
 McCloy, John J. 231, 437
 McNamee, Joseph T. (General) 282, 340, 427
 Mecklenburg-Vorpommern 407 f.
 Meczulat, Gerda 48 f.
 Memel, Fluss 45
 Mengele, Josef 313 f.
 Mennoniten 282
 Metz 25
 Meuse, Fluss 59
 MI5 (Britischer Sicherheitsdienst) 383, 384
 Milch, Erhard (Generalfeldmarschall) 221
 Militärgouverneur des britischen Besatzungszone 181 f., 377
 Minenräumen 395
 Ministerial Collecting Center (MCC) 322 f.

- Miröschau 124
- Model, Walter (Generalfeldmarschall) 58
- Molotow, Wjatscheslaw 376, 415, 420 f., 426
- Monschau 74-77
- Monte Cassino 201
- Montgomery, Bernard (Feldmarschall) 89, 144, 153 f., 292
- Moravia, Alberto (*La Ciociara*) 202
- Morgenschweiss, Erich 74, 80 f., 84 ff.
- Morgenthau, Henry, Jr. 31, 172, 176, 214, 345
- Morgenthauptan 31 f., 172-176, 192, 213 f., 268, 311, 325, 375 f., 427
- Moskau, Lubjanka Gefängnis 292
- Moskauer Konferenz (1943) 168
- Mülheim 313
- Müller, Hermann 452
- München
amerikanische Eroberung und Besetzung 139, 141, 277, 320 f., 355 f., 399
«Freiheitsaktion Bayern» 138
Hitlerputsch (1923) 437
Naziparteizentrale 319 f.
Münster 275
- Murphy, Robert 144, 154
- Mussolini, Benito 29, 56, 74
- Mutschmann, Martin 60
- MWD (sowjetische Geheimpolizei) 402, 404 f.
- Nagasaki** 284
- Nagy, Ferenc 422
- Nahrungsmittelknappheit in Deutschland 214, 220 f., 234, 243, 251-257, 269 f., 279-286, 342, 425
in Grossbritannien 265, 283
in von Deutschen besetzten Gebieten 206-213, 287
- Nahrungsmittelrationierung für Kriegsgefangene und zivile Gefangene 234, 239 ff., 243 f., 246 f., 381
in Deutschland 206 f., 254 f., 271, 274, 396
in Grossbritannien 265 f., 281
- Napola (Nationalpolitische Lehranstalt) 226
- Napoleon I. 297, 439
- Narew, Fluss 45
- Nassen, Helmut 134-137, 141, 157 f.
- Nationalisierung der Industrie 309 f.
- Nationalsozialistische Volkswohlfahrt 294, 326
- Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund 295
- Nationalsozialistischer Rechtswahrebund 338
- Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps 294
- NATO 33, 443
- Naumann, Werner 438
- Neisse, Fluss 103, 113, 116
- Nemmersdorf-Massaker (1944) 46-50, 68f., 92
- Neonazi Gruppen 36, 435, 450, 456
«Nero-Befehl» (Hitler 1945) 215
- Neue Zeitung* 365
- Neuhäusel 135
- Neumann, Franz 345
- New Deal 56, 302, 345 f.
- New Republic* 263
- New York Times* 41, 55, 76, 84 f., 125
- News Chronicle* 281
- News Review* 442
- Niederlande 22, 28, 291, 298, 442 f.
- NKWD (sowjetischer Staatssicherheitsdienst) 98, 113, 308, 402

- Nordhausen 329
- Nord-Ostsee-Kanal 98, 172
- Nordrhein-Westfalen 270, 389 *siehe auch* Ruhr
- Norwegen 22, 28 f., 291, 451
- NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) 435
- NSDAP Auflösung 169
- Erkennung und Einstufung der Parteimitglieder 293 ff., 317-328, 330-338, 341 f., 355 f., 367 ff., 379 ff., 388, 400 f., 409 f., 436
- Machtübernahme 18,21 f., 55 f., 301, 327
- Mitgliederkartei 320-323
- Mitgliederzahl 294, 316 f., 325 f.
- Filialen 294, 326 f.
- deutsche öffentliche Meinung in der Nachkriegszeit 34,286 f., 448 ff., 452, 456
- Rassenlehre 18, 91 f., 128-132, 207 f.
- Verhaftungen und Prozesse gegen Parteiführer 295-304, 310 f., 426
- vom deutschen Volk für Niederlage beschuldigt 127 ff., 250
- NS-Frauenschaft 294
- Nürnberg 300 ff.
- Nürnberger Prozesse 15, 300-304, 312, 323, 336, 374, 426, 439
- Oberursel** 314
- Office of Strategic Services (US, OSS) 345, 359
- Ohlendorf, Otto 216 f.
- Oldenburg 381
- Olson, Sidney 224
- Omaha Beach 40, 322
- Oppenhoff, Franz
- Hinrichtung 73, 80-87
- Offizier der amerikanischen Militärregierung von Aachen 54-57, 254
- Osmanisches Reich 104, 172
- OSS (US Office of Strategic Services) 345, 359
- Ossawakim (Operation) 331, 333
- Österreich
- «Anschluss» 56,166 ff.
- Austrofaschisten 56
- Besetzung und Neugründung des Staates 150,166 ff., 406
- Habsburgermonarchie 102, 119, 167
- Ostpreussen
- Einmarsch der Roten Armee 45f., 92, 95
- Massenvertreibungen 100 f., 117
- sowjetische Gräueltaten 46-50, 88, 95
- Teilung nach 1945 102 f., 113, 424
- Werwolf*-Operationen 88
- Ostsee 108,149
- Our, Fluss 39 f., 425
- Overcast, Programm 330
- Padover**, Saul K. (Major) 56 f., 345
- Pakenham, Francis, Baron 389
- Palästina und Palästinenser 347, 452
- Panter-Downes, Mollie 164
- Paperclip (Operation) 330 f.
- Paris
- Aussenministerkonferenz der Alliierten (1946) 415,419 f.
- CROWCASS Direktoren 335
- fällt an die Alliierten 25, 50
- 50-Punkte-Protest 340
- Pariser Friedenskonferenz (1946) 422
- Passierschein 246 f.
- Patria* (Schiff) 144 f.

- Patton, George S. (General) 25, 59, 230, 346 ff., 351
- Peine 386
- Penzberg-Massaker (1945) 137-141
- Persilscheine (Entnazifizierungszertifikate) 359
- Peter III., Zar 24, 215
- Peterson, Howard C. 421
- Pfeiffer, Anton 359
- Pforzheim 30
- Pierrepoint, Albert 371, 374
- Playfair, Edward 375
- Plönissen, Egon 134 f., 158 ff., 398 f.
- Pohlritz 123
- Polen
 - Bevölkerungsvertreibungen 30, 103 f., 107 f., 112 f., 115-119, 126
 - deutsche Invasion und Besetzung 22, 45, 101 f., 211 f.
 - «displaced persons» (DPs) 226, 242
 - Exilregierung 293
 - Festlegung der Nachkriegsgrenzen 31, 102 f., 112 f., 116 f., 151, 386, 424
 - Hungersnöte 206 f., 211 kommunistische Nachkriegsregierung 292 f.
 - sowjetische Besetzung 23, 89, 100-103, 107, 112, 292
 - sowjetische Gebietsgewinne 102 f.
 - Warschauer Aufstand (1944) 63, 103, 452
 - Widerstandsbewegungen 63, 68, 70, 103, 292
- Pollnow 98
- polnische Heimatarmee 63, 68, 292
- Pommern 96, 98, 100, 103, 113, 305 f., 407, 425
- Poston, John (Major) 88
- Potsdamer Konferenz (1945) 29, 113-117, 125, 316, 376, 391 f., 415, 421
- Prag 111, 148
- Prostitution 261, 263
- Prützmann, Hans-Adolf 66 f., 69, 73 f.
- Pünzeler, Karl Arno 76 f.
- Puttkamer, Jesko Freiherr von 306 f.
- Quäker** 272, 282
- Quebec Konferenz (1944) 174 ff.
- Raddatz**, Karl 72
- Raketenwissenschaftler 329 ff., 409
- rassistische Ideologien und Politiken der Nazis 23, 91, 93, 131, 207
- Rathbone, John 336 f.
- Rathenau, Walther 315
- Rechtsanwälte, deutsche 337, 342, 357, 359, 362, 408
- Regierung Dönitz (Mai 1945) 143 ff., 150, 291
- Reichsmark (Währung) Nachkriegsinflation 262, 270, 365
siehe auch Währungsreform
- Reichsparteitage 301
- Reims 142, 145, 291
- Remagen 26, 158
- Remagen-Sinzig, Kriegsgefangenenlager 241 f.
- Remscheid 237
- Rendsburg 98
- Renner, Karl 167
- Renoth, Hans 369-372
- Reparationen 115, 174, 270 f., 392, 396, 415, 420
- Reutlingen 398
- Rhein, Fluss 51
«Rheinwiesen»-Kriegsgefangenenlager 240-249
Überquerung durch die Alliierten 25, 57, 82, 158

- Rheinberg, Kriegsgefangenenlager 240
 Rheinhausen 271
 Rheinland
 alliierte Besetzung 53 f., 87 f., 156 f., 252, 393, 395, 414
 Remilitarisierung (1936) 21
 Rheinsberg, Schloss 67
 Ribbentrop, Joachim von 296, 310
 Riefenstahl, Leni 301
 Röchling, Hermann 316
 Roetgen 40 f., 50, 51, 52
 Rohland, Walter 313, 385
 Röhm-Putsch (1934) 336
 Rollesbroich 85
 Rominten 69
 Rooks, Lowell W. (General) 144
 Roosevelt, Franklin Delano
 Debatte über Polen in der Nachkriegszeit 102
 Konferenz von Casablanca (1943) 18 f., 290
 Konferenz von Jalta (1945) 103
 Konferenz von Quebec (1944) 175 f.
 Ernennung Clays zum künftiger Militärgouverneur 231
 Konferenz von Teheran (1943) 42
 Tod 24, 176, 214 f.
 und Morgenthauplan 174 ff.
 und Politik der bedingungslosen Kapitulation 19 f., 290
 Rote Armee Fraktion (Baader-Meinhof-Gruppe) 451
 Rote Armee
 brutaler Umgang mit deutschen Zivilisten während der Invasion 46 ff., 91-100, 103 f., 111, 189 f., 192, 196 ff.
 Demobilisierung 419
 vom Hass auf die Deutschen getrieben 91 ff., 94-99, 203
 Gewalttaten in besetzten osteuropäischen Städten 93 f.
 Opfer 26, 94
 Vorstoss in deutsches Territorium 45 f., 50, 68, 75, 89-95, 103, 127
 Schlacht um Berlin 26, 114, 195
 siehe auch sowjetische Besatzungszone
 Rowno 208
 Royall, Kenneth (General) 286
 RSHA (Reichssicherheitsamt) 65, 216
 Rudolph, Arthur 329
 Rügen (Insel) 308
 Ruhr (Krankheit) 123, 403
 Ruhrgebiet 26, 116, 172, 218, 233, 252, 311, 445
 britische Besetzung 266 f., 270-274, 281 f., 384-388
 französisches und sowjetisches Verlangen nach Internationalisierung 385 ff., 392, 414, 420, 430
 Rumänien 422
 Rummer, Hans 138 f.
 Rundstedt, Gerd von (Field Marshal) 58
 Russell, Bertrand 280
 Russenkinder 192
 Russland *siehe* Sowjetunion
 Rutherford, Lucy 214
 SA (Sturmabteilung) 67, 139, 336
 Saar 60, 311, 392, 396, 424
 Sacharow, Georgi (General) 45
 Sachsen 60, 266, 270, 309 f., 331, 386, 404, 411, 430
 Sachsen-Coburg und Gotha, Carl Eduard, Herzog von 155, 295
 Sachsenhausen, Konzentrationslager 402
 Saddam Hussein 16
 Sagmoen, Clarence (Oberstleutnant) 312

- Saive, Jost 80
 Sauckel, Fritz 221
 «Save Europe Now» («Rettet Europa
 Jetzt «-Kampagne) (SEN) 280 ff.
 Schellenberg, Walter 66 f.
 Schiller, Friedrich 190
 Schleicher (Bürgermeister von
 Roetgen) 41
 Schlesien 88 f., 252, 425
 Massenvertreibungen der deut-
 schen Bevölkerung 100, 103,
 113, 117 f.
 Werwolf-Bewegung 68 f., 89,
 121
 Schleswig-Holstein 266
 Schlotheim 154-157
 Schmid, Carlo 400
 Schmidt, Ilse 180
 Schmitt, Heinrich 342 f., 358 f.
 Schmitz, Hermann 314 ff.
 Schnatz, Helmut 397 f.
 Schnitzler, Georg von 314 ff.
 Schukow, Georgi (Marschall) 44, 152
 f.
 Schulsystem im Dritten Reich 75
 in der französische Besatzungs-
 zone 397 f., 407
 Schultz, Wanda 97 f.
 Schumacher, Kurt 262, 379, 430, 435
 Schuman, Robert 442
 Schwaben 396
 Schwangerschaften (deutscher Frauen
 von alliierten Besatzern) 181,
 192, 204
Schwarze Korps, Das (SS-Zeitung) 72
 f.
 Schwarzes Meer 104
 Schwarzmärkte 241, 256 f., 259, 274-
 278, 431
 Schweden 289
 Schweiz 289
 Schweizer, Albert C. 363 f.
 Schwerin, Gerhard von (General) 51
 Schwetzingen 363
 SD (Sicherheitsdienst) 72, 211 f.,
 216, 296, 439
 SED *siehe* Sozialistische Einheitspar-
 tei Deutschlands
 Selbstmordraten 110, 125 ff., 307
 Sely (britischer Major) 349 f.
 SEN *siehe* «Save Europe Now» Ser-
 ben 206
 Serow, Iwan Aleksandrovic (Gene-
 ral) 125
 Sevenig 40
 SHAEF (Hauptquartier der Alliierten)
 Abteilung für psychologische
 Kriegsführung 170
 Shawcross, Hartley 374
 Shoumatoff, Elizabeth 214
 Siebenjähriger Krieg 24 f., 215
 Siegeserklärung (EAC) 145, 151
 Siegeserklärung 145, 151
 Siegfried-Linie 41
Silent Village (Das stille Dorf, Film)
 267 f.
 Sindelfingen 197, 200 f.
 Sinzig *siehe* Remagen-Sinzig
 Skorzeny, Otto 74
 SMAD (Sowjetische Militäradmini-
 stration) *siehe* Sowjetische Besat-
 zungszone
 Smelt, Maurice (Leutnant) 278 f.
 Smith, Hauptmann John 384
 Smith, Leutnant Irving J. 226
 Smith, Walter Bedell (General) 231,
 292
 Smyrna 104-108
 Sobibor 210
 Solschenizyn, Alexander 95, 292
 sowjetische Besatzung 134, 407 f.
 Sowjetische Besatzungszone Bil-
 dungssystem 407 ff.

Einsetzung der kommunistischen Regierung 146 ff., 151, 192 ff., 232 f., 274, 353 f., 404, 406 f., 410 f., 441
 Enteignung der Ländereien 308 ff.
 Identifizierung und Behandlung der NSDAP-Mitglieder 327 ff., 403 f., 409 ff.
 Flüchtlinge 143, 148 ff., 252, 392, 406, 440 f.
 Gerichte 402
 Justizwesen 408
 K-5 (Geheimpolizei) 403 ff.
 Landesregierungen 354, 430
 Lebensbedingungen 256 f., 259 ff., 264 f., 273 f.
 Lebensmittelrationen 255 f., 273 f., 286
 Nationalisierung der Industrie 309 f.
 politische Parteien 354, 404, 406, 410 f.
 landwirtschaftliche Produktion 264, 269
 sowjetische Militäradministration (SMAD) 308 ff.
 Vergeltung gegen Aristokraten und Gewerbetreibende 304-311
 Verhalten der Besatzungsarmee 189-200
 Verhalten und Behandlung der Jugend 404 f.
 zivile Internierungslager 402 ff.
siehe auch DDR

Sowjetunion
 Arbeitslager 96, 98, 100, 199, 309, 402, 405
 Ausstieg aus Bretton-Woods-Konferenz 416
 Besetzung von Polen 22, 89
 Blockade von Berlin (1948) 431 f.

deutsche Invasion und Besetzung 25, 93 f., 98, 101 f., 209, 212 f.
 «displaced persons» (DPs) 224
 Enteignungen 309
 Forderungen nach Internationalisierung von Ruhrkonzernen 385 ff., 420, 430
 Gebietsgewinne 102 f., 115 f.
 Gesamtzahl der Kriegsoffer 90-94
 Gründung des ostdeutschen Staates 32f., 429f.
 Hitler-Stalin-Pakt (1939) 24, 100 ff., 296
 Hungersnöte 206 ff., 211, 213, 287
 Industrialisierung 207
 Kriegserklärungen gegen Japan 300
 Massenvertreibungen Deutscher aus östlichen Gebieten 36, 100 f., 104, 107, 118 f.
 Partisanen 70
 Rekrutierung deutscher Wissenschaftler 329-333, 409
 Reparationsforderungen 115, 271, 415, 420
 Revolution 304
 Schauprozesse 150
 Zusammenbruch 454 *siehe auch*

Rote Armee
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 354, 379, 402 f., 405, 430, 436, 450 f.
 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 405 f., 408, 410, 437
 SPD *siehe* Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Speer, Albert 143, 216, 219 f., 229, 296, 446
Spiegel, Der 442 f.

- Spiegel-Affäre* (1962) 446, 449, 453
 Sportler 304, 453
 Springer, Axel 442-445, 447, 454
 Spruchkammern 356-360, 362-369
 SS (Schutzstaffel)
 Verurteilung der Offiziere nach dem Krieg 336
 Evakuierung von Zivilisten an der deutschen Grenze 40
 Gründung der Werwolf-Widerstandsbewegung 63-70
 Hinrichtung der deutschen «Defätisten» 137
 Personalakten 323
 Verteidigung von Aachen 52
 siehe auch SD (Sicherheitsdienst)
- St. Vith 40
- Stafford, George Leveson-Gower 42
- Stalin, Joseph
 Blockade von Berlin (1948) 431 f.
 gibt den Fronten in Polen und auf dem Balkan Priorität 151
 Hitler-Stalin-Pakt (1939) 24, 100 ff.
 Industrialisierungsprogramm 207
 Kollektivierungskampagne 308 f.
 Konferenz von Teheran (1943) 42, 102 f., 165
 Moskauer Rede zum Rückzug aus dem Kriegsbündnis (Februar 1946) 416
 Potsdamer Abkommen (1945) 117
 Sowjetisierung von Ostdeutschland 404 f.
 und die «zweite Front» – Politik der Verbündeten 21
 über das Verhalten der Rotarmisten 94
 über den Umgang mit Ex-Nazis 410
 und die Irankrise (1946) 415 f.
 und die Politik der bedingungslosen Kapitulation 290
 Verhandlungen über die Aufteilung der Besatzungszonen 152 ff.
- Stalingrad, Schlacht um 20 f., 212
- Stallupönen 44
- Stars and Stripes* (amerikanische Militärzeitung) 142, 339
- Stasi 404
- Steinach 362 f.
- Stephen, Herbert 297
- Stephens, Robin (Oberst) 383 f.
- Stettin 119
- Stimson, Henry J. 31, 172 ff., 176, 231, 297, 345
- Stirling, Carl Ludwig 373
- Stodt, Dr. (deutscher Minenexperte) 387
- Stokes, Richard Rapier 30, 280
- Stone, Harlan Fiske 299
- Strachey, John 281
- Strang, William 43, 378
- Stuttgart 394, 422 f.
- Suckley, Margaret 214
- Sudetenland
 Befreiung 29 f., 120 f., 124 f., 281, 445
 Behandlung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach der deutsche Annektierung (1938) 21, 43
 Verbrechen der Rotarmisten 91
 Werwolf-Operationen 120
- Sudoplatow, Iwan 292
- Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force *siehe* SHAEF
- Svoboda, Leo 55
- Svoboda, Ludvik 121
- Swinemünde 117

T-4-Euthanasie-Aktion 295
Tassigny, Jean de Lattre de (General)
152, 394, 396
Taubert, Eberhard 47
Templer, Gerald (General) 377 f.
Ter Meer, Fritz 437 f.
Thirkell, Angela 183
Thüringen 149, 154, 308, 331, 407 f.
Thyssen (Industriekonzern) 385
Tilley, Edmund (Major) 315
Tilsit 45
Time (Zeitschrift) 180, 193 f., 225,
375, 423, 425
Times, The 69, 124, 279 f.
Tjulpanow, Sergei (General) 405
Tokio-Kriegsverbrecherprozesse 15
Torch (Operation) 57
Treblinka, Vernichtungslager 210,
313
Trenkner, Joachim 133 f., 154 ff., 407
Trizone 43 ff.
Troutbeck, John 375
Truman, Harry S. 25, 114, 116, 151,
392, 416, 426
Tschechoslowakei deutsche Besat-
zung 93 f.
Lidice, Massaker von 267
sowjetische Besetzung 89-94, 103
Vertreibung der deutschen
Bevölkerungsteile 119-126
Tschernjachowski, Iwan D. 45
Tschiersky, Karl 66
Tuberkulose 281, 403
Tübingen 400
Türkei 104-107, 289, 427
Tutzing 226
Typhus 98, 118, 123, 224
U-Boote 24, 108
UFA-Filmstudio Babelsberg 113

Ukraine 30, 93, 99, 208 ff, 217
Ulbricht, Walter 148, 150, 410, 455
Ulm 447
Unabhängigkeit 262
Ungarn 30, 93, 406, 422
Unitarier 282
Universitäten 408 f.
Unna 386
UNRRA 223, 226
War Crimes Commission 372 f.

Vandenberg, Arthur 423, 426
Vansittart, Robert 163, 165
VE-Day 144
Velten 260
«Veltrup Clique» 56
Vereinigte Staaten von Amerika
Atomwaffen 116, 284, 300
Ausgangssperren 231
Eindämmungspolitik 417 f.
«GI-Bräute» 181
Hilfe durch Wohltätigkeitsorgani-
sationen 282 ff.
«Holt Daddy zurück»-Klubs 339
Koreakrieg 437 f.
Leih-Pacht-Programm 265
öffentliche Meinung über
Deutschland 166, 283
politische Auseinandersetzungen
über die Zukunft Westdeutsch-
lands 171-177
Rekrutierung deutscher Wissen-
schaftler 329-332
Streiks 268
Wahlen: (1944) 175; (1946) 426
siehe auch Amerikanische Besat-
zungszone; Armee, USA; Kriegs-
gefangenenlager, amerikanische
Vereinigte Stahlwerke 313
Vereinte Nationen 290

- Vergewaltigungen 48 ff., 88 f., 92 f.,
95 ff., 99 f., 111, 191 f., 196 f.,
201 ff., 311, 394
Strafe für 199, 203, 309
- Verhörtechniken 54, 382, 403
- Verhörzentren, britische 382 f.
- Vernichtungslager 210, 447 f.
- Versailler Vertrag (1919) 22, 158,
251, 298, 301
- Verteidigungsstab, amerikanischer
siehe auch JCS
- Vertreibungen zwischen Griechenland
und der Türkei (1923) 104, 107
- Vertriebene 29 f.
- Victoria, Queen 130, 155, 295
- Vietnamkrieg 378, 437
- Vilsbiburg 363, 365
- Vipond, Leutnant Loren L. 39
- Vogesen 51
- Völkischer Beobachter* 175
- Volksgrenadiere 60
- Volkssturm 47, 50, 64 f., 68 f., 70,
134, 158, 243
- Volkswagen 388
- Vbnwerden (NS-Bürgermeister von
Penzberg) 138 ff.
- V-Waffen 24, 56, 58, 164, 329
- «**Wacht** am Rhein» (Operation) 58 f.
- Wagner, Bernhard 351 f.
- Währungsreform (1948) 431 f.
- War Illustrated, The* (Zeitung) 297
- War Shipping Administration
(US) 339
- Warschau 89 f., 292
- Warschauer Aufstand (1944) 63, 103,
452
- Weber, Marlies 274
- Wehrmacht
Deserteure 72, 110, 136
Einmarsch in die Sowjetunion
(1941) 208-213
- Kapitulation 142-146, 234, 246f.,
291ff.
nach dem Krieg 438
österreichische Soldaten 168
Ardennenoffensive (1944/45) 58
ff., 69 f., 75 f.
weibliche Soldaten 197
- Weimar 198
- Weimarer Republik 17, 52, 55, 251 f.,
407, 440, 446, 456
- Weisse Flaggen 28, 40, 85, 139
- Weissrussland 93,99
- Weiswampach 40
- Weltbank 416
- Wendenschloss, Zusammenkunft (Juni
1945) 152 ff.
- Wenzel (SS-Leutnant) 74 f., 81, 87
- Werwolf* (NS – Widerstandsorganisa-
tion) 27, 29, 37, 61, 63-70, 72 f.,
84f., 87f., 120f., 137, 139 f., 404 f.
- Wesel 370
- Westfalen 270, 275, 389
- Westfälischer Frieden (1648) 289 f.
- Westpreussen 252
- Wickrathberg, Kriegsgefangenenlager
240
- Wiedervereinigtes Deutschland 35,
453
- Wien 167 f.
- Wiener Kongress (1814/15) 297
- Wilck, Gerhard (Colonel) 52
- Wilhelm Gustloff* (Schiff) 108
- Wilhelm II., Kaiser 17, 71, 212, 297 f.
- Winant, John G. 43, 151
- Winwood, T.C.M. (Major) 373
- Wipperfürth 237
- Wolff-Mönckeberg, Mathilde «Tilli»
187 ff., 248-251
- Wolfsburg 388
- Wolfsschanze 50
- «Wunderwaffen» 23f., 58, 68, 128
- Württemberg-Baden 342 f., 354

Württemberg-Hohenzollern 400
Würzburg 30

Zahnärzte 133 f., 158, 159 f.

Zeitungen und Zeitschriften der
BRD 361, 365

Zentrale Stelle der Landesjustizver-
waltungen zur Aufklärung natio-
nalsozialistischer
Verbrechen 449

Zentrumspartei 53 ff., 358

Zeppelin (Operation) 66

Ziegmayer, Wilhelm 211

Zigaretten

Handel 135, 257, 262 f., 275-
278, 432

Rationierung 239

Zittau 309

Zöberlein, Hans 139 f.

Zwangsarbeit 174, 223, 235, 244,
314, 316, 330

Zyklon B (Giftgas) 313

ANNA REID

Blokada

Die Belagerung von Leningrad 1941-1944

Blokada ist die meisterhafte Darstellung eines der dramatischsten Kapitel des Zweiten Weltkriegs – des ebenso tragischen wie beeindruckenden Überlebenskampfes der Stadt Leningrad und ihrer Bewohner während der deutschen Belagerung.

«*Blokada* enthält viele und furchtbare Zahlen. Doch Anna Reid versteht es auch immer wieder, sie zu unvergesslichen Geschichten zu flechten.»

Neue Zürcher Zeitung

«Anna Reid hat ein sehr menschliches Buch über eine unmenschliche Zeit geschrieben.»

Berliner Zeitung

BERLIN VERLAG

ORLANDO FIGES

Die Flüsterer

Leben in Stalins Russland

Meisterhaft erzählt der Historiker Orlando Figes anhand einzelner Lebensschicksale von den dunklen Jahren des Stalinismus. Sein Buch gibt einen beispiellosen Einblick in die Innenwelt einer von Paranoia geprägten totalitären Gesellschaft, in der Wahrheit und Wahn, Schuld und Unschuld immer wieder auf fatale Weise miteinander verquickt waren.

«Die Bedeutung dieses Buches kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.»

Antony Beevor in THE TIMES

«Figes bringt Menschen zum Sprechen, seine Erzählkunst erzeugt Bilder, die man nicht wieder vergisst.»

Jörg Baberowski in DIE ZEIT

«Eines der herzerreissendsten, gewaltigsten und unvergesslichsten Bücher, die ich je über die Tragödien des blutigen 20. Jahrhunderts gelesen habe.»

Simon Sebag Montefiore in DIE WELT

BERLIN VERLAG

EVA ZÜCHNER

Der verschwundene Journalist

Eine deutsche Geschichte

Sechzig Jahre lang blieb der Vater ein Unbekannter. Auf der Suche nach einer Lebensgeschichte stösst die Tochter und Autorin dieses Buches auf die Biographie eines Journalisten im Dritten Reich, eines Schreibtischtäters und Mitschuldigen – und eines Vaters, dessen Bild bruckstückhaft und widersprüchlich bleibt.

«Bei allem zwischen den Zeilen spürbaren Schmerz bewahrt die Historikerin einen distanzierten Blick und liefert erhellende Einblicke in das Zeitungswesen jener Jahre.»

Die WELT

«Hochinformativ, eine Meisterleistung der Recherche – mit einer detektivischen Auflösung zum Schluss.»

Spiegel Online



BERLIN VERLAG

Die Auszüge aus dem Tagebuch von Wladimir Gelfand
stammen mit freundlicher Genehmigung aus Wladimir Gelfand:
*Deutschland-Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rot-
armisten.* A. d. Russischen von Anja Lutter und Hartmut Schröder
© Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2005.



Die Originalausgabe erschien 2011 unter dem Titel
Exorcising Hitler. The Occupation and Denazification of Germany
bei Bloomsbury Publishing Plc, London
© 2011 Frederick Taylor
Für die deutsche Ausgabe © 2011 Bloomsbury Verlag GmbH, Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Nina Rothfos & Patrick Gabler, Hamburg
Typografie: Birgit Thiel, Berlin
Gesetzt aus der Minion von Greiner & Reichel, Köln
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-8270-1011-7

www.bloomsbury-verlag.de

B L O O M S B U R Y
LONDON • BERLIN • NEW YORK • SYDNEY



PASSIERSCHEIN

An die britischen und amerikanischen Vorposten :
Der deutsche Soldat, der diesen Passierschein vorzeigt, benutz ihn als Zeichen seines ehrlichen Willens, sich zu ergeben. Er ist zu entwaffnen. Er muß gut behandelt werden. Er hat Anspruch auf Verpflegung und, wenn nötig, ärztliche Behandlung. Er wird so bald wie möglich aus der Gefahrenzone entfernt.



SAFE CONDUCT

The German soldier who carries this safe-conduct is using it as a sign of his genuine wish to give himself up. He is to be disarmed, to be well looked after, to receive food and medical attention as required, and is to be removed from the danger zone as soon as possible.